

2

Hessisches Regierungsblatt

für das Jahr 1939

Staatliche Beschaffungsstelle / Staatsverlag Darmstadt

Bibliothek
des
Hessischen Landtags

Hessisches Regierungsblatt

1939

Darmstadt, den 23. Januar 1939

Nr. 1

Inhalt: Teil I: Verordnung über die Errichtung eines Straßenbauamtes in Schotten. S. 1 — Bekanntmachung zur Verordnung über die Errichtung eines Straßenbauamtes in Schotten. S. 1 — Bekanntmachung, Vorschriften über die Einrichtung und den Betrieb der Apotheken betreffend. S. 1 — Verordnung zur Bekämpfung von Blattläusen, Schildläusen und anderen Obstbaumschädlingen während der Winterruhe. S. 1 — Viehschuppenpolizeiliche Anordnung über Impfstoffe und Sera. S. 2 — Teil II: Bekanntmachung, die Genehmigung von Schenkungen betreffend. S. 3 — Öffentliche Belobigungen. S. 3 — Personalsnachrichten. S. 4 — Sterbefälle. S. 4 — Namensänderungen. S. 4.

Teil I

Verordnung über die Errichtung eines Straßenbauamtes in Schotten.

Vom 19. September 1938.

§ 1.

In Abänderung des § 1 Abs. 1 der 1. Verordnung über Änderungen in der Organisation der Staatsverwaltung anlässlich der Aufhebung der Provinzen vom 21. April 1937 (Reg.-Bl. S. 137) wird mit Wirkung vom 1. Oktober 1938 ein weiteres Straßenbauamt mit dem Sitz in Schotten gebildet, das die Bezeichnung „Hessisches Straßenbauamt Schotten“ führt. Der Bezirk dieses Amtes umfaßt das Gebiet der Kreise Büdingen und Lauterbach. Der Bezirk des Hessischen Straßenbauamtes Gießen wird um dieses Gebiet verkleinert.

§ 2.

Die Abteilung IX (Bauverwaltung) der Hess. Landesregierung wird mit der Durchführung dieser Verordnung beauftragt.

Darmstadt, den 19. September 1938.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

Sprenger.

Bekanntmachung zur Verordnung über die Errichtung eines Straßenbauamtes in Schotten.

Vom 30. Dezember 1938.

Nachdem auf Grund der Bekanntmachung zum Gesetz über die Auflösung der Kreise Bensheim, Schotten und Oppenheim vom 8. Oktober 1938 (Hess. Reg.-Bl. S. 91) die neue Kreiseinteilung am 1. November 1938 in Kraft getreten ist, wird mit Ermächtigung des Herrn Reichsstatthalters in Hessen — Landesregierung — bestimmt, daß die Verordnung über die Errichtung eines Straßen-

bauamtes in Schotten vom 19. September 1938 erst mit Wirkung vom 1. November 1938 in Kraft tritt.

Darmstadt, den 30. Dezember 1938.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

Abteilung IX (Bauverwaltung).

Bekanntmachung, Vorschriften über die Einrichtung und den Betrieb der Apotheken betreffend.

Vom 17. Dezember 1938.

§ 28 Abs. 1 der Verordnung, die Vorschriften über die Einrichtung und den Betrieb der Apotheken betreffend, vom 14. Januar 1897 (Reg.-Bl. S. 3) in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Mai 1923 (Reg.-Bl. S. 115) erhält mit Wirkung vom 1. Januar 1939 folgende Fassung:

Die Preise der Arzneien sind nach den Bestimmungen der geltenden Arzneitaxe zu errechnen und mit dem ausgeschriebenen Namen des Anfertigers auf dem Verordnungsblatt zu vermerken.

Darmstadt, den 17. Dezember 1938.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: Reiner.

Verordnung zur Bekämpfung von Blattläusen, Schildläusen und anderen Obstbaumschädlingen während der Winterruhe.

Vom 22. Dezember 1938.

Auf Grund des § 3 der Verordnung zur Schädlingsbekämpfung im Obstbau vom 29. Oktober 1937 (Reichsgesetzbl. I S. 1143) wird mit Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft hiermit verordnet:

§ 1.

Zur Bekämpfung von Blattläusern, Schildläusen und anderen Obstbaumschädlingen während der Winterruhe sind die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Obstbäumen und Obststräuchern nach Maßgabe des § 2 verpflichtet, alle Obstbäume und -sträucher während der Winterruhe mit Obstbaumkarbolineum oder Obstbaumkarbolineum emulgiert, die den Normen der Biologischen Reichsanstalt für Land- und Forstwirtschaft entsprechen, sachgemäß zu besprühen. Bei empfindlichen Unterkulturen kann Schwefelsäurebrühe unter Zusatz von 1 Prozent Eisenditriol verwandt werden.

§ 2.

Die unteren Verwaltungsbehörden (Kreisämter oder Oberbürgermeister) bestimmen im Einvernehmen mit dem zuständigen Pflanzenschutzamt den Umfang sowie die Art und Weise der Durchführung der Bekämpfungsmaßnahmen.

Die unteren Verwaltungsbehörden können im Benehmen mit dem zuständigen Pflanzenschutzamt in besonderen Fällen (z. B. beim Fehlen von Spritzgeräten) bestimmen, daß die Bespritzung auf Kosten des Verpflichteten durch die Beauftragten des Pflanzenschutzamtes durchgeführt wird. Die Nutzungsberechtigten haben die erforderlichen Hilfsdienste zu leisten. Die Höhe der Kosten wird durch die untere Verwaltungsbehörde endgültig festgesetzt.

§ 3.

Die Ueberwachung der angeordneten Maßnahmen obliegt neben der Ortspolizei dem Pflanzenschutzamt und dessen Beauftragten; ihren Weisungen über die Art der Durchführung der angeordneten Maßnahmen ist Folge zu leisten.

Kommen die in § 1 genannten Personen den ihnen obliegenden Verpflichtungen trotz besonderer Aufforderung durch die Ortspolizeibehörde, das Pflanzenschutzamt oder dessen Beauftragte nicht nach, so können diese die Bekämpfungsmaßnahmen auf Kosten der Verpflichteten selbst vornehmen oder vornehmen lassen.

§ 4.

Wer den Vorschriften dieser Verordnung zuwiderhandelt, wird nach § 13 des Gesetzes zum Schutze landwirtschaftlicher Kulturpflanzen bestraft.

§ 5.

Die Verordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung im Anzeiger der Landesregierung in Kraft. *)

Darmstadt, den 22. Dezember 1938.

Der Reichstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: **Reiner.**

*) Veröffentlicht im Anzeiger der Hessischen Landesregierung Nr. 1 vom 3. Januar 1939.

Viehseuchenpolizeiliche Anordnung über Impfstoffe und Sera.

Vom 11. Januar 1939.

Auf Grund des § 17 Nr. 16 und 17 des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (Reichsgesetzbl. S. 519) wird für das Land Hessen folgendes bestimmt:

§ 1.

(1) Sera aus Einhuferblut und Impfstoffe, die ohne Abtötung lebender Krankheitserreger aus Organen von Einhufern gewonnen sind, dürfen, wenn sie zum Schutze gegen Viehseuchen oder zu deren Heilung bestimmt sind, in verkaufsfertige Packungen erst abgefüllt werden, nachdem sie mindestens 3 Monate lang nach der Herstellung unter der Einwirkung von 0,5 v. H. Karbolsäure gelagert worden sind. Für Sera, die aus verschiedenen Teilen (Blutentnahmen) zusammengesetzt sind, gilt der Tag der letzten Blutentnahme als Herstellungstag.

(2) Auf den Lagerbehältern ist der Herstellungstag zu vermerken.

§ 2.

Soweit die im § 1 genannten Erzeugnisse nicht dem staatlichen Prüfungszwang unterliegen, sind sie bis zur Abfüllung ebenso wie die dem staatlichen Prüfungszwang unterliegenden Erzeugnisse unter Mitverschluß des staatlichen Kontrollbeamten zu lagern (vgl. § 16 der Vorschriften über Impfstoffe und Sera, Anlage zum Runderlaß v. 15. Juli 1929, LwMBl. S. 447).

§ 3.

Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafvorschriften des Viehseuchengesetzes.

§ 4.

Diese Anordnung tritt am 1. Januar 1939 in Kraft.

§ 5.

Die Viehseuchenpolizeiliche Anordnung vom 22. Januar 1938 (Reg.-Bl. S. 10) wird aufgehoben.

Darmstadt, den 11. Januar 1939.

Der Reichstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: **Reiner.**

Teil II

Bekanntmachung, die Genehmigung von Schenkungen betreffend.

Im Laufe des II. Halbjahres 1938 sind nachstehende Schenkungen genehmigt worden:

Lfd. Nr.	Schenker	Empfänger	Gegenstand und Wert der Schenkung	Bemerkungen
1	Landgräfl. Hessische Hauptverwaltung Philippsruhe	Kurhessische Hausstiftung in Philippsruhe	216 622 RM	Schenkungen
2	Professor Dr. George M. Rober, Washington	Stadt Alsfeld	10 000 Doll. = 24 899,10 RM	Schenkungen mit der Auflage, die Erträge dieses Vermögens für das Wohl kranker armer Leute zu verwenden
3	Bonifatiusverein der Diözese Mainz	Katholische Kirchengemeinde St. Joseph in Offenbach	Schuldscheindarlehen in Höhe von 48 000 RM	Schenkungen zum Zwecke der Entschuldung des Kirchenneubaus
4	Louise Auguste Koll Witwe, geb. Kichler, Darmstadt	Deutsches Rotes Kreuz, Alsfeldhospital in Darmstadt	40 000 RM	Legtwillige Zuwendung
5	Maria Ida Hugo, Mainz	Bischöfliches Priesterseminar, Mainz	20 000 RM	Schenkungen
6	Bürgermeister a. D. Frank, Alsfeld	Evangelische Kirchengemeinde, Alsfeld	etwa 20 000 RM	Legtwillige Zuwendung
7	Domitapital Dr. Josef Schneider, Mainz	Bischöflicher Seminarfonds, Mainz	5170 RM	Schenkungen
8	Helene Rosignol, geb. Dauber, Darmstadt	Evangelische Martinsgemeinde, Darmstadt	20 000 RM	Legtwillige Zuwendung

Darmstadt, den 2. Januar 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

Abteilung III (Innere Verwaltung).

Landesregierung

Öffentliche Belobigungen.

Der Schiffsmaschinist Adolf Rötth in Mainz, Leichhofstraße 15, hat am 6. April 1938 einen Jungen vom Tode des Ertrinkens aus dem Rhein bei Mainz gerettet. Für diese Rettungstat spreche ich ihm im Namen des Führers und Reichskanzlers die öffentliche Belobigung aus.

Zugleich wird dem Retter eine Geldbelohnung von 50 RM. gewährt.

*

Der Arbeiter Karl Hartmann in Mainz-Kastel, Neustraße 10, hat am 15. Juni 1937 einen 59jährigen Mann vom Tode des Ertrinkens aus dem Rhein bei Mainz-Amöneburg gerettet. Für diese Rettungstat spreche ich ihm im Namen des

Führers und Reichskanzlers die öffentliche Belobigung aus.

Zugleich wird dem Retter eine Geldbelohnung von 50 RM. gewährt.

*

Der Schiffskapitän August Friedrich in Mainz, Rheinstraße 3¹/₁₀, hat am 7. Januar 1938 einen 7½jährigen Schüler vom Tode des Ertrinkens aus dem Rhein bei Mainz gerettet. Für diese Rettungstat spreche ich ihm im Namen des Führers und Reichskanzlers die öffentliche Belobigung aus.

*

Der Bauschlosser Friedrich Eschenauer in Mainz, Am Rheinufer, hat am 14. April 1933 ein 13jähriges Mädchen vom Tode des Ertrinkens aus

dem Rhein bei Trebur gerettet. Für diese Rettungstat spreche ich ihm im Namen des Führers und Reichskanzlers die öffentliche Belobigung aus.

Der Bademeister Hans Hebach in Mainz, Dagobertstraße 17, hat am 19. Juli 1937 eine Frau vom Tode des Ertrinkens aus dem Rhein bei Mainz gerettet. Für diese Rettungstat spreche ich ihm im Namen des Führers und Reichskanzlers die öffentliche Belobigung aus.

Darmstadt, den 30. Dezember 1938.

In Vertretung: K e i n e r.

Personalnachrichten.

Die Estnische Regierung hat den estnischen Wahl-Konsul in Frankfurt am Main, Eduard Schwarzchild, von seinem Amt entbunden.

Für den Amtsbezirk des Konsulats in Frankfurt a. M. ist bis auf weiteres die Konsulatsabteilung der Estnischen Gesandtschaft Berlin W. 35, Hildebrandstraße 5, zuständig.

Zum Vorsitzenden der Kommission für die Veröffentlichung des Werkes „Kunstdenkmäler im Land Hessen“ wurde bis auf weiteres bestellt: am 3. Dezember 1938: der Oberbaurat i. R. Dieffenbach, Darmstadt.

Mit der kommissarischen Wahrnehmung der Dienstgeschäfte eines geschäftsleitenden Verwaltungsinspektors beauftragt wurde:

am 14. November 1938: der Verwaltungsinspektor Joh. Christ vom Kreisamt Bergstraße in Heppenheim, mit Wirkung vom 17. November 1938 bei dem Kreisamt Büdingen.

Sterbefälle.

Gestorben sind:

September 1938:

am 18. der Rektor Adam Baß, zuletzt an der Volksschule in Sprendlingen (Kreis Bingen);

Oktober 1938:

am 1. der Rektor a. D. Heinrich Martin Jung, Bad-Nauheim;

am 12. der Berufsschullehrer a. D. Johann Heinrich Sinn, wohnhaft zu Darmstadt;

am 23. der Oberforstmeister a. D. Georg Petith in Heidelberg;

am 25. der Lehrer a. D. Philipp Weil in Laubach;

der Lehrer a. D. Servatius Rudolph in Klein-Zimmern;

November 1938:

am 1. der Lehrer a. D. Heinrich Rehling, zuletzt wohnhaft in Seligenstadt;

am 8. der Obermaschinist a. D. Georg Kneil in Weiterstadt;

am 9. der Oberforsttrat Karl Julius Schlich zu Darmstadt;

am 16. der Archivdirektor a. D. Dr. Friedrich Herrmann in Darmstadt;

am 22. die Lehrerin a. D. Amalie Lind, zuletzt wohnhaft in Darmstadt;

am 28. der Kommunalforstwart a. D. Johann Trautmann in Reichelsheim i. Odw..

am 29. der ordentl. Prof. Geh. Baurat Dr.-Ing. Hans Wegele in Darmstadt;

Dezember 1938:

am 9. der Polizeihauptwachtmeister Valentin Roth zu Mainz.

Namensänderungen.

November 1938

am 23. wurde der Anna Elisabeth Wenz, geboren am 7. April 1916 in Mainz, wohnhaft in Mainz, gestattet, an Stelle ihres bisherigen Familiennamens in Zukunft den Familiennamen „Geipel“, —

Dezember 1938:

am 30. wurde dem Oberlandeskirchenrat Dr. jur. Ewald Fischer, geboren am 2. Oktober 1899 in Frankfurt a. M., wohnhaft in Darmstadt, gestattet, an Stelle seines bisherigen Familiennamens in Zukunft den Familiennamen „Fischer-Dorp“, —

dem Heinz Walther Baum, geboren am 21. September 1920 in Lahr (Baden), wohnhaft in Alzen (gesetzlich vertreten durch seinen Vormund Dr. Karl Sutter daselbst) gestattet, an Stelle seines bisherigen Familiennamens in Zukunft den Familiennamen „Sutter“ — zu führen.

Hessisches Regierungsblatt

1939

Darmstadt, den 9. Februar 1939

Nr. 2

Inhalt: Teil I: Erlaß des Reichsstatthalters in Hessen über die Eingliederung der Gemeinde Dürr-Ellenbach in die Gemeinden Nischbach und Affolterbach. S. 5 — Erlaß des Reichsstatthalters in Hessen über die Eingliederung der Gemeinde Kirchgarten in die Gemeinde Merlau. S. 5 — Erlaß des Reichsstatthalters in Hessen über den Zusammenschluß der Gemeinden Isldorf und Isldorf (Solms) zu der Gemeinde Isldorf. S. 5 — Erlaß des Reichsstatthalters in Hessen über die Eingliederung der Gemeinden Wiejed und Klein-Linden und der selbständigen Gemarkung Schiffenberg in die Stadt Gießen. S. 6 — Bekanntmachung über Einrichtung und Betrieb von Getränkekanalanlagen. S. 6 — Bekanntmachung, Genehmigungsverfahren für die Anlage und den Betrieb der Dampfkessel betreffend. S. 7 — Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Hessen. S. 8 — Teil II: Personalmeldungen. S. 9.

Teil I

Im Namen des Reichs

Erlaß des Reichsstatthalters in Hessen über die Eingliederung der Gemeinde Dürr-Ellenbach in die Gemeinden Nischbach und Affolterbach.

Vom 20. Dezember 1938. — Nr.: 1167/G/38 —.

Auf Grund der Deutschen Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935 bestimme ich im öffentlichen Wohle, was folgt:

1. Die Gemeinde Dürr-Ellenbach im Kreis Bergstraße wird in die Gemeinde Nischbach, Kreis Bergstraße, eingegliedert mit Ausnahme von Flur IV und dem nördlichen Teil von Flur V nach der dieser Urkunde beigefügten Uebersichtskarte.
2. Flur IV und der nördliche Teil von Flur V der Gemeinde Dürr-Ellenbach werden in die Gemeinde Affolterbach, Kreis Bergstraße, eingegliedert.
3. Die Dauer der Wohnung oder des Aufenthaltes in der Gemeinde Dürr-Ellenbach wird auf die Dauer der Wohnung oder des Aufenthaltes in der Gemeinde Nischbach angerechnet.
4. Der Erlaß tritt mit Wirkung vom 1. April 1939 in Kraft.

Darmstadt, den 20. Dezember 1938.

Der Reichsstatthalter in Hessen

Sprenger

Gauleiter von Hessen-Nassau.

Im Namen des Reichs

Erlaß des Reichsstatthalters in Hessen über die Eingliederung der Gemeinde Kirchgarten in die Gemeinde Merlau.

Vom 30. Dezember 1938. — Nr.: 2706/M/38 —.

Auf Grund der Deutschen Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935 bestimme ich im öffentlichen Wohle, was folgt:

1. Die Gemeinde Kirchgarten im Kreis Alsfeld wird mit Wirkung vom 1. April 1939 in die Gemeinde Merlau im Kreis Alsfeld eingegliedert.
2. Das Ortsrecht der Gemeinde Merlau tritt bis spätestens 30. September 1939 in dem Ortsteil Kirchgarten in Kraft.
3. Die Dauer der Wohnung oder des Aufenthaltes in der Gemeinde Kirchgarten wird auf die Dauer der Wohnung oder des Aufenthaltes in der Gemeinde Merlau angerechnet.

Darmstadt, den 30. Dezember 1938.

Der Reichsstatthalter in Hessen

Sprenger

Gauleiter von Hessen-Nassau.

Im Namen des Reichs

Erlaß des Reichsstatthalters in Hessen über den Zusammenschluß der Gemeinden Isldorf und Isldorf (Solms) zu der Gemeinde Isldorf.

Vom 30. Dezember 1938. — Nr.: 2705/M/38 —.

Auf Grund der Deutschen Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935 bestimme ich im öffentlichen Wohle, was folgt:

1. Die Gemeinden Isldorf und Isldorf (Solms) im Kreis Alsfeld werden mit Wirkung vom 1. April 1939 zu einer neuen Gemeinde vereinigt.
2. Dieser Gemeinde gebe ich den Namen
Isldorf.
3. Das bestehende Ortsrecht bleibt in seinem bisherigen Geltungsbereich bis zum 30. September 1939 in Kraft, soweit es nicht schon früher geändert wird.
4. Die Dauer der Wohnung oder des Aufenthaltes in den Gemeinden Isldorf und Isldorf (Solms) wird auf die Dauer der Wohnung

oder des Aufenthaltes in der neuen Gemeinde Isdorf angerechnet.

5. Die Amtszeit der ehrenamtlichen Bürgermeister, Beigeordneten und Gemeinderäte der Gemeinden Isdorf und Isdorf (Solms) endigt mit dem 31. März 1939.

Der Bürgermeister, die Beigeordneten und Gemeinderäte der neuen Gemeinde Isdorf werden zum 1. April 1939 durch die zuständigen Stellen berufen.

Darmstadt, den 30. Dezember 1938.

Der Reichsstatthalter in Hessen

Sprenger

Gauleiter von Hessen-Nassau.

Im Namen des Reichs

Erlaß des Reichsstatthalters in Hessen über die Eingliederung der Gemeinden Wiesel und Klein-Linden und der selbständigen Gemarkung Schiffenberg in die Stadt Gießen.

Vom 3. Januar 1939. — Nr.: 561/E/38 —.

Die Stadt Gießen mit der über die Grenzen unserer engeren Heimat bekannten Hessischen Landesuniversität birgt dank der Wehrhaftmachung der Deutschen durch unseren Führer Adolf Hitler wieder eine starke Garnison unserer neu-erstandenen Wehrmacht in ihren Mauern. Zur Erfüllung der ihr in der Stadtplanung, in der Schaffung von Bau- und Siedlungsgelände und in dem Ausbau eines großzügigen Verkehrsnetzes gestellten Aufgaben fehlt innerhalb der derzeitigen Stadtgrenzen der erforderliche Raum.

Die Stadt ist im Nordosten mit der Gemeinde Wiesel, im Südwesten mit der Gemeinde Klein-Linden fast zusammengewachsen. Die selbständige Gemarkung Schiffenberg im Südosten der Stadt mit ihrer ehemaligen Deutschordensburg und ihrem reichen Waldbestand soll der Stadtbevölkerung zur Erholung und Gesundung dienen.

Um der Stadt Gießen zu ermöglichen, die ihr gestellten Aufgaben zu lösen, bestimme ich im öffentlichen Wohle auf Grund der Deutschen Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935, was folgt:

1. Die Gemeinden Wiesel und Klein-Linden sowie die selbständige Gemarkung Schiffenberg im Kreis Gießen werden in die Stadt Gießen eingegliedert.
2. Die Eingemeindungsverträge der Stadt Gießen mit den Gemeinden Wiesel und Klein-Linden, beide vom 5. Dezember 1938, sowie die Vereinbarung zwischen dem Hessischen Staat als Inhaber der selbständigen Gemarkung Schiffenberg und der Stadt Gießen vom 13. Dezember 1938 werden bestätigt.

3. Die Dauer der Wohnung oder des Aufenthaltes in den Gemeinden Wiesel und Klein-Linden sowie in der selbständigen Gemarkung Schiffenberg wird auf die Dauer der Wohnung oder des Aufenthaltes in der Stadt Gießen angerechnet.

4. Die Amtszeit der ehrenamtlichen Bürgermeister, Beigeordneten und Gemeinderäte der Gemeinden Wiesel und Klein-Linden endigt mit dem 31. März 1939.

5. Der Erlaß tritt mit Wirkung vom 1. April 1939 in Kraft.

Darmstadt, den 3. Januar 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

Sprenger

Gauleiter von Hessen-Nassau.

Bekanntmachung über Einrichtung und Betrieb von Getränkeshantalanlagen.

Vom 16. Januar 1939.

Die in der Bekanntmachung über Einrichtung und Betrieb von Getränkeshantalanlagen vom 16. Februar 1937 (Reg.-Bl. 1937 S. 25) veröffentlichten „Technische Grundsätze für Einrichtung und Betrieb von Getränkeshantalanlagen“ werden wie folgt abgeändert:

1. Abschnitt A Ziffer 3 Absatz 4 erhält folgenden Zusatz:

„Von den Längen- und Breitenmaßen kann abgewichen werden, wenn Platzmangel diese Maße nicht zuläßt. Die Spülwasseroberfläche muß jedoch auch in diesem Falle mindestens 1500 cm² betragen.“

2. Abschnitt E Ziffer 1 Absatz 1 wird durch folgenden 3. Satz ergänzt:

„Für den sogenannten beweglichen Teil der Getränkeleitung zwischen Stocher und festverlegtem Leitungsteil bis zu einer Länge von höchstens 2 m und für die Kohlensäureleitung wird auch durchsichtiges Nipolamrohr zugelassen.“

3. Abschnitt F Ziffer 3 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„Die in die Getränkeleitungen eingebauten Dreivegeähne und Prüfhähne müssen mit einem Anschlag versehen sein.“

Darmstadt, den 16. Januar 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: **Reiner.**

Bekanntmachung, Genehmigungsverfahren für die Anlegung und den Betrieb der Dampfkessel betreffend.

Vom 27. Januar 1939.

Auf Grund des § 24 der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich in der Fassung der Verordnung vom 30. August 1937 (Reichsgesetzbl. I S. 918) wird mit Zustimmung des Reichsministers des Innern und des Reichsarbeitsministers folgendes bestimmt:

§ 1.

Zuständige Behörde für die Genehmigung zur Anlegung und zum Betrieb der Dampfkessel ist das Gewerbeaufsichtsamt.

Die Genehmigung von Dampfkesseln in Betrieben, die der Bergaufsicht unterliegen, verbleibt bis zu einer anderen gesetzlichen Regelung den bisher zuständigen Behörden.

§ 2.

Genehmigungsanträge sind bei der für die regelmäßige Überwachung der Dampfkessel zuständigen technischen Überwachungsstelle in 3facher Ausfertigung einzureichen.

Für das Verfahren gelten im übrigen bis zum Erlass einer einheitlichen Ausführungsanweisung durch den Reichswirtschaftsminister die bisherigen landesrechtlichen Bestimmungen. Genehmigungsverfahren, die bereits bei den bisher zuständigen Behörden anhängig sind, sind von diesen durchzuführen.

Berlin, den 8. November 1938.

Der Reichswirtschaftsminister

J. B.: Brinkmann.

In Durchführung der vorstehenden Bekanntmachung ordne ich über das Genehmigungsverfahren für die Anlegung und den Betrieb der Dampfkessel das Folgende an:

1. Die nachstehenden Vorschriften der Hessischen Ausführungsverordnung zur Gewerbeordnung vom 20. März 1912 (Reg.-Bl. S. 48) sind, soweit es sich nicht um Dampfkessel in Betrieben, die der Bergaufsicht unterliegen, handelt, in folgender Fassung anzuwenden:

§ 29.

Über Anträge auf Genehmigung zur Errichtung oder Veränderung von Dampfkesseln entscheidet

1. bei feststehenden Dampfkesseln das Gewerbeaufsichtsamt, in dessen Bezirk die Dampfkesselanlage errichtet werden soll oder die zu verändernde Anlage gelegen ist.
2. Bei beweglichen Dampfkesseln dasjenige Gewerbeaufsichtsamt, in dessen Bezirk der Kessel

zunächst in Betrieb genommen werden soll oder in dessen Bezirk die Herstellung erfolgt.

3. Bei Schiffsdampfkesseln dasjenige Gewerbeaufsichtsamt, in dessen Bezirk sich der Heimatort des Dampfschiffes oder, in Ermangelung eines solchen, der Wohnort des Schiffsbesitzers befindet.

§ 30.

Wer einen Dampfkessel anlegen und in Betrieb setzen oder eine wesentliche Veränderung im Sinne des § 25 GO. an einem in Betrieb befindlichen Dampfkessel vornehmen will, hat den Antrag auf Genehmigung bei der für die regelmäßige Überwachung der Dampfkessel zuständigen Überwachungsstelle (3. Zt. Hessische Dampfkesselinspektion, ab 1. April 1939 dem Technischen Überwachungsverein in Frankfurt a. M. oder der von ihm bezeichneten Stelle) in 3facher Ausfertigung einzureichen.

§ 33.

Nach Eingang des Antrags auf gewerbepolizeiliche Genehmigung eines Dampfkessels hat die technische Überwachungsstelle die Vorlagen sofort auf ihre Vollständigkeit und Vorschriftenmäßigkeit zu prüfen. Ergeben sich bei der Prüfung Mängel, so ist der Unternehmer auf kürzestem Wege zu deren Beseitigung zu veranlassen. Ist gegen die Ordnungsmäßigkeit der Vorlagen nichts zu erinnern, so hat die technische Überwachungsstelle das Gesuch auf seine gewerbepolizeiliche Zulässigkeit nach Maßgabe der §§ 4, 6 oder 10 der Verordnung, die Dampfkessel betreffend, vom 8. November 1909 (Reg.-Bl. S. 297) zu prüfen und das Ergebnis der Prüfung in einem Gutachten zusammenzufassen, das im Falle der Befürwortung des Antrags den Entwurf der Genehmigungsbedingungen zu enthalten hat.

§ 34.

(1) Bei feststehenden Dampfkesseln ist das Gesuch außerdem nach näherer Anordnung des Gewerbeaufsichtsamts bei der für die baupolizeiliche Prüfung zuständigen Stelle (§ 16 Ziffer 5) und erforderlichenfalls bei dem staatlichen Gesundheitsamt zur Begutachtung in Umlauf zu setzen. Die Sachverständigen haben sich in diesem Falle auch darüber auszusprechen, ob nach ihrer Ansicht von einer öffentlichen Bekanntmachung des Unternehmens abgesehen werden kann.

(2) Nach Rückkunft der Akten ist der Ortspolizeibehörde, in deren Bezirk die Dampfkesselanlage errichtet werden soll, von den erwachsenen Verhandlungen Kenntnis zu geben mit der Aufforderung, binnen kurzer Frist etwaige Bedenken gegen die Anlage vorzubringen und den Antragsteller darüber zu vernehmen, ob er sich den von den Sachverständigen vorgeschlagenen Bedingungen unterwirft. Wird nach dem Ermessen des

Gewerbeaufsichtsamts die öffentliche Bekanntmachung des Unternehmens im einzelnen Falle für notwendig oder zweckdienlich erachtet, so ist die Bekanntmachung nach Maßgabe des § 16 Ziffer 2 dieser Verordnung gleichzeitig zu veranlassen und die eine Ausfertigung der Pläne und Beschreibungen zum Zwecke der Offenlage zurückzubehalten.

§ 35.

(1) Soweit nach dem Ergebnis der nach den bestehenden bau-, feuer- und gesundheitspolizeilichen Vorschriften sowie nach den allgemeinen polizeilichen Bestimmungen des Bundesrats über die Anlegung von Land- und Schiffsdampfkesseln erfolgenden Prüfung die Errichtung der Anlage zulässig ist, fertigt das Gewerbeaufsichtsamt ohne besonderen Bescheid die Genehmigung aus, wenn Einwendungen gegen die Anlage nicht erhoben oder die erhobenen Einwendungen zurückgezogen worden sind und die Anlage nach dem Antrag des Unternehmers ohne Bedingungen und Einschränkungen oder nur unter solchen Bedingungen und Einschränkungen, mit denen sich der Unternehmer ausdrücklich einverstanden erklärt hat, genehmigt werden kann.

(2) Treffen diese Voraussetzungen nicht zu, so erläßt das Gewerbeaufsichtsamt, nachdem es schon mit den Beteiligten die zu stellenden Bedingungen und die erhobenen Einwendungen vollständig erörtert hat, förmlichen Bescheid, der mit Gründen und mit der Rechtsmittelbelehrung zu versehen ist, daß der Bescheid innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach der Zustellung im Verwaltungsstreitverfahren durch Klage vor dem Bezirksverwaltungsgericht angefochten werden kann.

(3) Nach Rechtskraft der nach Absatz 2 ergangenen Entscheidung stellt das Gewerbeaufsichtsamt die Genehmigungsurkunde aus.

(4) Für die nach Absatz 1 und 3 auszustellende Genehmigungsurkunde gilt § 24 entsprechend mit folgender Maßgabe:

1. In die mit einem dauerhaften Umschlage zu versehenen Genehmigungsurkunde ist auch der Inhalt des auf dem Dampfkessel befindlichen Fabriksschildes aufzunehmen.
2. Die zweite Ausfertigung der Genehmigungsurkunde ist der technischen Ueberwachungsstelle durch die Ortspolizeibehörde zu übersenden.
3. Die dritte Ausfertigung der Genehmigungsurkunde verbleibt zum Dienstgebrauch dem Gewerbeaufsichtsamt.
4. Den zur Begutachtung des gewerbepolizeilichen Genehmigungsgefühls herangezogenen Behörden sind die Genehmigungsbedingungen im Wortlaut der Urkunde mitzuteilen.

5. Die Inbetriebsetzung einer jeden genehmigten Anlage hat die Ortspolizeibehörde alsbald dem Gewerbeaufsichtsamt anzuzeigen.

II. Bezüglich der Genehmigung von Dampfkesseln in Betrieben, die der Bergaufsicht unterliegen, regelt sich das Verfahren bis auf weiteres nach den zur Zeit maßgebenden Vorschriften.

Darmstadt, den 27. Januar 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: Reiner.

Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Hessen.

Vom 31. Januar 1939.

Auf Grund des § 202 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung wird für das Land Hessen im Einvernehmen mit dem Reichsarbeitsminister folgendes verordnet:

Artikel 1.

Gemeinden und Gemeindeverbände im Sinne der §§ 172, 175, 205 und 205 a des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sind die Gemeinden.

Artikel 2.

Gemeinden und Gemeindeverbände im Sinne der §§ 230 bis 236 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sind diejenigen, deren Beamte, Angestellte oder Arbeiter, Grundstücke oder bewegliche Sachen die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung übernommen hat.

Artikel 3.

Gemeindevorstand im Sinne des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist der Bürgermeister.

Artikel 4.

Gemeindeaufsichtsbehörde im Sinne des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist für die kreisangehörigen Gemeinden der Landrat, für die Stadtkreise Darmstadt, Mainz, Offenbach a. M., Worms und Gießen der Reichsstatthalter in Hessen — Landesregierung.

§ 113 der Deutschen Gemeindeordnung findet entsprechende Anwendung.

Artikel 5.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage in Kraft, der auf ihre Verkündung folgt.

Mit demselben Tage tritt die Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 8. August 1927 außer Kraft.

Darmstadt, den 31. Januar 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: Reiner.

Erläuterungen

zu der Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Hessen.

Nach § 202 Absatz 1 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung bestimmt die oberste Landesbehörde, wer als Gemeinde, Gemeindeverband, Gemeindevorstand und Gemeindeaufsichtsbehörde im Sinne dieses Gesetzes zu gelten hat.

Für Hessen war das Erforderliche durch die Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 8. August 1927 (Reg.-Bl. S. 167) angeordnet worden. Durch die vorliegende Verordnung werden die Hessischen Ausführungsvorschriften der Neuordnung des Gemeinderichts angepaßt, die durch die Deutsche Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935 (RG.-Bl. I S. 49) erfolgt ist.

Im einzelnen ist folgendes zu bemerken:

Zu Artikel 1.

Die Deutsche Gemeindeordnung kennt den Unterschied zwischen Stadt- und Landgemeinden nicht mehr; vergl. die erste Anweisung des Reichs- und Preussischen Ministers des Innern zur Ausführung der Deutschen Gemeindeordnung vom 22. März 1935 (MBl. S. 415) zu § 9 Nr. 1. Demgemäß läßt auch die vorliegende Verordnung diese Unterscheidung fallen.

Zu Artikel 3.

Wer Gemeindevorstand im Sinne des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist, wird entsprechend der Regelung bestimmt, die für den Gemeindevorstand in der Deutschen Gemeindeordnung und den zu ihr ergangenen oder durch sie aufrecht erhaltenen Vorschriften getroffen worden ist. Daraus ergibt sich, daß nach § 32 der Deutschen Gemeindeordnung Vorstand der Gemeinde jetzt der Bürgermeister, der in Stadtkreisen die Amtsbezeichnung Oberbürgermeister führt, ist.

Zu Artikel 4.

Gemeindeaufsichtsbehörde im Sinne des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung

soll diejenige Behörde sein, die nach der Deutschen Gemeindeordnung und den zu ihr ergangenen oder durch sie aufrecht erhaltenen Vorschriften die Aufsichtsbehörde ist.

§ 113 der Deutschen Gemeindeordnung gibt der Gemeinde in Selbstverwaltungsangelegenheiten gegenüber Anordnungen der Aufsichtsbehörde eine befristete Beschwerde an die nächsthöhere Aufsichtsbehörde. Dieses Beschwerderecht wird der Gemeinde auch bei Auftragsangelegenheiten nach den Bestimmungen des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung eingeräumt.

Teil II

Der Reichsstatthalter in Hessen

Personalnachrichten

Ernannt wurden:

am 21. September 1938 durch Urkunde des Führers und Reichszanlers der Gerichtsassessor Wilhelm Schäfer zum Regierungsrat;

am 7. Dezember 1938 durch Urkunden des Reichsstatthalters in Hessen die Lehrer Georg Krämer, Adam Weinmann, Wilhelm Freund zu Rektoren, der Handelsstudienrat Heinrich Lauer zum Handelsstudiendirektor, der Reallehrer Johann Becker zum Turnlehrer;

am 10. Dezember 1938 durch Urkunde des Reichsstatthalters in Hessen der Lehrer Heinrich Müller zum Rektor, der Ministerialoberrevisor Theodor Langsdorf zum Rechnungsrat; der Kasseninspektor Hans Gölner zum Landeshauptkassenerbuchhalter, der Kanzlist Wilhelm Ruhn zum Vermessungsassistenten.

am 14. Dezember 1938 durch Urkunde des Reichsstatthalters in Hessen der Verwaltungsassistent Georg Späth zum Verwaltungssekretär;

am 20. Dezember 1938 der Vermessungsassistent Georg Rehel zum Vermessungsinspektor, der Bauinspektor Heinrich Falk zum Ministerialoberrevisor;

am 6. Januar durch Urkunde des Reichsstatthalters in Hessen der Lehrer Karl Stephan zum Rektor;

am 18. Januar: der Ministerialoberrevisor Hermann Bachaß zum Rechnungsrat;

am 24. Januar: der Bauinspektor Wilhelm Hübner zum Bauoberinspektor.

Ernannt wurden unter Berufung in das Beamtenverhältnis:

am 7. Dezember 1938 der Polizeirevieroberwachtmeister Friedrich Rehbäum zum Gendarmeriebezirksobewachtmeister;

am 10. Dezember 1938 der Adam Steinmann zum Ministerialamtsgehilfen;

am 4. Januar: der Otto Vogler zum Weißbinder;

Ernannt wurden unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit 1938:

am 3. November der Verwaltungspraktikant Emil Ludwig Lenz zum Verwaltungsinspektor;

am 22. November durch Urkunden des Führers und Reichskanzlers die Studienassessoren Ludwig Breitwieser, Ernst Dörr, Dr. Wilhelm Pfaff, Dr. Heinrich Schäfer, Rudolf Schlosser, Hermann Art, Fritz Flohr, Dr. Hans Heil, Karl Jung, Dr. Erich Menges zu Studienräten, der Regierungsassessor Wilhelm Leher zum Regierungsrat;

am 25. November: der Verwaltungspraktikant Karl Schneider zum Verwaltungsinspektor, der Pfleger Karl Heinrich Kuhl in Darmstadt zum Ministerialamtsgehilfen, durch Urkunde des Reichsstatthalters in Hessen der Museumsverwalter Ludwig Schlitt zum Verwaltungsinspektor, die Schulamtsanwärter Franz Chait und Georg Steiger zu Lehrern, die technische Anwärterin Elisabeth Wagnier zur technischen Lehrerin, die Schulamtsanwärter Heinrich Sehnert und Wilhelm Wolff zu Lehrern, der Verwaltungspraktikant Josef Braun zu Darmstadt zum Rechnungsrevisor;

am 29. November durch Urkunden des Führers und Reichskanzlers der vollbeschäftigte Hilfsarzt Dr. Richard Kempf zum Medizinalrat, der Veterinärarzt Dr. Wilhelm Manz zum Veterinärarzt, der Regierungsassessor Friedrich Sauerwein zum Regierungsrat, der Studienassessor Dr. Heinrich Rothlen zum Studienrat;

am 7. Dezember durch Urkunden des Reichsstatthalters in Hessen die Schulamtsanwärter Theodor Höllfritsch, Gustav Rinzebach, Philipp Hummel, Jakob Diefenbach, Ernst Krämer, Hans Großmann zu Lehrern, die Schulamtsanwärterin Magdalene Baumann zur Reallehrerin, der Gewerbelehramtsanwärter Wilhelm Geiger zum Gewerbelehrer;

am 10. Dezember der Adam Josten zum Winzer, der Finanzpraktikant Heinrich Erzgräber zum Finanzinspektor, der Hilfsstrommeister Johannes Straß zum Strommeister, der Adam Meyer zum Strommeister, durch Urkunden des Reichsstatthalters in Hessen der Verwaltungspraktikant Adolf Feldmann zum Verwaltungsinspektor, die Schulamtsanwärter

Willi Raumann und Johann Lautenschläger zu Lehrern;

am 14. Dezember die Baupraktikanten Philipp Schwarz, Georg Michel und Albert Moberger zu Bauinspektoren, der Kanzleigehilfe Michael Wilhelm Schäfer zum Kanzlisten, der Reinhold Knöllner zum Gestütswärter;

am 16. Dezember durch Urkunden des Führers und Reichskanzlers der Studienassessor Anton Bager zum Studienrat, der Forstassessor Otto Weber zum Forstmeister, der Forstassessor Hellmut Haberkorn zum Forstmeister;

am 17. Dezember durch Urkunden des Reichsstatthalters in Hessen der Theodor Gehbauer zum Amtsgehilfen, der Ferdinand Reil zum Pfleger, der Gustav Trinka zum Pförtner, der Hermann Zimmer zum Institutsgehilfen, der Erich Becker zum Kanzleiaffistenten, der Otto Reil zum Amtsgehilfen, der Ernst Perschbacher zum Pförtner;

am 20. Dezember der Heinrich Spalt zum Amtsgehilfen, der Karl Grünig zum Kanzlisten, durch Urkunden des Reichsstatthalters in Hessen die Schulamtsanwärter Ernst Fröhlich, Franz Euler, Karl Schneidt und Heinrich Weimann zu Lehrern;

am 4. Januar: der Wilhelm Falter zum Pfleger, der Ludwig Wedel zum Wäschereiaufscher, der Johann Elfenhal zum Strommeister, durch Urkunden des Reichsstatthalters in Hessen Heinrich Kummel und Georg Rothenbach in Vielbrunn, Friedrich Lautenbach in Hofheim im Ried, Philipp Vollrath II. in Pfaffen-Beerfurth, Leonhard Sammet in Erbach i. D., Ludwig Krämer in Hummetroth, Heinrich Wendel in Winterkasten, Johannes Förster in Lindensfels i. D., zu Straßenwärtern, Georg Beisel in Unter-Sensbach zum Straßenwärter, die Schulamtsanwärter Richard Albert, Richard Müller und Wilhelm Schäfer zu Lehrern;

am 6. Januar durch Urkunden des Reichsstatthalters in Hessen Emil Arnold, Otto Becker, Heinrich Harff, Adam Weber zu Lehrern, der Wilhelm Georg zum Institutsgehilfen, die Schulamtsanwärter Heinrich Mächemer, Georg Schmidt zu Lehrern, Valentin Würsching in Rodau zum Straßenwärter, Heinrich Kern zum Pfleger;

am 17. Januar: die Baupraktikanten Heinrich Dittert, Jakob Kuhl, Leonhard Schmidt zu Bauinspektoren, durch Urkunden des Reichsstatthalters in Hessen die Schulamtsanwärter Hermann Emig und Wilhelm Roth zu Lehrern, der Diplom-Handelslehrer Dr. Karl Weidlich zum Handelsstudienrat, der Schulamtsanwärter Otto Frisch zum

Lehrer und der Diplom-Ingenieur Karl Müllers zum Gewerbestudienrat;

am 24. Januar: die Baupraktikanten Adam Christ, Georg Heinrich Schneider, Valentin Schweikert zu Bauinspektoren, durch Urkunde des Reichsstatthalters in Hessen der Schulamtsanwärter Walter Geis zum Lehrer.

Entlassen wurde:

am 1. November 1938 der Medizinalrat Dr. Karl Kinsberger bei der Landes-Heil- und Pflegeanstalt in Gießen aus dem hessischen Landesdienst;

am 7. Dezember 1938: der Verwaltungsassistent Otto Blöcher auf seinen Antrag;

am 28. Januar auf Antrag durch Urkunde des Reichsstatthalters in Hessen der Handelsstudienrat Dr. Heinrich Heun.

In den Ruhestand versetzt wurden 1938:

am 3. November: der Oberassistent David Schröder unter Anerkennung seiner dem deutschen Volke geleisteten treuen Dienste;

am 18. November: durch Urkunden des Reichsstatthalters in Hessen die Lehrerin Johanna Franz, der Lehrer Friedrich Löffler, dem Genannten wurde für seine dem deutschen Volke geleisteten treuen Dienste der Dank des Führers und Reichskanzlers ausgesprochen, der Verwaltungsassistent Rudolf Kramer beim Hessischen Oberversicherungsamt zu Darmstadt, mit Wirkung vom 1. März 1939 an;

am 7. Dezember durch Urkunde des Reichsstatthalters in Hessen der Lehrer Valentin Gieg, dem Genannten wurde für seine dem deutschen Volke geleisteten treuen Dienste der Dank des Führers und Reichskanzlers ausgesprochen.

In den Ruhestand versetzt wurden auf ihren Antrag 1938:

am 28. Oktober: der Veterinärarzt Dr. Ignaz Engelmänn unter Anerkennung seiner dem deutschen Volke geleisteten treuen Dienste;

am 18. November: der Vermessungsinspektor Philipp Wenzel bei dem Feldbereinigungsamt Starckenburg zu Darmstadt unter Anerkennung seiner dem deutschen Volke geleisteten treuen Dienste, mit Wirkung vom 1. März 1939 an, durch Urkunden des Reichsstatthalters in Hessen der Lehrer Friedrich Jöckel, die technische Lehrerin Eva Haing, der Genannten wurde für ihre dem deutschen Volke geleisteten treuen Dienste der Dank des Führers und Reichskanzlers ausgesprochen;

am 25. November: durch Urkunde des Reichsstatthalters in Hessen die Handelsstudienrätin

Luise Landmann, der Lehrer Karl Wenzel, die technische Lehrerin Elisabeth North, den Genannten wurde für ihre dem deutschen Volke geleisteten treuen Dienste der Dank des Führers und Reichskanzlers ausgesprochen, der Verwaltungsoberinspektor Wilhelm Hofmann unter Anerkennung seiner dem deutschen Volke geleisteten treuen Dienste;

am 29. November durch Urkunde des Führers und Reichskanzlers der Studienrat Professor Ferdinand Dreher, der Studienrat Professor Karl Herbert, den Genannten wurde für ihre dem deutschen Volke geleisteten treuen Dienste der Dank ausgesprochen;

am 7. Dezember durch Urkunde des Reichsstatthalters in Hessen der Berufsschullehrer Franz Held, dem Genannten wurde für seine dem deutschen Volke geleisteten treuen Dienste der Dank des Führers und Reichskanzlers ausgesprochen;

am 10. Dezember durch Urkunde des Reichsstatthalters in Hessen die Lehrerin Anna Winter, der Genannten wurde für ihre dem deutschen Volke geleisteten treuen Dienste der Dank des Führers und Reichskanzlers ausgesprochen;

am 17. Dezember durch Urkunde des Reichsstatthalters in Hessen der Oberreallehrer Johannes Schmitt, dem Genannten wurde für seine dem deutschen Volke geleisteten treuen Dienste der Dank des Führers und Reichskanzlers ausgesprochen;

am 20. Dezember der Rechnungsrat Emil Walther unter Anerkennung seiner dem deutschen Volke geleisteten treuen Dienste;

am 29. Dezember durch Urkunde des Führers und Reichskanzlers der Regierungsbaurat Fritz Geibel, mit Wirkung vom 1. Februar 1939 an;

am 4. Januar: der Ministerialamtsobergehilfe Adam Schäfer unter Anerkennung seiner dem deutschen Volke geleisteten treuen Dienste, durch Urkunden des Reichsstatthalters in Hessen der Zeichenoberlehrer Hermann Schäfer, der Ministerialamtsgehilfe Friedrich Huthmann; beiden Genannten wurde für ihre dem deutschen Volke geleisteten treuen Dienste der Dank des Führers und Reichskanzlers ausgesprochen;

am 6. Januar: der Revierförster Karl Politsch II. unter Anerkennung seiner dem deutschen Volke geleisteten treuen Dienste;

am 17. Januar: der Polizeibüroassistent Karl Hemmerling;

am 24. Januar durch Urkunde des Reichsstatthalters in Hessen der Lehrer Karl Kisinger.

In den Ruhestand versetzt wurden nach Erreichung der Altersgrenze 1938:

am 22. November durch Urkunden den Führers und Reichskanzlers der Regierungsoberbaurat a. D. Heinrich Balz, der Regierungsbaurat a. D. Thilo Rothamel, den Genannten wurde für die dem deutschen Volke geleisteten treuen Dienste der Dank ausgesprochen;

am 30. November: der Schiffsmaschinist Jakob Sauerzapf, unter Anerkennung seiner dem deutschen Volke geleisteten treuen Dienste;

am 7. Dezember: gemäß Urkunde des Reichsstatthalters in Hessen der Rassenoberinspektor August Tramer, dem Genannten wurde für seine dem deutschen Volke geleisteten treuen Dienste der Dank des Führers und Reichskanzlers ausgesprochen;

am 8. Dezember der Bürodirektor Leonhard Weber unter Anerkennung seiner dem deutschen Volke geleisteten treuen Dienste;

am 20. Dezember durch Urkunden des Reichsstatthalters in Hessen die Lehrer Georg Hering und Eduard Schättler; den Genannten wurde für ihre dem deutschen Volke geleisteten treuen Dienste der Dank des Führers und Reichskanzlers ausgesprochen;

am 21. Dezember gemäß Urkunde des Führers und Reichskanzlers der Direktor Ludwig Gebhard; dem Genannten wurde für seine dem deutschen Volke geleisteten treuen Dienste der Dank ausgesprochen.

Landesregierung

Personalnachrichten

Versetzt wurden 1938:

der Kulturinспекtor Otto Müller vom Kulturbauamt Rheinhessen zu Mainz an das Kulturbauamt Starkenburg zu Darmstadt, mit Wirkung vom 15. Juni 1938 an;

der Veterinärarzt Dr. Maurer in der Eigenschaft als Kreisveterinärarzt an das Kreisveterinäramt Alzen, der Oberveterinärarzt Dr. Roskopf beim Kreisveterinäramt Alzen in der Eigenschaft als Kreisveterinärarzt an das Kreisveterinäramt Offenbach a. M., beide mit Wirkung vom 1. Januar 1939 an;

der Lehrer Georg Schmidt in Lindensfels, Kreis Bergstraße, in eine Berufsschullehrerstelle im Bezirk Bensheim, Kreis Bergstraße, mit Wirkung vom 9. Januar 1939 an.

Versetzt wurden in gleicher Dienstbeziehung 1938:

der Verwaltungsinspektor Karl Sauer vom Kreisamt Oppenheim an das Kreisamt Mainz, der Verwaltungsassistent Karl Rühl vom Kreisamt Schotten an das Kreisamt Alsfeld, der Verwaltungsinspektor Philipp Reibling vom Kreisamt Schotten an das Kreisamt Büdingen, der Kanzlist Heinrich Schott vom Kreisamt Bensheim an das Kreisamt Büdingen, die technischen Lehrerinnen Auguste Fuchs und Gertrud Weigel zu Mainz in die Stelle je einer technischen Lehrerin an der Berufsschule zu Mainz, die technische Lehrerin Margarete Linder zu Mainz-Bischofsheim in die Stelle einer technischen Lehrerin an der Berufsschule zu Mainz, sämtlich mit Wirkung vom 1. Oktober an;

der Kanzleiassistent Ludwig Schollenberger vom Kreisamt Alzen an das Kreisamt Bingen, mit Wirkung vom 1. November an;

der Kanzleiassistent Wilhelm Peuscher vom Forstamt Grebenau in das Forstamt Niederrhmen zu Grünberg, mit Wirkung vom 15. November an;

der Revierförster Wilhelm Jost zu Ober-Mörlen in die Försterei Buxbach des Forstamts Buxbach, der Lehrer Wilhelm Horn zu Edartsborn, Kreis Büdingen, in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Massenheim, Kreis Friedberg, beide mit Wirkung vom 1. Dezember an;

der Studienrat Dr. Bernhard Lade von der Oberschule für Jungen in Schliß an die Oberschule für Mädchen in Gießen, mit Wirkung vom 10. Dezember an;

der Lehrer Johannes Andreas Loos zu Leimbach, Kreis Alsfeld, in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Alsfeld, der Lehrer Heinrich Gorr zu Ober-Olfelden, Kreis Alsfeld, in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Bellersheim, Kreis Gießen, der Lehrer Ernst Röschen zu Lauter, Kreis Gießen, in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Ober-Olfelden, Kreis Alsfeld, der Lehrer Otto Langohr zu Osthofen (Kreis Worms) in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Lauter, Kreis Gießen, sämtlich mit Wirkung vom 16. Dezember an.

der Studienrat Dr. Josef Haing in eine Studienratsstelle an der Oberschule für Jungen in Bensheim, der Lehrer Hans Gebhard zu Groß-Rohrheim, Kreis Worms, in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Biernheim, Kreis Bergstraße, beide mit Wirkung vom 1. Januar 1939 an.

Verlag: Staatliche Beschaffungsstelle — Hess. Staatsverlag — Darmstadt. — Fortlaufender Bezug durch die Postanstalten für viertelj. 1.75 RM.

Fehlende Nummern werden nur dann kostenlos nachgeliefert, wenn das Ausbleiben sofort, spätestens bei Erscheinen der nächstfolgenden Ausgabe, bei der Postanstalt gemeldet wird. Bestellungen von Einzelnummern sind an den Hessischen Staatsverlag, Darmstadt, Paradeplatz 3. zu richten.

Hessisches Regierungsblatt

1939

Darmstadt, den 20. Februar 1939

Nr. 3

Inhalt: Teil I: Bekanntmachung, die Serologische Syphilisdiagnose betreffend. S. 13 — Erlaß über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren. S. 13 — Bekanntmachung, den Gemeindeverband für den Kraftwagenverkehr Ortenberg und Umgebung betreffend. S. 13 — Bekanntmachung, die Aenderung der Gemarkungsgrenzen zwischen den Gemarkungen Irbener Oberwald und Walldorf betreffend. S. 14 — Bekanntmachung über die Erhebung eines Ausgleichszuschlages bei Lebendvieh und einer Ausgleichsabgabe auf frisches Fleisch in Worms. S. 14 — Bekanntmachung, die Meisterschule des Deutschen Handwerks in Offenbach a. M. betreffend. S. 14 — Bekanntmachung, die Erhebung einer Wertzuwachssteuer betreffend. S. 15.

Teil I

Bekanntmachung, die Serologische Syphilisdiagnose betreffend.

Vom 2. Februar 1939,

— gemäß Runderlaß des Reichs- und Preussischen Ministers des Innern vom 24. Februar 1938 — Nr. IV g 214/38 — 5665 —

Die Genehmigung zur Ausführung der Wassermannschen Reaktion im Gebiet des Landes Hessen haben:

1. Landes-Heil- und Pflgeanstalt „Philipps-hospital“, Gießen;
2. Hessisches Untersuchungsamt für Infektionskrankheiten, Gießen;
3. die Universitätskliniken, Gießen;
4. die Städtischen Krankenhäuser in Darmstadt, Mainz und Worms.

Darmstadt, den 2. Februar 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

Abteilung III (Innere Verwaltung)

Erlaß über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren.

Vom 8. Februar 1939.

Auf Grund von Artikel 1 des Hessischen Gesetzes über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren vom 4. Oktober 1935 (Reg.-Bl. S. 193) wird aus Gründen des öffentlichen Wohles ein vereinfachtes Enteignungsverfahren hinsichtlich der nachfolgend bezeichneten Grundstücke angeordnet:

Gemarkung Alsfeld, Flur I Nr. 914, Grabgarten (Bauplatz) am Mainzer Ruhweg rechts, 1313 qm,

Eigentümer: Maurermeister Konrad Karl Leußler in Alsfeld.

Gemarkung Alsfeld, Flur I Nr. 915, Grabgarten am Mainzer Ruhweg rechts, 88 qm,

Eigentümer: Georg Büding I. zu $\frac{1}{3}$

Johann David Duchardt,

Elisabeth Duchardt, geb. Büding, Erben, Gesamtgut der Errungenschaftsgemeinschaft zu $\frac{1}{3}$

Johann Karl Büding, Frankfurt a. M.

Marie Büding, geb. Cron, Gesamtgut der Errungenschaftsgemeinschaft zu $\frac{1}{3}$.

Gemarkung Alsfeld, Flur I Nr. 916, Grabgarten (Bauplatz) am Mainzer Ruhweg rechts, 840 qm,

Eigentümer: Johann David Duchardt und Ehefrau Elisabeth Duchardt, geb. Büding, Erben (Gesamtgut der Errungenschaftsgemeinschaft).

Darmstadt, den 8. Februar 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: Reiner.

Bekanntmachung, den Gemeindeverband für den Kraftwagenverkehr Ortenberg und Umgebung betreffend.

Vom 8. Februar 1939.

Der „Gemeindeverband für den Kraftwagenverkehr Ortenberg und Umgebung“ in Ortenberg hat sich aufgelöst.

Auf Grund des Artikels 18 des Zweckverbandsgesetzes vom 10. Juli 1931 habe ich die Auflösung des Verbandes genehmigt.

Darmstadt, den 8. Februar 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

Abteilung III (Innere Verwaltung)

Bekanntmachung, die Aenderung der Gemarkungsgrenzen zwischen den Gemarkungen Treburer Oberwald und Walldorf betreffend.

Vom 9. Februar 1939.

Durch Entscheidung des Kreisamts Groß-Gerau vom 16. Juli 1938 wurde die Gemarkungsgrenze zwischen der selbständigen Gemarkung Treburer Oberwald und der Gemeindegemarkung Walldorf verlegt und insgesamt 30 643 qm aus Flur II Nummer 3 $\frac{1}{10}$ bis 14 der Gemarkung Treburer Oberwald ausgegliedert und in Flur III Nummer 211 bis 275 der Gemarkung Walldorf eingegliedert.

Darmstadt, den 9. Februar 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

Abteilung III (Innere Verwaltung)

Bekanntmachung über die Erhebung eines Ausgleichszuschlages bei Lebendvieh und einer Ausgleichsabgabe auf frisches Fleisch in Worms.

Vom 10. Februar 1939.

Nachstehend bringe ich eine Anordnung des Reichs- und Preussischen Ministers für Ernährung und Landwirtschaft und des Reichskommissars für die Preisbildung über die Erhebung eines Ausgleichszuschlages bei Lebendvieh und einer Ausgleichsabgabe auf frisches Fleisch in Worms vom 18. VII. 1938 zur Kenntnis und bestimme gemäß Ziffer III dieser Anordnung als Zeitpunkt ihres Inkrafttretens den 1. März 1939.

Darmstadt, den 10. Februar 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: *Reiner*.

Anordnung

über die Erhebung eines Ausgleichszuschlages bei Lebendvieh und einer Ausgleichsabgabe auf frisches Fleisch in Worms.

Vom 18. August 1938.

Auf Grund des § 1 Abs. 8, 9 und 10 des Gesetzes über die Gebühren der Schlachtviehmärkte usw. vom 5. Mai 1933 (Reichsgesetzbl. I S. 242) in der Fassung des § 29 der Verordnung zur Rege-

lung des Verkehrs mit Schlachtvieh vom 27. Februar 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 301) sowie auf Grund des § 2 des Gesetzes zur Durchführung des Vierjahresplans — Bestellung eines Reichskommissars für die Preisbildung — vom 29. Oktober 1936 (Reichsgesetzbl. I S. 927) wird hiermit angeordnet:

I. für die Gemeinde Worms wird folgender Ausgleichszuschlag bei Schlachtvieh (§ 1 Abs. 8 und 9 des Gesetzes über die Gebühren der Schlachtviehmärkte usw.) festgesetzt:

für ein Stück Großvieh	20.— RM.
für ein Schwein	6.— RM.
für ein Kalb	5.— RM.
für ein Schaf	2.— RM.

II. Die Ausgleichsabgabe auf frisches Fleisch, das der Gemeinde Worms aus auswärtigen Schlachtungen zugeführt wird (§ 1 Abs. 10 des Gesetzes über die Gebühren der Schlachtviehmärkte usw.) beträgt 6 Rpfg. für ein Kilogramm.

III. Der Reichsstatthalter in Darmstadt bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Anordnung.

Berlin, den 18. August 1938.

Der Reichs- und Preussische Minister für Ernährung und Landwirtschaft.

Im Auftrag: gez. Dr. *Claussen*.

Der Reichskommissar für die Preisbildung.

Im Auftrag: Unterschrift.

Bekanntmachung, die Meisterschule des Deutschen Handwerks in Offenbach a. M. betreffend.

Vom 11. Februar 1939.

Die Technischen Lehranstalten zu Offenbach am Main führen vom 1. April 1939 an folgende Bezeichnung:

„Meisterschule des Deutschen Handwerks Fachschule der Stadt Offenbach a. M. für Lederverarbeitung, Graphik, Mode und Textil.“

Darmstadt, den 11. Februar 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: *Reiner*.

Bekanntmachung, die Erhebung einer Wertzuwachssteuer betreffend.

Vom 13. Februar 1939.

Auf Grund des Art. 4 des Gesetzes zur Abänderung des Finanzausgleichs-Ausführungsgesetzes vom 1. November 1938 (Reg.-Bl. S. 103) habe ich die nachstehende Musterfakung aufgestellt.

Darmstadt, den 13. Februar 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: Reiner.

Musterfakung

über die Erhebung einer Wertzuwachssteuer.

(Die Abweichungen von der bisherigen Musterfakung über die Erhebung einer allgemeinen Wertzuwachssteuer sind durch Schrägdruck gekennzeichnet.)

Auf Grund von Art. 12 und Art. 94 Ziff. 1 des Gesetzes, die innere Verwaltung und die Vertretung der Kreise und Provinzen betreffend, vom 8. Juli 1911 (Reg.-Bl. S. 324) bzw. § 3 der Deutschen Gemeindeordnung und Art. 10 Ziff. 3 der Ersten Hess. Verordnung zur Durchführung der Deutschen Gemeindeordnung vom 1. April 1935 (Reg.-Bl. S. 59) sowie von Artikel 4 des Gesetzes zur Abänderung des Finanzausgleichs-Ausführungsgesetzes vom 1. November 1938 (Reg.-Bl. S. 103) wird auf den Beschluß des Kreisausschusses vom bzw. nach Beratung mit den Stadträten ergangenen Beschluß des Oberbürgermeisters vom mit Genehmigung des Reichsstatthalters in Hessen — Landesregierung — für den Landkreis bzw. Stadtkreis die folgende

Steuerordnung

erlassen:

§ 1.

Beim Uebergang des Eigentums an einem in dem Landkreis bzw. Stadtkreis belegenen Grundstück oder Grundstücksteil wird von dem Wertzuwachs, der ohne Zutun des Eigentümers entstanden ist, eine Abgabe (Wertzuwachssteuer) nach Maßgabe dieser Ordnung erhoben, wenn die Veräußerer oder, beim Erwerb in den Fällen des § 8, ihre Rechtsvorgänger, das Eigentum an dem Grundstück nach dem 31. Dezember 1913 erworben haben.

§ 2.

Den Grundstücken stehen Berechtigungen gleich, auf welche die Vorschriften des bürgerlichen Rechts über Grundstücke Anwendung finden; ausgenommen sind unbewegliche Bergwerksanteile.

§ 3.

Dem Uebergang des Eigentums an Grundstücken steht gleich der Uebergang von Rechten an dem Vermögen einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, einer Kommanditgesellschaft, Gewerkschaft, eingetragenen Genossenschaft, eines eingetragenen Vereins oder einer offenen Handelsgesellschaft, soweit das Vermögen der Vereinigung aus Grundstücken besteht, wenn entweder zum Gegenstand des Unternehmens die Verwertung von Grundstücken gehört, oder wenn die Vereinigung geschaffen ist, um die Wertzuwachssteuer zu ersparen.

§ 4.

Steuerpflichtig ist auch ein Rechtsvorgang, der es ohne Uebertragung des Eigentums einem anderen ermöglicht, über das Grundstück wie ein Eigentümer zu verfügen.

§ 5.

Die Besteuerung wird nicht dadurch ausgeschlossen, daß ein nach dieser Ordnung steuerpflichtiges Rechtsgeschäft durch ein anderes Rechtsgeschäft verdeckt wird.

§ 6.

(1) Die Steuerpflicht wird begründet durch die Eintragung der Rechtsänderung in das Grundbuch oder, wenn es einer solchen zum Uebergang des Eigentums nicht bedarf, durch den Vorgang, der die Rechtsänderung bewirkt.

(2) Sofern das Grundbuch noch nicht als angelegt anzusehen ist, tritt an die Stelle der Eintragung die Umschreibung in öffentlichen Büchern.

§ 7.

(1) Ein zur Uebertragung des Eigentums verpflichtendes Veräußerungsgeschäft wird steuerpflichtig, wenn der Uebergang des Eigentums nach Ablauf eines Jahres nach Abschluß dieses Veräußerungsgeschäfts nicht erfolgt ist.

(2) Ist die Steuerpflicht nach Absatz 1 eingetreten und erfolgt sodann der Eigentumsübergang (§ 6), so wird die Steuer für diesen nur insoweit erhoben, als sie die Steuer des Absatzes 1 übersteigt.

(3) Liegen mehrere Veräußerungsgeschäfte innerhalb eines Jahres vor und führt eines von ihnen vor Ablauf des Jahres zum Eigentumsübergang (§ 6), so tritt gleichzeitig mit der Steuerpflicht des Eigentumsübergangs die Steuerpflicht derjenigen Veräußerungsgeschäfte ein, die dem zur Ausführung kommenden Veräußerungsgeschäft vorangehen und ihrerseits nicht zum Eigentumsübergang geführt haben.

(4) Als Veräußerungsgeschäfte im Sinne des Absatzes 1 sind auch anzusehen:

1. Die Uebertragung der Rechte der Erwerber aus Veräußerungsgeschäften;

2. die Uebertragung von Rechten aus Anträgen zum Abschluß eines Veräußerungsgeschäfts, die den Veräußerer binden, sowie aus Verträgen, durch die nur der Veräußerer zum Abschluß eines Veräußerungsgeschäfts verpflichtet wird;
3. nachträgliche Erklärungen des aus einem Veräußerungsgeschäft berechtigten Erwerbers, die Rechte für einen Dritten erworben oder die Pflichten für einen Dritten übernommen zu haben;
4. die Abtretung der Rechte aus dem Meistgebot und die Erklärung des Meistbietenden, daß er für einen anderen geboten habe;
5. Rechtsgeschäfte, durch die jemand ermächtigt wird, ein Grundstück ganz oder teilweise auf eigene Rechnung zu veräußern.

§ 8.

(1) Die Steuer wird nicht erhoben:

1. beim Erwerb von Todes wegen oder auf Grund einer Schenkung unter Lebenden im Sinne des Erbschaftssteuergesetzes, sofern nicht die Form der Schenkung lediglich gewählt ist, um die Wertzuwachssteuer zu ersparen. Bei Schenkungen mit einer Auflage beschränken sich die Steuerbefreiungen auf den Teil des Einheitswertes des Grundstücks, der den Wert der Auflage übersteigt;
2. bei der Begründung, Aenderung, Fortsetzung und Aufhebung der ehelichen Gütergemeinschaft;
3. beim Erwerb auf Grund von Verträgen, die zwischen Miterben oder Teilnehmern an einer ehelichen oder fortgesetzten Gütergemeinschaft zum Zwecke der Teilung der zum Nachlaß oder zum Gesamtgut gehörigen Gegenstände abgeschlossen werden, sowie beim Erwerb auf Grund eines Zuschlags, der in den vorgenannten Fällen bei Teilung im Wege der Versteigerung einem Miterben oder Teilnehmer erteilt wird;
4. beim Erwerb der Abkömmlinge von den Eltern, Großeltern und entfernteren Vorfahren, sowie beim Erwerb der Eltern von Kindern; den Eltern stehen die Stief- und Schwiegereltern gleich, ebenso die Adoptiveltern, wenn kein Verdacht besteht, daß die Annahme an Kindesstatt zum Zwecke der Steuerhinterziehung vorgenommen ist;
5. beim Einbringen in eine ausschließlich aus dem Veräußerer und dessen Abkömmlingen oder aus diesen allein bestehende Vereinigung. Die Steuerpflicht tritt ein, wenn nachträglich ein Gesellschafter aufgenommen wird, der nicht zu den Abkömmlingen des Veräußerers gehört;
6. beim Einbringen von Nachlassgegenständen in eine ausschließlich von Miterben gebildete

Vereinigung. Die Vorschrift der Nr. 5 Satz 2 findet entsprechende Anwendung;

7. beim Uebergang von Grundstücken im Umlegungsverfahren und beim freiwilligen Austausch zur besseren Bewirtschaftung von zersplitterten land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken, wenn die zuständige Behörde ihn als zweckdienlich anerkennt, sowie beim Austausch von Grundstücken zur Grenzregelung oder zur besseren Gestaltung von Bauflächen, sowie bei Ablösung von Rechten an Forsten, wenn die zuständige Behörde diese Maßnahmen angeordnet hat oder sie als zweckdienliche anerkennt; ferner beim Austausch aus Anlaß der förmlichen Feststellung von Fluchtlinienplänen und der Abtretung von Straßenland;
8. beim Austausch von Feldbesteilen zwischen angrenzenden Bergwerken und bei der Vereinigung zweier oder mehrerer Bergwerke zum Zwecke der besseren bergbaulichen Ausnutzung, sofern sie nicht zum Zwecke der Steuerersparung erfolgen;
9. bei Grundstücksübertragungen, die der Besiedlung des flachen Landes oder der Schaffung von Kleinwohnungen zu dienen bestimmt sind, wenn als Erwerber oder Veräußerer Körperschaften des öffentlichen Rechtes oder solche Personenvereinigungen, rechtsfähige Stiftungen und sonstige rechtsfähige Zweckvermögen, die sich mit den genannten Zwecken befassen, beteiligt sind. Die Befreiung der Personenvereinigungen, Stiftungen und Zweckvermögen tritt nur ein, wenn sie auf Grund des Siebenten Teils Kapitel III der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1. Dezember 1930 (Reichsgesetzbl. I S. 517) als gemeinnützig anerkannt oder nach den zur Durchführung des Körperschaftssteuergesetzes erlassenen Bestimmungen als gemeinnützig anzusehen sind. Wenn Körperschaften, Personenvereinigungen, Stiftungen oder Zweckvermögen der genannten Art auf ihren Grundstücken Kleinwohnungen nachweisbar in der Absicht geschaffen haben, die Grundstücke demnächst an dritte Personen als Eigenheime zu übertragen, so sind diese Grundstücksübertragungen ebenfalls von der Steuer befreit;
10. beim Erwerb von Grundstücken zwecks Schaffung oder Erweiterung öffentlicher Erholungs-, Wald- und sonstiger Grünanlagen, sowie für Zwecke öffentlicher Straßen und Plätze. Falls und insoweit das Grundstück innerhalb einer Frist, die vom Beginn des zweiten Jahres bis zum Ende des fünfzehnten Jahres nach Abschluß des Veräußerungsgeschäfts läuft, für andere Zwecke verwendet wird, erfolgt Nachveranlagung;

11. wenn das Vermögen einer öffentlichen Körperschaft als Ganzes auf eine andere öffentliche Körperschaft übertragen wird;

(2) Zu den Miterben im Sinne der Nr. 3 und 6 wird der überlebende Ehegatte gerechnet, der mit den Erben des verstorbenen Gatten gütergemeinschaftliches Vermögen zu teilen hat. Die Steuerbefreiungen nach Nr. 3 und 4 kommen auch Ehegatten von Miterben oder Teilnehmern an einer fortgesetzten Gütergemeinschaft sowie Ehegatten von Abkömmlingen zu, wenn sie auf Grund des bestehenden Güterstandes ohne rechtsgeschäftliche Uebertragung Miteigentum erwerben.

§ 9.

(1) Als steuerpflichtiger Wertzuwachs gilt der Unterschied zwischen dem Erwerbspreis und dem Veräußerungspreis.

(2) Der Preis bestimmt sich nach dem Gesamtbetrage der Gegenleistungen einschließlich der vom Erwerber übernommenen oder ihm sonst infolge der Veräußerung obliegenden Leistungen und der vorbehaltenen oder auf dem Grundstück lastenden Nutzungen, bei Verträgen über Leistung an Erfüllungstatt nach dem Wert, zu dem die Gegenstände an Erfüllungstatt angenommen werden.

(3) Die auf einem nicht privatrechtlichen Titel beruhenden Abgaben und Leistungen, die auf dem Grundstück kraft Gesetzes lasten (gemeine Lasten), werden nicht mitgerechnet. Der Wert wiederkehrender Leistungen und Nutzungen bestimmt sich nach den Vorschriften des Reichsbewertungsgesetzes.

(4) Ist einem der Vertragsschließenden ein Wahlrecht oder die Befugnis eingeräumt, innerhalb gewisser Grenzen den Umfang der Gegenleistung zu bestimmen, so ist der höchstmögliche Betrag der Gegenleistung maßgebend.

§ 10.

Beim Übergang im Wege der Zwangsversteigerung gilt als Preis der Betrag des Meistgebots, zu dem der Zuschlag erteilt wird, unter Hinzurechnung der vom Ersterher übernommenen Leistungen. Im Falle der Abtretung der Rechte aus dem Meistgebot und der Erklärung des Meistbietenden, daß er für einen anderen geboten habe, tritt an Stelle des Meistgebots der Wert der Gegenleistung, wenn sie höher ist als das Meistgebot.

§ 11.

(1) Bei einem aus Anlaß einer Feldbereinigung, Grenzregelung oder Umlegung empfangenen Grundstück ist als Erwerbspreis das Entgelt anzusehen, das bei dem letzten steuerpflichtigen Rechtsvorgang für das in die Feldbereinigung usw. gegebene Grundstück gezahlt worden ist.

(2) Ausgleichszahlungen sind dem Erwerbspreis hinzu- oder abzurechnen. Für die Steuerberechnung kommt der auf diesem Weg berichtigte Erwerbspreis und die Größe des aus der Masse empfangenen Grundstücks in Frage. Als Besitzdauer gilt die Zeit von dem Erwerb des in die Masse usw. gegebenen Grundstücks an.

§ 12.

(1) Soweit der Erwerbspreis nicht in Gold-, Renten- oder Reichsmark berechnet ist, wird er nach § 2 des Aufwertungsgesetzes vom 16. Juli 1925 (Reichsgesetzbl. I S. 117) nach seinem Goldmarkwerte berechnet. Für die Berechnung ist maßgebend der Tag des Abschlusses des Rechtsgeschäftes, wenn ein Veräußerungsgeschäft abgeschlossen war, das zur Uebertragung des Eigentums verpflichtete, in allen übrigen Fällen der Tag des Rechtsvorgangs, der die Rechtsänderung bewirkt hat.

(2) Die Bestimmungen des Absatzes 1 finden entsprechende Anwendung auf die Ermittlung aller nach dieser Steuerordnung in Betracht kommenden Beträge (Zu- und Abrechnungen).

§ 13.

(1) Ist ein Preis nicht vereinbart oder nicht zu ermitteln, so tritt an seine Stelle der Einheitswert, der nach den Vorschriften des Reichsbewertungsgesetzes auf den dem steuerpflichtigen Rechtsvorgang unmittelbar vorausgegangenen Feststellungszeitpunkt für das Grundstück festzustellen war, oder, falls ein solcher noch nicht festgestellt worden ist, der gemeine Wert. Ist in dem Einheitswert der Wert solcher Gegenstände enthalten, die der Wertzuwachssteuer nicht unterliegen, so ist der Wert dieser Gegenstände zur Ermittlung des der Steuer zugrunde zu legenden Wertes auszuscheiden. Bildet nur ein Teil eines Grundstücks den Gegenstand des steuerpflichtigen Rechtsvorganges, so ist der auf ihn entfallende Teilbetrag des Einheitswerts der Besteuerung zugrunde zu legen. Der nach Satz 2, 3 maßgebende Wert ist nach den Grundsätzen des Reichsbewertungsgesetzes zu ermitteln. Die Steuerbehörde kann im Einverständnis mit dem Steuerschuldner von der genauen Ermittlung des Wertes absehen und einen Pauschbetrag für die Steuer festsetzen. Dies gilt auch dann, wenn die Versteuerung andernfalls noch ausgesetzt werden müßte.

(2) Das gleiche gilt, wenn auf dem Grundstück eine der in § 2 bezeichneten Berechtigungen oder ein Nießbrauchrecht lastet, zu deren Beseitigung der Veräußerer nicht verpflichtet ist, und der Einheits- oder gemeine Wert (Abs. 1) des Grundstücks unter Berücksichtigung seiner Belastung den Wert der Gegenleistung übersteigt.

(3) Wenn die Beteiligten einen Teil des Entgelts in die Form einer Vermittlungsgebühr, einer

den üblichen Zinssatz erheblich übersteigenden Verzinsung des gestundeten Preises oder einer sonstigen Nebenleistung kleiden, so ist der als Teil des Entgelts anzusetzende Betrag durch Schätzung zu ermitteln.

§ 14.

(1) Von dem Preis kommt in Abzug der Wert der vom Veräußerer übernommenen Lasten, der Maschinen, auch soweit sie zu den wesentlichen Bestandteilen des Grundstücks gehören, und der Erzeugnisse des Grundstücks, solange sie mit dem Boden zusammenhängen.

(2) Sind Einzelpreise oder Werte der steuerpflichtigen und steuerfreien Gegenstände nicht angegeben oder erscheinen die angegebenen Preise oder Werte nicht zutreffend, so ist der auf die steuerpflichtigen und steuerfreien Gegenstände entfallende Teil des Gesamtpreises von der Veranlagungsstelle durch Schätzung festzustellen, wenn nicht der Steuerpflichtige auf Erfordern innerhalb einer von der Veranlagungsstelle zu bestimmenden Frist die Trennung der Preise oder Werte nachholt.

§ 15.

Dem Erwerbspreis sind hinzuzurechnen:

1. als Kosten des Erwerbs, sofern nicht anstelle des Erwerbspreises der Wert maßgebend ist, 6 v. H. des Erwerbspreises. Weist der Veräußerer nach, daß die zum Erwerb des Grundstücks unmittelbar aufgewendeten Kosten einschließlich der ortsüblichen Vermittlungsgebühr höher waren als die genannten Pauschsätze, so treten anstelle der Pauschsätze die nachgewiesenen Kosten;
2. falls das Grundstück im Wege der Zwangsversteigerung erworben worden ist, und der Veräußerer zur Zeit der Einleitung der Zwangsversteigerung Hypotheken- oder Grundschuldgläubiger war, der nachweisliche Betrag seiner ausgefallenen Forderungen bis zu dem Einheits- oder gemeinen Werte (§ 13 Abs. 1), den das Grundstück zur Zeit der Eintragung der Forderungen hatte. Die Forderungen werden, wenn sie durch entgeltliches Rechtsgeschäft erworben sind, nur in Höhe des geleisteten Entgelts angerechnet. Beruht ihr Erwerb auf einer Schenkung oder sind sie innerhalb kürzerer Zeit als 3 Monate vor der Einleitung der Zwangsversteigerung eingetragen worden, so werden die Forderungen nur berücksichtigt, wenn nach den Umständen Schenkung oder Eintragung keine Steuerersparung bezweckt;
3. die Aufwendungen für Neu- und Umbauten, soweit solche nicht mit öffentlichen Mitteln hergestellt worden sind, sowie für sonstige dauernde besondere Verbesserungen, auch land- und forstwirtschaftlicher Art, sowie

für bergmännische Versuchs- und Ausrichtungsarbeiten, die innerhalb des für die Steuerberechnung maßgebenden Zeitraums gemacht sind und weder die nach § 14 abzugsfähigen Gegenstände betreffen, noch der laufenden Unterhaltung von Baulichkeiten oder der laufenden Bewirtschaftung von Grundstücken dienen, soweit die Bauten und Verbesserungen noch vorhanden sind. Der Wert eigener Arbeit, soweit durch sie eine sonst notwendige fremde Arbeitskraft ersetzt wird, gilt in Höhe des ortsüblichen Lohnes als Aufwendung.

4. Die Aufwendungen, Leistungen und Beiträge für Straßenbauten, andere Verkehrsanlagen einschließlich der Kanalisierung, sowie ohne entsprechende Gegenleistung und Verzinsung geleistete Beiträge für sonstige öffentliche Einrichtungen, soweit die Aufwendungen, Leistungen und Beiträge innerhalb des für die Steuerberechnung maßgebenden Zeitraums gemacht sind.

§ 16.

Von dem Veräußerungspreis sind die dem bisherigen Eigentümer nachweislich zur Last fallenden Kosten der Veräußerung und Uebertragung einschließlich der für die Vermittlung gezahlten ortsüblichen Gebühr in Abzug zu bringen, sofern nicht an Stelle des Veräußerungspreises der Einheits- oder gemeine Wert (§ 13 Abs. 1) maßgebend ist.

§ 17.

Dem Veräußerungspreis sind hinzuzurechnen:

1. Entschädigungen für eine Wertminderung des Grundstücks (z. B. bei Teilenteignungen usw.), die während der maßgebenden Eigentumsdauer gezahlt sind oder deren Anspruch während dieser Zeit entstanden ist, wenn und soweit der Geldbetrag nicht nachweislich zur Beseitigung des Schadens verwendet worden ist;
2. ein nach den Vorschriften dieser Ordnung zu berechnender Steuerbetrag, wenn der Erwerber des Grundstücks die Zahlung der Zuwachsteuer übernommen hat.

§ 18.

(1) Beschränkt sich der steuerpflichtige Rechtsgang auf einen Teil des Grundstücks, so wird der Erwerbspreis dieses Teils nach dem Verhältnis seines Wertes zum Werte des Gesamtgrundstücks berechnet.

(2) Unentgeltliche dauernde Ueberlassung von Grundstücken für Verkehrszwecke, für öffentliche oder gemeinnützige Zwecke wird in der Weise berücksichtigt, daß der Gesamterwerbspreis nicht

auf die ursprüngliche, sondern auf die nach der Abtretung verbleibende Fläche verteilt wird.

(3) Bei Teilveräußerungen sind nur die Aufwendungen anzurechnen, die diesen Teil ausschließlich oder gemeinschaftlich mit anderen Teilen betreffen. Im letzteren Falle werden die Aufwendungen nach dem Verhältnis des Wertes, den die Grundstücksteile zur Zeit der Veräußerung haben, angerechnet.

§ 19.

(1) Beruht der Erwerb des Grundstücks auf einem steuerfreien Rechtsvorgang (§ 8), so ist für die Bemessung des Wertzuwachses von dem Preise zur Zeit des letzten steuerpflichtigen Rechtsvorgangs (§ 1) auszugehen.

(2) Ob im Sinne dieser Vorschrift Rechtsvorgänge steuerfrei oder steuerpflichtig sind, ist auch für die Zeit vor dem Inkrafttreten dieser Ordnung nach ihr zu bestimmen.

§ 20.

(1) Bei der steuerpflichtigen Ueberlassung eines gemeinschaftlichen Grundstücks an einen Mitberechtigten oder Gesellschafter bleibt die Steuerpflicht auf den veräußerten Anteil beschränkt. Bei dem nächsten steuerpflichtigen Rechtsvorgang ist der Wertzuwachs für den eigenen und für den hinzuerworbenen Anteil gesondert zu berechnen und zu versteuern.

(2) Eine gleiche gesonderte Steuerberechnung hat auch in anderen Fällen dann stattzufinden, wenn der Veräußerer Anteile des Grundstücks zu verschiedenen Zeiten erworben hatte.

§ 21.

Beim Tausch von Grundstücken ist die Steuer für jedes Grundstück gesondert zu berechnen.

§ 22.

(1) Die Steuer beträgt bei einer Eigentumsdauer:

bis zu 6 Monaten: 50 v. H. des Wertzuwachses,
von mehr als 6 Monaten bis zu 1 Jahr:

40 v. H. des Wertzuwachses,
von mehr als 1 Jahr bis zu 2 Jahren:

30 v. H. des Wertzuwachses,
von mehr als 2 Jahren bis zu 3 Jahren:

25 v. H. des Wertzuwachses,
von mehr als 3 Jahren bis zu 4 Jahren:

20 v. H. des Wertzuwachses,
von mehr als 4 Jahren bis zu 5 Jahren:

15 v. H. des Wertzuwachses.

Bei längerer Eigentumsdauer vermindert sich der Steuerfuß für jedes angefangene weitere Jahr der Besitzzeit um 1 v. H.; er beträgt jedoch mindestens 10 v. H.

(2) Die Steuerbeträge werden auf volle Reichsmark nach unten abgerundet.

(3) Steuerbeträge, die im ganzen unter 50,— Reichsmark bleiben, werden nicht erhoben.

§ 23.

(1) Die Zahlung der Steuer liegt demjenigen ob, dem das Eigentum an dem Grundstück vor dem die Steuerpflicht begründenden Rechtsvorgang zustand. Mehrere Steuerpflichtige haften als Gesamtschuldner.

(2) Kann die Steuer von dem Veräußerer nicht beigetrieben werden, so haftet der Erwerber, wenn er die Steuer durch Vereinbarung übernommen hatte, bis zum vollen Steuerbetrage, im übrigen nur bis zu einem Betrage von 10 v. H. und in den unter § 13 Ziffer 7 des Reichsgesetzes vom 10. August 1925 (Reichsgesetzbl. I S. 254) erwähnten Fällen bis zu einem Betrage von 25 v. H. des Veräußerungspreises. Auf Erwerbungen im Wege der Zwangsversteigerung findet diese Bestimmung keine Anwendung. Die Haftung des Erwerbers fällt fort, sobald der Veräußerer einen entsprechenden Betrag bezahlt oder sichergestellt hat.

(3) Gehen dem Eintritt der Steuerpflicht mehrere aufeinanderfolgende Rechtsgeschäfte voraus, so haften die an einem dieser Rechtsgeschäfte als Veräußerer beteiligten Personen neben dem Steuerpflichtigen als Gesamtschuldner.

§ 24.

Von der Steuerpflicht befreit sind das Reich, das Land sowie die Gemeinden (Gemeindeverbände), in denen das Grundstück liegt.

§ 25.

(1) Eine außerordentliche Ermäßigung der Steuer um die Hälfte ist auf Antrag von der Steuerstelle zu gewähren, wenn es sich um den Verkauf eines Wohnhauses oder einer Ansiedlungsstätte an Kriegsbeschädigte oder an Hinterbliebene von Kriegsteilnehmern handelt, die auf Grund des Kapitalabfindungsgesetzes Grundstücke erwerben, und wenn zugleich der Veräußerungspreis mit Rücksicht auf die Person des Erwerbers wesentlich niedriger als sonst üblich festgesetzt ist.

(2) Die Steuer wird nicht erhoben, wenn der Veräußerer oder, bei einem steuerfreien Eigentumsübergang der Vorbesitzer das Grundstück unbebaut erworben und als Bauherr oder Bauunternehmer nach dem 1. Oktober 1923 darauf ein Wohnhaus zu errichten begonnen und innerhalb von 3 Jahren nach erfolgter Gebrauchsabnahme veräußert hat. Das Rechtsgeschäft gilt jedoch als steuerpflichtiger Rechtsvorgang im Sinne des § 19 Abs. 1 dieser Ordnung.

(3) Die Steuer wird erstattet, wenn der Veräußerer den erzielten Kaufpreis zum Neubau eines Wohnhauses oder zu einem eine Wohnungsvermehrung bewirkenden Umbau verwendet hat. Ist nicht der volle Betrag zu diesem Zweck verwendet, so wird die Steuer nur in dem Verhältnis des verwendeten Betrags zum gesamten Erlös ermäßigt. Der Erlaß oder die Ermäßigung tritt nur ein, wenn der Neu- oder Umbau binnen 6 Monaten

nach der Veräußerung begonnen und innerhalb eines weiteren Jahres fertiggestellt wird.

(4) Die Steuer kann auf Antrag ganz oder teilweise durch die Steuerstelle erlassen werden, wenn der Steuerpflichtige erwerbsunfähig ist oder seinen Lebensunterhalt in der Hauptsache aus den Mieteinnahmen des veräußerten Grundstücks bestreiten mußte oder die Veräußerung lediglich zum Zwecke einer besseren Anlage oder Verzinsung seines Eigenkapitals oder infolge einer nicht nur vorübergehenden Notlage zur Flüssigmachung von Mitteln zu seinem und seiner Familie Lebensunterhalt vorgenommen hat.

(5) Abgesehen von den Fällen nach Abs. 1 bis 4 kann die Steuerstelle die Steuer auf Antrag ganz oder teilweise erlassen, wenn deren Einziehung nach Lage des einzelnen Falles unbillig wäre. Bereits entrichtete Steuer kann in solchen Fällen erstattet werden. Soweit der zu erlassende Betrag 1000 RM. übersteigt, hat die Entscheidung der Steuerstelle im Benehmen mit dem Landrat oder dem Oberbürgermeister zu erfolgen.

§ 26.

(1) Die Steuer wird auf Antrag erlassen oder ermäßigt:

1. bei Nichtigkeit der Auflassung oder des sonstigen, den Eigentumserwerb begründenden Rechtsvorgangs;
2. bei Rückwerb des Eigentums infolge Nichterfüllung der Vertragsbedingungen des Veräußerungsgeschäfts;
3. bei Rückwerb des Eigentums innerhalb zweier Jahre seit der Veräußerung zu einem Preise, der nur die Kosten des Erwerbs deckt;
4. bei Preisminderung nach den §§ 459, 460 des bürgerlichen Gesetzbuchs, soweit sie eine Ermäßigung der Steuer zur Folge haben würde.

(2) Der Antrag muß innerhalb eines Jahres nach Eintritt des Ereignisses gestellt werden, auf welches der Erstattungsanspruch sich gründet.

(3) Wird die Steuer erlassen, so gilt die Veräußerung und der Rückwerb im Sinne dieser Ordnung als nicht erfolgt.

§ 27.

Die Steuerpflichtigen haben binnen zwei Wochen der Steuerstelle von jedem steuerpflichtigen Rechtsvorgang Anzeige zu machen und auf Verlangen über bestimmte für die Veranlagung maßgebende Tatsachen innerhalb einer zu bestimmenden Frist Auskunft zu erteilen, insbesondere alle die Steuerpflicht und das Veräußerungsgeschäft betreffenden Urkunden vorzulegen.

§ 28.

(1) Die Verwaltung (einschließlich Erhebung) obliegt den Finanzämtern.

(2) Der Steuerpflichtige erhält einen schriftlichen Steuerbescheid. § 211 der Reichsabgabenordnung findet Anwendung.

(3) Die Zahlung der Steuer hat binnen einer Frist von einem Monat nach Zustellung des Steuerbescheides an die in dem Bescheide bezeichnete Kasse zu erfolgen.

(4) Auf nicht rechtzeitig gezahlte Steuerbeträge finden die jeweils geltenden Vorschriften über Erhebung von Säumniszuschlägen Anwendung.

§ 29.

Soweit sich nicht aus dieser Ordnung etwas anderes ergibt, finden die Vorschriften der Reichsabgabenordnung in ihrer jeweils geltenden Fassung sinngemäß Anwendung mit den folgenden Maßgaben:

1. An die Stelle des Reichsministers der Finanzen tritt der Reichstatthalter in Hessen — Landesregierung —.
2. Gegen die Berufungsentscheidung des Finanzgerichts kann sowohl vom Steuerpflichtigen als auch vom Vorsteher der Veranlagungsstelle die Rechtsbeschwerde beim Hessischen Verwaltungsgerichtshof verfolgt werden; sie ist nur zulässig, wenn der Wert des Streitgegenstandes höher ist als fünfhundert Reichsmark oder wenn das Finanzgericht wegen der grundsätzlichen Bedeutung der Streitsache die Rechtsbeschwerde zugelassen hat.
3. Zuwiderhandlungen gegen diese Steuerordnung durch andere als die in der Reichsabgabenordnung unter Strafe gestellten Handlungen und Unterlassungen werden mit Ordnungsstrafe bis zu Zehntausend Reichsmark bestraft, die bei vorsätzlicher Hinderung eines Steuerbeamten an der Amtsausübung bis auf das Doppelte erhöht werden kann.

§ 30.

Diese Steuerordnung tritt mit Wirkung vom 1. April 1938 in Kraft. Wenn die Steuerpflicht in der Zeit zwischen dem 1. April 1938 und dem Tage der Veröffentlichung dieser Steuerordnung eingetreten ist, wird die Steuer nur in der Höhe erhoben, die sich bei Weitergeltung des bisherigen Rechts ergeben hätte.

....., den 19..

Der Landrat des Landkreises.

Der Oberbürgermeister.

Hessisches Regierungsblatt

1939

Darmstadt, den 3. März 1939

Nr. 4

Inhalt: Teil I: Bekanntmachung, Vereinigung der Standesamtsbezirke Nedarsteinach, Nedarhausen und Darsberg zu einem Standesamtsbezirk Nedarsteinach betreffend. S. 21 — Bekanntmachung, die Gebühren für Arbeiten der Gemeinderrechnungskammer betreffend. S. 21 — Erlaß über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren. S. 21 — Bekanntmachung, die Aufhebung der Polizeiverordnung über das Abgeben explosionsgefährlicher Gegenstände zur Verhütung vom 17. Oktober 1938 betreffend. S. 21 — Bekanntmachung zur Abänderung des Sondergebäudesteuergesetzes vom 19. Februar 1938 betreffend. S. 22 — Teil II: Bekanntmachung über die Erhebung eines Brandversicherungsbeitrags für das Jahr 1938. S. 22 — Personalnachrichten. S. 22 — Öffentliche Belobigungen. S. 23 — Personalnachrichten. S. 24.

Teil I

Bekanntmachung, Vereinigung der Standesamtsbezirke Nedarsteinach, Nedarhausen und Darsberg zu einem Standesamtsbezirk Nedarsteinach betr.

Vom 8. Februar 1939.

Gemäß § 52 Absatz 2 des Personenstandsgesetzes vom 3. November 1937 (Reichsgesetzbl. I S. 1146) und § 91 Abs. 2 der Verordnung zur Ausführung des Personenstandsgesetzes vom 19. Mai 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 533) werden die Standesamtsbezirke Nedarsteinach, Nedarhausen und Darsberg mit Wirkung vom 1. April 1939 zu einem gemeinsamen Standesamtsbezirk Nedarsteinach vereinigt. Die Führung der Standesamtsgeschäfte wird der Gemeinde Nedarsteinach übertragen.

Darmstadt, den 8. Februar 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: Reiner.

Bekanntmachung, die Gebühren für Arbeiten der Gemeinderrechnungskammer betreffend.

Vom 13. Februar 1939.

Die in der Bekanntmachung vom 1. Juli 1938 (Reg.-Bl. S. 67) festgesetzte Gebühr für den Arbeitstag wird mit Wirkung vom 1. April 1939 an um 2.— RM. auf 28.— RM. erhöht.

Darmstadt, den 13. Februar 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: Reiner.

Erlaß über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren.

Vom 15. Februar 1939.

Auf Grund von Art. 1 des hessischen Gesetzes über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren vom 4. Oktober 1935 (Reg.-Bl. S. 193) wird aus Gründen des öffentlichen Wohls ein vereinfachtes Enteignungsverfahren hinsichtlich der nachfolgend bezeichneten Grundstücke angeordnet:

Gemarkung Alzen Flur V Nr. 39, Acker der Himmelsäcker, 6128 qm,

Gemarkung Alzen Flur V Nr. 34¹/₁₀, Acker der Himmelsäcker, 5335 qm.

Eigentümer: Frau Adolf Minor Wwe., Charlotte, geb. Huff, in Alzen.

Darmstadt, den 15. Februar 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: Reiner.

Bekanntmachung, die Aufhebung der Polizeiverordnung über das Abgeben explosionsgefährlicher Gegenstände zur Verhütung vom 17. Oktober 1938 betreffend.

Vom 17. Februar 1939.

Auf Grund der Reichspolizeiverordnung über das Abgeben explosionsgefährlicher Gegenstände zur Verhütung vom 13. Januar 1939 (Reichsgesetzbl. I Nr. 11 S. 55) § 4 Abs. 2 ist die hessische Polizeiverordnung mit gleichem Betreff vom 17. Oktober 1938 (Hess. Reg.-Bl. Nr. 18 S. 106) außer Kraft getreten.

Darmstadt, den 17. Februar 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: Reiner.

Bekanntmachung zur Abänderung des Sondergebäudesteuergesetzes vom 19. Februar 1938 betreffend.

Vom 27. Februar 1939.

(1) Auf Grund des Artikels 4 des Gesetzes zur Abänderung des Sondergebäudesteuergesetzes vom 19. Februar 1938 (Reg.-Bl. S. 13) werden die Vorauszahlungen auf die Sondergebäudesteuer für 1938 nach dem obengenannten Gesetz als endgültige Steuerzahlungen für das Rechnungsjahr 1938 erklärt.

(2) Auf Grund des Artikels 5 des Gesetzes zur Abänderung des Sondergebäudesteuergesetzes vom 19. Februar 1938 (Reg.-Bl. S. 13) wird angeordnet, daß die nach Absatz 1 dieser Bekanntmachung als endgültige Steuerzahlungen für das Rechnungsjahr 1938 festgesetzten Steuerbeträge für das Rechnungsjahr 1939 und für die folgenden Rechnungsjahre solange weiter zu entrichten sind, bis sie durch neue Steuerbescheide ersetzt werden.

(3) Gegen die nach Absatz 1 und 2 dieser Bekanntmachung endgültig festgesetzten Steuerbeträge ist das Berufungsverfahren der Reichsabgabenordnung gegeben. Die Frist zur Einlegung des Einspruchs beginnt jeweils am 1. April des Rechnungsjahres, für 1938 am 1. April 1939.

Darmstadt, 27. Februar 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: K e i n e r .

Teil II

Bekanntmachung über die Erhebung eines Brandversicherungsbeitrags für das Jahr 1938.

Zur Deckung der Ausgaben der Hessischen Gebäudebrandversicherungsanstalt für das Jahr 1938 ist mit Genehmigung des Herrn Reichsstatthalters in Hessen — Landesregierung — vom 13. Februar 1939, zu Nr. III 32 628, auf je 100 RM. Umlagekapital ein Beitrag von 3 Reichspfennig auszuschlagen und in einem Ziel, fällig am 1. April 1939, zu erheben. Als Mindestbeitrag für eine Hofreite sind 1,50 RM. zu zahlen.

Nach gesetzlicher Vorschrift wird dies öffentlich bekanntgegeben.

Darmstadt, den 15. Februar 1939.

Hessische Brandversicherungskammer.

Der Reichsstatthalter in Hessen

Personalnachrichten

Ernannt wurden:

am 20. Dezember 1938: der Verwaltungsinспекtor Karl F u n d zum Ministerial-Oberrevisor;

am 28. Januar: der Kanzleiasistent Georg S c h m i t t in Darmstadt zum Vermessungssekretär, durch Urkunde des Führers und Reichskanzlers der Regierungsrat Dr. Wilhelm K e e b zum Oberregierungsrat;

am 16. Februar: der Ministerialoberrevisor Heinrich K e h r zum Rechnungsrat, durch Urkunden des Reichsstatthalters in Hessen der Lehrer Heinrich D i e t r i c h zum Reallehrer, der technische Assistent Ludwig W i l l e m s zum Oberwerkmeister.

Ernannt wurden unter Berufung in das Beamtenverhältnis:

am 21. Dezember 1938 durch Urkunde des Führers und Reichskanzlers der Regierungsbaumeister Hermann B e i e r zum Regierungsbaurat;

am 4. Januar: der Verwaltungspraktikant Otto F i l l m a n n zum Verwaltungsinспекtor, durch Urkunde des Reichsstatthalters in Hessen der Verwaltungspraktikant Wilhelm S i l b e r t zum Verwaltungsinспекtor;

am 6. Januar: der Verwaltungspraktikant Rudolf S o m m e r zum Verwaltungsinспекtor;

am 16. Februar: der Finanzpraktikant Theodor E i d e n m ü l l e r zum Verwaltungsinспекtor.

Ernannt wurden unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

am 3. November 1938: der Johannes F i s c h e r zum Gestütswärter;

am 19. Dezember 1938: der Baupraktikant Wilhelm A s t h e i m e r zum Bauinspektör;

am 21. Dezember 1938 durch Urkunden des Führers und Reichskanzlers der Hilfslehrer Dipl.-Ing. E r i c h S i m o n zum Studienrat, der Hilfslehrer Dipl.-Ing. A l f r e d S c h u b e g e l zum Studienrat;

am 29. Dezember 1938 durch Urkunde des Führers und Reichskanzlers der Forstassessor Dr. Hermann S a m b u r g e r zum Forstmeister;

am 4. Januar: der Verwaltungspraktikant Peter A d a m O t t zum Verwaltungsinспекtor, der Verwaltungspraktikant Willi L e o n h a r d S e i m zum Verwaltungsinспекtor, der Kanzleihilfe Valentin D e s t r e i c h zum Kanzlisten;

am 6. Januar durch Urkunde des Reichsstatthalters in Hessen Otto L a u b in Göbelrod, Karl L a n z in Kirdorf, Ernst Johann M ö l l e r in Merkenfrik, Karl B e d e r in Erbenhausen,

Heinrich Jung in Altenburg, Karl Appel in Ortenberg, Karl Weiß in Großen-Linden, Johann Rudolf Seifert in Wernges, Konrad Günther in Gubern, Heinrich Karl Köhler in Badenrod zu Straßenwärttern;

am 9. Januar durch Urkunden des Führers und Reichskanzlers die Studienassessoren Dr. Otto Freidank und Adolf Kester zu Studienräten, die Studienassessorin Karola Hirsch zur Studienrätin, der Studienassessor Friedrich Flommersfeld zum Studienrat;

am 17. Januar: Heinrich Wiegand in Büches zum Straßenwärter;

am 24. Januar: der Georg Ernst Wenner zum Ministerialkanzleiasistenten, der Polizeibüroassistent z. Pr. Gottfried Weigel in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit;

am 28. Januar: der Johann Lang zum Kanzlisten, der Adam Kühn zum Kassenassistenten, durch Urkunden des Reichstatthalters in Hessen der Johannes Fischer in Hitzkirchen zum Straßenwärter, der Wilhelm Karl Bötzing in Rixfeld zum Straßenwärter, der Walter Deubler in Fauerbach zum Straßenwärter, der Schulamtsanwärter Karl Bettner zum Lehrer, die Schulamtsanwärterin Anna Beerstehrer zur Lehrerin, der Schulamtsanwärter Otto Hock zum Lehrer;

am 2. Februar durch Urkunden des Reichstatthalters in Hessen der Ernst Weiß in Gelnhaar zum Straßenwärter, der Karl Stumpf in Holzhausen zum Straßenwärter, der Karl Jungk in Burdhardtshelden zum Straßenwärter, der Heinrich Gustav Karl Kraus in Hoch-Weisel zum Straßenwärter;

am 6. Februar: der Georg Heß zum Schuhmacher;

am 16. Februar: der Versorgungsanwärter Wilhelm Raffenberg zum Kassenassistenten, durch Urkunden des Reichstatthalters in Hessen der Peter Brinkmann zum Amtsgehilfen, der Zeichenlehramtsanwärter Friedrich Gils zum Reallehrer, die Schulamtsanwärter Philipp Armbrüster und Kurt Feid zu Lehrern, der Schulamtsanwärter Walter Köhler zum Lehrer, der Ludwig Hamann zum Institutsgehilfen.

Entlassen wurden:

am 16. Februar: der Verwaltungsinspektor Jakob Edmund Lang auf seinen Antrag, der Ministerialkanzleisekretär Christoph Schuemann in Berlin auf seinen Antrag unter Anerkennung seiner dem deutschen Volke geleisteten treuen Dienste aus dem heftigen Landesdienst.

In den Ruhestand versetzt wurden auf ihren Antrag:

am 17. Januar: der Kanzleiasistent Leopold Schneider;

am 28. Januar: durch Urkunde des Reichstatthalters in Hessen: der Rektor Philipp Müller;

am 2. Februar: der Amtsobergehilfe Karl Eirich unter Anerkennung seiner dem deutschen Volke geleisteten treuen Dienste;

am 16. Februar: durch Urkunde des Reichstatthalters in Hessen: der Lehrer Ernst Bierheller, dem Genannten wurde für seine dem deutschen Volke geleisteten treuen Dienste der Dank des Führers und Reichskanzlers ausgesprochen.

In den Ruhestand versetzt wurde nach Erreichung der Altersgrenze:

am 16. Februar: durch Urkunde des Reichstatthalters in Hessen: der Lehrer Wilhelm Schäfer, dem Genannten wurde für seine dem deutschen Volke geleisteten treuen Dienste der Dank des Führers und Reichskanzlers ausgesprochen.

Landesregierung

Öffentliche Belobigungen.

Der Spengler und Installateur Heinrich Anöpp in Babenhausen, Marktplatz 8, hat am 8. Juni 1937 eine 86jährige Frau vom Tode des Ertrinkens aus der Geriprenz in der Gemarkung Babenhausen gerettet. Für diese Rettungstat spreche ich ihm im Namen des Führers und Reichskanzlers die öffentliche Belobigung aus.

Zugleich wurde dem Retter eine Geldbelohnung gewährt.

Darmstadt, den 16. Februar 1939.

Spengler.

*

Der Lithographenlehrling Hans Feller in Steinheim a. M., Adolf-Hitler-Straße 13, hat am 4. Dezember 1935 einen 13jährigen Jungen vom Tode des Ertrinkens aus dem Birkensee bei Steinheim gerettet. Für diese Rettungstat spreche ich ihm im Namen des Führers und Reichskanzlers die öffentliche Belobigung aus.

Darmstadt, den 16. Februar 1939.

Spengler.

*

Der Gärtnerlehrling Hermann Käßler in Erbach i. D. hat am 31. März 1937 einen 4jährigen Knaben vom Tode des Ertrinkens aus der Mümling in Erbach gerettet. Für diese Rettungstat spreche ich ihm im Namen des Führers und Reichskanzlers die öffentliche Belobigung aus.

Darmstadt, den 16. Februar 1939.

Spengler.

Der Schüler Josef Hedwoll in Münster, Altheimer Straße, hat am 16. März 1937 einen 12-jährigen Schüler vom Tode des Ertrinkens aus der Gersprenz bei Münster gerettet. Für diese Rettungstat spreche ich ihm im Namen des Führers und Reichskanzlers die öffentliche Belobigung aus.

Darmstadt, den 16. Februar 1939.

Sprenger.

*

Der Postbetriebsarbeiter Karl Haas in Worms, Neuhäuserweg 10, hat am 8. August 1937 einen 14jährigen Schüler vom Tode des Ertrinkens aus dem Rhein bei Rheindürkheim gerettet. Für diese Rettungstat spreche ich ihm im Namen des Führers und Reichskanzlers die öffentliche Belobigung aus.

Darmstadt, den 22. Februar 1939.

Sprenger.

*

Der Schleifer Emil Malkmus in Mainz-Ginsheim, Stegstraße 33, hat am 4. Juli 1937 einen 42jährigen Mann vom Tode des Ertrinkens im Strandbad Mainz-Ginsheim gerettet. Für diese Rettungstat spreche ich ihm im Namen des Führers und Reichskanzlers die öffentliche Belobigung aus.

Darmstadt, den 22. Februar 1939.

Sprenger.

Personalnachrichten

Versetzt wurden:

der Revierförster Karl Zecher zu Forsthaus Thomashütte zum Holzhandelssekretariat der Abteilung V (Forstverwaltung) der Hessischen Landesregierung, mit Wirkung vom 2. Januar an;

am 4. Februar: der Kanzleiaffistent Friedrich Jacob bei der Landeshauptkasse an das Kulturbauamt Oberhessen in Gießen.

Versetzt wurden in gleicher Dienstbeziehung 1938:

der Lehrer Valentin Helmreich zu Gronau, Kreis Bergstraße, in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Fauerbach v. d. S., Kreis Friedberg, mit Wirkung vom 16. Januar 1939 an;

der Oberpfleger Georg Maurer bei der Landes-Heil- und Pflegeanstalt „Philippshospital“ bei Goddelau an die Landes-Heil- und Pflegeanstalt in Alzen, der Oberpfleger Hermann Gallert bei der Landes-Heil- und Pflegeanstalt Alzen an die Landes-Heil- und Pflegeanstalt „Philippshospital“ bei Goddelau, beide mit Wirkung vom 1. Februar 1939 an.

am 19. Dezember der Berufsschullehrer Friedrich Häuser zu Giedern, Kreis Büdingen, in eine Stelle an der ländlichen Berufsschule im Bezirk Gießen-Land, mit Wirkung vom Tag des Dienstantritts an;

am 21. Dezember der Gewerbelehrer Willf Schliffer zu Waldmichelbach in eine Gewerbelehrerstelle an der gewerblichen Abteilung der Berufsschule zu Buchbach, Kreis Friedberg, mit Wirkung vom Tag des Dienstantritts an;

am 13. Dezember der Verwaltungsekretär Andreas Muth vom Kreisamt Offenbach a. M. mit sofortiger Wirkung an das Veterinäruntersuchungsamt in Gießen.

Übernommen wurden:

am 10. Dezember 1938 der Direktor Dr. Wilhelm Bausch bei dem Landes-Alters- und Pflegeheim in Darmstadt-Eberstadt als Medizinalrat, der Direktor Karl Wrede als Direktor des Hessischen Chemischen Untersuchungsamtes in Gießen, der Direktor Dr. August Grohmann als Direktor des Hessischen Chemischen Untersuchungsamtes in Mainz, der Provinzialverwaltungsinspektor Alfred Fien bei dem Landes-Alters- und Pflegeheim in Darmstadt-Eberstadt als Verwaltungsinspektor, der Verwalter Heinrich Klöß beim Landes-Alters- und Pflegeheim in Gießen als Verwaltungsinspektor, der Chemiker Ludwig Braeuninger beim Chemischen Untersuchungsamt in Mainz als Regierungschemiker, der Chemiker Friedrich Karl Hoppe beim Chemischen Untersuchungsamt in Mainz als Regierungschemiker, der Nahrungsmittelchemiker Dr. Willig Kling beim Hessischen Chemischen Untersuchungsamt in Gießen als Regierungschemiker, sämtlich mit Wirkung vom 1. April 1937 an.

Übertragen wurde:

dem Veterinärarzt Dr. Wilhelm Manz in Mainz das Amt eines Amtsveterinärarztes zu Mainz, dem Forstmeister o. R. Ludwig Georgi zu Grebenau das Amt des Amtsvorstandes des Forstamts Grebenau, beiden mit Wirkung vom 1. Januar 1939 an.

Hessisches Regierungsblatt

1939

Darmstadt, den 22. März 1939

Nr. 5

Inhalt: Teil I: Erlaß des Reichsstatthalters in Hessen über die Eingliederung der Gemeinden Auerbach, Schönberg und Zell in die Stadt Bensheim. S. 25 — Erlaß des Reichsstatthalters in Hessen über die Eingliederung der Gemeinden Blihenrod und Kudlos in die Stadt Lauterbach. S. 26 — Erlaß des Reichsstatthalters in Hessen über den Zusammenschluß der Gemeinden Mülheim und Dietesheim zu der Stadt Mülheim am Main. S. 27 — Bekanntmachung, den Uebergang der Wasserstraßen von den Ländern auf das Reich (Reichsgelehr vom 29. Juli 1921) betreffend. S. 27 — Verordnung, die Organisation der Vermessungsämter betreffend. S. 27 — Bekanntmachung über Einrichtung und Betrieb von Getränkeschankanlagen. S. 27 — Bekanntmachung, Ortsklasseneinteilung betreffend. S. 27 — Verordnung über das Verbot der Anwendung arsenhaltiger Pflanzenschutzmittel bei blühenden Kulturpflanzen. S. 27 — Verordnung zur Durchführung von Artikel 1 Absatz 3 des Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichs-Ausführungsgesetzes vom 1. November 1938. S. 28 — Verordnung über die Zuständigkeit von Gemeinden zum Erlaß von Ortsstatuten in anderen als eigenen Angelegenheiten. S. 29 — Verordnung zum Schutz der Felder und Gärten gegen Tauben. S. 29 — Teil II: Konsularnachrichten. S. 30 — Öffentliche Verlobigungen. S. 30 — Personalmeldungen. S. 31 — Sterbefälle. S. 31 — Namensänderungen. S. 32 — Nachtrag. S. 32.

Teil I

Im Namen des Reichs

Erlaß des Reichsstatthalters in Hessen über die Eingliederung der Gemeinden Auerbach, Schönberg und Zell in die Stadt Bensheim.

Vom 22. Februar 1939.

— Nr. 2368/L/38. —

Auf Grund der Deutschen Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935 bestimme ich aus Gründen des öffentlichen Wohles, was folgt:

1. Die Gemeinden Auerbach, Schönberg und Zell werden in die Stadt Bensheim eingegliedert.
2. Die Eingemeindungsverträge der Stadt Bensheim mit den Gemeinden Schönberg und Zell vom 28. November 1938 bzw. vom 1. und 2. Dezember 1938 werden bestätigt.
3. Die Dauer der Wohnung oder des Aufenthaltes in den Gemeinden Auerbach, Schönberg und Zell wird auf die Dauer der Wohnung oder des Aufenthaltes in der Stadt Bensheim angerechnet.
4. Für die Gemeinde Auerbach wird folgende besondere Regelung getroffen:
 - a) Die für die Gemeinde Auerbach erlassenen Wasserbezugsordnung und Friedhofsordnung bleiben für den Stadtteil Bensheim-Auerbach bis auf weiteres in Kraft. Die Ortsbauordnung und Baupolizeiverordnung der Gemeinde Auerbach werden ebenfalls zunächst aufrecht erhalten, aber nicht länger, als die Bebauungspläne für den Stadtteil Bensheim-Auerbach festgestellt sind.
 - b) Die Bürgersteuer wird in dem Stadtteil Bensheim-Auerbach mit Wirkung vom

1. Januar 1940 dem Hebesatz der Stadt Bensheim angeglichen.

- c) Die Grundsteuer für land- und forstwirtschaftliche Betriebe und die Gewerbesteuer werden im Rechnungsjahr 1939 im Stadtteil Bensheim-Auerbach nach den für das Rechnungsjahr 1938 gültigen Hebesätzen erhoben. Der Reichsstatthalter in Hessen — Landesregierung — bestimmt über die spätere stufenweise Angleichung der Hebesätze der bisherigen Gemeinde Auerbach an die Hebesätze der Stadt Bensheim.
 - d) Das Wassergeld wird im Stadtteil Bensheim-Auerbach für das Rechnungsjahr 1939 noch nach den für das Rechnungsjahr 1938 gültigen Tarifen erhoben. Der Reichsstatthalter in Hessen — Landesregierung — bestimmt über die spätere Angleichung der Wasserpreise.
 - e) Für die Dauer der Amtszeit der derzeitigen Ratsherren der Stadt Bensheim sind drei Bürger aus der bisherigen Gemeinde Auerbach als weitere Ratsherren der Stadt Bensheim zu bestellen.
 - f) Um den Namen Auerbach auch künftig zu erhalten, hat der Ortsteil nach seiner Eingliederung die Bezeichnung Bensheim-Auerbach zu führen.
5. Der Erlaß tritt mit Wirkung vom 1. April 1939 in Kraft.

Darmstadt, den 22. Februar 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

Sprenger

Gauleiter von Hessen-Nassau.

Im Namen des Reichs.**Erlaß des Reichsstatthalters in Hessen über die Eingliederung der Gemeinden Blikenrod und Rudlos in die Stadt Lauterbach.**

Bom 22. Februar 1939.

— Nr.: 1711/3/38. —

Auf Grund der Deutschen Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935 bestimme ich aus Gründen des öffentlichen Wohles, was folgt:

1. Die Gemeinden Blikenrod und Rudlos werden in die Stadt Lauterbach eingegliedert.
2. Der Eingemeindungsvertrag der Stadt Lauterbach mit der Gemeinde Blikenrod vom 10. Dezember 1938 wird bestätigt.
3. Die Dauer der Wohnung oder des Aufenthaltes in den Gemeinden Blikenrod und Rudlos wird auf die Dauer der Wohnung oder des Aufenthaltes in der Stadt Lauterbach angerechnet.
4. Für die Gemeinde Rudlos wird folgende Sonderregelung getroffen:
 - a) Der Hebesatz der Bürgersteuer in der bisherigen Gemeinde Rudlos wird am 1. Januar 1943 dem Hebesatz der Stadt Lauterbach angeglichen.
 - b) Die Gemeindegrundsteuer wird in der bisherigen Gemeinde Rudlos im Rechnungsjahr 1939 noch nach dem im Jahre 1938 gültigen Hebesatz erhoben. Der Reichsstatthalter in Hessen — Landesregierung — bestimmt über die anschließende stufenweise Angleichung an die Grundsteuer-Hebesätze der Stadt Lauterbach.
 - c) Ein Bürger der Gemeinde Rudlos ist als Ratsherr von der Stadt Lauterbach zu bestellen.
 - d) Die Gemeindeschule in Rudlos ist von der Stadt Lauterbach weiterhin zu erhalten.
 - e) Das Gemeindebadhaus und die im Interesse der Landwirtschaft bestehende Fälschung in Rudlos sind, solange ein Bedürfnis hierfür besteht, beizubehalten; das gleiche gilt hinsichtlich des Gemeindefriedhofs in Rudlos.
 - f) Die Hauschlachtungen im Sinne des § 2 des Reichsfleischbeschaugesetzes vom 2. Juni 1900 bleiben in Rudlos bis auf weiteres vom Schlachthauszwang ausgenommen.
 - g) Das Recht der Einwohner von Rudlos, aus den Riedeselschen Sandgruben Sand und Lehm zu entnehmen, sowie das Recht der Viehtränke und der Wasserentnahme aus dem Riedeselschen Weiher bleibt im gegenwärtigen Umfang zugunsten der bisher Berechtigten unberührt.

h) Der Verbindungsweg von Lauterbach nach Rudlos ist von der Stadt Lauterbach auszubauen und eine ordnungsgemäße Wasserversorgung ist von der Stadt Lauterbach in der Gemeinde Rudlos einzurichten, sobald nach der Entscheidung der Gemeindeaufsichtsbehörde diese Arbeiten durchführbar sind.

i) In Rudlos sind durch den Bürgermeister von Lauterbach regelmäßig Amtstage zu halten.

5. Der Erlaß tritt mit Wirkung vom 1. April 1939 in Kraft.

Darmstadt, den 22. Februar 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

Sprenger

Gauleiter von Hessen-Nassau.

Im Namen des Reichs.**Erlaß des Reichsstatthalters in Hessen über den Zusammenschluß der Gemeinden Mühlheim und Dietesheim zu der Stadt Mühlheim am Main.**

Bom 28. Februar 1939.

— Nr.: 2707/M/38. —

Auf Grund der Deutschen Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935 bestimme ich aus Gründen des öffentlichen Wohles, was folgt:

1. Die Gemeinden Mühlheim und Dietesheim im Landkreis Offenbach werden mit Wirkung vom 1. April 1939 zu einer neuen Gemeinde vereinigt.
2. Dieser Gemeinde verleihe ich Stadtrechte und gebe ihr den Namen

Stadt Mühlheim am Main.

3. Der Vertrag zwischen den Gemeinden Mühlheim und Dietesheim vom 1. Februar 1939 wird bestätigt.
4. Der Bezirk der bisherigen Gemeinde Dietesheim führt als Ortsteil den Namen Mühlheim-Dietesheim.
5. Die Wohnung oder der Aufenthalt in den Gemeinden Mühlheim und Dietesheim gilt als Wohnung oder Aufenthalt in der Stadt Mühlheim am Main.
6. Die Amtszeit der ehrenamtlichen Bürgermeister, Beigeordneten und Gemeinderäte der Gemeinden Mühlheim und Dietesheim endigt mit dem 31. März 1939.

Die Bestellung des Bürgermeisters der Stadt Mühlheim am Main behalte ich mir vor.

Die Beigeordneten und Gemeinderäte der Stadt Mühlheim am Main werden zum

1. April 1939 von der zuständigen Stelle be-
rufen.

7. Der Erlaß tritt mit Wirkung vom 1. April 1939
in Kraft.

Darmstadt, den 28. Februar 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

Sprenger

Gauleiter von Hessen-Nassau.

**Bekanntmachung, den Uebergang der Wasserstraßen
von den Ländern auf das Reich (Reichsgesetz vom
29. Juli 1921) betreffend.**

Vom 24. Februar 1939.

Es wird hiermit bekannt gegeben, daß das Reich
auf Grund des § 1 des Staatsvertrages, betreffend
den Uebergang der Wasserstraßen von den Län-
dern auf das Reich — Reichsgesetz vom 29. Juli
1921 (Reichsgesetzbl. Seite 961) — den Oppen-
heimer Hafen mit Zubehör und Bestandteilen
vom Lande Hessen als Schutz- und Sicherheitshafen
mit Wirkung vom 1. April 1939 in sein Eigentum
und seine Verwaltung übernommen hat.

Darmstadt, den 24. Februar 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: Reiner.

**Verordnung, die Organisation der Vermessungs-
ämter betreffend.**

Vom 27. Februar 1939.

§ 1.

Der Dienstbezirk des Vermessungsamts Gießen-
Stadt umfaßt die Gemarkung Gießen mit Wiesfeld,
Klein-Linden und Schiftenberg sowie die Gemar-
kungsteile Launsbach und Wismar; der Dienst-
bezirk des Vermessungsamts Gießen-Land die übrige
Gemarkungen des Amtsgerichtsbezirks Gießen
und sämtliche Gemarkungen der Amtsgerichts-
bezirke Grünberg und Laubach.

§ 2.

Diese Verordnung tritt am 1. April 1939 in
Kraft. Mit ihrer Durchführung wird das Landes-
vermessungsamt beauftragt.

Darmstadt, den 27. Februar 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: Reiner.

**Bekanntmachung über Einrichtung und Betrieb
von Getränkeshantalanlagen.**

Vom 4. März 1939.

Auf Grund des § 11 Satz 3 der Polizeiverord-
nung über Einrichtung und Betrieb von Getränke-
shantalanlagen vom 16. Februar 1937 (Reg.-Bl.
S. 23) hat der Herr Reichswirtschaftsminister fol-
gende allgemein geltende Ausnahme zugelassen:

Abchnitt D Ziffer 1 Absatz 3 Satz 1 der techni-
schen Grundzüge für Einrichtung und Betrieb von
Getränkeshantalanlagen gilt nicht für solche Ge-
tränkeshantalanlagen, die vor dem 1. Januar 1937
errichtet worden sind.

Darmstadt, den 4. März 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: Reiner.

Bekanntmachung, Ortsklasseneinteilung betreffend.

Vom 6. März 1939.

Nachdem durch Erlaß vom 3. Januar 1939 die Ge-
meinden Wiesfeld und Klein-Linden, sowie die selb-
ständige Gemarkung Schiftenberg im Kreis Gießen
mit Wirkung vom 1. April 1939 an in die Stadt
Gießen eingegliedert worden sind, hat auf Grund
der Vorschrift in Nr. 6 der Ausführungsanweisung
zur Verordnung über die Ortsklasseneinteilung bei
Eingemeindungen vom 21. Januar 1927 (Reichs-
besoldungsblatt 1927, Seite 10), die nach Ar-
tikel 12 des Besoldungsgesetzes vom 30. März 1928
auch für Hessen Anwendung zu finden hat, vom
Tage der Eingemeindung an (1. April 1939) die
Zählung des höheren Wohnungsgeldzuschusses für
den Hauptort Gießen (Ortsklasse A) zu erfolgen.

In Abänderung und Ergänzung der Bekannt-
machung über das Ortsklassenverzeichnis vom
28. Oktober 1924 (Reg.-Bl. S. 362) wird die
Änderung hiermit zur öffentlichen Kenntnis ge-
bracht.

Darmstadt, den 6. März 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: Reiner.

**Verordnung über das Verbot der Anwendung
arsenhaltiger Pflanzenschutzmittel bei blühenden
Kulturpflanzen.**

Vom 7. März 1939.

Auf Grund des § 2 des Gesetzes zum Schutz der
landwirtschaftlichen Kulturpflanzen vom 5. März
1937 (Reichsgesetzbl. I S. 271) wird mit Ermächti-

gung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 5. August 1938 — II A 3 — 2267 — verordnet:

§ 1.

Zum Schutz der Bienen ist es verboten, Obstbäume und -sträucher sowie andere gärtnerische und landwirtschaftliche Kulturpflanzen, insbesondere Raps, während der Blüte mit arsenhaltigen Pflanzenschutzmitteln zu besprühen oder zu bestäuben.

§ 2.

Das Verbot des § 1 gilt nicht

- a) für die Behandlung von Reben,
- b) für die Behandlung von Kartoffeln und Spargel mit arsenhaltigen Spritzmitteln,
- c) für die mit Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft durchgeführten wissenschaftlichen Forschungen und Versuche.

§ 3.

Wer den Vorschriften dieser Verordnung zuwiderhandelt, wird nach § 13 des Gesetzes zum Schutz der landwirtschaftlichen Kulturpflanzen bei vorsätzlicher Begehung mit Gefängnis bis zu zwei Jahren und Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen, bei fahrlässiger Begehung mit Geldstrafe bis zu 150.— Reichsmark und mit Haft oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 4.

Die Verordnung tritt mit ihrer Veröffentlichung im Anzeiger der Landesregierung in Kraft. *)

Darmstadt, den 7. März 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: Reiner.

*) Veröffentlicht im Anzeiger der Hessischen Landesregierung Nr. 38 vom 15. März 1939.

Verordnung zur Durchführung von Artikel 1 Absatz 3 des Gesetzes zur Milderung des Finanzausgleichs-Ausführungsgesetzes vom 1. November 1938.

Vom 9. März 1939.

Auf Grund von Artikel 1 Absatz 3 des Gesetzes zur Milderung des Finanzausgleichs-Ausführungsgesetzes vom 1. November 1938 (Reg.-Bl. S. 103) wird für das Rechnungsjahr 1938 mit Zustimmung der Reichsminister des Innern und der Finanzen folgendes bestimmt:

§ 1.

Von dem dem Lande Hessen an der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer zu-

stehenden Länderanteil erhalten die Gemeinden 20 v. H. (Gemeindeanteil). Von diesem Gemeindeanteil sind 75 v. H. schlüsselmäßig zu verteilen. Die Schlüsselzuweisungen erfolgen nach einem Schlüssel, der neben der Größe der Gemeinde als Merkmale die eigene Steuerkraft der Gemeinde und die Zusammensetzung ihrer Bevölkerung (Kinderreichtum) verwendet.

§ 2.

Die Schlüsselanteile einer Gemeinde ergeben sich aus der Einwohnerzahl und aus dem Unterschied zwischen der für die Gemeinde festgestellten Steuerkraftziffer und der für die Gemeinden ihrer Größengruppe in einem Hundertsatz der durchschnittlichen Steuerkraftziffer ausgedrückten Obergrenze.

§ 3.

Für die Feststellung des Schlüssels zur Verteilung der Schlüsselzuweisungen werden die Gemeinden in folgende Größengruppen eingeteilt:

1. Gemeinden bis	500 Einwohner
2. " von	501 bis 1 000 Einwohner
3. " "	1 001 " 2 000 "
4. " "	2 001 " 3 000 "
5. " "	3 001 " 5 000 "
6. " "	5 001 " 10 000 "
7. " "	10 001 " 25 000 "
8. " mit mehr als	25 000 Einwohnern.

§ 4.

Für jede Gemeinde wird eine Steuerkraftziffer festgestellt. Zu diesem Zweck wird die Gesamtsteuerkraft der Gemeinde durch die Zahl ihrer Einwohner geteilt. Die Gesamtsteuerkraft einer Gemeinde wird nach näherer Bestimmung der Landesregierung gebildet durch die Summe der Steuerermehrbeträge:

1. der Gewerbesteuer, der Grundsteuer für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe und der Grundsteuer für die Grundstücke, vervielfacht mit den für die Gesamtheit der Gemeinden des Landes zu errechnenden Durchschnitts-erhöbungen und
2. der Bürgersteuer, vervielfacht in Gemeinden bis zu 2000 Einwohnern mit 350 v. H., und in Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern mit 500 v. H.

Erhebt eine Gemeinde keine Bürgersteuer oder bleibt die Summe der Steuerermehrbeträge der Bürgersteuer, berechnet auf den Einwohner, hinter den nachgenannten Mindestsätze zurück, so werden diese der Berechnung zugrunde gelegt. Die Mindestsätze betragen bei Gemeinden bis zu 2000 Einwohnern 0,80 RM. und bei Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern 1,20 RM.

§ 5.

Für jede Gemeindegrößengruppe wird eine durchschnittliche Steuerkraftziffer berechnet, indem

die nach den Vorschriften des § 4 berechnete Gesamtsteuerkraft aller Gemeinden der Größengruppe durch ihre Einwohnerzahl geteilt wird. Bei der Berechnung der durchschnittlichen Steuerkraftziffer können Gemeinden mit außergewöhnlich hoher Steuerkraftziffer außer Betracht bleiben, wenn durch sie die durchschnittliche Steuerkraftziffer der Gruppe unverhältnismäßig stark beeinflusst werden würde.

§ 6.

Für jede Größengruppe wird eine Obergrenze festgesetzt. Sie beträgt:

1. in der Größengruppe bis zu 500 Einwohnern 160 v. H.
 2. in den Größengruppen von 501 bis 1000 und von 1001 bis 2000 Einwohnern 150 v. H.
 3. in der Größengruppe von 2001 bis 3000 Einwohnern 140 v. H.
 4. in den Größengruppen von 3001 bis 5000, 5001 bis 10 000 und 10 001 bis 25 000 Einwohnern . . 130 v. H.
 5. in den Stadtkreisen 125 v. H.
- der durchschnittlichen Steuerkraftziffer der Größengruppe.

Die Landesregierung kann die Obergrenzen der Größengruppen 1—4 (Absatz 1) innerhalb der Gruppen so staffeln, daß ein allmählicher Uebergang von Gruppe zu Gruppe stattfindet.

Die Obergrenze einer Gemeinde wird um soviel Einheiten erhöht, als der Anteil der Kinder unter 16 Jahren an der Einwohnerzahl die nachstehenden Hundertsätze übersteigt:

1. bei Gemeinden bis zu 5000 Einwohnern 27 v. H.
2. bei Gemeinden von 5001 bis 25 000 Einwohnern 24 v. H.
3. bei Gemeinden von 25 001 bis 50 000 Einwohnern 22 v. H.
4. bei Gemeinden von 50 001 bis 75 000 Einwohnern 20 v. H.
5. bei Gemeinden mit mehr als 75 000 Einwohnern 16 v. H.

Für die Feststellung der Einwohnerzahl und der Kinderzahl ist das Ergebnis der jeweils letzten Volkszählung maßgebend.

§ 7.

Gemeinden, deren Steuerkraftziffer unter der Obergrenze liegt, werden an den Schlüsselzuweisungen beteiligt. Der Unterschied zwischen der Obergrenze und der Steuerkraftziffer einer an den Schlüsselzuweisungen zu beteiligenden Gemeinde, vervielfacht mit der Einwohnerzahl dieser Gemeinde, ergibt ihre Schlüsselanteile. Aus dem Verhältnis der Schlüsselanteile einer Gemeinde zu den Schlüsselanteilen aller Gemeinden des Landes einerseits und den schlüsselmäßig zur Verteilung

gelangenden Reichssteueranteilen andererseits errechnen sich die ihr zufließenden Steuerbeträge.

Beträge unter 50 Rpf. je Einwohner werden nicht ausgeschüttet.

§ 8.

Von den Schlüsselzuweisungen des § 1 werden 90 v. H. nach Maßgabe der Bestimmungen der §§ 2—7 ausgeschüttet. Ueber die Verteilung der restlichen 10 v. H. an die Gemeinden bestimmt der Reichsstatthalter in Hessen — Landesregierung —.

Darmstadt, den 9. März 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: Reiner.

Verordnung über die Zuständigkeit von Gemeinden zum Erlaß von Ortsajungen in anderen als eigenen Angelegenheiten.

Vom 9. März 1939.

Auf Grund des § 1 Abs. 1 und des § 12 der Zweiten Verordnung zur Durchführung der Deutschen Gemeindeordnung vom 25. März 1936 (Reichsgesetzbl. I S. 272) und der Ausführungsanweisung hierzu (Runderlaß des Reichs- und Preussischen Ministers des Innern vom 31. März 1937 — Va VI 7. 170 III/36 —) wird folgendes bestimmt:

Artikel 1.

Die Vorschriften der Art. 29, 34 Abs. 2 und Abs. 4, 37 Abs. 2, 38 Abs. 4 und 44 des Gesetzes, die Allgemeine Bauordnung betreffend vom 30. April 1881 über die Zuständigkeit zur Regelung durch Ortsajung werden bis zur reichsrechtlichen Neuregelung aufrecht erhalten.

Artikel 2.

Diese Verordnung tritt rückwirkend mit dem 1. April 1935 in Kraft.

Darmstadt, den 9. März 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: Reiner.

Verordnung zum Schutz der Felder und Gärten gegen Tauben.

Vom 9. März 1939.

Auf Grund des § 2 des Gesetzes zum Schutz der landwirtschaftlichen Kulturpflanzen vom 5. März 1937 (Reichsgesetzbl. I S. 271) wird mit Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und

Landwirtschaft vom 1. Dezember 1938 — II A 3 —
4529 — verordnet:

§ 1.

Zum Schutz der Frühjahrss- und Herbstsaat vor Taubenfraß sind in Bezirken, für die von der unteren Verwaltungsbehörde Sperrzeiten bekanntgegeben werden, die Tauben zur Zeit der Frühjahrss- und Herbstbestellung während eines Zeitraums von je vier Wochen (Sperrzeiten) so zu halten, daß sie die bestellten Felder und Gärten nicht aufsuchen können.

Während der übrigen Zeit des Jahres dürfen die Tauben frei umherfliegen.

§ 2.

Die Sperrzeiten sind in jedem Jahr von der unteren Verwaltungsbehörde nach dem Vorschlag der Bezirksstellen für Pflanzenschutz an den Landwirtschaftsschulen unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse festzusetzen und in der ortsüblichen Weise öffentlich bekanntzugeben. Die Sperrzeit kann zum Schutz der Frühjahrss- und Herbstbestellung auf Vorschlag des Pflanzenschutzamtes mit meiner Zustimmung auf höchstens je 6 Wochen sowie mit Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft auch darüber hinaus erweitert werden, wenn ein besonderes Bedürfnis hierfür besteht, insbesondere, wenn die Del- und Hülsenfrucht- sowie die Getreideernte stark gefährdet sind.

§ 3.

Tauben, die während der Sperrzeit auf Feldern oder in Gärten angetroffen werden, darf sich der Nutzungsberechtigte des Grundstücks aneignen.

§ 4.

Die Zulassung von Ausnahmen von den Vorschriften dieser Verordnung auf Vorschlag des Pflanzenschutzamtes behalte ich mir vor.

§ 5.

Wer Tauben während der Sperrzeit (§ 1 Abs. 1, § 2 Abs. 2) so hält, daß sie die bestellten Felder und Gärten aufsuchen können, wird nach § 13 des Gesetzes zum Schutz der landwirtschaftlichen Kulturpflanzen bestraft.

§ 6.

Untere Verwaltungsbehörde im Sinne dieser Verordnung ist in Stadtkreisen der Oberbürgermeister, in Landkreisen der Landrat.

§ 7.

Die Vorschriften des Brieftaubengesetzes vom 1. Oktober 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 1335) bleiben unberührt.

Aufgehoben werden:

1. Art. 39 Abs. 1 Ziffer 2 des Feldstrafgesetzes vom 13. Juli 1904 (Reg.-Bl. S. 282),
2. etwaige in den Stadt- und Landkreisen, noch in Kraft befindliche Polizeiverordnungen und sonstige Vorschriften, die den Gegenstand dieser Verordnung betreffen.

§ 8.

Die Verordnung tritt mit ihrer Verkündung im Anzeiger der Landesregierung in Kraft.*)

Darmstadt, den 9. März 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: Reiner.

*) Veröffentlicht im Anzeiger der Hessischen Landesregierung Nr. 38 vom 15. März 1939.

Teil II

Landesregierung

Konsularnachrichten.

Der bisherige Konsul Ernst Grosch ist zum Königlich Albanischen Wahl-Generalkonsul in Frankfurt a. M. ernannt worden.

Ihm ist in seiner neuen Eigenschaft namens des Reichs unter dem 16. Februar 1939 das Erequatur erteilt worden.

Der bisherige Konsul Mohamed El Said ist zum Königlich Ägyptischen Generalkonsul in Hamburg ernannt worden.

Dem Genannten ist in seiner neuen Eigenschaft namens des Reichs unter dem 17. Februar 1939 das Erequatur erteilt worden.

Öffentliche Belobigungen.

Der Lederarbeiter Leonhard Schmitt IV. in Unter-Glodenbach, Ortsstraße 19^{3/10}, hat am 23. April 1936 ein sechsjähriges Mädchen vom Tode des Ertrinkens aus dem Grundelbach in der Gemarkung Unter-Glodenbach gerettet. Für diese Rettungstat spreche ich ihm im Namen des Führers und Reichskanzlers die öffentliche Belobigung aus.

Zugleich wurde dem Retter eine Geldbelohnung gewährt.

Darmstadt, den 22. Februar 1939.

Sprengr.

*

Der Sattlermeister Ernst Stiefel in Mainz, Frauenlobstraße 84, hat am 21. März 1936 einen 50jährigen Mann vom Tode des Ertrinkens aus dem Floßhafen bei Mainz-Nombach gerettet. Für diese Rettungstat spreche ich ihm im Namen des Führers und Reichskanzlers die öffentliche Belobigung aus.

Zugleich wurde dem Retter eine Geldbelohnung gewährt.

Darmstadt, den 22. Februar 1939.

Sprenger.

*

Der Modellschreiner Eduard Martin in Worms, Luginsland 16, hat am 8. August 1937 zwei junge Menschen vom Tode des Ertrinkens aus dem Rhein bei Worms gerettet. Für diese Rettungstat spreche ich ihm im Namen des Führers und Reichskanzlers die öffentliche Belobigung aus.

Zugleich wurde dem Retter eine Geldbelohnung gewährt.

Darmstadt, den 22. Februar 1939.

Sprenger.

*

Der Schüler Fritz Battenfeld in Ruttershausen, Obergasse 11, hat am 11. Juni 1935 zusammen mit dem damaligen Schüler Werner Ott, Ruttershausen, einen zehnjährigen Jungen vom Tode des Ertrinkens aus der Lahn bei Ruttershausen gerettet. Für diese Rettungstat spreche ich ihm im Namen des Führers und Reichskanzlers die öffentliche Belobigung aus.

Darmstadt, den 11. März 1939.

Sprenger.

*

Der Bürolehrling Werner Ott in Ruttershausen, Schulstraße 2^{1/10}, hat am 11. Juni 1935 zusammen mit dem Schüler Fritz Battenfeld von Ruttershausen einen zehnjährigen Jungen vom Tode des Ertrinkens aus der Lahn bei Ruttershausen gerettet. Für diese Rettungstat spreche ich ihm im Namen des Führers und Reichskanzlers die öffentliche Belobigung aus.

Darmstadt, den 11. März 1939.

Sprenger.

*

Der Landwirt Heinrich Rohler in Mittel-Kinzig, Kreis Erbach, hat am 12. August 1935 einen Mann vom Tode durch Ueberfahrenwerden auf der Hauptstraße in Mittel-Kinzig gerettet. Für diese Rettungstat spreche ich ihm im Namen des Führers und Reichskanzlers die öffentliche Belobigung aus.

Darmstadt, den 11. März 1939.

Sprenger.

Personalnachrichten

Berufen wurden in gleicher Dienstbeziehung:

der Lehrer Werner Conrad zu Fraurombach, Kreis Lauterbach in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Albach, Kreis Gießen, der Revierförster Paul Spalt zu Langen in die Försterei Thomashütte des Forstamts Langen, der Revierförster Heinrich Schanz zu Forsthaus Schwanheim in die Försterei Schlichter des Forstamts Mörfelden, der Lehrer Heinrich Frieß zu Dudenhofen, Kreis Offenbach, in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Dauernheim, Kreis Büdingen, der Lehrer August Erdmann zu Dauernheim, Kreis Büdingen, in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Rüsselsheim, Kreis Groß-Gerau, sämtlich mit Wirkung vom 1. April an.

Beauftragt wurden:

Mit der kommissarischen Wahrnehmung der Dienstgeschäfte eines Lehrers an der Volksschule zu Mainz der Gewerbelehrer Friedrich Sulzbach zu Mainz, mit Wirkung vom 1. Februar an;

mit der kommissarischen Wahrnehmung der Dienstgeschäfte einer Berufsschullehrerin an der Berufsschule zu Darmstadt die Lehrerin Gertrud Schüttler zu Darmstadt, mit Wirkung vom 16. Februar an;

mit der kommissarischen Wahrnehmung der Dienstgeschäfte eines Berufsschullehrers an der ländlichen Berufsschule im Bezirk Wörrstadt, Kreis Alzen, der Lehrer Johann Geiger zu Alzenheim, Kreis Worms, mit Wirkung vom 1. März an.

Sterbefälle.

Gestorben sind:

Oktober 1938:

am 6. der Vermessungsinspektor Heinrich Römelbein in Darmstadt;

November 1938:

am 28. der Verwaltungsoberinspektor a. D. Johannes Hach in Alsfeld;
der Obermedizinalrat a. D. Georg Koeniger in Frankfurt a. M.;
der Rektor Jakob Dohm, zuletzt wohnhaft in Mettenheim;

Dezember 1938:

am 1. der Lehrer a. D. Karl Reuning zu Friedberg/Hessen;
am 3. der Amtsobergehilfe a. D. Friedrich Fijcher in Mainz;
am 11. der Lehrer Otto Walter in Mainz;
am 14. der Lehrer a. D. Narziß Rein in Gau-Algesheim;

- am 15. der Revierförster a. D. Ludwig Gerisch zu Erbach;
 der Krim.-Assistent Martin Haub zu Darmstadt, Arheilger Straße 130;
 am 17. der Lehrer Philipp Wilhelm, zuletzt wohnhaft in Burg-Gräfenrode, Kreis Friedberg;
 am 21. der Regierungsrat a. D. Dr. Wilhelm Anton Diehl in Mainz;
 am 23. der Förster a. D. Michael Schwarzkopf zu Urberach;
 am 27. der Konzertmeister a. D. August Helmer, wohnhaft zu Darmstadt;
 am 28. der Gend.-Meister a. D. Jakob Fabian in Rodenbergr;
 der Lehrer a. D. Wilhelm Sommer, wohnhaft zu Schlich;
 der Reallehrer Konrad Bill in Nidda;
 am 29. die Oberassistentin a. D. Emilie von Krenz zu Darmstadt;
 am 30. der Oberreallehrer a. D. Peter Kaffenberger, zuletzt wohnhaft in Darmstadt;
 der Hausmeister a. D. Christian Fenchel, wohnhaft in Darmstadt;

Januar 1939:

- am 3. der Vermessungsrat a. D. Georg Holler in Darmstadt;
 der Stadtschulrat a. D. Heinrich Schmehl, zuletzt wohnhaft in Worms;
 am 5. der Polizeimeister a. D. Heinrich Hainbächer in Grebenau, Kreis Alsfeld;
 am 6. der Lehrer Karl Schmidt, zuletzt wohnhaft in Eichenrod;
 am 10. der Lehrer a. D. Karl Schwarz, zuletzt wohnhaft in Fulda;
 am 14. die Kanzleisekretärin a. D. Elisabeth Seim zu Darmstadt;
 der Oberreallehrer a. D. Otto Weide zu Buzbach;
 am 16. der Gend.-Oberwachtmeister a. D. Eberhard Konrad Klein in Erbach i. Odw., Sgl.-vestor-Stad-Strasse 3;
 am 18. der Studentrat a. D. Johannes Götz zu Offenbach a. M.;
 am 20. der Studienrat Hans Lismann, zuletzt an der Oberschule für Jungen in Bingen;
 der Rektor a. D. Ludwig Erb, zuletzt wohnhaft in Lich;
 der Weinbergverwalter Philipp Becker in Nierstein.
 am 21. der Rechnungsdirektor a. D. Philipp Schaffner zu Darmstadt;
 der Lehrer a. D. Heinrich Schwarz zu Rüsselsheim.

Namensänderungen.

Januar 1939:

- am 11. wurde dem Heinrich Moses, geboren am 5. Februar 1904 in Homburg vor der Höhe, wohnhaft in Alsfeld, gestattet, an Stelle seines bisherigen Familiennamens in Zukunft den Familiennamen „Moser“, —
 am 14. wurde dem Felix Fularczky, geboren am 22. Oktober 1901 in Abbau Smolfin, wohnhaft in Wendelsheim, gestattet, an Stelle seines bisherigen Familiennamens in Zukunft den Familiennamen „Falt“, —
 1. dem Karl Heinrich Willy Morgenstern, geboren am 20. Juli 1920 in Rotenburg a. d. Fulda, 2. dem Horst Morgenstern, geboren am 11. Februar 1922 in Rotenburg a. d. Fulda, beide wohnhaft in Mainz-Gonsenheim (gesetzlich vertreten durch ihren Vormund Frau Elise Stürmer, geb. Siebold verwitwete Morgenstern, wohnhaft daselbst), gestattet, an Stelle ihres bisherigen Familiennamens in Zukunft den Familiennamen „Stürmer“, —

- am 19. wurde 1. der Mathilde Charlotte Edith Hahn, geboren am 14. November 1910 in Braunschweig, wohnhaft in Darmstadt, 2. der Ingeborg Hahn, geboren am 22. Juli 1937 in Darmstadt, wohnhaft daselbst, gesetzlich vertreten durch ihre unter vorstehender Ziffer 1 genannte Mutter und gerichtlich bestellte Vormünderin, gestattet, an Stelle ihres bisherigen Familiennamens in Zukunft den Familiennamen „Bachhaus“, —

Februar 1939

- am 13. wurde der Karola Becker, geboren am 14. Januar 1924 in Gensingen, wohnhaft in Gießen (gesetzlich vertreten durch ihren Vormund Obermedizinalrat Dr. Robert Engau daselbst), gestattet, an Stelle ihres bisherigen Familiennamens in Zukunft den Familiennamen „Engau“, —

der Renate Marie Wenzel, geboren am 11. Mai 1931 in Gießen, wohnhaft in Darmstadt (gesetzlich vertreten durch das Städtische Jugendamt Darmstadt als Amtsvormund), gestattet, an Stelle ihres bisherigen Familiennamens in Zukunft den Familiennamen „Borret“ — zu führen.

Nachtrag.

Im alphabetischen Namensverzeichnis vom Jahre 1938 sind die Namen — Decker, Karl 126, und Maner, Alex 126 — nachzutragen.

Hessisches Regierungsblatt

1939

Darmstadt, den 3. April 1939

Nr. 6

Inhalt: Teil I: Erlaß des Reichsstatthalters in Hessen über die Eingliederung der Gemeinden Kempten und Gaulsheim in die Stadt Bingen. S. 33 — Beschluß über die Eingliederung der selbständigen Gemarkung Hammerau in die Gemeinde Groß-Rohrheim und die Stadt Gernsheim. S. 34 — Bekanntmachung, die Ueberleitung der Rechtspflege auf das Reich vom 5. Dezember 1934 betreffend. S. 34 — Verordnung, das Dispensierrecht homöopathischer Arzneie betreffend. S. 34 — Beschluß über die Gemarkungsgrenzänderung der Gemarkungen Gau-Weinheim, Gau-Büdelheim, Sprendlingen und St. Johann. S. 35 — Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über die Ortspolizei. S. 35 — Bekanntmachung, Eingliederung des Standesamtsbezirks Dornberg in den Standesamtsbezirk Groß-Gerau betreffend. S. 36 — Verordnung, die Organisation des Vermessungswesens betreffend. S. 36. — Teil II: Personalnachrichten. S. 36.

Teil I

Im Namen des Reichs

Erlaß des Reichsstatthalters in Hessen über die Eingliederung der Gemeinden Kempten und Gaulsheim in die Stadt Bingen.

Vom 16. März 1939.

— Nr. 562/E/38. —

Auf Grund der Deutschen Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935 bestimme ich aus Gründen des öffentlichen Wohles, was folgt:

1. Die Gemeinden Kempten und Gaulsheim werden in die Stadt Bingen eingegliedert.
2. Die Dauer der Wohnung oder des Aufenthaltes in den Gemeinden Kempten und Gaulsheim wird auf die Dauer der Wohnung oder des Aufenthaltes in der Stadt Bingen angerechnet.
3. Die bisherigen Gemeinden Kempten und Gaulsheim führen nach ihrer Eingliederung in die Stadt Bingen die Bezeichnung „Bingen-Kempten“ und „Bingen-Gaulsheim“.
4. Das Ortsrecht der bisherigen Gemeinden Kempten und Gaulsheim bleibt bis zum 30. September 1939 aufrechterhalten, soweit es nicht schon früher geändert wird.
5. Für die Dauer der Amtszeit der derzeitigen Ratsherren der Stadt Bingen sind je zwei Bürger aus den bisherigen Gemeinden Kempten und Gaulsheim als weitere Ratsherren der Stadt Bingen zu bestellen.
6. In den Stadtteilen Bingen-Kempten und Bingen-Gaulsheim ist je eine örtliche Verwaltungsstelle einschließlich Zahlstelle der Stadtkasse Bingen einzurichten; die beiden örtlichen Verwaltungsstellen können mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde zu einer Ortsverwaltung für beide Stadtteile zusammengelegt werden.

7. Standesamt und Ortsgericht in Kempten und Gaulsheim bleiben bis auf weiteres bestehen.
8. Die Bürgersteuer wird in den Stadtteilen Bingen-Kempten und Bingen-Gaulsheim bis zum 31. Dezember 1940 nach den für das Rechnungsjahr 1938 in den Gemeinden Kempten und Gaulsheim gültigen Hebefäßen erhoben und mit Wirkung vom 1. Januar 1941 an den Hebefaß der Stadt Bingen angeglichen.
9. Die Grundsteuer von Grundstücken wird in den Stadtteilen Bingen-Kempten und Bingen-Gaulsheim bis zum 31. März 1941 nach den für das Rechnungsjahr 1938 in den Gemeinden Kempten und Gaulsheim gültigen Hebefäßen erhoben und mit Wirkung vom 1. April 1941 an den Hebefaß der Stadt Bingen angeglichen.
10. Für die Stadtteile Bingen-Kempten und Bingen-Gaulsheim sind bis zur Einrichtung einer gemeinsamen Schule für beide Stadtteile die beiden dortigen Volksschulen aufrechtzuerhalten und in gleicher Weise, wie die Schulen der Stadt Bingen, auszustatten.
11. Die Friedhöfe der Gemeinden Kempten und Gaulsheim werden bis zur vollen Belegung in der seitherigen Weise weiter benutzt.
12. Die im Interesse der Landwirtschaft in den Gemeinden Kempten und Gaulsheim bestehenden Einrichtungen, insbesondere die Faselhaltung, sind beizubehalten, solange ein Bedürfnis hierfür besteht.
13. Der Erlaß tritt mit Wirkung vom 1. April 1939 in Kraft.

Darmstadt, den 16. März 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

Sprenger

Gauleiter von Hessen-Nassau.

Beschluß über die Eingliederung der selbständigen Gemarkung Hammerau in die Gemeinde Groß-Rohrheim und die Stadt Gernsheim.

Vom 16. Februar 1939.

Auf Grund des § 15 der Deutschen Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935 bestimme ich im öffentlichen Interesse was folgt:

1. Die selbständige Gemarkung Hammerau wird aufgelöst. Die Fluren III bis VII mit 251,97 ha werden der Gemeinde Groß-Rohrheim und die Fluren I, II und VIII bis XI mit 253,52 ha der Stadt Gernsheim zugeteilt.
2. Die Gemeinde Groß-Rohrheim wird zum Rechtsnachfolger der selbständigen Gemarkung Hammerau bestimmt. Entscheidung über die Auseinandersetzung bleibt vorbehalten.
3. Mit der vorstehenden Gemarkungsgrenzänderung ändert sich gemäß Artikel 3 Absatz IV der Hessischen Kreis- und Provinzialordnung vom 8. Juli 1911 zugleich die Grenze zwischen den Landkreisen Worms und Groß-Gerau.
4. Diese Entscheidung tritt mit Wirkung vom 1. April 1939 in Kraft.

Darmstadt, den 16. Februar 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

Sprenger.

Bekanntmachung, die Ueberleitung der Rechtspflege auf das Reich vom 5. Dezember 1934 betr.

Vom 8. März 1939.

Auf Grund des § 1 des Zweiten Gesetzes zur Ueberleitung der Rechtspflege auf das Reich vom 5. Dezember 1934 — Reichsgesetzbl. I S. 1214 — übertrage ich die Zuständigkeiten, die in dem Hessischen Gesetz, die Ausführung der Deutschen Zivilprozessordnung und Konkursordnung betreffend, vom 4. Juni 1879 in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. September 1899 (Hessisches Regierungsblatt S. 633) auf dem Gebiete der Kompetenzkonflikte (Artikel 13 bis 21 des Gesetzes) für das Hessische Justizministerium vorgesehen und inzwischen auf mich übergegangen sind, auf den Präsidenten des Oberlandesgerichts in Darmstadt.

Berlin, den 8. März 1939.

Der Reichsminister der Justiz

gez. Dr. Gürtner.

Verordnung, das Dispensierrecht homöopathischer Ärzte betreffend.

Vom 13. März 1939.

Auf Grund des Gesetzes zur Aenderung des Artikels 64 des Gesetzes, betreffend die Innere Verwaltung und Vertretung der Kreise und Provinzen, vom 5. Januar 1937 (Reg.-Bl. 1937 S. 9) wird folgende Polizeiverordnung erlassen:

Artikel 1.

Ein Arzt, der homöopathische Arzneien zubereiten oder abgeben will, bedarf hierzu der Erlaubnis des Reichsstatthalters in Hessen — Landesregierung —.

Artikel 2.

Die Erlaubnis nach Art. 1 berechtigt nur zur Abgabe von homöopathischen Arzneien an diejenigen Kranken, die der Arzt selbst behandelt.

Artikel 3.

Die Erlaubnis wird nur erteilt, wenn ein Bedürfnis für eine ärztliche Zubereitungs- und Abgabestelle anerkannt wird. Sie ist davon abhängig, daß die Einrichtungen getroffen werden, die zur ordnungsgemäßen Führung und Ueberwachung der Zubereitungs- und Abgabestelle für erforderlich gehalten werden.

Artikel 4.

Die Zubereitungs- und Abgabestelle des homöopathischen Arztes unterliegt der Ueberwachung und Prüfung nach der Bekanntmachung, betreffend Anweisung für die amtliche Besichtigung der Apotheken, vom 17. Dezember 1937 (Reg.-Bl. 1938 S. 1).

Artikel 5.

Anträge auf Erlaubniserteilung sind bei dem Reichsstatthalter in Hessen — Landesregierung — einzureichen. Zu den Anträgen sind die Ärztekammer und die Apothekerkammer zu hören.

Artikel 6.

Die Ministerialerlasse vom 5. Dezember 1833 — zu Nr. D. 6693. 15992 —, betreffend das homöopathische Heilverfahren (abgedruckt in Nr. 85 des Amtsblattes des früheren hessischen Ministeriums des Innern und der Justiz von 1833) und vom 12. November 1860 — zu Nr. M.d.J. 11967 von 1859 —, betreffend das homöopathische Heilverfahren (abgedruckt in Nr. 30 des Amtsblattes des früheren Ministeriums des Innern von 1860), werden aufgehoben.

Artikel 7.

Zuwiderhandlungen gegen diese Polizeiverordnung werden gemäß § 367 Ziffer 3 des Reichsstrafgesetzbuches bestraft.

Artikel 8.

Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Darmstadt, den 13. März 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: Reiner.

Beschluß über die Gemarkungsgrenzänderung der Gemarkungen Gau-Weinheim, Gau-Biddeheim, Sprendlingen und St. Johann.

Vom 17. März 1939.

Auf Grund des § 15 der Deutschen Gemeindeordnung in Verbindung mit § 36 Absatz 1 Ziffer 3 der Ersten Durchführungsverordnung hierzu wird bestimmt, was folgt:

1. Die Grundstücke Flur X Nummer 1, 1½ und 2 (287 469 qm) aus der Gemarkung Gau-Weinheim, das Grundstück Flur XVII Nummer 1^{31/100} (209 200 qm) aus der Gemarkung Gau-Biddeheim und die Grundstücke Flur IX Nummer 17 und 18 (128 092 qm) aus der Gemarkung Sprendlingen werden aus den vorgenannten Gemarkungen ausgegliedert und in die Gemarkung St. Johann eingegliedert.
2. Mit der vorstehenden Gemarkungsgrenzänderung ändert sich gemäß Artikel 3 Absatz 4 der Hessischen Kreis- und Provinzialordnung vom 8. Juli 1911 zugleich die Grenze zwischen den Landkreisen Alzen und Bingen.
3. Zur finanziellen Auseinandersetzung zwischen den Gemeinden Gau-Weinheim und St. Johann wird bestimmt, daß die Gemeinde St. Johann der Gemeinde Gau-Weinheim die Hälfte der im Rj. 1938 aufgewandten Kosten für Herstellung des in dem umgemarkten Gebietsteil der Gemarkung Gau-Weinheim belegenen Weganteils vom Hofgut Wißberg nach St. Johann zu ersetzen hat.
4. Diese Entscheidung tritt mit Wirkung vom 1. April 1939 in Kraft.

Darmstadt, den 17. März 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

Sprenger.

Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über die Ortspolizei.

Vom 20. März 1939.

Auf Grund des Artikels 2 Abs. 1 des Gesetzes über die Ortspolizei vom 14. Juli 1921 (Hessisches

Reg.-Bl. S. 191) wird mit Wirkung vom 1. April 1939 ab folgendes angeordnet:

§ 1.

In Gemeinden mit staatlicher Polizeiverwaltung werden dem Bürgermeister (Oberbürgermeister) die folgenden ortspolizeilichen Aufgaben und Befugnisse auf Widerruf zur Verwaltung und Ausübung übertragen:

1. die Baupolizei;
2. die Feld- und Forstpolizei;
3. den Naturschutz;
4. die Feuerpolizei, soweit sie zum Bereich der Baupolizei gehört, und die Feuerlöschpolizei;
5. die Gewerbepolizei, soweit nicht der § 2 dieser Verordnung etwas anderes bestimmt;
6. die Gesundheitspolizei;
7. die Veterinärpolizei;
8. die Lebensmittelpolizei;
9. die Marktpolizei;
10. die Schlachtvieh- und Fleischbeschau, soweit in den Gemeinden der Schlachthauszwang angeordnet ist;
11. die Begepolizei hinsichtlich der Unterhaltung, Beleuchtung und Reinigung;
12. die Jagdpolizei mit Ausnahme der Bestimmungen über die Erteilung, Versagung und Entziehung der Jagdscheine — §§ 22 bis 27 RJB —;
13. die Wohnungspolizei;
14. die Obdachlosenpolizei;
15. die Schulpolizei;
16. die Befugnisse, die den Ortspolizeibehörden übertragen worden sind durch die Kulturgeetze, insbesondere durch das Kulturkammergesetz vom 22. Sept. 1933 (RGBl. I S. 661) und das Gesetz über die Vermittlung von Musikaufführungsrechten vom 4. Juli 1933 (RGBl. I S. 452), nebst den dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen, und
17. diejenigen Aufgaben, die ihnen noch besonders zugewiesen werden.

§ 2.

Auf dem Gebiete der Gewerbepolizei bleiben die staatlichen Polizeiverwaltungen zuständig für die Aufgaben und Befugnisse, die den Ortspolizeibehörden übertragen sind:

1. durch die §§ 15, Abs. 2, 33a—d, 34, 34a, 35 ohne Abs. 4 und 5, 35b, 36, 37, 38, 41a und b, 42a und b, 43, 44 letzter Absatz, 44a, 45—47, 49, 53, 55—63, 67 Abs. 2, 75, 76, 78, 105b Abs. 2 und 151 der Reichsgewerbeordnung,
2. durch den Art. II des Notgesetzes vom 24. Februar 1923 (RGBl. I S. 147),
3. durch den § 25 der Arbeitszeitordnung vom 26. Juli 1934 (RGBl. I S. 803),
4. durch das Gaststättengesetz vom 28. April 1930 (RGBl. I S. 146) und

5. durch das Gesetz über das Versteigerergewerbe in der Fassung vom 12. Febr. 1938 (RGBl. I S. 202) nebst Ausführungsvorschriften.

Bei den §§ 15 Abs. 2, 36, 45—47, 49, 53, 78 und 151 der Reichsgewerbeordnung ist jedoch die Zuständigkeit der staatlichen Polizeiverwaltungen nur insoweit gegeben, als die Gewerbe selbst der Aufsicht dieser Verwaltungen unterliegen.

§ 3.

Für alle übrigen im § 1 nicht genannten Aufgaben sind die staatlichen Polizeiverwaltungen zuständig, sofern nicht Sonderpolizeibehörden bestimmt sind.

§ 4.

In Zweifelsfällen entscheidet die Landesregierung über die Zuständigkeit der staatlichen und Gemeindepolizeiverwaltungen unter Zugrundelegung dieser Bestimmungen.

Darmstadt, den 20. März 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: **Reiner.**

Bekanntmachung, Eingliederung des Standesamtsbezirks Dornberg in den Standesamtsbezirk Groß-Gerau betreffend.

Vom 22. März 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen hat mit Erlaß vom 14. Dezember 1938 — Nr. 851/F/38 — bestimmt, daß die Gemeinde Dornberg mit Wirkung vom 1. April 1939 in die Stadt Groß-Gerau eingegliedert wird. Mit dem gleichen Zeitpunkt wird der Standesamtsbezirk Dornberg in den Standesamtsbezirk Groß-Gerau eingegliedert.

Darmstadt, den 22. März 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: **Reiner.**

Verordnung, die Organisation des Vermessungswesens betreffend.

Vom 27. März 1939.

§ 1.

Der § 2 der Verordnung, die Kreisvermessungsämter betreffend, vom 23. März 1921 (Reg.-Bl. S. 49) und der Abschnitt I A der 5. Verordnung

zur Vereinfachung der Staatsverwaltung auf dem Gebiete des Vermessungswesens vom 30. Dezember 1933 (Reg.-Bl. S. 2 von 1934) werden aufgehoben.

§ 2.

Die Vermessungsämter und Vermessungsdienststellen unterstehen unmittelbar der Landesregierung (Finanzverwaltung).

§ 3.

Die Verordnung tritt am 1. April 1939 in Kraft. Mit ihrer Durchführung ist die Landesregierung (Finanzverwaltung) beauftragt.

Darmstadt, den 27. März 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: **Reiner.**

Teil II

Der Reichsstatthalter in Hessen

Personalnachrichten.

Ernannt wurden:

am 28. Januar durch Urkunde des Führers und Reichskanzlers der Provinzialoberbaurat **Walter Knappe** zum Regierungsoberbaurat;

am 16. Februar der Kanzlist **Wilhelm Lautenschläger** zum Verwaltungsassistenten, der Kanzlist **Heinrich Hofmann** zum Verwaltungsassistenten;

am 22. Februar durch Urkunde des Reichsstatthalters in Hessen der Lehrer **Wilhelm Steinhilber** zum Berufsschullehrer;

am 2. März der Kanzlist **Friedrich Dietrich** zum Verwaltungsassistenten.

Ernannt wurden unter Berufung in das Beamtenverhältnis:

am 28. Januar durch Urkunden des Führers und Reichskanzlers die Regierungsbaumeister **Hans Frey** und **Georg Knoll** zu Regierungsbauräten;

am 6. Februar der Militäranwärter **Friedrich Bauer** zum Hauswart;

am 15. Februar durch Urkunde des Führers und Reichskanzlers der Regierungsbaumeister **Friedrich Rudolf Petz** zum Regierungsbaurat;

am 2. März der Bankangestellte **Karl Ebert** zum Bankinspektor.

Hessisches Regierungsblatt

1939

Darmstadt, den 17. April 1939

Nr. 7

Inhalt: Teil I: Beschluß über Gemarkungsgrenzänderungen. S. 37 — Bekanntmachung, die Zuteilung der Gemeinde Ilsdorf (Solms) zum Standesamtsbezirk Ilsdorf betreffend. S. 37 — Bekanntmachung, die Vereinigung der Standesamtsbezirke Ober-Ingelheim, Nieder-Ingelheim und Frei-Weinheim zu einem Standesamtsbezirk Ingelheim a. Rhein betreffend. S. 37 — Anordnung für den Gewerbebetrieb der Personen, die über Vermögensverhältnisse oder persönliche Angelegenheiten Auskunft erteilen. S. 37 — Bekanntmachung, Vereinigung der Standesamtsbezirke Mülheim und Dietesheim zu einem Standesamtsbezirk Mülheim a. M. betreffend. S. 39 — Bekanntmachung, Auflösung des Standesamtsbezirks Groß-Rohrheim mit Hammerau und Neubildung des Standesamtsbezirks Groß-Rohrheim betreffend. S. 39 — Bekanntmachung, Eingliederung des Standesamtsbezirks Blikenrod in den Standesamtsbezirk Lauterbach mit Rudlos betreffend. S. 39 — Teil II: Personalnachrichten. S. 39.

Teil I

Beschluß über Gemarkungsgrenzänderungen.

Vom 14. März 1939.

Auf Grund des § 15 der Deutschen Gemeindeordnung werden aus Gründen des öffentlichen Wohls mit Wirkung vom 1. April 1939 aus der selbständigen Gemarkung Hainhaus (Kreis Erbach) die Fluren I, XXI bis XXXVII ausgegliedert und in die Gemeinde Vielbrunn eingegliedert.

Darmstadt, den 14. März 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: *Reiner*.

Bekanntmachung, die Zuteilung der Gemeinde Ilsdorf (Solms) zum Standesamtsbezirk Ilsdorf betreffend.

Vom 25. März 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen hat mit Erlaß vom 30. Dezember 1938 Nr. 2705/M/38 bestimmt, daß die Gemeinden Ilsdorf und Ilsdorf (Solms) im Landkreis Alsfeld mit Wirkung vom 1. April 1939 zu einer neuen Gemeinde Ilsdorf vereinigt werden. Vom gleichen Zeitpunkt ab wird gemäß § 52 Abs. 2 des Personenstandsgesetzes vom 3. November 1937 (Reichsgesetzbl. I S. 1146) und § 91 Abs. 2 der Verordnung zur Ausführung des Personenstandsgesetzes vom 19. Mai 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 533) der zum Standesamtsbezirk Lardenbach gehörende Teil der Gemeinde Ilsdorf (Solms) vom Standesamtsbezirk Lardenbach abgetrennt und dem Standesamtsbezirk Ilsdorf zugeteilt.

Darmstadt, den 25. März 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: *Reiner*.

Bekanntmachung, die Vereinigung der Standesamtsbezirke Ober-Ingelheim, Nieder-Ingelheim und Frei-Weinheim zu einem Standesamtsbezirk Ingelheim am Rhein betreffend.

Vom 25. März 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen hat mit Erlaß vom 14. Dezember 1938 Nr. 155/D/38 bestimmt, daß die Gemeinden Ober-Ingelheim, Nieder-Ingelheim und Frei-Weinheim im Landkreis Bingen mit Wirkung vom 1. April 1939 zu einer neuen Gemeinde Ingelheim am Rhein vereinigt werden. Vom gleichen Zeitpunkt ab werden gemäß § 52 Abs. 2 des Personenstandsgesetzes vom 3. Novbr. 1937 (Reichsgesetzbl. I S. 1146) und § 91 Abs. 2 der Verordnung zur Ausführung des Personenstandsgesetzes vom 19. Mai 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 533) die Standesamtsbezirke Ober-Ingelheim, Nieder-Ingelheim und Frei-Weinheim zu einem Standesamtsbezirk „Ingelheim am Rhein“ vereinigt.

Darmstadt, den 25. März 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: *Reiner*.

Anordnung für den Gewerbebetrieb der Personen, die über Vermögensverhältnisse oder persönliche Angelegenheiten Auskunft erteilen.

Vom 28. März 1939.

Auf Grund des § 38 Abs. 3 der Reichsgewerbeordnung bestimme ich für das Land Hessen folgendes:

1. Wer über persönliche Angelegenheiten oder Vermögensverhältnisse gewerbsmäßig Auskunft erteilt (§ 35 Abs. 1 der Reichsgewerbeordnung), ist verpflichtet, ein Geschäftsbuch nach dem beigefügten Muster zu führen. Dem Gewerbetreibenden ist gestattet, daneben ein

Bekanntmachung, Vereinigung der Standesamtsbezirke Mühlheim und Dietesheim zu einem Standesamtsbezirk Mühlheim am Main betreffend.

Darmstadt, den 30. März 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen hat mit Erlaß vom 28. Februar 1939 Nr. 2707/M/38 die Gemeinden Mühlheim und Dietesheim im Landkreis Offenbach a. M. mit Wirkung vom 1. April 1939 zur Stadt Mühlheim a. M. vereinigt. Mit dem gleichen Zeitpunkt werden die Standesamtsbezirke Mühlheim und Dietesheim zu einem Standesamtsbezirk Mühlheim a. M. vereinigt.

Darmstadt, den 30. März 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: Reiner.

Bekanntmachung, Auflösung des Standesamtsbezirks Groß-Rohrheim mit Hammerau und Neubildung des Standesamtsbezirks Groß-Rohrheim betreffend.

Darmstadt, den 30. März 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen hat mit Erlaß vom 16. Februar 1939 Nr. III 52333/38 mit Wirkung vom 1. April 1939 die selbständige Gemarkung Hammerau aufgelöst. Die Fluren III bis VII mit 251,97 ha werden der Gemeinde Groß-Rohrheim und die Fluren I, II und VIII bis XI mit 253,52 ha der Stadt Gernsheim zugeteilt.

Mit dem gleichen Zeitpunkt wird der Standesamtsbezirk Groß-Rohrheim mit Hammerau aufgelöst und ein neuer Standesamtsbezirk Groß-Rohrheim gebildet. Die Fluren III bis VII mit 251,97 ha werden dem Standesamtsbezirk Groß-Rohrheim und die Fluren I, II und VIII bis XI mit 253,52 ha dem Standesamtsbezirk Gernsheim zugeteilt.

Darmstadt, den 30. März 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: Reiner.

Bekanntmachung, Eingliederung des Standesamtsbezirks Blihenrod in den Standesamtsbezirk Lauterbach mit Rudlos betreffend.

Darmstadt, den 30. März 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen hat mit Erlaß vom 22. Februar 1939 — Nr.: 1711/J/38 — bestimmt, daß die Gemeinden Blihenrod und Rud-

los mit Wirkung vom 1. April 1939 in die Stadt Lauterbach eingegliedert werden. Mit dem gleichen Zeitpunkt wird der Standesamtsbezirk Blihenrod in den Standesamtsbezirk Lauterbach mit Rudlos eingegliedert.

Darmstadt, den 30. März 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: Reiner.

Teil II

Der Reichsstatthalter in Hessen

Personalnachrichten.

Ernannt wurden:

am 15. Februar: der Oberlandmesser Heinrich Bärenz zum Vermessungsrat;

am 2. März: der Kanzlist Ernst Sames zum Vermessungsassistenten;

am 11. März: der Lehrer Dr. Urban Senfried zum Handelsstudienrat, die Kanzlisten Daniel Büßer, August Grenz, Leonhard Grünwald, Johann Loos, Peter Schmidmer, Johannes Uth, Georg Weber zu Vermessungsassistenten, der Gendarmerie-Bezirksobewachtmeister Arthur Philipp in Hirschhorn zum Gendarmerie-Hauptwachtmeister, durch Urkunde der Verwaltungsinspektor Friedrich Lang zum Ministerialoberrevisor;

am 18. März: der Ministerialoberrevisor Johannes Müller zum Rechnungsrat, der Polizeisekretär Wilhelm Feuerbach zum Verwaltungsinspektor;

am 23. März: der Gendarmerie-Hauptwachtmeister Fritz Kröher in Schotten zum Gendarmerie-Meister, der Gendarmerie-Hauptwachtmeister Otto Herrmann in Gießen zum Gendarmerie-Meister.

Ernannt wurden unter Berufung in das Beamtenverhältnis:

am 11. März: der Finanzpraktikant Heinrich Seibel zum Verwaltungsinspektor;

am 18. März: der Polizeirevierobewachtmeister Wilhelm Lott in Biblis zum Gendarmerie-Bezirksobewachtmeister, der Otto Reuhl zum Pfleger.

Ernannt wurden unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

am 15. Februar: durch Urkunden des Führers und Reichskanzlers die Studienassessoren Dr. Karl Moritz Ehr und Wilhelm Neuschling zu Studienräten;

am 16. Februar: der Philipp Weiskopf zum Schleusenverwalter, der Verwaltungspraktikant Kurt Wenz zum Verwaltungsinспектор, durch Urkunden des Reichsstatthalters in Hessen der Paul Parr in Rodheim v. d. H. zum Straßenwärter, der Karl Kraft in Bindsachsen zum Straßenwärter, der Heinrich Wagner in Heimertshausen zum Straßenwärter, der Heinrich Karl Stühler in Göbelurod zum Straßenwärter, der Schulamtsanwärter Adolf Drohmann zum Lehrer, der Verwaltungspraktikant Albert Geil zum Verwaltungsinспектор;

am 22. Februar: durch Urkunden des Reichsstatthalters in Hessen der Christian Adolf Otto Behr in Beienheim zum Straßenwärter, der Karl Philipp Scholl in Langenhain zum Straßenwärter, der Johannes Rink in Massenheim zum Straßenwärter, die Schulamtsanwärter Philipp Steckenreuter, Christian Streck und Wilhelm Werner zu Lehrern;

am 25. Februar: durch Urkunden des Führers und Reichskanzlers die Studienassessorin Alice Ackermann zur Studienrätin, die Studienassessoren Karl Becker und Georg Eimer zu Studienräten;

am 27. Februar: der Polizeibüroassistent Christian Büchner in Mainz durch Urkunde des Reichsstatthalters in Hessen;

am 2. März der Albert Kirsch zum Kanzlisten, der Andreas Schmidt in Meiches zum Straßenwärter, der Otto Klug in Ober-Ohmen zum Straßenwärter, der Ludwig Haumann in Nieder-Ohmen zum Straßenwärter, der Fritz Jakob Ketterdon zum Brückenaufseher; durch Urkunde des Reichsstatthalters in Hessen der Schulamtsanwärter Karl Luft zum Lehrer.

am 11. März: der Peter Hardt zum Gärtnergehilfen, der Baupraktikant Georg Wilhelm Schäfer zum Bauinspektor, der Ludwig Pfeiffer zum Schlosser, der Wilhelm Heinrich Schäfer zum Kanzlisten, der Ferdinand Leonhardt zum Kanzlisten, der Adam Keil zum Verwaltungsassistenten, durch Urkunde die Schulamtsanwärterin Katharine Krämer, geb. Diehl, zur Lehrerin, der Schulamtsanwärter Heinrich Hoffmann zum Lehrer;

am 18. März: der Hans Hach zum Schneider, der Michael Leßki zum Schuhmacher, der Fernsprechmechaniker Hermann Ewald in Darmstadt zum Werkmeister, der Baupraktikant Hermann Brand zum Bauinspektor, durch Ur-

kunde der Heinrich Karpf zum Verwaltungsassistenten.

Entlassen wurden auf ihren Antrag:

am 2. Februar der Kanzlist Wilhelm Schaaf;

am 22. Februar durch Urkunde des Reichsstatthalters in Hessen der Lehrer Hugo Braß;

am 18. März: durch Urkunde die Lehrerin Friederike Jakob, geb. Junak.

In den Ruhestand versetzt wurde:

am 2. März durch Urkunde des Reichsstatthalters in Hessen der Lehrer Philipp Feier, dem Genannten wurde für seine dem deutschen Volke geleisteten treuen Dienste der Dank des Führers und Reichskanzlers ausgesprochen.

In den Ruhestand versetzt wurden auf ihren Antrag:

durch Urkunde des Reichsministers der Finanzen vom 1. November 1938 der Ministerialbauamtmann Georg Kolb unter Anerkennung der dem deutschen Volke geleisteten treuen Dienste, mit Wirkung vom 1. März an;

am 15. Februar durch Urkunde des Führers und Reichskanzlers der Studienrat Otto Wirth, dem Genannten wurde für seine dem deutschen Volke geleisteten treuen Dienste der Dank ausgesprochen;

am 2. März durch Urkunde des Reichsstatthalters in Hessen der Lehrer Karl Vogt;

am 11. März: der Rechnungsrat Hermann Wimmener, unter Anerkennung seiner dem deutschen Volke geleisteten treuen Dienste, durch Urkunden die Lehrer Karl Heinrich und Philipp Jung, den Genannten wurde für ihre dem deutschen Volke geleisteten treuen Dienste der Dank des Führers und Reichskanzlers ausgesprochen;

am 18. März: der Rechnungsrat Heinrich Laub unter Anerkennung seiner dem deutschen Volke geleisteten treuen Dienste, durch Urkunde die Lehrer Adam Helm und Jakob Wolf, den Genannten wurde für ihre dem deutschen Volke geleisteten treuen Dienste der Dank des Führers und Reichskanzlers ausgesprochen.

In den Ruhestand versetzt wurden nach Erreichung der Altersgrenze:

am 11. März: gemäß Urkunde der Lehrer Georg Eckstein und der Rektor Albert Reuß, den Genannten wurde für ihre dem deutschen Volke geleisteten treuen Dienste der Dank des Führers und Reichskanzlers ausgesprochen.

Hessisches Regierungsblatt

1939

Darmstadt, den 3. Mai 1939

Nr. 8

Inhalt: Teil I: Vorläufige Bestimmungen über die Ermittlung von Krankenkosten bei den medizinischen klinischen Anstalten der Universität Gießen. (Krankenkosten-Best.) S. 41 — Ergänzende Vollzugsbestimmungen zur Reichsassenordnung für die Amtskasse der klinischen Universitätsanstalten in Gießen. (WBRKD-Kliniken.) S. 63.

Teil I

Vorläufige Bestimmungen über die Ermittlung von Krankenkosten bei den medizinischen klinischen Anstalten der Universität Gießen (Krankenkosten-Best.)

Vom 5. April 1939.

Inhaltsverzeichnis

I. Teil: Verwaltungsaufnahme

1. Abschnitt: Stationäre Kranke . . . §§ 1 — 3
2. Abschnitt: Ambulante Kranke . . . §§ 4 — 6

II. Teil: Kostenficherung . . . §§ 7 — 10

III. Teil: Kostenfestsetzung

1. Abschnitt: Erfassung der Nebenleistungen . . . §§ 11 — 17
2. Abschnitt: Führung der Stationskarte §§ 18 — 20

3. Abschnitt: Führung des Kostenblatts für stationäre Kranke (Kostenblatt St) . . . §§ 21, 22

4. Abschnitt: Führung des Kostenblatts für ambulante Kranke (Kostenblatt A) . . . §§ 23, 24

IV. Teil: Ausstellung der Rechnungen

1. Abschnitt: Allgemeines . . . § 25
2. Abschnitt: Stationäre Kranke . . . §§ 26, 27
3. Abschnitt: Ambulante Kranke . . . § 28
4. Abschnitt: Nebenleistungen auf Eisu- chen fremder Ärzte oder Dienststellen . . . § 29

Vorläufige Bestimmungen über die Ermittlung von Krankenkosten bei den medizinischen klinischen Anstalten der Universität Gießen (Krankenkosten-Best.).

Die Hessische Landesregierung bestimmt mit Zustimmung des Reichsministers der Finanzen und, soweit erforderlich, des Rechnungshofes des Deutschen Reichs über die Ermittlung von Krankenkosten bei den zur medizinischen Fakultät der Universität Gießen gehörenden klinischen Anstalten mit Wirkung vom 1. April 1939 folgendes:

I. Teil: Verwaltungsaufnahme

1. Abschnitt: Stationäre Kranke

§ 1.

(1) Ueber die Aufnahme des Kranken hat die Aufnahme stelle eine Niederschrift mit zwei Durchschriften anzufertigen. Lassen sich die hierzu erforderlichen Angaben nicht in der Aufnahme stelle selbst ermitteln, so kann mit den Erhebungen das klinische Personal beauftragt werden.

(2) Die Urschrift dient der Verwaltung als Kostenblatt (Kostenblatt St) — Muster 1 —. Die Aufnahme stellen haben das Kostenblatt St der Verwaltung zuzuleiten. Eine Durchschrift hat die Aufnahme stelle als Stationskarte — Muster 2 — an die Station abzugeben. Die weitere Durchschrift ist für die Krankengeschichte, die ausschließlich klinischen Zwecken dient, bestimmt.

(3) Die Urschrift ist von der Aufnahme stelle zu vollziehen. Der Kranke oder sein Vertreter hat in der Urschrift die Aufnahmebedingungen durch Namensunterschrift anzuerkennen, soweit die Verwaltung hierauf nicht in besonderen Fällen verzichtet.

§ 2.

(1) Die Verwaltung hat für jede Klinik oder selbständige Unterabteilung einer Klinik ein Krankenaufnahmebuch für stationäre Kranke (Krankenaufnahmebuch St) nach Muster 3 für den Zeitraum eines Rechnungsjahres zu führen. Sie hat zur Bezeichnung des Krankenaufnahmebuchs St jeder Klinik oder selbständigen Unterabteilung einer Klinik eine ungerade Nummer,

beginnend mit laufender Nummer 1, zuzuteilen. Diese ist auf der Titelseite des Krankenaufnahmebuchs St anzugeben.

(2) Nach Zuleitung des Kostenblatts St an die Verwaltung § 1 Abs. 2 Satz 2) ist der Kranke in das Krankenaufnahmebuch St einzutragen. Die Nummer, die der Klinik oder der selbständigen Unterabteilung einer Klinik nach Abs. 1 zugeteilt ist, und die laufende Nummer, unter der der Kranke im Krankenaufnahmebuch St nachgewiesen ist, bilden seine Kennnummer für Verwaltung und Kasse (z. B. 3/125). Die Kennnummer ist auf die Niederschrift und die Durchschriften zu setzen.

(3) Die Aufnahmestellen bilden die laufenden Nummern der Aufnahmen selbständig und setzen die Kennnummer auf die Niederschriften und die Durchschriften. Für die Eintragung in das Krankenaufnahmebuch St sind die laufenden Nummern der Kostenblätter St maßgebend.

(4) Kranke, die über das Rechnungsjahr hinaus in der Klinik verbleiben, werden in das Krankenaufnahmebuch St des neuen Rechnungsjahres mit ihrer alten Kennnummer unter Hinzusetzen des Jahrs übernommen. Das Krankenaufnahmebuch St ist in den Spalten 9 bis 19 seitenweise aufzurechnen. Die Seitennummern sind beim Abschluß des Krankenaufnahmebuchs St für das Rechnungsjahr zur Jahressumme zusammenzustellen.

(5) Ueber die in die Krankenaufnahmebücher eingetragenen Kranken hat die Verwaltung ein alphabetisches Gesamtverzeichnis oder eine alphabetisch zu ordnende Gesamtkartei (Suchkartei) zu führen; das Gesamtverzeichnis oder die Suchkartei hat die Kennnummern zu enthalten. Karten sind für männliche Kranke in weißer, für weibliche in rosa Farbe anzulegen und getrennt zu führen. Sie können zusammen mit den polizeilichen Anmeldungen im Durchschreibeverfahren ausgefertigt werden.

§ 3.

(1) Die Kliniken haben am Morgen jedes Tages nach dem Stand von 24 Uhr des abgelaufenen Tages der Verwaltung über den Zugang, auch wenn der Station eine Stationskarte zugegangen ist, und über den Abgang von Kranken eine Bestandsnachweisung nach Muster 4 einzureichen.

(2) Die Verwaltung prüft, ob die Zugangsmeldungen mit dem Krankenaufnahmebuch St übereinstimmen. Kranke, die noch nicht im Krankenaufnahmebuch St nachgewiesen sind, sind nachträglich einzutragen. Gegebenenfalls ist auch die Niederschrift über die Aufnahme nachzuholen.

(3) Auf der Station ist in einfachster Form ein Verzeichnis der Kranken zu führen.

(4) Die Bestandsnachweisungen sind von der Verwaltung nach Kliniken und zeitlich geordnet aufzubewahren.

2. Abschnitt: Ambulante Kranke

§ 4.

(1) Ueber ambulante Kranke hat die poliklinische Aufnahmestelle ein Krankenaufnahmebuch (Krankenaufnahmebuch A) nach Muster 5 für den Zeitraum eines Rechnungsjahres zu führen. Voruntersuchungsstellen haben Krankenaufnahmebücher A nicht zu führen, wenn solche bei den Kliniken oder Abteilungen geführt werden; sie haben die Namen der Kranken in Anschriften einfachster Art festzuhalten.

(2) In das Krankenaufnahmebuch sind alle eine Poliklinik (Ambulatorium) aufsuchenden Kranken einzutragen. Ob sie auf Grund der ärztlichen Untersuchung als stationäre Kranke aufgenommen werden, ist dabei ohne Belang. Die stationäre Aufnahme ist in der Bemerkungsspalte des Krankenaufnahmebuchs ersichtlich zu machen. Der Klinikdirektor kann anordnen, daß Kranke, die unmittelbar zur stationären Behandlung eingeliefert oder eingewiesen werden, in das Krankenaufnahmebuch A nicht einzutragen sind.

(3) Jeder ambulante Kranke ist im Krankenaufnahmebuch A innerhalb eines Rechnungsjahres bis zum Abschluß einer Behandlung unter derselben Nummer zu führen, auch wenn mehrere für die Rechnungsausstellung abgeschlossene Behandlungen vorliegen.

(4) Behandlungsfälle, die am Schluß des Rechnungsjahrs noch nicht abgeschlossen sind, sind im Krankenaufnahmebuch A des alten Rechnungsjahrs abzuwickeln. Ist die Behandlung am Schluß des auf den Beginn der Behandlung folgenden Rechnungsjahrs noch nicht abgeschlossen, so ist der Kranke in das Krankenaufnahmebuch A des übernächsten Rechnungsjahrs unter einer neuen Nummer einzutragen.

(5) Ueber die ambulanten Kranken ist ein alphabetisches Verzeichnis in Buch- oder Karteiform zu führen. Darin ist jeder Behandlungsfall unter Angabe der Nummer des Krankenaufnahmebuchs A einzutragen.

(6) Ist nach Bestimmung des Klinikdirektors ein poliklinisches Krankenblatt zu führen, so ist es bei der Aufnahme im Durchschreibeverfahren zugleich mit dem Kostenblatt A (vergl. § 5) anzulegen.

§ 5.

(1) Zu jeder laufenden Nummer des Krankenaufnahmebuchs A ist ein Kostenblatt für ambulante Kranke (Kostenblatt A) nach Muster 6 anzulegen. Hiervon ist abzusehen,

- a) wenn die Behandlungskosten pauschaliert sind,
- b) wenn für den einzelnen Behandlungsfall ein fester Satz erhoben wird,

c) wenn für die poliklinische Leistung eine Gebühr nicht vorgesehen ist oder wegen Bedürftigkeit nicht erhoben wird

und im Regelfall Nebenleistungen (gleichgültig, ob sie zu vergüten sind oder nicht) oder besonders zu vergütende Leistungen nicht in Betracht kommen. Gegebenenfalls ist das Kostenblatt A nachträglich anzulegen. Liegen bei einer Klinik besondere Verhältnisse vor, so kann der Klinikdirektor anordnen, daß in jedem Falle ein Kostenblatt A anzulegen ist.

(2) Auf dem Kostenblatt A ist die laufende Nummer des Krankenaufnahmebuchs A anzugeben. Im Krankenaufnahmebuch A ist in Spalte 6 zu setzen:

der Buchstabe „K“, wenn ein Kostenblatt A angelegt ist,

der Buchstabe „P“, wenn die Behandlungskosten pauschaliert sind und kein Kostenblatt A angelegt ist.

§ 6.

Ist ein Kostenblatt A nicht angelegt (vergl. § 5 Abs. 1), so sind die Leistung und der dafür zu entrichtende Betrag in die Spalten 6 und 7 des Krankenaufnahmebuchs A einzutragen.

II. Teil: Kostenficherung

§ 7.

(1) Alle zur Kostenficherung erforderlichen Maßnahmen haben bei stationären Kranken die Verwaltung, bei ambulanten Kranken die poliklinische Aufnahmestelle zu treffen. Bei der Aufnahme von Kranken I. und II. Klasse hat der Klinikdirektor oder sein Beauftragter die Verwaltung unverzüglich zu verständigen. Die Verwaltung führt den sich aus der Kostenficherung ergebenden Schriftwechsel mit den Versicherungsträgern, Fürsorgeverbänden und sonstigen Stellen.

(2) Ist die Uebernahme der Kosten für Nebenleistungen an ambulante Kranke von der vorherigen Zustimmung des Kostenträgers oder die Ausführung der Nebenleistung von der vorherigen Entrichtung der Gebühr abhängig, so ist die Kostenficherung oder die Entrichtung der Gebühr auf dem Kostenblatt A zu vermerken. Die Leistungsstelle darf ohne diesen Vermerk die Nebenleistung nicht ausführen.

§ 8.

(1) Die Verwaltung hat von stationären Selbstzahlern Vorauszahlungen anzufordern. Die Kasse ist entsprechend zu verständigen, bei schriftlicher Anforderung durch Zuleitung einer Durchschrift der Zahlungsaufforderung. Sie teilt der Verwaltung mit, ob und in welcher Höhe die angeforderte Vorauszahlung entrichtet ist.

(2) Auf dem Kostenblatt St sind die Anforderungen von Vorauszahlungen und die nach Mitteilung der Kasse darauf entrichteten Einzahlungen zu vermerken.

§ 9.

(1) Die Entscheidung, ob Kranke aus wirtschaftlichen Gründen gegen eine ermäßigte Gebühr oder unentgeltlich zu behandeln sind, trifft der Klinikdirektor oder sein Beauftragter. Bei Gewährung von Freibetten ist die Verwaltung schriftlich zu benachrichtigen; das Kostenblatt St und die Stationskarte sind mit einem entsprechenden Vermerk zu versehen. Die Benachrichtigung ist zum Kostenblatt St zu nehmen.

(2) Die Bestimmungen des Abs. 1 gelten entsprechend bei Erlaß oder Ermäßigung wegen Bedürftigkeit mit der Maßgabe, daß die Entscheidung von der Verwaltung zu treffen ist.

§ 10.

(1) Besteht bei einem Kranken Gefahr für Leib und Leben und kann die Kostenfrage nicht sogleich geregelt werden, so hat der zuständige Arzt die Unabweisbarkeit des Kranken zu bescheinigen (Notaufnahme). Die Bescheinigung ist zu dem Kostenblatt St zu nehmen.

(2) Im Falle der späteren Verlegung dieses Kranken in eine andere Klinik ist von dem nunmehr zuständigen Arzt die ursprüngliche Notaufnahme auf Grund der Krankengeschichte einem öffentlichen Kostenträger gegenüber zu bescheinigen, wenn dieser eine solche Bescheinigung verlangt.

III. Teil: Kostenfestsetzung

1. Abschnitt: Erfassung der Nebenleistungen

§ 11.

(1) Die Leistungsstelle darf Nebenleistungen nur nach Anordnung des zuständigen Arztes ausführen. Dies gilt auch für Kranke, die einer Leistungsstelle von fremden Ärzten oder Dienststellen zugewiesen, sowie für Untersuchungsproben, die von fremden Ärzten und Dienststellen eingekandt werden.

(2) Der Auftrag zur Ausführung von Nebenleistungen ist bei stationären Kranken auf die Stationskarte, bei ambulanten Kranken auf das Kostenblatt A zu setzen. Zur Ausführung der Nebenleistung nach Art und Umfang kann der Stationskarte eine besondere Weisung beigegeben werden. Die Stationskarte ist, gegebenenfalls mit der besonderen Weisung, der Leistungsstelle zuzuleiten.

(3) Wenn es in besonderen Fällen nicht zweckmäßig ist, die Stationskarte oder das Kostenblatt A der Leistungsstelle zuzuleiten (z. B. weil die Leistungsstelle von der Station oder von der Poliklinik weit entfernt liegt), oder wenn die Stationskarte oder das Kostenblatt A ausnahmsweise nicht zur Hand ist, so kann der Auftrag zur Ausführung der Nebenleistung durch eine besondere schriftliche

Anordnung erteilt werden, die der Leistungsstelle ohne Stationskarte oder Kostenblatt A zuzuleiten ist. In diesen Fällen ist der Auftrag auf der Stationskarte oder dem Kostenblatt A, gegebenenfalls nachträglich, zu vermerken.

(4) Die Universitätsapothek e gilt hinsichtlich der Abgabe von Arzneien, Heil- und Stärkungsmitteln, die den Kranken in Rechnung zu stellen sind, als Leistungsstelle im Sinne dieser Bestimmungen.

§ 12.

Muster 7 (1) Jede Leistungsstelle hat über Nebenleistungen Leistungsbücher nach Muster 7 für den Zeitraum eines Rechnungsjahrs zu führen. In das Leistungsbuch sind sämtliche Nebenleistungen einzutragen. Sie sind nach der im einzelnen Falle anzuwendenden Gebührenordnung zu bewerten. Die Spalten 1 bis 5 und 7 bis 13 sind für sämtliche Kliniken bindend. Die Angaben in Spalte 6 über die Art der Nebenleistung können den Bedürfnissen jeder Klinik angepasst werden. Gegebenenfalls können hierfür weitere Spalten vorgesehen werden, und zwar auch für klinische Zwecke.

(2) Bei laufenden Behandlungen ist der Kranke zu Beginn der Behandlung in das Leistungsbuch unter Ausfüllung der Spalten 1 bis 5 einzutragen. Ueber diese Behandlungen sind als Anlagen zum Leistungsbuch besondere Nachweise (Bücher, Karteien) zu führen. Die übrigen Spalten sind nach Abschluß der Behandlung auf Grund der besonderen Nachweise auszufüllen.

(3) Ist die Behandlung eines Kranken in der Leistungsstelle am 31. März noch nicht abgeschlossen, so sind auch die nach dem 31. März ausgeführten Nebenleistungen bei der ursprünglichen Eintragung nachzuweisen. Am 31. März des folgenden Rechnungsjahrs sind die dann noch nicht erledigten Fälle in das Leistungsbuch des übernächsten Rechnungsjahrs unter einer neuen laufenden Nummer zu übertragen; in beide Leistungsbücher sind gegenseitige Hinweise aufzunehmen.

(4) In Spalte 7 des Leistungsbuchs ist der Betrag einzutragen, der dem Kostenträger in Rechnung gestellt wird. Bei pauschalierten Nebenleistungen und bei Nebenleistungen, die durch den Verpflegungssatz abgegolten sind, ist in Spalte 7 der Buchstabe „P“ zu setzen.

(5) Um den Gesamtbetrag der in wissenschaftlichen Fällen und ausnahmsweise wegen Bedürftigkeit gewährten Erlasse und Ermäßigungen ermitteln zu können, sind die Spalten 8a und b im Leistungsbuch vorgesehen. In diese Spalten sind die Beträge einzusetzen, die dem Kostenträger nicht in Rechnung gestellt werden sollen, und zwar in Spalte 8a, wenn die Nebenleistung im laufenden, in Spalte 8b, wenn sie im folgenden Rechnungsjahr ausgeführt ist. Sind Nebenleistungen pauschaliert und ist in diesen Fällen eine Nebenleistung aus wissenschaftlichen Gründen ausge-

führt, so bleiben die Spalten 8a und 8b unausgefüllt.

(6) In Spalte 11 ist anzugeben, ob die Nummer des Leistungsbuchs auf der Stationskarte oder dem Kostenblatt A vermerkt ist (vgl. § 14 Abs. 1). Ist diese Nummer nicht vermerkt, so ist in Spalte 12 die Nummer des Leistungszettels (vgl. § 15 Abs. 1) einzutragen.

(7) Zum Jahresabschluß sind die Spalte 8a des Leistungsbuchs des laufenden Rechnungsjahrs und die Spalte 8b des Leistungsbuchs des vorangegangenen Rechnungsjahrs aufzurechnen. Durch Zusammenstellen der beiden Summen im Leistungsbuch des laufenden Rechnungsjahrs ist die Jahressumme der Erlasse und Ermäßigungen zu bilden.

§ 13.

(1) Ueber Leistungen der Polikliniken (Ambulatorien) an ambulante Kranke bildet das Krankenaufnahmebuch A gleichzeitig das Leistungsbuch, gegebenenfalls in Verbindung mit dem Kostenblatt A. Bestehen bei Polikliniken (Ambulatorien) besondere Einrichtungen, z. B. Röntgenabteilungen, so sind von diesen Leistungsstellen Leistungsbücher nach § 12 zu führen.

(2) Für die Führung des Krankenaufnahmebuchs A in seiner Eigenschaft als Leistungsbuch gelten die Bestimmungen des § 12 Abs. 5 entsprechend mit der Maßgabe, daß Erlasse und Ermäßigungen auf Gebühren für Nebenleistungen, über die Leistungsbücher nach § 12 geführt werden, in das Krankenaufnahmebuch A (Spalte 9) nicht einzutragen sind. Wird die Gebühr für eine poliklinische Leistung unmittelbar in der Poliklinik entrichtet, so ist die Nummer des Titelverzeichnisses, in das der Betrag eingetragen ist, in Spalte 8 des Krankenaufnahmebuchs A oder, wenn ein Kostenblatt A angelegt ist, auf diesem (Spalte 5) anzugeben.

§ 14.

(1) Die Leistungsstelle hat auf den ihr zugehenden Stationskarten oder Kostenblättern A die Nummern anzugeben, unter denen die Nebenleistungen in die Leistungsbücher eingetragen sind. Bei Einzelleistungen wird hierdurch zugleich die Ausführung der Nebenleistung bestätigt. Bei laufenden Behandlungen hat die Leistungsstelle nach Abschluß der Behandlung auf der Stationskarte oder dem Kostenblatt A anzugeben, in welchem Umfange die verordneten Nebenleistungen ausgeführt worden sind (vgl. § 19 Abs. 2, § 23 Abs. 2).

(2) Wenn die Stationskarte oder das Kostenblatt A nicht alle Angaben enthält, die zur Berechnung der Gebühren erforderlich sind, so hat die Leistungsstelle die Angaben entsprechend zu ergänzen. Dies gilt auch dann, wenn bei der

Leistungsstelle entschieden wird, daß es sich um einen wissenschaftlichen Fall handelt.

(3) Sind Nebenleistungen für stationäre Kranke in zwei Rechnungsjahren ausgeführt worden, so ist dies auf der Stationskarte unter Angabe der auf jedes Rechnungsjahr entfallenden Nebenleistungen zu vermerken.

§ 15.

(1) Werden Nebenleistungen für stationäre oder ambulante Kranke ausgeführt, ohne daß der Leistungsstelle die Stationskarte oder das Kostenblatt A zugeht (vgl. § 11 Abs. 3), so hat die Leistungsstelle über diese Nebenleistungen Leistungszettel nach Muster 8 auszufertigen und für stationäre Kranke der Verwaltung, für ambulante Kranke der poliklinischen Aufnahmestelle zuzuleiten.

(2) Wird in den Fällen des Abs. 1 die Gebühr für die Nebenleistung unmittelbar bei der Leistungsstelle entrichtet, so ist dies auf dem Leistungszettel unter Angabe der Nummer des Titelverzeichnisses zu vermerken.

(3) Die Leistungszettel jeder Leistungsstelle sind durchlaufend zu benummern. Der Blattnummer ist eine für jede Leistungsstelle von der Verwaltung zu bestimmende arabische Zahl voranzustellen, die von der Blattnummer durch einen schrägen Strich zu trennen ist (z. B. 3/786). Die Blätter sind in Blöcken zu je 50 Stück zu vereinigen. Ueber den Zu- und Abgang von Blöcken hat die Verwaltung entsprechend den Bestimmungen in Abs. 3 der Vollzugsbestimmungen zu § 73 RKD. Aufschreibungen zu führen. Verschiedene oder sonst unbrauchbar gewordene Leistungszettel sind zu durchkreuzen und an die Verwaltung abzugeben, die sie mit den übrigen Leistungszetteln der Nummerfolge nach aufzubewahren hat.

§ 16.

Ueber Nebenleistungen, die auf Ersuchen fremder Ärzte oder Dienststellen (bei Sprechstundenpraxis auch der Klinikdirektoren und Oberärzte) ausgeführt worden sind, sind keine Leistungszettel, sondern nach § 29 Rechnungen auszustellen.

§ 17.

Wird die Gebühr für eine Nebenleistung unmittelbar bei der Leistungsstelle entrichtet, so ist die Nummer des Titelverzeichnisses, in das der Betrag eingetragen ist, im Leistungsbuch (Spalte 13) und, sofern die Stationskarte und das Kostenblatt A vorliegen (vgl. § 11 Abs. 2), auch auf diesen anzugeben.

2. Abschnitt: Führung der Stationskarte

§ 18.

(1) Die Stationskarte dient

- a) zur Anordnung von Nebenleistungen, die von Leistungsstellen auszuführen sind, gleichgültig, ob für die Nebenleistungen Gebühren zu erheben sind oder nicht (vgl. § 11),
- b) zur Erfassung sämtlicher bei der Rechnungsausstellung zu berücksichtigenden Leistungen und Nebenleistungen.

(2) Soweit nicht § 9 in Frage kommt, sind wissenschaftliche Fälle vom Klinikdirektor oder seinem Beauftragten auf der Stationskarte unter Beifügen seines Namenszeichens durch den Buchstaben „W“ zu kennzeichnen.

§ 19.

(1) Die Leistungsstelle hat die Stationskarte nach Eintragung der Nummer, unter der die Nebenleistung eingetragen ist, unverzüglich an die Station zurückzugeben (vgl. § 14 Abs. 1).

(2) Nach Abschluß einer laufenden Behandlung ist die Stationskarte der Leistungsstelle zur Bestätigung, daß die angeordneten Nebenleistungen ausgeführt sind, oder zur Ergänzung hinsichtlich des Umfangs der Nebenleistungen (vgl. § 14 Abs. 1) nochmals zuzuleiten.

§ 20.

(1) Bei der Entlassung oder beim Tod eines Kranken hat die Stationschwester (der Oberpfleger, die Oberpflegerin) aus der Krankengeschichte und dem Fieberblatt sämtliche dort nachgewiesenen gebührenpflichtigen Leistungen und Nebenleistungen auf die Stationskarte zu übernehmen, soweit sie auf dieser nicht bereits vorgemerkt sind. Wenn es sich um wiederholte gleichartige Leistungen oder Nebenleistungen handelt, genügt eine zusammengefaßte Angabe. Die Stationschwester (der Oberpfleger, die Oberpflegerin) hat auf der Stationskarte die richtige Übernahme zu bestätigen und den Entlassungs- oder den Sterbetag anzugeben. Die Stationskarte ist alsdann nach Ausfüllung und Vollziehung der Entlassungsbescheinigung durch den Stationsarzt unverzüglich der Verwaltung zuzuleiten, die sie dem Kostenblatt St beizufügen hat.

(2) Abs. 1 Satz 1, 2 und 4 gilt sinngemäß, soweit die Verwaltung für bestimmte Zeitabschnitte Zwischenrechnungen erteilt. In diesem Falle hat die Verwaltung die Stationskarte unverzüglich nach der Rechnungsausstellung der Station zurückzugeben.

3. Abschnitt:

Führung des Kostenblatts für stationäre Kranke (Kostenblatt (St))

§ 21.

Das Kostenblatt St dient zum Nachweis sämtlicher in Rechnung zu stellenden Beträge und gleichzeitig als Rechnungsentwurf. Erstreckt sich eine stationäre Behandlung über den 31. März hinaus, so ist das einmal angelegte Kostenblatt weiter zu verwenden.

§ 22.

(1) Die Verwaltung hat die Nebenleistungen, über die ihr Leistungszettel zugehen (vgl. § 15 Abs. 1), in das Kostenblatt St laufend einzutragen und die Eintragung auf den Leistungszeteln zu bestätigen. Sind Nebenleistungen von einer Leistungsstelle ausgeführt worden, die nicht zu der Klinik gehört, in der der Kranke behandelt wird, so sind sie, wenn es sich nur um Einzelfälle handelt im Abschnitt „Sachleistungen Dritter“, sonst im Abschnitt „Nebenleistungen“ nachzuweisen. Die Leistungszettel sind nach Ausstellung der Rechnung für jede Leistungsstelle nach der laufenden Nummer zu ordnen. Die Leistungszettel müssen vollständig vorhanden sein.

(2) Nach Eingang der Stationskarte (vgl. § 20) hat die Verwaltung sämtliche dort angegebenen Leistungen und Nebenleistungen, soweit sie in Rechnung zu stellen sind und nicht bereits nach Abs. 1 auf dem Kostenblatt St nachgewiesen sind, auf das Kostenblatt St in der für die Rechnungsausstellung gebotenen Form zu übernehmen. Bei der Erteilung von Zwischenrechnungen ist auf der Stationskarte ersichtlich zu machen, welche Leistungen und Nebenleistungen bei der Rechnungsausstellung berücksichtigt sind.

(3) Bei der Entlassung eines Kranken trägt die Verwaltung nach der Stationskarte den Entlassungstag auf dem Kostenblatt St und in das Krankenaufnahmebuch St ein. Sie prüft die Angabe auf der Stationskarte an Hand der Bestandsnachweisung (vgl. § 3). Die Angaben auf dem Kostenblatt St über den Zugangstag und den Abgangstag bilden die Grundlage für die Berechnung der Kurz- und Verpflegungskosten.

(4) Die Kostenblätter St sind während der Behandlung nach Kliniken getrennt alphabetisch, dann mit den zugehörigen Stationskarten nach der Kennnummer zu ordnen.

4. Abschnitt: Führung des Kostenblatts für ambulante Kranke (Kostenblatt A)

§ 23.

(1) Das Kostenblatt A dient

a) zum Nachweis ambulanter Leistungen,

b) zur Anordnung (vgl. § 11) und zum Nachweis von Nebenleistungen, und zwar gleichgültig, ob für die Nebenleistungen Gebühren zu erheben sind oder nicht,

c) als Rechnungsunterlage.

(2) Die Bestimmungen in § 18 Abs. 2, § 19 und § 22 Abs. 1 gelten für das Kostenblatt A sinngemäß mit der Maßgabe, daß anstelle der Station in § 19 Abs. 1 und der Verwaltung in § 22 Abs. 1 die poliklinische Aufnahmestelle tritt.

(3) Auf dem Kostenblatt A ist ersichtlich zu machen, wenn eine Behandlung für die Rechnungsausstellung als abgeschlossen zu gelten hat.

(4) Die Kostenblätter A sind bei der poliklinischen Aufnahmestelle während der Behandlung des Kranken alphabetisch, dann nach der Nummer des Krankenaufnahmebuchs A zu ordnen.

§ 24.

Werden Gebühren für Leistungen oder Nebenleistungen an ambulanten Kranken bei der poliklinischen Aufnahmestelle sogleich entrichtet, so sind auf dem Kostenblatt A der eingezahlte Betrag und die Nummer des Titelverzeichnisses, in das der Betrag eingetragen ist, anzugeben.

IV. Teil: Ausstellung der Rechnungen

1. Abschnitt: Allgemeines

§ 25.

(1) Die Grundlage für die Ausstellung der Rechnungen bildet bei den stationären Kranken das Kostenblatt St, bei den ambulanten Kranken das Kostenblatt A oder, wenn ein Kostenblatt A nicht ausgestellt ist, das Krankenaufnahmebuch A.

(2) Auf den Kostenblättern St und A sind die zu entrichtenden Beträge zu errechnen.

(3) Formliche Kassenanweisungen werden der Kasse grundsätzlich nicht erteilt. An ihre Stelle tritt eine allgemeine Annahmeanordnung in Verbindung mit der in §§ 26 Abs. 1, 28 Abs. 1 vorgesehenen Buchungsunterlage. Bei Kürzung von Rechnungsbeträgen für stationäre Kranke hat die Verwaltung die Buchungsunterlage gegebenenfalls zu berichtigen. Bei Kürzung von Rechnungsbeträgen für ambulante Kranke kann, wenn es sich um die üblichen Kürzungen der Krankenkassen usw. handelt, von der Berichtigung der Buchungsunterlagen abgesehen werden. In diesem Falle vermerkt die Kasse den eingezahlten gekürzten Betrag auf der Buchungsunterlage und verständigt die Verwaltung durch Uebergabe einer Zusammenstellung in einfachster Form. Erkennt die Verwaltung die Kürzungen an, so hat sie dies auf der Zusammenstellung zu bestätigen und die Zusammenstellung der Kasse zurückzugeben. Im

anderen Falle ist die Angelegenheit von der Verwaltung weiter zu verfolgen; die Kasse ist entsprechend zu verständigen. Bei sonstigen Kürzungen von Rechnungsbeträgen für ambulante Kranke ist nach Satz 3 zu verfahren.

(4) Werden Gebühren für Leistungen oder Nebenleistungen an ambulanten Kranken bei der Leistungsstelle oder der poliklinischen Aufnahmestelle sogleich entrichtet (vgl. § 17 und § 24), so ist eine Rechnung nicht auszustellen. In diesen Fällen sind auf Verlangen des Einzahlungspflichtigen Art und Umfang der Leistungen und Nebenleistungen in der Quittung näher zu erläutern.

2. Abschnitt: Stationäre Kranke

§ 26.

Muster 9a
Muster 9b
(1) Die Rechnungen für stationäre Kranke sind von der Verwaltung nach Muster 9a auszustellen. Für die Kasse ist im Durchschreibeverfahren eine Buchungsunterlage nach Muster 9b zu fertigen. Sie ist rechnerisch festzustellen. Ferner ist auf der Buchungsunterlage zu bescheinigen, daß aus den vorliegenden Unterlagen (Kostenblatt St mit Stationskarte und gegebenenfalls Leistungszetteln) alle gebührenpflichtigen Leistungen für die Rechnungsausstellung erfasst sind. Soweit für Versicherungsträger, Fürsorgeverbände usw. besondere Rechnungsvordrucke eingeführt worden sind, sind diese zu verwenden, und zwar auch für die Fertigung der Buchungsunterlage.

(2) Sind von einem Kranken Kosten nicht zu erheben (Freiplatzinhaber), so hat die Verwaltung der Kasse bei der Entlassung des Kranken eine entsprechende schriftliche Mitteilung zu machen; eine solche Mitteilung ist auch zum 31. März zu machen, wenn ein Freiplatzinhaber über diesen Zeitpunkt hinaus in der Klinik verbleibt.

(3) Nach der Ausstellung der Rechnung oder nach Ubersendung der Mitteilung über Freiplatzgewährung an die Kasse hat die Verwaltung im Krankenaufnahmebuch St die Spalten 9 bis 19 auszufüllen.

(4) Die Verwaltung hat der Kasse zum Schluß des Rechnungsjahres die letzte Nummer im Krankenaufnahmebuch St mitzuteilen.

§ 27.

Werden Zwischenrechnungen erteilt, so sind die Rechnung und die Buchungsunterlage mit dem Aufdruck „Zwischenrechnung“, die letzte Rechnung und die Buchungsunterlage mit dem Aufdruck

„Schlußrechnung“ zu versehen. Die Verwaltung hat die Buchungsunterlagen über die Zwischenrechnungen und die Schlußrechnung für jeden Kranken zur Sicherung des vollzähligen Eingangs bei der Kasse zu benummern.

3. Abschnitt: Ambulante Kranke

§ 28.

(1) Die Rechnung für ambulante Kranke ist nach Muster 10a entweder von der poliklinischen Aufnahmestelle selbst, oder, soweit zweckmäßig, in der poliklinischen Aufnahmestelle von der Verwaltung auszuschreiben. Gleichzeitig ist im Durchschreibeverfahren eine Buchungsunterlage nach Muster 10b für die Kasse zu fertigen. Wenn es in besonderen Fällen erforderlich ist, kann eine weitere Durchschrift für Zwecke der Verwaltung gefertigt werden. Muster 10a
Muster 10b

(2) Die Rechnungen sind mit einer für das Rechnungsjahr fortlaufenden Nummer zu versehen. Zur weiteren Kennzeichnung der Rechnungen ist jeder Klinik oder selbstständigen Unterabteilung einer Klinik eine gerade Nummer zuzuteilen, die, sofern ein Krankenaufnahmebuch St geführt wird, an die ungerade Nummer des Krankenaufnahmebuchs St (vgl. § 2 Abs. 1) anschließt. Diese Nummer ist der laufenden Nummer der Rechnung voranzusetzen und von dieser durch einen schrägen Strich zu trennen (z. B. Rechnung Nr. 4/612). Die Durchschrift der Rechnung (Buchungsunterlage) erhält die gleiche Nummer wie die Urschrift. Die letzte Nummer der Rechnung eines Rechnungsjahrs ist der Kasse als solche zu bezeichnen.

(3) Die Bestimmungen des § 26 Abs. 1 Satz 3 bis 5 gelten entsprechend mit der Maßgabe, daß die in Satz 3 und 4 vorgesehenen Bescheinigungen von der poliklinischen Aufnahmestelle abzugeben sind, falls diese die Rechnung ausstellt (Abs. 1).

(4) Die Nummer der Rechnung ist auf dem Kostenblatt A und im Krankenaufnahmebuch A (Spalte 8) zu vermerken.

(5) Die Rechnung und die Buchungsunterlage sind mit etwaigen Leistungszetteln an die Verwaltung abzugeben. Diese hat die Rechnung dem Einzahlungspflichtigen, die Buchungsunterlage der Kasse zuzuleiten. Die Verwaltung hat diese Leistungszettel zusammen mit den in § 22 Abs. 1 behandelten aufzubewahren.

4. Abschnitt:

Nebenleistungen auf Ersuchen fremder
Ärzte oder Dienststellen

§ 29.

(1) Die Leistungsstellen haben über Nebenleistungen, die sie auf Ersuchen fremder Ärzte oder Dienststellen (bei Sprechstundenpraxis auch der Klinikdirektoren und Oberärzte) ausführen (vgl. § 11 Abs. 1 Satz 2 und § 16), Rechnungen und Buchungsunterlagen nach Muster 10a, b auszuweisen, sofern die Gebühr für die Nebenleistungen nicht sogleich bei der Einzahlungsstelle entrichtet wird.

(2) Die Bestimmungen des § 28 Abs. 1 bis 3 und Abs. 5 gelten entsprechend mit der Maßgabe, daß der Leistungsstelle zur Kennzeichnung der Rechnungen eine besondere gerade Nummer zuzuteilen ist.

(3) Die Nummer der Rechnung ist im Leistungsbuch in Spalte 12 unter Voransetzung des Buchstabens „R“ anzugeben.

Darmstadt, den 5. April 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: Reiner.

Kostenblatt St.

— Vorderseite —

Krankennummer des Kranken	Klinik	Klasse	Station:
		Kur- und Verpflegungskostenart:	

I. Angabe über die Person des Kranken

Zugangstag: Entlassungstag:

Überwiesen von Klinik oder Krankenhaus:

Zu- und Vorname:
(Bei Frauen auch Geburtsname)

Familienstand: Beruf: Glaubensrichtung:

Tag und Ort der Geburt: Staatsangehörigkeit:

Ständiger Wohnsitz und Wohnung:

Ehemann oder Ehefrau der Eltern	{	Name und Beruf:
		Wohnung oder Sterbeort:
		Tag und Ort der Geburt:
		Tag und Ort der Eheschließung:
{	Name, Stand und Beruf:	
	Wohnung oder Sterbeort:	

Nächste Angehörige:

Eingebracht durch: Einweisender Arzt:

Kostenträger:

Die Aufnahmebedingungen erkenne ich an:	Unterschrift der aufnehmenden Stelle:
	Verlegt in die Klinik am um Uhr
Unterschrift des Kranken oder seines Vertreters:	

*) II. Ermittlung des Kostenträgers (Bei Selbstzahlern nicht ausfüllen)

a) Angaben über das Arbeitsverhältnis:

Name, Stand, Wohnung des Arbeitgebers:

Arbeitseintritt am: Arbeitsaustritt am:

Krankenkasse:

b) Sonstige Angaben:

Aufnahme-Voranzeige: am an

Aufnahme-Anzeige: „ „

Entlassungs-Anzeige: „ „

Todesanzeige:

*) Dieser Abschnitt kann entsprechend den Bedürfnissen der Verwaltung eingerichtet werden.

Muster 2

(Krankenkosten - Best. § 1 Abs. 2)

Stationskarte

— Vorderseite —

Krankennummer des Kranken / Klasse Kur- und Verpflegungskostenfrei	Station
	Klinik		
Angaben über die Person des Kranken			

Zugangstag:

Überwiesen von Klinik oder Krankenhaus:

Zu- und Vorname:
(Bei Frauen auch Geburtsname)

Familienstand: Beruf: Glaubensrichtung:

Tag und Ort der Geburt: Staatsangehörigkeit:

Ständiger Wohnsitz und Wohnung:

Ehemann oder Ehefrau	Name und Beruf:
	Wohnung oder Sterbeort:
	Tag und Ort der Geburt:
	Tag und Ort der Eheschließung:
der Eltern	Name, Stand und Beruf:
	Wohnung oder Sterbeort:

Nächste Angehörige:

Eingebracht durch: Einweisender Arzt:

Kostenträger:

Verlegt in die Klinik am um Uhr

Vom Stationsarzt auszufüllen:

Von der Stationschwester (dem Oberpfleger,
der Oberpflegerin) auszufüllen:

Entlassungsbescheinigung

Krankheitsbezeichnung - en - (Schlußdiagnose):

Entlassen auf eigenes - der Angehörigen - Verlangen - auf ärztliche Veranlassung

geheilt, gebessert, ungeheilt. Arbeitsfähig, arbeitsunfähig, beschränkt arbeitsfähig - schonungsbedürftig für Tage.

Unterschrift des Stationsarztes

Entlassungstag:

Aus der Krankengeschichte und dem Fieberblatt sind sämtliche bei der Kostenberechnung anzusetzenden Leistungen und Nebenleistungen auf die Stationskarte übernommen, soweit sie auf dieser nicht bereits vorgemerkt waren.

Unterschrift der Stationschwester
(des Oberpflegers, der Oberpflegerin)

— Rückseite von Muster 2 —

Nur mit Tinte oder Tintenstift auszufüllen

Ver- ordnet am	Art der Nebenleistung	Betrag		Nr. des Leistungs- buchs	Ver- ordnet am	Art der Nebenleistung	Betrag		Nr. des Leistungs- buchs
		RM	Spf				RM	Spf	
	*)					*)			

*) Die Nebenleistungen sind in Abschnitten entsprechend der haushaltsmäßigen Gliederung nachzuweisen.

Wissenschaftliche Fälle sind vom Institutsdirektor oder seinem Beauftragten unter Beifügung des Namenszeichens durch den Buchstaben - W - zu kennzeichnen.

**Verwaltung
der klinischen Universitätsanstalten
in Gießen**

Muster 3

(Krankenkassen-Gesetz § 2 Abs. 1) .

Mr. _____ : _____ = Klinif.

— Titelseite —

Krankenaufnahmebuch

für

Stationäre Kranke

(Krankenaufnahmebuch St)

für das

Rechnungsjahr 19.....

— Seite 2 —

Bild. Nr.	Zu- und Vorname Stand (Beruf)	Wohnung oder letzter Aufenthalt	Glaubens- richtung	Geburts- tag	Station	Zugangs- tag
1	2	3	4	5	6	7

— Seite 3 —

[illegible]

Poliklinische Aufnahmestelle

Muster 6

(Krankentkosten - Best. § 5 Abs. 1)

der Klinik

Kostenblatt A

Zu- und Vorname:

geboren am: Beruf:

Wohnung:

Kostenträger:

Krankheitsbezeichnung (vom Arzt auszufüllen):

Krankenaufnahmebuch A

Nr.

Tag der Behandlung oder Verordnung	Art der Leistung oder Nebenleistung *)	Bei Neben- leistungen Nr. des Leistungs- buchs	Zu ent- richtende Gebühr		Nr. der Rechnung oder des Titel- verzeichnis	Bemerkte
			Nur	Dpf		
1	2	3	4		5	6

*) Wissenschaftliche Fälle sind vom Kliniksdirektor oder seinem Beauftragten unter Beifügung des Namenszeichens durch den Buchstaben W zu kennzeichnen, Fälle von Bedürftigkeit durch den Buchstaben B. In letzterem Falle ist außerdem anzugeben, ob und welcher Betrag zu erheben ist.

Klinik

Muster 7

(Krankenkosten-Bezt. § 12 Abs. 1)

Leistungsstelle

— Titelseite —

Leistungsbuch

für das Rechnungsjahr 19.....

— Seite 2 —

Lfd. Nr.	Tag der Ein- tragung	Kennummer bei stationären K r a n k e n	Krankenauf- nahmebuch A Nr. bei ambulanten	Zu- und Vorname des Kranken	Kosten- träger	Art der Nebenleistung
1	2	3	4	5	6	

— Seite 3 —

Einzul- zahlender Betrag	Erlaß und Ermäßigung von Gebühren in wissenschaftlichen Fällen						Nr. des Leistungs- zettels (nur auszu- füllen, wenn die Frage in Sp. 11 ver- neint wird)	Bei unmittel- barer Entrich- tung der Ge- bühr an der Leistungsstelle Nr. des Titelverzeich- nisses und Lfd. Nr. im Titelverzeich- nis	Ver- merke	
	B e t r a g		Grund : (wissenschaft- licher Fall = W)	Namenszeichen des Akkredit- direktors oder dessen Be- auftragten als Bestätigung, falls nicht schon auf der Stationärkarte oder dem Kostenblatt A bestätigt						
	laufendes	folgendes								
Rechnungsjahr										
Nr. Rpfr	Nr. Rpfr	Nr. Rpfr								
7	8 a		8 b		9	10	11	12	13	14

Muster 8

(Krankenkosten-Best. § 15 Abs. 1)

Leistungszettel

..... Klinik

Blattnummer:

Leistungsstelle:

Leistungsbuch Nr.:

Kennnummer (bei stationären Kranken): /

Krankenaufnahmebuch A Nr. (bei ambulanten Kranken):

Name und Wohnung des Kranken:

Kostenträger:

Art der Leistung (gegebenenfalls auch Tarifnummer der Gebührenordnung):

.....

.....

.....

RM

Gießen, den 19.....

Eingetragen in das Kostenblatt St. = A

.....

(Namenszeichen)

.....
(Unterschrift)

**Verwaltung
der klinischen Universitätsanstalten
in Gießen**

Muster 9a
(Krankenkosten-Vest. § 26 Abs. 1)

Einzahlungen sind zu entrichten an die Kasse der
klinischen Universitätsanstalten in Gießen.

Postcheckkonto:

Bankverbindung:

Zahlt unbar!

Kassenstunden:

Gerichtsstand Gießen.

Rechnung

für

Kennnummer /

Bei allen Einzahlungen und Schreiben anzugeben.

--	--

Kur- und Berpfl egungs- kosten	Klasse vom bis = Tage je RM	RM		RM	
		RM	RM	RM	RM
Nebenteilungen	Verbandstoffe und Operationskosten				
	Röntgenbehandlung				
	Bäder-, Hydrotherapie, Licht- usw. Behandlung				
	Heilgymnastik				
	Laboruntersuchungen				
	Sonstige besondere Leistungen				
	Pauschalerstattung für Nebenkosten				
Sach- leistungen Dritter	Arzneien				
	*) -				
		Summe			

Sie werden ersucht, den Rechnungsbetrag innerhalb von
Tagen an die obenbezeichnete Kasse zu zahlen.

Gießen, den 19.....

(Unterschrift)

Gesamtsumme		
Vorauszahlung		
Noch zu entrichten		
Zurückzahlen		
Hiervon trägt:		
Mithin von Ihnen zu entrichten		

*) Für den Gebrauchsvordruck sind hier die für jede Klinik in Frage kommenden Gruppen von Nebenteilungen einheitlich vorzudrucken.

**Verwaltung
der klinischen Universitätsanstalten
in Gießen**

Muster 9 b

(Krankenkosten-Vest. § 26 Abs. 1)

Buchungsunterlage für die Kasse

Kennnummer /

Zum Soll gestellt unter Nr. des Sollbuchs.

Rechnung
für

Kur- und Berpfligungs- kosten		Soll	Haben	Soll	Haben
 Klasse vom bis = Tage je RM				
 " " " " " " = " je RM				
 " " " " " " = " je RM				
Nebenkosten	Verbandstoffe und Operationskosten	Soll	Haben		
	Röntgenbehandlung				
	Bäder, Hydrotherapie, Licht- usw. Behandlung				
	Heilgymnastik				
	Laboruntersuchungen				
	Sonstige besondere Leistungen				
	Pauschalerstattung für Nebenkosten				
	Arzneien				
	*)				
Sach- leistungen Dritter		Summe			

 Sie werden ersucht, den Rechnungsbetrag innerhalb von
Tagen an die obenbezeichnete Kasse zu zahlen.

Gießen, den 19.....

Unterschrift

 Festgestellt. Sämtliche gebührenpflichtige Leistungen sind nach
den vorliegenden Unterlagen erfasst:

Namensunterschrift und Dienstbezeichnung

 Gesamtsumme
 Vorauszahlung
 Noch zu entrichten
 Zurückzahlen
 Hiervon entfallen auf:

*) Einrichtung des Gebrauchsvordrucks wie Muster 9 a.

**Verwaltung
der klinischen Universitätsanstalten
in Gießen**

Einzahlungen sind zu entrichten an die Kasse der
klinischen Universitätsanstalten in Gießen

Postcheckkonto

Bankverbindung

Zahlt unbar!

Rassenstunden

Gerichtsstand Gießen

Rechnung

Nr. der Rechnung/.....

Bei allen Einzahlungen und Schreiben anzugeben.

--

	RM	Rpf	RM	Rpf
Verbandstoffe und Operationskosten				
Röntgenbehandlung				
Bäder-, Hydrotherapie, Licht- usw. Behandlung				
Heilgymnastik				
Laboruntersuchungen				
Sonstige besondere Leistungen				
Pauschalerstattung für Nebenkosten				
Einschreibgebühr				
*)				
.				
Summe				

Sie werden ersucht, den Rechnungsbetrag innerhalb von Tagen an die obenbezeichnete Kasse zu zahlen.

Gießen, den 19.....

Auf Anordnung

Unterschrift

*) Für den Gebrauchsvordruck sind hier die für jede Klinik in Frage kommenden Gruppen von Nebenleistungen vorzudrucken.

Ergänzende Vollzugsbestimmungen zur Reichskassenordnung für die Amtskasse der klinischen Universitätsanstalten in Gießen

(VBRKO.=Kliniken)

Vom 5. April 1939.

Zur Ergänzung der vorläufigen Vollzugsbestimmungen zur Reichskassenordnung für die hessischen Landeskassen vom 23. März 1937 (Reg.-Bl. S. 45) wird mit Zustimmung des Reichsministers der Finanzen und, soweit erforderlich, des Rechnungshofs des Deutschen Reichs mit Wirkung vom 1. April 1939 bestimmt:

Zu § 3.

Die Kassengeschäfte sämtlicher zur medizinischen Fakultät gehörenden klinischen Anstalten der Universität Gießen werden bei einer Amtskasse vereinigt, die bei der Verwaltung der klinischen Anstalten der medizinischen Fakultät der Universität eingerichtet wird. Die Amtskasse trägt die Bezeichnung „Kasse der klinischen Universitätsanstalten in Gießen“.

Zu § 4.

Die Amtskasse rechnet unmittelbar mit der Landeshauptkasse ab. Ihr liegt der rechnungsmäßige Nachweis und die Rechnungslegung über sämtliche Haushaltseinnahmen und -ausgaben der klinischen Universitätsanstalten sowie über die Einnahmen und Ausgaben der von diesen Anstalten verwalteten Stiftungen und Sondervermögen ob.

Zu § 8.

Für die Aufgaben der Einzahlungs- und Auszahlungsstellen der Amtskasse der klinischen Universitätsanstalten und die Erledigung ihrer Geschäfte gelten an Stelle der vorläufigen Vollzugsbestimmungen für die hessischen Landeskassen zu § 8 der Reichskassenordnung die Bestimmungen des Anhangs.

Zu § 34.

Der Amtskasse wird hiermit bis auf weiteres allgemeine Annahmeanordnung für Einzahlungen auf Kur- und Verpflegungskosten und für Einzahlungen auf Nebenleistungen erteilt.

Zu § 55.

Von den Kranken abgegebene Wertgegenstände, deren Einzelwert 50 RM. nicht übersteigt, sind von den Kliniken nach den für die Aufbewahrung von Bekleidungsstücken geltenden Bestimmungen zu verwalten. Wertgegenstände, deren Einzelwert diesen Betrag übersteigt, sind von der Amtskasse aufzubewahren und in einem besonderen Abschnitt

des Verwahrungsbuchs, Teilband „Wertgegenstände“ nachzuweisen.

Zu § 59.

Im Hauptbuch (vgl. Muster 6 und 7 der VBRKO.) können die Spalten „Haushaltseinnahmen“ und „Haushaltsausgaben“ nach Kliniken oder nach Gruppen von Kliniken aufgeteilt werden.

Zu § 61.

Ueber Haushaltseinnahmen aus poliklinischer Behandlung ist ein Vorbuch zum Hauptbuch nach Muster 1 zu führen.

Muster 1

Zu §§ 62, 72.

A. Sollbuch über Kur- und Verpflegungskosten und über Nebenleistungen für stationäre Kranke

(1) Ueber Kur- und Verpflegungskosten und über Nebenleistungen für stationäre Kranke wird für jede Klinik ein Sollbuch nach Muster 2 für den Zeitraum eines Rechnungsjahrs geführt. Auf dem Sollbuch ist die Nummer anzugeben, die für das Krankenaufnahmebuch St der Klinik (vgl. Krankenkosten-Best. § 2 Abs. 1) bestimmt ist. Die Sollstellungen sind in der Reihenfolge des Eingangs der Buchungsunterlagen vorzunehmen. Die Nummer, unter der der Betrag im Sollbuch zum Soll gestellt ist, ist auf der Buchungsunterlage zu vermerken. Der für Sachleistungen Dritter zu entrichtende Betrag ist nicht zum Soll zu stellen, sondern in der Vermerkspalte des Sollbuchs anzugeben.

Muster 2

(2) Herabsetzungen des Solls sind in der Weise darzustellen, daß die Beträge, um die sich das Soll vermindert, in die entsprechenden Spalten des Sollbuchs mit roter Tinte eingetragen werden.

(3) Für Vorauszahlungen ist in einem besonderen Abschnitt des Sollbuchs für jeden Selbstzahler ein Konto einzurichten. Der zu entrichtende Betrag ist in der Vermerkspalte anzugeben. Die Einzahlungen sind der Verwaltung mitzuteilen. Bei der Abrechnung der Vorauszahlungen (nach Eingang der Buchungsunterlage — vgl. Krankenkosten-Best. § 2 Abs. 1) sind die Vorauszahlungen bei dem Vorauszahlungskonto des Selbstzahlers rot abzusetzen. Die Mitteilungen

der Verwaltung an die Kasse über die zu entrichtenden Vorauszahlungen sind zusammen mit der Buchungsunterlage aufzubewahren.

(4) Das Sollbuch ist seitenweise aufzurechnen. Die Ergebnisse der einzelnen Seiten sind am Schlusse des Sollbuchs zusammenzustellen.

(5) Kassenreste sind in Spalte 32 des Sollbuchs einzutragen. Sie sind mit den einzelnen Beträgen, auf die Spalten 5, 15 und 16 verteilt, in einen besonderen Abschnitt des Sollbuchs für das folgende Rechnungsjahr zu übernehmen. Hierbei ist aus den Einzahlungen erst das Soll an Kur- und Verpflegungskosten zu erfüllen. Eine Verteilung der einzelnen Kassenreste an nicht pauschalisierten Nebenleistungen auf die Spalten 6 bis 14 unterbleibt. Die Summe der Kassenreste an Kur- und Verpflegungskosten und Nebenleistungen ist im Sollbuch des abgelaufenen Rechnungsjahrs von den Sollbeträgen in den Spalten 5, 15 und 16 abzusetzen. Die verbleibenden Beträge bilden die Summen der Einzahlungen an Kur- und Verpflegungskosten und an Nebenleistungen für das abgelaufene Rechnungsjahr. Das Ist an nicht pauschalisierten Nebenleistungen ist auf die Spalten 6 bis 14 nach dem Verhältnis der Summe des Solls zum Ist an nicht pauschalisierten Nebenleistungen zu verteilen. Die in den Spalten 6 bis 14 darzustellenden Unterschiedsbeträge bilden die Kassenreste für die einzelnen nicht pauschalisierten Nebenleistungsarten. Sie sind in das Sollbuch des neuen Rechnungsjahrs neben der Summe der Kassenreste an nicht pauschalisierten Nebenleistungen (Spalte 15) zu übernehmen.

(6) Die Buchungsunterlagen sind nach der Kennnummer der Kranken zu ordnen.

B. Titelbuch über Haushaltseinnahmen aus poliklinischer Behandlung

(7) Das Vorbuch zum Hauptbuch über Haushaltseinnahmen aus poliklinischer Behandlung (VB zu § 61 KRD.) gilt zugleich als Titelbuch.

(8) Sind beim Jahresabschluß Kassenreste verblieben, so sind die entsprechenden Buchungsunterlagen für das folgende Rechnungsjahr zu verwenden. Die Nummern dieser Buchungsunterlagen sind in einfachster Form, bei aufeinanderfolgenden Nummern nur mit der ersten und letzten Nummer, zusammenzustellen. Die Zusammenstellung, deren Richtigkeit vom Kassenaufsichtsbeamten zu bescheinigen ist, verbleibt bei den Rechnungsbelegen des abgelaufenen Rechnungsjahrs.

(9) Die als Buchungsunterlagen dienenden Durchschriften der Rechnungen sind nach ihrer laufenden Nummer zu ordnen.

Zu § 63.

Im Verwahrungsbuch der Amtskasse sind auch die von den Kranken abgegebenen oder ihnen abgenommenen Zahlungsmittel nachzuweisen, soweit nicht die Einzahlungsstellen bei den Kliniken ein Verwahrungsbuch darüber zu führen haben.

Zu § 76.

(1) Bei Einzahlungen durch Uebergabe von Zahlungsmitteln hat der Buchhalter dem Kassier mit der vorbereiteten Quittung die Buchungsunterlage zuzuleiten. Der Kassier hat auf der Buchungsunterlage die Nummer der Zeitbuchung anzugeben und die Buchungsunterlage dem Buchhalter zurückzugeben.

(2) Bei unbaren Einzahlungen von Haushaltseinnahmen aus poliklinischer Behandlung ist auf den Buchungsunterlagen anzugeben, unter welcher laufenden Nummer im Vorbuch zum Hauptbuch die Einzahlung gebucht ist.

Darmstadt, den 5. April 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: **K e i n e r.**

Anhang zu BBRKD.-Kliniken

B e s t i m m u n g e n

für Einzahlungs- und Auszahlungsstellen der Amtskasse der klinischen Universitätsanstalten in Sieben

I. Abschnitt: Allgemeines

§ 1.

(1) Zahlstellen können als Einzahlungsstellen für Bareinzahlungen aus poliklinischer Behandlung und für Bareinzahlungen von Selbstzahlern errichtet werden; der Verwaltungsdirektor kann bestimmen, daß Einzahlungsstellen auch Einzahlungen durch Schecke, Postcheck- und Reichsbanküberweisungsaufträge annehmen.

(2) Zur Leistung kleiner Vorauszahlungen, die vorher nicht im einzelnen, sondern nur ihrer Art nach bestimmt sind, können Handvorschüsse gegeben werden (Auszahlungsstellen).

§ 2.

(1) Wo Einzahlungsstellen zu errichten sind und welche Aufgaben sie zu erledigen haben, bestimmt der Verwaltungsdirektor. Die Errichtung von Einzahlungsstellen ist der Landesregierung — Abteilung Bildungsweisen, Kultus, Kunst und Volkstum — anzuzeigen.

(2) Welche Stellen mit Handvorschüssen auszustatten sind und welche Auszahlungen sie zu leisten haben, bestimmt der Verwaltungsdirektor.

(3) Die Amtskasse hat die Tätigkeit der Einzahlungsstellen und der Auszahlungsstellen zu überwachen.

II. Abschnitt: Einzahlungsstellen

§ 3.

Muster 3 (1) Ueber die Einzahlungen sind Quittungen nach Muster 3 im Durchschreibeverfahren auszufertigen. Beide Stücke sind vom Einzahler im Durchschreibeverfahren durch Namensunterschrift anerkennen zu lassen. Die Zweitschrift ist dem Einzahler zu übergeben. Die Urschrift behält die Einzahlungsstelle zurück.

(2) Für die Ausstellung der Quittungen sind Vordrucke in Blöcken (Quittungsblöcke) zu je 50 Doppelblättern bereitzustellen. Die Quittungsblöcke sind mit laufender Nummer zu versehen. Die einzelnen Blätter jedes Blocks müssen neben der Blocknummer fortlaufende Nummern tragen.

(3) Jeder Einzahlungsstelle ist in der Regel nur ein Block, und zwar gegen Empfangsbescheinigung, auszuhändigen. Bei der Aushändigung des Blocks ist zu prüfen, ob sämtliche Blätter in dem Block enthalten sind. Kommt ein Quittungsblock abhanden, so ist dem Kassenleiter Anzeige zu erstatten. Der Sachverhalt ist schriftlich festzulegen. Im übrigen gelten für den Nachweis und die Behandlung der Quittungsblöcke die Bestimmungen in Abs. 3 der Vollzugsbestimmungen zu § 73 RAO. entsprechend.

§ 4.

Muster 4 (1) Die Einzahlungen sind der Zeitfolge nach in Titelverzeichnissen anzuschreiben, und zwar für stationäre Kranke nach Muster 4, für ambulante Kranke nach Muster 5.

(2) Die Titelverzeichnisse sind mit einer für das Rechnungsjahr fortlaufenden Nummer zu versehen. Sie sind täglich aufzurechnen.

§ 5.

(1) Die Einzahlungsstelle hat die angenommenen Beträge an die Amtskasse unter Beifügung der Titelverzeichnisse und der Urschriften der Quittungen abzuführen.

(2) Grundsätzlich sind die angenommenen Geldbeträge täglich, bei schwächerem Zahlungsverkehr nach Bestimmung des Kassenleiters in mehr-tägigen Zeitabschnitten, mindestens aber wöchent-lich abzuführen. Bestände über 50 RM. sind in jedem Falle am Tageschlusse abzuführen.

(3) Die Amtskasse hat die Urschriften der Quittungen nach Vergleich mit den Titelverzeich-nissen blockweise geordnet aufzubewahren.

III. Abschnitt: Auszahlungsstellen

§ 6.

Der Handvorschuß wird auf Grund der Auszahlungsanordnung des Verwaltungsdirektors ausgezahlt. Er darf 50 RM. nicht übersteigen.

§ 7.

(1) Die Auszahlungsstelle hat über die aus dem Handvorschuß geleisteten Auszahlungen Titel-verzeichnisse nach Muster 6 zu führen. Die Titel-verzeichnisse sind entsprechend der Einteilung des Titelbuchs der Amtskasse anzulegen. Muster 6

(2) In angemessenen Zwischenräumen, späte-stens aber nach Verbrauch des Vorschusses hat die Auszahlungsstelle die Titelverzeichnisse abzu-schließen und sie mit den Belegen der Verwaltung vorzulegen. Diese prüft die Titelverzeichnisse und die Belege und erteilt der Kasse gegebenenfalls eine förmliche Kassenanweisung. Die Kasse ersetzt der Auszahlungsstelle den nachgewiesenen Betrag.

Kasse
der klinischen Universitätsanstalten
in Gießen

Muster 1
(SSMRD-Kliniken zu § 61)

— Titelseite —

Vorbuch zum Hauptbuch
über
Haushaltseinnahmen aus poliklinischer Behandlung
für das Rechnungsjahr 19.....

Einzelplan Kap. Titel

Kliniken

Dieses Buch enthält Blätter, die mit einer mit Trocken-
stempel befestigten Schnur durchzogen sind *)

Gießen, den 19.....

Name:

Dienstbezeichnung:

Geführt von

..... vom bis

..... vom bis

(Unterschrift und Dienstbezeichnung)

..... vom bis

*) Bei Büchern, die in einen festen Einband gebunden sind, sind die Worte „die“ bis „sind“ zu streichen.

— Seite 2 des Musters 1 —

Lfd. Nr.	Tag der Zahlung	Einzahlungspflichtiger	Nr. der Rechnung	Betrag		Tages- summe		Von
								Kinit
								Hier sind Spalten nach der haushaltsmäßigen Gliede- rung einzurichten
1	2	3	4	5		6		7

— Seite 3 des Musters 1 —

dem Betrag in Spalte 5 entfallen auf:		Vermerke
.....=Klinik=Klinik	
Hier sind Spalten nach der haushalts- mäßigen Gliederung einzurichten	Hier sind Spalten nach der haushalts- mäßigen Gliederung einzurichten	
8	9 *)	

*) Im Gebrauchsmuster dürfen hinter Spalte 9 weitere Spalten vorgesehen werden.

Kasse
der klinischen Universitätsanstalten
in Gießen

Muster 2
(W.B.R.D. • Kliniken zu §§ 62, 72)

— Titelseite —

Sollbuch
über
Kur- und Verpflegungskosten
und
über Nebenleistungen für stationäre Kranke

für das Rechnungsjahr 19.....

Einzelplan Kap. Titel

Klinik

Dieses Buch enthält Blätter, die mit einer mit Trockenstempel
befestigten Schnur durchzogen sind*)

Gießen, den 19.....

Name:

Dienstbezeichnung:

Geführt von:

..... vom bis
(Unterschrift und Dienstbezeichnung)

..... vom bis

..... vom bis

*) Bei Büchern, die in einen festen Einband gebunden sind, sind die Worte „die“ bis „sind“ zu streichen.

[illegible][illegible]

Blod..... Blatt.....

Quittung

Herr.....
Frau.....
Fräulein.....
in

hat heute entrichtet für:
.....
.....
..... RM

in Buchstaben:
.....

Gießen, den 19.....

Einzahlungsstelle bei der Klinik

.....
(Namensunterschrift)

Namensunterschrift des Einzahlers

.....
Rennummer/
(bei stationären Kranken)

Rechnung Nr./
(bei ambulanten Kranken)

Titelverzeichnis.....

Muster 5

(WBRD.-Kliniken, Anhang § 4)

bei der _____ Klinik

Kapitel Titel der Haushaltseinnahmen für 19.....

(Poliklinische Behandlung)

Zeitraum: vom bis 19.....

[illegible]

*) Spalten für die haushaltsmäßige Aufgliederung der Haushaltseinnahmen.

Heffisches Regierungsblatt

1939

Darmstadt, den 9. Mai 1939

Nr. 9

Inhalt: Teil I: Vorläufige Vollzugsbestimmungen des Landes Hessen zur Rechnungslegungsordnung für das Reich (WBRRD.). S. 75 — Bekanntmachung, das Gesetz über die Aufschließung von Wohnsiedlungsgebieten vom 22. September 1933 betreffend. S. 84 — Polizeiverordnung, die Aenderung der Polizeiverordnung über die Einrichtung, den Betrieb und die Benutzung der Fähren auf dem Rhein, Main und dem schiffbaren Teil der Lahn vom 4. Mai 1937 (Reg.-Bl. S. 141) betreffend. S. 84 — Bekanntmachung über die Erledigung der ortsgewöhnlichen Geschäfte in der Gemeinde Bodenrod. S. 85 — Bekanntmachung, Ortsgericht Groß-Gerau betreffend. S. 85 — Verordnung zur Bekämpfung des Maiszünslers. S. 85 — Polizeiverordnung über die Rattenbekämpfung. S. 86.

Teil I.

Vorläufige Vollzugsbestimmungen des Landes Hessen zur Rechnungslegungsordnung für das Reich (WBRRD.)

Vom 22. April 1939.

Auf Grund des Gesetzes über die Haushaltsführung, Rechnungslegung und Rechnungsprüfung der Länder und über die vierte Aenderung der Reichshaushaltsordnung vom 17. Juni 1936 (Reichsgesetzbl. II S. 209) wird mit Zustimmung des Rechnungshofs des Deutschen Reichs bestimmt:

Zu § 1

(1) Die Bestimmungen der Rechnungslegungsordnung für das Reich und diese Vollzugsbestimmungen gelten sinngemäß für die Rechnungslegung über die Einnahmen und Ausgaben der Sondervermögen („Stöcke“) des Landes, sowie für die den Kassen und Verwaltungsstellen des Landes obliegende Rechnungslegung über die Einnahmen und Ausgaben von Körperschaften, Stiftungen und Anstalten, soweit nicht etwas anderes bestimmt ist.

(2) Die Bestimmungen der Rechnungslegungsordnung und diese Vollzugsbestimmungen sind auch von allen Verwaltungsstellen des Landes zu beachten, die an der Aufstellung von Rechnungsunterlagen beteiligt sind.

Zu § 4

Noch nicht angerechnete Auftragsauszahlungen sowie als Verwahrungen gebuchte Wertgegenstände sind nicht in die Nachweisungen der noch nicht abgewickelten Vorschüsse und Verwahrungen aufzunehmen.

Zu § 5

(1) Wird für einzelne Zeitabschnitte des Rechnungsjahrs durch Rechnungslegungsbücher Rechnung gelegt, so sind die Rechnungslegungsbücher für diese Zeitabschnitte zu führen und abzuschließen.

(2) Soll für einen längeren Zeitraum als für ein Rechnungsjahr im Zusammenhang Rechnung gelegt werden, so hat die zuständige Abteilung der Landesregierung im Einvernehmen mit der Abteilung Finanzverwaltung möglichst frühzeitig, bei baulichen Unternehmungen tunlichst vor Beginn der Bauausführung, die Entscheidung des Rechnungshofs einzuholen. Der Zeitraum, für den Rechnung zu legen ist, ist der Kasse so zeitig mitzuteilen, daß sie die Bücher entsprechend anlegen kann.

Zu § 7

Der Einzelrechnungslegung dienen die Rechnungslegungsbücher (§ 8 RRD.). Kasseneinzelnrechnungen werden nicht aufgestellt, soweit nicht der Rechnungshof nach § 29 RRD. ausnahmsweise die Aufstellung fordert.

Zu § 9

Die Landesregierung, Abteilung Finanzverwaltung, bestimmt nach vorheriger Zustimmung des Rechnungshofs, welche Haushaltseinnahmen und -ausgaben in Spalten nebeneinander zu buchen sind.

Zu § 11

(1) Soll bei Haushaltsausgaben für Unterteile eines Titels, die in den Erläuterungen gebildet sind und lediglich der Schätzung des Gesamtaufwands dienen, von der Einrichtung besonderer Buchungsabschnitte abgesehen und statt dessen die Haushaltsüberwachungsliste vorgelegt werden, so hat die Landesregierung, Abteilung Finanzverwaltung, die Zustimmung des Rechnungshofs einzuholen.

(2) Abschlagsauszahlungen bei Haushaltsausgaben, die im Titelbuch nach Muster 13 WBRRD. nachgewiesen werden, sind in einer besonderen Spalte des Titelbuchs zu buchen.

Zu § 12

Werden Teilbände für bestimmte Zeitabschnitte des Rechnungsjahrs geführt, so sind die Ergebnisse der einzelnen Buchungsabschnitte des abgelaufe-

nen Zeitabschnitts bei den entsprechenden Buchungsschnittstellen des neuen Zeitabschnitts vorweg einzutragen, jedoch nicht in die Aufrechnung einzubeziehen.

Zu § 14

(1) Hat die Kasse gegen die in der förmlichen Kassenanweisung angegebene Verbuchungsstelle Bedenken, so hat sie diese der anordnenden Stelle mitzuteilen. Die hierauf ergehende Entscheidung ist für die Kasse maßgebend.

(2) Die Verbuchungsstelle der außerplanmäßigen Haushaltseinnahmen und -ausgaben wird, soweit nicht allgemeine Bestimmungen hierüber bestehen, in jedem einzelnen Falle von der Landesregierung, Abteilung Finanzverwaltung, bestimmt.

Zu § 16

(1) Als Listen, die Teile (= Bestandteile) des Titelbuches werden, gelten Zusammenstellungen, in denen für Buchungszwecke eine Mehrzahl von Haushaltseinnahmen oder -ausgaben zusammengefaßt wird, wobei die Schlussummen (Spaltenschlussummen) entweder in das Titelbuch selbst oder in ein Zeitbuch übernommen werden, das als Teil des Titelbuchs gilt. Die Listen sind nach der Zeitfolge zu ordnen.

(2) Die Listen müssen alle Angaben enthalten, die für Eintragungen in Titelbücher erforderlich sind. Die Bestimmungen des § 74 RRD. gelten auch für Eintragungen in die Listen.

Zu § 18

(1) Für die Buchung der Abschlagsauszahlungen im Titelbuch gelten die Bestimmungen des Abs. 4 der WBRKD. zu § 62.

(2) Haushaltsausgaben für bauliche Unternehmungen, über die nur durch das Titelbuch, nicht auch in Verbindung mit Bauausgabebüchern Rechnung gelegt wird, sind in einem besonderen Teilband des Titelbuchs nachzuweisen.

Zu § 19

(1) Wird ein Teilband des Titelbuchs für eine bauliche Unternehmung für den ganzen Rechnungslegungsabschnitt geführt, so ist am Schlusse des ersten Rechnungsjahrs bei jedem Buchungsabschnitt die Jahresabschlusssumme zu bilden. Am Schlusse des zweiten und jedes folgenden Rechnungsjahrs ist für jeden Buchungsabschnitt wiederum die Jahresabschlusssumme zu bilden. Zu der Jahresabschlusssumme jedes Jahres sind die Jahresabschlusssummen der Vorjahre hinzuzufügen. Ist Zwischenrechnung gelegt, so ist die Gesamtsumme aller Haushaltsausgaben der abgelaufenen Rechnungsjahre in den Teilband des Titelbuchs für den neuen Rechnungslegungsabschnitt vorweg einzutragen. In diesem sind wiederum die Jahresabschlusssummen für die einzelnen Rechnungsjahre zu bilden. Der jeweiligen Jahresabschlusssumme

ist die Summe der Haushaltsausgaben der abgelaufenen Rechnungsjahre hinzuzufügen.

(2) Wird über eine längere Zeitdauer als ein Rechnungsjahr durch Bücher Rechnung gelegt, trotzdem aber über die betreffenden Haushaltsausgaben für jedes Rechnungsjahr ein Rechnungsbuch neu angelegt, so ist nach § 13 Satz 1 RRD. zu verfahren. Wegen der Uebertragung der Abschlagsauszahlungen, die bis zum Schlusse eines Rechnungsjahrs noch nicht abgerechnet werden konnten, gilt jedoch auch in diesem Falle die Bestimmung in § 19 Satz 4 RRD.

(3) Unter „Rechnungsabschnitt“ ist „Rechnungslegungsabschnitt“ zu verstehen.

Zu § 20

(1) Die zuständige Abteilung der Landesregierung bestimmt im Einvernehmen mit der Abteilung Finanzverwaltung, ob Bauausgabebücher zu führen sind.

(2) Haushaltsausgaben, für die im Kostenschlag keine Ausgabemittel vorgesehen sind, und Abschlags- und Schlussauszahlungen werden von der Baubehörde in einer Ueberwachungsliste nachgewiesen, getrennt nach Empfängern und Beträgen (§ 26 Abs. 3 RRD.).

(3) Die Kasse hat die Rechnungsbelege über Haushaltsausgaben, die in einem Bauausgabebuch gebucht sind, nach Beendigung der nächsten ordentlichen Kassenprüfung an den das Bauausgabebuch führenden Beamten zurückzugeben. Dieser ist für die Vollständigkeit der Belege bis zur Abgabe an die Kasse zum Zwecke der Rechnungslegung verantwortlich.

Zu § 21

(1) Ueber die Führung von Rechnungslegungsbüchern in Kartei- oder Loseblattbuchform vgl. Abs. 3 der WBRKD. zu § 73. Der die Karteikarten und Einzelblätter ausfertigende Beamte hat diese vor der Abgabe an die Kasse mit laufender Nummer und mit Namenszeichen zu versehen. Der Buchhalter darf Karten und Einzelblätter für Loseblattbücher ohne Genehmigung des Kassensleiters nur an den Kassenaufsichtsbeamten oder andere mit der Prüfung beauftragte Beamte herausgeben.

(2) Nach Abschluß eines Rechnungslegungsbuchs in Kartei- oder Loseblattbuchform sind die Karteikarten und die Einzelblätter von einem Beamten, der nicht der Kasse angehört und an der Verwaltung der Bordrucke und Ausfertigung der Karten und Einzelblätter nicht beteiligt ist, zu übernehmen und unter Verschluss aufzubewahren. Dieser Beamte hat sich bei der Uebernahme der einzelnen Rechnungslegungsbücher von der Vollständigkeit der Karten und der Einzelblätter zu überzeugen. Die Einsichtnahme in abgeschlossene Rech-

nungslegungsbücher ist nur unter Aufsicht des Beamten, dem die Verwahrung obliegt, zulässig.

Zu § 22

(1) Der Abschluß der Rechnungslegungsbücher ist bei den mit mehr als einem Beamten besetzten Kassen vom Kassenleiter und Buchhalter zu vollziehen.

(2) Wird das Titelbuch in Teilen oder Teilbänden geführt, so muß die Bescheinigung nach § 22 Abs. 1 RRD. unter den räumlich letzten Abschluß jedes Teils oder Teilbands gesetzt werden. Bei Rechnungslegungsbüchern, die kontenweise geführt werden, ist die Bescheinigung auf die letzte, mit Eintragungen versehene Seite zu setzen; wird ein solches Rechnungslegungsbuch in Karteiform geführt, so ist die Bescheinigung auf ein besonderes Blatt zu setzen. Kann die Bescheinigung von dem zuständigen Buchhalter infolge Ablebens oder anderer Umstände nicht mehr abgegeben werden, so hat der Kassenleiter dies auf der Titelseite des Rechnungslegungsbuchs zu bescheinigen. Tritt während der Laufzeit eines Buchs ein Wechsel in der Person des Kassenleiters ein, so ist der Abschluß außer vom Buchhalter von dem zur Zeit des letzten Abschlusses des Rechnungslegungsbuchs bestellten Kassenleiter zu vollziehen.

(3) Der Abschluß eines als Rechnungslegungsbuch verwendeten Bauausgabebuchs (§ 20 RRD.) ist von dem mit seiner Führung betrauten Beamten und von dem Vorsteher der Baubehörde zu vollziehen.

(4) Wird der Beamte, der das Buch führt, für kürzere Zeit von einem anderen Beamten vertreten, so hat der vertretende Beamte auf der Titelseite zu bescheinigen, daß die Eintragungen von laufender Nr. bis von seiner Hand herühren. Diese Bescheinigung ist bei Büchern, die in Karteiform geführt werden, auf das besondere Blatt zu setzen.

(5) Werden bei einer Kasse Buchungsmaschinen verwendet, so ist die Bescheinigung auf den Buchungstreifen, und zwar unter die letzte von dem Beamten vorgenommene Buchung oder unter die letzte Buchung beim Tagesabschluß zu setzen.

Zu § 23

Änderungen, durch die der Jahresabschluß nicht berührt wird, z. B. Berichtigung der Angabe des Empfängers oder des Grundes der Zahlung, können ohne weiteres auch nach dem Jahresabschluß vorgenommen werden, solange die Bücher usw. noch nicht zur Prüfung eingesandt sind.

Zu § 24

(1) Wird für ein Rechnungsjahr in mehreren Zeitabschnitten Rechnung gelegt, so sind für die einzelnen Zeitabschnitte Rechnungsnachweisungen nicht aufzustellen. Die Rechnungsnachweisung

nach § 24 ist dem Rechnungslegungsbuch für den letzten Zeitabschnitt beizufügen.

(2) Für Teilbände der Rechnungslegungsbücher, die wegen Unhandlichkeit der Bücher usw. gebildet sind, sind keine besonderen Rechnungsnachweisungen aufzustellen.

(3) In Sp. 8 und 11 der Rechnungsnachweisung sind die Haushaltsvorgriffe rot einzutragen.

(4) Die Spalten 8 bis einschließlich 14 der Rechnungsnachweisung sind nur bei denjenigen Einnahme- und Ausgabetiteln auszufüllen, die mit dem vollen im Haushaltsplan vorgesehenen Betrag zur Bewirtschaftung zugewiesen worden sind.

(5) Die Amtskasse hat der Landeshauptkasse mit der letzten Abschlußnachweisung eines Rechnungsjahrs von jeder Rechnungsnachweisung eine Abschrift zu übersenden.

Zu § 25

(1) Die Gesamtbeträge nach § 25 Abs. 1 Satz 2 RRD. sind in der Rechnungsnachweisung über die jährlichen Haushaltsausgaben aufzuführen. Werden mehrere solcher Rechnungsnachweisungen aufgestellt, so sind die Gesamtbeträge in die Rechnungsnachweisung über die Haushaltsausgaben aufzunehmen, die den nachzuweisenden Haushaltsausgaben am nächsten kommen.

(2) Den Zwischenrechnungen sind stets Rechnungsnachweisungen beizufügen.

(3) Auch wenn Bauausgabebücher geführt werden, liegt die Aufstellung der Rechnungsnachweisung der rechnungslegenden Kasse ob.

Zu § 26

(1) Abschlagsauszahlungen der in § 26 bezeichneten Art sind in eine Nachweisung nur dann aufzunehmen, wenn am Schlusse des Rechnungsjahrs Rechnung gelegt oder wenn eine Zwischenrechnung aufgestellt wird.

In diesen Fällen ist eine Abschrift der Nachweisung der Abschlagsauszahlungen bei der rechnungslegenden Stelle aufzubewahren, damit bei der Buchung der Schlussauszahlung die in § 26 Abs. 2 RRD. vorgesehene Angabe gemacht werden kann.

(2) Wird für einzelne Zeitabschnitte des Rechnungsjahrs Rechnung gelegt, so ist für jeden dieser Zeitabschnitte eine besondere Nachweisung der innerhalb des betreffenden Zeitabschnitts nicht abgerechneten Abschlagsauszahlungen aufzustellen. Im Sinne des § 26 gelten die für die einzelnen Zeitabschnitte eines Rechnungsjahrs aufgestellten Nachweisungen der Abschlagsauszahlungen als eine Nachweisung. Die Bestimmung des Abs. 1 letzter Satz gilt entsprechend für die für einzelne Zeitabschnitte eines Rechnungsjahrs aufgestellten Nachweisungen.

Zu § 27

Die im Titelbuch nach Muster 14 a WRKD. bestandsmäßig nachgewiesenen Forderungen sind in die Nachweisung der Forderung nicht aufzunehmen. In das Titelbuch eines Rechnungsjahrs sind auch Forderungen aufzunehmen, die erst in späteren Jahren fällig werden und zu verzinsen sind.

Zu § 44

(1) Nach Möglichkeit sollen sich Rechnungsbelege nur auf Buchungen in einem Rechnungslegungsbuch erstrecken. Läßt es sich im einzelnen Falle nicht umgehen, daß sich ein Rechnungsbeleg auf Buchungen in verschiedenen Rechnungslegungsbüchern bezieht, so sind nach § 46 Abs. 1 WRKD. mehrere gleichlautende Rechnungsbelege zu fertigen. Auf jeder Ausfertigung ist am Kopfe anzugeben, zu welcher Buchung sie gehört (z. B. „Ausfertigung als Beleg für die Buchung bei Einzelplan ... Kap. ... Tit. ...“).

(2) Ist nur ein Teil der gebuchten Haushaltseinnahme oder -ausgabe umzubuchen, so verbleibt der Rechnungsbeleg bei der ersten Verbuchungsstelle. Im Falle des § 44 Abs. 2 WRKD. ist in der Regel für die neue Verbuchungsstelle eine beglaubigte gegebenenfalls auszugsweise Abschrift der Unterlage zur Kassenanweisung zu fertigen. Befindet sich Buchung und Umbuchung in demselben Rechnungslegungsbuch, so genügt eine Berichtigung der Kassenanweisung nach § 57 Abs. 2 WRKD.

Zu § 45

Wird über Haushaltseinnahmen oder -ausgaben Zwischenrechnung gelegt (§ 5 Abs. 2 WRKD.), so finden die Bestimmungen des § 45 Abs. 1 und 2 WRKD. sinngemäß Anwendung; an Stelle des Rechnungsjahres tritt der Zeitabschnitt, für den Zwischenrechnung oder Schlußrechnung gelegt wird.

Zu § 46

(1) Jede Ausfertigung muß von dem für die Vollziehung der Kassenanweisung zuständigen Beamten vollzogen sein.

(2) Geraten Rechnungsbelege in Verlust, so bedarf es einer förmlichen Kraftloserklärung nicht. Die Kraftloserklärung wird vielmehr dadurch ersetzt, daß auf den neugefertigten Beleg der im § 46 Abs. 2 WRKD. vorgesehene Vermerk gesetzt wird. Der Rechnungsbeleg muß auch dann neu ausgefertigt werden, wenn die Zahlung schon bewirkt ist. Wird der in Verlust geratene Rechnungsbeleg wieder aufgefunden, so ist der neugefertigte zu durchstreichen und mit dem ersten Rechnungsbeleg zu verbinden.

Zu § 47

Die Rechnungsbelege sollen die Größe von wenigstens einem Viertelbogen haben. Kleinere Belege sind auf einem Viertelbogen aufzukleben.

Zu § 49

(1) Die zuständige Abteilung der Landesregierung kann im Einvernehmen mit der Abteilung Finanzverwaltung nach Zustimmung des Rechnungshofs zulassen, daß förmliche Kassenanweisungen für bestimmte Arten von Haushaltseinnahmen und -ausgaben mit Tintenstift ausgefertigt werden.

(2) Die förmliche Kassenanweisung ist so zu erteilen, daß die Kasse die zur Ausführung erforderlichen Angaben leicht entnehmen kann. Wegen der Begründung vgl. § 55 Abs. 1 letzter Satz WRKD.

(3) Bei Haushaltsausgaben ist von dem Verfahren der gemeinsamen Anordnung möglichst weitgehend Gebrauch zu machen, soweit sie im gleichen Teil des Titelbuchs nachzuweisen sind und die Kassengeschäfte dadurch erleichtert werden.

Zu § 50

(1) Wenn eine förmliche Kassenanweisung mehrere Einzelbeträge und ihre Summe enthält, so genügt es, wenn der Reichsmarkbetrag der Summe in Buchstaben wiederholt wird.

(2) Wird eine förmliche Kassenanweisung in fremder Währung ausgestellt, so ist der Gelbbetrag in sinngemäßer Anwendung des § 50 Abs. 1 WRKD. in Buchstaben zu wiederholen. Dies ist nicht erforderlich, wenn die förmliche Kassenanweisung durch Angabe des Gegenwerts in Reichsmark ergänzt wird.

Zu § 52

(1) Die förmlichen Kassenanweisungen über laufende Haushaltseinnahmen und -ausgaben bleiben, wenn sie keine zeitliche Begrenzung enthalten, solange in Kraft, bis sie aufgehoben oder geändert werden (vgl. § 34 Abs. 3 WRKB.).

(2) Die Kasse hat der zuständigen Verwaltungsbehörde unverzüglich alle zu ihrer Kenntnis gelangenden Umstände mitzuteilen, die eine förmliche Kassenanweisung oder die Aufhebung oder Änderung einer bereits erlassenen Kassenanweisung erforderlich erscheinen lassen. Auszahlungen sind in diesem Falle anzusehen, auch wenn eine Anordnung der zuständigen Verwaltungsbehörde noch nicht vorliegt.

(3) Die zuständige Verwaltungsbehörde hat die Kasse unverzüglich zu benachrichtigen, wenn förmliche Kassenanweisungen aufgehoben oder geändert werden und die besondere Benachrichtigung der Kasse zur Vermeidung von Nachteilen für das Land geboten ist.

Zu § 53

Die Verbuchungsstelle kann mit Tinte, Tintenstift, in Schreibmaschinenschrift oder durch Druck (Stempelabdruck) über den Wortlaut der förmlichen Kassenanweisung in die rechte obere Ecke der ersten Seite gesetzt werden. Es ist jedoch hierbei soviel Raum zu lassen, daß die Belegnummer nach

§ 89 Abs. 1 RMO. noch angefügt werden kann. In dem Wortlaut der Kassenanweisung ist alsdann auf die Verbuchungsstelle zu verweisen.

Zu § 55

(1) Die Begründung muß alle zur Prüfung der Rechtmäßigkeit der Zahlung notwendigen Angaben enthalten; sie ist gleichwohl kurz zu fassen.

(2) Bei Auszahlungsanordnungen über Steuern und Abgaben, mit diesen im Zusammenhang stehende Zinsen und Kosten sowie über Gebühren genügt im allgemeinen ein Hinweis auf die Gesetzesstelle oder Verwaltungsanordnung, auf der die Auszahlung beruht.

Zu § 56

Außer der Unterschrift des vollziehenden Beamten darf auch das Datum der förmlichen Kassenanweisung mit Tintenstift geschrieben werden.

Zu § 57

(1) Die Berichtigung des Betrags einer Kassenanweisung ist grundsätzlich von dem Beamten vorzunehmen, der die Kassenanweisung vollzogen hat. Ist dieser Beamte dauernd oder vorübergehend verhindert, so ist die Berichtigung von dem Amtsnachfolger oder Vertreter unter kurzer Angabe des Grundes der Verhinderung vorzunehmen; bei vorübergehender Verhinderung ist die berichtigte Kassenanweisung dem Beamten, der die Kassenanweisung ursprünglich vollzogen hat, nach Rückkehr zur Kenntnis vorzulegen, soweit es sich nicht um die Berichtigung eines offensichtlichen Verfehlers handelt. Der Beamte hat die Kenntnisnahme durch Hinzufügen seines Namenszeichens zu bescheinigen.

(2) Auch der Tag des Beginns und des Endes einer angeordneten laufenden Haushaltseinnahme oder -ausgabe darf in der Kassenanweisung nicht geändert werden. Wird eine solche Berichtigung notwendig, so ist in gleicher Weise zu verfahren, wie bei Änderung des Betrags.

(3) Die Beamten der Kasse dürfen Änderungen in den Kassenanweisungen nicht vornehmen.

Zu § 58

Beamte und Vertragsangestellte, die bei der Ausführung einer Kassenanweisung beteiligt sind, dürfen Abschriften nur beglaubigen, wenn die Verwaltungsbehörde nur mit einem Beamten oder Vertragsangestellten besetzt ist.

Zu § 59

Sind auf eine Forderung Abschlags- oder Vorauszahlungen geleistet worden, so ist die Kassenanweisung über den Gesamtbetrag der Forderung auszustellen, wobei die anzurechnenden Abschlags- oder Vorauszahlungen sowie der von der Kasse noch auszuzahlende Betrag anzugeben sind, z. B.:

„Die Kasse wird angewiesen, 1000 RM (tausend Reichsmark) unter Anrechnung der hierauf angewiesenen Abschlagsauszahlungen

vom 2. Januar 1938	300 RM
vom 1. Februar 1938	200 RM
vom 1. März 1938	250 RM

Zusammen . . . 750 RM

mit noch 250 RM (Zweihundertfünfzig Reichsmark) auszuzahlen.“

Zu §§ 61, 62

(1) Den förmlichen Kassenanweisungen über Mieten, Pachten und sonstige auf Verträgen beruhende Nutzungen sind die Urschriften oder beglaubigte Abschriften oder Durchschläge der Verträge usw. beizufügen, sofern diese Verträge dem Rechnungshof nicht bereits nach § 61 Abs. 1 Satz 2 RMO. mitgeteilt worden sind. Verträge dieser Art sind nicht als Sammel- oder Dauerbelege zu behandeln; Abs. 2 bleibt unberührt.

(2) Wären im Laufe des Rechnungsjahrs mehrere gleichlautende Verträge beizufügen, so genügt es, wenn nur ein Vertrag in Urschrift oder in vollständiger beglaubigter Abschrift oder Durchschrift oder auch nur ein Vertragsmuster beigelegt wird; die Urschrift, Abschrift oder Durchschrift des Vertrags oder das Vertragsmuster ist als Sammel- oder Dauerbeleg zu behandeln. Die bei jedem Vertrag bestehenden Abweichungen (z. B. Mieter, Wohnung, Miete) sind in den Kassenanweisungen unter Hinweis auf den Sammel- oder Dauerbeleg ersichtlich zu machen.

(3) Bei Haushaltsausgaben an Gemeindesteuern und -abgaben sowie an Kreis- und Gemeindezuschlägen zu Kreis- und Landessteuern ist die Beibringung beglaubigter Abschriften der Beschlüsse der zuständigen Körperschaften nicht erforderlich, wenn den Auszahlungsanordnungen die Urschriften der Steueranforderungen der Gemeinden oder Zeitungsausschnitte und dergl. über die Gemeindebeschlüsse beigelegt werden. In Zweifelsfällen hat der Beamte, der die sachliche Richtigkeit bescheinigt, sich durch Einsichtnahme in die Verordnungsblätter usw. von der Richtigkeit der Höhe der Zuschläge zu vergewissern.

(4) Erlasse, die im Hessischen Regierungsblatt abgedruckt sind, brauchen nicht beigelegt zu werden.

Zu § 64

Die Behandlung eines Schriftstücks als Sammelbeleg ist nur zulässig, wenn sich alle Kassenanweisungen, zu denen es als Beleg dient, auf dasselbe Rechnungsjahr beziehen.

Zu § 65

(1) Wenn feststeht oder wahrscheinlich ist, daß ein Schriftstück als Dauerbeleg zu behandeln ist, so ist dies möglichst schon in der Kassenanweisung

anzugeben. Fehlt eine solche Anordnung und kommt die Kasse trotzdem zu der Ueberzeugung, daß das Schriftstück für mehrere Jahre als Rechnungsbeleg gelten kann, so darf sie ohne weitere Weisung das Schriftstück von der Kassenanweisung trennen und als Dauerbeleg behandeln.

(2) Wird für einzelne Zeitabschnitte des Rechnungsjahrs getrennt Rechnung gelegt, so sind die Dauerbelege mit dem Teilband des Rechnungsbuchs für den ersten Zeitabschnitt des Rechnungsjahrs zur Rechnungsprüfung vorzulegen. Die im weiteren Ablauf des Rechnungsjahrs noch anfallenden Dauerbelege sind den Teilbänden für die weiteren Zeitabschnitte des Rechnungsjahrs beizufügen.

(3) Die Dauerbelege werden vom Rechnungshof nach Abschluß der Rechnungsprüfung an die rechnungslegende Kasse zur Verwendung bei der Rechnungslegung für das nächste Rechnungsjahr zurückgegeben.

Zu § 66

(1) Wenn in der Unterlage der Reichsmarkbetrag nur in Ziffern, nicht auch in Buchstaben ausgedrückt ist, so ist er in der abgekürzten Kassenanweisung in Buchstaben zu wiederholen; ist der Betrag in der Unterlage geändert worden, so ist er in der Kassenanweisung in Ziffern und in Buchstaben zu wiederholen.

(2) Die Kasse braucht nur dann besonders bezeichnet zu werden, wenn die Kassenanweisung ausnahmsweise von einer anderen als der regelmäßig zuständigen Kasse ausgeführt werden soll.

Zu § 67

Annahmeanordnungen über Haushaltseinnahmen an Steuern und Abgaben, mit diesen im Zusammenhang stehende Zinsen, Kosten und Strafen sowie über Gebühren, dürfen auch in einer Form erteilt werden, die nicht den Anforderungen des § 49 RAO. entspricht (z. B. durch Zuleitung von Bescheiden, die nicht handschriftlich vollzogen, sondern nur mit dem Namen des zuständigen Beamten unterdrückt oder unterstempelt sind); in solchen Fällen braucht auch nachträglich eine schriftliche Annahmeanordnung nicht erteilt zu werden.

Zu § 68

Zu Abs. 1 Buchstabe b

Allgemeine Annahme- und Auszahlungsanordnung wird erteilt für Haushaltseinnahmen oder -ausgaben, die auf Grund amtlicher Gebührentarife oder auf Grund amtlicher Festsetzungen anzunehmen oder zu leisten sind, ferner für Auszahlungen der in § 42 Abs. 4 RAO. bezeichneten Art, in allen diesen Fällen jedoch nur, wenn der Betrag im einzelnen fünf Reichsmark nicht übersteigt.

Zu Abs. 1 Buchstabe c

Allgemeine Auszahlungsanordnung wird erteilt für die Auszahlung neu festgesetzter Bezüge für Gehalts-, Ruhegehalts- usw. Empfänger bei allgemeiner Aenderung von Bezügen, sofern von der Kasse der auszahlende Betrag nach den maßgebenden Gesetzen oder Verordnungen zweifelsfrei ermittelt werden kann.

Zu Abs. 1 Buchstabe d

1. Allgemeine Annahmeanordnung wird erteilt:

- a) für die Annahme von Stundungs- und Verzugszinsen nach Maßgabe der Anweisung für die Berechnung, Erhebung und Buchung von Zinsen;
- b) für die Annahme des Gegenwerts für verkaufte Wertzeichen und Vordrucke;
- c) für die Annahme gefundener Zahlungsmittel;
- d) für die Annahme von Mehrbeträgen im Falle des § 30 Abs. 3 RAO. und für die Annahme von Kassenüberschüssen im Falle des § 80 Abs. 3 RAO.;
- e) für Kassenbestandsverstärkungen (Zuschüsse) und Ablieferungen bei der empfangenden Kasse;
- f) für Ersuchenseinzahlungen und Auftrags-einzahlungen;
- g) für Einzahlungen nach § 34 Abs. 2 RAO.;
- h) für die Annahme der Beiträge von Arbeitnehmern zu den Sozialversicherungen;
- i) für die Annahme der an persönlichen Bezügen einzubehaltenden Steuern, Spenden zum Winterhilfswerk und ähnlichen Abzügen;
- k) für die Annahme von Gebühren und Auslagen im Mahn- und Zwangsvollstreckungsverfahren;
- l) für die Annahme der vom Empfänger zu tragenden Kosten von Auszahlungen (Postschaffgebühren, Buchungsgebühren usw.).

2. Allgemeine Auszahlungsanordnung wird erteilt:

- a) für die Auszahlung von Mehrbeträgen im Falle des § 30 Abs. 3 RAO.;
- b) für Kassenbestandsverstärkungen (Zuschüsse) und Ablieferungen bei der auszahlenden Kasse;
- c) für Post- und Postschaffgebühren;
- d) für Gebühren, die durch den Anschluß der Kasse an Geldanstalten entstehen;
- e) für Zinsvergütungen (Skonto);
- f) für Auftragsauszahlungen;
- g) für die Auszahlung der Beiträge von Arbeitnehmern zu den Sozialversicherungen;
- h) für die Abführung der an persönlichen Bezügen einbehaltenen Steuern, Spenden

den zum Winterhilfswerk und ähnlichen Abzüge;

3. Allgemeine Auslieferungsanordnung gilt als erteilt:

für die Auslieferung von Wertzeichen, Vordrucken usw. im Falle des Verkaufs sowie für die besonders zugelassene unentgeltliche Auslieferung.

Zu § 71

(1) Bilden Einzahlungsscheine für sich einen Rechnungsbeleg, weil eine Annahmearordnung nach § 67 RRD. nicht erforderlich oder nach § 68 RRD. allgemein erteilt ist, so finden auf die Einzahlungsscheine die Bestimmungen über die rechnerische Feststellung und das Ordnen der Rechnungsbelege entsprechende Anwendung.

(2) Die Zahlungsbeweise für die Einzahlungen im unbaren Zahlungsverkehr (Gutschriftsanzeigen, Zahlkartenabschnitte usw.) sind nur dann zu den Rechnungsbelegen zu nehmen, wenn es der Rechnungshof im einzelnen Fall bestimmt (vgl. § 73 RRD.).

Zu § 72

(1) Sind Haushaltsausgaben gleichzeitig mit der Herausgabe als Haushaltseinnahmen zum Soll zu stellen, so ist auf dem Rechnungsbeleg über die Auszahlung die Sollstellung unter Angabe von Seite und Nummer des Titelbuchs (Sollbuchs usw.) zu bescheinigen.

(2) Quittungen und Bescheinigungen der Kasse, die als Zahlungsbeweis dienen sollen, müssen den Erfordernissen der §§ 40 bis 44 RRD. und der Vollzugsbestimmungen hierzu entsprechen. Gehört ein Zahlungsbeweis zu mehreren Rechnungsbelegen, so ist nach § 64 Abs. 1 RRD. zu verfahren.

(3) Die Bestimmungen des § 72 Abs. 3 RRD. gelten auch für sonstige laufende persönliche Haushaltsausgaben.

(4) Wenn die Kasse eine Entscheidung nach § 39 Abs. 2 RRD. einholt, so ist die Entscheidung schriftlich zu erteilen und, wenn sie nicht auf den Rechnungsbeleg selbst gesetzt wird, diesem in Urschrift oder beglaubigter Abschrift beizufügen.

Zu § 74

(1) Für die bei der Auszahlung von Versorgungsgebühren oder laufenden Unterstützungen im Monat März beizubringenden Jahresbescheinigungen sind die im Reichshaushalts- und Besoldungsbl. 1938 S. 75 ff. abgedruckten Muster 1—6 zu benutzen.

(2) Die Bescheinigung darf erteilt werden durch eine bei der Anweisung oder Auszahlung nicht beteiligte Reichs-, Landes- oder Gemeindebehörde oder durch eine dabei nicht beteiligte, zur Führung eines öffentlichen Siegels berechtigte Amtsperson unter Beidrückung des Dienst Siegels oder Dienststempels.

(3) Die Beglaubigung durch die deutsche Auslandsvertretung muß dahin lauten, daß die Person, die die Bescheinigung ausgestellt hat, als vertrauenswürdig angesehen wird. Die Bescheinigung der deutschen Auslandsvertretung muß sich auch darauf erstrecken, daß der Empfangsberechtigte die deutsche Reichsangehörigkeit besitzt. Geht die Lebensbescheinigung und die Bescheinigung über die Reichsangehörigkeit eines im Ausland wohnenden Empfangsberechtigten nicht rechtzeitig ein, so darf die Auszahlung der am letzten Werktag des Monats März auszuzahlenden Bezüge trotzdem geleistet werden. Die Kasse hat jedoch auf die nachträgliche Vorlage der Bescheinigung zu achten und darf weitere Auszahlungen vor dem Eingang der Bescheinigung nicht mehr leisten.

(4) Ist ein Empfänger von Versorgungsgebühren durch vorübergehenden Aufenthalt im Ausland verhindert, die Lebensbescheinigung rechtzeitig einzureichen, so dürfen die am letzten Werktag des Monats März auszuzahlenden Bezüge auf entsprechenden Antrag auch ohne Lebensbescheinigung ausgezahlt werden. Die Kasse hat dafür zu sorgen, daß die ordnungsgemäße Lebensbescheinigung so bald als möglich nachgereicht wird.

Zu § 75

(1) Der Nachweis für die Empfangsberechtigung von Kinderzuschlägen ist unter Benutzung des im Reichshaushalts- und Besoldungsbl. 1938 S. 81 abgedruckten Musters 7 zu erbringen. Die von dem Beamten usw. abgegebene Erklärung ist nach Prüfung durch die Verwaltungsbehörde — nötigenfalls unter Zurückbehaltung von Auszügen oder Vermerken für die Personalakten — an die die Bezüge auszahlende Kasse abzugeben, die ihrerseits die Angaben der Erklärungen mit den Stammkarten oder mit den sonstigen für die Auszahlung maßgebenden Büchern vergleicht und die Erklärungen den Rechnungsbelegen beifügt. Nach Abschluß der Rechnungsprüfung können die an die Kasse zurückgelangenden Erklärungen über Kinderzuschläge der Verwaltung zurückgegeben werden.

(2) Für Erklärungen über den Frauenzuschlag gilt das im Reichshaushalts- und Besoldungsbl. von 1938 S. 83 abgedruckte Muster 8.

Zu § 77

(1) Die Rechnungsbelege sind in der Regel vor der Erteilung der förmlichen Kassenanweisungen festzustellen.

(2) Alle Feststellungsbescheinigungen (§ 77 bis 88 RRD.) sind, abgesehen von den Fällen des § 83 Satz 1 RRD., mit schwarzer Tinte oder mit schwarzem oder violetttem Tintenstift niederzuschreiben und zu unterschreiben. Druck oder Stempelabdruck für den Wortlaut der Feststellungsbescheinigung ist zulässig.

(3) Bei nur mit einem Beamten oder Vertragsangestellten besetzten Verwaltungsbehörden sind Rechnungsbelege, die die eigene Person des Beamten oder Vertragsangestellten betreffen, soweit möglich, vom Kassenaufsichtsbeamten festzustellen.

Zu § 79

Im Falle des § 79 Abs. 2 RRD. hat der Feststeller bei seiner Unterschrift einen kurzen Vermerk darüber zu machen, daß und warum seine Feststellung nur eine einschränkende Bedeutung haben soll.

Zu § 80

(1) Die sachliche Feststellung liegt grundsätzlich dem Vorsteher der Verwaltungsbehörde ob. Soweit es der Umfang der Geschäfte erfordert oder soweit der Vorsteher die zur Feststellung erforderlichen Kenntnisse nicht selbst besitzt, kann er andere Personen mit der Feststellung beauftragen.

(2) Die zuständige Abteilung der Landesregierung kann mit Zustimmung der Abteilung Finanzverwaltung durch schriftliche Verfügung einzelnen geeigneten Beamten, die einer niedrigeren Besoldungsgruppe als A 4 c, jedoch mindestens der Gruppe A 7 der Besoldungsordnung für Hessen — Gesetz vom 30. März 1928 (Reg.-Bl. S. 49) — angehören, die Befähigung zur sachlichen Feststellung allgemein oder für bestimmte Fälle zuerkennen, falls Beamte, die mindestens der Besoldungsgruppe A 4 c angehören, nicht oder nicht in ausreichender Anzahl zur Verfügung stehen. Den Beamten sind die Vertragsangestellten gleichzuachten, die nach der Tarifordnung A für Gefolgschaftsmitglieder im öffentlichen Dienst (TD. A) in Vergütungsgruppen eingestuft sind, deren Tätigkeitsmerkmale mindestens der Besoldungsgruppe A 7 entsprechen. Von der Ermächtigung darf jedoch nur in zwingenden Fällen Gebrauch gemacht werden. Abschriften der Verfügungen sind alsbald nach dem Erlaß dem Rechnungshof und dem Hessischen Rechnungsamt zu übersenden.

Zu § 81

Ansätze und Beträge werden bei der sachlichen Feststellung im Gegensatz zur fachtechnischen Feststellung (§ 83 RRD.) und rechnerischen Feststellung (§ 87 RRD.) nicht angestrichen oder angehaftet.

Zu § 82

Sind besondere Fachkenntnisse erforderlich, so sind grundsätzlich zunächst Beamte oder Vertragsangestellte der eigenen Verwaltung mit der fachtechnischen Feststellung zu beauftragen. In Ausnahmefällen oder wenn keine geeigneten Kräfte zur Verfügung stehen, dürfen auch Beamte oder Vertragsangestellte von Reichs- oder anderen Behörden oder Angehörige freier Berufe herangezogen werden, jedoch nur dann, wenn die dadurch

entstehenden Kosten zu der Bedeutung der fachtechnischen Feststellung in einem angemessenen Verhältnis stehen.

Zu § 84

(1) Wegen der rechnerischen Feststellung durch einen Beamten einer Reichsbehörde oder einer anderen Behörde eines Landes vgl. § 37 der 2. DVV. vom 30. Juni 1937 (Reichsges.-Bl. II S. 195).

(2) Die Lastschriftzettel des Postfachamts brauchen nicht rechnerisch festgestellt zu werden.

Zu § 86

(1) Die zuständige Abteilung der Landesregierung kann mit Zustimmung der Abteilung Finanzverwaltung durch schriftliche Verfügung einzelne geeignete Beamte zur rechnerischen Feststellung für befähigt erklären, die einer niedrigeren Besoldungsgruppe als A 4 c, jedoch mindestens der Besoldungsgruppe A 7 des Hessischen Besoldungsgesetzes vom 30. März 1928 (Reg.-Bl. S. 49) angehören. Den Beamten sind die Vertragsangestellten gleichzuachten, die nach der Tarifordnung A für Gefolgschaftsmitglieder im öffentlichen Dienst (TD. A) in Vergütungsgruppen eingestuft sind, deren Tätigkeitsmerkmale mindestens der Besoldungsgruppe A 7 entsprechen. Von der Ermächtigung darf jedoch nur in zwingenden Fällen Gebrauch gemacht werden. Abschriften der Verfügungen sind alsbald nach dem Erlaß dem Rechnungshof und dem Hessischen Rechnungsamt zu übersenden.

(2) Die Vorsteher der Verwaltungsbehörden werden ermächtigt, als Nachrechner Beamte der Besoldungsgruppe A 9 des Hessischen Besoldungsgesetzes vom 30. März 1928 (Reg.-Bl. S. 49) oder einer Besoldungsgruppe mit höherem Endgehalt zu bestellen. Den Beamten sind die Vertragsangestellten gleichzuachten, die nach der Tarifordnung A für Gefolgschaftsmitglieder im öffentlichen Dienst (TD. A) in Vergütungsgruppen eingestuft sind, deren Tätigkeitsmerkmale der Besoldungsgruppe A 9 entsprechen.

Zu § 87

Wird die fachtechnische und die rechnerische Feststellung von ein und derselben Person gleichzeitig vorgenommen (§ 88 Abs. 1c und d), so sind die Ansätze und Zahlenangaben, auf die sich die rechnerische Feststellung erstreckt, ebenfalls nur mit grüner Tinte oder grünem Farbstift anzustreichen.

Zu § 88

Im Falle einer Bescheinigung gemäß § 88 Abs. 2 RRD. ist die Angabe der Amtsbezeichnung oder der Dienststellung nicht erforderlich.

Zu § 90

Wenn nach der Vollzugsbestimmung zu § 53 die Verbuchungsstelle bereits von der Verwaltung in der rechten oberen Ecke der ersten Seite des Rechnungsbelegs angegeben worden ist, entfällt die entsprechende Angabe durch die Kasse.

Zu § 95

(1) Für die den Inhalt kennzeichnende Aufschrift auf den Belegmappen dient das beiliegende Muster als Anhalt.

(2) Muß ein Rechnungsbeleg aus der Mappe entnommen werden, so ist ein Wertzettel einzulegen.

Zu § 97

Auf Sammelbelegen ist vor der Nummer der Teil des Rechnungslegungsbuchs anzugeben und dahinter ein „S“ zu setzen.

Zu § 98

Die Dauerbelege sind nach den vom Rechnungshof bestimmten Prüfungsgebieten zu trennen und innerhalb dieser fortlaufend nach der Zeitfolge ihres Entstehens zu benummern und, wie vorgeschrieben, zu ordnen. Die VB. zu § 95 RRD. gelten sinngemäß. Wird eine Belegmappe übermäßig stark und dadurch unhandlich, so ist, auch wenn die Zahl von 300 Belegen nicht erreicht ist, eine weitere Belegmappe einzurichten.

Zu § 102

(1) Die Zentralrechnung wird von der Landeshauptkasse aufgestellt.

(2) Die Landeshauptkasse übersendet Durchschriften der Zentralrechnung in der erforderlichen Anzahl den für die Einzelpläne zuständigen Abteilungen (§§ 70, 71 RWB.), die sie zu ihrem Beitrag zur Landeshaushaltsrechnung mitverwerten.

Zu § 103

Bei den in der Zentralrechnung nachgewiesenen Einnahmen des ordentlichen Haushalts (§ 103 Abs. 3a RRD.) ist der Gesamtbetrag der fort dauernden und der einmaligen Haushaltseinnahmen je besonders zu ermitteln.

Zu § 105

Bei den Haushaltseinnahmen des ordentlichen Haushalts (§ 105 Abs. 1a RRD.) ist die Summe der fort dauernden und der einmaligen Haushaltseinnahmen je gesondert anzugeben.

Zu § 107

(1) Nach § 38 der 2. DWSL brauchen die Verfügungen des Reichsministers der Finanzen oder der Landesregierung, Abteilung Finanzverwaltung, über die Zustimmung zu einer über- oder außerplanmäßigen Haushaltsausgabe den Rechnungs-

legungsbüchern und Kassenrechnungen als besondere Prüfungsunterlagen nicht beigelegt zu werden, wenn sie schon vorher dem Rechnungshof überandt worden sind.

(2) Die nach Buchst. c den Rechnungslegungsbüchern anzuschließenden Prüfungsunterlagen haben die Baubehörden zusammen mit den Bauausgabebüchern und den zugehörigen Belegen der Kasse zu übergeben.

Zu § 111

(1) In dem Vordruck nach Muster 9 RRD. sind die als Vorschüsse gebuchten Auszahlungen auf der rechten Seite, die als Verwahrungen gebuchten Beträge auf der linken Seite, je im ursprünglichen Betrag, aufzuführen. Wenn ein Vorschuß oder eine Verwahrung bereits teilweise abgewickelt worden ist, so ist die Summe der Teilrückzahlungen auf der gegenüberliegenden Seite einzutragen.

(2) Die an Beamte, Angestellte und Arbeiter gewährten, noch nicht endgültig abgewickelten Vorschüsse auf ihre Dienstbezüge sind unter der Überschrift „Abschnitt: Besoldungsvorschüsse“ in einer Summe mit dem ausgezahlten Gesamtbetrag in Spalte 7, die hierauf entrichteten Teilrückzahlungen sinngemäß in Sp. 4 der Nachweisung einzutragen. In Sp. 10 ist zu vermerken, auf welche Anzahl von Empfängern sich der ausgezahlte Betrag verteilt.

(3) Alle übrigen bis zum Jahresabschluß nicht abgewickelten Vorschüsse sind, sofern die als Vorschuß gebuchten Auszahlungen im einzelnen 100 RM und mehr betragen, einzeln in die Nachweisung einzutragen. Vorschußauszahlungen im Einzelbetrag von weniger als 100 RM sind in jedem Abschnitt in einer Gesamtsumme nachzuweisen; in Sp. 5 und gegebenenfalls in Sp. 10 sind die Empfänger und die Zahl und Art der Vorschüsse kurz zu bezeichnen.

(4) Alle bis zum Jahresabschluß nicht abgewickelten Vorschüsse, die früher als in dem abgelaufenen und dem diesem unmittelbar vorhergegangenen Rechnungsjahr ausgezahlt sind, müssen in dem Abschnitt, in den sie ihrer Art nach gehören, einzeln nachgewiesen werden. In Sp. 10 der Nachweisung ist die Zustimmung der Landesregierung, Abteilung Finanzverwaltung, gem. § 62 Abs. 2 RRD. nach Datum und Geschäftsnummer zu vermerken.

(5) Die Nachweisungen sind abschnittsweise aufzurechnen. Am Schluß des letzten Abschnitts sind die Endsummen der vorhergehenden Abschnitte hinzuzusetzen, und es ist die Gesamtsumme zu bilden.

(6) Die bis zum Jahresabschluß nicht abgewickelten Verwahrungen sind, sofern die als Verwahrung gebuchten Einzahlungen im einzelnen weniger als 500 RM. betragen, in einer Summe mit dem eingezahlten Gesamtbetrag in Sp. 4, die hier-

auf entrichteten Teilrückzahlungen sinngemäß in Sp. 7 der Nachweisung in jedem Abschnitt einzutragen. In Sp. 10 ist zu vermerken, auf welche Anzahl von Einzahlern sich der eingezahlte Gesamtbetrag verteilt.

Zu § 114

Die auf den Rechnungsbelegen anzubringenden Hinweise, Bescheinigungen und sonstigen Vermerke sind von dem zuständigen Beamten unterschriftlich zu vollziehen.

Darmstadt, den 22. April 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: Reiner.

Muster

(Bezeichnung der Kasse) (BBARD. zu § 95)

Belege zum Titelbuch

Teil	Teilband	
Einzelplan	Kapitel	Titel
"	"	"
"	"	"
"	"	"
"	"	"
Mappe Nr.	Belege	(Titel)
		(")
		(")
		(")

Bekanntmachung, das Gesetz über die Aufschließung von Wohnsiedlungsgebieten vom 22. September 1933 betreffend.

Vom 11. April 1939.

Auf Grund des Gesetzes vom 22. September 1933 über die Aufschließung von Wohnsiedlungsgebieten (Reichsgesetzbl. I S. 659) werden folgende Gemarkungen zum Wohnsiedlungsgebiet erklärt:

1. Worms mit Neuhausen, Hochheim und Pfiffelheim,
2. Herrnsheim,
3. Pfeddersheim,
4. Leiselheim,
5. Wies-Oppenheim,
6. Weinsheim,
7. Horchheim,

8. Bürstadt,
9. Biernheim,
10. Lampertheim mit Hüttenfeld.

Darmstadt, den 11. April 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: Reiner.

Polizeiverordnung, die Änderung der Polizeiverordnung über die Einrichtung, den Betrieb und die Benutzung der Fähren auf dem Rhein, Main und dem schiffbaren Teil der Lahn vom 4. Mai 1937 (Reg.-Bl. S. 141) betreffend.

Vom 17. April 1939.

Auf Grund des Artikels 64 Abs. 3 des Gesetzes, betreffend die innere Verwaltung und die Vertretung der Kreise und der Provinzen vom 8. Juli 1911 in der Fassung des Abänderungsgesetzes vom 5. Januar 1937, des Artikels 54 des Gesetzes vom 14. Juni 1887, das Dammbauwesen und das Wasserrecht in den Gebieten des Rheins, Mains, Neckars und des schiffbaren Teils der Lahn betreffend, sowie der Reichsverordnung über Vermögensstrafen und Bußen vom 6. Februar 1924 wird folgende Polizeiverordnung erlassen:

I.

Die Polizeiverordnung über die Einrichtung, den Betrieb und die Benutzung der Fähren auf dem Rhein, Main und dem schiffbaren Teil der Lahn vom 4. Mai 1937 (Reg.-Bl. S. 141) wird wie folgt geändert:

- a) Die Ziffer 1 des § 20 erhält folgende Fassung:

Fahrzeuge aller Art und Großvieh müssen vor dem Übersetzen in angemessener Entfernung, gegebenenfalls in Höhe der Halteschilder (§ 3 Nr. 4) angehalten werden, bis die Fähre zum Übersetzen bereitgestellt ist. Die Insassen von Kraftfahrzeugen und sonstigen Fahrzeugen mit Ausnahme ihres Führers und kranker oder gehbehinderter Personen haben das Fahrzeug bereits vor der Aufahrt auf das Fährfahrzeug zu verlassen und dürfen das Kraftfahrzeug auch während der Fährfahrt nicht besteigen. Nach beendeter Fährfahrt sind auf Verlangen des Fährpersonals die Kraftfahrzeuge schon auf dem Fährfahrzeug wieder zu besteigen, sobald dieses an der Landestelle festgelegt ist.

- b) Die Ziffer 4 des § 20 erhält folgende Fassung:

Die Führer von Kraftfahrzeugen müssen auch während der Überfahrt ihren Platz im

Wagen behalten. Es ist verboten, Personenkraftwagen nach ihrer Auffahrt auf das Fährfahrzeug mit eigener Motorkraft weiter zu bewegen. Der Motor von Kraftfahrzeugen ist sogleich nach der Auffahrt unaufgefordert außer Betrieb zu setzen, die Bremsen sind anzuziehen und brennende Laternen zu löschen. Der Motor darf erst wieder in Betrieb gesetzt werden, wenn die Fährfahrt beendet und das Fährfahrzeug an der Landestelle festgelegt ist.

II.

Diese Polizeiverordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Darmstadt, den 17. April 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: Reiner.

Bekanntmachung über die Erledigung der ortsgewöhnlichen Geschäfte in der Gemeinde Bodenrod.

Vom 5. April 1939.

Der Reichsminister der Justiz hat durch Ausführungsverfügung vom 11. Februar 1939 die Wahrnehmung der ortsgewöhnlichen Geschäfte für die Gemeinde Bodenrod vom Ortsgericht Reichelsheim i. D. auf das Ortsgericht Kirch-Beerfurth übertragen, was hiermit bekanntgemacht wird.

Darmstadt, den 5. April 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

Abteilung III (Innere Verwaltung).

Bekanntmachung, Ortsgericht Groß-Gerau betreffend.

Vom 17. April 1939.

Der Reichsminister der Justiz hat durch Ausführungsverfügung vom 16. März 1939 anlässlich der Eingliederung der Gemeinde Dornberg in die Stadt Groß-Gerau mit Wirkung vom 1. April 1939 das Ortsgericht Dornberg aufgehoben und dem Bezirk der bisherigen Gemeinde Dornberg dem Ortsgericht Groß-Gerau zugeteilt, was hiermit bekannt gemacht wird.

Darmstadt, den 17. April 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

Abteilung III (Innere Verwaltung).

Verordnung zur Bekämpfung des Maiszünslers.

Vom 18. April 1939.

Auf Grund des § 2 des Gesetzes zum Schutze der landwirtschaftlichen Kulturpflanzen vom 5. März 1937 (Reichsgesetzbl. I S. 271) wird mit Ermächtigung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 3. April 1939 — II A 3 — 644 — hiermit verordnet:

§ 1.

In Gemarkungen, in denen der Landrat nach Benehmen mit dem Pflanzenschutzamt die Bekämpfung des Maiszünslers anordnet, sind die Erzeuger von Körnermais verpflichtet, die in den §§ 2 bis 4 genannten Maßnahmen auf ihre Kosten durchzuführen oder ihre Durchführung zu gestatten.

§ 2.

1. Die Maispflanzen sind im Sommer nach der Blüte zu entfahnen. Die Entfahnung besteht in der Entnahme des männlichen Blütenstandes mit 1 bis zwei Blättern. Für das beim Entfernen anfallende Material gelten sinngemäß die Vorschriften der §§ 3 und 4. Die Frist, in welcher das Entfahnen durchzuführen ist, wird alljährlich vom Landrat im Benehmen mit dem Pflanzenschutzamt in ortsüblicher Weise bekannt gegeben.

2. Das Körnermaisstroh ist alsbald nach der Kolbenernte so tief wie möglich abzuschneiden, vom Feld zu entfernen und so zu verwerten, daß die in dem Stroh befindlichen Raupen des Maiszünslers mit Sicherheit vernichtet werden. Eine solche Vernichtung wird insbesondere gewährleistet durch Verfütterung des Strohes oder dessen Verwendung zur Gärfutterbereitung. Als spätestster Termin für das Abschneiden des Körnermaisstrohes spät reifender Sorten gilt im allgemeinen der 15. Dezember, sofern kein anderer Termin vom Landrat im Benehmen mit dem Pflanzenschutzamt festgesetzt wird.

§ 3.

Es ist verboten, Körnermaisstroh unterzupflügen, auf dem Feld, dessen Rändern oder den Feldwegen liegen zu lassen, sowie es zum Bedecken von Hackfruchtmieten oder in einer Weise zu verwenden, die der Verbreitung des Maiszünslers Vorhub leisten kann.

§ 4.

Die Maisspindel sind nach der Entkörnung, soweit sie nicht verfüttert oder dem Verkauf zugeführt werden, bis zum 1. April des folgenden Jahres zu verbrennen, damit die in ihnen befindlichen Raupen des Maiszünslers mit Sicherheit vernichtet werden.

§ 5.

Wer den Vorschriften dieser Verordnung zuwiderhandelt, wird nach § 13 des Gesetzes zum Schutze der landwirtschaftlichen Kulturpflanzen bei vorsätzlicher Begehung mit Gefängnis bis zu zwei Jahren und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen, bei fahrlässiger Begehung mit Geldstrafe bis zu 150.— RM. und mit Haft oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 6.

Die Verordnung tritt mit ihrer Veröffentlichung im Anzeiger der Hessischen Landesregierung in Kraft.*)

Darmstadt, den 18. April 1939.

Der Reichstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: **K e i n e r.**

*) Veröffentlicht in Nr. 52 vom 23. April 1939 des Anzeigers der Hessischen Landesregierung.

Polizeiverordnung über die Rattenbekämpfung.

Vom 19. April 1939.

Auf Grund des § 64 Abs. 3 des Gesetzes, betreffend die innere Verwaltung und die Vertretung der Kreise und Provinzen vom 8. Juli 1911 in der Fassung des Abänderungsgesetzes vom 5. Januar 1937 (Reg.-Bl. S. 9), der Art. 37 und 43 des Feldstrafgesetzes vom 13. Juli 1904 und der Verordnung über Vermögensstrafen und Bußen vom 6. Februar 1924 (Reichsgesetzbl. I S. 44) wird für das Land Hessen die folgende Polizeiverordnung erlassen:

§ 1.

Die Eigentümer, Pächter oder sonstigen Nutzungsberechtigten von bebauten oder unbebauten Grundstücken, insbesondere von landwirtschaftlich genutzten Flächen, Bahnanlagen, Lagerplätzen, Kanälen, Parkanlagen, Friedhöfen und Schiffsräumen sowie die Unterhaltungspflichtigen von Dämmen, Ufern und Wegen sind verpflichtet:

1. die zur Ausführung vorgeschriebenen Maßnahmen zur Bekämpfung von Ratten innerhalb der vorgeschriebenen Frist auf ihre Kosten durchzuführen bzw. zu dulden,
2. den mit der Überwachung der Auslegung und der Nachkontrolle von der Ortspolizeibehörde (Oberbürgermeister, Bürgermeister) beauf-

tragten Personen und deren Bevollmächtigten das Betreten der Räume, in denen Rattenbekämpfungsmittel auszulegen oder ausgelegt worden sind, zu gestatten.

§ 2.

Die nach § 1 Verpflichteten haben bei Vorhandensein eines örtlichen Auslegedienstes das Auslegen der von ihnen selbst zu beschaffenden Bekämpfungsmittel diesem Auslegedienst zu überlassen, der die Auslegung kostenlos vorzunehmen hat.

§ 3.

Für die allgemeine Rattenbekämpfung sind nur solche Bekämpfungsmittel zu verwenden, die von der Landesanstalt für Wasser-, Boden- und Lufthygiene in Berlin-Dahlem als brauchbar erklärt worden sind. Für die Auslegung durch Laien kommen ausschließlich nur Meerzwiebelpräparate in Betracht.

§ 4.

Die allgemeine Rattenbekämpfung hat nach Richtlinien zu erfolgen, die von der zuständigen Abteilung der Landesregierung erlassen werden und von den nach § 1 Verpflichteten genauestens zu beachten sind.

§ 5.

Zuwiderhandlungen gegen die §§ 1—3 und gegen die auf Grund des § 4 zu erlassenden Richtlinien werden unbeachtet der Ahndung auf Grund anderer gesetzlicher Bestimmungen mit einer Geldstrafe bis zu 150.— RM., im Nichtbeachtungsfalle mit Haft, bestraft.

§ 6.

Diese Polizeiverordnung tritt mit ihrer Verkündung im Anzeiger der Hessischen Landesregierung in Kraft.*)

Mit dem gleichen Tage gelten sämtliche in Gemeinden und Kreisen noch bestehenden Polizeiverordnungen zur Bekämpfung der Ratten als aufgehoben.

Darmstadt, den 19. April 1939.

Der Reichstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: **K e i n e r.**

*) Veröffentlicht in Nr. 51 vom 21. April 1939 des Anzeigers der Hessischen Landesregierung.

Hessisches Regierungsblatt

1939

Darmstadt, den 19. Mai 1939

Nr. 10

Inhalt: Teil I: Bekanntmachung über die reblausverseuchten Gemarkungen in dem hessischen Weinbaugebiet. S. 87 — Bekanntmachung, das Gesetz über die Aufschließung von Wohnsiedlungsgebieten vom 22. September 1933 betreffend. S. 87 — Bekanntmachung, Ortsgericht in Ilsdorf betreffend. S. 87 — Bekanntmachung, Ortsgericht Ingelheim betreffend. S. 87 — Anordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Bildung der Stadtkreise Darmstadt, Gießen, Mainz, Offenbach und Worms vom 9. August 1938. S. 88 — Bekanntmachung, das Gesetz zum Schutze des Einzelhandels; hier: die Stadt Mühlheim a. M. betreffend. S. 88 — Erlaß über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren. S. 88 — Teil II: Personalnachrichten. S. 88 — Öffentliche Belobigung. S. 89 — Personalnachrichten. S. 90.

Teil I

Bekanntmachung über die reblausverseuchten Gemarkungen in dem hessischen Weinbaugebiet.

Vom 13. März 1939.

Gemäß § 22 der Verordnung zur Ausführung des Gesetzes, betreffend die Bekämpfung der Reblaus im Weinbaugebiet vom 23. Dezember 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 1543) gebe ich nachstehend mit Zustimmung des Herrn Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft die zur Zeit im hessischen Weinbaugebiet reblausverseuchten Gemarkungen und Gemarkungsteile bekannt:

1. stark verseucht sind die Gemarkungen:
Armsheim, Frei-Laubersheim, Fürfeld, Siefersheim, Uffhofen, Wendelsheim, Wöllstein, Wonsheim, Aspisheim, Badenheim, Biebelshausheim, Bingen, Bingen-Wüdesheim, Bosenheim, Bubenheim, Dietersheim, Dromersheim, Elshausheim, Horrweiler, Ippenheim, Jugenheim, Kempten, Odenheim, Pfaffen-Schwabenheim, Planig, Pleitersheim, Schwabenheim an der Selz, Sponsheim, Welgesheim, Friesenheim, Hahnheim, Selzen;
2. schwach verseucht sind die Gemarkungen:
Bechtolsheim, Bornheim, Eckelsheim, Enenheim, Flonheim, Gau-Bidelheim, Gau-Odernheim, Gau-Weinheim, Gumbshausheim, Neu-Bamberg, Nieder-Saulheim, Parnheim, Kommersheim, Schimsheim, Schornsheim, Stein-Bodenheim, Sulzheim, Udenheim, Vendersheim, Wallertshausheim, Weinheim, Appenheim, Engelfstadt, Gau-Algesheim, Gensingen, Grolsheim, Groß-Winternheim, Hadenheim, Nieder-Hilbersheim, Nieder-Ingelheim, Ober-Ingelheim, Sankt Johann, Sprendlingen, Volzheim, Zokenheim, Dienheim, Dolgesheim, Effenheim, Guntersblum, Hillesheim, Königernheim, Ober-Olm, Oppenheim, Schwabsburg, Staden, Zornheim.

Darmstadt, den 13. März 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: Reiner.

Bekanntmachung, das Gesetz über die Aufschließung von Wohnsiedlungsgebieten vom 22. September 1933 betreffend.

Vom 4. April 1939.

Auf Grund des Gesetzes vom 22. September 1933 über die Aufschließung von Wohnsiedlungsgebieten (Reichsgesetzbl. I S. 659) werden folgende Gemarkungen zum Wohnsiedlungsgebiet erklärt:

1. Bensheim mit Auerbach, Schönberg und Zell
2. Zwingenberg
3. Lorsch
4. Heppenheim.

Darmstadt, den 4. April 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

Sprenger.

Bekanntmachung, Ortsgericht in Ilsdorf betreffend.

Vom 17. April 1939.

Der Reichsminister der Justiz hat durch Ausführungsverfügung vom 10. März 1939 mit Rücksicht auf den Zusammenschluß der Gemeinden Ilsdorf und Ilsdorf (Solms) zur neuen Gemeinde Ilsdorf mit Wirkung vom 1. April 1939 ein einheitliches Ortsgericht in der Gemeinde Ilsdorf gebildet, was hiermit bekannt gemacht wird.

Darmstadt, den 17. April 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

Abteilung III (Innere Verwaltung).

Bekanntmachung, Ortsgericht Ingelheim betreffend.

Vom 17. April 1939.

Der Reichsminister der Justiz hat durch Ausführungsverfügung vom 10. März 1939 mit Rücksicht

sicht auf den Zusammenschluß der Gemeinden Ober-Zingelheim, Nieder-Zingelheim und Frei-Weinheim zur Stadt Zingelheim am Rhein mit Wirkung vom 1. April 1939 ein einheitliches Ortsgericht in der Stadt Zingelheim gebildet, was hiermit bekannt gemacht wird.

Darmstadt, den 17. April 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

Abteilung III (Innere Verwaltung).

Anordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Bildung der Stadtkreise Darmstadt, Gießen, Mainz, Offenbach und Worms vom 9. Aug. 1938.

Vom 22. April 1939.

Auf Grund des § 14 Abs. 2 der 1. Verordnung zur Durchführung des genannten Gesetzes wird als Zeitpunkt für den Übergang der Befugnisse nach § 9 der 1. Verordnung der 15. Mai 1939 bestimmt.

Darmstadt, den 22. April 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

Sprenger.

Bekanntmachung, das Gesetz zum Schutze des Einzelhandels; hier: die Stadt Mülheim a. M. betreffend.

Vom 4. Mai 1939.

Auf Grund des Artikels I § 2 Absatz 2 Satz 2 des Gesetzes zum Schutze des Einzelhandels vom 12. Mai 1933 in der Fassung des Gesetzes vom 13. Dezember 1934 (Reichsgesetzbl. S. 265 und S. 1241) wird bestimmt:

Als besondere Gemeindebezirke im Sinne der vorgenannten Gesetzesbestimmung gelten: die Stadtteile Mülheim und Dietesheim.

Darmstadt, den 4. Mai 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: Reiner.

Erlaß über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren.

Vom 10. Mai 1939.

Auf Grund von Art. 1 des hessischen Gesetzes über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren vom 4. Oktober 1935 (Reg.-Bl. S. 193) in Verbindung

mit Art. 133 des hessischen Gesetzes, die Bäche und die nicht ständig fließenden Gewässer betreffend, vom 30. Juli 1887 in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. September 1899 (Reg.-Bl. S. 758) wird aus Gründen des öffentlichen Wohles ein vereinfachtes Enteignungsverfahren zur zwangsweisen Entziehung des Gebrauchs des Wassers der Gersprenz

durch die Wiesenmühle, Gemarkung Münster, Kreis Dieburg, Flur XVII Nr. 145 angeordnet.

Eigentümer: August Gnau, Wiesenmühle bei Münster, Kreis Dieburg.

Darmstadt, den 10. Mai 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: Reiner.

Teil II

Der Reichsstatthalter in Hessen

Personalnachrichten

Ernannt wurden:

am 18. März: der Polizeirevieroberwachtmeister Johannes Krug in König i. Odw. zum Gend.-Bezirksoberwachtmeister, der Kanzlist Wilhelm Thomas zum Vermessungsassistenten;

am 23. März: der Polizeisekretär Bruno Krenzer beim Polizeipräsidium Mainz zum Polizeiinspektor, der Polizeisekretär Ludwig Walbott bei der Polizeidirektion Gießen zum Polizeiinspektor;

am 28. März: der Polizeibüroassistent Hans Kölling zum Polizeisekretär;

am 31. März: der Verwaltungsinspektor H. Geil bei der Vertretung Hessens in Berlin zum Rechnungsrat, durch Urkunde des Führers und Reichskanzlers der Oberrechnungsrat Heinrich Kaiser in Darmstadt zum Regierungsrat;

am 4. April: der Rechnungsrat Peter Ha-nauer in Darmstadt zum Oberrechnungsrat;

am 14. April: der Kanzlist Heinrich Köhler zum Vermessungsassistenten;

am 20. April: der Ministerialobersekretär Robert Braun zum Verwaltungsinspektor.

Ernannt wurden unter Berufung in das Beamtenverhältnis:

am 28. März: der Franz Kumpf bei der Landes-Heil- und Pflegeanstalt „Philipps-hospital“ bei Goddelau zum Bäcker;

am 18. April: der Polizeirevieroberwachtmeister Werner Hölte in Zingelheim zum Gend.-Bezirksoberwachtmeister.

Ernannt wurden unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

am 24. Januar: durch Urkunde der Heinrich Cröhm ann zum Werkmeister;

am 15. Februar: durch Urkunde des Führers und Reichskanzlers der BauSchullehrer Karl Oster rath zum Studienrat;

am 6. März: durch Urkunde des Führers und Reichskanzlers der Studienassessor Wilhelm Bauer zum Studienrat;

am 18. März: durch Urkunde der Schulamtsanwärter Martin Göt t m a n n zum Lehrer, der Schulamtsanwärter Heinrich Rühl zum Lehrer;

am 23. März: der Polizeipraktikant Georg L u g zum Polizeiinspektor;

am 25. März: durch Urkunde des Führers und Reichskanzlers die Studienassessoren Walter N i s c h w i k und Paul Sauer zu Studienräten;

am 28. März: der Jakob B i t t s c h zu Darmstadt zum Kanzlisten, die Förster Richard Hermann Adam G i e b e n h a i n zu Ober-Mörlen, Georg F o k h a g zu Ober-Gleen zu Revierförstern, der Polizeipraktikant Kurt K o h l s zum Polizeiinspektor, durch Urkunde des Reichsstatthalters in Hessen Wilhelm M e l c h i o r in Bad-Nauheim zum Straßenwärter;

am 31. März: der Polizeipraktikant Ludwig N e u m ü l l e r zum Polizeiinspektor;

am 14. April: der Josef M e n z bei der Landes-Heil- und Pflegeanstalt Gießen zum Schlosser, der Philipp A r m bei der Landes-Heil- und Pflegeanstalt Alzen zum Schlosser, der Förster Karl Johannes Hans S c h l i t t zum Revierförster;

am 20. April: die Förster Otto B ö c h e r zu Lich, Ernst D ö r m e r zu Weiskitz, Hermann H o r s t zu Waldschlösschen, Heinrich K ü n s t l e r zu Windhausen, Michael Wilhelm L u l e y zu Mörfelden, Wilhelm N e u m a n n zu Forsthaus Krause Buche, Leonhard R e i n h a r d t zu Frofshausen, Ludwig S c h m i d t zu Maulbach, Konrad S c h w ö b e l zu Forsthaus Felsberg zu Revierförstern, der Heinrich C u r i c h zum Verwaltungsassistenten, der Arthur J u n g in Fauerbach v. d. H. zum Handwerker, der Johannes L e h n in Fauerbach v. d. H. zum Handwerker, der Emil D i e t e r in Fauerbach v. d. H. zum Badewärter, der Friedrich B o l p in Steinfurth zum Gärtner;

am 25. April: der Joseph G ö l z in Darmstadt zum Kanzlisten.

Entlassen wurde:

am 31. März: auf Antrag durch Urkunde des Führers und Reichskanzlers die Studienrätin Dr. Else S c h l i c h t.

In den Ruhestand versetzt wurden auf ihren Antrag:

am 11. März: gemäß Urkunde des Führers und Reichskanzlers der Studienrat Professor Friedrich F e i d e r t, dem Genannten wurde für seine dem deutschen Volke geleisteten treuen Dienste der Dank ausgesprochen, gemäß Urkunde die Lehrerin Lina E i f e r t, der Genannten wurde für ihre dem deutschen Volke geleisteten treuen Dienste der Dank des Führers und Reichskanzlers ausgesprochen;

am 25. März durch Urkunde des Führers und Reichskanzlers der Oberveterinärat Dr. August W a l t h e r unter Anerkennung seiner dem deutschen Volke geleisteten treuen Dienste.

am 28. März: durch Urkunde der Lehrer Philipp W i n t e r unter Anerkennung seiner dem deutschen Volke geleisteten treuen Dienste;

am 4. April: durch Urkunde der Lehrer Adolf E n g e l;

am 14. April: der Gendarmeriemeister Gustav S e m b a c h in Eichelsdorf unter Anerkennung der dem deutschen Volke geleisteten treuen Dienste, durch Urkunde der Revierförster Wilhelm Heinrich D ö r r unter Anerkennung seiner dem deutschen Volke geleisteten treuen Dienste.

In den Ruhestand versetzt wurden nach Erreichung der Altersgrenze:

am 11. März: durch Urkunde der Bauinspektor Philipp F l e c k e n s t e i n, dem Genannten wurde für die dem deutschen Volke geleisteten treuen Dienste der Dank des Führers und Reichskanzlers ausgesprochen;

am 28. März: gemäß Urkunde der Institutsgehilfe Heinrich K a l b f l e i s c h, dem Genannten wurde für seine dem deutschen Volke geleisteten treuen Dienste der Dank des Führers und Reichskanzlers ausgesprochen.

Landesregierung

Öffentliche Belobigung.

Der Sattler Christian B i e r b a u m in Mainz, Mitternachtsreul 7, hat am 3. Mai 1933 einen siebenjährigen Schüler vom Tode des Ertrinkens aus dem Rhein bei Mainz gerettet. Für diese Rettungstat spreche ich ihm im Namen des Führers und Reichskanzlers die öffentliche Belobigung aus.

Zugleich wurde dem Ketter eine Geldbelohnung gewährt.

Darmstadt, den 11. März 1939.

Sprenger.

Personalnachrichten.

Berufen wurden in gleicher Dienstbeziehung:

der Regierungsrat Berthold Schwan von der Abteilung VIII (Arbeit und Wirtschaft) an die Landesversicherungsanstalt Hessen zu Darmstadt, mit Wirkung vom 1. März an;

der Lehrer Peter Wasserhess zu Biernheim, Kreis Bergstraße, in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Heppenheim, Kreis Bergstraße, der Lehrer Philipp Stepp zu Goddelau, Kreis Groß-Gerau, in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Gronau, Kreis Bergstraße, der Lehrer Jakob Ohl zu Langen-Brombach, Kreis Erbach, in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Kirch-Brombach, Kreis Erbach, der Amtsgehilfe Wilhelm Fabiel zu Alsfeld in die Stelle des Hausmeisters an der Oberschule für Jungen in Oppenheim, der Baumeister Heinrich Annemann zu Oppenheim in die Stelle des Hausmeisters an der Oberschule für Jungen in Bad Wimpfen, sämtlich mit Wirkung vom 1. April an;

die Lehrer Philipp Feurer in Schwabenheim, Kreis Bingen, in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Ingelheim, Kreis Bingen, Wilhelm Lorch in Brandau, Kreis Darmstadt, in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Dorn-Dürkheim, Kreis Worms, Karl Rüdinger in Alsbach, Kreis Darmstadt, in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Mainz, Wilhelm Schwarz in Ingelheim, Kreis Bingen, in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Dromersheim, Kreis Bingen, Heinrich Jacob zu Reichelsheim i. Odw., in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Lengfeld, Kreis Dieburg, Heinrich Horschmann zu Mommenheim in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Mainz, Franz Weikel zu Dromersheim in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Schwabenheim, Kreis Bingen, August Grünig zu Groß-Rohrheim, Kreis Worms, in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Worms, Georg Feß zu Dorn-Dürkheim, Kreis Worms, in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Brandau, Kreis Darmstadt, Adam Bechtel zu Maibach, Kreis Friedberg, in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Pohl-Göns,

Kreis Friedberg, Adolf Schmidt zu Hoch-Weißel, Kreis Friedberg, in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Buzbach, Kreis Friedberg, Wilhelm Jung zu Mainz in eine Lehrerstelle zu Mommenheim, Kreis Mainz, Leonhard Schweizer zu Mainz in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Alsbach, Kreis Darmstadt, die Lehrerin Maria Kling zu Buzbach, Kreis Friedberg, in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Harheim, Kreis Friedberg, die Reallehrerin Mathilde Marx zu Heppenheim in eine Reallehrerstelle an der Oberschule für Mädchen in Bensheim, die Reallehrerin Marie Braun zu Heppenheim in eine Reallehrerstelle an der Oberschule für Mädchen in Alzen, die Reallehrerin Elisabeth Luthmer an der Oberschule für Mädchen zu Bingen in eine Reallehrerstelle an der Oberschule für Mädchen in Mainz, der Oberstudienrat Ludwig Bernhard, bisher an der Oberschule für Jungen zu Oppenheim, an die Oberschule für Mädchen in Mainz, der Studienrat Artur Holzhausen, bisher an der Oberschule für Jungen zu Gernsheim, an die Oberschule für Jungen zu Oppenheim, der Studienrat Dr. Theodor Pfaff, bisher an dem Wolfgang-Ernst-Gymnasium zu Bidingen, in eine Studienratsstelle an der Horst-Wessel-Schule, Oberschule für Jungen in Darmstadt, der Studienrat Dr. Johannes Kling, bisher an der Oberschule für Jungen zu Bensheim, in eine Studienratsstelle an dem Gymnasium in Worms, die Studienrätin Anna Heiland, bisher an der Oberschule für Mädchen zu Bingen, in eine Studienratsstelle an der Oberschule für Mädchen in Mainz, der Studienrat Dr. Ludwig Hartmann, bisher an der Oberschule für Jungen zu Michelstadt, in eine Studienratsstelle an der Horst-Wessel-Schule, Oberschule für Jungen in Offenbach a. M., der Studienrat Karl Lüll, bisher an dem Wolfgang-Ernst-Gymnasium zu Bidingen, in eine Studienratsstelle an der Oberschule für Jungen in Bad-Wimpfen, der Studienrat Wilhelm Reuschling, bisher an der Goetheschule, Oberschule für Jungen in Neu-Isenburg, in eine Studienratsstelle an dem Wolfgang-Ernst-Gymnasium in Bidingen, sämtlich mit Wirkung vom 13. April an.

Der Revierförster Fritz Beyer zu Forsthaus Neuschloß bei Lampertheim wurde beauftragt, ab 1. April 1939 den neu gebildeten Oberförsterbezirk des Forstamts Wimpfen zu versehen.

Hessisches Regierungsblatt

1939

Darmstadt, den 8. Juni 1939

Nr. 11

Inhalt: Teil I: Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Hundesteuer vom 1. November 1938. S. 91 — Bekanntmachung über Änderung der Gemarkungsgrenzen zwischen der Gemeinde Kellterbach und der selbständigen Gemarkung Mönchswald. S. 91 — Bekanntmachung, das Gesetz über die Aufschließung von Wohnsiedlungsgebieten vom 22. September 1933; hier: das Wohnsiedlungsgebiet Darmstadt betreffend. S. 91 — Bekanntmachung, das Gesetz über die Aufschließung von Wohnsiedlungsgebieten vom 22. September 1933; hier: das Wohnsiedlungsgebiet Gießen betreffend. S. 92 — Bekanntmachung, das Gesetz über die Aufschließung von Wohnsiedlungsgebieten vom 22. September 1933; hier: das Wohnsiedlungsgebiet Bingen betreffend. S. 92 — Bekanntmachung, das Gesetz über die Aufschließung von Wohnsiedlungsgebieten vom 22. September 1933; hier: das Wohnsiedlungsgebiet Friedberg—Bad Nauheim im Landkreis Friedberg betreffend. S. 92 — Bekanntmachung, das Gesetz über die Aufschließung von Wohnsiedlungsgebieten vom 22. September 1933; hier: das Wohnsiedlungsgebiet Michelstadt—Erbach im Landkreis Erbach betreffend. S. 92 — Bekanntmachung, das Gesetz über die Aufschließung von Wohnsiedlungsgebieten vom 22. September 1933; hier: das Wohnsiedlungsgebiet Worms betreffend. S. 93 — Bekanntmachung, das Gesetz über die Aufschließung von Wohnsiedlungsgebieten vom 22. September 1933; hier: das Wohnsiedlungsgebiet Bensheim—Heppenheim im Landkreis Bergstraße betreffend. S. 93 — Bekanntmachungen, Ortstlasseneinteilung betreffend. S. 93 und 94 — Bekanntmachung, Technische Assistentinnen — RdErl. d. RMdZ. vom 27. September 1938 — IV g 2031/38—5410 betreffend. S. 95 — Teil II: Öffentliche Belobigung. S. 96 — Personalsnachrichten. S. 96 — Sterbefälle. S. 97 — Namensänderungen. S. 98.

Teil I

Im Namen des Reichs

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Hundesteuer vom 1. November 1938.

Vom 11. Mai 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen hat als Führer der Landesregierung das folgende Gesetz mit Zustimmung der Reichsregierung beschlossen, das hiermit im Namen des Reichs verkündet wird:

Artikel 1

Artikel 1 Ziffer 4 des Gesetzes über die Hundesteuer vom 1. November 1938 (Reg.-Bl. S. 105) wird, wie folgt, neu gefaßt:

„4. Zuständig für die Verfolgung von Zuwiderhandlungen gegen das Hundesteuergesetz sind in den Landkreisen die Landräte und in den Stadtkreisen die Oberbürgermeister; über Beschwerden gegen deren Verfügungen entscheidet der Reichsstatthalter in Hessen — Landesregierung —.“

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. November 1938 an in Kraft.

Darmstadt, den 11. Mai 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

Sprengrer.

Bekanntmachung über Änderung der Gemarkungsgrenzen zwischen der Gemeinde Kellterbach und der selbständigen Gemarkung Mönchswald.

Vom 15. Mai 1939.

Der Landrat des Landkreises Groß-Gerau hat durch Entscheidung vom 14. März 1939 gemäß §§ 13, 15 und 117 der DGO. in Verbindung mit § 36 Abs. 1 Ziffer 2 der Ersten Durchführungsverordnung hierzu mit Wirkung vom 1. April 1939 den südlich der Reichsautobahnlinie Frankfurt—Köln gelegenen Teil der Gemarkung Kellterbach aus dieser Gemarkung ausgegliedert und in die selbständige Gemarkung Mönchswald eingegliedert und den nördlich der vorerwähnten Autobahnlinie bis zur Reichsbahnlinie Mainz—Frankfurt gelegenen Teil der selbständigen Gemarkung Mönchswald aus dieser Gemarkung ausgegliedert und in die Gemeindegemarkung Kellterbach eingegliedert, was hiermit bekannt gemacht wird.

Darmstadt, den 15. Mai 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

Abteilung III (Innere Verwaltung).

Bekanntmachung, das Gesetz über die Aufschließung von Wohnsiedlungsgebieten vom 22. September 1933; hier: das Wohnsiedlungsgebiet Darmstadt betreffend.

Vom 20. Mai 1939.

Auf Grund des Gesetzes vom 22. September 1933 über die Aufschließung von Wohnsiedlungsgebieten

ten (Reichsgesetzbl. I S. 659) werden folgende Gebiete mit Wirkung vom 1. Juli 1939 zum Wohnsiedlungsgebiet erklärt:

1. Stadt Darmstadt mit Arheilgen und Eberstadt,
2. Traisa,
3. Nieder-Ramstadt,
4. Griesheim,
5. Weiterstadt.

Darmstadt, den 20. Mai 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: **K e i n e r.**

Bekanntmachung, das Gesetz über die Aufschließung von Wohnsiedlungsgebieten vom 22. September 1933; hier: das Wohnsiedlungsgebiet Gießen betreffend.

Bom 20. Mai 1939.

Auf Grund des Gesetzes vom 22. September 1933 über die Aufschließung von Wohnsiedlungsgebieten (Reichsgesetzbl. I S. 659) werden folgende Gebiete mit Wirkung vom 1. Juli 1939 zum Wohnsiedlungsgebiet erklärt:

1. Stadt Gießen mit Schiffenberg, Klein-Linden und Wiesef,
2. Annerod,
3. Rödgen,
4. Leihgestern,
5. Heuchelheim.

Darmstadt, den 20. Mai 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: **K e i n e r.**

Bekanntmachung, das Gesetz über die Aufschließung von Wohnsiedlungsgebieten vom 22. September 1933; hier: das Wohnsiedlungsgebiet Bingen betreffend.

Bom 20. Mai 1939.

Auf Grund des Gesetzes vom 22. September 1933 über die Aufschließung von Wohnsiedlungsgebieten (Reichsgesetzbl. I S. 659) werden folgende Gebiete mit Wirkung vom 1. Juli 1939 zum Wohnsiedlungsgebiet erklärt:

1. Stadt Bingen,
2. Gau-Algesheim,
3. Ingelheim,
4. Heidesheim,
5. Wadernheim.

Darmstadt, den 20. Mai 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: **K e i n e r.**

Bekanntmachung, das Gesetz über die Aufschließung von Wohnsiedlungsgebieten vom 22. September 1933; hier: das Wohnsiedlungsgebiet Friedberg—Bad Nauheim im Landkreis Friedberg betreffend.

Bom 20. Mai 1939.

Auf Grund des Gesetzes vom 22. September 1933 über die Aufschließung von Wohnsiedlungsgebieten (Reichsgesetzbl. I S. 659) werden folgende Gebiete mit Wirkung vom 1. Juli 1939 zum Wohnsiedlungsgebiet erklärt:

1. Friedberg,
2. Bad Nauheim,
3. Bugbach,
4. Ockstadt mit Stragheim,
5. Dorheim,
6. Obermörten mit Hasselheck,
7. Niedermörten,
8. Rödgen,
9. Wisselsheim,
10. Schwalheim,
11. Steinfurth,
12. Griedel,
13. Hausen mit Des,
14. Kirchgöns,
15. Bohlöns,
16. Nieder-Weisel,
17. Ostheim.

Darmstadt, den 20. Mai 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: **K e i n e r.**

Bekanntmachung, das Gesetz über die Aufschließung von Wohnsiedlungsgebieten vom 22. September 1933; hier: das Wohnsiedlungsgebiet Michelstadt—Erbach im Landkreis Erbach betr.

Bom 20. Mai 1939.

Auf Grund des Gesetzes vom 22. September 1933 über die Aufschließung von Wohnsiedlungsgebieten (Reichsgesetzbl. I S. 659) werden folgende Gebiete mit Wirkung vom 1. Juli 1939 zum Wohnsiedlungsgebiet erklärt:

1. Michelstadt,
2. Erbach,
3. Dorf Erbach,
4. Steinbach,
5. Stodheim.

Darmstadt, den 20. Mai 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: **K e i n e r.**

Bekanntmachung, das Gesetz über die Aufschliebung von Wohnsiedlungsgebieten vom 22. September 1933; hier: das Wohnsiedlungsgebiet Worms betreffend.

Worm 26. Mai 1939.

In Ergänzung der Bekanntmachung vom 11. April 1939 ordne ich an.

Die Erklärung der Gemarkungen:

Worms mit Neuhausen, Hochheim und Pfiffelgheim,
Herrnsheim,
Pfeddersheim,
Leiselheim,
Wies-Oppenheim,
Weinsheim,
Horchheim,
Bürstadt,
Birnheim,
Lampertheim mit Hüttenfeld

zum Wohnsiedlungsgebiet tritt mit Wirkung vom 1. Juni 1939 in Kraft.

Darmstadt, den 26. Mai 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: Reiner.

Bekanntmachung, das Gesetz über die Aufschliebung von Wohnsiedlungsgebieten vom 22. September 1933; hier: das Wohnsiedlungsgebiet Bensheim-Heppenheim im Landkreis Bergstraße betreffend.

Worm 26. Mai 1939.

In Ergänzung der Bekanntmachung vom 4. April 1939 ordne ich an.

Die Erklärung der Gemarkungen:

Bensheim mit Auerbach, Schönberg und Zell,
Zwingenberg,
Lorsch und
Heppenheim

zum Wohnsiedlungsgebiet tritt mit Wirkung vom 1. Juni 1939 in Kraft.

Darmstadt, den 26. Mai 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: Reiner.

Bekanntmachung, Ortsklasseneinteilung betreffend.

Worm 23. Mai 1939.

Nachdem durch Erlaß vom 14. Dezember 1938 die Gemeinden Nieder-Zingelheim, Ober-Zingelheim und Frei-Weinheim im Kreis Bingen mit Wirkung

vom 1. April 1939 an zu einer neuen Gemeinde Zingelheim a. Rh. vereinigt worden sind, hat auf Grund der Vorschrift in Nr. 6 der Ausführungsanweisung zur Verordnung über die Ortsklasseneinteilung bei Eingemeindungen vom 21. Januar 1927 (Reichsbesoldungsblatt 1927, Seite 10) und nach Artikel 12 des hessischen Besoldungsgesetzes vom 30. März 1928 vom 1. April 1939 an die Zahlung des höheren Wohnungsgeldzuschusses für Zingelheim a. Rh. (Ortsklasse B) auch für die bisherige Gemeinde Frei-Weinheim zu erfolgen.

In Abänderung und Ergänzung der Bekanntmachung über das Ortsklassenverzeichnis vom 28. Oktober 1924 (Reg.-Bl. S. 362) wird die Aenderung hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Darmstadt, den 23. Mai 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: Reiner.

Bekanntmachung, Ortsklasseneinteilung betreffend.

Worm 23. Mai 1939.

Nachdem durch Erlaß vom 16. März 1939 die Gemeinden Kempten und Gausheim im Kreis Bingen mit Wirkung vom 1. April 1939 an in die Stadt Bingen eingegliedert worden sind, hat auf Grund der Vorschrift in Nr. 6 der Ausführungsanweisung zur Verordnung über die Ortsklasseneinteilung bei Eingemeindungen vom 21. Januar 1927 (Reichsbesoldungsblatt 1927, Seite 10), die nach Artikel 12 des Besoldungsgesetzes vom 30. März 1928 auch für Hessen Anwendung zu finden hat, vom Tage der Eingemeindung an (1. April 1939) die Zahlung des höheren Wohnungsgeldzuschusses für den Hauptort Bingen (Ortsklasse A) zu erfolgen.

In Abänderung und Ergänzung der Bekanntmachung über das Ortsklassenverzeichnis vom 28. Oktober 1924 (Reg.-Bl. S. 362) wird die Aenderung hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Darmstadt, den 23. Mai 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: Reiner.

Bekanntmachung, Ortsklasseneinteilung betreffend.

Worm 23. Mai 1939.

Nachdem durch Erlaß vom 14. Dezember 1938 die Gemeinde Dornberg im Landkreis Groß-Gerau mit Wirkung vom 1. April 1939 an in die

Stadt Groß-Gerau eingegliedert worden ist, hat auf Grund der Vorschrift in Nr. 6 der Ausführungsanweisung zur Verordnung über die Ortsklasseneinteilung bei Eingemeindungen vom 21. Januar 1927 (Reichsbesoldungsblatt 1927, Seite 10), die nach Artikel 12 des Besoldungsgesetzes vom 30. März 1928 auch für Hessen Anwendung zu finden hat, vom Tage der Eingemeindung an (1. April 1939) die Zahlung des höheren Wohnungsgeldzuschusses für den Hauptort **G r o ß - G e r a u** (Ortsklasse B) zu erfolgen.

In Abänderung und Ergänzung der Bekanntmachung über das Ortsklassenverzeichnis vom 28. Oktober 1924 (Reg.-Bl. S. 362) wird die Aenderung hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Darmstadt, den 23. Mai 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: **K e i n e r.**

Bekanntmachung, Ortsklasseneinteilung betreffend.

Vom 23. Mai 1939.

Nachdem durch Erlaß vom 28. Februar 1939 die Gemeinden Mühlheim und Dietesheim im Kreis Offenbach mit Wirkung vom 1. April 1939 an zu einer neuen Gemeinde Mühlheim a. M. vereinigt worden sind, hat auf Grund der Vorschrift in Nr. 6 der Ausführungsanweisung zur Verordnung über die Ortsklasseneinteilung bei Eingemeindungen vom 21. Januar 1927 (Reichsbesoldungsblatt 1927, Seite 10) und nach Artikel 12 des hessischen Besoldungsgesetzes vom 30. März 1928 vom 1. April 1939 an die Zahlung des höheren Wohnungsgeldzuschusses für Mühlheim a. M. (Ortsklasse B) auch für die bisherige Gemeinde Dietesheim zu erfolgen.

In Abänderung und Ergänzung der Bekanntmachung über das Ortsklassenverzeichnis vom 28. Oktober 1924 (Reg.-Bl. S. 362) wird die Aenderung hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Darmstadt, den 23. Mai 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: **K e i n e r.**

Bekanntmachung, Ortsklasseneinteilung betreffend.

Vom 23. Mai 1939.

Nachdem durch Erlaß vom 22. Februar 1939 die Gemeinden Blikenrod und Rudlos im Kreis Lauterbach mit Wirkung vom 1. April 1939 an in die Stadt Lauterbach eingegliedert worden sind, hat auf Grund der Vorschrift in Nr. 6 der Ausführungsanweisung zur Verordnung über die Ortsklasseneinteilung bei Eingemeindungen vom 21. Januar 1927 (Reichsbesoldungsblatt 1927, Seite 10), die nach Artikel 12 des Besoldungsgesetzes vom 30. März 1928 auch für Hessen Anwendung zu finden hat, vom Tage der Eingemeindung an (1. April 1939) die Zahlung des höheren Wohnungsgeldzuschusses für den Hauptort **L a u t e r b a c h** (Ortsklasse B) zu erfolgen.

In Abänderung und Ergänzung der Bekanntmachung über das Ortsklassenverzeichnis vom 28. Oktober 1924 (Reg.-Bl. S. 362) wird die Aenderung hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Darmstadt, den 23. Mai 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: **K e i n e r.**

Bekanntmachung, Ortsklasseneinteilung betreffend.

Vom 23. Mai 1939.

Nachdem durch Erlaß vom 22. Februar 1939 die Gemeinden Auerbach, Schönberg und Zell im Kreis Bensheim mit Wirkung vom 1. April 1939 an in die Stadt Bensheim eingegliedert worden sind, hat auf Grund der Vorschrift in Nr. 6 der Ausführungsanweisung zur Verordnung über die Ortsklasseneinteilung bei Eingemeindungen vom 21. Januar 1927 (Reichsbesoldungsblatt 1927, Seite 10), die nach Artikel 12 des Besoldungsgesetzes vom 30. März 1928 auch für Hessen Anwendung zu finden hat, vom Tage der Eingemeindung an (1. April 1939) die Zahlung des höheren Wohnungsgeldzuschusses für den Hauptort **B e n s h e i m** (Ortsklasse B) zu erfolgen.

In Abänderung und Ergänzung der Bekanntmachung über das Ortsklassenverzeichnis vom 28. Oktober 1924 (Reg.-Bl. S. 362) wird die Aenderung hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Darmstadt, den 23. Mai 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: **K e i n e r.**

Bekanntmachung, Technische Assistentinnen —
RdErl. d. RMdZ. vom 27. September 1938 —
IV g 2031/38—5410 betreffend.
 Vom 12. Mai 1939.

Im Lande Hessen können technische Praktikantinnen an folgenden medizinischen Instituten die halbjährige praktische Tätigkeit gemäß § 18 der Vorschriften für die Staatliche Prüfung von tech-

nischen Assistentinnen vom 15. Februar 1939
 BMBL. S. 194 ableisten.

Darmstadt, den 12. Mai 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

Abteilung III (Innere Verwaltung).

Name der Krankenanstalt oder des wissenschaftlichen Instituts Land Hessen	Zahl der Praktikantinnen für		
	nur Labor- arbeiten	nur Röntgen- arbeiten	Labor- und Röntgen- arbeiten
Anatomische Anstalt der Landesuniversität Gießen	1	—	—
Pathologisches Institut der Landesuniversität Gießen	3	—	—
Pharmakologisches Institut der Landesuniversität Gießen	1	—	—
Hygienisches Institut der Landesuniversität Gießen	4	—	—
Medizinische Klinik der Landesuniversität Gießen	2	2	—
Kinderklinik der Landesuniversität Gießen	1	1	—
Chirurgische Klinik der Landesuniversität Gießen	1	1	—
Frauenklinik der Landesuniversität Gießen	2	1	—
Ohrenklinik der Landesuniversität Gießen	1	—	—
Veterinär-anatomisches Institut der Landesuniversität Gießen	1	—	—
Chirurgische Veterinärklinik der Landesuniversität Gießen	1	1	—
Veterinärpathologisch-anatomisches Institut der Landesuniversität Gießen	1	—	—
Medizinische Veterinärklinik der Landesuniversität Gießen	2	—	—
Staatliches Untersuchungsamt für Infektionskrankheiten Gießen	2	—	—
Staatliches Veterinäruntersuchungsamt Gießen	1	—	—
Medizinische Poliklinik in Gießen	2	—	—
Physiologisch-chemisches Institut der Landesuniversitätsklinik Gießen	2	—	—
Laboratorium der Landes-Heil- und Pflgeanstalt Gießen	2	—	—
Eleonoren-Heilstätte für Frauen und Kinder in Winterkassen (Kreis Bergstraße)	—	1	—
Pathologisches Institut des Stadtkrankenhauses Darmstadt	3	—	—
Stadtkrankenhaus in Darmstadt	2	1	—
Röntgeninstitut der Allgemeinen Ortskrankenkasse Darmstadt	—	1	—
Staatliches Medizinisch-diagnostisches Institut Bad-Nauheim	1	1	—
Kerdhoff-Institut Bad-Nauheim	2	—	—
Versorgungskuranstalt in Bad-Nauheim	1	—	—
Städtisches Krankenhaus in Friedberg	1	—	—
Städtisches Krankenhaus in Mainz	3	2	—
Physikalisch-therapeutisches Institut „Neubrunnenbad“ in Mainz	—	2	—
Physikalisch-chemisches Institut der Landesuniversität Gießen	—	2	—
Nervenlinik der Landesuniversität in Gießen	1	2	—
Orthopädische Universitätsklinik in Gießen	—	1	—
Physiologisch-chem. Universitäts-Institut	2	—	—
Stadtkrankenhaus in Offenbach	2	1	—
Stadtkrankenhaus in Worms	3	3	—
Dermatologische Universitätsklinik Gießen	1	—	—
Städtisches Krankenhaus in Bad-Nauheim	—	1	—
Ambulatorische und geburtshilfliche Veterinärklinik der Universität Gießen	1	—	—
Lupusheilstätte in Gießen	—	—	2
E. Merck Chemische Fabrik in Darmstadt	1	—	—

Seit II

Landesregierung

Öffentliche Belobigung.

Der Schulverwalter Philipp Wicht in Lorsch, Kreis Bergstraße, hat am 19. Juli 1938 einen Menschen vom Tode des Ertrinkens aus dem Titisee gerettet. Für diese Rettungstat spreche ich ihm im Namen des Führers und Reichskanzlers die öffentliche Belobigung aus.

Darmstadt, den 4. April 1939.

Springer.

Personalnachrichten

Versezt wurden:

der Forstmeister Karl Simon in die Abteilung V. (Forstverwaltung) der Hess. Landesregierung, mit Wirkung vom 1. Mai an;

am 20. März der Vermessungssekretär Georg Schmitt in Darmstadt an die Abteilung I der Hess. Landesregierung mit dem Auftrag, von dem Tage des Dienstantritts die Amtsbezeichnung „Verwaltungssekretär“ zu führen, der Verwaltungssekretär Edmund Gollasch an die Abteilung VI (Landwirtsch.) mit der Amtsbezeichnung „Vermessungssekretär“;

am 13. April der Revierförster Karl Winter zu Harreshausen in die Försterei Vorderwall des Forstamts Lampertheim;

am 15. April der Revierförster Wilhelm Wolf zu Rimbach i. Odw. in die Försterei Kirschhausen des Forstamts Heppenheim.

Versezt wurden in gleicher Dienst Eigenschaft:

der Gewerbelehrer Otto Schmid zu Lampertheim in eine Gewerbelehrerstelle an der Berufsschule zu Worms, der Gewerbestudienrat Dr. Heinrich Winter zu Heppenheim in die Stelle eines Gewerbestudienrats an der Berufsschule zu Bensheim, Kreis Bergstraße, der Berufsschullehrer Josef Wolf zu Heppenheim a. d. B. in eine Berufsschullehrerstelle an der Berufsschule zu Bensheim, Kreis Bergstraße, sämtlich mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an;

der Verwaltungssekretär Karl Martin in Darmstadt an das Personalamt der Hessischen Landesregierung, mit Wirkung vom 15. März an;

der Landeshauptkassenoberbuchhalter Hans Gölner an die Abteilung IV. (Finanzverwaltung) der Hessischen Landesregierung, mit Wirkung vom 16. März an;

der Lehrer Julius Wörner zu Nierstein in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Mainz, der Vermessungsinspektor Josef Millmann bei der Vermessungsdienststelle Dieburg an die Vermessungsdienststelle Groß-Gerau, der Studienrat August Köppler zu Alzen in eine Studienratsstelle an dem Volksgang-Ernst-Gymnasium in Bidingen, der Studienrat Lic. Heinrich Eidenmüller zu Bidingen in eine Studienratsstelle an der Oberschule für Jungen in Alzen, der Studienrat Wilhelm Schnabel zu Mainz in eine Studienratsstelle an der Gutenberg-Schule, Oberschule für Jungen in Mainz, die Lehrerin Mathilde Stamm zu Schaafheim in eine Lehrerinstelle an der Volksschule zu Grünberg, Kreis Gießen, der Revierförster Christian Weiß zu Forsthaus Hohenstein in die Försterei Schwanheim des Forstamts Bensheim, sämtlich mit Wirkung vom 1. April an;

der Lehrer Karl Becker zu Raichen in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Ober-Eschbach, Kreis Friedberg, die Lehrerin Maria Dehlinger zu Heubach/Odw. in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Groß-Gumpen, Kreis Erbach/Odw., der Lehrer August Breuer zu Rendel in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Hoch-Weißel, Kreis Friedberg, der Lehrer Peter Hofferbert zu Groß-Gumpen in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Reichelsheim, Kreis Erbach, der Lehrer Kurt Leist zu Münzenberg in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Raichen, Kreis Friedberg, der Lehrer Christian Wießler zu Fürfeld in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Mainz, der Studienrat Ludwig Ebert, bisher an der Oberstufe für Jungen in Alzen in eine Studienratsstelle an der Oberschule für Jungen in Aufbauform zu Alzen, der Studienrat Dr. Jakob Graf zu Rüsselsheim in eine Studienratsstelle an der Hermann-Göring-Schule, Oberschule für Jungen in Mainz, die Lehrerin Barbara Koch zu Budenheim in eine Lehrerinstelle an der Volksschule zu Mainz, der Lehrer Karl Haas zu Rimhorn in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Weiten-Gesäß, Kreis Erbach, der Lehrer Georg Hofmeyer zu Weiten-Gesäß in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Rimhorn, Kreis Erbach, der Oberstudiendirektor Dr. Heinrich Gräf zu Mainz an die Ernst-Ludwig-Schule, Oberschule für Jungen in Bad Nauheim, der Oberstudiendirektor Dr. Albert Streuber zu Bad Nauheim an die Schlageter-Schule, Oberschule für Jungen in Worms, der Studienrat Otto Heß an dem Landgraf-Ludwig-Gymnasium zu Gießen in eine Studienratsstelle an der Oberschule für Mädchen in Gießen, der Studienrat Valentin Jennewein am Gym-

nasium zu Worms in eine Studienratsstelle an der Schlageter-Schule, Oberschule für Jungen zu Worms, der Lehrer Jakob Schmitt zu Siefersheim, Kreis Alzen, in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Alzen, der Oberstudien-
direktor Dr. Ernst Käß zu Worms an das Adam-Rarrillon-Gymnasium in Mainz, der Studienrat Franz Schreiber zu Mainz in eine Studienratsstelle an der Augustinerschule, Oberschule für Jungen in Friedberg, der Studiendirektor Dr. Georg Walter zu Buchbach in eine Studienratsstelle an der Oberschule für Mädchen in Gießen, der Lehrer Hans Fern-
ges zu Groß-Winternheim in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Giedern, Kreis Büdingen, der Lehrer Hans Heinrich Schaus zu Ufen-
born, Kreis Büdingen, in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Rohrbach, Kreis Büdingen, die Studienrätin Dr. Magdalene Herr-
mann, bisher an der Frauenlob-Schule, Oberschule für Mädchen zu Mainz in eine Studienratsstelle an der Eleonoren-Schule, Oberschule für Mädchen zu Worms, der Stu-
dienrat Dr. Hugo Stumm, bisher an der Oberschule für Jungen zu Heppenheim, Kreis Bergstraße, in eine Studienratsstelle an der
Oberschule für Mädchen zu Mainz, der Studien-
rat Wilhelm Weinel, bisher an der Ober-
schule für Jungen zu Grünberg, Kreis Gießen, in eine Studienratsstelle an der Gutenberg-
Schule, Oberschule für Jungen zu Mainz, sämt-
lich mit Wirkung vom 13. April an;

der Revierförster Wilhelm Schweinhart
zu Forsthaus bei Untergimpeln in die Försterei
Hohenstein des Forstamts Heppenheim, mit
Wirkung vom 15. April an;

der Lehrer Adolf Hartmann zu Altheim in
eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Rüssels-
heim, Kreis Groß-Gerau, der Lehrer Walter
Grundke zu Bitterweil, Kreis Friedberg, in
eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Groß-
Bieberau, Kreis Dieburg, der Forstmeister Lud-
wig Georgi zu Grebenau in das Forstamt
Grebenhain, der Studienrat Friedrich Elbert
zu Alzen in eine Studienratsstelle an der Ober-
schule für Jungen in Alzen, der Berufsschul-
lehrer Franz Salin, z. St. Mainz, in eine
Berufsschullehrerstelle an der Berufsschule im
Bezirk Oppenheim, Kreis Mainz, sämtlich mit
Wirkung vom 1. Mai an;

der Lehrer Albrecht Jung zu Altheim, Kreis
Friedberg, in eine Lehrerstelle an der Volks-
schule zu Melbach, Kreis Friedberg, mit Wir-
kung vom 1. Juni an;

am 30. März: der Verwaltungsoberinspektor
Paul Blacha zu Darmstadt in eine Verwal-
tungsoberinspektorenstelle bei der Abtlg. VII
der Hessischen Landesregierung;

am 5. April: der Studienrat Nikolaus Lan-
gelott zu Groß-Bieberau in eine Studien-
ratsstelle an der Goethe-Schule, Oberschule für
Jungen, in Neu-Isenburg;

am 21. April: der Gewerbelehrer Karl
Brüdel zu Ortenberg in eine Gewerbelehrer-
stelle an der Berufsschule zu Darmstadt.

Bestellt wurde auf Grund des § 3, Absatz 2 der
Geschäftsordnung des Denkmalsrats für das Land
Hessen durch Verfügung:

am 18. April: der Regierungsbauassessor
Heuser zum Sekretär des Denkmalsrats für
das Land Hessen unter Beibehaltung seines bis-
herigen Arbeitsgebietes.

Die mit Verfügung vom 3. Februar 1939 aus-
gesprochene Versetzung des Revierförsters Paul
Spalt in Langen in die Försterei Thomashütte
des Forstamts Langen wird zurückgenommen.

Am 1. Mai 1939 wurde Revierförster Hermann
Meh zu Eichelsachsen mit der Wahrnehmung
der Dienstobliegenheiten eines hauptamtlichen
Arbeitslehrers im Ausbildungslager für die
deutsche Waldarbeit in Schotten beauftragt.

Sterbefälle.

Gestorben sind:

Dezember 1938

am 5. der Zeichenoberlehrer August Poths an
der Volksschule in Mainz, zuletzt wohnhaft in
Mainz, Koberstraße 3;

Januar 1939:

am 14. der Direktor a. D. Wilhelm Haug zu
Mittenberg a. M.;

am 19. der Rektor a. D. Friedrich Andreas
Schmiz, wohnhaft zu Mainz-Brechheim;

am 22. der ordentliche Professor Max Hummel
an der Technischen Hochschule in Darmstadt;

am 24. der Institutsgehilfe a. D. Georg Bayer
in Gießen;

am 27. der Lehrer a. D. Johannes Müller, zu-
letzt wohnhaft in Darmstadt;

am 28. der Lehrer a. D. Karl Leib, Gießen, Am
Nahrungsberg 53;

am 29. der Oberförster a. D. Geh. Forstrat Eduard
Trautwein in Gießen;

am 30. der Förster a. D. Johann Adam Engel
in Kellertbach;

Februar 1939:

am 1. der Oberrechnungsrat a. D. Philipp
Bauer in Darmstadt;

am 5. der Vermessungsinspektor Johannes Aft-
heimer in Groß-Gerau;

- am 8. die Lehrerin a. D. Marie Zimmermann zu Gießen;
 am 9. der Vermessungsobersekretär a. D. Wilhelm Hofferbert zu Darmstadt;
 am 10. der Lehrer a. D. Philipp Heinrich Georg Eimer, zuletzt wohnhaft in Wiesbaden;
 am 11. der Lehrer a. D. Georg Käßler in Heuchelheim;
 am 13. der Förster a. D. Philipp Hirsch in Weiterstadt;
 am 14. der Oberstudienrat a. D. Geh. Schulrat Professor Dr. Hch. Schrohe in Mainz, Fischtorplatz 22;
 der Oberstudiendirektor a. D. Dr. Johannes Ledroit, wohnhaft zu Mainz;
 am 15. der Staatsrat a. D. Dr. Eugen Wagner, wohnhaft in Darmstadt, Zahnstraße 127;
 am 16. der Lehrer a. D. Friedrich Kossbach, zuletzt wohnhaft in Friedberg;
 der Geh. Forstrat a. D. Karl Kullmann zu Darmstadt;
 am 17. der Revierförster Heinrich Kromm zu Kirchhausen, Forstamt Heppenheim;
 der Lehrer a. D. Karl Josef Freund, wohnhaft zu Ohmes, Kreis Alsfeld;
 am 18. der Oberforstmeister a. D. Hugo Gilmer in Hirschhorn;
 der Geh. Schulrat Oberrealschuldirektor a. D. Hermann Jäger, zuletzt wohnhaft in Köln-Klettenberg;
 der Amtsobergehilfe Franz Ludwig Nöth in Offenbach a. M.;
 am 22. der Amtsgehilfe Georg Gunkel, wohnhaft zu Worms;
 der Rektor a. D. Martin Best, zuletzt wohnhaft in Heilbronn a. M.;
 am 25. der Ranglist a. D. Emil Gersfelder in Darmstadt;
 der Polizeiobermeister a. D. Heinrich Nennstiel in Neu-Isenburg.
 am 27. der Rechnungsrat a. D. Georg Feiß zu Darmstadt;
 am 28. der Verwaltungsassistent Heinrich Dehler beim Forstamt Grebenhain;
- März 1939**
- am 1. der Professor Dr. Leopold Cordier, wohnhaft zu Gießen;
 am 3. der Direktor a. D. Ludwig Knöpfel zu Darmstadt, Grüner Weg 14;
 am 4. der Professor Dr. Ludwig Wagner, Direktor der Staatsschule für Kunst und Handwerk, Mainz, zuletzt wohnhaft in Mainz;
 der Geh. Hofrat Prof. a. D. Reinhold Müller, wohnhaft in Darmstadt;

- am 9. der Arbeitshauswachmeister a. D. Georg Häffner in Dieburg;
 am 10. der Gendarmeriehauptwachmeister Johannes Hase in Nieder-Ohmen, Kreis Alsfeld;
 am 16. der Gendarmeriewachmeister a. D. Heinrich Steuernagel in Bingen;
 der Lehrer a. D. Alfred Lipp, wohnhaft zu Biernheim;
 am 22. der Berufsschullehrer a. D. Ludwig Rothermel, wohnhaft in Worms;
 am 25. der Lehrer Heinrich Maus zu Wilbel;
 am 29. der Rechnungsdirektor a. D. Adam Mahr, Darmstadt, Kofsdörfer Straße 85;
 am 31. der Kriminalpolizeimeister a. D. Johann Moos in Darmstadt, Teichhausstraße 50;
- April 1939**

- am 6. der Revierförster a. D. Leonhard Götz in Dorf-Erbach.
 am 12. der Oberforstmeister a. D. Karl Schneider in Grünberg/Hessen;
 am 13. der Gend.-Meister a. D. Ludwig Nikolaus in Kellterbach a. M.;
 am 16. der Verwaltungssekretär a. D. Jakob Lamp zu Gießen, Schillerstraße 27;
 am 20. der Gärtner a. D. Wendel Weber in Erfelden, Bismarckstraße 4;
 am 24. der Verwaltungssekretär a. D. Karl Wiesensthal zu Darmstadt;
 am 27. der Förster a. D. Philipp Laudenberger zu Bielbrunn;
- Mai 1939**
- am 2. der Pol.-Kommissar a. D. Karl Landmann zu Offenbach a. M.

Namensänderungen.

April 1939

- am 13. wurde der Irmgard Elisabeth Kamser, geboren am 29. April 1934 in Mainz, wohnhaft in Wuppertal-Ronsdorf, Reinschagener Straße Nr. 48 (gesetzlich vertreten durch den Landrat — Jugendamt — in Mainz als Amtsvormund) gestattet, an Stelle ihres bisherigen Familiennamens in Zukunft den Familiennamen „Gries“ —,

Mai 1939

- am 5. wurde dem Ernst Ferdinand Curt Müller, geboren am 10. November 1894 in Görlik, wohnhaft in Mainz, Horst-Wessel-Platz 10, gestattet, an Stelle seines bisherigen Familiennamens in Zukunft den Familiennamen „Müller-Klingpor“ zu führen.

Hessisches Regierungsblatt

1939

Darmstadt, den 21. Juni 1939

Nr. 12

Inhalt: Teil I: Gesetz über die Angleichung der Besoldung der hessischen Staatsbeamten an die Besoldung der Reichsbeamten. S. 99.

Teil I

Gesetz

über die Angleichung der Besoldung der hessischen Staatsbeamten an die Besoldung der Reichsbeamten.

Vom 31. Mai 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen hat als Führer der Landesregierung das folgende Gesetz mit Zustimmung der Reichsregierung beschlossen, das hiermit im Namen des Reichs verkündet wird.

§ 1.

(1) Das Reichsbesoldungsgesetz vom 16. Dezember 1927 (Reichsgesetzbl. I S. 349) gilt vom 1. April 1938 an in der jeweiligen Fassung entsprechend für die Dienstbezüge der planmäßigen und außerplanmäßigen hessischen Staatsbeamten, die bisher durch das hessische Besoldungsgesetz vom 30. März 1928 (Reg.-Bl. S. 49), seine Ergänzungen und Änderungen geregelt sind. Dabei treten an die Stelle der Anlage 1 (Besoldungsordnung) Anlage 2 (Wohnungsgeldzuschuß) und Anlage 3 (Bezüge der nicht planmäßigen Staatsbeamten — Staatsdienstanwärter —) des Besoldungsgesetzes vom 30. März 1928 die Anlagen 1 bis 3 dieses Gesetzes, und an die Stelle der nach dem Reichsbesoldungsgesetz für die Durchführung zuständigen Behörden des Reichs die entsprechenden Behörden Hessens.

(2) Die im Anhang zur Besoldungsordnung — Anlage 1 — dieses Gesetzes aufgeführten Schulbeamten erhalten ihre Dienstbezüge weiter nach Maßgabe der Bestimmungen des hessischen Besoldungsgesetzes vom 30. März 1928. Bis zur endgültigen Regelung der Bezüge dieser Beamten dürfen sie oder die Anwärter für ihre Stellen, die eingestellt, planmäßig angestellt oder befördert werden, nicht in günstigere Bezüge einrücken als diejenigen, welche sie nach den für die Beamten gleicher Art in Preußen geltenden Bestimmungen erhalten würden.

(3) Die Bestimmungen des Reichsbesoldungsgesetzes vom 16. Dezember 1927 (Reichsgesetzbl. I S. 349) über Wohnungsgeldzuschuß und Kinderzuschläge gelten in der jeweiligen Fassung ent-

sprechend auch für die in Absatz 2 bezeichneten Beamten, die Bestimmungen über Wohnungsgeldzuschuß jedoch nur insoweit, als die Gesamtbezüge dieser Beamten dadurch nicht höher werden als die gleichzubewertender Reichsbeamten.

§ 2.

(1) Sind die Dienstbezüge, die einem Beamten nach dem hessischen Besoldungsgesetz vom 30. März 1928 am 31. März 1938 zugestanden haben, höher als die ihm nach diesem Gesetz zustehenden Dienstbezüge, so erhält er eine Ausgleichszulage. Diese besteht in dem Unterschiedsbetrag zwischen den bisherigen und den neuen Dienstbezügen. Bei der Berechnung des Unterschiedsbetrags bleiben außer Ansatz:

- a) Kinderzuschläge,
- b) Dienstaufwandsentschädigung.

(2) Soweit die Ausgleichszulage einem Beamten gewährt wird, der infolge der Einweisung in diese Besoldungsordnung eine Minderung des Wohnungsgeldzuschusses erfährt, bestimmt sich ihre Höhe nach dem jeweiligen dienstlichen Wohnungssitze.

(3) Die Ausgleichszulage fällt, soweit sie nicht nach der Besoldungsordnung ruhegehaltfähig ist, spätestens am 31. März 1940 fort. Bis dahin ist sie, beginnend am 1. April 1939, in gleichmäßigen Jahresbeträgen zu kürzen, soweit sie nicht schon vorher durch Erhöhung der neuen Bezüge, insbesondere durch Aufsteigen in den Dienstaltersstufen oder durch Uebertritt in eine andere Besoldungsgruppe, ausgeglichen wird. Hierbei werden nicht angerechnet Änderungen des Wohnungsgeldzuschusses, die durch Versetzung in einen anderen Ort oder durch Einweisung des Dienstorts in eine andere Ortsklasse eintreten.

(4) Beim Uebertritt in eine Besoldungsgruppe mit gleichem oder höheren Endgrundgehalte sind für die Ermittlung des nächsthöheren Grundgehaltssatzes (§ 7 des Reichsbesoldungsgesetzes) ausschließlich die Grundgehaltssätze der Reichsbesoldungsordnung maßgebend.

(5) Absatz 1 und 3 finden entsprechende Anwendung auf die Versorgungsbezüge.

§ 3.

(1) Soweit ein Beamter beim Inkrafttreten dieses Gesetzes für seine Person auf Grund besonderer Vorschrift höhere Bezüge als die seiner Planstelle erhält, behält er diese Dienstbezüge nach Maßgabe dieses Gesetzes auch nach der Ueberleitung in die Reichsbefoldungsordnung, solange sie höher sind, als die ihm nach dieser in seiner Planstelle zustehenden Dienstbezüge. § 2 findet entsprechende Anwendung.

(2) Soweit ein Beamter auf Grund besonderer Vorschrift eine andere als die mit seiner Planstelle verbundene Amtsbezeichnung führen darf, verbleibt es hierbei, bis er in eine Befoldungsgruppe befördert wird, der diese Amtsbezeichnung entspricht.

§ 4.

Beamte, die im Zuge der Umbildung der hessischen Landesverwaltung oder bei Umbildung von Landesbehörden in Stellen niedrigerer Befoldungsgruppen gekommen sind, erhalten für ihre Person die Bezüge ihrer bisherigen Befoldungsgruppe nach Maßgabe dieses Gesetzes.

§ 5.

(1) Wartegelder und sonstige Versorgungsbezüge der zum 1. April 1938 oder zu einem früheren Zeitpunkt aus dem aktiven Dienst ausgeschiedenen Beamten und ihrer Hinterbliebenen werden unbeschadet der Vorschriften in Kapitel VIII des Reichsgesetzes vom 30. Juni 1933 (Reichsgesetzbl. I S. 433) durch dieses Gesetz nicht berührt.

(2) Die Bestimmungen des Reichsbefoldungsgesetzes vom 16. Dezember 1927 (Reichsgesetzbl. I S. 349) über Wohnungsgeldzuschuß und Kinderzuschläge gelten in der jeweiligen Fassung entsprechend auch für die in Absatz 1 bezeichneten Personen.

§ 6.

Der Reichsstatthalter in Hessen — Landesregierung — erläßt die zur Durchführung und Ergänzung dieses Gesetzes erforderlichen Vorschriften. Die Einweisung der am 1. April 1938 im Amt gewesenen Beamten in die Bezüge der Befoldungsgruppen dieses Gesetzes erfolgt auf Grund eines besonderen Ueberleitungsplans.

§ 7.

Das Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. April 1938 in Kraft, soweit nicht im einzelnen ein anderer Zeitpunkt bestimmt ist.

Darmstadt, den 31. Mai 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

Sprenger.

Anlage 1.

Befoldungsordnung.

Alle Gehälter werden ebenso wie alle sonstigen fürzungspflichtigen Bezüge nach den Vorschriften der drei Gehaltsfürzungsverordnungen geführt.

Vorbemerkung: Beamtinnen in den mit einem Kreuz †) bezeichneten Stellen erhalten die Grundgehaltsätze und ruhegehaltfähigen Stellenzulagen um 10 vom Hundert geführt.

A. Aufsteigende Gehälter.

Befoldungsgruppe 1 a.

8400—9500—10 600—11 600—12 600 RM.
jährlich.

Wohnungsgeldzuschuß: III in der ersten und zweiten Dienstaltersstufe, II von der dritten Dienstaltersstufe an.

Ministerialräte.

Präsident der Gemeinderechnungskammer und des Verwaltungsgerichtshofs.

Präsident der Landesversicherungsanstalt Hessen.

Befoldungsgruppe 1 b.

6200—7000—7800—8500—9200—9900—
10 600 RM. jährlich.

Wohnungsgeldzuschuß: III.¹⁾

Regierungsdirektoren.

Direktor des Oberversicherungsamtes.

Direktor der Landes-Heil- und Pflgeanstalt „Philippshospital“.

Landforstmeister.

Nachrichtlich:

Polizeipräsidenten in den von den Reichsministern der Finanzen und des Innern bestimmten Stellen.

¹⁾ Die Beamten, die am 31. März 1936 das Endgrundgehalt der hessischen Befoldungsgruppe A 1 b und den Wohnungsgeldzuschuß II bezogen haben, erhalten für ihre Person den Wohnungsgeldzuschuß II.

Befoldungsgruppe 2 a.

4800—5400—6000—6600—7100—7600—8100—
8600—9100—9700 RM. jährlich.

Wohnungsgeldzuschuß: IV in der ersten und zweiten Dienstaltersstufe, III von der dritten Dienstaltersstufe an.

Befoldungsgruppe 2 b.

7000—7500—8000—8500—8900—9300—
9700 RM. jährlich.

Wohnungsgeldzuschuß: III.

Oberregierungs-, Oberregierungs- und Medizinal-, Oberregierungs- und Veterinär-, Oberregierungs- und Finanz-, Oberregierungs- und Bau-, Oberregierungs- und Forst¹⁾, Oberregierungs- und Landwirtschafts-, Oberregierungs- und Schul-, Oberregierungs- und Vermessungs-, Oberregierungs- und Bergräte-, Oberregierungs- und Landeskulturrat in den Abteilungen der Landesregierung.

Oberregierungsräte.

Obermedizinalräte als Amtsärzte und Leiter besonders großer Gesundheitsämter mit mindestens 4 planmäßigen Ärzten.

Direktoren der Landes-Heil- und Pflegeanstalten.

Bad- und Kurdirektor in Bad Nauheim.

Oberstudiendirektoren und Oberstudiendirektorinnen an höheren Schulen (Hollanstalten).

Direktor und Professor der Hochschule für Lehrerbildung.

Direktoren der technischen Lehranstalten in Offenbach und der Kunstgewerbeschule in Mainz²⁾.

Oberbauräte als Leiter besonders bedeutender Bauämter mit mindestens 4 planmäßigen Stellen des höheren technischen Dienstes.

¹⁾ Ein Stelleninhaber, der am 31. März 1938 im Amt war, erhält für seine Person die Bezüge der Befoldungsgruppe 7 b der Reichsbesoldungsordnung B. Er behält für seine Person die Amtsbezeichnung Landesforstmeister.

²⁾ Ein Stelleninhaber, der am 31. März 1938 bei der Kunstgewerbeschule in Mainz im Amt war, erhält für seine Person die Bezüge der bisherigen hessischen Befoldungsgruppe C 1.

Befoldungsgruppe 2 c 1. Abteilung¹⁾ ²⁾
(abgekürzt 2 c 1).

4800—5300—5800—6200—6600—7000—7400—
7800—8200—8500—8800 RM. jährlich.

Wohnungsgeldzuschuß: IV in der ersten bis dritten Dienstaltersstufe, III von der vierten Dienstaltersstufe an.

Regierungs- und Medizinal-, Regierungs- und Veterinär-, Regierungs- und Forst-, Regierungs- und Bau-, Regierungs- und Landwirtschafts-, Regierungs- und Gewerbe-, Regierungs- und Schul-, Regierungs- und Vermessungsräte.

Direktoren der Hebammenlehranstalt und Frauenklinik zu Mainz und von Landes-Heil- und Pflegeanstalten.

Direktor des Landesstatistischen Amtes.

Direktor des Staatsarchivs.

Oberbergerrat bei der Oberen Bergbehörde und Direktor des Landeseichungsamtes.

Medizinalräte als Amtsärzte und Leiter großer Gesundheitsämter mit mindestens 2 planmäßigen Ärzten.

Medizinalrat als Vorstand des Untersuchungsamtes für Infektionskrankheiten.

Medizinalrat als Oberarzt und stellvertretender Direktor der Heil- und Pflegeanstalt „Philipps-hospital“.

Medizinalrat als Direktor des Landes-Alters- und Pflegeheimes Eberstadt.

Regierungsbauräte als Leiter von großen Hoch-, Wasser- und Kulturbauämtern mit mindestens 2 Planstellen des höheren technischen Dienstes.

Oberforstmeister als Vorstände von wichtigen Forstämtern mit mindestens 2 Planstellen des höheren Dienstes.

Weinbaudirektor als Vorstand der Weinbaudomänendirektion.³⁾

Regierungsbaurat als Vorstand des Betriebsamts Bad Nauheim.

Medizinalrat als ärztlicher Leiter der medizinisch-wissenschaftlichen Abteilung der baderkundlichen Anstalt in Bad Nauheim.

Regierungs- und Kulturrat als Feldbereinigungskommissar.

Erster Gewerberat als Vorstand des Dampfesselprüfungsamts.

Erster Gewerberat als Vorstand des Gewerbeaufsichtsamts Darmstadt, zugleich Referent bei der Abteilung VIII (Arbeit und Wirtschaft) der Landesregierung.

Erster Bergerrat als Direktor der geologischen Landesanstalt.

Studiendirektoren und Studiendirektorinnen.

Oberstudienräte und f) Oberstudienrätinnen an großen Doppelanstalten.

Professoren an der Hochschule für Lehrerbildung.

Direktor der Blindenanstalt in Friedberg.

Direktor des chemischen Prüfungsamts für die Gewerbe, Untersuchungsamts für Nahrungsmittel zu Darmstadt.

Direktor des chemischen Untersuchungsamts zu Mainz.

Direktor des chemischen Untersuchungsamts zu Gießen.⁴⁾

Direktoren der zoologischen, der geologisch-mineralogischen und der Kunst- und historischen Sammlungen am Landesmuseum.

Direktoren der Adolf-Hitler-Bauschule, der Landesbibliothek, der Universitätsbibliothek und der Aufbauschule für Knaben in Friedberg.

Landräte.⁵⁾

N a c h r i c h t l i c h :

Polizeidirektoren.

¹⁾ Die am 31. März 1938 im Amte gewesenen Beamten mit der Amtsbezeichnung „Ober...rat“ behalten für ihre Person diese Amtsbezeichnung.

- 2) Die Beamten, die am 31. März 1936 das Endgrundgehalt der Gruppe A 2 b der hessischen Besoldungsordnung vom 30. März 1928 bezogen haben, erhalten eine Ausgleichszulage von 200 RM. jährlich, auf die die Vorschriften in § 3 Absatz 3 und 5 des Gesetzes über die 24. Menderung des Besoldungsgesetzes vom 13. Dezember 1935 — RGBl. I S. 1489 — entsprechend Anwendung finden.
- 3) Der Stelleninhaber, der bei der Verkündung dieses Gesetzes im Amte war, erhält als früherer Oberlandwirtschaftsrat für seine Person die Bezüge der Besoldungsgruppe A 2 b. Er führt für seine Person die Amtsbezeichnung „Domänenrat“.
- 4) Der Stelleninhaber, der am 31. März 1938 im Amte war, erhält für seine Person die Bezüge der Besoldungsgruppe A 2 a.
- 5) Ein Stelleninhaber, der am 31. März 1938 im Amte war, erhält für seine Person die Bezüge der Besoldungsgruppe 7 b der Reichsbesoldungsordnung B. Er behält für seine Person die Amtsbezeichnung „Provinzialdirektor“.

Besoldungsgruppe 2 c 2. Abteilung

(abgefürzt 2 c 2).

4800—5200—5600—6000—6400—6800—7200—
7500—7800—8100—8400 RM. jährlich.

Wohnungsgeldzuschuß: IV in der ersten bis dritten Dienstaltersstufe,
III von der vierten Dienstaltersstufe an.

Archivrat beim Staatsarchiv.

Regierungsräte.

Finanzräte.

Medizinalräte.

Medizinalräte als Amtsärzte der Gesundheitsämter (soweit nicht in Gruppe A 2 c 1).

Medizinalräte als stellvertretende Amtsärzte der Gesundheitsämter.

Medizinalräte bei Gesundheitsämtern.

Medizinalräte als Oberärzte und Anstaltsärzte in den Heil- und Pflegeanstalten.

Regierungsveterinärärzte.

Rechnungsdirektoren bei den Abteilungen der Landesregierung.

Rechnungsdirektor bei der Gemeinderechnungskammer (f. w.).

Regierungsbauräte.

Forstmeister.

Bergräte bei der Oberen Bergbehörde.

Oberapotheker als Vorstand der Apotheke der Universitätskliniken.

Projektor am veterinär-anatomischen Institut der Landesuniversität.

Landwirtschaftsräte.

Assistent-Medizinalrat beim Untersuchungsamt für Infektionskrankheiten.

Vermessungsräte.

Erster Konzertmeister am Landestheater (f. w.).
Gewerberäte beim Dampfkesselprüfungsamt und bei den Gewerbeaufsichtsämtern.

Bezirksgeologen.

Universitätsmusikdirektor (f. w.).

Regierungsräte und Akademische Turn- und Sportlehrer an der Universität Gießen und der Technischen Hochschule.

Schulräte.

Direktoren an Realschulen.

Direktor der Gehörlosenschule in Friedberg.

Studienräte und †) Studienrätinnen an den höheren Lehranstalten, den pädagogischen Instituten, den Bau-, Maschinenbau- und Kunstgewerbeschulen.

Kreisshulräte.

Bibliotheksräte an der Landesbibliothek, der Universitätsbibliothek und an der Hauptbücherei der Technischen Hochschule.

Austoden für die Sammlungen des Landesmuseums.

Dozenten und †) Dozentinnen an der Hochschule für Lehrerbildung.

Regierungschemiker.

Direktor der Landeshauptkasse.

Besoldungsgruppe 2 d.

4800—5200—5600—6000—6400—6800—7200—
7500—7800 RM. jährlich.

Wohnungsgeldzuschuß: IV in der ersten bis dritten Dienstaltersstufe,
III von der vierten Dienstaltersstufe an.

Direktor der staatlichen Betriebskrankenkasse.

Besoldungsgruppe 2 e.

3600—4000—4400—4800—5200—5600—6000—
6400—6800—7100—7400 RM. jährlich.

Wohnungsgeldzuschuß: IV in der ersten bis sechsten Dienstaltersstufe,
III von der siebenten Dienstaltersstufe an.

Vermessungsräte.

Besoldungsgruppe 3 a.

3600—4000—4400—4800—5200—5600—6000—
6300—6600—6900—7200 RM. jährlich.

Wohnungsgeldzuschuß: IV in der ersten bis sechsten Dienstaltersstufe,
III von der siebenten Dienstaltersstufe an.

Beoldungsgruppe 3 b.

4800—5200—5600—6000—6400—6700—
7000 RM. jährlich.

Wohnungsgeldzuschuß: IV in der ersten bis dritten Dienstaltersstufe,
III von der vierten Dienstaltersstufe an.

Amtmänner bei den Abteilungen der Landesregierung, der Gemeinderechnungskammer, der Landeshauptkasse und dem Staatskommissar bei der Landesbank und Landeshypothekenbank.^{1) 2)}

Direktor der Hauptregistratur der Landesregierung.¹⁾

Rechnungsdirektor bei der Landeshauptkasse.¹⁾

Verwaltungsamt männer.

Oberstaatskassier bei der Landeshauptkasse.

Hauptstaatskassiere daselbst.

Rechnungsdirektor bei der Staatsschuldenverwaltung.³⁾

Nachrichtlich:

Polizeiräte und Polizeiamtmänner.

¹⁾ Die am 31. März 1938 im Amte gewesen Beamten mit den Bezügen der bisherigen Beoldungsgruppe A 2 d erhalten für ihre Person die Bezüge weiter.

²⁾ Die am 31. März 1938 im Amte gewesen Beamten behalten die Amtsbezeichnung „Oberrechnungsrat“.

³⁾ Der am 31. März 1938 im Amte gewesene Stelleninhaber erhält für seine Person eine unwiderrufliche und ruhegehaltfähige Stellenzulage von 800 RM. jährlich.

Beoldungsgruppe 3 c.

3600—3900—4200—4500—4800—5100—5400—
5700—6000—6300—6600 RM. jährlich.

Wohnungsgeldzuschuß: IV in der ersten bis achten Dienstaltersstufe,
III von der neunten Dienstaltersstufe an.

Beoldungsgruppe 4 a.

3000—3300—3600—3900—4200—4450—4700—
4950—5200—5500—5800 RM. jährlich.

Wohnungsgeldzuschuß: V in der ersten bis dritten Dienstaltersstufe,
IV von der vierten Dienstaltersstufe an.

Beoldungsgruppe 4 b 1. Abteilung
(abgefürzt 4 b 1).

4100—4400—4700—4950—5200—5500—
5800 RM. jährlich.

Wohnungsgeldzuschuß: IV.

Regierungsoberinspektoren bei den Abteilungen der Landesregierung, der Gemeinderechnungskammer, dem bautechnischen Dienst und dem Forstwirtschaftsamt.¹⁾

Rassenoberinspektoren.¹⁾

Verwaltungsoberinspektoren.

Finanzoberinspektoren.

Regierungs-Bauoberinspektoren.

Kulturbauoberinspektoren.

Vermessungsoberinspektoren.

Nachrichtlich:

Polizeioberinspektoren.

¹⁾ Die am 31. März 1938 im Amte gewesen Beamten mit der Amtsbezeichnung „Rechnungsrat“ behalten diese Amtsbezeichnung.

Beoldungsgruppe 4 b 2. Abteilung
(abgefürzt 4 b 2).

3000—3250—3500—3750—4000—4250—4500—
4750—5000—5250—5500 RM. jährlich.

Wohnungsgeldzuschuß: V in der ersten und zweiten Dienstaltersstufe,
IV von der dritten Dienstaltersstufe an.

Ministerialoberrevisoren bei den Abteilungen der Landesregierung, dem bautechnischen Dienst und dem Forstwirtschaftsamt.

Oberrechnungsrevisoren bei der Gemeinderechnungskammer.

Regierungsoberinspektoren (soweit nicht in Gruppe A 4 b 1).

Verwaltungsoberinspektoren (soweit nicht in Gruppe A 4 b 1).

Rassenoberinspektoren (soweit nicht in Gruppe A 4 b 1).

Landeshauptkassioberbuchhalter.

Finanzoberinspektoren (soweit nicht in Gruppe A 4 b 1).

Regierungs-Bauoberinspektoren (soweit nicht in Gruppe A 4 b 1).

Kulturbauoberinspektoren (soweit nicht in Gruppe A 4 b 1).

Obersteiger (f. w.).

Vermessungsoberinspektoren (soweit nicht in Gruppe A 4 b 1).

Technischer Oberinspektor, zugleich Vorstand der staatlichen Eichungsämter.

Nachrichtlich:

Polizeioberinspektoren (soweit nicht in Gruppe A 4 b 1).

Befoldungsgruppe 4 c 1. Abteilung¹⁾

(abgefürzt 4 c 1).

2800—3100—3400—3600—3900—4150—4400—
4650—4900—5100—5300 RM. jährlich.

Wohnungsgeldzuschuß: V in der ersten und zweiten Dienstaltersstufe, IV von der dritten Dienstaltersstufe an.

Regierungsinspektoren.
Verwaltungsinspektoren.
Rasseninspektoren.
Finanzinspektoren.
Regierungsbauinspektoren.
Vermessungsinspektoren.
Kulturbauinspektoren.
Bibliotheksinspektoren und Bibliotheksinspektorinnen.
Landeshauptkassabuchhalter.

Nachrichtlich:

Polizeiinspektoren.

¹⁾ Die Beamten, die am 31. März 1936 das Endgrundgehalt der Gruppe A 4 b der hessischen Befoldungsordnung vom 30. März 1928 bezogen haben, erhalten eine Ausgleichszulage von 100 RM. jährlich, auf die die Vorschriften in § 3 Abs. 3 und 5 des Gesetzes über die 24. Änderung des Befoldungsgesetzes vom 13. Dezember 1935 — RGBl. I. S. 1489 — entsprechend Anwendung finden.

Befoldungsgruppe 4 c 2. Abteilung

(abgefürzt 4 c 2).

2800—3050—3300—3550—3800—4000—4200—
4400—4600—4800—5000 RM. jährlich.

Wohnungsgeldzuschuß: V in der ersten bis dritten Dienstaltersstufe, IV von der vierten Dienstaltersstufe an.

Ministerialkanzleiinspektoren bei den Abteilungen der Landesregierung.
Regierungsinspektoren (soweit nicht in Gruppe A 4 c 1).
Rechnungsrevisoren bei der Gemeinderrechnungskammer.
Verwaltungsinspektoren (soweit nicht in Gruppe A 4 c 1).
Landeshauptkassabuchhalter (soweit nicht in Gruppe A 4 c 1).
Rasseninspektoren (soweit nicht in Gruppe A 4 c 1).
Finanzinspektoren (soweit nicht in Gruppe A 4 c 1).
Regierungsbauinspektoren (soweit nicht in Gruppe A 4 c 1).
Kulturbauinspektoren (soweit nicht in Gruppe A 4 c 1).
Gewerbeinspektoren.¹⁾

Vermessungsinspektoren (soweit nicht in Gruppe A 4 c 1).

Steiger (f. w.).

Orchestermitglieder (f. w.).

Ein Beamter erhält für seine Person die Bezüge der Gruppe A 4 a.

Erste Violinen erhalten 150 RM. Zulage jährlich.

Zweite Stimmen erhalten 400 RM. Zulage jährlich.

Erste Stimmen erhalten 700 RM. Zulage jährlich.

Sondergruppe (4 Stellen) erhalten 1000 RM. Zulage jährlich.

Zulagen, die bereits als unwiderruflich und ruhegehaltstfähig verliehen sind, bleiben als solche bestehen.

Garteninspektoren an den botanischen Gärten.

Weinbaulehrer an der Beobachtungsstation in Bingen.

Oberreichmeister.

Archivinspektoren.

Bibliotheksinspektoren und Bibliotheksinspektorinnen (soweit nicht in Gruppe A 4 c 1).

Nachrichtlich:

Polizeiinspektoren (soweit nicht in Gruppe A 4 c 1).

¹⁾ In diese Stellen können nur Gewerbeaufsichtsbeamte eingewiesen werden, die den technischen Aufsichtsdienst wahrzunehmen haben und dazu abgeschlossener technischer Mittelschulbildung bedürfen und diese auch besitzen.

Befoldungsgruppe 4 d.

2800—3050—3300—3550—3800—4000—
4200 RM. jährlich.

(künftig wegfallend).

Wohnungsgeldzuschuß: V in der ersten bis dritten Dienstaltersstufe, IV von der vierten Dienstaltersstufe an.

Befoldungsgruppe 4 e.

2800—3000—3200—3400—3600—3800—4000—
4150—4300—4450—4600 RM. jährlich.

Wohnungsgeldzuschuß: V in der ersten bis dritten Dienstaltersstufe, IV von der vierten Dienstaltersstufe an.

Saatzuchtleiter auf dem Hardthof bei Gießen.

Betriebsleiter an der Landes-Heil- und Pflegeanstalt „Philippshospital“.

Gewerbeoberkontrolleure.

Weinbau- und Kellereiinspektoren.

Garteninspektoren an den botanischen Gärten (soweit nicht in Befoldungsgruppe A 4 c 2).

Besoldungsgruppe 4 f.

2400—2600—2800—3000—3200—3400—3600—
3800—4000—4200 RM. jährlich.

Wohnungsgeldzuschuß: V in der ersten bis fünften Dienstaltersstufe,
IV von der sechsten Dienstaltersstufe an.

Revierförster.

Obersekretär für Waldarbeit und Landesplanung.

Besoldungsgruppe 5 a.

2800—3000—3200—3400—3600—3750—3900—
4050—4200 RM. jährlich.

Wohnungsgeldzuschuß: V in der ersten bis dritten Dienstaltersstufe,
IV von der vierten Dienstaltersstufe an.

Besoldungsgruppe 5 b.

2300—2550—2800—3000—3200—3400—3600—
3800—4000—4200 RM. jährlich.

Wohnungsgeldzuschuß: V in der ersten bis fünften Dienstaltersstufe,
IV von der sechsten Dienstaltersstufe an.

Vom 1. April 1938 bis 30. Juni 1938:

Ministerialregistratoren (f. w.).

Ministerialobersekretäre (f. w.)¹⁾.

Ministerialkanzleiobersekretäre (f. w.).

Oberpräparatoren.

Restaurator am Landesmuseum.

Weinbergverwalter der Weingüter in Bingen.

Eichmeister.²⁾

Oberzeichner beim bautechnischen Dienst.

Obermaschinenmeister bei der medizinischen und Frauenklinik der Universität Gießen.

Oberwerkmeister am Kraftwerk und am physikalischen und elektrotechnischen Institut der Technischen Hochschule und am physikalischen Institut der Universität Gießen.

Gesundheitspflegerinnen mit staatlicher Prüfung bei Gesundheitsämtern (f. w.).

¹⁾ Die Ministerialobersekretäre, die am 31. März 1938 mit den Bezügen der alten hessischen Besoldungsgruppe A 4 d im Amt waren, erhalten für ihre Person die Bezüge der Besoldungsgruppe A 4 e.

²⁾ In diese Besoldungsgruppe sind nur Eichmeister einzuweisen, die eine abgeschlossene Fachschulbildung einer staatlichen oder staatlich anerkannten Fachschule besitzen. Eichmeister, die eine Fachschulbildung nicht besitzen, sind in die Besoldungsgruppe A 7 a einzureihen.

Mit Wirkung vom 1. Juli 1938:

Ministerialobersekretäre (f. w.)¹⁾.

Ministerialkanzleiobersekretäre (f. w.).

Ministerialregistratoren (f. w.).

Obersekretäre, technische und nichttechnische:

Regierungsobersekretäre²⁾.

Verwaltungsobersekretäre²⁾.

Rassenobersekretäre²⁾.

Archivobersekretäre²⁾.

Forstamtsobersekretäre²⁾.

Bauamtsobersekretäre³⁾.

Bibliotheksobersekretäre²⁾.

Bermessungsobersekretäre²⁾.

Oberpräparatoren.

Restaurator am Landesmuseum.

Weinbergverwalter der Weingüter in Bingen.

Eichmeister⁴⁾.

Oberzeichner beim bautechnischen Dienst.

Obermaschinenmeister bei der medizinischen und Frauenklinik der Universität Gießen.

Oberwerkmeister beim Kraftwerk und beim physikalischen und elektrotechnischen Institut der Technischen Hochschule.

Oberwerkmeister beim physikalischen Institut der Universität Gießen.

Gesundheitspflegerinnen mit staatlicher Prüfung bei Gesundheitsämtern (f. w.).

N a c h r i c h t l i c h :

Polizeiobersekretäre²⁾.

¹⁾ Die Ministerialobersekretäre, die am 31. März 1938 mit den Bezügen der alten hessischen Besoldungsgruppe A 4 d im Amt waren, erhalten für ihre Person die Bezüge der Besoldungsgruppe A 4 e.

²⁾ Nur in den von der Landesregierung bestimmten Stellen.

³⁾ In Eingangsstellen nur Beamte mit abgeschlossener Fachschulbildung, im übrigen nur in den von der Landesregierung bestimmten Stellen.

⁴⁾ Nur Beamte mit abgeschlossener Fachschulbildung.

Besoldungsgruppe 6.

2400—2600—2750—2900—3050—3200—3350—
3500—3600 RM. jährlich.

Wohnungsgeldzuschuß: V.

Besoldungsgruppe 7 a.

2350—2500—2650—2800—2950—3100—3200—
3300—3400—3500 RM. jährlich.

Wohnungsgeldzuschuß: V.

Regierungsekretäre | bei den Abteilungen
Verwaltungsekretäre | der Landesregierung.
Ministerialkanzleiobersekretäre (f. w.).

Ministerialregistratursekretäre (f. w.).
 Kanzleivorsteher bei der Gemeinderrechnungs-
 kammer.¹⁾
 Kanzleisekretäre bei der Gemeinderrechnungs-
 kammer.
 Verwaltungsfekretäre²⁾.
 Oberwerkmeister (soweit nicht in Besoldungsgruppe
 A 5 b).
 Gesundheitspflegerinnen bei Gesundheitsämtern
 (soweit nicht in Gruppe A 5 b) (f. w.).
 Siedemeister in Bad Nauheim.
 Archivsekretäre.
 Bibliotheksfekretäre.
 Oberhademeister in Bad Nauheim.
 Revierförster (soweit nicht in Besoldungsgruppe
 A 4 f).
 Schleusen- und Hafenmeister.
 Vermessungsfekretäre.
 Forstamtssekretäre.
 Bauamtssekretäre.
 Rassensekretäre.
 Steiger (f. w.).
 Weinbergverwalter.
 Garderobeverwalter beim Landestheater.
 Tageskassier beim Landestheater.
 Erste Oberpfleger an großen Landes-Heil- und
 Pflegeanstalten.
 Oberinnen an der Hebammenlehranstalt und an
 der Landes-Heil- und Pflegeanstalt „Philippshospital“.
 Oberverwalter (Güterverwalter) an der Landes-
 Heil- und Pflegeanstalt „Philippshospital“.
 Gähmeister (soweit nicht in Gruppe A 5 b).
 Schiffskapitäne.
 Strommeister.
 Museumsverwalter.

Nachrichtlich:

Polizeisekretäre.

¹⁾ Der Stelleninhaber, der am 31. März 1938 im
 Amte war, erhält als früherer Kanzleiobersekre-
 tär bei der Oberrechnungskammer für seine
 Person die Bezüge der Besoldungsgruppe A 5 b.
 Er behält für seine Person seine bisherige
 Amtsbezeichnung.

²⁾ Ein Stelleninhaber, der am 31. März 1938 als
 Obersekretär bei der Staatsschuldenverwaltung
 mit den Bezügen der hessischen Besoldungs-
 gruppe A 4 e im Amte war, erhält für seine Per-
 son die Bezüge der Besoldungsgruppe A 5 b. Er
 behält für seine Person seine bisherige Amts-
 bezeichnung.

Besoldungsgruppe 7 b.

2400—2550—2700—2800—2900—3000—3100—
 3200 RM. jährlich.

Wohnungsgeldzuschuß: V.

Arbeitslehrer an der Blindenanstalt in Friedberg.
 Lehrschmied (Hufbeschlaglehrmeister) bei der
 chirurgischen Veterinärklinik der Universität
 Gießen.

Laboratoriumsassistentin an der Landes-Heil- und
 Pflegeanstalt „Philippshospital“ (f. w.).

Erster Werkmeister im Regierungsgebäude.

Oberwerkmeister an der Landes-Heil- und Pflege-
 anstalt Alzen.

Der am 30. September 1927 im Amte gewesene
 Beamte erhält für seine Person die Bezüge der
 Gruppe A 7 a.

Besoldungsgruppe 8 a.

Vom 1. April 1938 bis 30. Juni 1938:

2000—2090—2180—2270—2360—2450—
 2540—2620—2700 RM. jährlich.

Mit Wirkung vom 1. Juli 1938:

2100—2190—2280—2370—2460—2550—
 2640—2720—2800 RM. jährlich.

Wohnungsgeldzuschuß: V.

Regierungsassistenten.

Verwaltungsassistenten.

Archivassistenten.

Bibliothekassistenten.

Gesundheitspflegerin (f. w.).

Forstamtsassistenten, Bauamtsassistenten, Rassen-
 assistenten.

Vermessungsassistenten.

Oberhebamme an der Hebammenlehranstalt Mainz.

Oberpfleger, Pflegemeister (f. w.), Oberpflegerin-
 nen, Weißzeugverwalterinnen, Küchenverwalter
 und Werkmeister, Obergärtner an den Landes-
 Heil- und Pflegeanstalten, den Landes-, Alters-
 und Pflegeheimen, dem Kinderheim Gießen und
 an der Klinik für psychische und nervöse Krank-
 heiten.

Oberpräparatoren bei der Universität Gießen (so-
 weit nicht in Gruppe A 5 b).

Obergüterverwalter an der Landes-Heil- und
 Pflegeanstalt Alzen.

Erste Laboratoriumswerkmeister bei der Universi-
 tät Gießen und der Technischen Hochschule in
 Darmstadt.

Technische Assistenten.

Betriebsmeister in Bad Nauheim

Schiffsführer (Kapitäne).

Nachrichtlich:

Polizeibüroassistenten.

Besoldungsgruppe 9.

Vom 1. April 1938 bis 30. Juni 1938:

1700—1800—1900—2000—2100—2200—2300
2400—2500—2600 RM. jährlich.

Wohnungsgeldzuschuß: VI in der ersten bis vierten Dienstaltersstufe,
V von der fünften Dienstaltersstufe an.

Mit Wirkung vom 1. Juli 1938:

1800—1900—2000—2100—2200—2300—
2400—2500—2600—2700 RM. jährlich.

Wohnungsgeldzuschuß: V bei Gewährung einer Ruhegehaltfähigen und unwiderruflichen Stellenzulage,
im übrigen VI in der ersten bis dritten Dienstaltersstufe,
V von der vierten Dienstaltersstufe an.

Kanzlisten (f. w.).
Abteilungspfleger
Güterverwalter
Werkführer (f. w.)
Fernspreckgehilfen.
Maschinenmeister.
Werkmeister bei der Bad- und Kurverwaltung Bad Nauheim.
Werkmeister an den Instituten und dem Kraftwerk der Landesuniversität und der Technischen Hochschule.
Mechaniker
Meßgehilfe
Requisitenverwalter beim Landestheater (f. w.).
Strompolizeibetriebsassistenten.

an den Landes-Heil- und Pflegeanstalten.

Nachrichtlich:

Polizeikanzlisten (f. w.).

Besoldungsgruppe 10 a.

Vom 1. April 1938 bis 30. Juni 1938:

1600—1690—1780—1870—1960—2050—2140
2230—2320—2400 RM. jährlich.

Wohnungsgeldzuschuß: VI in der ersten bis sechsten Dienstaltersstufe,
V von der siebenten Dienstaltersstufe an.

Mit Wirkung vom 1. Juli 1938:

1750—1840—1930—2020—2110—2200—
2290—2380—2470—2550 RM. jährlich.

Wohnungsgeldzuschuß: V bei Gewährung einer Ruhegehaltfähigen und un-

widerruflichen Stellenzulage,

im übrigen: VI in der ersten bis vierten Dienstaltersstufe,
V von der fünften Dienstaltersstufe an.

Ministerialamtsgehilfen.

Laboranten an der Universität Gießen, an der Technischen Hochschule, am Untersuchungsamt für Infektionskrankheiten und am Rotlaufinstitut in Gießen.

Weißzeugbeschließerinnen, Schneiderin und Köchinnen an den Landes-Heil- und Pflegeanstalten (f. w.).

Pfleger und Pflegerinnen.

Maschinist und Elektromonteur an der Hebammenlehranstalt in Mainz.

Landeshauptkassengehilfe.

Kraftwagenführer.

Betriebsassistenten.

Werkmeister

Partwart (f. w.)

Bademeister

Schiffsmaschinist.

Brückenoberaufseher.

Schleusenverwalter in Offenbach.

Obermaschinist und Oberheizer im Regierungsgebäude.

Hausmeister im Regierungsgebäude.

Bühnenmaschinisten beim Landestheater (f. w.).

Obergärtner beim Staatsbad Bad Nauheim (f. w.).

Maschinisten am Kraftwerk der Technischen Hochschule.

Operationsgehilfen an der Landesuniversität (f. w.).

Obergüteraufseher (f. w.).

Laboratoriumswerkmeister bei der Universität Gießen und der Technischen Hochschule Darmstadt.

Pflegerin an der Klinik für psychische und nervöse Krankheiten der Landesuniversität.

Dieser Besoldungsgruppe werden nur solche Obermaschinisten, Maschinisten, Obergärtner und Beamte in ähnlichen Stellen zugeteilt, die handwerksmäßig vorgebildet sind und von denen zur Ausübung ihrer Amtsgeschäfte eine handwerksmäßige Vorbildung gefordert wird. Soweit eine dieser beiden Voraussetzungen nicht erfüllt ist, sind die Beamten der Besoldungsgruppe A 11 mit Wirkung vom 1. Juli 1938 der Besoldungsgruppe A 10 b zuzuteilen.

Besoldungsgruppe 10 b.

Vom 1. April 1938 bis 30. Juni 1938:

1600—1690—1780—1870—1960—2050—2140
2220—2300 RM. jährlich.

Wohnungsgeldzuschuß: VI in der ersten bis sechsten Dienstaltersstufe,
V von der siebenten Dienstaltersstufe an.

Hausverwalter und Hausmeister.¹⁾

Oberpedelle an der Landesuniversität und an der Technischen Hochschule.

Erhalten eine unwiderrufliche und ruhegehaltfähige Stellenzulage von 150 RM. jährlich.

Pedelle.

Laboratoriumsgehilfen bei der Universität Gießen und der Technischen Hochschule Darmstadt.

Brüdenaufseher (f. w.).

¹⁾ Stelleninhaber, die am 31. März 1936 das Endgrundgehalt der Besoldungsgruppe 9 der hessischen Besoldungsordnung vom 30. März 1928 bezogen haben, erhalten für ihre Person eine Ausgleichszulage von 100 RM. jährlich, auf die die Vorschriften in § 3 Absatz 3 und 5 des Gesetzes über die 24. Änderung des Besoldungsgesetzes vom 13. Dezember 1935 — Reichsgesetzblatt I S. 1489 — entsprechend Anwendung finden.

Mit Wirkung vom 1. Juli 1938:

1700—1790—1880—1970—2060—2150—
2240—2320—2400 RM. jährlich.

Wohnungsgeldzuschuß: V bei Gewährung einer ruhegehaltfähigen und unwiderruflichen Stellenzulage von der vierten Dienstaltersstufe an,

im übrigen: VI in der ersten bis fünften Dienstaltersstufe,
V von der sechsten Dienstaltersstufe an.

Amtsgehilfen.

Die am 31. März 1938 im Amte gewesenen Beamten der Gemeinderrechnungskammer behalten für ihre Person die Bezüge der Gruppe A 10a.

Hausverwalter und Hausmeister.

Pförtner.

Technische Gehilfen.

Rassengehilfe an der Technischen Hochschule.

Erhält eine ruhegehaltfähige und unwiderrufliche Stellenzulage von 120 RM. jährlich.

Oberpedelle bei der Universität Gießen und der Technischen Hochschule in Darmstadt.

Erhalten eine ruhegehaltfähige und unwiderrufliche Stellenzulage von 150 RM. jährlich.

Pedelle.

Laboratoriumsgehilfen bei der Universität Gießen und der Technischen Hochschule Darmstadt.

Brüdenaufseher (f. w.).

Wiesenmeister.

Museumsgehilfe am Schloßmuseum.

Schloßbeschließer daselbst.

Oberheizer (f. w.).

Maschinisten (soweit nicht in Gruppe A 10a).

Institutsgehilfen.

Gärtner (f. w.).

Handwerker (f. w.).

Nachrichtlich:

Amtsgehilfen bei den Polizeiverwaltungen.

Besoldungsgruppe 11.

Vom 1. April 1938 bis 30. Juni 1938:

1500—1590—1680—1770—1860—1950—
2040—2120—2200 RM. jährlich.

Wohnungsgeldzuschuß: V bei Gewährung einer ruhegehaltfähigen und unwiderruflichen Stellenzulage,

im übrigen: VI in der ersten bis sechsten Dienstaltersstufe,
V von der siebenten Dienstaltersstufe an.

Amtsgehilfen.

Die am 31. März 1938 im Amte gewesenen Beamten bei der Gemeinderrechnungskammer erhalten für ihre Person die Bezüge der Gruppe A 10a.

Brüdenaufseher (f. w.).

Wiesenmeister.

Museumsgehilfe } am Schloßmuseum.

Schloßbeschließer }

Oberheizer (f. w.).

Maschinisten (soweit nicht in Gruppe A 10a).

Institutsgehilfen.

Technische Gehilfen.

Pförtner.

Hauswarte.

Rassengehilfe an der Technischen Hochschule.

Erhält eine ruhegehaltfähige und unwiderrufliche Stellenzulage von 120 RM. jährlich.

Nachtwächter } bei den Landes-Heil- und Pflege-

Wegwarte } anstalten (f. w.).

Gärtner (f. w.).

Handwerker (f. w.).

Nachrichtlich:

Amtsgehilfen bei den Polizeiverwaltungen.

Mit Wirkung vom 1. Juli 1938:

1600—1690—1780—1870—1960—2050—
2140—2220—2300 RM. jährlich.

Wohnungsgeldzuschuß: VI in der ersten bis sechsten Dienstaltersstufe,
V von der siebenten Dienstaltersstufe an.

Heizer.

Hauswarte.

Nachtwächter } bei den Landes-Heil- und Pflege-

Wegwarte } anstalten (f. w.).

Rutischer

Gestütswärter (f. w.).

Straßenwärter (f. w.).

Gärtnergehilfen (f. w.).

Badewärter (f. w.).
Waldhüter (f. w.).
Gutsgehilfen (f. w.).
Winzer (f. w.).

Beoldungsgruppe 12.

Vom 1. April 1938 bis 30. Juni 1938:

1500—1580—1650—1730—1800—1880—1950
2030—2100 RM. jährlich.

Wohnungsgeldzuschuß: VI.

Rutscher bei den Landes-Heil- und Pflegeanstalten
(f. w.).¹⁾

Gestütswärter (f. w.).
Straßenwärter (f. w.).
Gärtnergehilfen (f. w.).
Badewärter (f. w.).
Waldhüter (f. w.).
Gutsgehilfen (f. w.).
Winzer (f. w.).

¹⁾ Die Stelleninhaber, die am 31. März 1938 im Amte waren, erhalten für ihre Person die Bezüge der Beoldungsgruppe A 11.

Mit Wirkung vom 1. Juli 1938 ist die Beoldungsgruppe A 12 weggefallen. Die Beamten sind in die Beoldungsgruppe A 11 übergeleitet.

B. Feste Gehälter.

Beoldungsgruppe 5. 18000 RM.

Wohnungsgeldzuschuß: I.

Staatssekretär.

Anhang

zur Beoldungsordnung (Anlage 1).

(Gruppen nach dem Beoldungsgesetz vom 30. März 1928.)

Vorbemerkung: Die Grundgehaltsätze und die Vergütungen der weiblichen Lehrpersonen werden um 10 vom Hundert gekürzt.

A. Aufsteigende Gehälter.

Beoldungsgruppe A 2 c.

4600—5000—5400—5800—6200—6600—
7000—7400—7800—8100—8400 RM. jährlich.

Wohnungsgeldzuschuß: IV in der ersten bis vierten Dienstaltersstufe,
III von der fünften Dienstaltersstufe an.

Rektoren der wichtigsten Berufsschulen und Gewerbeschulen.

Beoldungsgruppe A 2 d.

4600—5000—5400—5800—6200—6600—
7000—7400 RM. jährlich.

Wohnungsgeldzuschuß: IV in der ersten bis vierten Dienstaltersstufe,
III von der fünften Dienstaltersstufe an.

Rektoren an Berufs- (Fortbildungsschulen) und Gewerbeschulen mit mindestens vier hauptamtlichen Lehrkräften, sowie an den Fachschulen (soweit nicht in Gruppe A 3 b).

Berufsschullehrer mit Diplomprüfung oder gleichwertiger Ausbildung.

Studienrat für kaufmännischen Unterricht an der Oberschule für Mädchen in Mainz.

Beoldungsgruppe A 3 a.

4000—4400—4800—5200—5600—6000—
6300—6600—6900—7200 RM. jährlich.

Wohnungsgeldzuschuß: IV in der ersten bis fünften Dienstaltersstufe,
III von der sechsten Dienstaltersstufe an.

Taubstumm- und Blindenoberlehrer (Oberreallehrer).

Berufsschullehrer mit Diplomprüfung oder gleichwertiger Ausbildung.

Beoldungsgruppe A 3 b.

3600—4000—4400—4800—5200—5600—
6000—6400—6700—7000 RM. jährlich.

Wohnungsgeldzuschuß: IV in der ersten bis sechsten Dienstaltersstufe,
III von der siebenten Dienstaltersstufe an.

Rektoren an Berufs- (Fortbildungs-) und Gewerbeschulen (bei angegliederter gewerblicher Berufsschule) mit mindestens vier hauptamtlichen Lehrkräften sowie an Fachschulen (soweit nicht Gruppe A 2 d).

Turn-, Musik- und Zeichenoberlehrer.

Zwei Beamte erhalten für ihre Person die Bezüge der Gruppe A 2 d.

Taubstumm- und Blindenlehrer (Reallehrer).

Bauschuloberlehrer und Gewerbeoberlehrer an Bau-, Maschinenbau- und Kunstgewerbeschulen.

Rektoren großer Volksschulen auf besonders wichtigen Stellen und mit besonderen Aufgaben.

Beoldungsgruppe A 3 c.

3600—3900—4200—4500—4800—5100—
5400—5700—6000—6300—6600 RM. jährlich.

Wohnungsgeldzuschuß: IV in der ersten bis achten Dienstaltersstufe,
III von der neunten Dienstaltersstufe an.

Turn-, Musik- und Zeichenlehrer an den höheren Schulen.

Ober-Reallehrer an den höheren Lehranstalten.

Rektoren an Berufs-, Gewerbe- und Fachschulen (bei angegliederter Berufsschule) mit weniger als vier hauptamtlichen Lehrkräften.
 Berufsschullehrer und Gewerbelehrer an Berufs-, Fach- und Gewerbeschulen in Sonderstellen.
 Bauschullehrer und Gewerbelehrer an Bau-, Maschinenbau- und Kunstgewerbeschulen.
 Direktoren großer Volksschulen auf wichtigen Stellen soweit nicht in Gruppe A 3 b oder A 4 a).

Befoldungsgruppe A 4 a.

3200—3450—3700—3950—4200—4450—
 4700—4950—5200—5500—5800 RM. jährlich.

Wohnungsgeldzuschuß: V in der ersten Dienstaltersstufe,
 IV von der zweiten Dienstaltersstufe an.

Direktoren an Volksschulen mit acht und mehr Schulstellen (soweit nicht in Gruppe A 3 c).
 Direktoren an Volksschulen mit fünf bis sieben Schulstellen (soweit nicht in Gruppe A 4 b 2).
 Hilfspfleger.
 Lehrer in besonders gehobenen Stellen.
 Berufsschullehrer.
 Ober-Reallehrer an den höheren Lehranstalten.
 Gewerbelehrer an Gewerbe- und Fachschulen.
 Seminarleiterinnen an Seminaren für technische Lehrerinnen.

Befoldungsgruppe A 4 b.

3000—3200—3400—3650—3900—4150—
 4400—4650—4900—5150—5400 RM. jährlich.

Wohnungsgeldzuschuß: V in der ersten und zweiten Dienstaltersstufe,
 IV von der dritten Dienstaltersstufe an.

Direktoren an Volksschulen mit fünf bis sieben Schulstellen (soweit nicht in Gruppe A 4 a).
 Lehrer an Volksschulen in gehobenen Stellen.
 Hilfspfleger.
 Berufsschullehrer (bisher hauptamtliche Fortbildungsschullehrer und Gewerbelehrer an Fortbildungsschulen).
 Gewerbelehrer an Gewerbe- und Fachschulen.
 Reallehrer an den höheren Lehranstalten.
 Seminarleiterin am Seminar für technische Lehrerinnen.

Befoldungsgruppe A 4 c.

2800—3050—3300—3550—3800—4000—
 4200—4400—4600—4800—5000 RM. jährlich.

Wohnungsgeldzuschuß: V in der ersten bis dritten Dienstaltersstufe,
 IV von der vierten Dienstaltersstufe an.

Lehrer an den Volksschulen.
 Fachlehrer an Berufs- (Fortbildungs-) Schulen und den gewerblichen Unterrichtsanstalten.
 Technische Lehrerinnen an Berufs- (Fortbildungs-) Schulen und den höheren Lehranstalten.

Technische Lehrerinnen an Volksschulen in Sonderstellen.

Befoldungsgruppe A 4 d.

2800—3000—3200—3400—3600—3800—
 4000—4150—4300—4450—4600 RM. jährlich.

Wohnungsgeldzuschuß: V in der ersten bis dritten Dienstaltersstufe,
 IV von der vierten Dienstaltersstufe an.

Technische Lehrerinnen an Volksschulen.
 Technische Lehrerinnen an Berufs- (Fortbildungs-) Schulen und an höheren Lehranstalten.

Befoldungsgruppe A 4 e.

2400—2600—2800—3000—3200—3400—
 3600—3800—4000—4200 RM. jährlich.

Wohnungsgeldzuschuß: V in der ersten bis fünften Dienstaltersstufe,
 IV von der sechsten Dienstaltersstufe an.

Technische Lehrerinnen an Berufs- (Fortbildungs-) Schulen und höheren Lehranstalten.

Befoldungsgruppe A 5.

2000—2200—2350—2500—2650—2800—
 2950—3100—3200—3300—3400—3500 RM. jährlich.

Wohnungsgeldzuschuß: V.

Technische Lehrerinnen mit einfacher Ausbildung an Volksschulen.

C. Gehälter der Hochschulprofessoren.

(Professoren der Landesuniversität und der Technischen Hochschule.)

Befoldungsgruppe 1.

7500—8100—8700—9300—9900—10500—
 11100—11600 RM. jährlich.

In besonderen Fällen bleibt die Gehaltsfestsetzung dem Führer der Landesregierung vorbehalten.

Wohnungsgeldzuschuß: III in der ersten bis vierten Dienstaltersstufe,
 II von der fünften Dienstaltersstufe an.

Ordentliche Professoren.¹⁾

Befoldungsgruppe 2.

5700—6200—6700—7200—7700—8200—
 8600—9000 RM. jährlich.

Wohnungsgeldzuschuß: III.
 Außerordentliche Professoren.¹⁾

¹⁾ Vom 1. Oktober 1938 ab gilt für diese Beamten das Reichsbefoldungsrecht.

Anlage 2.**Wohnungsgeldzuschuß**

100 v. H.

Vom 1. April 1938 bis 30. Juni 1938.

Ortsklasse	Jahresbetrag für Tarifklasse						
	I RM	II RM	III RM	IV RM	V RM	VI RM	VII RM
A	1 800	1 440	1 140	840	612	444	288
B	1 500	1 200	900	660	504	372	240
C	1 140	900	720	540	396	288	180
D	840	660	540	396	288	216	132

Mit Wirkung vom 1. Juli 1938:**Wohnungsgeldzuschuß****a. für Beamte mit weniger als drei kinderzuschlagsfähigen Kindern.**

Ortsklasse	Jahresbetrag für Tarifklasse							
	I RM	II RM	III RM	IV RM	V RM	VI RM	VII RM	VII bei 40 v. H. Abzug RM
Sonderklasse	2 520	2 016	1 584	1 152	864	636	402	240
A	2 160	1 728	1 368	1 008	732	534	348	210
B	1 800	1 440	1 080	792	606	444	288	174
C	1 368	1 080	864	648	474	348	216	132
D	1 008	792	648	474	348	258	156	96

b. für verheiratete, verwitwete oder geschiedene Beamte mit drei oder vier kinderzuschlagsfähigen Kindern.

Ortsklasse	Jahresbetrag für Tarifklasse						
	I RM	II RM	III RM	IV RM	V RM	VI RM	VII RM
Sonderklasse	2 940	2 352	1 848	1 344	1 008	744	474
A	2 520	2 016	1 596	1 176	858	624	408
B	2 100	1 680	1 260	924	708	522	336
C	1 596	1 260	1 008	756	558	408	252
D	1 176	924	756	558	408	306	186

c. für verheiratete, verwitwete oder geschiedene Beamte mit fünf oder mehr kinderzuschlagsfähigen Kindern.

Diatsklasse	Jahresbetrag für Tarifklasse						
	I RM	II RM	III RM	IV RM	V RM	VI RM	VII RM
Sonderklasse	3 360	2 688	2 112	1 536	1 152	846	540
A	2 880	2 304	1 824	1 344	984	714	462
B	2 400	1 920	1 440	1 056	810	600	384
C	1 824	1 440	1 152	864	636	462	288
D	1 344	1 056	864	636	462	348	216

Anlage 3.

Diätenordnung

für die außerplanmäßigen Beamten.

Beamte, die ihre erste planmäßige Anstellung finden oder bei einer regelmäßig verlaufenden Dienstlaufbahn finden würden in Besoldungsgruppe	Im 1. und 2. Diätendienstjahr Versorgungsanwärter im 1. Diätendienstjahr RM	Im 3. und 4. Diätendienstjahr Versorgungsanwärter im 2. und 3. Diätendienstjahr RM	Im 5. Diätendienstjahr Versorgungsanwärter im 4. Diätendienstjahr RM
A 2c, 2	3 400	3 950	4 400
A 3a (A 2e), A 3c	2 500	2 900	3 300
A 4c 2 und A 4e	2 000	2 300	2 600
A 5, A 7a u. A 7b	1 700	1 950	2 160
A 8a	1 500	1 680	1 850
A 9 und A 10	1 300	1 400	1 500
A 11 (A 12)	1 250	1 330	1 400

1) Anwärterinnen auf Stellen, die in der Besoldungsordnung mit einem Kreuz *) bezeichnet sind, erhalten die Diäten um 10 vom Hundert gekürzt.

2) Bis auf weiteres erhalten die verheirateten außerplanmäßigen Beamten im ersten und zweiten Diätendienstjahr die Diäten der dritten Dienstaltersstufe, vom Beginn des dritten Diätendienstjahres an Diäten in Höhe der Grundgehälter der ersten Dienstaltersstufe der planmäßigen Beamten ihrer Eingangsgruppe. In dieser Dienstaltersstufe verbleiben Versorgungsanwärter vier Jahre, Zivilanwärter fünf Jahre. Nach Ablauf dieser Zeit rücken sie im Grundgehalt in gleicher Weise weiter auf, wie wenn sie als planmäßige Beamte angestellt worden wären.

Verlag: Staatliche Beschaffungsstelle — Hess. Staatsverlag — Darmstadt. — Fortlaufender Bezug durch die Postanstalten für vierteljährl. 1,75 RM.
Fehlende Nummern werden nur dann kostenlos nachgeliefert, wenn das Ausbleiben sofort, spätestens bei Erscheinen der nächstfolgenden Ausgabe, bei der Postanstalt gemeldet wird. Bestellungen von Einzelnummern sind an den Hessischen Staatsverlag, Darmstadt, Paradeplatz 3, zu richten.

Hessisches Regierungsblatt

1939

Darmstadt, den 23. Juni 1939

Nr. 13

Inhalt: Teil I: Verordnung über die Aenderung der Amtsbezeichnung der Hessischen Wasserbauämter. S. 113 — Bekanntmachung über Aufhebung der Ortsgerichte Wiesek und Klein-Linden. S. 113 — Verordnung, die Aufhebung von Vorschriften für die Rheinschiffahrt betreffend. S. 113 — Erlaß über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren. S. 113 — Bekanntmachung, die Gebühren für Pockenlymphe des Landesimpfstitutes zu Darmstadt betreffend. S. 114 — Bekanntmachung über die Amtsbezeichnung der beamteten Tierärzte in Hessen. S. 114 — Dritte Bekanntmachung zur Aenderung der Bekanntmachung zur Ausführung des Gesetzes über die Feiertage vom 27. Februar 1934 — vom 25. Mai 1934. S. 114 — Verordnung zur Bekämpfung der Feldmäuse und Wühlmäuse. S. 114 — Bekanntmachung, die „Stiftung zur Förderung von Berufsausbildungsmaßnahmen (Stroh-Schramm-Busse-Stiftung)“ betreffend. S. 115 — Bekanntmachung, Wohnungsgeldzuschuß betreffend. S. 115 — Teil II: Personalnachrichten. S. 116.

Teil I

Verordnung über die Aenderung der Amtsbezeichnung der Hessischen Wasserbauämter.

Darmstadt, den 25. Mai 1939.

In Abänderung des § 1 Abs. 1 der Verordnung, die Errichtung von Wasserbauämtern betreffend, vom 1. November 1888 (Reg.-Bl. S. 135) wird angeordnet, daß mit Wirkung vom 1. Juli 1939 die Hessischen Wasserbauämter die Bezeichnung „Wasserstraßenamt“ führen.

Darmstadt, den 25. Mai 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: Reiner.

Bekanntmachung über Aufhebung der Ortsgerichte Wiesek und Klein-Linden.

Darmstadt, den 30. Mai 1939.

Der Reichsminister der Justiz hat durch Ausführungsverfügung vom 22. April 1939 aus Anlaß der Eingliederung der Gemeinden Wiesek und Klein-Linden in die Stadt Gießen die Ortsgerichte Wiesek und Klein-Linden mit Wirkung vom 1. Mai 1939 aufgehoben, was hiermit bekannt gemacht wird.

Darmstadt, den 30. Mai 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

Abteilung III (Innere Verwaltung).

Verordnung, die Aufhebung von Vorschriften für die Rheinschiffahrt betreffend.

Darmstadt, den 30. Mai 1939.

Auf Grund des Art. 64 Abs. 3 des Gesetzes, betreffend die innere Verwaltung und die Vertretung der

Kreise und Provinzen vom 8. Juli 1911 in der Fassung des Abänderungsgesetzes vom 5. Januar 1937, des Art. 2 des Gesetzes über die Aufhebung der Provinzen Starkenburg, Oberhessen und Rheinhessen vom 1. April 1937 sowie auf Grund der Ziffer V Nr. 3 der Einführungsverordnung zur Schiffsahrtspolizeiverordnung für das deutsche Rheinstromgebiet vom 18. Januar 1939 (Reichsgesetzbl. II. Teil S. 41) wird folgendes verordnet:

Die nachstehenden Verordnungen und Bekanntmachungen sind durch die Schiffsahrtspolizeiverordnung für das deutsche Rheinstromgebiet vom 18. Januar 1939 überholt und werden hiermit aufgehoben:

1. Bekanntmachung der Provinzialdirektion Rheinhessen betr. das Lagern und Bauen von Flößen am rechten Rheinufer unterhalb der Mündung des Mains vom 21. August 1901 (Reg.-Bl. S. 459).
2. Bekanntmachung der Provinzialdirektion Rheinhessen über den Schiffsverkehr auf der Reede vor Worms vom 5. Februar 1925.
3. § 4 der Vorschriften über das Befahren des Stadt—Erfelder Altrheins mit Kleinfahrzeugen vom 28. Dezember 1929 (Reg.-Bl. 1930, S. 5).
4. § 3 der Polizeiverordnung über das Befahren des Ginsheimer Altrheins mit Kleinfahrzeugen vom 8. April 1937 (Reg.-Bl. S. 128).

Darmstadt, den 30. Mai 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: Reiner.

Erlaß über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren.

Darmstadt, den 31. Mai 1939.

Auf Grund von Art. 1 des Hessischen Gesetzes über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren vom 4. Oktober 1935 (Reg.-Bl. S. 193) wird für das Land Hessen zwecks Erweiterung des Hochschulsportfeldes

aus Gründen des öffentlichen Wohls ein vereinfachtes Enteignungsverfahren hinsichtlich des nachfolgend bezeichneten Grundstücks angeordnet:

Gemarkung Darmstadt.

Flur XXIV Nr. 21, Acker: Am Grabenstück.
Eigentümer: Wilhelm Grimm und Ehefrau
geb. Traiser.

Darmstadt, den 31. Mai 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: Reiner.

Bekanntmachung, die Gebühren für Bodenlymphe des Landesimpfinstitutes zu Darmstadt betreffend.

Vom 31. Mai 1939.

Mit Wirkung vom 1. Juli 1939 werden bei Abgabe von Bodenlymphe berechnet:

Für Ärzte beim unmittelbaren Bezuge aus dem Landesimpfinstitut:

Einzelportion	— 50 RM.
Fünferportion	1.— "

Für Apotheken:

Einkaufspreis, Einzelportion . .	0.60 RM.
Abgabepreis an das Publikum . .	1.— "
Einkaufspreis, Fünferportion . .	1.20 "
Abgabepreis an das Publikum . .	2.— "

Für Lymphenlieferungen an das Heer, die Marine und an Polizeiformationen:

1 Portion	0.50 RM.
5—10 Portionen	1.— "
20 Portionen	2.— "
30 Portionen	3.— "
50 Portionen	5.— "
100 Portionen	10.— "

Die Versandkosten gehen zu Lasten des Empfängers.

Darmstadt, den 31. Mai 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

Abteilung III (Innere Verwaltung).

Bekanntmachung über die Amtsbezeichnung der beamteten Tierärzte in Hessen.

Vom 31. Mai 1939.

In Verfolg des Runderlasses des Herrn Reichsministers des Innern vom 11. April 1939 — III c 3812/39 — 6810 — (RMBlB. S. 957) wird für das Land Hessen folgendes bestimmt:

Die beamteten Tierärzte im hessischen Landesdienst führen mit Wirkung vom Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung die Amtsbezeichnung

„Regierungsoberveterinärarzt bzw. Regierungsveterinärarzt“. Der tierärztliche Referent der Landesregierung erhält die Amtsbezeichnung „Oberregierungs- und Veterinärarzt“.

Darmstadt, den 31. Mai 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

Sprengr.

Dritte Bekanntmachung zur Aenderung der Bekanntmachung zur Ausführung des Gesetzes über die Feiertage vom 27. Februar 1934 — vom 25. Mai 1934.

Vom 1. Juni 1939.

In der Bekanntmachung zur Ausführung des Gesetzes über die Feiertage vom 27. Februar 1934 — vom 25. Mai 1934 (Reg.-Bl. Nr. 12 S. 86) wird unter A. (Provinz Starkenburg) Ziffer 1 (Kreis Bensheim) das Wort „Bensheim“ gestrichen.

Darmstadt, den 1. Juni 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: Reiner.

Verordnung zur Bekämpfung der Feldmäuse und Wühlmäuse.

Vom 9. Juni 1939.

Auf Grund der vom Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft nach § 2 Abs. 2 des Gesetzes zum Schutze der landwirtschaftlichen Kulturpflanzen vom 5. März 1937 (Reichsgesetzbl. I S. 271), mit Erlaß vom 6. April 1938 — II A 3 — 1509 erteilten Ermächtigung, wird für das Gebiet des Landes Hessen folgendes verordnet:

§ 1.

Die Nutzungsberechtigten von landwirtschaftlichen Grundstücken sowie die Unterhaltspflichtigen von Deichen, Dämmen, Ufern, Straßen und Wegen einschließlich der Eisenbahnkörper sind verpflichtet, die zur Bekämpfung der Feldmäuse und Wühlmäuse nach § 2 angeordneten Maßnahmen auf ihre Kosten durchzuführen oder ihre Durchführung zu gestatten.

§ 2.

Die untere Verwaltungsbehörde (Oberbürgermeister, Landrat) bestimmt im Einvernehmen mit dem zuständigen Pflanzenschutzamt oder dessen Beauftragten den Zeitpunkt, den Umfang sowie die Art der Durchführung der Bekämpfungsmaßnahmen; sie schreibt im Einvernehmen mit dem zuständigen Pflanzenschutzamt die anzuwendenden, von der Biologischen Reichsanstalt für Land- und Forstwirtschaft anerkannten Bekämpfungsmittel und -verfahren vor.

§ 3.

Die Ueberwachung der angeordneten Maßnahmen liegt neben der Ortspolizeibehörde dem Pflanzenschutzamt und dessen Beauftragten ob; ihren Weisungen über die Art der Durchführung der angeordneten Maßnahmen ist Folge zu leisten.

Kommen die in § 1 genannten Personen den ihnen obliegenden Verpflichtungen trotz besonderer Aufforderung durch die Ortspolizeibehörde, das Pflanzenschutzamt oder dessen Beauftragten nicht nach, so können diese die Bekämpfungsmahnahmen auf Kosten der Verpflichteten selbst vornehmen oder vornehmen lassen.

§ 4.

Wer den Vorschriften dieser Verordnung zuwiderhandelt, wird nach § 13 des Gesetzes zum Schutze der landwirtschaftlichen Kulturpflanzen bei vorsätzlicher Begehung mit Gefängnis bis zu zwei Jahren und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen, bei fahrlässiger Begehung mit Geldstrafe bis zu 150.— RM. und mit Haft oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 5.

Die Verordnung tritt mit ihrer Verkündung im Anzeiger der Hessischen Landesregierung in Kraft.*)

Darmstadt, den 9. Juni 1939.

Der Reichstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: Reiner.

*) Veröffentlicht im Anzeiger der Hessischen Landesregierung Nr. 71 vom 15. Juni 1939.

Bekanntmachung, die „Stiftung zur Förderung von Berufsausbildungsmaßnahmen (Stroh-Schramm-Busse-Stiftung)“ betreffend.

Vom 9. Juni 1939.

Ich genehmige auf Grund der von der Hessischen Industrie- und Handelskammer Offenbach vorgelegten Satzung die Zusammenfassung der von Kommerzienrat Friß Stroh zu Offenbach errichteten Stiftung zur Förderung des Unterrichts- und Bildungswesens für Kaufleute (Reg.-Bl. 1906 S. 211) und der Karl-Busse-Stiftung zur Förderung und Ausbildung unbemittelter Offenbacher Kaufleute (Reg.-Bl. 1917 S. 136) mit dem Schramm'schen Vermächtnis zu der neuen „Stiftung zur Förderung von Berufsausbildungsmaßnahmen (Stroh-Schramm-Busse-Stiftung)“ gemäß §§ 80 und 87 BGB. und Artikel 7 des Hessischen Ausführungsgesetzes hierzu.

Darmstadt, den 9. Juni 1939.

Der Reichstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: Reiner.

Bekanntmachung, Wohnungsgeldzuschuß betreffend.

Vom 13. Juni 1939.

Der nachstehende Erlaß des Herrn Reichsministers der Finanzen vom 22. Februar 1939 (A 5260 bis 20707 IV/38) wird mit dem Anfügen bekanntgegeben, daß die getroffenen Anordnungen auch in Hessen Anwendung finden können. Etwaige Anträge sind, belegt mit den erforderlichen Nachweisen, durch die vorgelegte Behörde an die zuständige Abteilung einzureichen.

Darmstadt, den 13. Juni 1939.

Der Reichstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: Reiner.

„Der Reichsminister Berlin, den 22. Februar 1939.
der Finanzen.

A 5260—20707 IV/38.

Zur Überbrückung des Zeitraums bis zur Neuaufstellung des Ortsklassenverzeichnisses erkläre ich mich im Einvernehmen mit dem RMdF. damit einverstanden, daß bei Beamten und nichtbeamteten Gefolgschaftsmitgliedern, die gezwungen sind, in besonders teuren Wohnungen zu wohnen, mit Wirkung vom 1. Oktober 1938 ab im ganzen Reichsgebiet einschließlich Ostmark und Sudetengau nach folgenden Richtlinien verfahren wird:

1. Besonders teure Wohnungen im Sinne dieser Richtlinien sind Wohnungen, bei denen der dem Wohnungsinhaber gewährte Wohnungsgeldzuschuß weniger als 70 v. H. der Miete deckt.

2. (1) Den Inhabern besonders teurer Wohnungen kann ein außerordentlicher Zuschuß zur Abwendung einer unangemessenen Einschränkung ihres sonstigen Lebensbedarfs gewährt werden, wenn der Bezieher der Wohnung diese nicht wegen gesteigerter persönlicher Ansprüche gewählt hat, sondern wegen des Mangels einer angemessenen billigeren Wohnung auf die besonders teure Wohnung zurückgreifen mußte. Ein solcher Zwang kann verursacht sein

- a) durch Verletzung aus dienstlichen Gründen zur Beendigung des Getrenntlebens von der Familie und der Zahlung von Trennungsschädigung,
- b) durch eine Vergrößerung des Wohnraumbedarfs aus zwingenden Gründen z. B. wegen Vermehrung der Kinderzahl.

(2) Inhaber von besonders teuren Wohnungen, die ohne einen zwingenden Anlaß nach Absatz 1 eine größere oder besser ausgestattete Wohnung in Anspruch nehmen oder das Beziehen einer ihrer dienstlichen Stellung, den gesundheitlichen Anforderungen und einem angemessenen Wohnbedürfnis einigermaßen entsprechenden Wohnung abgelehnt haben,

kommen für die Gewährung eines außerordentlichen Zuschusses nicht in Betracht. Insbesondere ist ein außerordentlicher Zuschuß nicht zu gewähren, wenn die Wahl der besonders teuren Wohnung durch Rücksichten der Bequemlichkeit (Sammelheizung statt Ofenheizung, Warmwasserversorgung, besonders günstige Wohnlage usw.) bedingt ist.

3. Der außerordentliche Zuschuß nach Ziff. 2 kann bis auf den Betrag festgestellt werden, der erforderlich ist, um den Wohnungsgeldzuschuß auf 70 v. H. der Wohnungsmiete zu erhöhen. Der Zuschußbetrag für sich allein darf die Hälfte des zuständigen Wohnungsgeldzuschusses nicht übersteigen.

4. Als Miete im Sinne der Ziff. 1 ist lediglich die vertragliche Miete anzusehen. Etwa geleistete Baukostenzuschüsse oder Abstandssummen, die Kosten für den Erwerb von Genossenschaftsanteilen, Kosten für Zentralheizung, Warmwasserversorgung, Personenaufzug oder besonders verlangte Ausstattung der Wohnung, für Unterstellräume für Kraftfahrzeuge, für Haus- und Nutzgärten und dergleichen sowie Zinsverluste wegen Vorausleistung der Miete für mehrere Jahre gelten nicht als Bestandteil der Miete im Sinne der Ziff. 3.

5. Bei der Bewilligung von außerordentlichen Zuschüssen nach Ziff. 1 bis 4 ist ein strenger Maßstab anzulegen; die Anträge auf Gewährung eines außerordentlichen Zuschusses müssen durch entsprechende Unterlagen, z. B. Empfangsbcheinigung über bezahlte Wohnungsmiete, beglaubigte Abschriften des Mietvertrages usw., belegt sein.

6. Die außerordentlichen Zuschüsse gelten haushaltrechtlich als Unterstützungen. Sie sind innerhalb der Verwaltungen und Betriebe des Reiches aus den Ausgabemitteln für Unterstützungen zu leisten."

Teil II

Der Reichsstatthalter in Hessen Personalnachrichten

Ernannt wurden:

am 11. März der Gend.-Bezirksobewachtmeister Adolf Wenzel in Bensheim zum Gend.-Hauptwachtmeister, der Gend.-Bezirksobewachtmeister Wilhelm Geest in Darmstadt zum Gend.-Hauptwachtmeister;

am 14. April der Gend.-Bezirksobewachtmeister Friedrich Rehbaum in Heldenbergen zum Gend.-Hauptwachtmeister;

am 25. April die Kanzlisten Friedrich Döb und Gustav Höres zu Vermessungsassistenten.

Ernannt wurde unter Berufung in das Beamtenverhältnis:

am 3. Mai der Polizeirevierobewachtmeister Heinrich Gasterer in Bürstadt zum Gend.-Bezirksobewachtmeister.

Ernannt wurden unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

am 16. Februar der Schulamtsanwärter Walter Dörr zum Lehrer;

am 22. Februar der Christian Johann Härtter zum Direktor der Städtischen Sparkasse in Mainz;

am 25. März durch Urkunde des Führers und Reichskanzlers der nichtbeamtete außerordentliche Professor Dr. Hans Wolfgang Kohlshütter zum außerordentlichen Professor;

am 28. März der Karl Hessemmer zum Verwaltungsassistenten;

am 14. April der Peter Josef Rath in Gießen zum Amtsgehilfen, der Ludwig Troßmann in Rehbach zum Straßenwärter, durch Urkunden die Schulamtsanwärter Gustav Pharo, Sigmund März, Emil Flohn, Paul Haack zu Lehrern;

am 20. April der Schulamtsanwärter Heinrich Daum zum Lehrer;

am 25. April die Schulamtsanwärterin Margarete Sauer zur Lehrerin, der Schulamtsanwärter Eduard Eisenhauer zum Lehrer, der Baupraktikant Wilhelm Georg Ludwig Schieferstein zum Bauinspektor, der Emil Guth zum Kanzlisten, der Ernst Fey zum Gärtnergehilfen;

am 27. April der Verwaltungspraktikant Ludwig Konrad Gonder zum Verwaltungsinspektor.

Berliehen wurde:

am 20. April durch Urkunde des Führers und Reichskanzlers dem Kapellmeister Fritz Mechlenburg der Titel „Generalmusikdirektor“.

Entlassen wurden:

am 23. März der Kanzlist Jakob Meidinger auf seinen Antrag;

am 31. März durch Urkunde des Führers und Reichskanzlers der Medizinalrat Dr. Walter Weßberger auf seinen Antrag.

Hessisches Regierungsblatt

1939

Darmstadt, den 4. August 1939

Nr. 14

Inhalt: Teil I: Gesetz über die Feststellung des Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Hessen für das Rechnungsjahr 1938. S. 117 — Bekanntmachung, die „Sanitätsrat Dr. Jakob Becker-Stiftung“ betreffend. S. 117 — Bekanntmachung, Verleihung von Apothekenbetriebsrechten betreffend. S. 117 — Polizeiverordnung über das Verbot des Verkehrs mit Gefangenen und Schutzhäftlingen. S. 119 — Verordnungen über Enteignung von Grundeigentum für Zwecke des Reichsflusses (Deer). S. 120 — Erlass über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren. S. 121 — Verordnung, Änderung der Verordnung über die Einrichtung und den Betrieb der Apotheken, vom 14. Januar 1897 (Reg. Bl. S. 3) betreffend. S. 121 — Erlass über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren. S. 122 — Teil II: Bekanntmachung die Genehmigung von Schenkungen betreffend. S. 122 — Personalnachrichten. S. 122.

Teil I

Gesetz

über die Feststellung des Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Hessen für das Rechnungsjahr 1938.

Vom 13. Juni 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen hat als Führer der Landesregierung mit Zustimmung der Landesregierung das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit im Namen des Reichs verkündet wird:

Einziger Artikel

In dem Haushaltsplan des Landes Hessen für das Rechnungsjahr 1938 gehen bei den Einnahmen und Ausgaben zu:

im ordentlichen Haushalt

an Einnahmen	191 330 RM.
an Ausgaben	178 992 „

Die Abschlußzahlen des ordentlichen Haushalts werden hiernach:

in Einnahme	auf 100 851 892 RM.
in Ausgabe	auf 104 565 469 „

festgestellt.

Darmstadt, den 13. Juni 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

In Vertretung: **Reiner.**

rechtsfähige Stiftung gemäß § 80 BGB. und Art. 7 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum BGB.

Darmstadt, den 13. Juli 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: **Reiner.**

Bekanntmachung, Verleihung von Apothekenbetriebsrechten betreffend.

Vom 29. Juni 1939.

An die Stelle der Bekanntmachungen, betreffend die Verleihung von Apothekenkonzessionen vom 7. Mai 1935 (Reg. Bl. S. 111, Amtsblatt 790 der Hessischen Landesregierung, Abteilung Ib) und vom 9. Juli 1936 (Reg. Bl. S. 72, Amtsblatt 800 der Hessischen Landesregierung, Abteilung Ib) tritt nachstehender Runderlaß des Reichsministers des Innern vom 31. Mai 1939 (RMBl. S. 1241).

Darmstadt, den 29. Juni 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: **Reiner.**

Verleihung von Apothekenbetriebsrechten.

RdErI. d. RMBl. v. 31. 5. 1939 — IV e 3655/39—4054

§ 1. Voraussetzungen der Verleihung.

(1) Wer sich um ein Apothekenbetriebsrecht bewirbt, hat urkundlich nachzuweisen, daß er

1. die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt (Staatsangehörigkeitsausweis),
2. als Apotheker bestellt ist (Bestallungsurkunde),

Bekanntmachung, die „Sanitätsrat Dr. Jakob Becker-Stiftung“ betreffend.

Vom 13. Juli 1939.

Ich genehmige auf Grund der vorgelegten Stiftungsurkunde vom 30. April 1939 die von Sanitätsrat Dr. Jakob Becker in Sprendlingen (Kreis Offenbach) mit dem Sitz in Gießen errichtete „Sanitätsrat Dr. Jakob Becker-Stiftung“ als

3. deutschen oder artverwandten Blutes ist und, wenn er verheiratet ist, einen Ehegatten deutschen oder artverwandten Blutes hat (Geburtsurkunden des Bewerbers und seines Ehegatten sowie Geburts- und Heiratsurkunden der beiderseitigen Eltern und Großeltern),
4. körperlich und geistig gesund und für die Leitung einer Apotheke geeignet ist (amtsärztliches Zeugnis),
5. nach der Bestallung fünf Jahre in einer öffentlichen Apotheke oder einer Anstaltsapotheketätig war, nicht länger als 10 Jahre diesem Dienst entfremdet ist und unmittelbar vor der Bewerbung mindestens ein Jahr wieder in einer öffentlichen Apotheke gearbeitet hat (Leistungszeugnisse),
6. grundsätzlich alle fünf Jahre an einem Lehrgang der Akademie für pharmazeutische Fortbildung teilgenommen hat (Lehrgangsbescheinigung) und
7. im Besitze der für die Übernahme und den Betrieb der Apotheke erforderlichen Geldmittel ist. Die Geldmittel müssen ausreichen, um
 - a) bei einer anheimgefallenen Apotheke Lager und Einrichtung zu übernehmen oder bei einer neu zu errichtenden Apotheke eine geeignete Einrichtung und ein ausreichendes Warenlager zu beschaffen, und
 - b) die Betriebsmittel sicherzustellen. Soweit die Geldmittel nicht aus eigenem Vermögen, sondern aus Darlehen stammen, dürfen sie nicht von der pharmazeutischen Industrie oder dem pharmazeutischen Großhandel oder von einem Unternehmen, das Apothekeneinrichtungen oder Apothekenbedarfsgüter herstellt oder vertreibt, gegeben oder verbürgt sein.

(2) Bei Bewerbung von Beamten, Wehrmachtapothekern und Angestellten im Staats- oder Gemeindedienst kann, wenn sie als Apotheker tätig sind, von den Voraussetzungen der Ziff. 5 und 6 ausnahmsweise abgesehen werden.

(3) In die Verleihungsurkunde ist aufzunehmen, daß das Apothekenbetriebsrecht dem Staat anheimfällt, wenn die Bestallung des damit Belehenden gem. § 8 der Bestallungsordnung für Apotheker v. 8. 10. 1937 (RGBl. I. S. 1118) zurückgenommen wird.

§ 2. Versagungsgründe.

(1) Die Verleihung des Apothekenbetriebsrechts ist zu versagen, wenn

1. sich aus Tatsachen ergibt, daß dem Bewerber die politische, sittliche oder fachliche Zuverlässigkeit fehlt,
2. dem Bewerber infolge eines körperlichen Gebrechens oder wegen Schwäche seiner geistigen

oder körperlichen Kräfte oder wegen einer Sucht die für die Leitung einer Apotheke erforderliche Eignung oder Zuverlässigkeit fehlt.

(2) Bewerber, die das 60. Lebensjahr vollendet haben, sind nur in Ausnahmefällen zu berücksichtigen.

§ 3. Mehrheit von Bewerbern.

(1) Unter einer Mehrzahl von Bewerbern erhält bei gleicher Eignung das Betriebsrecht, wer das höchste Betriebsberechtigungsalter hat.

(2) Das Betriebsberechtigungsalter errechnet sich nicht nur nach der Zeit der Beschäftigung, sondern auch nach den Leistungen des Bewerbers für Volk, Staat, Partei und Berufsgemeinschaft (§ 4).

§ 4. Berechnung des Betriebsberechtigungsalters.

(1) Auf das Betriebsberechtigungsalter wird dem Bewerber angerechnet

1. zur Hälfte die Zeit, während deren er
 - a) als Apotheker außerhalb einer öffentlichen Apotheke gearbeitet hat,
 - b) als Apotheker in den Jahren 1921 bis 1924 oder 1931 bis 1934 erwerbslos oder berufsfremd tätig war,
 - c) als Pächter eine Apotheke mit einem Umsatz von mehr als 100 000 RM. geleitet hat,
2. einfach die Zeit, während deren er
 - a) in öffentlichen Apotheken als Mitarbeiter oder als Verwalter oder, sofern die Apotheke einen Umsatz von nicht mehr als 100 000 RM. hatte, als Pächter tätig war,
 - b) Inhaber einer behördlich anerkannten Wartepotheke war,
 - c) als verheirateter Apotheker in einer Landapothek mit einem Umsatz von nicht mehr als 20 000 RM. allein arbeitete,
 - d) zur Erfüllung seiner Arbeitsdienst- oder Wehrpflicht diente oder übte. Gleichgestellt ist die Zeit des vor Einführung der Arbeitsdienstpflicht freiwillig geleisteten Arbeitsdienstes sowie die freiwillige Dienstleistung bei Reichswehr oder Wehrmacht, jedoch nur bis zur Dauer eines Jahres,
 - e) im Weltkrieg als Angehöriger der Streitkräfte des Deutschen Reichs oder eines mit dem Deutschen Reich verbündeten oder befreundeten Staates Kriegsdienst leistete. Gleichgestellt wird die Zeit der Kriegsgefangenschaft oder des Aufenthalts in einem Lazarett, Genesungsheim oder dergl., der durch ein durch den Kriegsdienst hervorgerufenen Leiden bedingt war. Der Teilnahme am Weltkrieg wird ferner gleichgestellt die Teilnahme an den

Kämpfen im Baltikum, in Oberschlesien, gegen Spartakisten und Separatisten sowie gegen die Feinde der nationalen Erhebung, soweit er dadurch oder durch die Folgen seiner Teilnahme seine Tätigkeit als Apotheker nicht ausüben konnte oder seine pharmazeutische Ausbildung nicht beginnen konnte oder unterbrechen mußte,

- f) nicht in öffentlichen Apotheken tätig sein konnte, weil er dort infolge der Art seiner Kriegsverletzung keine Anstellung fand,
 - g) im ehemals deutschen Gebiet Inhaber einer Apotheke war, deren Weiterführung ihm durch Verdrängung unmöglich gemacht wurde,
 - h) zur Erlangung der Doktormürde mit Erfolg fachberuflich arbeitete, jedoch nur bis zur Dauer von zwei Jahren und nur soweit er sich ausschließlich mit diesen Arbeiten beschäftigte,
 - i) an pharmazeutischen Hochschulinstituten als Assistent oder Habilitant tätig war, jedoch nur bis zur Dauer von fünf Jahren,
3. doppelt die Zeit, während deren er als Frontkämpfer bei der fechtenden Truppe an Kampfhandlungen teilgenommen hat; doppelt gerechnet werden die Jahre, in denen die Frontkämpfereigenschaft erfüllt ist. Wer Frontkämpfer ist, richtet sich nach dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. 4. 1933 (RGBl. I S. 175) und seinen Ausf.-Best.

(2) Die hauptamtliche Tätigkeit als Apotheker im Staats-, Wehr- oder Gemeinbedienst, bei der Standesorganisation, bei der Deutschen Apothekerschaft oder bei der Fachpresse steht dem Dienst in einer öffentlichen Apotheke gleich.

(3) Jede Zeitspanne wird nur einmal nach der für sie günstigsten Art berechnet.

§ 5. Kriegsbeschädigte.

Kriegsbeschädigten Bewerbern wird für je 10 v. H. der Kriegsbeschädigung zusätzlich ein weiteres Jahr angerechnet.

§ 6. Berücksichtigung der Kinderzahl.

(1) Bewerbern mit Kindern werden für das dritte Kind zwei Jahre und für jedes weitere Kind je vier Jahre zusätzlich auf das Betriebsberechtigungsalter angerechnet.

(2) Angenommene Kinder zählen wie eigene.

(3) Uneheliche Kinder zählen nur, wenn sie im Haushalt des Vaters leben.

§ 7. Berücksichtigung des Familienstandes.

Unter Bewerbern mit gleichem Betriebsberechtigungsalter gehen vor Kinderreiche den Kinder-

armen, Kinderarme den Kinderlosen, Verheiratete den Unverheirateten, Verheiratete mit Kindern solchen ohne Kinder, Kinder des letzten Inhabers den verheirateten Bewerbern ohne Kinder.

§ 8. Verdienste um die Bewegung.

Wer bis zum 14. 9. 1930 Mitglied der NSDAP geworden ist (Mitgliedsnummer bis 340 000) oder wer bis zum 30. 1. 1933 Mitglied der NSDAP oder ihrer Gliederungen geworden ist und nachweisbar vor der Machtübernahme aktiv tätig war, kann in angemessenem Rahmen vor dienstälteren Bewerbern berücksichtigt werden.

§ 9. Härtebestimmung.

Für eine Übergangszeit von fünf Jahren können unbillige Härten, die sich aus der Berechnung des Betriebsberechtigungsalters zu ungunsten älterer Bewerber ergeben, durch ausnahmsweise Berücksichtigung außer der Reihe ausgeglichen werden.

§ 10. Ausnahmen.

Besteht Anlaß, von vorstehenden Grundsätzen abzuweichen, so ist meine Entscheidung einzuholen.

§ 11. Wirkung des Erlasses.

(1) Alle früheren RdErl., soweit sie Grundsätze und Richtlinien für Konzessionsverleihungen enthalten, sind aufgehoben.

(2) Die Landesregierungen ersuche ich, die Grundsätze gleichmäßig zu beachten. Ich bin zu beteiligen, wenn eine Abweichung beabsichtigt ist.

Polizeiverordnung

über das Verbot des Verkehrs mit Gefangenen und Schutzhäftlingen.

Vom 1. Juli 1939.

Auf Grund des Art. 64 Abs. III des Gesetzes, betr. die innere Verwaltung und die Vertretung der Kreise und Provinzen vom 8. Juli 1911 in der Fassung des Abänderungsgesetzes vom 5. Januar 1937 (Reg.-Bl. S. 9) und der Reichsverordnung über Vermögensstrafen und Bußen vom 6. Februar 1924 (RGBl. I S. 44) wird für das Land Hessen folgende Polizeiverordnung erlassen:

§ 1

Wer unbefugt mit Gefangenen oder Schutzhäftlingen in Verkehr tritt oder sich mit ihnen durch Worte, Zeichen oder auf andere Weise zu verständigen versucht, wird mit Geldstrafe bis zu 150.— RM. bestraft, an deren Stelle im Unvermögensfalle Haft bis zu 14 Tagen tritt.

§ 2

Die Polizeiverordnung tritt am Tage ihrer Veröffentlichung im Anzeiger der hessischen Landesregierung in Kraft.

Die von den Landräten und staatlichen Polizeiverwaltungen erlassenen Polizeiverordnungen über das Verbot des Verkehrs mit Gefangenen und Schutzhäftlingen werden hiermit aufgehoben.

Darmstadt, den 1. Juli 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: **R e i n e r.**

Verordnung über Enteignung von Grundeigentum für Zwecke des Reichsfiskus (Heer).

(Vom 4. Juli 1939.

Auf Grund von Artikel 2 des Gesetzes, die Enteignung von Grundeigentum betreffend, vom 26. Juli 1884 in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. September 1899 verleihe ich dem Deutschen Reich — Reichsfiskus (Heer) — das Enteignungsrecht bezüglich der Grundstücke in der Gemarkung Oststadt:

Flur II

- Nr. 236 Acker Waißenberg 927 qm, Eigentümer: Plag, Johann Franz Ehefrau Eva geb. Meuser
- Nr. 241 Acker Waißenberg 843 qm, Eigentümer: Ewald, Franz Martin Ehefrau Cäcilie geb. Mörl
- Nr. 242 Acker Waißenberg 1430 qm, Eigentümer: Dienst, Georg VI.
- Nr. 243 Acker Waißenberg 762 qm, Eigentümer: Feuerbach, Lucie Eva
- Nr. 249 Acker Waißenberg 595 qm, Eigentümer: Margraf, Martin IV. Ehefrau Anna Theresia geb. Klein
- Nr. 639 Acker Marienlaube 461 qm, Eigentümer: Klein, Friedrich I. Ehefrau Anna Maria geb. Müller

Flur XIV

- Nr. 234 Acker auf dem Schreiber 600 qm, Eigentümer: Feuerbach, Georg Philipp II., Eigentümer: Heß, Heinrich III., Eigentümer: Feuerbach, Leonhard zu je $\frac{1}{3}$
- Nr. 235 Acker auf dem Schreiber 680 qm, Eigentümer: Feuerbach, Heinrich Leonhard und Ehefrau Johanna Regina geb. Krug zu je $\frac{1}{4}$ Feuerbach, Georg Philipp zu $\frac{1}{2}$
- Nr. 236 Acker auf dem Schreiber 684 qm, Eigentümer: wie zu Nr. 235
- Nr. 237 Acker auf dem Schreiber 613 qm, Eigentümer: Feuerbach, Georg Philipp II.
- Nr. 271 Acker auf dem Schreiber 825 qm, Eigentümer: Lang, Nikolaus Ehefrau Barbara geb. Klein

Nr. 288 Acker auf dem Schreiber 502 qm, Eigentümer: Plag, Martin

Nr. 289 Acker auf dem Schreiber 2503 qm, Eigentümer: Lang, Nikolaus

Zugleich wird gemäß Artikel 1 des Hessischen Gesetzes über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren vom 4. Oktober 1935 (Reg.-Bl. S. 193), aus Gründen des öffentlichen Wohls ein vereinfachtes Enteignungsverfahren hinsichtlich der oben bezeichneten Grundstücke angeordnet.

Darmstadt, den 4. Juli 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: **R e i n e r.**

Verordnung über Enteignung von Grundeigentum für Zwecke des Reichsfiskus (Heer).

(Vom 4. Juli 1939.

Auf Grund von Artikel 2 des Gesetzes, die Enteignung von Grundeigentum betreffend, vom 26. Juli 1884 in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. September 1899 verleihe ich dem Deutschen Reich — Reichsfiskus (Heer) — das Enteignungsrecht bezüglich der Grundstücke in der Gemarkung Darmstadt: Flur XXI

Nr. 45 $\frac{2}{10}$, 1373 qm, Eigentümer: Maurer, August, Darmstadt, Alte Niederstraße 9

Nr. 45 $\frac{3}{10}$, 1373 qm, Eigentümer: Karl Kefe, Ehefrau Elisabeth geb. Maurer, Darmstadt, Peter-Gemeinder-Str. 21

Nr. 45 $\frac{4}{10}$, 1373 qm, Eigentümer: Jakob, Ernst zu $\frac{21}{32}$ Darmstadt, Herdweg 39 und Helfenbein, August zu $\frac{11}{32}$ Darmstadt, Schaffnitstr. 7

Nr. 45 $\frac{9}{10}$, 1732 qm (Teil des früheren Grundstücks 45 $\frac{7}{10}$), Eigentümer: Schmid, Elisabeth geb. Jakob in Essen (Ruhr), Thomaesplatz 24 und Müller, Katharina geb. Jakob in Köln-Sülz, Hermesfeiler Str. 7

Zugleich wird gemäß Artikel 1 des Hessischen Gesetzes über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren vom 4. Oktober 1935 (Reg.-Bl. S. 193), aus Gründen des öffentlichen Wohls ein vereinfachtes Enteignungsverfahren hinsichtlich der oben bezeichneten Grundstücke angeordnet.

Darmstadt, den 4. Juli 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: **R e i n e r.**

Erlaß**über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren.**

Darmstadt, den 24. Juli 1939.

Auf Grund von Art. 1 des hessischen Gesetzes über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren vom 4. Oktober 1935 (Reg.-Bl. S. 193) wird aus Gründen des öffentlichen Wohls ein vereinfachtes Enteignungsverfahren hinsichtlich der nachfolgend bezeichneten Grundstücke zu Gunsten der Stadt Gießen angeordnet:

- 1.) Flur XIX Nr. 4^{1/10} = 4511 qm Wiese am Gänsacker, Eigentümer Möser, Anna geb. Löber, Ehefrau des Wilhelm Möser II. (Pächter: Anton Hartmannshenn, Hochelheim).
- 2.) Flur XIX 4^{1/10} = 4511 qm Wiese daselbst, Eigentümer Otto Löber, Oberforstmeister in Darmstadt (Pächter: Anton Hartmannshenn, Hochelheim).
- 3.) Flur XIX Nr. 6 = 9045 qm Wiese daselbst, Eigentümer:
 - a) Fischer, Julie geb. Flett, Witwe des Adolf Fischer in Gießen,
 - b) Haubach, Luise geb. Flett, Witwe des Karl Haubach in Gießen,
 - c) Flett, Ludwig in Dranienburg,
 - d) Sack, Marie geb. Flett, Witwe des Ernst Ludwig Sack in Gießen,
 - e) Schuchardt, Anna geb. Flett, geschiedene Ehefrau des Daniel Schuchardt in Gießen zu je $\frac{1}{5}$ (Pächter: Franz Henneken, Gießen, Marburger Straße 65).
- 4.) Flur XIX Nr. 7 = 3680 qm Wiese daselbst, Eigentümer:
 - a) Braun, Adolf Heinrich Traugott,
 - b) Braun, Hedwig geb. Jughard, dessen Ehefrau Gesamtgut der Errungenschaftsgemeinschaft (Pächter: Franz Henneken, Gießen, Marburger Straße 65).

Darmstadt, den 24. Juli 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: **K e i n e r.****Verordnung,**

Änderung der Verordnung über die Einrichtung und den Betrieb der Apotheken, vom 14. Januar 1897 (Reg.-Bl. S. 3) betreffend.

Darmstadt, den 24. Juli 1939.

Die Verordnung, Vorschriften über die Einrichtung und den Betrieb der Apotheken betreffend,

vom 14. Januar 1897 (Reg.-Bl. S. 3), abgeändert durch Bekanntmachung vom 12. August 1933 (Reg.-Bl. S. 193), wird, wie folgt, geändert:

§ 41 erhält nachstehende Fassung:

„An Orten mit nur einer Apotheke darf diese, soweit sie ohne Mitarbeiter betrieben wird, wider-ruflich an Sonn- und Feiertagen von 8 Uhr vormittags bis 8 Uhr des folgenden Tags geschlossen werden. Voraussetzung ist, daß die Arzneiversorgung in dringenden Fällen durch Vereinbarung mit den den Sonntags- oder Feiertagsdienst jeweils versehenen Ärzten sichergestellt wird. Bei aufeinanderfolgenden Feiertagen oder beim Zusammentreffen von Sonn- und Feiertagen darf die Apotheke nur an dem ersten dieser Tage geschlossen werden; an den nachfolgenden Sonn- oder Feiertagen hat sie dienstbereit zu sein. Soweit von dieser Ermächtigung Gebrauch gemacht wird, ist dies dem Reichsstatthalter in Hessen — Landesregierung — über das zuständige Staatliche Gesundheitsamt anzuzeigen. Außerdem ist die Schließung der Apotheke durch ortsübliche Bekanntmachung und durch Aushang an der Apotheke zur allgemeinen Kenntnis zu bringen.

In Orten mit zwei oder mehr Apotheken oder in unmittelbar benachbarten Orten kann nach Vereinbarung unter den Apothekenvorständen mit Zustimmung des Reichsstatthalters in Hessen — Landesregierung — an Sonn- und Feiertagen ganztägig und Werktags während der Zeit von 19 Uhr bis 8 Uhr früh abwechselnd ein Teil der Apotheken geschlossen werden. Durch Aushang an den Apotheken und durch ortsübliche Bekanntmachung sind die den Sonntags- bzw. Nachtdienst versehenen Apotheken der Allgemeinheit bekannt zu geben.

Für die Dauer der Personalknappheit dürfen alle Apotheken Werktags in der Mittagszeit orts-einheitlich zwei Stunden geschlossen werden. In Orten mit mehreren Apotheken sind während dieser Zeit die für den Nachtdienst bestimmten Apotheken offen zu halten. In Orten mit nur einer Apotheke bleibt diese während des Mittagschlusses für dringende Fälle dienstbereit. Eine Zuschlag-bühr darf jedoch nicht erhoben werden.

Abgesehen von vorstehenden Ausnahmen müssen die Apotheken stets dienstbereit sein.“

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Regierungsblatt in Kraft.

Darmstadt, den 24. Juli 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: **K e i n e r.**

Erlaß über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren.

Vom 7. Juli 1939.

Auf Grund von Artikel 1 des Hessischen Gesetzes über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren vom 4. Oktober 1935 (Regierungsblatt S. 193) wird für die Stadt Mainz zwecks Verbesserung der Verkehrsverhältnisse an der Rostheimer Rampe in Mainz-Rostheim aus Gründen des öffentlichen Wohls ein vereinfachtes Enteignungsverfahren hinsichtlich des nachfolgend bezeichneten Grundstücks angeordnet:

Gemarkung Mainz-Rostheim, Flur I Nr. 61 = 144 qm, Hofreite im Ort, Eigentümer: Georg Schollmayer II. Ww. Elisabetha Margaretha geb. Schmitt in Mainz-Rostheim.

Darmstadt, den 7. Juli 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: **Reiner.**

Teil II

Bekanntmachung, die Genehmigung von Schenkungen betreffend.

Zum Laufe des I. Halbjahres 1939 sind nachstehende Schenkungen genehmigt worden:

Zf. Nr.	Schenker	Empfänger	Gegenstand und Wert der Schenkung	Bemerkungen
1	Heinrich Rieth, Offenbach a. M.	Katholische Kirchengemeinde St. Joseph	10000 RM	Lehztwillige Zuwendung
2	Runo Ferdinand Graf von Gardenberg	Familienverband der Grafen und Freiherrn von Gardenberg	etwa 30000 RM	Lehztwillige Zuwendung
3	Georg Philipp Kopp II. Wwe., Reinheim	Staatliche Blindenschule und die Staatliche Gehör- losenschule Friedberg	11000 RM	Lehztwillige Zuwendung

Darmstadt, den 1. Juli 1939

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

Abteilung III (Innere Verwaltung).

Der Reichsstatthalter in Hessen

Personalnachrichten

Ernannt wurden:

am 7. Dezember der Verwaltungssekretär Robert Diehl zum Kanzleiinspektor;

am 5. Mai durch Urkunde des Reichsmin. f. Ernährung u. Landwirtschaft der Assessor Adam Ludwig Weckerle zum Oberlandmesser;

am 9. Mai durch Urkunde des Führers und Reichsanzlers der Regierungsassessor Wilhelm August Sommer zum Regierungsrat;

am 22. Mai durch Urkunde des Führers und Reichsanzlers der Oberforstmeister Hans Rauf zum Oberforstrat, der Forstmeister Werner Hoffmüller zum Oberforstmeister, der Forstmeister Robert Grünwald zum Oberforstmeister, sämtlich mit Wirkung vom 1. Mai an,

der Chemiker Dr. Rudolf Coburger in Darmstadt zum Gewerberat, der Oberrechnungsrat Georg Waldeck bei der Abt. I der Hess. Landesregierung zum Regierungsrat, der Regierungsrat Dr. Philipp Groß zum Oberregierungsrat;

am 23. Mai der Verwaltungsinspektor Heinrich Müller zum Verwaltungsoberinspektor, der Lehrer Philipp Weber zum Rektor;

am 27. Mai der Kanzleiasistent Friedrich Jacob zu dem Verwaltungssekretär, der Verwaltungsinspektor Theodor Merkel zum Kassenoberinspektor;

am 1. Juni der Verwaltungssekretär Johann Löb zum Obersekretär;

am 9. Juni durch Urkunde des Reichsministers der Finanzen der Rechnungsrat Ludwig Weirich zum Amtmann.

Ernannt wurde unter Berufung in das Beamtenverhältnis:

am 6. Mai der Heinrich Binz zum Obergärtner;

am 23. Mai der Polizeiverwaltungsanwärter Mag Musick zum Polizeiamtshilfen.

Ernannt wurden unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

am 22. Mai durch Urkunde des Führers und Reichskanzlers der Oberlandwirtschaftsrat Dr. Philipp Rupp zum Domänenrat, der vollbeschäftigte Hilfsarzt Dr. Hans Petz zum Medizinalrat, der vollbeschäftigte Hilfsarzt Dr. Ernst Agt zum Medizinalrat;

am 23. Mai der Kreissekretär Walter Döring zum Rechnungsrevisor, die Schulamtsanwärterin Christel Lehne geb. Hamann zur Lehrerin, die Schulamtsanwärterin Anna Schmidt zur Lehrerin, die Schulamtsanwärterin Elisabeth Weisel zur Lehrerin, Julie Scheid zur Oberhebamme, der Georg Reil zum Schreiner, der Schulamtsanwärter Rudolf Krüger zum Lehrer, der Schulamtsanwärter Heinrich Schember zum Lehrer, der Georg Fink zum Gärtnergehilfen;

am 1. Juni der Schulamtsanwärter August Reichwein zum Lehrer, der Karl Dadt in Eckartshausen zum Straßenwärter;

am 2. Juni durch Urkunde des Führers und Reichskanzlers der Studienassessor Karl Ruppert zum Studienrat;

am 15. Juni der Kanzleigehilfe Peter Johann Weiß zum Kanzlisten, die technische Anwärtlerin Käthe Hassenzahl zur technischen Lehrerin, der Schulamtsanwärter Wilhelm Heiß zum Lehrer.

Entlassen wurden auf ihren Antrag:

die Kanzlistin Elisabeth Johanning geb. Kirchmann aus dem Hess. Landesdienst, mit Wirkung vom 1. Juni an.

In den Ruhestand versetzt wurde:

am 1. Juni der Lehrer Wilhelm Fink, dem Genannten wurde für seine dem Deutschen Volke geleisteten treuen Dienste der Dank des Führers und Reichskanzlers ausgesprochen.

In den Ruhestand versetzt wurden auf ihren Antrag:

am 18. März der Direktor der Bezirksparkasse Oppenheim Philipp Heilmann unter Anerkennung seiner dem deutschen Volke geleisteten treuen Dienste;

am 14. April durch Urkunde die Lehrerin Sophie Lohse, der Genannten wurde für ihre dem deutschen Volke geleisteten treuen Dienste der Dank des Führers und Reichskanzlers ausgesprochen, der Rektor Heinrich Krebs, dem

Genannten wurde für seine dem deutschen Volke geleisteten treuen Dienste der Dank des Führers und Reichskanzlers ausgesprochen, der Berufsschullehrer Jakob Karst;

am 20. April durch Urkunde der Rektor Rudolf Meyer;

am 25. April der Bauinspektor Jakob Planz in Mainz unter Anerkennung der dem Reich geleisteten treuen Dienste, mit Wirkung vom 1. Juli an, der Revierförster Emil Oberheim unter Anerkennung seiner dem deutschen Volke geleisteten treuen Dienste, durch Urkunde der Lehrer Georg Geil, dem Genannten wurde für seine dem deutschen Volke geleisteten treuen Dienste der Dank des Führers und Reichskanzlers ausgesprochen.

am 23. Mai der Lehrer Jakob Simon, der Oberrechnungsrat Heinrich Daubert unter Anerkennung seiner dem Deutschen Volke geleisteten treuen Dienste;

am 24. Mai der Lehrer Georg Dürkes, dem Genannten wurde für seine dem Deutschen Volke geleisteten treuen Dienste der Dank des Führers und Reichskanzlers ausgesprochen, die Lehrerin Johanna Gröninger, der Genannten wurde für ihre dem Deutschen Volke geleisteten treuen Dienste der Dank des Führers und Reichskanzlers ausgesprochen, die technische Lehrerin Anna Klumb und die Lehrerin Maria Michell;

am 27. Mai die Lehrerin Therese Becker, der Genannten wurde für ihre dem Deutschen Volke geleisteten treuen Dienste der Dank des Führers und Reichskanzlers ausgesprochen, der Lehrer Jakob Lengfelder, dem Genannten wurde für seine dem Deutschen Volke geleisteten treuen Dienste der Dank des Führers und Reichskanzlers ausgesprochen;

am 1. Juni der Lehrer Heinrich Molitor, dem Genannten wurde für seine dem Deutschen Volke geleisteten treuen Dienste der Dank des Führers und Reichskanzlers ausgesprochen;

am 2. Juni durch Urkunde des Führers und Reichskanzlers der Studienrat Professor Dr. Wilhelm Büttner, der Studienrat Professor Adalbert Fehrer, den Genannten wurde für ihre dem Deutschen Volke geleisteten treuen Dienste der Dank ausgesprochen;

am 15. Juni die Handarbeitslehrerin Katharina Meder, für ihre dem Deutschen Volke geleisteten treuen Dienste wurde ihr der Dank des Führers und Reichskanzlers ausgesprochen, der Lehrer Josef Trempel, dem Genannten wurde für seine dem Deutschen Volke geleisteten treuen Dienste der Dank des Führers und Reichskanzlers ausgesprochen, der Verwaltungsinspektor Ludwig Meyer unter Anerkennung seiner dem Deutschen Volke geleisteten treuen Dienste;

am 22. Juni durch Urkunde des Führers und Reichskanzlers der Oberstudienrat Professor Dr. Ludwig Spilger, der Studienrat Dr. August Bette, den Genannten wurde für ihre dem Deutschen Volke geleisteten treuen Dienste der Dank ausgesprochen;

In den Ruhestand versetzt wurden nach Erreichung der Altersgrenze:

der Ministerialamtsgehilfe Karl Stürz, dem Genannten wurde für seine dem deutschen Volke geleisteten treuen Dienste durch Urkunde vom 16. 2. 39 der Dank des Führers und Reichskanzlers ausgesprochen;

der Bauoberinspektor Wilhelm Fiedler in Gießen, dem Genannten wurde für die dem deutschen Volke geleisteten treuen Dienste durch Urkunde vom 2. 3. 39 der Dank des Führers und Reichskanzlers ausgesprochen;

der Lehrer Karl Günther mit Ende des Monats Juli 1939 auf Grund des § 68 des Deutschen Beamtengesetzes;

am 25. April gemäß Urkunde der Rektor Alexander Zerbahn, der Lehrer Georg Heidt, den Genannten wurde für ihre dem deutschen Volke geleisteten treuen Dienste der Dank des Führers und Reichskanzlers ausgesprochen.

am 23. Mai der Pfleger Johann Vogel unter Anerkennung seiner dem Deutschen Volke geleisteten treuen Dienste, der Amtsobergehilfe Wilhelm Schönbberger unter Anerkennung seiner dem Deutschen Volke geleisteten treuen Dienste;

am 27. Mai der Rektor Dr. Peter Claß, dem Genannten wurde für seine dem Deutschen Volke geleisteten treuen Dienste der Dank des Führers und Reichskanzlers ausgesprochen;

am 1. Juni der Küchenverwalter Ludwig Horst.

Landesregierung Personalnachrichten.

Versetzt wurden:

der Verwaltungsassistent Philipp Schmitt beim Forstamt Alzen an das Obergerichtsamt Darmstadt, mit Wirkung vom 1. März an;

am 2. Mai der Verwaltungsssekretär Edmund Gollasch an das Feldbereinigungsamt Starkenburg in Darmstadt unter Führung der Amtsbezeichnung „Vermessungssekretär“;

der Veterinär Dr. Wilhelm Schildwächter vom Kreisveterinäramt Bergstraße in Heppenheim in der Eigenschaft als Kreisveterinärarzt an das Kreisveterinäramt Darmstadt, der Veterinär Dr. Engelbert Daum vom Kreisveterinäramt Büdingen in der Eigenschaft als Kreisveterinärarzt an das Kreisveterinär-

amt Bergstraße in Heppenheim a. d. B., beide mit Wirkung vom 1. Juni an;

am 8. Juni der Rasseninspektor Hans Luz mit sofortiger Wirkung an das Personalamt der Hess. Landesregierung mit der Maßgabe, von dem Zeitpunkt des Dienstantritts an die Amtsbezeichnung „Verwaltungsinpektor“ zu führen.

Versetzt wurden in gleicher Dienstbeziehung:

die technische Lehrerin Emilie Horn an der Eleonoren-Schule, Oberschule für Mädchen zu Darmstadt, in die Stelle einer technischen Lehrerin an der Viktoria-Schule, Oberschule für Mädchen, in Darmstadt, die Studienräte Ludwig Dann, Dr. Adam Schier, Wilhelm Wiener und die Studienrätin Dr. Carola Wollweber von der Frauenlob-Schule, Oberschule für Mädchen zu Mainz, an die Oberschule für Mädchen am Ludendorff-Platz in Mainz, alle mit Wirkung vom 13. April 1939 an;

der Revierförster Friedrich Dechler zu Wenings in die Försterei Bönstadt des Forstamts Friedberg, mit Wirkung vom 2. Mai an;

der Studienrat Hans Kraft zu Alzen in eine Studienratsstelle an der Oberschule für Jungen in Bingen, der Lehrer Heinrich Schäfer zu Ober-Seibertenrod in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Treis/Lumda, Kreis Gießen, der Regierungsrat Dr. Meyer an die Abteilung III (Innere Verwaltung) der hessischen Landesregierung, sämtlich mit Wirkung vom 1. Juni an;

der Lehrer Max Kalinowski zu Ruhlkirchen in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Ohmes, Kreis Alsfeld, der Lehrer Lorenz Gerhardt zu Wintersheim, Kreis Mainz, in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Nierstein, Kreis Mainz, beide mit Wirkung vom 16. Juni an;

der Lehrer Heinrich Sommer zu Wahlen, Kreis Alsfeld, in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Leusel, Kreis Alsfeld, die Lehrerin Maria Dehlinger zu Groß-Gumpen, Kreis Erbach, in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Heubach, Kreis Dieburg, der Lehrer Heinrich Jacob zu Lengfeld, Kreis Dieburg, in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Ingelheim, Kreis Bingen, der Lehrer Heinrich Monat zu Ingelheim, Kreis Bingen, in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Ober-Ramstadt, Kreis Darmstadt, der Lehrer Friedrich Muhl zu Bieben, Kreis Alsfeld, in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Wetterweil, Kreis Friedberg, der Lehrer Hermann Rösch zu Ober-Ramstadt, Kreis Darmstadt, in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Darmstadt, der Oberstudiendirektor Dr. Albert Streuber zu Worms an die Ernst-Ludwig-Schule, Oberschule für Jungen, in Bad-Nauheim, sämtlich mit Wirkung vom 1. Juli an.

Hessisches Regierungsblatt

1939

Darmstadt, den 18. August 1939

Nr. 15

Inhalt: Teil I: Beleihungsgrundsätze für die hessischen öffentlich-rechtlichen Sparkassen. S. 125 — Ergänzung der Beleihungsgrundsätze für die hessischen öffentlich-rechtlichen Sparkassen. S. 128 — Verordnung über Enteignung von Grundeigentum für Zwecke des Reichsfiskus (Luftwaffe). S. 128 — Bekanntmachung über die Bekämpfung des seuchenhaften Verkaltens (Wanginfektion des Kindes). S. 129 — Teil II: Personalnachrichten. S. 129 — Sterbefälle. S. 131 — Namensänderungen. S. 132.

Teil I

Beleihungsgrundsätze

für die hessischen öffentlich-rechtlichen Sparkassen.

Vom 19. November 1938.

Auf Grund des § 25 Absatz 1 der Satzung für die Städtischen und die Kreissparkassen und des § 44 der Satzung für die Bezirksparkassen erlasse ich hiermit nach Anhörung des Hessischen Sparkassen- und Giroverbandes mit Wirkung vom 1. Dezember 1938 ab die nachstehenden Beleihungsgrundsätze für die hessischen öffentlich-rechtlichen Sparkassen.

A. Beleihung von Hausgrundstücken.

I. Der Beleihungswert.

(1) Die Beleihung von Hausgrundstücken richtet sich nach dem Beleihungswert. Der Beleihungswert wird auf der Grundlage einer Schätzung vom Verwaltungsrat in eigener Verantwortung festgesetzt. Bei der Schätzung ist von dem Ertragswert sowie dem Bau- und Bodenwert auszugehen; sowohl bei der Schätzung als auch bei der Festsetzung des Beleihungswertes sind alle wertbestimmenden Umstände und dauernden Eigenschaften des Grundstücks sorgfältig in Betracht zu ziehen.

(2) Bei der Ermittlung des Ertragswertes ist der Ertrag zugrunde zu legen, der unabhängig von der Person des derzeitigen Besitzes voraussichtlich für die Dauer der Beleihung erzielt werden kann. Hierbei sind Lage, Beschaffenheit und Verwendungszweck des Grundstücks sowie die örtlichen und allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse zu berücksichtigen.

(3) Bei der Ermittlung des Bauwertes ist von den angemessenen Herstellungskosten auszugehen. Die Kosten besonderer, nicht wertsteigernder Aufwendungen müssen außer Betracht bleiben. Der Bodenwert ist nach den Preisen zu schätzen, die für Grundstücke gleicher Art und Lage auf die Dauer als angemessen anzusehen sind.

(4) Durch Abnutzung eingetretene Wertminderungen müssen berücksichtigt werden.

(5) Der Beleihungswert eines Erbbaurechtes ist sowohl nach § 19 der Verordnung über das Erbbaurecht vom 15. Januar 1919 (RGBl. S. 72) als

auch nach den vorstehenden Grundsätzen zu ermitteln; der niedrigere Beleihungswert ist maßgebend.

(6) Sofern der für Grundstücke ähnlicher Art, Lage und Beschaffenheit in der letzten Zeit vor der Beleihung erzielte regelmäßige Kaufpreis (voraussichtlich zu erzielender Verkaufswert) niedriger ist als der auf Grund der Schätzung nach den vorstehenden Absätzen ermittelte Beleihungswert, so ist der Beleihung dieser niedrigere Wert zu Grunde zu legen.

II. Die Festsetzung des Beleihungswertes.

(1) Als Grundlage für die Festsetzung des Beleihungswertes dienen dem Verwaltungsrat Schätzungen von

- a) Schätzungsbehörden (Schätzungsämtern, Ortsgerichten usw.) oder
- b) mit den örtlichen Verhältnissen besonders vertrauten, vom Sparkassenverwaltungsrat bestellten vereidigten Sachverständigen (Absatz 2).

In diesem Falle soll, falls das Grundstück nicht einem Verwaltungsratsmitglied oder dem Leiter der Sparkasse zuverlässig bekannt ist, zunächst ein Mitglied des Verwaltungsrats oder ein Beamter (Angestellter) der Sparkasse bei der Schätzung zugegen sein.

(2) Im Falle des Absatzes 1 Buchstabe b) genügt bei Beleihungen bis zu einem Betrag von 50 000 RM. die Schätzung durch einen Sachverständigen. Bei Beleihungen mit einem höheren Betrag muß das Grundstück durch zwei Sachverständige geschätzt werden.

(3) Statt eine Schätzung nach Abs. 1 einzuholen, kann der Verwaltungsrat den Beleihungswert eines Grundstücks auf Grund eigener Schätzung festsetzen, wenn das Grundstück

- a) zwei Verwaltungsratsmitgliedern oder
- b) einem Verwaltungsratsmitglied und dem Leiter der Sparkasse oder
- c) einem Verwaltungsratsmitglied und einem von dem Leiter der Sparkasse allgemein bestimmten Beamten oder Angestellten

zuverlässig bekannt ist und mit keinem höheren Betrag als 10 000 RM. beliehen werden soll. Mit

meiner Zustimmung kann nach Anhörung des Hessischen Sparkassen- und Giroverbandes dieser Betrag bei einzelnen Sparkassen bis auf 20 000 RM. heraufgesetzt werden.

(4) Es ist in jedem Falle aktenkundig zu machen, welche Umstände für die Festsetzung des Beleihungswertes durch den Verwaltungsrat maßgebend gewesen sind. Alle die Beleihung betreffenden Unterlagen sind zu den Beleihungsakten zu nehmen.

III. Beleihungsgrenze und Rangstelle.

(1) Die Beleihung muß sich unter Berücksichtigung des Wertes etwaiger im Range vorgehender Rechte innerhalb der ersten Hälfte des nach Abschnitt I und II festgesetzten Beleihungswertes halten.

(2) Kleinwohnungsbauten und Kleinsiedlungen dürfen an erster Rangstelle bis zu 75 v. H. des Beleihungswertes beliehen werden, wenn für den über 50 v. H. hinausgehenden Betrag das Reich, ein Land, eine Gemeinde (Gemeindeverband) oder eine andere leistungsfähige, mit dem Recht zur Erhebung von Abgaben ausgestattete Körperschaft des öffentlichen Rechts die Bürgschaft übernimmt; hierbei soll eine etwaige Inanspruchnahme des Bürgen nicht davon abhängig sein, daß die Sparkasse bei einer Zwangsversteigerung mitbietet. Als Kleinwohnungsbauten und Kleinsiedlungen sind solche Bauten anzusehen, die den vom Reich erlassenen Bestimmungen über die Übernahme von Reichsbürgschaften für den Kleinwohnungsbau und die Kleinsiedlung entsprechen.

(3) Hypotheken zur Durchführung von Neubauten dürfen nur zur ersten Rangstelle gegeben werden. In Ausnahmefällen genügt es, wenn der Sparkasse mit der erstrangigen Beleihung eines anderen Geldgebers gleicher Rang eingeräumt wird; in diesen Fällen bedarf es eines einstimmigen Beschlusses des Verwaltungsrates und der Zustimmung des Sparkassenleiters.

(4) Andere als die in Absatz 3 bezeichneten Hypotheken dürfen auf Vorschlag des Sparkassenleiters ausnahmsweise auch zum Nachrang gegeben werden, wenn der Verwaltungsrat es einstimmig beschließt. Voraussetzung hierfür ist, daß die Vorbelastung bereits geraume Zeit besteht, daß bei ihr Rückstände an Zinsen oder Tilgungsraten nicht vorhanden sind und daß die Ablösung der Vorbelastung durch die Sparkasse nicht tunlich ist.

(5) Als Beleihungen zur ersten Rangstelle sind auch solche anzusehen, denen eigene Hypotheken der Sparkasse, unerhebliche, in Abteilung II des Grundbuchs eingetragene Belastungen oder solche Eintragungen im Range vorgehen, die tatsächlich erledigt sind und deren Löschung eingeleitet, jedoch nur mit unverhältnismäßigen Schwierigkeiten durchzuführen ist.

IV. Tilgung der Hypotheken.

(1) Hypotheken sind regelmäßig zu tilgen, es sei denn, daß besondere Umstände eine Ausnahme rechtfertigen.

(2) Bei Kleinwohnungs- und Kleinsiedlungshypotheken muß eine Tilgung von jährlich mindestens 1 v. H. des ursprünglichen Kapitalbetrages der Gesamtbeleihung unter Zuwachs der ersparten Zinsen vorgeesehen sein.

(3) Erbbaurechte dürfen nur mit Tilgungshypotheken beliehen werden, die dem § 20 der Verordnung über das Erbbaurecht vom 15. Januar 1919 (RGBl. S. 72) entsprechen.

B. Beleihung von land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken.

Bei Hypotheken (Grund- und Rentenschulden) auf land- oder forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken gelten folgende Beleihungsgrundsätze.

I. Beleihung auf Grund einer Schätzung.

(1) Die Schätzung erfolgt nach den gleichen Grundsätzen wie zu Abschnitt A II, Absatz 1a und b und Absatz 2.

Für die Bewertung ist der Ertragswert zugrunde zu legen. Als Ertragswert gilt das 25fache des Reinertrags, den das Grundstück jährlich nach seiner wirtschaftlichen Bestimmung bei ordnungsmäßiger und gemeinüblicher Bewirtschaftung unter gewöhnlichen Verhältnissen im Durchschnitt nachhaltig gewähren kann. Bei der Beurteilung der nachhaltigen Ertragsfähigkeit sind alle Umstände, die auf den Wirtschaftserfolg von Einfluß sind oder von denen die Verwertung der gewonnenen Erzeugnisse abhängig ist, insbesondere Bodengüte, Bodenlage, klimatische Verhältnisse, Hoflage, Geschlossenheit oder Zersplitterung des Betriebs, Verkehrs- und Absatzverhältnisse zu berücksichtigen. Zinsen und öffentliche Lasten sind bei der Wertermittlung zu berücksichtigen.

(2a) Sofern der für Grundstücke ähnlicher Art, Lage und Beschaffenheit in letzter Zeit vor der Beleihung erzielte regelmäßige Kaufpreis (vorausichtlich zu erzielender Kaufpreis) niedriger ist als der auf Grund der Schätzung nach Absatz 1 ermittelte Betrag, so ist der Beleihung dieser niedrigere Wert zugrunde zu legen.

b) Für die Ermittlung des Verkaufswertes sind die in Betracht kommenden Angaben, insbesondere über die lezhin erzielten Kaufpreise, in der Schätzung glaubhaft darzulegen, so daß sie in allen Einzelheiten nachgeprüft werden können.

(3) Für die Festsetzung des Beleihungswertes gilt Abschnitt A I, Absatz 1, Satz 2 entsprechend.

II. Beleihung ohne Schätzung.

Die Festsetzung des Beleihungswertes eines Grundstücks durch den Verwaltungsrat auf Grund eigener Schätzung richtet sich nach den Vorschriften zu Abschnitt A II, Absatz 3 und 4.

III. Beleihungsgrenze und Rangstelle.

(1) Die Beleihung muß sich unter Berücksichtigung des Wertes etwaiger im Range vorgehender Rechte innerhalb der ersten Hälfte des nach den Abschnitten I und II festgesetzten Beleihungswertes halten.

(2) Hypotheken (Grund- und Rentenschulden) dürfen nur zur ersten Rangstelle gegeben werden. In Ausnahmefällen genügt es, wenn der Sparkasse mit der erstrangigen Beleihung eines anderen Geldgebers gleicher Rang eingeräumt wird; in diesen Fällen bedarf es eines einstimmigen Beschlusses des Verwaltungsrats und der Zustimmung des Sparkassenleiters.

(3) Hypotheken (Grund- und Rentenschulden) dürfen auf Vorschlag des Sparkassenleiters auch zum Nachrang gegeben werden, wenn der Verwaltungsrat es einstimmig beschließt. Voraussetzung hierfür ist, daß die Vorbelastung bereits geraume Zeit besteht, daß bei ihr Rückstände an Zinsen oder Tilgungsraten nicht vorhanden sind und daß die Ablösung der Vorbelastung durch die Sparkasse nicht tunlich ist.

(4) Die Vorschrift in Abschnitt A III Absatz 5 gilt entsprechend.

C. Beleihung gewerblich genutzter Grundstücke.

(1) Überwiegend gewerblich genutzte Grundstücke, die zusammen mit Hausgrundstücken oder mit land- oder forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken bewirtschaftet werden, können nach den Bestimmungen der Abschnitte A oder B mit diesen Grundstücken mitbeliehen werden. Ob ein Grundstück überwiegend gewerblich genutzt wird, ist in erster Linie nach dem Verhältnis der Jahresroherträge zu beurteilen (zu vgl. §§ 32 und 34 der Durchführungsbestimmungen zum Reichsbewertungsgesetz vom 2. Februar 1935 — RGBl. I S. 81).

(2) Bei der Festsetzung des Beleihungswertes darf nur der von der jeweiligen Benutzungsart unabhängige dauernde Wert des Grundstücks berücksichtigt werden. Dem Bodenwert ist demgemäß der Wert der gewerblichen Zwecken dienenden Gebäude nur insoweit zuzurechnen, als die Gebäude zum Umbau in Wohnstätten oder zur Benutzung im Rahmen eines land- oder forstwirtschaftlichen Betriebes geeignet sind und nach den örtlichen Verhältnissen anzunehmen ist, daß sie als solche verwertet werden können; die für den Umbau erforderlichen Kosten sind dabei zu berücksichtigen.

(3) Ausschließlich gewerblich genutzte Grundstücke dürfen nach den Grundsätzen des Abschnitts

A beliehen werden, wenn es sich um einen Gewerbebetrieb kleineren Umfanges handelt. Die Beleihung muß sich innerhalb der ersten 30 v. H. des von der jeweiligen Benutzungsart unabhängigen dauernden Wertes halten und darf in keinem Falle 10 000 RM. überschreiten. Absatz 2 Satz 2 findet Anwendung. Auf eine verstärkte Tilgung dieser Hypotheken ist Bedacht zu nehmen.

(4) Der Wert des gewerblichen Zubehörs muß bei der Festsetzung des Beleihungswertes außer Betracht bleiben.

(5) Die vorstehenden Bestimmungen gelten sinngemäß auch für Grundstücke und Gebäude, die gemeinnützigen Zwecken dienen (Krankenhäuser, Jugendherbergen u. a.). Vor der Beleihung derartiger Grundstücke ist besonders sorgfältig zu prüfen, ob ein Dauerertrag gewährleistet ist.

D. Dingliche Sicherstellung von Personalkredit.

Für die Gewährung von Personalkredit gegen Bestellung von Sicherheitshypotheken oder Grundschulden oder gegen Abtretung oder Verpfändung von Hypotheken oder Grundschulden (§ 26 d und e bzw. § 45 d und e der Satzung) gelten die vorstehenden Beleihungsgrundsätze mit folgenden Maßgaben:

1. Auf Grund eines einstimmigen Beschlusses des Sparkassenverwaltungsrats kann mit Zustimmung des Sparkassenleiters eine Hypothek oder Grundschuld, welche über die in Abschnitt A III Absatz 1, B III Absatz 1 und C Absatz 3 festgesetzten Beleihungsgrenzen hinausgeht, als Sicherheit angenommen werden, wenn sie sich

a) bei Hausgrundstücken (auch zusammen mit überwiegend gewerblich genutzten Grundstücken) und bei land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken innerhalb von 60 v. H. des nach vorstehenden Grundsätzen festgesetzten Beleihungswertes,

b) bei ausschließlich gewerblich genutzten Grundstücken innerhalb von 50 v. H. des von der jeweiligen Benutzungsart unabhängig dauernden Wertes hält.

2. Voraussetzung für die Kreditgewährung ist, daß der Kreditnehmer seinen Wohnsitz oder seine gewerbliche Niederlassung innerhalb des durch die Satzung festgelegten Ausleihbezirks hat. Falls das Grundstück außerhalb des Ausleihbezirks der Sparkasse liegt, muß in jedem Falle eine den Bestimmungen des Abschnittes A II Absatz 1 und 2 entsprechende Schätzung eingeholt werden; um die Einholung der Schätzung kann die Sparkasse ersucht werden, in deren Geschäftsbezirk das Grundstück liegt. Die Festsetzung des Beleihungswertes liegt der kreditgebenden Sparkasse ob.

E. Beleihungsbeschränkungen.

Es dürfen nicht beliehen werden:

- a) Grundstücke, die durch ihre Ausnutzung im Werte vermindert werden (Lehm-, Ton- oder Kiesgruben, Torfstiche usw.);
- b) Baupläte an nicht anbaufähigen Straßen; andere Baugrundstücke dürfen ausnahmsweise nach den Bestimmungen des Abschnittes A beliehen werden; hierbei ist der Beleihungswert besonders vorsichtig zu ermitteln.
- c) Theater, Tanzsäle, Konzertsäle, Lichtspielhäuser, Garagen und ähnlichen Zwecken dienende Baulichkeiten. Wenn nur einzelne Teile von an sich beleihbaren Hausgrundstücken oder land- oder forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken solchen Zwecken dienen, finden die Bestimmungen des Abschnittes C Absatz 2 entsprechende Anwendung.

Darmstadt, den 19. November 1938.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: Reiner.

Ergänzung der Beleihungsgrundsätze für die hessischen öffentlich-rechtlichen Sparkassen.

Bom 13. Juni 1939.

Auf Grund des § 25 Abs. 1 der Satzung für die Städtischen und die Kreissparkassen und des § 44 der Satzung für die Bezirkssparkassen wird dem Abschnitt C der Beleihungsgrundsätze für die hessischen öffentlich-rechtlichen Sparkassen vom 19. November 1938 Nr. III 40 857/38 folgender Absatz 6 hinzugefügt:

„(6) Ausschließlich gewerblich genutzte Grundstücke und Gebäude, die staatspolitisch besonders wichtigen Zwecken, insbesondere der Sicherung und Ernährung des Deutschen Volkes dienen, können nach Maßgabe besonderer, vom Reichswirtschaftsminister erlassener Richtlinien beliehen werden.“

Darmstadt, den 13. Juni 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: Reiner.

Berordnung über Enteignung von Grundeigentum für Zwecke des Reichsfiskus (Luftwaffe).

Bom 4. Juli 1939.

Auf Grund von Artikel 2 des Gesetzes, die Enteignung von Grundeigentum betreffend, vom

26. Juli 1884 in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. September 1899 verleihe ich dem Deutschen Reich — Reichsfiskus (Luftwaffe) — das Enteignungsrecht bezüglich der Grundstücke in den Gemarkungen Mainz, Breckenheim und Gonsenheim:

Flur XVII Mainz

Nr. 47^{1/10}, 2674 qm Ackerland, Eigentümer: Gabel, Johann Josef, Mainz-Breckenheim

Nr. 64^{1/10}, 3397 qm Ackerland, Eigentümer: Schmidt, Gustav, Mainz-Mombach

Nr. 69^{1/10}, 993 qm Ackerland, Eigentümer: Werum, Adolf, Mainz-Mombach

Nr. 69^{1/10}, 992 qm Ackerland, Eigentümer: Werum, Nikolaus, Mainz-Mombach

Nr. 69^{1/10}, 993 qm Ackerland, Eigentümer: Werum, Johann Wilhelm, Mainz-Mombach

Nr. 70, 999 qm Ackerland, Eigentümer: Mumm, Georg Nikolaus, Mainz-Mombach

Flur XIV Breckenheim

Nr. 297, 1700 qm Ackerland, Eigentümer: Grimm, Wilhelm, Arbeiter, Ehefrau, Gonsenheim

Nr. 298, 1120 qm Ackerland, Eigentümer: Bopp II., Philipp Josef

Nr. 299, 2550 qm Ackerland, Eigentümer: Bender, Adam Heinrich, Witwe geb. Mainz, Neubrüdenstr. 12 I

Nr. 300, 1947 qm Ackerland, Eigentümer: Bedhaus, Peter, Gonsenheim

Nr. 300^{5/10}, 5909 qm Ackerland, Eigentümer: Bedhaus, Peter, Gonsenheim

Nr. 301, 1601 qm Ackerland, Eigentümer: Ludwig, Josef Hugo, Gonsenheim

Nr. 302, 1686 qm Ackerland, Eigentümer: Schirmer, Otto Heinrich, Mainz-Mombach

Nr. 302^{5/10}, 1686 qm Ackerland, Eigentümer: Schirmer, Otto Heinrich, Mainz-Mombach

Nr. 303, 8892 qm Ackerland, Eigentümer: Schroe, Heinrich Josef, Mainz-Breckenheim

Nr. 304, 4692 qm Ackerland, Eigentümer: Diehl, Adam, Mainz

Nr. 305, 5151 qm Ackerland, Eigentümer: Juli, Therese, Mainz-Weisenau, Römerstr. 28

Nr. 306, 1715 qm Ackerland, Eigentümer: Schirmer, Albert Nikolaus, Mainz-Mombach

Nr. 307, 1738 qm Ackerland, Eigentümer: Schirmer, August Johann, Mainz-Mombach

Nr. 308, 2238 qm Ackerland, Eigentümer: Brandmüller, Johann Eduard I., Gonsenheim

Nr. 309, 1106 qm Ackerland, Eigentümer: Glaser, Georg III., Mainz-Mombach

- Nr. 309 ⁵/₁₀, 1102 qm Ackerland, Eigentümer: Glaser, Georg III., Mainz-Mombach
- Nr. 310, 2145 qm Ackerland, Eigentümer: Reiz, Johann Balthasar, Mainz-Mombach
- Nr. 311, 2131 qm Ackerland, Eigentümer: Schirmer, Veit Franz, Mainz-Mombach
- Nr. 312, 5216 qm Ackerland, Eigentümer: Arnold, Jakob Dionis, Mainz-Brehenheim
- Nr. 313, 1755 qm Ackerland, Eigentümer: Becker, Franz Ernst, Gonsenheim
- Nr. 314, 1790 qm Ackerland, Eigentümer: Becker, Jakob Franz V., Gonsenheim
- Nr. 315, 2453 qm Ackerland, Eigentümer: Diehl, Jakob Johann, Mainz-Brehenheim
- Nr. 316, 2611 qm Ackerland, Eigentümer: Maschmann, Heinrich, Mainz-Brehenheim
- Nr. 317, 5221 qm Ackerland, Eigentümer: Speckert, Jakob, Mainz
- Nr. 318, 7966 qm Ackerland, Eigentümer: Bender, Barbara Maria Elisabeth, Mainz-Brehenheim

Flur VI Gonsenheim

- Nr. 4 ⁵/₁₀, 1481 qm Ackerland, Eigentümer: Schiel, Kurt Heinrich, Ehefrau Martha Margareta geb. Brauns, Gonsenheim
- Nr. 3 ⁵/₁₀, 1477 qm Ackerland, Eigentümer: Zapf, Franz Josef, Landwirt, Gonsenheim
- Nr. 25 ¹/₁₀, 850 qm Ackerland, Eigentümer: Becker, Johann Alois IV., Gonsenheim
- Nr. 2 ⁵/₁₀, 1473 qm Ackerland, Eigentümer: Seib, Jakob Hugo, Gonsenheim
- Nr. 1 ⁷/₁₀, 739 qm Ackerland, Eigentümer: Vogt, Wilhelm Adolf, Gonsenheim

Zugleich wird gemäß Artikel 1 des Hessischen Gesetzes über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren vom 4. Oktober 1935 (Reg.-Bl. S. 193) aus Gründen des öffentlichen Wohls ein vereinfachtes Enteignungsverfahren hinsichtlich der obenbezeichneten Grundstücke angeordnet.

Darmstadt, den 4. Juli 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: Reiner.

Bekanntmachung

über die Bekämpfung des seuchenhaften Verkälbens (Banginfektion des Rindes).

Vom 8. August 1939.

Auf Grund der §§ 18ff. und 79 Abs. 2 des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (RGBl. S. 519)

wird zum Schutze gegen die Verbreitung des seuchenhaften Verkälbens (Banginfektion) für das Land Hessen bestimmt:

In der viehseuchenpolizeilichen Anordnung vom 18. Januar 1937 über die Bekämpfung des seuchenhaften Verkälbens (Banginfektion) des Rindes (Reg.-Bl. Nr. 2 vom 29. Januar 1937 S. 9) erhält der § 3 Abs. 3 (Deckverbote) folgende neue Fassung:

„(3) Aus einem Bestand, in dem die Banginfektion mit sichtbaren Erscheinungen, insbesondere Verkälben, herrscht, dürfen Rinder einem Bullen, der in unverseuchten Beständen deckt, nicht vor Ablauf von 9 Monaten nach dem letzten Verkälbefall im Bestande zugeführt werden. Ausnahmen bedürfen der Genehmigung des Reichsstatthalters in Hessen — Landesregierung —. Das Deckverbot gilt nicht für Bestände, in denen die Banginfektion oder deren Verdacht nur durch das bejahende Ergebnis der Blut- und Milchuntersuchung festgestellt ist.“

Darmstadt, den 8. August 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

Sprengr.

Teil II

Der Reichsstatthalter in Hessen

Personalnachrichten

Ernannt wurden:

am 15. Juni die Sekretäre Johann Georg Heß und Franz Josef Jakob zu Bauobersekretären;
am 22. Juni durch Urkunde des Führers und Reichsanzlers der Forstassessor Ludwig Schäfer in Beerfelden zum Forstmeister, der Forstassessor Helmut Wigener in Darmstadt zum Forstmeister;

am 19. Juli der Obereichmeister Friedrich Wilhelm in Darmstadt zum Technischen Oberinspektor, der Eichmeister Joseph Vogt in Darmstadt zum Obereichmeister, die Bibliotheksssekretärin Elisabeth Melior zur Bibliotheksinspektorin;

am 29. Juli der Vermessungsinspektor Otto Grein zum Vermessungsoberinspektor.

Ernannt wurden unter Berufung in das Beamtenverhältnis:

am 15. Juni der Sparkassenangestellte Paul Georg Lulay zum Direktor der Bezirkssparkasse Heppenheim a. d. B.;

am 19. Juli der Heinrich August Göhrig zum außerplanmäßigen Regierungsinspektor, der

Johann Konrad Reidel und der Karl Erich Hartmann zu außerplanmäßigen Regierungsinspektoren, der Albert Brückel zum außerplanmäßigen Regierungsinspektor, der Erwin Schnur zum außerplanmäßigen Regierungsinspektor, der Wilhelm Jungermann zum außerplanmäßigen Rechnungsrevisor;

am 29. Juli der Richard Knörzer zum außerplanmäßigen Regierungsinspektor, zu Förstern im Hess. Landesdienst die Hilfsförster Konrad Becker, Forstamt Grebenhain, Ferdinand Krämer, Forstamt Bad-Nauheim, Karl Balser, Forstamt Gießen, Friedrich Fay, Forstamt Lich, Ludwig Suppes, Forstamt Schotten, Karl Heinrich Olff, Forstamt Göttingen, Philipp Weiß, Forstamt Kellterbach, Hans Pfänder, Forstamt Isenburg, Erich Jörn, Forstamt Kellterbach, Karl Harbach, Forstamt Dübelsheim, Johannes Kaufmann, Forstamt Dudenhofen, die Hilfsförster a. Pr. Erich Herchenröther, Forstamt Büdingen, Heinrich Robert, Forstamt Buchbach, der Förster a. Pr. Friedrich Klipstein, Forstamt Mörfelden;

am 1. August gemäß Urkunde die Schulamtsanwärterin Pauline Brinkmann zur Lehrerin.

Ernannt wurden unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

am 22. Mai durch Urkunde des Führers und Reichskanzlers der Gerichtsassessor Karl Helmut Spamer zum Regierungsrat;

am 19. Juli die Schulamtsanwärter Konrad Schäfer, Wilhelm Andres, Ludwig Flausaus, Karl Baußmann, Wilhelm Wagner, Rudolf Höhn, Otto Schäfer, Heinz Keller zu Lehrern; die Schulamtsanwärterinnen Margarete Brückner, Erna Scior, Anna Bernades, Elisabeth Jästadt zu Lehrerinnen, der Hilfsamtsgehilfe August Sattler zum Institutsgehilfen, der Polizeipraktikant Ludwig Pöher zum Polizeiinspektor, der Kanzleigehilfe Otto Stan zum Polizeibüroassistenten, der Bernhard Weidner zum Kanzlisten, der Hauswart auf Probe Georg Wink in Darmstadt zum Hauswart, der Hausmeister auf Probe Heinrich Wörle zum Hausmeister;

am 29. Juli die Schulamtsanwärter Heinrich Hehler und Karl Grein zu Lehrern, die Schulamtsanwärterin Maria Hoffmann zur Lehrerin, der Hilfsamtsgehilfe Hans Sachs zum Amtsgehilfen;

am 1. August die Schulamtsanwärter Erich Frank und Friedrich Hehl zu Lehrern, die Schulamtsanwärterinnen Susanne Biondino, Margarete Gorges, Elisabeth Deder, geborene Scriba, Katharina Wolf und Thekla Lenhardt zu Lehrerinnen.

Entlassen wurde auf seinen Antrag:

am 1. August gemäß Urkunde der Rektor Jakob Lautenschläger.

In den Ruhestand versetzt wurden auf ihren Antrag:

am 19. Juli der Turnoberlehrer Karl Roth, dem Genannten wurde für seine dem Deutschen Volke geleisteten treuen Dienste der Dank des Führers und Reichskanzlers ausgesprochen, die Lehrerin Barbara Schäfer, die technische Lehrerin Gertrude Weigand, die Lehrer Heinrich Werner, Heinrich Dieh, Heinrich Walldorf, Heinrich Arnold und die Lehrerinnen Maria Edert, Gertrud Werner, den Genannten wurde für ihre dem Deutschen Volke geleisteten treuen Dienste der Dank des Führers und Reichskanzlers ausgesprochen, der Revierförster Georg Heinrich Scheig unter Anerkennung seiner dem Deutschen Volke geleisteten treuen Dienste, gemäß Urkunde der Kanzlist Josef Kuhl in Darmstadt;

am 29. Juli gemäß Urkunden der Sekretär Wilhelm Rehrmann, die Bibliotheksekretärin Anna Matthäi, den Genannten wurde für ihre dem Deutschen Volke geleisteten treuen Dienste der Dank des Führers und Reichskanzlers ausgesprochen, die Lehrerin Margarete Hofmann;

am 1. August gemäß Urkunde die Handarbeitslehrerin Emma Schilling, der Genannten wurde für ihre dem Deutschen Volke geleisteten treuen Dienste der Dank des Führers und Reichskanzlers ausgesprochen.

In den Ruhestand versetzt wurden nach Erreichung der Altersgrenze:

am 1. Juli der Oberbaurat Franz Beck durch Urkunde des Führers und Reichskanzlers unter Anerkennung seiner dem Deutschen Volke geleisteten treuen Dienste;

am 19. Juli gemäß Urkunden der Rektor Hermann Lehr, der Lehrer Ferdinand Wolf, der Lehrer Franz Joseph Beck, der Lehrer Ernst Reich, der Lehrer Peter Feyh, die Rektoren Ludwig Döll und Georg Keeg, die Lehrer Friedrich Freymann, August Herbst, Ludwig Herter und Wilhelm Kanft, den Genannten wurde für ihre dem Deutschen Volke geleisteten treuen Dienste der Dank des Führers und Reichskanzlers ausgesprochen, gemäß Urkunde auf Grund des § 68 des Deutschen Beamtengesetzes der Berufsschullehrer Adam Weinsheimer.

Landesregierung

Personalnachrichten

Versetzt wurden in gleicher Dienstbeziehung:

die technische Lehrerin Margarete Linder zu Mainz-Bischofsheim in die Stelle einer tech-

nischen Lehrerin an der Volksschule zu Mainz, die technische Lehrerin Wilhelmine Schröder zu Mainz in die Stelle einer technischen Lehrerin an der Berufsschule zu Mainz, beide mit Wirkung vom 1. April an;

am 13. Juli der Verwaltungsassistent Günther Cleemann zu Michelstadt i. Odw. in gleicher Dienstbeziehung in das Forstamt Friedberg;

die Lehrerin Christine Menninger zu Ingelheim, Kreis Bingen, in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Nieder-Saulheim, Kreis Alzey, der Lehrer Willi Reil zu Fürth i. Odw. in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Heppenheim, Kreis Bergstraße, die Lehrerin Margarete Schumacher geb. Schaffner, zu Wolfesheim, Kreis Groß-Gerau, in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Rüsselsheim, Kreis Groß-Gerau, sämtlich mit Wirkung vom 16. Juli an;

der Studienrat Karl Ruppert an der Gutenberg-Schule, Oberschule für Jungen in Mainz in eine Studienratsstelle an der Frauenlob-Schule, Oberschule für Mädchen in Mainz mit Wirkung vom 1. August 1939 an;

der Lehrer Georg Schnitzspan an der Volksschule zu Eckartshausen in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Mettenheim mit Wirkung vom 1. September an;

der Lehrer Philipp Helfrich zu Mirlenbach, Kreis Erbach, in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Heppenheim, Kreis Bergstraße, der Lehrer Heinrich Heß zu Steinfurt, Kreis Lauterbach, in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Heppenheim, Kreis Bergstraße, der Regierungsrat Harald Kessel vom Landratsamt Büdingen an das Landratsamt in Erbach i. Odw., die Lehrerin Emilie Guth zu Wagenborn-Steinberg in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Groß-Bieberau, Kreis Dieburg, die Lehrerin Luise Weisfel zu Groß-Bieberau in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Wagenborn-Steinberg, Kreis Gießen, sämtlich mit Wirkung vom Tag des Dienstantritts an.

Beauftragt wurden:

Mit der kommissarischen Wahrnehmung der Dienstgeschäfte eines Rektors an der Volksschule zu Lauterbach, der Lehrer Friedrich Wolf zu Lauterbach, mit Wirkung vom 1. Juli an;

mit der kommissarischen Wahrnehmung der Dienstgeschäfte eines Rektors an der Volksschule zu Osthofen, Kreis Worms, der Lehrer Heinrich Wagner zu Osthofen, Kreis Worms, mit Wirkung vom 1. August an;

mit der kommissarischen Wahrnehmung der Dienstgeschäfte eines Rektors an der Volksschule zu Birkenau, Kreis Bergstraße, der Lehrer Ludwig Gläßer zu Birkenau, Kreis Bergstraße, mit Wirkung vom 16. August an.

Die durch Verfügung vom 22. Oktober 1938 angeordnete Versetzung des Kanzlisten Wilhelm Edelmann vom Forstamt Nieder-Olm an das Forstamt Grebenau wird zurückgenommen.

Aus dem Beamtenverhältnis ist ausgeschieden:

am 7. Juli der Lehrer Dr. Wilhelm Holzhausen auf Grund des § 52 des Deutschen Beamtengesetzes vom 26. Januar 1937.

Entlassen wurde:

am 14. April der Kanzlist Wilhelm Stern auf seinen Antrag.

Sterbefälle.

Gestorben sind:

Februar 1939:

am 27. der Ministerialdirektor a. D. Hubert Köhler zu Darmstadt, Wilhelmstr. 34;

März 1939:

am 30. der Lehrer Georg Fischer, zuletzt wohnhaft in Weiher, Kreis Bergstraße;

April 1939:

am 1. der Kommunalforstwart a. D. Georg Peter Otto in Trösel;

am 12. der ordentl. Professor Erich Mindner, zuletzt wohnhaft in Darmstadt;

der a. o. Professor a. D. Dr. Hans Koeppel, zuletzt wohnhaft in Ober-Schreiberhau;

am 13. der Schleusen- und Hafenmeister a. D. Karl Bierbaum in Ingelheim Nord;

am 16. der Kommunalforstwart a. D. Förster Michael Euler in Ober-Roden;

am 23. der Oberhofmeister a. D. Freiherr Riedesel zu Eisenbach in Darmstadt;

der Oberstudienrat a. D. Geh. Schulrat Professor Dr. Ernst Neeb, wohnhaft in Mainz;

am 25. der Kommunalforstwart a. D. Leonhard Falter in Siedelsbrunn;

am 26. der Förster a. D. Georg Blei in Nieder-Bessingen;

am 28. der Lehrer a. D. Heinrich Bonderheit, zuletzt wohnhaft in Darmstadt;

am 29. die Lehrerin a. D. Agnes Thobes in Würzburg;

Mai 1939:

am 1. der Förster a. D. Johann Schlett zu Mosbach;

die techn. Lehrerin Clara Schmuß, wohnhaft in Darmstadt;

- am 7. der Oberreallehrer a. D. Wilhelm Glitsch, zuletzt wohnhaft in Friedberg;
- am 9. der Studienrat Dr. Otto Weide, zuletzt wohnhaft in Buxbach;
- am 10. der Revierförster Johann Georg Both in Altenstadt;
- am 11. der Gendarm a. D. Johannes Hilsdorf in Heppenheim, Adolf-Hitler-Straße 55;
- am 15. der Regierungsrat Dr. Georg Helmreich in Erbach;
- am 17. der Lehrer Philipp Beth, zuletzt wohnhaft in Worms;
- am 18. der Studienrat Otto Grimm, wohnhaft in Offenbach/M.;
der Lehrer a. D. Johannes Helmreich, zuletzt wohnhaft in Erbach i. D.;
- am 20. der Polizeihauptwachmeister Georg Meyer in Gießen;
- am 21. der Verwaltungsobersekretär Friedrich Volk in Crumstadt;
der Lehrer a. D. Valentin Gieg in Lampertheim;
- am 22. der israel. Religionslehrer a. D. Hirsch Israel Sulzbacher, zuletzt wohnhaft in Nürnberg;
- am 23. der Lehrer a. D. Wilhelm Weizel, zuletzt wohnhaft in Offenbach-Bieber;
- am 29. der Oberstudiendirektor Dr. Heinrich Gräf, zuletzt wohnhaft in Mainz;

Juni 1939:

- am 3. der Lehrer a. D. Wilhelm Schlämp, wohnhaft in Pfaffen-Schwabenheim;
- am 5. der Lehrer a. D. Wilhelm Theiß in Lampertheim;
- am 7. der Verwaltungsinspektor Konrad Münzler zu Heppenheim;
der Lehrer a. D. Georg Jakob Krämer, zuletzt wohnhaft in Darmstadt;
der Kreisamtsgehilfe Ludwig Christof Klöß zu Worms.
- am 15. Revierförster a. D. Heinrich Zimmer in Biffes;
- am 17. der Studienrat Hans Kraft, zuletzt wohnhaft in Bingen;
- am 18. der Oberreallehrer a. D. Johannes Platz, zuletzt wohnhaft in Nackenheim/Rh.;

- am 20. der Lehrer a. D. Daniel Reising, wohnhaft zu Mainz;
- am 23. der Rektor a. D. Wilhelm Seum, zuletzt wohnhaft in Worms;
- am 24. der Polizeirat a. D. Jakob Böchner in Worms, Burchardstr. 17;
- am 29. der Studienrat a. D. Dr. Wilhelm Hammann, wohnhaft zu Darmstadt;

Juli 1939:

- am 3. der Polizeihauptmann a. D. Albert Dickow, Darmstadt, Inselstr. 26;
- am 4. Ministerialrat Dr. Rudolf Petry in Darmstadt;
- am 22. der Veterinärarzt a. D. Dr. Gustav Schneider in Offenbach a. M.

Namensänderungen.

Juni 1939:

- am 15. wurde dem Werner Gerhardt, geboren am 14. Dezember 1932 in Darmstadt, wohnhaft in Nieder-Mörsau (gesetzlich vertreten durch den Oberbürgermeister — Jugendamt in Darmstadt als Amtsvormund), gestattet, an Stelle seines bisherigen Familiennamens in Zukunft den Familiennamen „Emich“, —
- am 22. Juni wurde dem Peter Werner Rothnagel, geboren am 30. November 1937 in Darmstadt, wohnhaft in Darmstadt (gesetzlich vertreten durch den Oberbürgermeister — Jugendamt in Darmstadt als Amtsvormund), gestattet, an Stelle seines bisherigen Familiennamens in Zukunft den Familiennamen „Röth“ — zu führen.

4. Juli 1939:

- Der Heinrich Bogt in Gießen, geboren am 9. Mai 1907 in Gießen, führt an Stelle des bisherigen Familiennamens den Familiennamen „Reil“. —
- Der Handlungs-Bevollmächtigte Heinz Leo Moos Müller in Mainz, geboren am 10. August 1912 in Darmstadt, führt an Stelle des bisherigen Familiennamens den Familiennamen „Müller-Lug“.
- Der Heinrich Philipp Müller, geboren am 27. November 1896 in Gießen, führt an Stelle des bisherigen Familiennamens den Familiennamen „Müller-Bellorf“.

Hessisches Regierungsblatt

1939

Darmstadt, den 28. September 1939

Nr. 16

Inhalt: Teil I: Beschluß über Namensänderung der Gemeinde Holzhausen, Kreis Friedberg, S. 133 — Beschluß über Namensänderung der Gemeinde Heidesheim, Kreis Bingen, S. 133 — Verordnung, Änderung der Verordnung über die Einrichtung und den Betrieb der Apotheken vom 14. Januar 1897 (Reg.-Bl. S. 3) betreffend, S. 133 — Bekanntmachung über Enteignung für Zwecke der öffentlichen Energieversorgung, S. 135 — Verordnung über das Naturschutzgebiet Hangelstein in der Gemarkung der Stadt Gießen, S. 135 — Bekanntmachung, Vereinigung der Standesamtsbezirke Bensheim, Auerbach, Schönberg und Zell zu einem Standesamtsbezirk Bensheim betreffend, S. 136 — Bekanntmachung, die Umbenennung der Kulturbauämter in Wasserwirtschaftsämter betreffend, S. 136 — Bekanntmachung, Prüfungsordnung für Turn-, Sport- und Gymnasiallehrer(innen) im freien Beruf betreffend, S. 136 — Bekanntmachung über Verladeuntersuchungen von Klauentieren, die zu Schlacht- sowie Nutz- und Zuchtzwecken aus dem Lande Hessen ausgeführt werden, S. 136 — Bekanntmachung über Ausführimpfungen von Klauentieren zu Nutz- und Zuchtzwecken aus starker verseuchten Gebieten, S. 137 — Bekanntmachung, Vereinnahmung der Gemeinden Ober-Numbach und Wödelzbach in den Standesamtsbezirk Reifen betreffend, S. 137 — Bekanntmachung, die Stiftung der Tuchfabrik Ph. Ludwig Arzt in Michelstadt i. D. betreffend, S. 137 — Polizeiverordnung über das Verbot des Steigenlassens von Drachen, S. 137 — Bekanntmachung, Bezeichnung der Standesamtsbezirke der Stadt Gießen betreffend, S. 138 — Verordnung, Änderung der Verordnung über die Einrichtung und den Betrieb der Apotheken vom 14. Januar 1897 (Reg.-Bl. S. 3) betreffend, S. 138 — Bekanntmachung, Enteignung für Reichsbahnzwecke (Errichtung eines Personenbahnhofes in Rüsselshausen) S. 138 — Teil II: Öffentliche Belobigungen, S. 138 — Personalnachrichten, S. 139.

Teil I

Im Namen des Reichs

Beschluß über Namensänderung der Gemeinde Holzhausen, Kreis Friedberg.

Vom 19. Juli 1939. — Nr.: 276/E/39/III.

Auf Grund des § 10 der Deutschen Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935 bestimme ich, daß die Gemeinde Holzhausen im Kreis Friedberg in Zukunft den Namen

„Burgholzhausen vor der Höhe“

zu führen hat.

Darmstadt, den 19. Juli 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen
Sprenger.

Im Namen des Reichs

Beschluß über Namensänderung der Gemeinde Heidesheim, Kreis Bingen.

Vom 19. Juli 1939. — Nr.: 3557/C/39/III.

Auf Grund des § 10 der Deutschen Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935 bestimme ich, daß die Gemeinde Heidesheim im Kreis Bingen in Zukunft den Namen

„Heidesheim am Rhein“

zu führen hat.

Darmstadt, den 19. Juli 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen
Sprenger.

Verordnung, Änderung der Verordnung über die Einrichtung und den Betrieb der Apotheken vom 14. Januar 1897 (Reg.-Bl. S. 3) betreffend.

Vom 15. August 1939.

Die Verordnung, Vorschriften über die Einrichtung und den Betrieb der Apotheken betreffend vom 14. Januar 1897 (Reg.-Bl. S. 3), abgeändert durch Bekanntmachung vom 19. September 1935 (Reg.-Bl. S. 172) wird, wie folgt, geändert:

a) in § 21 wird folgende Bestimmung als 2. Absatz eingefügt:

Die in nachfolgendem Verzeichnis aufgeführten Arznei- und Verbandmittel sind in jeder Apotheke in einer Menge vorrätig zu halten, wie sie etwa dem dreimonatigen Bedarf der Apotheke an diesen Mitteln entspricht:

Acaprin

Acidum diaethylbarbituricum

oder andere Barbitursäureabkömmlinge,
darunter besonders Acidum phenyl-
aethylbarbituricum

Acidum hydrochloricum

Acidum salicylicum

Acidum tannicum

Adeps lanae anhydricus

Aether

Aether pro narcofi

Alumen plv.

Analeptica, wie Cardiazol

oder Hereton

Argentum colloidal

Argentum proteincum oder

Argentum nitricum

Atropinum sulfuricum und

Extractum Belladonnae

Barium sulfuricum und andere

Röntgenkontrastmittel

Bismutum subgallicum
 Bismutum subnitricum
 Calcareo chlorata
 Calcium chloratum
 Calcium gluconicum
 Calcium sulfuricum ustum
 Camphora
 Carbo medicinalis
 Carboneum tetrachloratum
 Chininum hydrochloricum
 oder Chininum sulfuricum
 Chloräthyl
 Chloralhydrat
 Chloramin
 Chloroformium
 Chloroformium pro narcofi
 Cocainum hydrochloricum
 Coffeinum
 Collodium
 Cresolum crudum und andere Entseuchungs-
 mittel wie Phenol, Formaldehyd, Cresol-
 seifenlösung usw. oder auch Entseuchungsmittel
 mit wortgeschützten Namen.
 Derrispräparate
 Diphtherie-Serum und Tetanus-Serum
 Eunarcon
 Folia Digitalis oder andere
 Digitalispräparate
 Glycerin
 Hypophysenhinterlappen-
 Präparate
 Kalium bromatum
 Kalium permanganicum
 Leberpräparate
 Lentin
 Liquor Aluminii acetici
 Lobelinum hydrochloricum
 Lokalanästhetika wie Novocain
 oder Pantocain
 Mastiglösung
 Morphinum hydrochloricum
 oder Dilaudid, Eufodal
 Natrium bicarbonicum
 Natrium bromatum
 Natrium citricum
 Natrium salicylicum oder
 andere Antineuralgica,
 Dimethylamino — phenyldime-
 thylpyrazolonum, Acidum
 acetylsalicylicum, Acidum
 phenylschinolinicarbonicum
 usw.
 Nitroglycerinum solutum
 Oleum Ricini und andere
 Abführmittel, z. B. Magnesium
 sulfuricum
 Oleum Therobinthinae

Opium
 Paraffinum liquidum
 Pepsin
 Phosphostigminum salicylicum
 oder sulfuricum (Eserinum)
 Pilocarpinum hydrochloricum
 Plumbum aceticum
 Prontozil, Aliron oder Albucid
 Radix Valerianae
 Rhizoma Veratri
 Salvarsanpräparate
 Scopolaminum hydrobromicum
 Secale cornutum oder andere
 Secale-Präparate, z. B.
 Ergometrin, Clavipurin
 Spiritus und Brennschmelze
 Spiritus saponatus
 Strophanthinum
 Suprarenin
 Talkum
 Theophyllinum
 Tinctura Jodi oder deren
 Einzelbestandteile oder zusätzlich
 Ersatzmittel, z. B.
 Sepsin
 Vaselinum album et flavum
 Vitamin C-Präparate
 Vitamin D-Präparate, Vigantol
 oder andere, sowie Lebertran
 Zincum oxydatum
 Zincum sulfuricum
 Verbandstoffe
 Verbandwatte
 Zellstoffwatte
 Verbandmull
 Mullbinden verschiedener
 Breiten
 Cambricbinden
 Pflaster
 Brandbinden
 Gipsbinden

b) § 41 a Abs. 2 erhält folgende Fassung:

Bis zu 14 Tagen kann sich der Apotheken-
 inhaber durch einen Studierenden der Phar-
 mazie nach dem 3. Studienhalbjahr oder durch
 einen Kandidaten der Pharmazie oder einen be-
 stellten Apotheker vertreten lassen; bei jeder über
 14 Tage dauernden Behinderung muß die Lei-
 tung der Apotheke einem bestellten Apotheker
 übertragen werden.

Darmstadt, den 15. August 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —
 Sprenger.

Bekanntmachung über Enteignung für Zwecke der öffentlichen Energieversorgung.

Vom 15. August 1939.

Der nachstehende Erlaß des Herrn Reichswirtschaftsministers über die Zulässigkeit der Enteignung zu Gunsten der Hessischen Eisenbahn Aktiengesellschaft in Darmstadt für den Bau einer 100 000 Volt-Freileitung von Hirschhorn nach Erbach (Odenwald) wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Darmstadt, den 15. August 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

Sprengrer.

„Auf Grund des § 11 des Gesetzes zur Förderung der Energiewirtschaft vom 13. Dezember 1935 (RGBl. I S. 1451) wird zugunsten der Hessischen Eisenbahn Aktiengesellschaft in Darmstadt für den Bau einer 100 000 Volt-Freileitung von Hirschhorn nach Erbach (Odenwald) die Beschränkung oder, soweit diese nicht ausreicht, die Entziehung von Grundeigentum oder Rechten am Grundeigentum im Weg der Enteignung für zulässig erklärt. Auf Grundstücke des Staates oder Rechte des Staates an Grundstücken ist diese Anordnung nicht anwendbar. Sie gilt auch nur für den Bau der genannten Leitung selbst, nicht aber für dazugehörige Schalt- und Umspannstationen.

Es wird ferner bestimmt, daß bei der Durchführung von Enteignungen die Vorschriften des Hessischen Gesetzes über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren vom 4. Oktober 1935 (Hess. Reg.-Bl. S. 193) anzuwenden sind.

(Siegel)

Berlin, den 3. August 1939.

Der Reichswirtschaftsminister

In Vertretung: gez. Dr. Landfried.

Verordnung über das Naturschutzgebiet Hangelsstein in der Gemarkung der Stadt Gießen.

Vom 30. August 1939.

Auf Grund der §§ 4, 12 Abs. 2, 13, Abs. 2, 15 und 16, Abs. 2 des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. Juni 1935 (RGBl. I S. 821) sowie des § 7 Abs. 1 und 5 der Durchführungsverordnung vom 31. Oktober 1935 (RGBl. I S. 1275) wird mit Zustimmung der obersten Naturschutzbehörde folgendes verordnet:

§ 1

Der rund 1,5 Kilometer nordwestlich von Alten-Buseck liegende Hangelsstein in der Gemarkung der Stadt Gießen wird in dem im § 2 Abs. 1 näher bezeichneten Umfange mit dem Tage der Bekanntgabe dieser Verordnung in das Reichsnaturschutzbuch eingetragen und damit unter den Schutz des Reichsnaturschutzgesetzes gestellt.

§ 2

(1) Das Schutzgebiet hat eine Größe von 43,3 Hektar und umfaßt in der Stadtgemarkung Gießen-Wiesfeld

- a) von Flur XXII Nr. 1 die Abteilungen 2, 3, 7, 8, 9, 11 und 12 sowie Teile der Abteilung 4, 6, und 10,
- b) von Flur XXIII Nr. 1 einen Teil der Abteilung 15 (die „Gnauthöhe“)
- c) von Flur XX Nr. 1 die „Teufelskanzel“.

(2) Die Grenzen des Schutzgebietes sind in eine Karte 1:25 000 sowie eine Katasterhandzeichnung 1:10 000 rot eingetragen, die bei der obersten Naturschutzbehörde niedergelegt sind. Weitere Ausfertigungen dieser Karten befinden sich bei der Reichsstelle für Naturschutz, bei der höheren Naturschutzbehörde in Darmstadt und der unteren Naturschutzbehörde in Gießen (Oberbürgermeister der Stadt Gießen).

§ 3

Im Bereich des Schutzgebietes ist verboten:

- a) Pflanzen zu beschädigen, auszureißen, auszugraben oder Teile davon abzupflücken, abzuschneiden oder abzureißen,
- b) freilebenden Tieren nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, zu ihrem Fang geeignete Vorrichtungen anzubringen, sie zu fangen oder zu töten, oder Puppen, Larven, Eier oder Nester und sonstige Brut- und Wohnstätten solcher Tiere fortzunehmen oder zu beschädigen, unbeschadet der berechtigten Abwehrmaßnahmen gegen Kulturschädlinge und sonst lästige oder blutsaugende Insekten,
- c) Pflanzen oder Tiere einzubringen,
- d) eine andere als die nach § 4 Abs. 1 zugelassene wirtschaftliche Nutzung auszuüben,
- e) die Wege zu verlassen, Feuer anzumachen, Abfälle wegzuerwerfen oder das Gelände auf andere Weise zu beeinträchtigen,
- f) Bodenbestandteile abzubauen, Sprengungen oder Grabungen vorzunehmen, Schutt oder Bodenbestandteile einzubringen oder die Bodengestalt einschließlich der natürlichen Wasserläufe oder Wasserflächen auf andere Weise zu verändern oder zu beschädigen,
- g) Bild- oder Schrifttafeln anzubringen, soweit sie nicht auf den Schutz des Gebietes hinweisen.

§ 4

(1) Unberührt bleiben:

- a) die rechtmäßige Ausübung der Jagd,
- b) die forstliche Nutzung, mit der Auflage, daß die Abteilungen 2b, 9b, 10c, 11a im Plenterbetrieb zu bewirtschaften sind, die Bestockung auf der übrigen Fläche möglichst natürlich zu verjüngen ist und der Anbau von Nadelholz ebenso wie der von nicht bodenständigen Holzarten unterbleibt.

(2) In besonderen Fällen können Ausnahmen von den Vorschriften dieser Verordnung von mir genehmigt werden.

§ 5

Wer den Bestimmungen dieser Verordnung zuwiderhandelt, wird nach den §§ 21 und 22 des Reichsnaturschutzgesetzes und den §§ 15 und 16 der Durchführungsverordnung bestraft.

§ 6

(1) Diese Verordnung tritt mit ihrer Bekanntgabe im Anzeiger der Hessischen Landesregierung in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt meine Bekanntmachung vom 29. Mai 1937 über die vorläufige Sicherstellung des „Hangellsteins“ bei Gießen als Naturschutzgebiet (Anzeiger der Hessischen Landesregierung 1937 Nr. 63 vom 8. Juni 1937) außer Kraft.

Darmstadt, den 30. August 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

als höhere Naturschutzbehörde

In Vertretung: Reiner.

Bekanntmachung,

Vereinigung der Standesamtsbezirke Bensheim, Auerbach, Schönberg und Zell zu einem Standesamtsbezirk Bensheim betreffend.

Vom 30. August 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen hat mit Erlaß vom 22. Februar 1939 Nr. 2368/L/38 die Gemeinden Bensheim, Auerbach, Schönberg und Zell im Landkreis Bergstraße mit Wirkung vom 1. April 1939 zur Stadt Bensheim vereinigt. Mit dem gleichen Zeitpunkt werden die Standesamtsbezirke Bensheim, Auerbach, Schönberg und Zell zu einem Standesamtsbezirk Bensheim vereinigt.

Darmstadt, den 30. August 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: Reiner.

Bekanntmachung,

die Umbenennung der Kulturbauämter in Wasserwirtschaftsämter betreffend.

Vom 31. August 1939.

Gemäß Anregung des Herrn Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft erhalten die bisherigen Kulturbauämter die Bezeichnung „Wasserwirtschaftsamt“ und die entsprechenden Dienststellen die Bezeichnung „Außenstellen“. Demgemäß werden die seither bestehenden Kulturbauämter bzw. deren Dienststellen wie folgt umbenannt:

Wasserwirtschaftsamt, Darmstadt,
Wasserwirtschaftsamt, Mainz,
Wasserwirtschaftsamt, Mainz, Außenstelle
Bingen,
Wasserwirtschaftsamt, Gießen,

Wasserwirtschaftsamt, Gießen, Außenstelle
Lauterbach,
Wasserwirtschaftsamt, Gießen, Außenstelle
Ulsfeld,
Wasserwirtschaftsamt, Gießen, Außenstelle
Schotten.

Darmstadt, den 31. August 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

Sprenger.

**Bekanntmachung,
Prüfungsordnung für Turn-, Sport- und Gymnastiklehrer(innen) im freien Beruf betreffend.**

Vom 2. September 1939.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung im Hessischen Regierungsblatt Nr. 14 vom 16. Juni 1937 Teil I, betreffend die Prüfung für Turn-, Sport- und Gymnastiklehrer(innen) im freien Beruf vom 24. Mai 1937, setze ich mit sofortiger Wirkung die Vorschrift im Abschnitt I, Ziffer 2c, außer Kraft.

Künftig ist die Zulassung zur Fachprüfung unter gleichzeitiger Anerkennung der auf dem Fachgebiete abgeleisteten Lehrtätigkeit als Ausbildungszeit nur in besonders gelagerten Einzelfällen und nur mit Genehmigung des Herrn Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung möglich.

Darmstadt, den 2. September 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

Sprenger.

**Bekanntmachung
über Verladeuntersuchungen von Klauentieren, die zu Schlacht- sowie Ruh- und Zuchtzwecken aus dem Lande Hessen ausgeführt werden.**

Vom 4. September 1939.

Nachdem im Lande Hessen die Maul- und Klauenfeuche erloschen ist, ist von den in den §§ 9 und 12 meiner viehseuchenpolizeilichen Anordnung über die Bekämpfung der Maul- und Klauenfeuche vom 9. März 1938 (Reg.-Bl. Nr. 5 S. 25) sowie in meiner hierzu erlassenen Durchführungsbekanntmachung vom gleichen Tage (Reg.-Bl. Nr. 5 S. 28) vorgeschriebenen Verladeuntersuchungen von Klauentieren, die zu Schlacht- sowie zu Ruh- und Zuchtzwecken im Eisenbahn- und Schiffsverkehr ausgeführt werden, bis auf weiteres abzusehen.

Darmstadt, den 4. September 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: Reiner.

Bekanntmachung
über Ausfuhrimpfungen von Klauentieren zu Nutz-
und Zuchtzwecken aus stärker verseuchten Gebieten.

Vom 4. September 1939.

Nachdem mit Maul- und Klauenseuche stärker verseuchte Gebiete im Sinne des § 14 meiner Viehseuchenpolizeilichen Anordnung über die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche vom 9. März 1938 (Reg.-Bl. Nr. 5 S. 25) im Altreich nicht mehr bestehen, wird die auf Grund der §§ 14 bis 16 dieser Viehseuchenpolizeilichen Anordnung in meiner Durchführungsbekanntmachung vom 9. März 1938 (Reg.-Bl. Nr. 5 S. 28) getroffene Bestimmung, durch die die Einfuhr von Klauentieren zu Nutz- und Zuchtzwecken im Eisenbahn- und Schiffsverkehr, von Schweinen auch im Kraftwagenverkehr, von dem Nachweis einer Ausfuhrimpfung abhängig gemacht worden ist, aufgehoben.

Darmstadt, den 4. September 1939.

Der Reichstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: Reiner.

Bekanntmachung,
Hereinnahme der Gemeinden Ober-Mumbach und
Böckelsbach in den Standesamtsbezirk Reisen
betreffend.

Vom 6. September 1939.

Gemäß § 52 Abs. 2 des Personenstandsgesetzes vom 3. November 1937 (RGBl. I S. 1146) und § 91 Absatz 2 der Verordnung zur Ausführung des Personenstandsgesetzes vom 19. Mai 1938 (RGBl. I S. 533) werden dem Standesamtsbezirk Reisen mit Wirkung vom 1. Oktober 1939 an neu zugeteilt:

1. die Gemeinde Ober-Mumbach, die bisher einen selbständigen Standesamtsbezirk bildete,
2. die bisher zum Standesamtsbezirk Kreidach gehörige Gemeinde Böckelsbach.

Die Führung der Standesamtsgeschäfte wird der Gemeinde Reisen übertragen.

Darmstadt, den 6. September 1939.

Der Reichstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: Reiner.

Bekanntmachung,
die Stiftung der Tuchfabrik Ph. Ludwig Arzt in
Michelstadt i. Odw. betreffend.

Vom 8. September 1939.

Ich genehmige auf Grund der vorgelegten Stiftungsurkunde vom 1. Oktober 1938 die von der Tuchfabrik Ph. Ludwig Arzt in Michelstadt i. Odw. errichtete

„Unterstützungskasse für die Gefolgschaft der Firma
Ph. Ludwig Arzt in Michelstadt i. Odw.“

als rechtsfähige Stiftung gemäß § 80 BGB. und Artikel 7 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum BGB.

Darmstadt, den 8. September 1939.

Der Reichstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: Reiner.

Polizeiverordnung
über das Verbot des Steigenlassens von Drachen.

Vom 15. September 1939.

Auf Grund des Artikels 64 Abs. III des Gesetzes, betr. die innere Verwaltung der Kreise und Provinzen vom 8. Juli 1911 in der Fassung des Abänderungsgesetzes vom 5. Januar 1937 und der Reichsverordnung über Vermögensstrafen und Bußen vom 6. Februar 1924 wird für das Land Hessen folgende Polizeiverordnung erlassen:

§ 1

Das Steigenlassen von Drachen jeder Art und jeden Orts ist verboten.

§ 2

Eltern, gesetzliche Vertreter und sonstige Erziehungsberechtigte sind verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, daß das Verbot des § 1 nicht durch die ihrer Aufsicht unterstehenden Person verletzt wird.

§ 3

Zu widerhandlungen gegen diese Polizeiverordnung werden, soweit nicht nach anderen Bestimmungen eine höhere Strafe eintritt, mit Geldstrafe bis zu 150,— RM, die im Falle der Uneinbringlichkeit in Haft umgewandelt wird, bestraft.

§ 4

Diese Polizeiverordnung tritt am Tage ihrer Veröffentlichung im Hessischen Regierungsblatt in Kraft.

Darmstadt, den 15. September 1939.

Der Reichstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: Reiner.

**Bekanntmachung,
Bezeichnung der Standesamtsbezirke der
Stadt Gießen betreffend.**

Vom 15. September 1939.

Gemäß Erlaß des Reichsstatthalters in Hessen vom 3. Januar 1939 Nr. 651/E/38 wurden die Gemeinden Wiesel und Klein-Linden, die je einen Standesamtsbezirk bildeten, sowie die selbständige Gemarkung Schiffenberg im Kreise Gießen mit Wirkung vom 1. April 1939 in die Stadt Gießen eingegliedert. Die Stadt Gießen und die Gemarkung Schiffenberg waren seither schon zu einem gemeinsamen Standesamtsbezirk zusammengeschlossen. Nach den Eingemeindungsverträgen sollen die bisherigen Standesamtsbezirke Wiesel und Klein-Linden bestehen bleiben.

Ich ordne daher an, daß ab 1. April 1939 die in Gießen bestehenden drei Standesamtsbezirke folgende Bezeichnungen führen:

Standesamtsbezirk Gießen
Standesamtsbezirk Gießen-Wiesel
Standesamtsbezirk Gießen-Klein-Linden.

Darmstadt, den 15. September 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —
In Vertretung: Reiner.

**Verordnung,
Änderung der Verordnung über die Einrichtung
und den Betrieb der Apotheken vom 14. Januar 1897
(Reg.-Bl. S. 3) betreffend.**

Vom 20. September 1939.

Die Verordnung, Vorschriften über die Einrichtung und den Betrieb der Apotheken betreffend, vom 14. Januar 1897 (Reg.-Bl. S. 3), abgeändert durch Bekanntmachung vom 19. September 1935 (Reg.-Bl. S. 172) und vom 15. August 1939, wird, wie folgt, geändert:

§ 41 a erhält folgende Fassung:

(1) Der Apothekeninhaber ist verpflichtet, eine Behinderung in der Leitung der Apotheke unter Benennung des Vertreters dem Gesundheitsamt mitzuteilen, wenn sie länger als drei Tage dauert.

(2) Bis zu vier Wochen kann sich der Apothekeninhaber durch einen Apothekeranwärter, der die pharmazeutische Vorprüfung bestanden hat, vertreten lassen; bei jeder über vier Wochen dauernden Behinderung muß die Leitung der Apotheke einem bestellten Apotheker übertragen werden.

(3) Kein Apothekenvorstand darf ohne Genehmigung der Landesregierung länger als drei Monate im Zusammenhang und während eines Jahres länger als vier Monate in der Leitung der Apotheke vertreten werden.

Darmstadt, den 20. September 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —
In Vertretung: Reiner.

**Bekanntmachung,
Enteignung für Reichsbahnzwecke (Errichtung eines
Personenbahnhofes in Rüsselsheim).**

Vom 23. September 1939.

Die nachstehende Verordnung des Führers und Reichskanzlers über Enteignung für Reichsbahnzwecke vom 3. September 1939 und die Entscheidung des Reichsverkehrsministers vom 13. September 1939 werden hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Darmstadt, den 23. September 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: Reiner.

**Verordnung
über Enteignung für Reichsbahnzwecke.**

Auf Grund des Artikels 90 der Reichsverfassung und des § 27 des Gesetzes über die Deutsche Reichsbahn vom 4. Juli 1939 (Reichsgesetzblatt I Seite 1205 ff.) in Verbindung mit den Artikeln 1 und 2 des Hessischen Enteignungsgesetzes vom 26. Juli 1884 in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. September 1899 (Regierungsblatt S. 735) wird auf Antrag der Deutschen Reichsbahn die Enteignung zum Erwerb der für die Errichtung eines Personenbahnhofes für den Arbeiterverkehr der Opelwerke AG. in Rüsselsheim erforderlichen Geländeflächen für zulässig erklärt.

Berlin, den 3. September 1939.

Der Führer und Reichskanzler

gez.: Adolf Hitler.

• **Der Reichsverkehrsminister**

(L. S.) gez.: Dormüller.

**Entscheidung
über Enteignung für Reichsbahnzwecke.**

Durch die Verordnung des Führers und Reichskanzlers vom 3. September 1939 ist die Zulässigkeit der Enteignung zum Erwerb der für die Errichtung eines Personenbahnhofes für den Arbeiterverkehr der Opelwerke AG. in Rüsselsheim erforderlichen Geländeflächen festgestellt worden. Auf Grund des § 27 des Reichsbahngesetzes vom 4. Juli 1939 (Reichsgesetzblatt I S. 1205 ff.) wird bestimmt:

„Das Enteignungsverfahren für diesen Zweck ist nach den Vorschriften des Hessischen Gesetzes über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren vom 4. Oktober 1935 (Hess. Regierungsblatt Nr. 19 S. 193/194) durchzuführen.

Der Antrag auf Einleitung des Enteignungsverfahrens ist innerhalb eines Zeitraumes von 6 Monaten zu stellen (Artikel 2 des Hessischen Enteignungsgesetzes vom 26. Juli 1884 in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. September 1899 [Hess. Regierungsblatt S. 735]).“

Berlin, den 13. September 1939.

Der Reichsverkehrsminister

(L. S.) gez.: Dormüller.

Teil II

Landesregierung

Öffentliche Belobigungen.

Der Student Heinrich Braun in Ibersheim bei Worms hat im Sommer 1935 ein Mädchen vom Tode des Ertrinkens aus dem Rhein gerettet. Für diese Rettungstat spreche ich ihm im Namen des Führers und Reichskanzlers die öffentliche Belobigung aus.

Zugleich wurde dem Retter eine Geldbelohnung gewährt.

Darmstadt, den 15. August 1939.

Sprenger.

*

Der Gummiarbeiter Willi Sturm in Klein-Auheim, Zahnstraße 9, hat am 1. August 1937 ein 6jähriges Mädchen vom Tode des Ertrinkens aus dem Main gerettet. Für diese Rettungstat spreche ich ihm im Namen des Führers und Reichskanzlers die öffentliche Belobigung aus.

Zugleich wurde dem Retter eine Geldbelohnung gewährt.

Darmstadt, den 23. August 1939.

Sprenger.

*

Der Schüler Heinrich Karl Simon in Dieburg hat am 20. Januar 1939 ein Kind vom Tode des Ertrinkens aus der Gersprenz gerettet. Für diese Rettungstat spreche ich ihm im Namen des Führers und Reichskanzlers die öffentliche Belobigung aus.

Zugleich wurde dem Retter eine Geldbelohnung gewährt.

Darmstadt, den 11. September 1939.

Sprenger.

Der Reichstatthalter in Hessen

Personalnachrichten.

Ernannt wurde:

am 26. Juli: der Forstassessor Dr. Richard Immel in Babenhausen unter dem Vorbehalt des Widerrufs zum Beauftragten für Naturschutz im Bereiche des Landes Hessen;

am 29. Juli: gemäß Urkunde der Lehrer Georg Giegerich zum Handelsstudientrat;

am 18. August: der Kanzlist Adam Schild zum Verwaltungsassistenten;

am 28. August: der Polizeioberinspektor Philipp Sattig in Darmstadt zum Polizeiamtman, der Polizeioberinspektor Josef Schultheis in Offenbach a. M. zum Polizeiamtman;

am 2. September: die Ministerialoberrevisoren Hermann Frey und Wilhelm Hillgärtner in Darmstadt mit Urkunde zu Regierungsoberinspektoren.

Ernannt wurden unter Berufung in das Beamtenverhältnis:

am 18. August: der Johann Heinrich Habich zum a. p. Bauinspektor;

am 30. August: der Heinrich Wesp zum außerplanmäßigen Regierungsinspektor.

Ernannt wurden unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

am 27. Mai: der Peter Bed zum Wiesenmeister;

am 15. Juni: der Kanzleigehilfe Karl Hohe zum Kanzlisten;

am 19. Juli: der Schulamtsanwärter Friedrich Christian Reeg zum Lehrer, der Karl Kimpel zum Kanzlisten, der Ministerialamtsgehilfe Adam Steinmann gemäß § 28 des Deutschen Beamtengesetzes;

am 20. Juli: durch Urkunde des Führers und Reichskanzlers der praktische Tierarzt Dr. Heinrich Euler zum Regierungsveterinärarzt;

am 1. August: der Vermessungsgehilfe Konrad Döb zum Vermessungsassistenten;

am 15. August: der Schulamtsanwärter Hans Kuster zum Lehrer, der Baupraktikant Albert Heinrich Conrad zum Bauinspektor;

am 18. August: der Otto Reich und der Robert Waldherr zu außerplanmäßigen Regierungsinspektoren, die Schulamtsanwärter Georg Goppert, Georg Rudolph und Wilhelm Ruf zu Lehrern;

am 30. August: die Gesundheitspflegerin Auguste Ziegler durch Erlass die Eigenschaft als Beamtin;

am 2. September: die Waldwärteranwärter Philipp Reichert 2. zu Würzburg i. Odw. und Jakob Reubold zu Eppertshausen zu Waldhütern.

Entlassen wurde auf seinen Antrag:

am 28. August: der Gend.-Obermeister Hans Haubner.

In den Ruhestand versetzt wurden auf ihren Antrag:

am 30. August: der Pfleger Emil Bittmann unter Anerkennung seiner dem Deutschen Volke geleisteten treuen Dienste.

am 14. August: durch Urkunde des Führers und Reichskanzlers der Studienrat Ferdinand Welter. Dem Genannten wurde für seine dem Deutschen Volke geleisteten treuen Dienste der Dank ausgesprochen, durch Urkunde des Führers und Reichskanzlers der Studienrat Dr. Ernst Jäger;

am 18. August: der Berufsschullehrer Friedrich Göttemann;

In den Ruhestand versetzt wurden nach Erreichung der Altersgrenze:

am 19. Juli: gemäß Urkunde der Kanzlist Emil G u t h ;

am 29. Juli: gemäß Urkunde der technische Assistent Wilhelm W u l f a n , dem Genannten wurde für seine dem Deutschen Volke geleisteten treuen Dienste der Dank des Führers und Reichskanzlers ausgesprochen;

am 31. Juli: der Bauamtssekretär Josef H e r b e r t in Gießen. Der Dank des Führers und Reichskanzlers für seine dem Deutschen Volke geleisteten treuen Dienste wurde ausgesprochen;

am 18. August: gemäß Urkunde der Polizeibüroassistent Georg T ü c h e r , unter Anerkennung seiner dem deutschen Volke geleisteten treuen Dienste;

am 21. August: der Präsident der Hessischen Brandversicherungskammer Dr. Viktor R e i t z ;

am 30. August: gemäß Urkunde der Lehrer Friedrich B r a n d . Dem Genannten wurde für seine dem Deutschen Volke geleisteten treuen Dienste der Dank des Führers und Reichskanzlers ausgesprochen.

Landesregierung Personalnachrichten

Versetzt wurden:

der Rasseninspektor Heinrich N a ß mit Wirkung vom 1. Juli 1939 an das Hess. Rechnungsamt in Darmstadt mit dem Auftrag, nunmehr die Amtsbezeichnung „Verwaltungsinspektor“ zu führen;

am 29. Juli: der Regierungsrat-Fritz S c h i n d e l an die Abteilung III (Innere Verwaltung) der Hessischen Landesregierung in Darmstadt; ..

Versetzt wurden in gleicher Dienstbeziehung:

am 20. Juli: der Regierungsrat Otto B u r t a n die Landesregierung — Abteilung III (Innere Verwaltung) — in Darmstadt;

am 11. August: die Lehrer Erwin J ä g e r zu Höchst (Nidder), Kreis Büdingen in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Klein-Muheim, Kreis Offenbach, und Adam K u n t e l zu Klein-Muheim, Kreis Offenbach, in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Höchst (Nidder), Kreis Büdingen, beide mit Wirkung vom 15. August, der Lehrer Valentin S c h m i g zu Rodenberg, Kreis Friedberg, in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Ober-Eschbach, Kreis Friedberg, mit Wirkung vom 1. Oktober;

am 18. August: der Forstmeister Dr. C a s p a r zu Seligenstadt an das Forstamt Offenbach a. M. mit Wirkung vom 1. Oktober;

am 5. September: der Berufsschullehrer Jakob M a n e r zu Lorsch, Kreis Bergstraße, in eine Berufsschullehrerstelle an der Berufsschule zu Bensheim, Kreis Bergstraße, mit Wirkung vom 16. September.

Beauftragt wurden:

am 9. August 1939 der Obereichmeister Diefenbach in Mainz mit sofortiger Wirkung mit Dienstleistung bei dem Eichamt in Bingen und der Eichmeister Johannes S a r t o r i u s in Darmstadt mit sofortiger Wirkung mit Dienstleistung bei dem Eichamt in Mainz.

*

Laut Entschliessung des Herrn Reichsministers des Innern vom 26. Juni 1939 wurde zur Ausführung von Vermessungsarbeiten im Lande Hessen in dem im § 1 der Hessischen Verordnung vom 31. August 1874 festgelegten und sich aus Ziffer 4 der Hessischen Bekanntmachung vom 19. Juli 1902 ergebenden Umfang zugelassen der Geometer II. Kl. K a r p , Wilhelm, zu Darmstadt.

am 5. September: mit der kommissarischen Wahrnehmung der Stelle einer Berufsschullehrerin an der Berufsschule zu Lorsch, Kreis Bergstraße, wurde beauftragt die Lehrerin Elisabeth S c h m i t t z u Lorsch, Kreis Bergstraße, mit Wirkung vom 16. September, mit der kommissarischen Wahrnehmung der Stelle eines Berufsschullehrers an der Berufsschule zu Mainz wurde beauftragt der Lehrer Johann Baptist S c h i l z zu Dietersheim, Kreis Bingen, mit Wirkung vom 16. September.

Laut Entschliessung des Herrn Reichsministers des Innern vom 26. Juni 1939 wurden zur Ausführung von Vermessungsarbeiten im Lande Hessen in dem im § 1 der Hessischen Verordnung vom 31. August 1874 festgelegten und sich aus Ziffer 4 der Hess. Bekanntmachung vom 19. Juli 1902 ergebenden Umfang zugelassen die Geometer II. Klasse: A x e n m a c h e r , Jean, zu Nieder-Saulheim, B e n n i n g , Josef Markus, zu Offenbach-Bürgel, D a u b e r t s h ä u s e r , Karl, zu Friedberg, K l i n g l e r , Heinrich, zu Mörfelden, M ö b u s , Friedrich, zu Trebur, S t e n n e r , Hermann, zu Breckenheim, S t e n n e r , Karl Andreas, zu Breckenheim, T r a u t m a n n , Heinrich, zu Seligenstadt, W i n k l e r , Adam, zu Worms.

Hessisches Regierungsblatt

1939

Darmstadt, den 5. Oktober 1939

Nr. 17

Inhalt: Teil I: Erstes Gesetz zur Änderung des Waldbereinigungs-gesetzes vom 15. September 1939. S. 141 — Bekanntmachung, Anschlußgleis für die Firma Baugesellschaft C. Kallenbach in Berlin betreffend, vom 26. September 1939. S. 141.

Teil I

Erstes Gesetz zur Änderung des Waldbereinigungs-gesetzes.

Vom 15. September 1939.

Der Reichsstatthalter hat als Führer der Landesregierung das folgende Gesetz mit Zustimmung der Reichsregierung beschlossen, das hiermit im Namen des Reichs verkündet wird:

Artikel 1

Das Waldbereinigungs-gesetz vom 27. Januar 1934 (Hess. Reg. Blatt S. 14) wird, wie folgt, geändert:

1. Artikel 16, Abs. 4 erhält folgende Fassung:

„Dingliche Rechte können, soweit es im Interesse der Durchführung des Waldbereinigungsverfahrens erforderlich ist, durch Entschluß des Waldbereinigungskommissars abgelöst werden. Der Ablösungsbetrag wird nach oben begrenzt durch den Waldwert der belasteten Parzellen. Ist ein Grundstück mit mehreren dinglichen Rechten belastet und eine Einigung unter den Berechtigten über die Verteilung des Ablösungsbetrags nicht möglich, so kann der Waldbereinigungskommissar die Verteilung des Ablösungsbetrags in der Weise vornehmen, daß die Befriedigung der einzelnen Berechtigten entsprechend dem Rang der eingetragenen dinglichen Rechte erfolgt. Die zur Löschung eines Rechtes erforderlichen Erklärungen des Berechtigten und des Grundstückseigentümers werden durch entsprechende Erklärung des Waldbereinigungskommissars ersetzt.“

2. In Artikel 30 Abs. 1 treten an die Stelle des Wortes „Staatsforstbeamten“ die Worte „Staatsbeamten und Angestellten“. Ferner erhält Abs. 1 folgenden Zusatz:

„Diese Regelung findet auch auf die bereits abgeschlossenen oder im Gange befindlichen Verfahren Anwendung.“

3. In Artikel 31, Satz 1 wird das Wort „Verhandlungen“ ersetzt durch das Wort „Amtshandlungen“.

4. Artikel 32, Abs. 4 erhält folgende Fassung:

„§ 91 WGB. wird dahin geändert und ergänzt, daß über die von dem Landeskommissar für die Waldbereinigung im Einvernehmen mit der oberen Forstbehörde ausgearbeitete Satzung eine Abstimmung nicht stattfindet, sondern diese Satzung lediglich mit dem Vereinigungsplan offen-gelegt wird.“

Artikel 2

Das Gesetz tritt mit dem Zeitpunkt der Verkündung im Hessischen Regierungsblatt in Kraft.

Darmstadt, den 15. September 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen
Sprenger.

Bekanntmachung,

Anschlußgleis für die Firma Baugesellschaft C. Kallenbach in Berlin betreffend.

Vom 26. September 1939.

Ich habe der Firma Baugesellschaft C. Kallenbach in Berlin die widerrufliche Erlaubnis erteilt, auf dem Haltepunkt Poststraße der Reichsbahnstrecke Biernheim—Lampertheim ein Anschlußgleis mit anschließendem Fördergleis auf der Poststraße nach dem heute landespolizeilich genehmigten Plane anzulegen und mit Lokomotiven der Reichsbahn und eigenen Lokomotiven auf dem Fördergleis zu betreiben.

Darmstadt, den 26. September 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen
— Landesregierung —
Abteilung IV (Finanzverwaltung).

Hessisches Regierungsblatt

1939

Darmstadt, den 30. Oktober 1939

Nr. 18

Inhalt: Teil I: Bekanntmachung, Bezeichnung der Standesamtsbezirke der Stadt Gießen betreffend. S. 143 — Bekanntmachung, die Pflegegelder bei den hessischen Landes-Heil- und Pflegeanstalten betreffend. S. 143 — Verordnung über Enteignung von Grundstücken für Zwecke des Reichsfiskus (Heer). S. 143 — Bekanntmachung, Bezeichnung der Standesamtsbezirke der Stadt Bingen betreffend. S. 143 — Viehseuchenpolizeiliche Anordnung über aktive Schutzimpfung gegen Maul- und Klauenseuche in Sperrbezirken. S. 144 — Teil II: Konsularnachrichten. S. 144 — Öffentliche Belobigung. S. 144 — Personalsnachrichten. S. 145 — Sterbefälle. S. 146 — Namensänderungen. S. 146.

Teil I

Bekanntmachung, Bezeichnung der Standesamtsbezirke der Stadt Gießen betreffend.

Vom 15. September 1939.

Gemäß Erlaß des Reichsstatthalters in Hessen vom 3. Januar 1939 Nr. 651/E/38 wurden die Gemeinden Wiesefeld und Klein-Linden, die je einen Standesamtsbezirk bildeten, sowie die selbständige Gemarkung Schiffenberg im Kreise Gießen mit Wirkung vom 1. April 1939 in die Stadt Gießen eingegliedert. Die Stadt Gießen und die Gemarkung Schiffenberg waren seither schon zu einem gemeinsamen Standesamtsbezirk zusammengeschlossen. Nach den Eingemeindungsverträgen sollen die seitherigen Standesamtsbezirke Wiesefeld und Klein-Linden bestehen bleiben.

Ich ordne daher an, daß ab 1. April 1939 die in Gießen bestehenden drei Standesamtsbezirke folgende Bezeichnungen führen:

- Standesamtsbezirk Gießen
- Standesamtsbezirk Gießen-Wiesefeld
- Standesamtsbezirk Gießen-Klein-Linden.

Darmstadt, den 15. September 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: Reiner.

Bekanntmachung, die Pflegegelder bei den hessischen Landes-Heil- und Pflegeanstalten betreffend.

Vom 4. Oktober 1939.

In den hessischen Landes-Heil- und Pflegeanstalten wird ein besonderes Pflegegeld III. Klasse von 1,80 RM. täglich festgesetzt für folgende neu aufzunehmende Pfleglinge:

- a) für schwachsinige Kinder, soweit sie nicht besonders pflegebedürftig sind,
- b) für schwachsinige, nicht pflegebedürftige sonstige Pfleglinge, deren Arbeitskraft in der Anstalt noch nutzbringend zu verwerten ist.

Die Bekanntmachung tritt mit dem 1. Oktober 1939 in Kraft.

Darmstadt, den 4. Oktober 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: Reiner.

Verordnung über Enteignung von Grundstücken für Zwecke des Reichsfiskus (Heer).

Vom 7. Oktober 1939.

Auf Grund von Artikel 2 des Hessischen Gesetzes, die Enteignung von Grundeigentum betreffend, vom 26. Juli 1884 in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. September 1899 (Reg.-Bl. S. 735) verleihe ich dem Deutschen Reich — Reichsfiskus (Heer) — das Enteignungsrecht bezüglich der nachfolgenden Grundstücke in der Gemarkung Alzen:

Flur XIX Nr. 112 — Teilstück von etwa 59 a — Eigentümer: Heinrich Bucher III. in Alzen,

Flur XIX Nr. 111 — Teilstück von etwa 16 a — Eigentümer: Jakob Hofius II. und Margareta Hofius geb. Ruck (Gesamtgut der Fahrnisgemeinschaft).

Zugleich wird gemäß Artikel 1 des Hessischen Gesetzes über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren vom 4. Oktober 1935 (Reg.-Bl. S. 193) aus Gründen des öffentlichen Wohls ein vereinfachtes Enteignungsverfahren hinsichtlich der vorbezeichneten Grundstücke angeordnet.

Darmstadt, den 7. Oktober 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: Reiner.

Bekanntmachung, Bezeichnung der Standesamtsbezirke der Stadt Bingen betreffend.

Vom 9. Oktober 1939.

Gemäß Erlaß des Reichsstatthalters in Hessen vom 16. März 1939 Nr. 562/E/38 wurden die Ge-

meinden Rempten und Gaulsheim, die je einen Standesamtsbezirk bildeten, mit Wirkung vom 1. April 1939 in die Stadt Bingen eingegliedert. In dem Erlaß des Reichsstatthalters ist bestimmt, daß die seitherigen Standesamtsbezirke Rempten und Gaulsheim bis auf weiteres bestehen bleiben.

Ich ordne daher an, daß ab 1. April 1939 die in Bingen bestehenden drei Standesamtsbezirke folgende Bezeichnungen führen:

Standesamtsbezirk Bingen
Standesamtsbezirk Bingen-Rempten
Standesamtsbezirk Bingen-Gaulsheim.

Darmstadt, den 9. Oktober 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —
In Vertretung: Reiner.

Viehseuchenpolizeiliche Anordnung über aktive Schutzimpfung gegen Maul- und Klauenseuche in Sperrbezirken.

Vom 14. Oktober 1939.

Zum Schutze gegen die Maul- und Klauenseuche wird auf Grund der §§ 18 ff. und 79 Abs. 2 des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (RGBl. S. 519) für das Land Hessen folgendes bestimmt:

§ 1

(1) In Maul- und Klauenseuche-Sperrbezirken sind die Klauentiere der unverseuchten Gehöfte nach Anweisung und unter Leitung des beamteten Tierarztes gegen Maul- und Klauenseuche mit Bazilline der Staatlichen Forschungsanstalten Insel Riems Schutzimpfen (Bazilline-Ringimpfung). Die Impfung kann auf Rinder und Schafe beschränkt werden.

(2) Maul- und Klauenseuche-Hochimmun- oder Rekonaueszentenserum dürfen an Stelle der Bazilline nur dann verwendet werden, wenn Bazilline nicht zu beschaffen ist.

§ 2

Rinder sind zur Impfung anzubinden.

§ 3

(1) Während der Absonderung im Stalle (§ 163 der Ausführungsvorschriften des Bundesrats zum Reichsviehseuchengesetz vom 7. Dezember 1911 — RGBl. 1912 S. 3) dürfen Ställe und Standorte der geimpften Tiere nur durch den Besitzer, die mit der Wartung und Pflege der Tiere beauftragten Personen und Tierärzte betreten werden.

(2) Befreiungen von der Absonderung im Stalle bedürfen der Genehmigung der Landesregierung.

(3) 14 Tage nach der Impfung treten für die unverseuchten Gehöfte des Sperrbezirks alle Schutzmaßregeln des § 163 der Ausführungsvorschriften

des Bundesrats zum Reichsviehseuchengesetz vom 7. Dezember 1911 — RGBl. 1912 S. 3 — außer Kraft.

§ 4

Die Anzeigepflicht nach § 9 des Viehseuchengesetzes und alle sonstigen zum Schutze gegen die Maul- und Klauenseuche erlassenen Vorschriften bleiben unberührt.

§ 5

Zu widerhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen unterliegen den Strafbestimmungen der §§ 74 ff. des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (RGBl. S. 519).

§ 6

Die Kosten der Impfung werden aus öffentlichen Mitteln getragen.

§ 7

Diese VA. tritt mit ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Darmstadt, den 14. Oktober 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —
In Vertretung: Reiner.

Teil II

Landesregierung

Konsularnachrichten

Das rumänische Konsulat in Frankfurt a. M. ist aufgehoben worden.

Für das Gebiet des Landes Hessen ist jetzt das rumänische Generalkonsulat in Köln zuständig.

Dem Königlich-Rumänischen Generalkonsul in Köln, Dragos Cotlarciuc, ist am 4. August 1939 das Exequatur erteilt worden.

Die Anschrift lautet: Köln, Worrringerstraße 18. Fernsprecher 79142. Amtsstunden: 10—1 Uhr.

Öffentliche Belobigung

Die Margarethe Beder, Ehefrau des Hilfsarbeiters Leonhard Beder in Goryheim, hat am 19. April 1939 ein Kind vom Tode des Ertrinkens aus der Grundelbach gerettet. Für diese Rettungstat spreche ich ihr im Namen des Führers und Reichszanklers die öffentliche Belobigung aus.

Zugleich wurde der Retterin eine Geldbelohnung gewährt.

Darmstadt, den 25. September 1939.

Sprengrer.

Der Reichsstatthalter in Hessen

Personalnachrichten

Ernannt wurde:

am 24. August: durch Urkunde des Führers und Reichskanzlers der Dozent Dr. Arno Mulo zum Professor;

am 31. August: der Lehrer Friedrich von Stein zum Rektor;

am 2. September: der Verwaltungsfekretär Heinrich Wolf zum Obersekretär, der Regierungsoberinspektor Rechnungsrat Wilhelm Ludwig Edel zum Amtmann;

am 15. September: der Lehrer Wilhelm Rausch zum Berufsschullehrer, der Kanzleiaffistent Wilhelm Rapp zum Verwaltungsfekretär;

am 23. September: der Gendarmeriehauptwachmeister Heinrich Hahn in Dollar zum Gendarmeriemeister;

am 25. September: der Polizeisekretär Philipp Müller in Darmstadt zum Polizeiinspektor;

der Assessor des Vermessungsdienstes Friedrich Wilhelm Listmann bei dem Feldbereinigungsamt Rheinhessen in Worms zum Oberlandmesser.

Ernannt wurde unter Berufung in das Beamtenverhältnis:

am 23. Mai: der Verwaltungspraktikant Georg Dreieicher zum Rechnungsrevisor;

am 30. August: der Finanzanwärter Anton Willi Preisig zum außerplanmäßigen Regierungsinspektor;

am 2. September: der Finanzanwärter Karl Heß zum außerplanmäßigen Regierungsinspektor;

der Finanzanwärter Martin Klinger zum außerplanmäßigen Regierungsinspektor.

Ernannt wurde unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

am 1. Juni: der Versorgungsanwärter Peter Fund zum Rasseninspektor;

am 1. August: Der Amtmann Heinrich Jakob Rettig zum Direktor der Städtischen Sparkasse Worms;

am 18. August: der Friedrich Schmidberger zum Kanzlisten;

am 24. August: durch Urkunde des Führers und Reichskanzlers der Studienassessor Dr. Otto Boller zum Studienrat;

am 30. August: der Philipp Dieß zum Hauswart;

am 31. August: die Schulamtsanwärterin Anna Frenzel zur Berufsschullehrerin, die technische Anwärterin Gertrud Zöller zur technischen Lehrerin;

am 13. September: der Vermessungsgehilfe Hermann Orlemann zum Vermessungsassistenten, der Verbandsrevisor Werner Friedrich Kromm zum Direktor (Leiter) der Bezirkssparkasse Groß-Gerau, der Vermessungsgehilfe Otto Glund zum Kanzlisten, die Schulamtsanwärter Wilhelm Mischlich, Wilhelm Gerbig und Heinrich Seib zu Lehrern;

am 15. September: der Diplom-Handelslehrer Dr. Erwin Hofmann zum Handelsstudienrat, der Schulamtsanwärter Wilhelm Höreth zum Lehrer;

am 23. September: der Gend.-Bezirksobewachmeister Wilhelm Berg in Groß-Zimmern zum Gend.-Hauptwachmeister.

Entlassen wurde auf seinen Antrag:

am 31. August: der Regierungsrat Wilhelm Lehr.

In den Ruhestand versetzt wurde:

am 13. September: der Gewerbelehrer Philipp Engel, die technische Lehrerin Margaretha Hornung geb. Becker, der Gewerbelehrer Wilhelm Schäfer.

In den Ruhestand versetzt wurde auf Antrag:

am 15. September: die Lehrerin Karoline Koch. Der Genannten wurde für ihre dem Deutschen Volke geleisteten treuen Dienste der Dank des Führers und Reichskanzlers ausgesprochen.

In den Ruhestand tritt mit Wirkung vom Ende November 1939 gemäß Urkunde des Führers und Reichskanzlers vom 14. August 1939 der Ministerialrat Otto Linkenheld. Dem Genannten wurde vom Führer und Reichskanzler für die dem Deutschen Volke geleisteten treuen Dienste der Dank ausgesprochen.

Landesregierung

Personalnachrichten

In den Reichsdienst übernommen wurde:

mit Wirkung vom 1. August 1939 der Forstmeister Ulrich Weber.

Versetzt wurden:

am 28. August: der Medizinalrat Dr. Wilhelm Jodel in der Eigenschaft als Amtsarzt mit Wirkung vom 1. September 1939 an das Staatliche Gesundheitsamt des Landkreises Alsfeld;

mit Wirkung vom 1. September 1939 ab der Kanzlist Leopold Ewald in gleicher Dienstbezeichnung an das Forstamt Alzen;

am 26. September: der Verwaltungsassistent Hans Knöb in gleicher Dienstbezeichnung an das Forstamt Kirtorf.

Sterbefälle.

Gestorben sind:

März 1939:

- am 20. der Kanzleiasistent Leopold Schneider in Offenbach;
- am 23. der Oberassistent Dr. Hans D i b b e r n, an der Medizinischen und Nervenklinik der Universität Gießen;

Juni 1939:

- am 13. der Geh. Hofrat Prof. a. D. Dr. Hermann Wiener zu Darmstadt;
- am 16. der Lehrer a. D. Ludwig Schönmehl in Mainz-Gonsenheim;
- am 26. der Lehrer a. D. Alfred Grether, zuletzt wohnhaft in Frankfurt a. M.;
- am 28. der Strommeister a. D. Josef Selzer zu Mainz-Ginsheim;

Juli 1939:

- am 2. der Kommunalforstwart a. D. Philipp Findt in Lich, der Studienrat Professor Hermann Sandmann an der Viktoriaschule, Oberschule für Mädchen zu Darmstadt;
- am 3. der Lehrer a. D. Heinrich Karst zu Mainz;
- am 4. der Lehrer a. D. Gustav Müller, wohnhaft in Traisa, Kreis Darmstadt;
- am 11. der Bauinspektor Daniel Polster beim Hess. Hochbauamt Gießen;
- am 14. der Rektor a. D. Heinrich Schäfer zu Michelstadt i. D.;
- am 16. der Lehrer Max Jundersleben, zuletzt wohnhaft in Lauterbach-Rudlos;
- am 18. der Rektor a. D. Heinrich Kaspar, zuletzt wohnhaft in Biebesheim;
- am 20. der technische Gehilfe a. D. Ludwig Schneider in Darmstadt;
- am 22. der Förster a. D. Konrad Birkenstock in Melsfeld;
- am 24. der Schulrat Hermann Stierle, zuletzt wohnhaft in Darmstadt;
- am 26. die Kanzlistin a. D. Marie Boths, wohnhaft in Gießen;
- am 28. der Vermessungsinspektor Heinrich Dillemutz in Büdingen;
- am 29. der Bauoberinspektor a. D. Johannes Volk in Altenstadt;
- am 30. der Polizeidirektor a. D. Gustav Dittmar in Darmstadt;

August 1939:

- am 1. der Verwaltungsfekretär a. D. Heinrich Wilhelm Röddiger zu Nieder-Ramstadt, der Rektor a. D. Martin Röhl, wohnhaft in Mainz;

Namensänderungen.

Die Irma Koch in Darmstadt, geb. am 29. Mai 1931 in München, führt an Stelle des bisherigen Familiennamens den Familiennamen H i e n.

*

Der Otto Geier in Fränkisch-Crumbach, z. Zt. beim Inf.-Regt. 81 in Frankfurt a. M., geboren am 27. Juni 1920 in Fränkisch-Crumbach, führt an Stelle des bisherigen Familiennamens den Familiennamen H ö r r.

*

Die Gisela Anna Kraft, geboren am 25. Juli 1933 in Mainz-Mombach, und der Carl Heinz Kraft, geboren am 5. Dezember 1935 in Nieder-Ingelheim, beide wohnhaft in Nieder-Ingelheim, führen an Stelle des bisherigen Familiennamens den Familiennamen G r u n e r t.

*

Die Margarete Else Breidenbent in Herrnsheim, geboren am 16. August 1933 in Worms, führt an Stelle des bisherigen Familiennamens den Familiennamen K e g e l.

*

1. Der Studienassessor Dr. phil. Wilhelm Ernst Erich Müller in Darmstadt, geboren am 26. Februar 1909 in Offenbach am Main,
2. der Assistenzarzt Dr. med. Friedrich Karl Ernst Müller in Frankfurt am Main, geboren am 8. Februar 1911 in Offenbach am Main,
3. der Gerichtsreferendar Otto Ruprecht Müller in Offenbach am Main, geboren am 21. August 1914 in Offenbach am Main

führen an Stelle des bisherigen Familiennamens den Familiennamen M ü l l e r = W e i ß.

Diese Änderung des Familiennamens erstreckt sich auf die Ehefrauen der zu 1. und 2. Genannten.

*

Am 18. September 1939 wurde dem Rechtsanwalt Karl Albert Theodor Schröder, geboren am 28. Dezember 1889 in Kammersheim (früher: Eichloch), wohnhaft in Offenbach a. M., Kaiserstraße 59, gestattet, an Stelle seines bisherigen Familiennamens in Zukunft den Familiennamen

Schröder-Barthausen

zu führen. Hierüber wird diese Urkunde erteilt.

Die Änderung des Familiennamens erstreckt sich auch auf die unter elterlicher Gewalt stehenden Kinder des Antragstellers, und zwar auf:

1. Karl Helmut, geb. 1. Oktober 1921 in Mainz,
2. Wolfgang Engelbert, geb. 8. November 1923 in Darmstadt,
3. Karl Eckart, geb. 12. April 1932 in Sprendlingen (Rheinhessen).

Hessisches Regierungsblatt

1939

Darmstadt, den 3. November 1939

Nr. 19

Inhalt: Teil I: Gesetz zur Neufassung des Gesetzes über die Kosten der höheren Schulen. S. 147 — Teil II: Konsularnachricht. S. 148 — Personalmeldungen S. 148 — Sterbefälle. S. 150.

Teil I

Gesetz

zur Neufassung des Gesetzes über die Kosten der höheren Schulen.

Vom 10. Oktober 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen hat als Führer der Landesregierung mit Zustimmung der Reichsregierung das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit im Namen des Reichs verkündet wird:

§ 1

Das Gesetz über die Kosten der höheren Schulen vom 21. März 1914/15. Juli 1922 (Regierungsblatt 1914 Seite 192, 1923 Seite 129) wird wie in der Anlage angegeben, neu gefaßt.

§ 2

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. April 1938 in Kraft.

Darmstadt, den 10. Oktober 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen
Sprenger.

Gesetz

über die Kosten der höheren Schulen.

Vom 10. Oktober 1939.

I. Staatliche höhere Schulen.

Artikel 1

(1) An dem Verwaltungsaufwand der staatlichen höheren Schulen beteiligt das Land nach näherer Vorschrift der Artikel 2 bis 8 die Schulortsgemeinden und die Kreise. Zum Verwaltungsaufwand gehören insbesondere die persönlichen Ausgaben — mit Ausnahme der Versorgungsbezüge — und die sächlichen Ausgaben.

(2) Im Sinne dieses Gesetzes sind:

1. Schulortsgemeinden:
die Gemeinden, in denen sich staatliche höhere Schulen befinden;
2. Kreise:
die Stadtkreise und Landkreise;

3. persönliche Ausgaben:

1. folgende Ausgaben für Schulleiter, Lehrkräfte, Schreibhilfen, Hausmeister, Amtsgelhilfen, Heizer:

- a) Dienstbezüge, Vergütungen und Löhne,
- b) Übergangsgelder,
- c) Stellvertretungskosten,
- d) Notstandsbeihilfen und Unterstützungen,
- e) Umzugskosten und Umzugskostenbeihilfen,
- f) Entschädigung an versetzte Beamte, Angestellte und Arbeiter für getrennten Haushalt, Ersatz von Fahrtkosten an versetzte und auswärts beschäftigte Beamte, Angestellte und Arbeiter zum Besuche ihrer Familie, die getrennt von ihnen lebt;

II. Vergütungen für Hilfsunterricht, nebenamtlichen Unterricht und für Vernehmung der Kassengeschäfte;

4. sächliche Ausgaben:

alle übrigen Ausgaben.

Artikel 2

(1) Die Schulortsgemeinden haben dem Lande die erforderlichen Grundstücke und Gebäude für Zwecke der staatlichen höheren Schulen (einschließlich der erforderlichen Nebenanlagen und insbesondere der Wohnung für den Hausmeister — Amtsgelhilfen —) unentgeltlich zur Verfügung zu stellen und zu unterhalten. Wurden nicht gemeindeeigene Grundstücke und Gebäude am 31. März 1938 für Zwecke einer staatlichen höheren Schule benutzt, so haben die Schulortsgemeinden dem Eigentümer den Sach- und Verwaltungsaufwand der baulichen Unterhaltung zu ersetzen, solange die Grundstücke und Gebäude diesen Zwecken dienen.

(2) Errichtet die Schulortsgemeinde auf ihre Kosten ein neues Gebäude für eine staatliche höhere Schule und wird dadurch das landeseigene Schulgrundstück mit dem Schulgebäude frei, so ist das Land verpflichtet, dieses der Schulortsgemeinde zu übereignen.

Artikel 3

An dem übrigen Verwaltungsaufwand der staatlichen höheren Schulen nehmen teil:

- a) die Schulortsgemeinden nach den Artikeln 4 und 6,
- b) die Kreise nach den Artikeln 5 und 6.

Artikel 4

(1) Jede Schulortsgemeinde trägt die nach Absatz 2 errechneten sächlichen Ausgaben der staatlichen höheren Schulen ihres Gebietes. Sie leistet einen Zuschuß in Höhe von einem Drittel der nach Absatz 2 und 3 errechneten persönlichen Ausgaben.

(2) Von den sächlichen und persönlichen Ausgaben sind zunächst die Einnahmen abzugiehen, die zu ihrer Deckung zu dienen haben; von den sächlichen Ausgaben insbesondere das Entgelt, das Vereine und andere für die Benutzung von Schulräumen zahlen, von den persönlichen Ausgaben namentlich das Schulgeld, die Vergütung für Dienstwohnungen, die Zuwendungen von Stiftungen und anderen.

(3) Errechnet werden:

- A) die Dienstbezüge, Vergütungen, Löhne, Stellvertretungskosten, die Vergütungen für Hilfsunterricht, für nebenamtlichen Unterricht und für Vernehmung der Kassengeschäfte (Artikel 1 Absatz 2 Nr. 3 Ia, c und II) sowie die sächlichen Ausgaben (Artikel 1 Absatz 2 Nr. 4) nach den tatsächlichen Aufwendungen des Landes;
- B) die übrigen persönlichen Ausgaben: nach einem Hundertsatz der Ausgaben unter A). Den Hundertsatz setzt die Landesregierung einheitlich für alle Schulortsgemeinden fest.

Artikel 5

Auf die Kreise in ihrer Gesamtheit entfällt von den nach Artikel 4 errechneten persönlichen Ausgaben ein Drittel. Die Gesamtheit der Anteile bringen die einzelnen Kreise in der Weise auf, daß sie Zuschüsse nach der Zahl der Schüler leisten, die am 15. Oktober des vorhergehenden Rechnungsjahres aus ihrem Bezirk staatliche höhere Schulen in Hessen besucht haben.

Artikel 6

Die Zuschüsse der Schulortsgemeinden und Kreise veranschlagt die Landesregierung vorläufig im Haushaltsplan des Landes. Die Kreise und Schulortsgemeinden haben die veranschlagten Beträge in monatlichen Raten im voraus, und zwar die Schulortsgemeinden bei den Amtskassen der höheren Schulen, die Kreise bei der Landeshauptkasse einzuzahlen. Am Schlusse des Rechnungsjahres setzt die Landesregierung die Zuschüsse endgültig fest. Ergeben sich dabei Unterschiede gegenüber den veranschlagten Beträgen, so sind die Unterschiedsbeträge auszugleichen.

Artikel 7

Die Schulleiter teilen ihrer Schulortsgemeinde die Haushaltspläne der staatlichen höheren Schulen im Entwurf mit. Die Schulortsgemeinde kann innerhalb einer Ausschlussfrist von vier Wochen bei dem Schulleiter schriftlich Einwendungen gegen den Entwurf erheben. Die Frist beginnt mit dem Zugang des Entwurfs.

Über die Einwendungen entscheidet die Landesregierung.

Artikel 8

Die Vorschriften der Artikel 1 bis 7 gelten nicht für die staatlichen höheren Schulen in Aufbauform.

II. Gemeindliche höhere Schulen.

Artikel 9

(1) Sind Gemeinden Träger von höheren Schulen (Oberschulen für Jungen oder für Mädchen), so kann das Land ihnen Zuschüsse zu den persönlichen Ausgaben dieser Schulen gewähren. Die Zuschüsse dürfen ein Drittel der persönlichen Ausgaben, die entsprechend Artikel 4 errechnet sind, nicht übersteigen.

(2) Die Kreise können den Gemeinden nach näherer Bestimmung der Landesregierung zu diesen Ausgaben Zuschüsse bis zu einem weiteren Drittel der persönlichen Ausgaben, die entsprechend Artikel 4 errechnet sind, gewähren.

(3) Das Land und die Kreise dürfen Zuschüsse nur bewilligen, wenn das Schulgeld der Gemeinde mindestens den Sätzen der staatlichen höheren Schulen entspricht. Die Gemeinde kann ein Drittel dieser höheren Schulgeldsätze ganz oder teilweise selbst übernehmen.

III. Gemeinsame Bestimmungen.

Artikel 10

Verpflichtungen der Schulortsgemeinden und Gemeinden, die auf besonderem Rechtsgrund (zum Beispiel einer Vereinbarung zum Ausbau höherer Schulen) beruhen, bleiben unberührt.

Teil II

Landesregierung

Konsularnachricht

Die Chilenische Botschaft hat dem Auswärtigen Amt mitgeteilt, daß Herr Miguel Cruhaga Ossa an Stelle des Generalkonsuls C. Alvarez de la Rivera zum Chilenischen Generalkonsul für das ganze Deutsche Reich mit dem Amtssitz in Hamburg ernannt worden ist.

Dem Generalkonsul Cruhaga Ossa ist namens des Reichs unter dem 19. September 1939 das Exequatur erteilt worden.

Der Reichsstatthalter in Hessen

Personalnachrichten

Ernannt wurden:

durch Urkunde des Führers und Reichszanlers am 24. August: der Rektor Wilhelm Wigner zum Schulrat;

am 10. Oktober: der Regierungsinspektor Hermann Jacob Friedrich Glanz zum Ministerialoberrevisor;

am 14. Oktober: der Gend.-Hauptwachtmeister z. Pr. Paul Ficker in Heppenheim a. d. B. zum Gend.-Hauptwachtmeister.

Ernannt wurden unter Berufung in das Beamtenverhältnis:

am 30. August: der Ludwig Endlich zum a. p. Regierungsinspektor;

am 25. September: der Emil Markwort zum Heizer;

am 30. September: der Georg Neumann zum außerplanmäßigen Regierungsbauinspektor;

am 14. Oktober: der Willi Lepperhoff zum Verwaltungsassistenten.

Ernannt wurde unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

am 20. April: der Forstassessor Helmut Kempf zum Forstmeister;

am 15. Juni: der Friedrich Wilhelm Beyer zum Direktor der Bezirksparkasse Oppenheim a. Rh.;

am 24. August: der Oberarzt Professor Dr. med. Emil Wehefritz zum Direktor der Hebammenlehranstalt und Frauenklinik Mainz;

am 20. September: der Vermessungsassessor Heinrich Möbus zum Oberlandmesser;

am 25. September: Karl Ittmann, Rudolf Klein und Richard Richterberg zu Bühnenmaschinierten, die Schulamtsanwärterin Elisabeth Heinrich zur Lehrerin, durch Urkunde des Reichsstatthalters in Hessen: der Otto Karl Götz in Wattenheim zum Straßenwärter;

am 10. Oktober: der Adam Neumann zum Verwaltungsassistenten;

am 13. Oktober: durch Urkunde des Führers und Reichskanzlers der Vermessungsassessor Alexander Weber zum Oberlandmesser.

Die Eigenschaft als Beamtin auf Lebenszeit wurde zuerkannt:

am 30. September: der Gesundheitspflegerin Elisabeth Kempf;

am 10. Oktober: der Gesundheitspflegerin Elisabeth Diedrich.

Entlassen wurden auf ihren Antrag:

am 15. Juni: der Sparkassendirektor Friedrich Wilhelm Beyer aus dem Dienste der Bezirksparkasse Groß-Gerau;

am 19. Juli: der Sparkassendirektor Dr. Hubert Kugel aus dem Dienst der Städtischen Sparkasse Worms.

In den Ruhestand versetzt wurde:

am 30. September: die Lehrerin Aloisia Bauer. Der Genannten wurde für ihre dem Deutschen Volke geleisteten treuen Dienste der Dank des Führers und Reichskanzlers ausgesprochen.

In den Ruhestand versetzt wurden auf ihren Antrag:

am 10. Oktober: Gemäß Urkunde des Reichsstatthalters in Hessen der Ministerialkanzleisekretär Emil Kanfer. Es wurden ihm für seine dem Deutschen Volke geleisteten treuen Dienste der Dank des Führers und Reichskanzlers ausgesprochen. Der Pfleger Wilhelm Pfeiff unter Anerkennung seiner dem Deutschen Volke geleisteten treuen Dienste;

am 14. Oktober: der Lehrer Anton Joseph May. Dem Genannten wurde für die dem Deutschen Volke geleisteten treuen Dienste der Dank des Führers und Reichskanzlers ausgesprochen.

Landesregierung

Personalnachrichten

Versetzt wurden in gleicher Dienstbeziehung:

am 22. September: der Lehrer Karl Adolf Becker an der Volksschule zu Lindheim (Kreis Büdingen) in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Udenheim (Kreis Alzen) mit Wirkung vom 16. Oktober an;

am 30. September: der Lehrer Wilhelm Wolfgang zu Altwiedermus (Kreis Büdingen) in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Büches (Kreis Büdingen) mit Wirkung vom 1. November 1939 an, der Lehrer Wilhelm Schwarz an der Volksschule zu Dromersheim (Kreis Bingen) in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Herbststein (Kreis Lauterbach) mit Wirkung vom 1. November an;

am 7. Oktober: der Lehrer Karl Fernges an der Volksschule zu Groß-Zimmern (Kreis Dieburg) in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Mainz mit Wirkung vom 1. November an;

am 13. Oktober: der Lehrer Rudolf Eichberger zu Hadenheim (Kreis Bingen) in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Mainz, der Lehrer Dr. Hans Simon zu Herbststein (Kreis Lauterbach) in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Hadenheim (Kreis Bingen), beide mit Wirkung vom 1. November an;

am 20. Oktober: der Studienrat Karl Henkel an der Schlageter-Schule, Oberschule für Jungen in Worms, in eine Studienratsstelle an der Oberschule für Jungen in Rüsselsheim mit Wirkung vom Tag des Dienstantritts an;

der Vermessungsrat Otto Eich bei dem Feldbereinigungsamt Darmstadt, an das Feldbereinigungsamt Lauterbach, Dienststelle Schotten, mit Wirkung vom 1. November an.

Beauftragt wurden:

am 22. September: der Lehrer Hans Töppel zu Udenheim (Kreis Alzen) mit der kommissarischen Verwaltung der Stelle eines Berufsschul-

Lehrers an der kaufmännischen Berufsschule zu Mainz mit Wirkung vom 16. Oktober an;

am 10. Oktober: der Gewerbelehrer Karl Eisehauer mit der kommissarischen Wahrnehmung der Dienstgeschäfte eines Direktors an der gewerblichen Berufsschule des Kreises Dieburg mit Wirkung vom 16. Oktober an.

Übertragen wurde:

dem Forstmeister o. R. Ludwig Schaefer, Beerfelden i. Odw. mit Wirkung vom 1. Oktober ab das Amt des Amtsvorstandes des Forstamts Seligenstadt.

Sterbefälle.

Gestorben sind:

März 1939:

am 29. der Lehrer a. D. Franz Heinrich Borgerding in Ruhlkirchen, Kreis Alsfeld;

Juli 1939:

am 5. der Förster a. D. Johann Peter Zink in Beerfelden;

am 17. der Vermessungsrat a. D. Wilhelm Eppelsheimer, zuletzt in Wiesbaden;

am 21. der Gewerbelehrer Friedrich Sulzbach, zuletzt wohnhaft in Mainz-Weisenau;

am 26. der Strommeister a. D. Valentin Eger zu Budenheim;

August 1939:

am 3. der Rostos Professor Dr. Oskar Haupt zu Darmstadt;

am 7. der Vermessungsrat Friedrich Heinrich Weber in Bensheim;

am 8. der Oberrechnungsrat a. D. Karl Zink in Darmstadt;

am 12. der Lehrer Albert Laubenhäimer in Ober-Hilterstlingen;

am 15. der Lehrer a. D. Karl Zimmermann, zuletzt wohnhaft in Frei-Laubersheim;

am 18. der Studienrat a. D. Christoph Kobelt, zuletzt wohnhaft in Wiesbaden;

am 21. der Polizeimeister a. D. Philipp Zerbe in Mainz, der Lehrer a. D. Heinrich Zimmer, zuletzt wohnh. in Darmstadt, der Amtsgehilfe a. D. August Krebs zu Gießen;

am 23. der Kultursinspektor Emil Müller beim Kulturbauamt Rheinhessen in Mainz;

am 24. der Revierförster a. D. Heinrich Schupp in Traisa (Dippelshof).

am 31. der Lehrer a. D. Philipp Reim, zuletzt wohnhaft in Darmstadt;

September 1939:

am 1. der Lehrer Hans Schüh in Darmstadt;

am 2. der Regierungsbaurat a. D. Emil Hofmann in Darmstadt;

am 5. der Hochschulprofessor a. D. Heinrich Paul Meißner zu Darmstadt, Eichbergstr. 6;

am 6. der Studienrat Dr. Heinrich Fuhr in Gießen, der Rechnungsrat Johannes Wenz zu Darmstadt;

am 9. der Oberstudiendirektor Ludwig Pöpperling in Gießen;

am 15. der Oberregierungsrat a. D. Dr. August Heß in Gießen;

am 18. der Krim.-Obersekretär a. D. Gustav Naujokat in Bad-Nauheim.

am 27. der Lehrer a. D. Wilhelm Schäfer in Darmstadt;

Oktober 1939:

am 5. der Regierungsrat Dr. Georg Krüger in Gießen.

62

Hessisches Regierungsblatt

1939

Darmstadt, den 27. November 1939

Nr. 20

Inhalt: Teil I: Gesetz zur Abänderung einer besoldungsrechtlichen Vorschrift. S. 151 — Viehseuchenpolizeiliche Anordnung über die Einfuhr von Hasen und Kaninchen. S. 151 — Viehseuchenpolizeiliche Anordnung über die Bekämpfung der Schweinepest. S. 151 — Polizeiverordnung, Ausschankverbot für Branntwein betreffend. S. 152 — Verordnung über das „Naturchutzgebiet Mainzer Sand“ in der Gemarkung Mainz-Kombach, Stadtkreis Mainz. S. 152 — Verichtigung. S. 153 — Teil II: Konsularnachricht. S. 153 — Personalsnachrichten. S. 153 — Sterbefälle. S. 154.

Teil I

Gesetz

zur Abänderung einer besoldungsrechtlichen Vorschrift.

Vom 4. November 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen hat als Führer der Landesregierung das folgende Gesetz mit Zustimmung der Reichsregierung beschlossen, das hiermit im Namen des Reichs verkündet wird.

Einziger Artikel.

Die Vorschrift des Artikels III des Gesetzes zur Änderung des Besoldungsgesetzes vom 10. Dezember 1930 (Reg.-Bl. 1930 S. 309) tritt mit Wirkung vom 1. Februar 1931 außer Kraft.

Darmstadt, den 4. November 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen
Sprenger.

Viehseuchenpolizeiliche Anordnung über die Einfuhr von Hasen und Kaninchen.

Vom 30. Oktober 1939.

Das veterinärpolizeiliche Verbot der Einfuhr von Hasen und Kaninchen aus der ehemaligen Tschechoslowakei und aus der Türkei sowie die Beschränkungen bei der Einfuhr dieser Tiere aus Ungarn, Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien, Albanien und Griechenland können aufgehoben werden, weil in den für die Einfuhr von Hasen und Kaninchen in der Hauptsache in Betracht kommenden Staaten die Tularämie seit mehr als Jahresfrist nicht mehr festgestellt worden ist. Daher wird für das Land Hessen folgendes bestimmt:

Einziger Paragraph.

Die auf Grund des § 7 des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (RGBl. S. 519) für das Land Hessen erlassene viehseuchenpolizeiliche Anordnung vom 22. November 1938 (Hess. Regierungsblatt Nr. 21. S. 124) über die Einfuhr von Hasen und Kaninchen wird hiermit aufgehoben.

Die Anordnung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Darmstadt, den 30. Oktober 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: Reiner.

Viehseuchenpolizeiliche Anordnung über die Bekämpfung der Schweinepest.

Vom 30. Oktober 1939.

Zum Schutze gegen die Schweinepest wird auf Grund der §§ 17, 18 ff. und 79 Abs. 2 des Reichsviehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (RGBl. S. 519) für das Land Hessen folgendes bestimmt:

§ 1

Gewerbsmäßigen Viehkastrierern ist verboten, an Schweinen, die aus den Gehöften des Sperrbezirks stammen, die Kastration vorzunehmen.

§ 2

Die Abschachtung von Schweinen aus Seuchengehöften darf nur in einem öffentlichen Schlachthaus stattfinden.

§ 3

Zu widerhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen unterliegen den Strafbestimmungen der §§ 74 ff. des Reichsviehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (RGBl. S. 519).

§ 4

Diese viehseuchenpolizeiliche Anordnung tritt mit ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Darmstadt, den 30. Oktober 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: Reiner.

**Polizeiverordnung,
Ausschankverbot für Branntwein betreffend.**

Darmstadt, den 1. November 1939.

Auf Grund der Ermächtigung im § 15 des Gaststättengesetzes vom 28. April 1930 (RGBl. I S. 146) wird für das Land Hessen mit sofortiger Wirkung der Ausschank von Branntwein vormittags vor 9 Uhr sowie an allgemeinen Lohnzahlungstagen unterjagt.

Zu widerhandlungen werden gemäß § 29 Gaststättengesetz mit Haft oder Geldstrafe geahndet.

Darmstadt, den 1. November 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —
Sprenger.

Verordnung

**über das „Naturschutzgebiet Mainzer Sand“ in der
Gemarkung Mainz-Mombach, Stadtkreis Mainz.**

Darmstadt, den 17. November 1939.

Auf Grund der §§ 4, 12 Abs. 2, 13 Abs. 2, 15 und 16 Abs. 2. des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. Juni 1935 (RGBl. I S. 821) sowie des § 7 Abs. 1 und 5 der Durchführungsverordnung vom 31. Oktober 1935 (RGBl. I S. 1275) wird mit Zustimmung der obersten Naturschutzbehörde folgendes verordnet:

§ 1

Das rund 1 km südwestlich von Mombach in der Gemarkung Mainz-Mombach, Stadtkreis Mainz, liegende Schutzgebiet „Mainzer Sand“ wird in dem im § 2 Abs. 1 näher bezeichneten Umfange mit dem Tage der Bekanntgabe dieser Verordnung in das Reichsnaturschutzbuch eingetragen und damit unter den Schutz des Reichsnaturschutzgesetzes gestellt.

§ 2

(1) Das Schutzgebiet hat eine Größe von 33,8018 ha und umfaßt in der Gemarkung Mainz-Mombach, Flur VIII, die Parzellen Nr. 1, 1^{5/10}, 3 und 3^{5/10} (Gewann „Der Sandbruch“).

(2) Die Grenzen des Schutzgebietes sind in eine Karte 1:25000 und eine Katasterhandzeichnung 1:2000 rot eingetragen, die bei der obersten Naturschutzbehörde in Berlin niedergelegt sind. Weitere Ausfertigungen dieser Karten befinden sich bei der Reichsstelle für Naturschutz in Berlin, bei der höheren Naturschutzbehörde in Darmstadt und der unteren Naturschutzbehörde in Mainz.

§ 3

Im Bereich des Schutzgebietes ist verboten:

a) Pflanzen zu beschädigen, auszureißen, auszu-

graben oder Teile davon abzapflücken, abzuschneiden oder abzureißen,

b) freilebenden Tieren nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, zu ihrem Fang geeignete Vorrichtungen anzubringen, sie zu fangen oder zu töten, oder Puppen, Larven, Eier oder Nester und sonstige Brut- und Wohnstätten solcher Tiere fortzunehmen oder zu beschädigen, unbeschadet der berechtigten Abwehrmaßnahmen gegen Kulturschädlinge und sonst lästige oder blutsaugende Insekten,

c) Pflanzen oder Tiere einzubringen,

d) eine andere als die nach § 4 Abs. 1 zugelassene wirtschaftliche Nutzung auszuüben,

e) die Wege zu verlassen, zu lärmern, Feuer anzumachen, Abfälle wegzuerwerfen oder das Gelände auf andere Weise zu beeinträchtigen,

f) Bodenbestandteile abzubauen, Sprengungen oder Grabungen vorzunehmen, Schutt oder Bodenbestandteile einzubringen oder die Bodengestalt auf andere Weise zu verändern oder zu beschädigen,

g) Bild- oder Schrifttafeln anzubringen, soweit sie nicht auf den Schutz des Gebietes hinweisen.

§ 4

(1) Unberührt bleiben:

a) die rechtmäßige Ausübung der Jagd,

b) die forstliche Bewirtschaftung und Nutzung in dem bisherigen Umfange.

(2) In besonderen Fällen können Ausnahmen von den Vorschriften dieser Verordnung von mir genehmigt werden.

§ 5

Wer den Bestimmungen dieser Verordnung zuwiderhandelt, wird nach den §§ 21 und 22 des Reichsnaturschutzgesetzes und den §§ 15 und 16 der Durchführungsverordnung bestraft.

§ 6

Diese Verordnung tritt mit ihrer Bekanntgabe im Anzeiger der Hessischen Landesregierung in Kraft; mit dem gleichen Zeitpunkte verliert die Verordnung des Kreisamtes Mainz vom 28. September 1933 (Amtsveröffentlichungsblatt Nr. 18) ihre Gültigkeit.

Darmstadt, den 17. November 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

als höhere Naturschutzbehörde

Sprenger.

Berichtigung.

Bei dem Gesetz im Hess. Reg.-Bl. Nr. 19 über die Kosten der höheren Schulen muß es im Art. 9, Abs. (3), zweiteilte Zeile, heißen: Schulgeldsätze statt Schuldgeldsätze.

Teil II**Landesregierung****Konsularnachricht**

Das dem Columbianischen Wahlkonsul in Frankfurt a. M., Ernst Langenbach, am 26. Januar 1931 erteilte Exequatur ist als erloschen erklärt worden.

Für den Amtsbezirk des Konsulats in Frankfurt a. M. sind einstweilen das Columbianische Generalkonsulat in Hamburg (Valentinerscamp 90) und das Konsulat in Bremen (Domshof 17/18) zuständig.

Der Reichsstatthalter in Hessen**Personalnachrichten****Ernannt wurde:**

am 10. Oktober: der Reinhold Herth zum außerplanmäßigen Regierungsbauinspektor;

am 14. Oktober: der Berufsschullehrer Ludwig Schmanke zum Rektor, der Lehrer Karl Wolf zum Rektor, der Kanzlist Georg Amrhein zum Polizeiaffistenten, der Lehrer Philipp Schmitt zum Berufsschullehrer;

am 18. Oktober: der Lehrer Friedrich Sauer zum Berufsschullehrer, der Lehrer Wilhelm Kranz zum Rektor;

am 20. Oktober: der Kassenassistent Heinrich Seibert zum Kassensekretär, der Gend.-Hauptwachtmeister z. Pr. Wilhelm Werth in Wendelsheim zum Gend.-Hauptwachtmeister;

am 26. Oktober: der Lehrer Hans Schweizer zum Handelsstudienrat;

am 4. November: der Gend.-Hauptwachtmeister Paul Gerbothe in Dieburg zum Gendarmeriemeister;

am 9. November: mit Urkunde des Reichsstatthalters in Hessen der Verwaltungsassistent Hans Schmidt zum Verwaltungsekretär.

Ernannt wurde unter Berufung in das Beamtenverhältnis:

am 26. Oktober: der Adolf Hahn zum außerplanmäßigen Regierungsinspektor.

Ernannt wurde unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

am 24. August: durch Urkunde des Führers und

Reichskanzlers der Forstassessor Ludwig Rothmann zum Forstmeister;

am 27. September: durch Urkunde des Führers und Reichskanzlers der Studienassessor Dr. Georg Mayer zum Studienrat;

am 9. Oktober: durch Urkunde des Führers und Reichskanzlers der Forstassessor Erhard Reil zum Forstmeister, der Regierungsbauassessor Wilhelm Straub zum Regierungsbaurat, der Diplom-Ingenieur Willy Schäffer zum Regierungschemiker;

am 12. Oktober: durch Urkunde des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft der Vermessungsassessor Walter Herbert zum Oberlandmesser;

am 14. Oktober: der Gewerbelehramtsanwärter Richard Schwarz zum Gewerbelehrer;

am 18. Oktober: der Vermessungsgehilfe Albert Heulhed zum Vermessungsassistenten;

am 20. Oktober: durch Urkunde des Führers und Reichskanzlers der Studienassessor Friedrich Schüh zum Studienrat;

am 26. Oktober: der Schulamtsanwärter Gottfried Dörr zum Lehrer, der Schulamtsanwärter Walter Möbus zum Lehrer;

am 1. November: der Baupraktikant Johann Wilhelm Dergheimer zum Regierungsbauinspektor, der Schulamtsanwärter Georg Schmahl zum Lehrer, der Schulamtsanwärter Georg Kiesel zum Lehrer, die technische Anwärterin Hertha Bursian zur technischen Lehrerin, der Schulverwalter Karl August Wilhelm zum Lehrer;

am 4. November: die Gewerbelehramtsanwärterin Johanna Kohler zur Gewerbelehrerin; der Heinrich Stemm zum Bühnenmaschinisten;

am 9. November: die Schulamtsanwärterin Antoinette Margarethe Hoff zur Lehrerin, der Schulverwalter Heinrich Müller zum Lehrer, der Schulamtsanwärter Wilhelm Heuser zum Lehrer, der Hilfslehrer Josef Heeg zum Fachlehrer, der Schulamtsanwärter Jakob Braunroth zum Lehrer,

In den Ruhestand versetzt wurde:

am 18. Oktober: der Landtagsstenograph z. D. Michael Winkler;

am 20. Oktober: die Lehrerin Margarete Wink. Der Genannten wurde für ihre dem Deutschen Volke geleisteten treuen Dienste der Dank des Führers und Reichskanzlers ausgesprochen;

am 1. November: der Berufsschullehrer Adam Weinsheimer, der Rektor Georg Keeg. Dem Genannten wurde für seine dem Deutschen Volke geleisteten treuen Dienste der Dank des Führers und Reichskanzlers ausgesprochen;

am 4. November: der Lehrer Eduard Brand. Für seine dem Deutschen Volke geleisteten treuen

Dienste wurde ihm der Dank des Führers und Reichskanzlers ausgesprochen;
am 9. November: der Rektor Ludwig Döll. Für seine dem Deutschen Volke geleisteten treuen Dienste wurde ihm der Dank des Führers und Reichskanzlers ausgesprochen;

In den Ruhestand versetzt wurde auf seinen Antrag:

am 29. Juli: der Steiger Hermann Kramer;
am 26. Oktober: der Oberrechnungsrat Ferdinand Hood unter Anerkennung seiner dem Deutschen Volke geleisteten treuen Dienste;
am 4. November: der Lehrer Wilhelm Wagner. Für seine dem Deutschen Volke geleisteten treuen Dienste wurde ihm der Dank des Führers und Reichskanzlers ausgesprochen;
am 9. November: der Gendarmeriehauptwachmeister Friedrich Krefz in Büdingen, der Lehrer Leonhard Schweizer, der Lehrer Johann Floch. Dem Letztgenannten wurde für seine dem Deutschen Volke geleisteten treuen Dienste der Dank des Führers und Reichskanzlers ausgesprochen.

In den Ruhestand versetzt wurde auf Antrag durch Urkunde des Führers und Reichskanzlers:

am 9. Oktober: der Studienrat Heinrich Proescher;
am 20. Oktober: der Oberfinanzrat Karl Uhrig.

Landesregierung

Personalnachrichten

Mit der kommissarischen Wahrnehmung der Dienstgeschäfte eines Berufsschullehrers an der ge-

werblichen Berufsschule zu Offenbach a. M. wurde beauftragt:

am 6. November 1939: der Lehrer Dr. Karl Heidecker zu Steinheim, Kreis Offenbach, mit Wirkung vom 1. November an.

Sterbefälle.

Gestorben sind:

Juli 1939:

am 15. der Amtsobergehilfe a. D. Peter Reidel, zuletzt wohnhaft in Darmstadt;

August 1939:

am 14. der Oberstudienrat a. D. Professor Heinrich Engel zu Darmstadt-Eberstadt;

September 1939:

am 4. der Krim.-Schr. a. D. Jakob Steig in Staden (Friedberg Land);

am 12. der Rektor a. D. Georg Teichmann, zuletzt wohnhaft in Leipzig;

am 24. der Geh. Hofrat Professor Dr. Friedrich Dingeldey in Darmstadt.

Oktober 1939:

am 4. der Ministerialkanzleiinspektor a. D. Georg Engmann in Stuttgart;

am 6. der Oberbibliothekar a. D. Prof. Dr. phil. Robert Fritzsche, zuletzt wohnhaft in Bad Nauheim;

am 17. der Oberstudienrat a. D. Professor Dr. Adam Keller in Offenbach a. M.;

am 30. der Vermessungsrat Peter Philipp Treusch in Darmstadt.

November 1939:

am 7. der Ministerialrat a. D. Jakob Breitwieser in Darmstadt.

Hessisches Regierungsblatt

1939

Darmstadt, den 13. Dezember 1939

Nr. 21

Inhalt: Teil I: Bekanntmachung, die „Johann-Otto-Mühlhäuser-Gedächtnis-Stiftung“ betreffend. S. 155 — Gesetz zur Änderung des Gesetzes, die Brandversicherungsanstalt für Gebäude betreffend. S. 155 — Bekanntmachung über die vorläufige Einstellung des freiwilligen, staatlich anerkannten Tuberkulosebekämpfungsverfahrens, der polizeilichen Bekämpfung des feuchthaftern Verwerfens (Banginfektion des Kindes) sowie der polizeilichen Bekämpfung der Dedinfektionen. S. 155 — Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Angleichung der Befolgung der hessischen Staatsbeamten an die Befolgung der Reichsbeamten vom 31. Mai 1939 (Reg.-Bl. S. 99). S. 156 — Bekanntmachung, die Auflösung der gemeinschaftlichen Bürgermeisterei für die Gemeinden Himbach und Hainchen sowie die Bildung einer gemeinschaftlichen Bürgermeisterei für die Gemeinden Lindheim und Hainchen betreffend. S. 156 — Bekanntmachung über das Verfahren bei Aufstellung von Dampfgeößen. S. 156 — Teil II: Personalnachrichten. S. 157 — Sterbefälle. S. 158.

Teil I

Bekanntmachung, die „Johann-Otto-Mühlhäuser-Gedächtnis- Stiftung“ betreffend.

Darmstadt, den 6. November 1939.

Ich genehmige auf Grund der vorgelegten Stiftungsurkunde vom 5. August 1939 die Errichtung der „Johann-Otto-Mühlhäuser-Gedächtnis-Stiftung“ der Eisengießerei, Feldbahn- und Maschinenfabrik, Sägewerk Mühlhäuser & Co., Michelstadt i. D., als rechtsfähige Stiftung gemäß § 80 BGB. und Art. 7 des hessischen Ausführungsgesetzes zum BGB.

Darmstadt, den 6. November 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen
— Landesregierung —
In Vertretung: Reiner.

Gesetz zur Änderung des Gesetzes, die Brandversicherungs- anstalt für Gebäude betreffend.

Darmstadt, den 9. November 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen hat als Führer der Landesregierung mit Zustimmung der Reichsregierung das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit im Namen des Reichs verkündet wird:

Artikel 1

Das Gesetz, die Brandversicherungsanstalt für Gebäude betreffend, vom 28. September 1890 in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. September 1899 (Reg.-Bl. S. 699), der Abänderungsgesetze vom 2. August 1902 (Reg.-Bl. S. 336), vom 11. September 1924 (Reg.-Bl. S. 369), vom 16. November 1926 (Reg.-Bl. S. 359), vom 30. November 1933 (Reg.-Bl. S. 249), der Verordnung vom 20. Juni 1934 (Reg.-Bl. S. 105) und des Abänderungsgesetzes vom 26. Oktober 1937 (Reg.-Bl. S. 209) wird wie folgt geändert:

Artikel 22 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„Für Schäden im Sinne des Abs. 1, welche durch das Militär oder das militärische Gefolge in Standquartieren, bei Durchmärschen oder Einquartierungen verursacht werden, leistet die Anstalt auch in Kriegzeiten Ersatz. Dagegen werden Schäden, welche in Kriegzeiten infolge strategischer Anordnungen oder militärischer Operationen entstehen, von der Anstalt nicht vergütet. Ergeben sich Zweifel, ob ein Schaden der ersteren oder letzteren Art zuzählen ist, so hat die Aufsichtsbehörde darüber zu entscheiden.“

Artikel 2

Das Gesetz tritt mit dem Zeitpunkt der Verkündung im Hessischen Regierungsblatt in Kraft.

Darmstadt, den 9. November 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen
Sprenger.

Bekanntmachung über die vorläufige Einstellung des freiwilligen, staatlich anerkannten Tuberkulosebekämpfungs- verfahrens, der polizeilichen Bekämpfung des feuchthaftern Verwerfens (Banginfektion des Kindes) sowie der polizeilichen Bekämpfung der Dedinfektionen.

Darmstadt, den 17. November 1939.

Die Einberufung zahlreicher in der Praxis und im staatlichen Veterinäruntersuchungsamt tätiger, aber auch von beamteten Tierärzten zum Heere macht eine Einschränkung der Viehseuchenbekämpfung notwendig. Daher wird in Verfolg des Runderrlasses des Herrn Reichsministers des Innern vom 2. November 1939 — III a 8773/39 — 1000 — (RMBl. S. 2254) für das Land Hessen folgendes bestimmt:

1. Das freiwillige, staatlich anerkannte Tuberkulosebekämpfungsverfahren vom 15. August 1934 (Reg.-Bl. S. 136) wird vom 1. Dezember 1939 an bis auf weiteres eingestellt. Damit entfällt auch

die Voraussetzung zur Anordnung der polizeilichen Tötung von tuberkulösen Rindern aus Beständen, die diesem Verfahren angeschlossen sind. Bereits laufende Fälle sind zum Abschluß zu bringen. Hinsichtlich der veterinärpolizeilichen Behandlung von äußerlich erkennbarer Tuberkulose des Rindviehs (§ 10 Abs. 1 Nr. 12 des Reichsviehseuchengesetzes) verbleibt es in Zukunft bei den Bestimmungen des Reichsviehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (RGBl. S. 519) und den Ausführungsbestimmungen des Bundesrats zum Reichsviehseuchengesetz vom 7. Dezember 1911 (RGBl. 1912 S. 3).

2. Die polizeiliche Bekämpfung des seuchenhaften Verwerfens (Bänginfektion des Rindes) auf Grund des Runderlasses des Herrn Reichsministers des Innern vom 7. Oktober 1936 — IV Vet 101 09/2230/36 — (RMBlB. S. 1351) und meiner Viehseuchenpolizeilichen Anordnung vom 18. Januar 1937 (Reg.-Bl. Nr. 2 S. 9) über die Bekämpfung des seuchenhaften Verfalls (Bänginfektion des Rindes) wird mit sofortiger Wirkung bis auf weiteres eingestellt. Soweit es die Verhältnisse zulassen, ist die Blutuntersuchung von Zuchtieren, die zum Verkauf auf Verkaufsanstalten aufgetrieben werden, durchzuführen. Für die Blutuntersuchungen ist das staatliche Veterinäruntersuchungsamt in Gießen zuständig.
3. Die polizeiliche Bekämpfung der Deinfektionen auf Grund des Runderlasses des Herrn Reichsministers des Innern vom 18. Januar 1938 — III 15 703/2231/37 — (RMBlB. S. 167) und meiner Viehseuchenpolizeilichen Anordnung über die Bekämpfung der Deinfektionen des Rindes vom 21. Februar 1938 (Reg.-Bl. Nr. 4 S. 17) wird bis auf weiteres mit sofortiger Wirkung eingestellt.

Darmstadt, den 17. November 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —
Sprenger.

Gesetz

zur Änderung des Gesetzes über die Angleichung der Besoldung der hessischen Staatsbeamten an die Besoldung der Reichsbeamten vom 31. Mai 1939 (Reg.-Bl. S. 99).

Vom 29. November 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen hat als Führer der Landesregierung das folgende Gesetz mit Zustimmung der Reichsregierung beschlossen, das hiermit im Namen des Reichs verkündet wird.

Artikel 1

§ 2 Absatz 3 Satz 1 und 2 des Gesetzes über die Angleichung der Besoldung der hessischen Staatsbeamten an die Besoldung der Reichsbeamten vom

31. Mai 1939 (Reg.-Bl. S. 99) erhalten folgende Fassung:

„(3) Die mit Wirkung vom 1. April 1938 oder einem späteren Tage neubewilligten, nicht ruhegehaltsfähigen Ausgleichszulagen fallen spätestens mit Ablauf des 31. März 1942 fort; sie werden bis dahin in gleichmäßigen Jahresbeträgen gekürzt, soweit sie nicht schon vorher durch Erhöhung der neuen Dienstbezüge beseitigt sind.“

Artikel 2

Erfolgt eine andere reichsgesetzliche Regelung, so gilt sie anstelle der Vorschriften in Artikel 1 (3).

Artikel 3

Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Januar 1940 in Kraft.

Darmstadt, den 29. November 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

Sprenger.

Bekanntmachung,

die Auflösung der gemeinschaftlichen Bürgermeisterei für die Gemeinden Himbach und Hainchen sowie die Bildung einer gemeinschaftlichen Bürgermeisterei für die Gemeinden Lindheim und Hainchen betreffend.

Vom 29. November 1939.

Gemäß Art. 4 der Ersten hessischen Durchführungsverordnung zur Deutschen Gemeindeordnung habe ich die Auflösung der gemeinschaftlichen Bürgermeisterei für die Gemeinden Himbach und Hainchen sowie die Bildung einer gemeinschaftlichen Bürgermeisterei für die Gemeinden Lindheim und Hainchen mit dem Amtssitz in Lindheim genehmigt.

Darmstadt, den 29. November 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —
Sprenger.

Bekanntmachung

über das Verfahren bei Aufstellung von Dampfgefäßen.

Vom 2. Dezember 1939.

Auf Grund des Gesetzes vom 24. März 1902, die Dampfkessel und Dampfzylinder betreffend (Reg.-Bl. S. 93) ordne ich folgendes an:

Die Vorschriften von § 3 Ziffer 1 der Verordnung vom 8. November 1909, die Dampfkessel betreffend (Reg.-Bl. S. 297) in der Fassung der Verordnung vom 15. September 1914 (Reg.-Bl. S. 349) sind, soweit es sich nicht um Dampfgefäße in Betrieben handelt, die der Bergaufsicht unterliegen, in folgender Fassung anzuwenden:

1. Wer ein Dampfgefäß zum Zwecke des Betriebs aufzustellen beabsichtigt, hat dies dem Technischen Überwachungsverein in Frankfurt a. M., Hauffstraße 6 oder der von ihm bezeichneten Stelle anzuzeigen.

Mit der Anzeige sind genaue Zeichnungen und Beschreibungen in 3-facher Ausfertigung einzureichen. Die gleiche Anzeige ist erforderlich, wenn an Dampfgefäßen eine wesentliche Änderung der Bauart, der Größe oder eine Erhöhung des Betriebsdrucks beabsichtigt wird.

2. Der Technische Überwachungsverein nimmt die Technische Prüfung, Bauprüfung, Wasserdruckprobe, Abnahme und später zu wiederholende Prüfungen vor unter Zugrundelegung der preussischen Polizeiverordnung vom 5. März 1913 Nr. III 6468, betreffend die Einrichtung und den Betrieb von Dampfessern (HMBl. 1913 S. 132, 133 und 143 ff.).

3. Nach der technischen Prüfung, Bauprüfung, Wasserdruckprobe und Abnahme übersendet der Technische Überwachungsverein je eine Ausfertigung der mit dem Prüfungsvermerk versehenen Antragsunterlagen dem Betriebsunternehmer und dem zuständigen Gewerbeaufsichtsamt.

4. Die bei den Untersuchungen gefundenen Mängel sind von dem Betriebsunternehmer des Dampfgefäßes innerhalb der von dem Technischen Überwachungsverein angegebenen Frist zu beseitigen.

Darmstadt, den 2. Dezember 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landeregierung —

In Vertretung:
Reiner.

Seite II

Personalnachrichten

Durch Urkunde des Führers und Reichszanclers

wurden ernannt unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

- am 27. September: der Regierungsbauassessor Georg Zimmermann zum Regierungsbaurat;
- am 20. Oktober: der Studienassessor Heinrich Schmelz zum Studienrat.

Durch Urkunde des Herrn Reichsstatthalters

wurden ernannt:

- am 9. November: der Rechnungsrat Johannes Stapf zum Amtmann, der Verwaltungsjsekretär Otto Carius zum Verwaltungsobersekretär, der Kanzlist Jakob Bitsch zum Verwaltungsassistenten;

am 14. November: der Oberrechnungsrevisor Karl Mann zum Regierungsoberinspektor;

am 24. November: der Regierungsinspektor Johannes Christ zum Regierungsoberinspektor, der Christian Schulz zum Ministerialamtsgehilfen.

wurden ernannt unter Berufung in das Beamtenverhältnis:

am 18. Oktober: der Finanzpraktikant Friedrich Frauenrieder zum a. p. Regierungsinspektor;

am 9. November: Heinrich Rögler zum Weinbergverwalter;

am 14. November: der nichtbeamtete Oberingenieur Dr. ing. habil. Karl Götz zum Oberingenieur;

am 29. November: der August Weiß zum Laboranten.

wurden ernannt unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

am 14. November: die Schulamtsanwärterin Hedwig Kubach zur Lehrerin, der Hausmeister auf Probe Otto Straß zum Hausmeister;

am 17. November: die technische Anwärterin Ottilie Horn zur technischen Lehrerin, der Schulamtsanwärter Heinrich Kraushaar zum Lehrer, die Schulamtsanwärterin Käthe Eidenmüller zur Lehrerin, der Schulamtsanwärter August Würz zum Lehrer.

wurden in den Ruhestand versetzt:

am 14. November: der Lehrer Ludwig Herter, der Rektor Hermann Lehr;

am 17. November: der Lehrer Ferdinand Wolf.

Den Genannten wurde für ihre dem Deutschen Volke geleisteten treuen Dienste der Dank des Führers und Reichszanclers ausgesprochen.

wurden in den Ruhestand versetzt auf Antrag:

am 4. November: der Lehrer Ludwig Weiß;

am 14. November: der Lehrer Justus Mehger, die Lehrerin Pauline Eichenberg;

am 24. November: der Lehrer Karl Seitz.

Den Genannten wurde für ihre dem Deutschen Volke geleisteten treuen Dienste der Dank des Führers und Reichszanclers ausgesprochen.

Landeregierung

Personalnachrichten

Ernannt wurden:

- am 14. November: der Gend.-Hauptwachtmeister Heinrich Götz in Reichelsheim i. D. zum Gend.-

Meister, der Gend.-Hauptwachtmeister Georg Bleßing in Waldmichelbach zum Gend.-Meister, der Gend.-Hauptwachtmeister Heinrich Fischborn in Gensingen zum Gend.-Meister;

am 17. November: der Gend.-Hauptwachtmeister Wilhelm Truber in Rimbach i. D. zum Gend.-Meister, der Gend.-Hauptwachtmeister Rudolf Zinser in Wöllstein zum Gend.-Meister.

Versezt wurden:

am 30. August: in gleicher Dienstbeziehung der Lehrer Wilhelm Volk zu Crainfeld in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Hartmannshain, Kreis Lauterbach, mit Wirkung vom 16. Dezember 1939 an;

am 29. November: der Amtsobergehilfe Wilhelm Schlag vom Veterinäruntersuchungsamt Gießen in die Stelle des Amtsobergehilfen bei dem Hessischen Staatsarchiv in Darmstadt.

Sterbefälle

Gestorben sind:

Juli 1939

am 15. der Oberreallehrer a. D. August Haggenmüller in Gießen;

August 1939

am 24. der Studienrat Ottmar Kaltenhäuser zu Heppenheim a. d. B.;

September 1939

am 15. die Lehrerin a. D. Bertha Brinkmann in Münster i. Westf.;

am 16. der Rektor Philipp Mehger zu Kellertsbach;

am 19. die Lehrerin a. D. Anna Rinz in Mainz;

Oktober 1939

am 10. der Amtsgehilfe a. D. Konrad Weis zu Friedberg;

am 12. der Gend.-Meister a. D. Christian Dieß zu Bad Nauheim;

am 21. der Lehrer a. D. Georg Büttner zu Worms, der Gend.-Oberwachtmeister Heinrich Buchhammer in Ortenberg (Krs. Büdingen);

am 30. der Polizeibüroassistent Karl Helwig von dem Polizeipräsidium Mainz.

November 1939

am 4. der Oberreallehrer a. D. Friedrich Wilhelm Haber zu Gießen;

am 9. der Kriminal-Sekretär a. D. Heinrich Bonu in Offenbach a. Main.

Hessisches Regierungsblatt

1939

Darmstadt, den 29. Dezember 1939

Nr. 22

Inhalt: Teil I: Bekanntmachung über die amtliche Kennzeichnung der Kleinfahrzeuge im deutschen Rheinstromgebiet. S. 159 — Ausführungsverordnung zur Verordnung vom 23. November 1939 zur Durchführung der Verordnung zur Bekämpfung von Notständen im Verkehr vom 19. September 1939. S. 160 — Bekanntmachung über das Laden und Lösen von Binnenschiffen. S. 161 — Verordnung, die Aufhebung der wöchentlichen Schonzeit in den offenen Fischwässern betreffend. S. 162 — Gesetz über die Änderung des Gesetzes, das Volksschulwesen im Volksstaat Hessen betreffend, vom 25. Oktober 1921 (Reg.-Bl. S. 303). S. 162* — Teil II: Personalmeldungen. S. 163 — Sterbefälle. S. 165.

Teil I

Bekanntmachung

über die amtliche Kennzeichnung der Kleinfahrzeuge im deutschen Rheinstromgebiet.

Vom 2. Dezember 1939.

Die nachstehende Bekanntmachung des Herrn Reichsverkehrsministers über die amtliche Kennzeichnung der Kleinfahrzeuge im deutschen Rheinstromgebiet vom 11. November 1939 wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Darmstadt, den 2. Dezember 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: Reiner.

Bekanntmachung

über die amtliche Kennzeichnung der Kleinfahrzeuge im deutschen Rheinstromgebiet.

Vom 11. November 1939.

Zur Durchführung des § 7 der Schiffsahrtspolizeiverordnung für das deutsche Rheinstromgebiet vom 18. Januar 1939 (RGBl. II S. 41) wird bestimmt:

§ 1

1) Alle Kleinfahrzeuge, mit Ausnahme der in § 2 aufgeführten, sind im Geltungsbereich der Schiffsahrtspolizeiverordnung für das deutsche Rheinstromgebiet zum Führen eines amtlichen Kennzeichens verpflichtet.

2) Auf den Grenzstrecken der Wasserläufe gilt die Verpflichtung nur für Inländer und solche Ausländer, die ihren Wohnsitz im Reichsgebiet haben.

§ 2

Vom Führen des Kennzeichens sind außer den in § 7 der Schiffsahrtspolizeiverordnung erwähnten Beibooten, Schiebes- und Ziehbooten ohne weiteres befreit:

- a) Kleinfahrzeuge des Reichs, einschließlich der Wehrmacht und der Länder, die durch Führen der Dienstflagge oder durch Aufschriften als solche kenntlich gemacht sind;

b) Fischereifahrzeuge, soweit sie durch fischereipolizeiliche Vorschriften zum Führen von anderen Kennzeichen verpflichtet sind;

c) inländische Sportfahrzeuge, die die vom Reichsportamt angeordnete Kennzeichnung führen;

d) ausländische, einem anerkannten Sportverein oder -verband angehörige Sportfahrzeuge, wenn sie die Kennzeichnung (Flagge) ihres Vereins oder Verbandes tragen und ihr Besitzer einen mit Lichtbild versehenen Ausweis über die Zugehörigkeit zum Verein oder Verband an Bord mitführt.

§ 3

1) Die Zuteilung des Kennzeichens ist bei demjenigen Wasserstraßenamt zu beantragen, in dessen Bezirk der Eigentümer beheimatet ist oder in dessen Bezirk erstmalig eine Fahrt auf dem Rheinstromgebiet angetreten werden soll.

2) Der Antrag ist vom Eigentümer zu stellen.

3) Jede Änderung des Wohnsitzes ist dem Wasserstraßenamt anzuzeigen, das das Kennzeichen erteilt hat. Der Eigentümer kann in diesem Falle die Erteilung eines neuen Kennzeichens bei dem Wasserstraßenamt beantragen, in dessen Bezirk er seinen neuen Wohnsitz hat. Dieses Wasserstraßenamt benachrichtigt von der Erteilung eines neuen Kennzeichens das Wasserstraßenamt, das das bisherige Kennzeichen erteilt hat.

4) Kleinfahrzeuge, die bereits das Kennzeichen eines deutschen Wasserstraßenamts außerhalb des Rheinstromgebiets tragen, bedürfen für Fahrten auf dem Rheinstromgebiet keines neuen Kennzeichens, solange der Ausweis über die Erteilung des Kennzeichens an Bord mitgeführt wird.

§ 4

1) Das Kennzeichen besteht aus einem oder mehreren Buchstaben und einer Zahl.

Es bedeuten die Buchstaben:

Fg.	Wasserstraßenamt Freiburg,
Kl.	„ Kehl,
Mm.	„ Mannheim,
Sp.	„ Speyer,
Wo.	„ Worms,

Erteilung
des
Kenn-
zeichens

Art des
Kenn-
zeichens

Mz.	Wasserstraßenamt	Mainz,
Bi.	"	Bingerbrück,
Kz. I	"	Koblenz I,
Kn.	"	Köln,
Dbg.	"	Duisburg-Rhein,
We.	"	Wesel,
Hn.	"	Heilbronn,
Hdb.	"	Heidelberg,
Bg.	"	Bamberg,
Sw.	"	Schweinfurt,
Wü.	"	Würzburg,
Ag.	"	Aschaffenburg,
Ffm.	"	Frankfurt a. M.
Dz.	"	Diez a. d. Lahn,
Kz. II	"	Koblenz II,
Tr.	"	Trier.

2) Die zugeteilten Kennzeichen sind vom Eigentümer in mindestens 15 cm hohen lateinischen Buchstaben und arabischen Zahlen in heller Farbe auf dunklem Grund oder dunkler Farbe auf hellem Grund an beiden Vorderseiten des Fahrzeugs oberhalb der Wasserlinie anzubringen.

Statt auf dem Schiffskörper selbst können die Zeichen auch auf einer Tafel oder einer ausgespannten Flagge angebracht sein, die sichtbar zu führen ist.

§ 5

Ausweis 1) Über die Erteilung des Kennzeichens erhält der Eigentümer einen Ausweis nach anliegendem Muster.

2) Der Ausweis ist an Bord mitzuführen und den Beamten der Strom- und Schifffahrtspolizei (Wasserschutzpolizei) auf Verlangen vorzuzeigen.

3) Von der Mitführung des Ausweises befreit sind Fahrzeuge, die gewerbsmäßig vermietet werden.

§ 6

Erlöschen der Gültigkeit Veräußert der Eigentümer sein Kleinfahrzeug oder wird es zerstört oder sonst unbrauchbar, so erlischt die Gültigkeit des Kennzeichens. Der Ausweis ist an das Wasserstraßenamt zurückzugeben, ebenso im Falle des § 3 Nr. 2, wenn ein neues Kennzeichen erteilt wird. Bleibt das Kleinfahrzeug erhalten, so ist das Kennzeichen zu beseitigen.

§ 7

Fortdauer der Gültigkeit der bisherigen Kennzeichen Die nach den bisherigen Bestimmungen erteilten amtlichen Kennzeichen für Kleinfahrzeuge und die hierüber ausgestellten Ausweise bleiben in Kraft und gelten als auf Grund dieser Verordnung ausgestellt.

§ 8

Gebühr Für die Zuteilung des Kennzeichens und die Ausstellung des Ausweises ist eine Verwaltungsgebühr von 0,50 RM zu entrichten.

§ 9

Estrafen Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen werden gemäß IV der Einführungsverordnung zur

Schifffahrtspolizeiverordnung für das deutsche Rheinstromgebiet bestraft.

§ 10

Diese Bestimmungen treten am 25. November 1939 in Kraft.

Berlin, den 11. November 1939.

Der Reichsverkehrsminister

Anlage

Muster eines Ausweises

(§ 5)

Vorderseite

Dem (Name, Wohnort)

ist nach § 7 der Schifffahrtspolizeiverordnung für das deutsche Rheinstromgebiet vom 18. Januar 1939 (RGBl. II S. 41)

für sein Name
(Art des Fahrzeugs)

das Kennzeichen erteilt worden.

(Dienststempel) (Ort, Datum, Behörde, Unterschrift)

Rückseite

1. Der Ausweis ist an Bord mitzuführen und den Beamten der Strom- und Schifffahrtspolizei (Wasserschutzpolizei) auf Verlangen vorzuzeigen.

2. Durch diesen Ausweis erhält der Eigentümer des Fahrzeugs nicht eine über die allgemeinen wasserrechtlichen Bestimmungen hinausgehende Berechtigung zur Benützung der Wasserläufe. Die Befugnis der Strom- und Schifffahrtspolizei bleiben unberührt.

Ausführungsverordnung

zur Verordnung vom 23. November 1939 zur Durchführung der Verordnung zur Bekämpfung von Notständen im Verkehr vom 19. September 1939.

Vom 12. Dezember 1939.

Auf Grund § 2 Ziff. 2 und § 6 Abs. 2 der Verordnung vom 23. November 1939 zur Durchführung der Verordnung zur Bekämpfung von Notständen im Verkehr vom 19. September 1939 wird bestimmt:

I. Die Wasserstraßenämter Mainz und Worms werden ermächtigt, für ihren Bereich allgemein oder im Einzelfall die Höchstfristen anders festzusetzen, als in § 2 Ziff. 1 der Verordnung vom 23. November 1939 zur Durchführung der Verordnung zur Bekämpfung von Notständen im Verkehr bestimmt ist, oder an Stelle der Höchstfristen Mindestleistungen festzusetzen.

II. Die Wasserstraßenämter Mainz und Worms

Inkraft
treten

werden ermächtigt, Antrag auf Strafverfolgung zu stellen.

III. Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

Darmstadt, den 12. Dezember 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: Reiner.

Bekanntmachung

über das Beladen und Löschen von Binnenschiffen.

Vom 12. Dezember 1939.

Die nachstehende Verordnung des Reichsverkehrsministers zur Durchführung der Verordnung zur Bekämpfung von Notständen im Verkehr vom 23. November 1939 wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Darmstadt, den 12. Dezember 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: Reiner.

Verordnung

zur Durchführung der Verordnung zur Bekämpfung von Notständen im Verkehr vom 19. September 1939.

Vom 23. November 1939.

Auf Grund des § 5 der Verordnung zur Bekämpfung von Notständen im Verkehr vom 19. September 1939 (Reichsgesetzblatt I S. 1851) wird verordnet:

§ 1

Das Beladen und Löschen von Binnenschiffen ist so zu betreiben, daß der für den Umschlag entstehende Zeitaufwand auf das nach den Umständen mögliche Mindestmaß beschränkt wird. Dies gilt auch dann, wenn für das Beladen und Löschen Höchstfristen und Mindestleistungen festgesetzt sind.

Es ist verboten, Handlungen vorzunehmen, durch die diese Vorschrift unmittelbar oder mittelbar umgangen wird oder umgangen werden soll.

§ 2

1. Für das Beladen von Binnenschiffen gelten bei Gesamt- und Teilladungen folgende Höchstfristen im Stromgebiet der Oder, auf den Wasserstraßen zwischen Oder und Elbe und im Stromgebiet der Elbe ausschließlich des Mittellandkanals

bis zu	100 t	2 Tage
" "	300 t	3 "
" "	400 t	4 "
" "	600 t	5 "
" "	800 t	6 "
" "	1000 t	7 "
darüber	8 "	

auf den Wasserstraßen zwischen Elbe und Rhein und im Stromgebiet des Rheins

bis zu	125 t	1 Tag
" "	300 t	2 Tage
" "	500 t	3 "
" "	750 t	4 "
" "	1000 t	5 "
" "	1450 t	6 "
" "	2000 t	7 "
" "	2600 t	8 "
darüber	9 "	

Die gleichen Höchstfristen gelten für das Löschen von Binnenschiffen.

2. Die Mittelbehörden der Reichswasserstraßenverwaltung werden ermächtigt, für ihren Bereich allgemein oder im Einzelfall die Höchstfristen anders festzusetzen oder an Stelle der Höchstfristen Mindestleistungen festzusetzen. Sie können diese Ermächtigung auf die ihnen unterstellten Behörden übertragen.

§ 3

Das Bayerische Ministerium für Wirtschaft und Arbeit und der Landeshauptmann in Niederdonau (Wasserstraßendirektion) werden ermächtigt, für die Donau Höchstfristen für das Beladen und Löschen von Binnenschiffen festzusetzen und diese Ermächtigung auf ihnen unterstellte Behörden zu übertragen.

Gleiche Ermächtigung hat der Oberpräsident — Wasserstraßendirektion — in Königsberg Pr.

§ 4

Die Vorschriften der §§ 1 bis 3 und die auf Grund der Ermächtigung der §§ 2 und 3 erlassenen Vorschriften gelten nicht als Vorschriften, die in Anwendung der §§ 29 Abs. 4 und 48 Abs. 4 des Gesetzes, betreffend die privatrechtlichen Verhältnisse der Binnenschifffahrt, vom 20. Mai 1898 (Reichsgesetzblatt S. 369, 868) erlassen sind.

§ 5

Vorschriften nach § 2 Nr. 2 und § 3 sind in dem Amtsblatt bekanntzugeben, das den Veröffentlichungen der die Vorschrift erlassenden Behörde dient.

§ 6

Wer die Ausführung des Beladens oder Löschens von Binnenschiffen übernommen hat, wird, wenn er den Vorschriften der §§ 1 und 2 oder den auf Grund des § 2 Nr. 2 oder des § 3 erlassenen Vorschriften vorsätzlich oder fahrlässig zuwiderhandelt, nach II der Zweiten Durchführungsverordnung zum Vierjahresplan vom 5. November 1936 (Reichsgesetzblatt I S. 936) bestraft.

Die Strafverfolgung tritt nur auf Antrag ein. Antragsberechtigt sind die Mittelbehörden der Reichswasserstraßenverwaltung und die von ihnen hierzu ermächtigten Behörden.

Der Antrag kann zurückgenommen werden.

§ 7

Die Vorschrift des § 2 Ziffer 1 tritt am 15. Dezember 1939, die übrigen Vorschriften treten sofort in Kraft.

Berlin, den 23. November 1939.

Der Reichsverkehrsminister

In Vertretung: Koenigs.

Verordnung,

die Aufhebung der wöchentlichen Schonzeit in den offenen Fischwässern betreffend.

Vom 16. Dezember 1939.

Auf Grund des Artikels 15 des Gesetzes, die Ausübung und den Schutz der Fischerei betreffend, vom 27. 4. 1881 (Reg. Bl. S. 43) wird nachstehendes verordnet:

§ 1

Die §§ 1, 2, Abs. 1, der Verordnung, die Ausführung des Gesetzes vom 27. 4. 1881 über die Ausübung und den Schutz der Fischerei betreffend, vom 14. 12. 1887 (Reg. Bl. S. 303) in der Fassung der Verordnung vom 14. 5. 1920 (Reg. Bl. S. 89) werden aufgehoben.

§ 2

Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung im Anzeiger der Hessischen Landesregierung in Kraft.

Darmstadt, den 16. Dezember 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

— Landesregierung —

In Vertretung: Reiner.

Gesetz

über die Änderung des Gesetzes, das Volksschulwesen im Volksstaat Hessen betreffend, vom 25. Oktober 1921 (Reg.-Bl. S. 303).

Vom 29. November 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen hat als Führer der Landesregierung mit Zustimmung der Reichsregierung das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit im Namen des Reichs verkündet wird:

Artikel 1

Das Gesetz über das Volksschulwesen im Volksstaat Hessen vom 25. Oktober 1921 wird wie folgt geändert:

1. Der Artikel 62 erhält folgende Fassung:

„Von den Kosten der öffentlichen Volksschulen und Berufsschulen tragen die Gemeinden die säch-

lichen Kosten und die Kosten des Ortschulvorstandes. Die persönlichen Kosten trägt der Staat, soweit nachstehend nichts anderes bestimmt ist.“
2. Eingefügt wird ein neuer Artikel 62 a.

„Artikel 62 a.

Die Gemeinden leisten einen Beitrag in Höhe eines Drittels der persönlichen Kosten der Volksschulen.

Persönliche Kosten sind folgende Ausgaben für die Lehrkräfte (insbesondere Direktoren, Lehrer, Lehrerinnen, Schulverwalter und Schulverwalterinnen usw.):

- 1) Dienstbezüge und Vergütungen,
- 2) Versorgungsbezüge,
- 3) Abfindungen an verheiratete weibliche Lehrkräfte,
- 4) Übergangsgelder,
- 5) Stellvertretungskosten,
- 6) Notstandsbeihilfen und Unterstützungen,
- 7) Umzugskosten und Umzugskostenbeihilfen,
- 8) Reisekosten,
- 9) Beiträge zu den sozialen Versicherungen, soweit sie auf Reichsgesetzen beruhen,
- 10) Entschädigung an versetzte Lehrkräfte für getrennten Haushalt, Ersatz von Fahrkosten an versetzte und auswärts beschäftigte Lehrkräfte zum Besuch ihrer Familie, die getrennt von ihnen lebt.

Die hiernach von den Gemeinden aufzubringenden Beträge werden in Form von Stellenbeiträgen erhoben, deren Höhe sich nach der Gesamtzahl der Normalstellen für die wissenschaftlichen Lehrkräfte an den Volksschulen nach dem Stande am 15. Oktober vor Beginn des Rechnungsjahres bemisst. Die Stellenbeiträge sind in Monatsraten an die Landeshauptkasse abzuführen.

Die Schulstellen einer Gemeinde werden in Normalstellen und Mehrstellen unterschieden. Die Teilung der Schulstellen in Normalstellen und Mehrstellen erfolgt nach dem Schülerstand vom 10. Mai des jeweiligen Rechnungsjahres in der Weise, daß auf je 55 Schüler eine Normalstelle und daneben auf je 1000 eine weitere Normalstelle entfallen. Ist die Schülerzahl nicht ohne Rest durch 55 bzw. 1000 teilbar, so ist auf die nächstfolgende durch 55 bzw. 1000 teilbare Zahl auf- oder abzurunden, doch soll bei Schulen mit einer Schulstelle immer, bei 2 bis 4 Schulstellen bereits beim Vorhandensein von wenigstens 15, bei 5 bis 7 Schulstellen von wenigstens 20 Restschülern und bei mehr als 7 Schulstellen beim Vorhandensein von wenigstens 28 Restschülern aufgerundet werden.

Soweit Schulstellen, die bisher Normalstellen waren, infolge Veränderung der Schülerzahl oder sonstiger Veränderungen als Mehrstellen errechnet werden, sind sie bis längstens zum Ende des

Rechnungsjahres weiterhin als Normalstellen zu behandeln, sofern sie nicht zu einem früheren Zeitpunkt durch natürlichen Abgang eines Stelleninhabers (Tod, Ruhestandsversetzung, Entlassung auf Antrag, oder von Amtswegen) wegfallen.

Für Mehrstellen haben die Gemeinden Beiträge zu entrichten, die in der Weise berechnet werden, daß ohne Rücksicht auf die Bezüge der Stelleninhaber für jede Mehrstelle das Grundgehalt der siebenten Stufe der Eingangsgruppe für Volksschullehrer nebst dem für den Schulort zustehenden Wohnungsgeldzuschuß abzüglich der Kürzungen nach den Reichsnotverordnungen und zuzüglich der staatlichen Aufwendungen an Versorgungsbetragen zugrunde gelegt werden. Die Kinderzuschläge bleiben hierbei außer Betracht.“

3. Eingefügt wird ein neuer Artikel 62b.

„Artikel 62b.

Die Kreise und die Stadtkreise tragen 75 v. H. der persönlichen Kosten der Berufsschulen.

Wegen des Begriffs der persönlichen Ausgaben bei den Berufsschulen gilt das gleiche wie bei den Volksschulen (Artikel 62a).

Die von den Kreisen und Stadtkreisen aufzubringenden Beträge werden in Form von Beiträgen für die einzelnen Berufsschüler (-schülerinnen) unter Zugrundelegung der Schülerzahl am 15. Oktober vor Beginn des Rechnungsjahres ermittelt. Sie sind in Monatsraten an die Landeshauptkasse einzuzahlen.“

4. In Artikel 63 erhält Zeile 1 folgende Fassung:

„Zu den Kosten, die nach Artikel 62 Satz 1 von den Gemeinden aufzubringen sind, gehören insbesondere die Aufwendungen.“

5. In Artikel 64 erhält der Satz 1 folgende Fassung:

„Sind mehrere politische Gemeinden zu einer Schulgemeinde vereinigt (Artikel 2), so haben diese die der Schulgemeinde zur Last fallenden Schulkosten gemeinschaftlich aufzubringen.“

6. Artikel 65 fällt weg.

7. Eingefügt werden folgende neue Artikel:

„Artikel 66a.

Die Gemeinden haben für ihr Schulbauwesen Erneuerungs- und Erweiterungsrücklagen nach den Vorschriften der Rücklagenverordnung vom 5. Mai 1936 (RGBl. I S. 435) anzufammeln.

Artikel 66b.

Die Kreise haben eine Schulbaurücklage anzufammeln und verzinslich anzulegen. Die jährliche Zuführung beträgt 100 RM. je Schulstelle nach dem Stande vom 15. Oktober vor Beginn des Rechnungsjahres.

Der Reichsstatthalter in Hessen — Landesregierung — ist ermächtigt, die jährlichen Zufüh-

rungen der Kreise an die Schulbaurücklage vorübergehend allgemein oder im Einzelfall anders festzusetzen.

Artikel 66c.

Zur Förderung des Schulbauwesens wird beim Land eine Schulbaurücklage gebildet.

Artikel 66d.

Das Land und die Kreise gewähren den Gemeinden aus den Schulbaurücklagen Beihilfen zur Bestreitung der Kosten von Neu- und Erweiterungsbauten und für bauliche Herstellungen, die nicht zu den laufenden kleinen Instandsetzungen gehören.

Die Beihilfen werden nach der Dringlichkeit des Baubedürfnisses und unter Berücksichtigung der finanziellen Lage der Gemeinden bewilligt.

Die Beihilfen können ganz oder teilweise als verzinsliches Darlehen gewährt werden. Die Zinsen und Rückflüsse fließen den Schulbaurücklagen zu.“

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. April 1938 an in Kraft.

Artikel 3

Das Gesetz, das Volksschulwesen im Volksstaat Hessen betreffend, vom 25. Oktober 1921 tritt am 31. März 1940 außer Kraft.

Darmstadt, den 29. November 1939.

Der Reichsstatthalter in Hessen

Sprenger.

Teil II

Personalnachrichten

Durch Urkunde des Führers

wurde ernannt unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

am 27. September: der Stadtveterinärarzt Dr. Rudolf Glaser zum Regierungsveterinärarzt.

wurde in den Ruhestand versetzt:

am 17. November: der Studienrat Peter Janson;

Durch Urkunde des Herrn Reichsstatthalters in Hessen wurden ernannt:

am 17. November: der Kasseninspektor Albrecht Löw zum Landeshauptkasseneroberbuchhalter;

am 24. November: der Hauswart a. Pr. Friedrich Bauer zum Amtsgehilfen;

am 29. November: der Berufsschullehrer Ludwig Roß zum Rektor, der Kanzlist Wilhelm Murschel zum Verwaltungsassistenten;

am 2. Dezember: der Kanzlist Joseph Götz zum Verwaltungsassistenten, der Regierungsinspektor Ernst Ludwig Geisler zum Ministerialoberrevisor, der Regierungsinspektor Hans Lutz zum Ministerialoberrevisor, der Rechnungsrevisor Heinrich Zimmermann zum Oberrechnungsrevisor;

am 9. Dezember: der Berufsschullehrer Wilhelm Jost zum Rektor.

wurden ernannt unter Berufung in das Beamtenverhältnis:

am 9. Dezember: der Dipl.-Ing. Karl Lohnes und der Dipl.-Ing. Wilhelm Schäfer zu Assistenten.

wurden ernannt unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

am 14. Oktober: der Bankinspektor Karl Nette zum Finanzinspektor;

am 9. November: die Militäranwärter Walter Bundschuh, Karl Bley und Georg Wedel zu Landeshauptkassabuchhaltern;

am 29. November: die technische Anwärterin Margrit Jaeger zur technischen Lehrerin, der Hauswart a. Pr. Wilhelm Keeg zum Hauswart, die Schulamtsanwärterin Else Weber zur Lehrerin, der Schulamtsanwärter Otto Günther zum Lehrer, die Schulamtsanwärterin Helene Herd zur Lehrerin;

am 2. Dezember: der außerplanmäßige Regierungsinspektor Karl Erich Hartmann zum Regierungsinspektor, die Schulamtsanwärter Georg Schück, Wilhelm Büding, Heinrich Einwächter und Wilhelm Helene zu Lehrern, der außerplanmäßige Regierungsinspektor Georg Heuß zum Regierungsinspektor, der Dr. ing. habil. Dozent Krieger zum Oberingenieur, der a. p. Regierungsinspektor Martin Klinger zum Regierungsinspektor;

am 9. Dezember: der Georg Vogel zum Bühnenmaschinisten, der Heinrich Kraß zum Kanzlisten, der Schulamtsanwärter Adolf Scherf zum Lehrer.

wurden in den Ruhestand versetzt auf eigenen Antrag:

am 26. Oktober: der Lehrer Wilhelm Klotz.

Dem Genannten wurde für seine dem Deutschen Volke geleisteten treuen Dienste der Dank des Führers ausgesprochen;

am 24. November: der Verwaltungsoberinspektor Jakob Eisenhauer;

am 29. November: die Lehrerin Anna Langner. Der Genannten wurde für ihre dem Deutschen

Volke geleisteten treuen Dienste der Dank des Führers ausgesprochen;

am 2. Dezember: der Lehrer Georg Better.

Dem Genannten wurde für seine dem Deutschen Volke geleisteten treuen Dienste der Dank des Führers ausgesprochen.

Landesregierung

Personalanachrichten

Ernannt wurden:

am 24. November: durch Urkunde des Führers der Landesregierung die Gendarmeriehauptwachmeister Anton Stapp in Groß-Umstadt, Philipp Jöckel in Lauterbach, Heinrich Nie-meier in Bad-Nauheim zu Gendarmeriemeistern;

am 30. November: durch Urkunde des Führers der Landesregierung unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit der Hans Bingel zum Direktor der Bezirkssparkasse Groß-Bieberau, der Otto Haeger unter Berufung in das Beamtenverhältnis zum Leiter der Bezirkssparkasse Büdingen.

Versetzt wurden in gleicher Diensteseigenschaft:

am 28. November: der Lehrer August Behn an der Volksschule zu Ober-Klingen, Kreis Dieburg, in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Worms mit Wirkung vom 1. Januar 1940 an;

am 2. Dezember: die Lehrerin Hermine Käßner zu Erzhausen in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Steinheim, Kreis Offenbach a. M., mit Wirkung vom 16. Dezember 1939 an;

am 4. Dezember: der Lehrer Wilhelm Bittich an der Volksschule zu Ober-Ostern, Kreis Erbach i. O., in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Erzhausen, Kreis Darmstadt, mit Wirkung vom 1. Januar 1940 an;

am 6. Dezember: der Lehrer Karl Männche an der Volksschule zu Höckersdorf, Kreis Alsfeld, in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Heuchelheim, Kreis Gießen, mit Wirkung vom 1. Januar 1940 an, die Lehrerin Helene Garth an der Volksschule zu Dreieichenhain, Kreis Offenbach a. M., in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Dieffenbach, Kreis Offenbach a. M., mit Wirkung vom 1. Dezember 1939 an;

am 15. Dezember: der Lehrer Josef Lambert an der Volksschule zu Friesenheim, Kreis Mainz, in eine Lehrerstelle an der Volksschule zu Undenheim, Kreis Mainz, mit Wirkung vom 1. Januar 1940 an.

Entlassen wurde durch Urkunde des Führers der Landesregierung:

am 30. November: der Sparkassendirektor Hans Bingel auf seinen Antrag aus dem Dienst der Bezirkssparkasse Worms.

In den Ruhestand versetzt wurde auf eigenen Antrag durch Urkunde des Führers der Landesregierung:

am 9. November: der Direktor der Bezirkssparkasse Büdingen Heinrich Wilhelm Ludwig Karl Rmetsch.

Dem Genannten wurde für seine dem Deutschen Volke geleisteten treuen Dienste der Dank des Führers ausgesprochen.

Sterbefälle

Gestorben sind:

Oktober 1939:

am 12. der Betriebsführer a. D. Hermann Knoke in Wölfersheim;

am 17. der Studienrat a. D. Prof. Konstantin Schüler in Bodendorf;

am 20. der Lehrer Wilhelm Wedemeyer in Pfeddersheim, Kreis Worms.

November 1939:

am 3. der Lehrer a. D. Heinrich Jung in Darmstadt;

am 11. der Verwaltungsassistent a. D. Peter Kaufsch in Darmstadt;

am 13. der Gewerbelehrer a. D. Wilhelm Nahrung in Bensheim a. d. B.

Chronologische Übersicht

der im

Hessischen Regierungsblatt vom Jahre 1939

enthaltenen

Gesetze, Verordnungen usw.

Das Regierungsblatt von 1939 enthält 22 Nummern.

Abkürzungen:

Ges. = Gesetz, Erl. = Erlaß, VO. = Verordnung, Ver. = Bekanntmachung, Ausf. = Ausführung, Anw. = Anweisung, Best. = Bestimmungen, Durchf. = Durchführung, Geb. = Gebühren, Vorschr. = Vorschriften.

Wiederholt sich das Stichwort innerhalb eines und desselben Artikels, so wird es nur durch seinen Anfangsbuchstaben ausgedrückt.

Datum des Gesetzes usw.	Inhalt	Nummer des Reg.- Blattes	Seite
19. Sept. 1938	VO. über die Errichtung eines Straßenbauamtes in Schotten	1	1
19. Novbr.	Beleihungsgrundsätze für die hess. öffentlich-rechtlichen Sparkassen	15	125
17. Dezbr.	Ver., Vorschr. über die Einrichtung und den Betrieb der Apotheken betr.	1	1
20. Dezbr.	Erlaß des Reichsstatthalters in Hessen über die Eingliederung der Gemeinde Dürr- Ellenbach in die Gemeinden Alsbach und Alsfelderbach	2	5
22. Dezbr.	VO. zur Bekämpfung von Blattläusen, Schildläusen und anderen Obstbaumschäd- lingen während der Winterruhe	1	1
30. Dezbr.	Ver. zur VO. über die Errichtung eines Straßenbauamtes in Schotten	1	1
30. Dezbr.	Erlaß des Reichsstatthalters in Hessen über die Eingliederung der Gemeinde Kirch- garten in die Gemeinde Merlau	2	5
30. Dezbr.	Erlaß des Reichsstatthalters in Hessen über den Zusammenschluß der Gemeinden Is- dorf und Isdorf (Solms) zu der Gemeinde Isdorf	2	5
2. Jan. 1939	Ver., die Genehmigung von Schenkungen betr.	1	3
3. Januar	Erlaß des Reichsstatthalters in Hessen über die Eingliederung der Gemeinden Wiesed und Klein-Linden und der selbständigen Gemarkung Schiffenberg in die Stadt Gießen	2	6
11. Januar	Viehzeuchpolizeiliche Anordnung über Impfstoffe und Sera	1	2
16. Januar	Ver. über die Einrichtung und den Betrieb von Getränkebranntweinanlagen	2	6
27. Januar	Ver., Genehmigungsverfahren für die Anlage und den Betrieb der Dampfkessel betr.	2	7
31. Januar	VO. zur Ausf. des Ges. über Arbeitsvermittlung u. Arbeitslosenversicherung in Hessen	2	8
2. Februar	Ver., die Serologische Syphilisdiagnose betr.	3	13
8. Februar	Erlaß über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren	3	13
8. Februar	Ver., den Gemeindeverband für den Kraftwagenverkehr Ortenberg u. Umgebung betr.	3	13
8. Februar	Ver., Vereinigung der Standesamtsbezirke Redarsteinach, Redarhausen u. Darsberg zu einem Standesamtsbezirk Redarsteinach betr.	4	21
9. Februar	Ver., die Änderung der Gemarkungsgrenzen zwischen den Gemarkungen Treburer Oberwald und Walldorf betr.	3	14
10. Februar	Ver. über die Erhebung eines Ausgleichszuschlages bei Lebendvieh und einer Aus- gleichsabgabe auf frisches Fleisch in Worms	3	14
11. Februar	Ver., die Meisterschule des Deutschen Handwerks in Offenbach a. M. betr.	3	14
13. Februar	Ver., die Erhebung einer Wertzuwachssteuer betr. (Musterjahrgang)	3	15
13. Februar	Ver., die Gebühren für Arbeiten der Gemeinderrechnungskammer betr.	4	21
15. Februar	Ver. über die Erhebung eines Brandversicherungsbeitrags für das Jahr 1938	4	22
15. Februar	Erlaß über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren	4	21
16. Februar	Verf. über die Eingliederung der selbständigen Gemarkung Hammerau in die Ge- meinde Groß-Rohrheim und in die Stadt Gernsheim	6	34
17. Februar	Ver., die Aufhebung der Pol.-VO. über das Abgeben explosionsgefährlicher Gegen- stände zur Verhütung v. 17. Okt. 1938 betr.	4	21
22. Februar	Erlaß des Reichsstatthalters in Hessen über die Eingliederung der Gemeinden Auer- bach, Schönberg und Zell in die Stadt Bensheim	5	25

Datum des Gesetzes usw.	Inhalt	Nummer des Reg.- Blattes	Seite
22. Februar	Erlaß des Reichsstatthalters in Hessen über die Eingliederung der Gemeinden Blitzenrod und Kudlos in die Stadt Lauterbach	5	26
24. Februar	Bef., den Übergang der Wasserstraßen von den Ländern auf das Reich betr.	5	27
27. Februar	Bef. zur Abänderung des Sondergebäudesteuer-Ges. v. 19. Febr. 1938	4	22
27. Februar	VO., die Organisation der Vermessungsämter betr.	5	27
28. Februar	Erlaß des Reichsstatthalters in Hessen über den Zusammenschluß der Gemeinden Mühlheim und Dietesheim zu der Stadt Mühlheim am Main	5	26
4. März	Bef. über Einrichtung und Betrieb von Getränkebranntwein-Anlagen	5	27
6. März	Bef., Ortsklasseneinteilung betr.	5	27
7. März	VO. über das Verbot der Anwendung arienhaltiger Pflanzenschutzmittel bei blühenden Kulturpflanzen	5	27
8. März	Bef., die Überleitung der Rechtspflege auf das Reich betr.	6	34
9. März	VO. zur Durchf. von Art. 1 Abs. 3 des Ges. zur Änderung des Finanzausgleichs-Ausf. Ges. v. 1. Nov. 1938	5	28
9. März	VO. über die Zuständigkeit von Gemeinden zum Erlaß von Ortsakten in anderen als eigenen Angelegenheiten	5	29
9. März	VO. zum Schutz der Felder und Gärten gegen Tauben	5	29
13. März	VO., das Dispensierrecht der homöopathischen Ärzte betr.	6	34
13. März	Bef. über die reblausverseuchten Gemarkungen in dem hess. Weinbaugebiet	10	87
14. März	Beschl. über Gemarkungsgrenzänderung	7	37
16. März	Erlaß des Reichsstatthalters in Hessen über die Eingliederung der Gemeinden Kempton und Gausheim in die Stadt Bingen	6	33
17. März	Beschl. über die Gemarkungsgrenzänderung der Gemarkungen Gau-Weinheim, Gau-Bidderheim, Sprendlingen und St. Johann	6	35
20. März	VO. zur Ausf. des Ges. über die Ortspolizei	6	35
22. März	Bef., Eingliederung des Standesamtsbezirks Dornberg in den Standesamtsbezirk Groß-Gerau betr.	6	36
25. März	Bef., die Zuteilung der Gemeinde Isdorf (Solms) zum Standesamtsbezirk Isdorf betr.	7	37
25. März	Bef., die Vereinigung der Standesamtsbezirke Ober-Ingelheim, Nieder-Ingelheim und Frei-Weinheim zu einem Standesamtsbezirk Ingelheim am Rhein betr.	7	37
27. März	VO., die Organisation des Vermessungswesens betr.	6	36
28. März	Anordnung für den Gewerbebetrieb der Personen, die über Vermögensverhältnisse oder persönliche Angelegenheiten Auskunft erteilen	7	37
30. März	Bef., Vereinigung der Standesamtsbezirke Mühlheim und Dietesheim zu einem Standesamtsbezirk Mühlheim am Main betr.	7	39
30. März	Bef., Auflösung des Standesamtsbezirks Groß-Rohrheim mit Hammerau und Neubildung des Standesamtsbezirks Groß-Rohrheim betr.	7	39
30. März	Bef., Eingliederung des Standesamtsbezirks Blitzenrod in den Standesamtsbezirk Lauterbach mit Kudlos betr.	7	39
4. April	Bef., das Ges. über die Aufschließung von Wohnsiedlungsgebieten betr.	10	87
5. April	Vorläufige Best. über die Ermittlung von Krankenkosten bei den medizinischen klinischen Anstalten der Universität Gießen (Krankenkosten-Best.)	8	41
5. April	Ergänzende Vollzugs-Best. zur Reichslistenordnung für die Amtskasse der klinischen Universitätsanstalten in Gießen (VBRKO-Kliniken)	8	63
5. April	Bef. über die Erledigung der ortsgewöhnlichen Geschäfte in der Gemeinde Bockenrod	9	85
11. April	Bef., das Ges. über die Aufschließung von Wohnsiedlungsgebieten v. 22. Sept. 1933 betr.	9	84
17. April	Pol.-VO., die Änderung der Pol.-VO. über die Einrichtung, den Betrieb und die Benutzung der Fähren auf dem Rhein, Main und dem schiffbaren Teil der Lahn v. 4. Mai 1937 betr.	9	84
17. April	Bef., Ortsgericht Groß-Gerau betr.	9	85
17. April	Bef., Ortsgericht in Isdorf betr.	10	87
17. April	Bef., Ortsgericht Ingelheim betr.	10	87
18. April	VO. zur Bekämpfung des Maiszünslers	9	85
19. April	Pol.-VO. über die Rattenbekämpfung	9	86
22. April	Vorläufige Vollzugs-Best. des Landes Hessen zur Rechnungslegungsordnung für das Reich (WBRRD.)	9	75
22. April	Anordn. zur Durchf. des Ges. über die Bildung der Stadtkreise Darmstadt, Gießen, Mainz, Offenbach und Worms v. 9. Aug. 1938	10	88
4. Mai	Bef., das Ges. zum Schutze des Einzelhandels; hier: die Stadt Mühlheim a. M. betr.	10	88
10. Mai	Erlaß über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren	10	88
11. Mai	Ges. zur Änderung des Ges. über die Hundsteuer v. 1. Nov. 1938	11	91
12. Mai	Bef., Technische Assistentinnen — RdErl. d. RMdJ. v. 27. Sept. 1938 IV g 2031/38—5410 betr.	11	95
15. Mai	Bef. über Änderung der Gemarkungsgrenzen zwischen der Gemeinde Reisterbach und der selbständigen Gemarkung Mönchswald	11	91

Datum des Gesetzes usw.	Inhalt	Nummer des Reg.- Blattes	Seite
20. Mai	Bef., das Gef. über die Aufschliebung von Wohnsiedlungsgebieten v. 22. Sept. 1933; hier: das Wohnsiedlungsgebiet Darmstadt betr.	11	91
20. Mai	Bef., das Gef. über die Aufschliebung von Wohnsiedlungsgebieten v. 22. Sept. 1933; hier: das Wohnsiedlungsgebiet Gießen betr.	11	92
20. Mai	Bef., das Gef. über die Aufschliebung von Wohnsiedlungsgebieten v. 22. Sept. 1933; hier: das Wohnsiedlungsgebiet Bingen betr.	11	92
20. Mai	Bef., das Gef. über die Aufschliebung von Wohnsiedlungsgebieten v. 22. Sept. 1933; hier: das Wohnsiedlungsgebiet Friedberg—Bad Nauheim im Landkreis Fried- berg betr.	11	92
20. Mai	Bef., das Gef. über die Aufschliebung von Wohnsiedlungsgebieten v. 22. Sept. 1933; hier: das Wohnsiedlungsgebiet Michelstadt—Erbach im Landkreis Erbach betr.	11	92
23. Mai	Bef., Ortsklasseneinteilung betr.	11	93
23. Mai	Bef., Ortsklasseneinteilung betr.	11	93
23. Mai	Bef., Ortsklasseneinteilung betr.	11	93
23. Mai	Bef., Ortsklasseneinteilung betr.	11	94
23. Mai	Bef., Ortsklasseneinteilung betr.	11	94
23. Mai	Bef., Ortsklasseneinteilung betr.	11	94
25. Mai	VO. über die Änderung der Amtsbezeichnung der Hess. Wasserbauämter	13	113
26. Mai	Bef., das Gef. über die Aufschliebung von Wohnsiedlungsgebieten v. 22. Sept. 1933; hier: das Wohnsiedlungsgebiet Worms betr.	11	93
26. Mai	Bef., das Gef. über die Aufschliebung von Wohnsiedlungsgebieten v. 22. Sept. 1933; hier: das Wohnsiedlungsgebiet Bensheim—Heppenheim im Landkreis Berg- straße betr.	11	93
30. Mai	Bef. über Aufhebung der Ortsgerichte Wiesed und Klein-Linden	13	113
30. Mai	VO. die Aufhebung von Vorschr. für die Rheinschiffahrt betr.	13	113
31. Mai	Gef. über die Angleichung der Besoldung der hess. Staatsbeamten an die Besoldung der Reichsbeamten	12	99
31. Mai	Erlaß über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren	13	113
31. Mai	Bef., die Gebühren für Pockenlymphe des Landesimpf Institutes zu Darmstadt betr.	13	114
31. Mai	Bef. über die Amtsbezeichnung der beamteten Tierärzte in Hessen	13	114
1. Juni	Dritte Bef. zur Änderung der Bef. zur Ausf. des Gef. über die Feiertage v. 27. Febr. 1934 — 25. Mai 1934	13	114
9. Juni	VO. zur Bekämpfung der Feldmäuse und Wühlmäuse	13	114
9. Juni	Bef., die „Stiftung zur Förderung von Berufsausbildungsmaßnahmen (Stroh- Schramm-Busse-Stiftung)“ betr.	13	115
13. Juni	Bef., Wohnungsgeldzuschuß betr.	13	115
13. Juni	Gef. über die Feststellung des Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Hessen für das Rechnungsjahr 1938	14	117
13. Juni	Ergänzung der Beleihungsgrundsätze für die Hess. öffentlich-rechtlichen Sparkassen	15	128
29. Juni	Bef., Verleihung von Apothekenbetriebsrechten betr.	14	117
1. Juli	Pol.-VO. über das Verbot des Verkehrs mit Gefangenen und Schutzhäftlingen	14	119
1. Juli	Bef., die Genehmigung von Schenkungen betr.	14	122
4. Juli	VO. über Enteignung von Grundeigentum für Zwecke des Reichsfiskus (Heer)	14	120
4. Juli	VO. über Enteignung von Grundeigentum für Zwecke des Reichsfiskus (Heer)	14	120
4. Juli	VO. über Enteignung von Grundeigentum für Zwecke des Reichsfiskus (Luftwaffe)	15	128
7. Juli	Erlaß über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren	14	122
13. Juli	Bef., die „Sanitätsrat Dr. Jakob Becker-Stiftung“ betr.	14	117
19. Juli	Beschl. über die Namensänderung der Gemeinde Holzhausen, Kreis Friedberg	16	133
19. Juli	Beschl. über die Namensänderung der Gemeinde Heidesheim, Kreis Bingen	16	133
24. Juli	Erlaß über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren	14	121
24. Juli	VO., Änderung der VO. über die Einrichtung und den Betrieb der Apotheken, v. 14. Jan. 1897 betr.	14	121
8. August	Bef. über die Bekämpfung des seuchenhafsten Verfalls (Bakteriinfektion des Kindes)	15	129
15. August	VO., Änderung der VO. über die Einrichtung und den Betrieb der Apotheken v. 14. Jan. 1897 betr.	15	133
15. August	Bef. über Enteignung für Zwecke der öffentlichen Energieversorgung	16	135
30. August	VO. über das Naturschutzgebiet Hangelstein in der Gemarkung der Stadt Gießen	16	136
30. August	Bef., Vereinigung der Standesamtsbezirke Bensheim, Auerbach, Schönberg und Zell zu einem Standesamtsbezirk Bensheim betr.	16	135
31. August	Bef., die Umbenennung der Kulturbauämter in Wasserwirtschaftsämter betr.	16	136
2. Septbr.	Bef., Prüfungsordnung für Turn-, Sport- und Gymnastiklehrer(innen) im freien Beruf betr.	16	136
4. Septbr.	Bef. über Verladeuntersuchungen von Klautentieren, die zu Schlacht- sowie Nutz- und Zuchtzwecken aus dem Lande Hessen ausgeführt werden	16	136
4. Septbr.	Bef. über Ausfuhrimpfungen von Klautentieren zu Nutz- und Zuchtzwecken aus stärker verseuchten Gebieten	16	137
6. Septbr.	Bef., Hereinnahme der Gemeinden Ober-Mumbach und Böckelsbach in den Standes- amtsbezirk Reifen betr.	16	137

Datum des Gesetzes usw.	Inhalt	Nummer des Reg.- Blattes	Seite
8. Septbr.	Bef., die Stiftung der Tuchfabrik Ph. Ludwig Arzt in Michelstadt i. Odw. betr.	16	137
15. Septbr.	Pol.-VO. über das Verbot des Steigenlassens von Drachen	16	137
15. Septbr.	Bef., Bezeichnung der Standesamtsbezirke der Stadt Gießen betr.	16	138
15. Septbr.	Erstes Ges. zur Änderung des Waldbereinigungs-Ges.	17	141
15. Septbr.	Bef., Bezeichnung der Standesamtsbezirke der Stadt Gießen betr.	18	143
20. Septbr.	VO., Änderung der VO. über die Einrichtung und den Betrieb der Apotheken v. 14. Jan. 1897 betr.	16	138
23. Septbr.	Bef., Enteignung für Reichsbahnzwecke (Errichtung eines Personenbahnhofes in Rüsselsheim)	16	138
26. Septbr.	Bef., Anschlussgleis für die Firma Baugeellschaft C. Kallenbach in Berlin betr.	17	141
4. Oktbr.	Bef., die Pflegegelder bei den hess. Landes-, Heil- und Pflegeanstalten betr.	18	143
7. Oktbr.	VO. über Enteignung von Grundstücken für Zwecke des Reichsfiskus (Heer)	18	143
9. Oktbr.	Bef., Bezeichnung der Standesamtsbezirke der Stadt Bingen betr.	18	143
10. Oktbr.	Ges. zur Neufassung des Ges. über die Kosten der höheren Schulen	19	147
14. Oktbr.	Viehseuchenpolizeiliche Anordnung über aktive Schutzimpfung gegen Maul- u. Klauen- seuche in Sperrbezirken	18	144
30. Oktbr.	Viehseuchenpolizeiliche Anordnung über die Einfuhr von Hasen und Kaninchen	20	151
30. Oktbr.	Viehseuchenpolizeiliche Anordnung über die Bekämpfung der Schweinepest	20	151
1. Novbr.	Pol.-VO., Ausshankverbot für Branntwein betr.	20	152
4. Novbr.	Ges. zur Abänderung einer befoldungsrechtlichen Vorschrift	20	151
6. Novbr.	Bef., die Johann-Otto-Mühlhäuser-Gedächtnis-Stiftung betr.	21	155
9. Novbr.	Ges. zur Änderung des Ges., die Brandversicherungsanstalt für Gebäude betr.	21	155
17. Novbr.	VO. über das „Naturschutzgebiet Mainzer Sand“ in der Gemarkung Mainz-Mombach, Stadtkreis Mainz	20	152
17. Novbr.	Bef. über die vorläufige Einstellung des freiwilligen, staatlich anerkannten Tuber- kulosebekämpfungsverfahrens, der polizeilichen Bekämpfung des seuchenhaften Verwerfens (Banginfektion des Kindes) sowie der polizeilichen Bekämpfung der Dedinfektion	51	155
29. Novbr.	Bef., die Auflösung der gemeinschaftlichen Bürgermeisterei für die Gemeinden Him- bach und Hainchen sowie die Bildung einer gemeinschaftlichen Bürgermeisterei für die Gemeinden Lindheim und Hainchen betr.	21	156
29. Novbr.	Ges. zur Änderung des Ges. über die Angleichung der Besoldung der hess. Staats- beamten an die Besoldung der Reichsbeamten v. 31. Mai 1939	21	156
29. Novbr.	Ges. über die Änderung des Ges., das Volksschulwesen im Volksstaat Hessen betr., v. 25. Okt. 1921	22	162
2. Dezbr.	Bef. über das Verfahren bei Aufstellung von Dampfgeößen	21	156
2. Dezbr.	Ausf.-VO. zur VO. v. 23. Nov. 1939 zur Durchf. der VO. zur Bekämpfung von Not- ständen im Verkehr v. 19. Sept. 1939	22	160
12. Dezbr.	Bef. über das Laden und Löschen von Binnenschiffen	22	161
12. Dezbr.	Bef. über die amtliche Kennzeichnung der Kleinfahrzeuge im deutschen Rheinstrom- gebiet	22	159
16. Dezbr.	VO., die Aufhebung der wöchentlichen Schonzeit in den offenen Fischwässern betr.	22	162

Sachregister

zum

Heftischen Regierungsblatt vom Jahre 1939

Bearbeitet von Amtsgerichtsrat a. D. Hans Becker in Darmstadt.

Die Zahlen, soweit nicht mit der Bezeichnung §§, Art., Ziff. versehen, bedeuten die Seiten.

Das Regierungsblatt von 1939 enthält 22 Nummern.

A.

Abänderung von Gesetzen, Verordnungen, Bekanntmachungen f. die betr. Gef. usw.

Abfüllung der Sera u. Impfstoffe aus Blut oder Organen von Einhufern, 2 §§ 1, 2.

Abgabe

1. homöopathischer Arzneien, 34 Art. 1, 2;

— A.-Stelle, 34 Art. 3, 4;

2. A. vom Wertzuwachs, 15 § 1.

Abgaben, f. Gemeinde-A., Steuern.

Abgeben explosionsgefährlicher Gegenstände zur Verhütung, Aufhebung der Pol.-VO. darüb. v. 17. Okt. 1938, Bef. v. 17. Febr., 21;

— f. a. Abgabe.

Ablösung dinglicher Rechte, 141 Art. 1;

— Ab.-Betrag, das.

Abnahme von Dampfgefäßen, 157 Ziff. 2, 3.

Abrundung der Wertzuwachsteuerbeiträge, 19 § 22.

Abchlachtung von Schweinen aus Seuchengehöften, 150 § 2.

Abschlagsauszahlungen, 75 §§ 11, 18, 19, 20, 26, 59.

Abschluß, des Geschäftsbuchs des Auskunfterteilers, 38 Ziff. 5;

— der Rechnungslegungsbücher u. des Bauausgabebuchs, 77 § 22.

Abschlußnachweisung eines Rechnungsjahres, 77 § 24.

Abschrift, f. Beglaubigung.

Absonderung der Klautentiere im Stalle, 144 § 3.

Abtrennung der Gemeinde Isdorf (Solms) vom Standesamtsbezirk Lardenbach, 37.

Abtretung, von Hypotheken u. Grundschulden, 127 D.

Abzug vom Veräußerungspreis, 18 §§ 14, 16.

Aßolterbach, Eingliederung der Gemeinde Dürr-Ellenbach, Erlaß des Reichsstatthalters v. 20. Dez. 1938 Reg.-Bl. 1939, 5.

Akten, f. Beleihungs-A.

Aktive Schuhimpfung, f. Sch.

Allgemeine Annahme- u. Auszahlungsanordnung, 80 §§ 68, 71;

— für die Amtskasse der klinischen Universitätsanstalten, 63 § 34.

Allgemeine Bauordnung, f. B.

Allgemeine Rattenbekämpfung, 86 §§ 3, 4.

Alphabetisches Gesamtverzeichnis (oder Kartei) der Kranken, 42 §§ 2, 4.

Alsfeld, vereinfachtes Enteignungsverfahren in der Gemartung, 13;

— Außenstelle des Wasserwirtschaftsamts, 136.

Alzen, Enteignung in der Gemartung, 21; 143.

Ambulante Kranke, 42 §§ 4 ff., 7, 11, 13, 15, 23, 24, 25, 28.

Ambulatorium, 42 §§ 4, 13.

Amtliche Kennzeichnung der Kleinfahrzeuge im deutschen Rheinstromgebiet, Bef. darüb. v. 2. Dez., 159.

Amtsärztliches Zeugnis, 118 § 1.

Amtsbezeichnung, der beamteten Tierärzte in Hessen, Bef. darüb. v. 31. Mai, 114;

— VO. über die Änderung der A. der Hess. Wasserbauämter, v. 25. Mai, 113.

Amtsbezeichnungen, 100 § 3 (2).

Amtshandlungen, durch das Wahlbereinigungsverfahren veranlaßt, 141 Art. 1 Ziff. 3.

Amtskasse

1. der klinischen Universitätsanstalten in Gießen, ergänzende Vollzugs-Best. zur Reichsassenordnung für die. (VBRKO-Kliniken), v. 5. April, 63;

— insbes.: 63 §§ 3, 4, 8, 34, 55, 63; 65 §§ 2, 5;

2. der höheren Schulen, 148 Art. 6.

Amtskassen, 77 § 24.

Amtstage in Rudlos, 26 Ziff. 4, 1.

Amtszeit der Bürgermeister usw., von Isdorf, 6 Ziff. 5;

— Wiesek u. Klein-Linden, 6 Ziff. 4;

— Mühlheim u. Dietesheim, 26 Ziff. 6.

Änderung, der Amtsbezeichnung der Hess. Wasserbauämter, VO. v. 25. Mai, 113;

— an Dampfgefäßen, 157 Ziff. 1;

— einer Kasenanweisung, 78 § 52;

— des Bohnstübes des Eigentümers des Kleinfahrzeugs, 159 § 3;

— f. a. Gemartungsgrenzänderung, Grenzänderung, Namensänderung, Umbenennung.

Änderungen in Rechnungslegungsbüchern, 77 § 22.

Aneignung von Tauben in Feldern u. Gärten während der Sperrzeiten, 30 § 3.

Anerkannt, f. Tuberkulosebekämpfungsverfahren.

Anerkennung, f. Bedürfnis.

Anfechtung der Entscheidung des Gewerbeaufsichtsamts, 8 § 35.

Angelegenheiten, f. Gemeinden, Auskunft.

Angestellte

1. der Sparkasse, 125 II.

2. im Staats- oder Gemeindedienst, Bewerber um Apothekenbetriebsrecht, 118 § 1;

— f. a. Staats-A., Hilfspersonen.

Angleichung

1. der Befoldung der hess. Staatsbeamten an die Befoldung der Reichsbeamten, Gef. v. 31. Mai, 99;

— Gef. zur Änderung des Gef. v. 31. Mai 1939, v. 29. Nov., 156;

2. der Bürgersteuer, Grundsteuer, Gewerbesteuer: in Bensheim-Muerbach, 25 Ziff. 4, b, c;

— in Rudlos, 26 Ziff. 4, b;

— in Bingen-Kempen u. Gaulsheim, 33 Ziff. 8, 9.

Anheimfall, f. Staat.

Anhör., f. Apotheker, Ärztekammer, Sparkassen- u. Giroverband.

Anlegung der Dampfkessel, Genehmigungsverfahren dafür, Bef. v. 27. Jan., 7.

Annahmeanordnungen über Haushaltseinnahmen an Steuern usw., 80 § 67;
— allgem. A., 80 §§ 68, 71.

Annerod, Wohnsiedlungsgebiet, 92.

Anrechnung

1. auf das Betriebsberechtigungsalter der Apotheker, 118 §§ 4—6;
2. der Wohnung oder des Aufenthalts in eingegliederten Gemeinden:
Dürr-Ellenbach, 5 Ziff. 3;
— Kirchgarten, 5 Ziff. 3;
— Misdorf, 5 Ziff. 3;
— Wiesel u. Klein-Linden, 6 Ziff. 3;
— Auerbach, Schönberg, Zell, 25 Ziff. 3;
— Blikenrod u. Rudlos, 26 Ziff. 3;
— Mühlheim u. Dietesheim, 26 Ziff. 5;
— Rempten u. Gaultsheim, 33 Ziff. 2.

Anschlußgleis für die Firma Baugesellschaft C. Kallenbach in Berlin, Bef. v. 26. Sept., 141.

Anstaltungsstätte, Wertzuwachssteuer, 19 § 25.

Anstalten, Rechnungslegung über deren Einnahmen u. Ausgaben, 75 § 1;

— f. a. klinische A.

Anteil, f. Einkommen-, Körperschafts-, Umsatzsteuer.

Antrag

1. auf Ermäßigung bzw. Erlass der Wertzuwachssteuer, 19 §§ 25, 26;
2. auf Erteilung des Kennzeichens für Kleinfahrzeuge, 159 § 3;
3. auf Strafverfolgung wegen Zuwiderhandlung gegen die WD. zur Durchf. der WD. zur Bekämpfung von Notständen im Verkehr, 161 II; 161 § 6;
— Zurüdnahme, 161 § 6;
4. f. a. Genehmigung, Erlaubnis.

Anwendung, f. Verbot.

Anzeige

1. von der Inbetriebsetzung einer genehmigten Dampfesselanlage, 8 § 35;
— von der Aufstellung eines Dampfgefäßes, 157 Ziff. 1;
2. vom Wechsel der Geschäftsstelle des Auskunfterteilers u. vom Einstellen von Hilfspersonen, 38 Ziff. 6;
3. von der Änderung des Wohnsitzes des Eigentümers des Kleinfahrzeugs, 159 § 3;
4. von wertzuwachssteuerpflichtigen Rechtsvorgängen, 20 § 27.

Anzeigespflicht nach § 9 des Viehseuchen-Ges., 144 § 4.

Anzeiger der Hess. Landesregierung, 2 § 5; 28 § 4; 30 § 8; 86 § 6; 86 § 6; 115 § 5; 119 § 2; 136 § 6; 152 § 6; 162 § 2.

Apotheken

1. Bef., Vorschr. über die Einrichtung u. den Betrieb der A. betr., v. 17. Dez. 1938, Reg.-Bl. 1939 1;
— WD., Änderung der WD. über die Einrichtung u. den Betrieb der A. v. 14. Jan. 1897 betr., v. 24. Juli, 121; WD. v. 15. Aug., 133; WD. v. 20. Sept., 138;
2. Geb. für Abgabe von Pockenlymphe, 114;
— f. a. Universitäts-A.

Apothekenbetriebsrechte, Bef., die Verleihung betr., v. 29. Juni, 117.

Apotheker, Vertreter des A., 134 b.

Apothekerkammer, Anhör., 34 Art. 5.

Arbeiten, f. Gemeinderrechnungskammer.

Arbeitsdienstpflicht, Erfüllung, 118 § 4.

Arbeitskraft schwachsinziger Pflinglinge, 143.

Arbeitslosenversicherung, f. Arbeitsvermittlung.

Arbeitsvermittlung u. Arbeitslosenversicherung, WD. zur Ausf. des Ges. darüb. in Hessen, v. 31. Jan., 8.

Archiv der Auskunfterteiler, 38 Ziff. 3, 4, 7.

Arheilgen, Wohnsiedlungsgebiet, 92.

Artenhaltige Pflanzenschutzmittel, Verbot der Anwendung ders. bei blühenden Kulturpflanzen, WD. v. 7. März, 27.

Art des Kennzeichens für Kleinfahrzeuge, 159 § 4.

Artverwandtes Blut, 118 § 1.

Arzneien, Preise, 1;

— homöopathische A., Zubereitung, Abgabe, 34 Art. 1 ff.

Arzneimittel, Vorrat in den Apotheken, 133 a.

Arzt, Stiftung der Tuchfabrik Ph. Ludwig Arzt in Michelstadt i. Odw., Bef. v. 8. Sept., 137.

Ärzte

1. Dispensierrecht homöopathischer A., WD. v. 13. März, 34;
2. Geb. für Abgabe von Pockenlymphe, 114;
— f. a. Oberarzt, zuständiger Arzt.

Ärztelkammer, Anhör., 34 Art. 5.

Äschbach, Eingliederung der Gemeinde Dürr-Ellenbach, Erlass des Reichsstatthalters v. 20. Dez. 1938, Reg.-Bl. 1939, 5.

Assistentinnen, f. technische A.

Auerbach, Eingliederung der Gemeinde in die Stadt Bensheim, Erl. v. 22. Febr., 25;

— Vereinigung des Standesamtsbezirks mit dem von Bensheim, Bef. v. 30. Aug., 136;

— Wohnsiedlungsgebiet, 87; 93;

— Wohnungsgeldzuschuß, 94.

Aufbauform, staatliche höhere Schulen in A., 148 Art. 8.

Aufbewahrung der Bestandsnachweisungen der Kranken, 42 § 3;

— der Geschäftsbücher der Auskunfterteiler, 38 Ziff. 2, 5;

— der Karteikarten, 76 § 21;

— der Wertgegenstände in den klinischen Universitätsanstalten, 63 § 55.

Aufenthalt in eingegliederten Gemeinden:

- Dürr-Ellenbach, 5 Ziff. 3;
- Kirchgarten, 5 Ziff. 3;
- Misdorf, 5 Ziff. 4;
- Wiesel u. Klein-Linden, 6 Ziff. 3;
- Auerbach, Schönberg, Zell, 25 Ziff. 3;
- Blikenrod u. Rudlos, 26 Ziff. 3;
- Mühlheim u. Dietesheim, 26 Ziff. 5;
- Rempten u. Gaultsheim, 33 Ziff. 2.

Aufhebung

1. der Ortsgerichte:
Wiesel u. Klein-Linden, Bef. v. 30. Mai, 113;
— Dornberg, 85;
2. der Pol.-WD. über das Abgeben explosionsgefährlicher Gegenstände zur Verhütung v. 17. Okt. 1938, Bef. v. 17. Febr., 21;
3. von Vorschr. für die Rheinschiffahrt, WD. v. 30. Mai, 113;
4. der wöchentlichen Schonzeit in den offenen Fischgewässern, WD. v. 16. Dez., 162;
5. anderer gesetzl. Vorschr., 2 § 5; 9 Art. 5; 30 § 7; 34 Art. 6; 36 § 1; 86 § 6; 119 § 11; 120 § 2; 136 § 6; 136 (Bef. v. 4. Sept.); 137 (Bef. v. 4. Sept.); 151 Anordng. v. 30. Okt.; 152 § 6; 163 Art. 3;
6. einer Kasenanweisung, 78 § 52.

Auflösung, der gemeinschaftlichen Bürgermeisterei für die Gemeinden Himbach u. Hainchen, Bef. v. 29. Nov., 156;

— des Standesamtsbezirks Groß-Rohrheim mit Hammerau, Bef. v. 30. März, 39;

— des Gemeinderverbandes für den Kraftwagenverkehr Ortenberg u. Umgebung, 13;

— der Gemartung Hammerau, 34 Ziff. 1;

— f. a. Aufhebung.

Aufnahme von Kranken, 41 § 1.

Aufnahmestelle, 41 §§ 1, 2, 4, 7, 15, 23, 24, 25, 28.

Aufrechterhaltung, der Art. 29, 34 Absf. 2 u. 4, 37 Absf. 2, 38 Absf. 4, 44 des Ges., die Allg. Bauordnung betr., v. 30. April 1881, 29 Art. 1;

— von Vorschr. für Auerbach nach der Eingemeindung, 25 Ziff. 4, a.

Aufschließung von Wohnsiedlungsgebieten, Bef., das Ges. v. 22. Sept. 1933 darüb. betr.

1. v. 11. April, 84; (Inkrafttreten: f. 8);
2. Bef. v. 4. April, 87; (Inkrafttreten: f. 9);
3. Bef., das Wohnsiedlungsgebiet Darmstadt betr., v. 20. Mai, 91;
4. Gießen, Bef. v. 20. Mai, 92;
5. Bingen, Bef. v. 20. Mai, 92;
6. Friedberg—Bad Nauheim im Landkreis Friedberg, Bef. v. 20. Mai, 92;

7. Michelstadt—Erbach im Landkreis Erbach, Bef. v. 20. Mai, 92;
 8. Worms, Bef. v. 26. Mai, 93;
 9. Bensheim—Heppenheim, Bef. v. 26. Mai, 93.
 Aufsichtsbehörde, Entscheidung, 155 Art. 22.
 Aufstellung von Dampfgefäßen, Verfahren dabei, Bef. v. 2. Dez., 156.

Auftragsauszahlungen, noch nicht angerechnete, 75 § 4.
 Auftrieb von Zuchttieren zum Verkauf, 156 Ziff. 2.
 Aufwendungen für Grundstücke, 18 § 15 Ziff. 3, 4.
 Auseinandersetzung zwischen den Gemeinden Gau-Weinheim u. St. Johann, 35 Ziff. 3.

Ausfertigung, der Genehmigung eines Dampfessels, 8 § 35;
 — Vollziehung der Kassenanweisung, 78 § 46.

Ausfuhr, Bef. über Verladeuntersuchungen von Klauen-
 tieren, die zu Schlacht- sowie Nutz- u. Zuchtzwecken aus
 dem Lande Hessen ausgeführt werden, v. 4. Sept., 136.

Ausfuhrimpfungen von Klauentieren zu Nutz- u. Zucht-
 zwecken aus stärker versuchten Gebieten, Bef. v. 4. Sept.,
 137.

Ausführung der Wassermannschen Reaktion, 13.

Ausgaben der Sondervermögen, des Landes sowie der
 Körperschaften usw., 75 § 1;
 — der von den klinischen Universitätsanstalten verwalteten,
 63 § 4;

— f. a. Haushalts- u., persönliche u., sächliche u.

Ausgleich, f. Gärten.

Ausgleichsabgabe, f. Ausgleichszuschlag.

Ausgleichszahlungen, 17 § 11.

Ausgleichszulage der Beamten, 99 § 2;

— Wegfall, 156 Art. 1.

Ausgleichszuschlag bei Lebendvieh u. Ausgleichsabgabe auf
 frisches Fleisch, Erhebung in Worms, Bef. v. 9. Febr., 14.

Ausgliederung aus den Gemarkungen: Gau-Weinheim, Gau-
 Bickelheim, Spremlingen, 35 Ziff. 1;

— Hainhaus, 37;

— Kellertbach u. Mönchwald, 91;

— Treburer Oberwald, 14.

Aushang in der Apotheke, 121 § 41.

Auskunft, Anordng. für den Gewerbebetrieb der Personen,
 die über Vermögensverhältnisse oder persönliche Ange-
 legenheiten u. erteilen, v. 28. März, 37;

— über wertzuwachssteuerbegründende Tatsachen, 20 § 27.

Auskunftsgebühr, 38 Ziff. 3.

Ausländer, amtliches Kennzeichen an Kleinfahrzeugen, 159
 § 1.

Ausländische Sportfahrzeuge, Kennzeichnung, 159 § 2.

Auslandsvertretung, deutsche, 81 § 74.

Auslegung der Rattenbekämpfungsmittel, 86 §§ 1–3;

— Auslegedienst, örtlicher, 86 § 2.

Ausleihbezirk der Sparkasse, 127 D 2.

Ausnahmen

1. von Vorschriften: WD. zum Schutz der Felder u. Gär-
 ten gegen Tauben, 30 § 4;

— WD. über das Naturschutzgebiet Hangelstein, 135
 § 4;

— WD. über das Naturschutzgebiet Mainzer Sand,
 152 § 4;

2. von Verboten: der Anwendung arsenhaltiger Mittel,
 28 § 2;

— vom Deckverbot, 129 (3);

3. von den Voraussetzungen zur Bewertung von Apo-
 thekenbetriebsrechte, 118 §§ 1, 10;

— f. a. Befreiung.

Auschankeverbot für Branntwein, Pol.-WD. v. 1. Nov., 152.

Auschlussfrist, 148 Art. 7.

Ausstellung, der Genehmigungsurkunde für Dampfessel,
 8 § 35;

— der Rechnungen für Kranke, 46 §§ 25 ff.

Austausch von Grundstücken u. Feldbestellen, 16 § 8 Ziff. 7, 8.

Ausübung, f. Jagd.

Auswärtige Gewährsleute der Auskunfterteiler, 38 Ziff. 2.

Ausweis über die Erteilung des Kennzeichens für Klein-
 fahrzeuge, 160 §§ 5–8.

Auszahlungsanordnungen, über Steuern usw., 79 §§ 55,
 61, 62;

— allgem. u., 80 § 68.

Auszahlungsstellen der Amtskasse der klinischen Universi-
 tätsanstalten, 63 § 8; Best. dafür, 64.

Außenstelle der Wasserwirtschaftsämter, 136.

Außerstrafsetzung, f. Aufhebung.

Außerordentliche Ermäßigung der Wertzuwachssteuer, 19
 § 25.

Außerplanmäßige Haushaltseinnahmen u. Ausgaben, 76
 § 14.

B.

Badhaus, f. Gemeinde-B.

Bad Nauheim, Wohnsiedlungsgebiet, 92.

Bahnanlagen, Rattenbekämpfung, 86 §§ 1 ff.;

— f. a. Eisenbahnkörper.

Bang-Infektion des Kindes, Bef. über deren Bekämpfung,
 v. 8. Aug., 129;

— Bef. über die vorläufige Einstellung der polizeil. Be-
 kämpfung der B.-I., v. 17. Nov., 155.

Bauausgabebücher, 76 §§ 20, 22, 25, 107.

Baubehörde, Vollz.-Best. zur Rechnungslegungsordnung,
 76 § 20.

Baugrundstücke, Beleihung, 128 E.

Bauliche Unternehmungen, 75 §§ 5, 18, 19.

Bäume, f. Obst-B.

Bauordnung, Allgemeine, v. 30. April 1881, Aufrechterhaf-
 tung der Art. 29, 34 Abs. 2 u. 4, 37 Abs. 2, 38 Abs. 4,
 44, 29 Art. 1.

Baupolizei, 35 § 1.

Baupolizeiliche Prüfung eines Dampfessels, 7 § 34.

Baupolizeiverordnung von Auerbach, 25 Ziff. 4, a.

Bauprüfung (Dampfgefäße), 157 Ziff. 2, 3.

Bauwert von Hausgrundstücken, 125 l.

Beamte, der Sparkasse, 125 II;

— Bewerbung im Apothekenbetriebsrechte, 118 § 1;

— f. a. Staats-B.

Beamteter Tierarzt, f. T.

Beauftragte des Pflanzenschutzamts, 2 §§ 2, 3.

Beder, Bef., die „Sanitätsrat Dr. Jakob Beder-Stiftung“
 betr., v. 13. Juli, 117.

Bedenken der Kasse gegen die angewiesene Verbuchungs-
 stelle, 76 § 14.

Bedürftigkeit der Kranken, 43 § 9.

Bedürfnis für ärztliche Zubereitungs- u. Abgabestelle, 34
 Art. 3.

Bedingungen, f. Genehmigung.

Beendigung, f. Amtszeit.

Befreiung

1. von den Vorschr. für Auskunfterteiler, 38 Ziff. 8;

— f. a. Ausnahmen;

2. von der Wertzuwachssteuer, 16 §§ 8, 19, 24;

3. von der Absonderung im Stalle, 144 § 3;

4. vom Führen des Kennzeichens für Kleinfahrzeuge,
 159 § 2;

— des Ausweises, 160 § 5.

Befriedigung der Berechtigten bei der Ablösung dinglicher
 Rechte, 141 Art. 1.

Beglaubigung, von Abschriften durch die bei der Ausfüh-
 rung einer Kassenanweisung beteiligten Beamten u. a.,
 79 § 58;

— durch die deutsche Auslandsvertretung, 81 § 74.

Begründung, der Entscheidung, 8 § 35;

— der Wertzuwachssteuerpflicht, 15 § 6;

— der Zahlung, 79 § 55.

Behandlung, f. Obstbäume u. Sträucher.

Behinderung in der Leitung der Apotheke, 134 b; 138.

Beiboote, 159 § 2.

Beigeordnete, von Isdorf, 6 Ziff. 5;

— Biesfeld u. Klein-Linden, 6 Ziff. 4;

— Mühlheim u. Dietesheim, 26 Ziff. 6.

Beihilfen an die Gemeinden aus den Schulbaurücklagen,
 163 Art. 66 d.

Beiträge, f. Stellen-B.

Bekämpfung, f. Bank-Insektion, Deinfektionen, Feldmäuse, Maiszünsler, Rotstände, Obstbaumschädlinge, Schweinepest, Rattenbekämpfung, Tuberkulosebekämpfungsverfahren, Maßnahmen, Mittel, Richtlinien, Verfahren, Überwachung.

Bekanntmachung, f. öffentliche B., ortsübliche B.

Belastung eines Waldgrundstücks, 141 Art. 1.

Belegmappen, 83 §§ 95, 98.

Belehrung, f. Rechtsmittel-B.

Beleihung von Hausgrundstücken, 125 A;

— von land- u. forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken, 126 B;

— gewerblich genutzter Grundstücke, 127 C; 128 (6).

Beleihungsakten, 126 II.

Beleihungsbeschränkungen, 128 E.

Beleihungsgrenze, 126 III; 127 III.

Beleihungsgrundsätze für die hess. öffentlich-rechtlichen Sparkassen v. 19. Nov. 1938, Reg.-Bl. 1939, 125;

— Ergänzung der Grundsätze, v. 13. Juni, 128.

Beleihungswert, 125 I;

— Festlegung des B., 125 I; II; 126 I; 127 II; 127 C (2); 127 D 2; 128 E.

Bensheim, Eingliederung der Gemeinden Auerbach, Schönberg u. Zell in die Stadt Bensheim, Erl. v. 22. Febr., 25;

— Vereinigung der Standesamtsbezirke B., Auerbach, Schönberg u. Zell zu einem Standesamtsbezirk B., Bef. v. 30. Aug., 136;

— Wohnsiedlungsgebiet, 87;

— Fronleichnam kein allgem. Feiertag in Bensheim, 114.

Bensheim-Auerbach, Stadtteil, 25 Ziff. 4.

Bensheim-Heppenheim, Wohnsiedlungsgebiet, Bef. v. 26. Mai, 93.

Benutzung der Fähren auf dem Rhein, Main u. dem schiffbaren Teil der Lahn, Änderung der Pol.-VO. v. 4. Mai 1937 darüb., Pol.-VO. v. 17. April, 84.

Berechnung, f. Betriebsberechtigungsalter, Erwerbspreis, Goldmarkwert, Steuerkraftziffer, Veräußerungspreis.

Berechtigungen an Grundstücken, 15 §§ 2, 13.

Bereinigungsplan, 141 Art. 1 Ziff. 4.

Bergaufsicht, Dampfkessel in Betrieben unter B., 7 § 1; 71; 8 II.

Bergwerksanteile, unbewegliche, 15 § 2.

Berichtigung der Rassenanweisung, 78 §§ 44, 57.

Berücksichtigung der Kinderzahl, des Familienstandes, der Verdienste um die Bewegung bei der Bewerbung von Apothekern, 119 §§ 6—9.

Berufsschulen, Kosten, 162 Art. 1 (Art. 62, 62 b).

Berufung, f. Bürgermeister, Beigeordnete, Gemeinderäte.

Berufungsverfahren der Reichsabgabenordnung, 22 (3).

Bescheinigung der Unabweisbarkeit des Kranken, 43 § 10;

— f. a. Jahres-B., Feststellungs-B.

Beschränkungen, f. Beleihungs-B.

Beschwerde, der Gemeinde bei Auftragsangelegenheiten nach dem Ges. über Arbeitsvermittlung, 9 Art. 4;

— gegen die Verfügungen des Landrats u. Oberbürgermeisters (Hundesteuer-Ges.), 91 Art. 1;

— f. a. Rechts-B.

Beseitigung, f. Mängel.

Besiedlung des flachen Landes, Grundstücksübertragungen dazu, 16 § 8 Ziff. 9.

Besitzer der Klauentiere, 144 § 3.

Besoldung, Ges. über die Angleichung der B. der hess. Staatsbeamten an die B. der Reichsbeamten, v. 31. Mai, 99;

— Ges. zur Änderung des Ges. v. 31. Mai 1939, v. 29. Nov., 156.

Besoldungsordnung der hess. Beamten, 100 Anl. 1;

— Anhang dazu, 109.

Besoldungsrechtliche Vorschr., Ges. zur Abänd. einer solchen, v. 4. Nov., 151.

Besoldungsvorschüsse, 83 §§ 111.

Beipriegen der Obstbäume u. Sträucher, 2 §§ 1—3;

— mit arsenhaltigen Pflanzenschutzmitteln, 28 § 1.

Bestallter Apotheker, 134 b.

Bestallungsurkunde des Apothekers, 117 § 1.

Bestandsnachweisung der Kranken, 42 §§ 3, 22; Muster, 54.

Bestätigung der Eingemeindungsverträge zwischen: Gießen u. Biebed, Klein-Linden, Hess. Staat (für Schiffenberg), 6 Ziff. 2;

— Bensheim u. Schönberg, Zell, 25 Ziff. 2;

— Lauterbach u. Blikenrod, 26 Ziff. 2.

— Mülheim u. Dietesheim, 26 Ziff. 3.

Bestäuben, f. Beipriegen.

Bestellung, f. Bürgermeister, Grundschulden, Sicherungshypotheken.

Beteiligung am Verwaltungsaufwand der höheren Schulen, 147 Art. 1 ff.

Betrag, f. Höhe.

Betreten, f. Räume, Ställe.

Betrieb

1. der Apotheken, Vorschr. darüb., Bef. v. 17. Dez. 1938, Reg.-Bl. 1939, 1;

— VO., Änderung der VO. über den Betrieb der Apotheken v. 14. Jan. 1897 betr., v. 24. Juli, 121; VO. v. 15. Aug., 133; VO. v. 20. Sept., 138;

2. der Dampfkessel, Genehmigungsverfahren dafür, Bef. v. 27. Jan., 7;

3. der Fähren auf dem Rhein, Main u. dem schiffbaren Teil der Lahn, Änderung der Pol.-VO. v. 4. Mai 1937 darüb., Pol.-VO. v. 17. April, 84;

4. von Getränkekanalanlagen, Bef. v. 16. Jan., 6; Bef. v. 4. März, 27.

Betriebsberechtigungsalter der Apotheker, 118 §§ 3—6, 9. Betriebsunternehmer (Dampfgefäße), 157 Ziff. 1, 3, 4.

Bewegliche Dampfkessel, 7 § 29.

Bewerbung um Apothekenbetriebsrecht, 117 § 1.

Bewertung, f. Schätzung.

Bezeichnung der Standesamtsbezirke: der Stadt Gießen, Bef. v. 15. Sept., 138; (wiederholt veröffentlicht S. 143);

— der Stadt Bingen, Bef. v. 9. Okt., 143.

Bezirk der Hess. Straßenbauämter Schotten u. Gießen, 1 § 1.

Bezirksstellen, f. Pflanzenschutz.

Bezirksverwaltungsgericht, 8 § 35.

Bienen, Schutz, 28 § 1.

Bildung, f. Bürgermeisterei, Stadtfreie.

Bingen, Eingliederung der Gemeinden Kempten u. Gauslsheim in die Stadt Bingen, Erl. v. 16. März, 33;

— Wohnsiedlungsgebiet, Bef. v. 20. Mai, 92;

— Bezeichnung der Standesamtsbezirke der Stadt B., Bef. v. 9. Okt., 143;

— Außenstelle des Wasserwirtschaftsamts Mainz, 136.

Bingen-Gauslsheim, Bingen-Kempten, 33 Ziff. 3, 6, 8—12;

— Standesamtsbezirke, 144.

Binnenschiffe, Bef. über das Laden u. Löschen ders., v. 12. Dez., 161.

Biologische Reichsanstalt für Land- u. Forstwirtschaft, 2 § 1; 114 § 2.

Blattläufer, f. Obstbaumschädlinge.

Blikenrod, Eingliederung der Gemeinde in die Stadt Lauterbach, Erl. v. 22. Febr., 26;

— Eingliederung des Standesamtsbezirks Blikenrod in den Standesamtsbezirk Lauterbach mit Rudlos, Bef. v. 30. März, 39;

— Wohnungsgeldzuschuß, 94.

Blühende Kulturpflanzen, VO. über das Verbot der Anwendung arsenhaltiger Pflanzenschutzmittel bei solchen, v. 7. März, 27.

Blut, von Einhufern, Sera daraus, 2 § 1;

— deutsches, artverwandtes B., 118 § 1.

Blutuntersuchung von Zuchtieren, 156 Ziff. 2.

Bodenrod, Bef. über die Erledigung der ortsergerichtlichen Geschäfte in der Gemeinde Bodenrod, v. 5. April, 85.

Bodenwert, von Hausgrundstücken, 125 I;

— von gewerblich genutzten Grundstücken, 127 C (2).

Brandversicherungsanstalt für Gebäude, Ges. zur Änderung des Ges. dies. betr., v. 9. Nov., 155.

Brandversicherungsbeitrag, Erhebung für das Jahr 1938, Bef. v. 15. Febr., 22.

Branntwein, Pol.-VO., Ausfuhrverbot dafür betr., v. 1. Nov., 152.

Brieftauben-Ges. v. 1. Okt. 1938, 30 § 7.

Buchführung, f. Geschäftsbuch.

Buchhalter, 76 §§ 21, 22;
 — der Amtskasse der klinischen Anstalten, 64 § 76.
 Buchstaben u. Ziffern bei Kassenanweisungen, 80 § 66.
 Buchungsabschnitte, 75 §§ 11, 12.
 Buchungsmaschinen, 77 § 22.
 Büdingen, Kreis, Straßenbauamt Schotten, 1 § 1.
 Bürgermeister, als Gemeindevorstand, 8 Art. 3; 9 Art. 3;
 — ortspolizeil. Aufgaben, 35 § 1;
 — sonstige Zuständigkeit, 86 § 1;
 — von Msdorf, 6 Ziff. 5;
 — Wiesed u. Klein-Linden, 6 Ziff. 4.
 Bürgermeisterei, Auflösung der gemeinschaftlichen B. für die Gemeinden Himbach u. Hainchen, sowie Bildung einer gemeinschaftl. B. für die Gemeinden Lindheim u. Hainchen, Bef. v. 29. Nov., 156.
 Bürgersteuer
 1. Steuermessbeträge, 28 § 4;
 2. in Bensheim-Auerbach, 25 Ziff. 4, b;
 — in Bingen-Kempton u. Gaulsheim, 33 Ziff. 8;
 — in Mülheim u. Dietesheim, 26 Ziff. 6;
 — in Kudlos, 26 Ziff. 4, a.
 Burgholzhausen vor der Höhe, 133.
 Bürgschaft (Reich, Land, Gemeinde usw.) bei der Beleihung von Kleinwohnungsbauten, 126 III.
 Bürstadt, Wohnsiedlungsgebiet, 84; 93.
 Buxbach, Wohnsiedlungsgebiet, 92.

D.

Dämme, Bekämpfung der Ratten, 86 §§ 1 ff;
 — der Mäuse, 114 §§ 1 ff.
 Dampfgefäße, Bef. über das Verfahren bei Aufstellung von D., v. 2. Dez., 156.
 Dampffessel, Genehmigungsverfahren für die Anlegung u. den Betrieb ders., Bef. v. 27. Jan., 7.
 Dampffesselinspektion, Hess., 7 § 30.
 Darmstadt, Anordng. zur Durchf. des Ges. über die Bildung des Stadtkreises v. 9. Aug. 1938, v. 22. April, 88;
 — Wohnsiedlungsgebiet, Bef. v. 20. Mai, 91;
 — Wasserwirtschaftsamt, 136;
 — Enteignung von Grundeigentum in der Gemarkung, 114; 120;
 — f. a. Höhere Naturschutzbehörde, Landesimpfinstitut.
 Darsberg, f. Redarsteinach.
 Dauer
 1. des Eigentums, 19 § 22;
 2. der Wohnung oder des Aufenthalts in eingegliederten Gemeinden: Dürr-Ellenbach, 5 Ziff. 3;
 — Kirchgarten, 5 Ziff. 3;
 — Msdorf, 5 Ziff. 4;
 — Wiesed u. Klein-Linden, 6 Ziff. 3;
 — Auerbach, Schönberg, Zell, 25 Ziff. 3;
 — Blikenrod u. Kudlos, 26 Ziff. 3;
 — Mülheim u. Dietesheim, 26 Ziff. 5;
 — Kempton u. Gaulsheim, 33 Ziff. 2.
 Dauerbeleg, 79 §§ 61, 62, 65, 98.
 Dekontaminationen, Bef. über die vorläufige Einstellung der polizeil. Bekämpfung ders., v. 17. Nov., 155.
 Dekverbote, 129 § 3.
 Deiche, Bekämpfung der Mäuse, 114 §§ 1 ff.
 Deutsche Auslandsvertretung, 81 § 74.
 Deutsche Reichsangehörigkeit, 81 § 74; 117 § 1.
 Deutsches Blut, 118 § 1.
 Deutsches Handwerk, f. H.
 Deutsches Rheinstromgebiet, f. R.
 Diätenordnung für die außerplanmäßigen Beamten, 112.
 Dienstbezirk des Vermessungsamts Gießen-Stadt u. -Land, 27 § 1.
 Dienstbezüge der hess. Staatsbeamten, 99 §§ 1 (1), 2, 3.
 Dienstsiegel, -Stempel, 81 § 74.
 Dietesheim, Zusammenschluß der Gemeinde zu der Stadt Mülheim am Main, Erl. v. 28. Febr., 26;
 — Vereinigung der Standesamtsbezirke Mülheim u. Dietesheim zu einem Standesamtsbezirk Mülheim am Main, Bef. v. 30. März, 39;
 — besond. Gemeindebezirk, 88;
 — Wohnungsgeldzuschuß, 94.

Dingliche Rechte, Ablösung, 141 Art. 1.
 Dingliche Sicherung von Personalkrediten, 127 D.
 Dispensierrecht homöopathischer Ärzte, BD. v. 13. März, 34.
 Doktorwürde des Apothekers, 119 § 4.
 Dorheim, Wohnsiedlungsgebiet, 92.
 Dornberg, Eingliederung des Standesamtsbezirks in den Standesamtsbezirk Gr.-Gerau, Bef. v. 22. März, 36;
 — Aufhebung des Ortsgerichts u. Zuteilung zu Gr.-Gerau, 85;
 — Wohnungsgeldzuschuß, 93.
 Drachen, Pol.-BD. über das Verbot des Steigenlassens von D., v. 15. Sept., 137.
 Dreiweghähne bei Getränkekanalanlagen, 6 Ziff. 3.
 Druck, f. Stempelabdruck.
 Durchführung der Maßnahmen zur Bekämpfung:
 der Obstbaumschädlinge, 2 §§ 2, 3;
 — der Ratten, 86 §§ 1 ff.;
 — der Mäuse, 114 §§ 1 ff.;
 — von Ges. usw., f. die betr. Ges.
 Durchmärsche, Schäden, 155 Art. 22.
 Dürr-Ellenbach, Eingliederung der Gemeinde in die Gemeinden Mischbach u. Affolterbach, Erlaß des Reichsstatthalters in Hessen v. 20. Dez. 1938, Reg.-Bl. 1939, 5.

E.

Eberstadt, Wohnsiedlungsgebiet, 92.
 Ehegatte des Bewerbers im Apothekenbetriebsrecht, 118 § 1.
 Ehrenamtlich, f. Bürgermeister, Beigeordnete.
 Eigentum, Übergang des E. an einem Grundstück, 15 §§ 1, 3;
 — Grundeigentum, f. Enteignung.
 Eigentümer
 1. von Grundstücken, Rattenbekämpfung, 86 §§ 1, 2, 4;
 2. von Kleinfahrzeugen, 159 §§ 3—6;
 3. von Obstbäumen u. -Sträuchern, 2 §§ 1—3.
 Eigentumsdauer, 19 § 22.
 Einfuhr von Hasen u. Kaninchen, viehschuppenpolizeil. Anordng. darüb., v. 30. Okt., 151.
 Eingemeindung, f. Eingliederung.
 Eingemeindungsverträge, f. Bestätigung.
 Eingetragene Genossenschaft, Übergang von Rechten am Vermögen ders., 15 § 3.
 Eingetragener Verein, Übergang von Rechten am Vermögen dess., 15 § 3.
 Eingliederung
 1. der selbständigen Gemarkung Hammerau in die Gemeinde Gr.-Kohrheim u. in die Stadt Gernsheim, Beschl. v. 16. Febr., 34;
 2. der Gemeinde: Dürr-Ellenbach in die Gemeinden Mischbach u. Affolterbach, Erlaß des Reichsstatthalters in Hessen v. 20. Dez. 1938, Reg.-Bl. 1939, 5;
 — Auerbach, Schönberg u. Zell in die Stadt Bensheim, Erl. v. 22. Febr., 25;
 — Kempton u. Gaulsheim in die Stadt Bingen, Erl. 16. März, 33;
 — Wiesed u. Klein-Linden u. der selbständigen Gemarkung Schiffenberg in die Stadt Gießen, Erl. v. 3. Jan., 6;
 — Blikenrod u. Kudlos in die Stadt Lauterbach, Erl. v. 22. Febr., 26;
 — Kirchgarten in die Gemeinde Merlau, Erl. v. 30. Dez. 1938, Reg.-Bl. 1939, 5;
 3. der Standesamtsbezirke: Dornberg in den Standesamtsbezirk Gr.-Gerau, Bef. v. 22. März, 36;
 — Blikenrod in den Standesamtsbezirk Lauterbach mit Kudlos, Bef. v. 30. März, 39;
 — Eingliederung
 a) in die Gemarkung: Mönchwald u. Kellterbach, 91;
 — St. Johann, 35 Ziff. 1;
 — Walldorf, 14;
 b) in die Gemeinde Bielbrunn, 37;
 — f. a. Zusammenschluß, Vereinigung.
 Einheitswert des Grundstücks, 16 §§ 8, 13, 15, 16.
 Einbußer, Sera u. Impfstoffe aus deren Blut oder Organen, 2 § 1.
 Einkommensteuer, Anteil des Landes, 28 § 1.
 Einlegung, f. Einspruch.

Einnahmen, der Schulortgemeinden, 148 Art. 4;
 — der von den klinischen Universitätsanstalten verwalteten Stiftungen u. Sondervermögen, 63 § 4;
 — f. a. Haushalts-E.;
 — der Sondervermögen des Landes sowie der Körperschaften usw., 75 § 1.
 Einquartierung, Schäden, 155 Art. 22.
 Einreichung, f. Antrag.
 Einrichtung
 1. der Apotheken, Vorschr. darüb., Bef. v. 17. Dez. 1938, Reg.-Bl. 1939, 1;
 — WD., Änderung der WD. über die E. der Apotheken v. 14. Jan. 1897 betr., v. 24. Juli, 121; WD. v. 15. Aug., 133; WD. v. 20. Sept., 138;
 2. der Fähren auf dem Rhein, Main u. dem schiffbaren Teil der Lahn, Änderung der Pol.-WD. darüb. v. 4. Mai 1937, Pol.-WD. v. 17. April, 84;
 3. von Getränkehandkanalagen, Bef. v. 16. Jan., 6; Bef. v. 4. März, 27.
 Einrichtungen, f. landwirtschaftliche E.
 Einsicht in die Geschäftsbücher der Austunfterteiler, 38 Ziff. 7.
 Einspruch gegen die endgültige Festsetzung der Sondergebäudesteuerbeträge, 22 (3).
 Einstellung, vorläufige E. des freiwilligen, staatlich anerkannten Tuberkulosebekämpfungsverfahrens, der polizeil. Bekämpfung des seuchenhaften Verwerfens (Bang-Injektion des Kindes) sowie der polizeil. Bekämpfung der Desinfektion, Bef. v. 17. Nov., 155;
 — E. des Geschäftsbetriebs des Austunfterteilers, 38 Ziff. 7.
 Eintragung, der Rechtsänderung im Grundbuch, 15 § 6;
 — f. a. Krankenaufnahmebuch, Reichsnaturschutzbuch.
 Einvernehmen, f. Finanzverwaltung, Landrat, Oberbürgermeister, obere Forstbehörde, Pflanzenschutzamt.
 Einwendungen, gegen die Anlage eines Dampfkessels, 8 § 35;
 — gegen den Entwurf des Haushaltsplans der staatlichen höheren Schule, 148 Art. 7.
 Einwohnerzahl, 28 §§ 3–7.
 Einzahlungsscheine, 81 § 71.
 Einzahlungsstellen der Amtskasse der klinischen Universitätsanstalten, 63 § 8; Best. dafür, 64.
 Einzelhandel, Bef., das Ges. zum Schutze des E.; hier: die Stadt Mülheim a. M. betr., v. 4. Mai, 88.
 Einzelrechnungslegung, 75 § 7.
 Eisenbahnkörper, Bekämpfung der Mäuse, 114 §§ 1 ff.;
 — f. a. Bahnanlagen.
 Eltern, gesetzl. Vertreter u. sonstige Erziehungsberechtigte, Verpflichtung nach der Pol.-WD. über das Verbot des Steigenlassens von Drachen, 137 § 2.
 Ende, f. Amtszeit.
 Endgültige Entscheidung, 2 § 1.
 Endgültige Steuerzahlung (Sondergebäudesteuer), 22 (2).
 Enteignung von Grundbesitz
 1. für Zwecke des Reichsjiskus (Heer), WD. v. 4. Juli, 120; WD. v. 4. Juli, 120; WD. v. 7. Okt., 143; (Luftwaffe) WD. v. 4. Juli, 120;
 2. für Zwecke der öffentlichen Energieversorgung, Bef. v. 15. Aug., 135;
 3. für Reichsbahnzwecke (Errichtung eines Personenbahnhofs in Rüsselsheim), Bef. v. 23. Sept., 138.
 Enteignungsverfahren, Erlaß über ein vereinfachtes E., v. 8. Febr., 13; Erl. v. 15. Febr., 21; Erl. v. 10. Mai, 88; Erl. v. 31. Mai, 113; Erl. v. 24. Juli, 121; Erl. v. 7. Juli, 122.
 Entfarnen der Maispflanzen, 85 § 2.
 Entlassung eines Kranken, 45 §§ 20, 22.
 Entnahme von Sand, Lehm u. Wasser in Rudlos, 26 Ziff. 4 g.
 Entschädigung für Wertminderung des Grundstücks, 18 § 17.
 Entscheidung, f. Aufsichtsbehörde, Finanzgericht, Gewerbeaufsichtsamt, Klinikdirektor, Rechnungshof, Reichsminister des Innern, Reichsstatthalter, Verwaltungsgeschichtshof.
 Entschluß, f. Waldbereinigungskommissar.
 Entwurf des Haushaltsplans der staatlichen höheren Schule, 148 Art. 7.

Erbach u. Dorf Erbach, Wohnsiedlungsgebiet, 92.
 Erbbaurecht, Beleihungswert, 125 I (5); Tilgung der Hypotheken, 126 IV.
 Erfüllung, f. Arbeits-, Wehrdienstpflicht.
 Ergebnis, f. Prüfung.
 Erhaltung, f. Gemeindefchule.
 Erhebung, f. Ausgleichszuschlag, Brandversicherungsbeitrag, Gewerbesteuer, Grundsteuer, Wassergeld, Wertzuwachssteuer.
 Erklärung zur Lösung eines dinglichen Rechts an Waldbgrundstücken, 141 Art. 1.
 Erlaß, f. Ortsstatuten.
 — der Kosten von Kranken, 43 §§ 9, 12.
 Erlassung der Wertzuwachssteuer, 19 §§ 25, 26.
 Erlaubnis
 1. zur Zubereitung u. Abgabe homöopathischer Arzneien, 34 Art. 1, 2;
 — Erteilung, 34 Art. 3;
 — Antrag, 34 Art. 5;
 2. f. Anschlußgleis.
 Erledigung, f. ortsgewöhnliche Geschäfte.
 Erlöschen der Gültigkeit des Kennzeichens für Kleinfahrzeuge, 160 § 6.
 Ermächtigung, f. Reichsstatthalter, Wassertragnämter Mainz u. Worms.
 Ermäßigung, der Kosten von Kranken, 43 §§ 9, 12;
 — der Wertzuwachssteuer, 19 §§ 25, 26.
 Ermittlung, f. Bauwert, Beleihungswert, Ertragswert, Krankenkosten, Verkaufswert.
 Erneuerungs- u. Erweiterungsrücklagen der Gemeinden für ihr Schulbaugeschäft, 163 Art. 66 b.
 Errechnung der Preise der Arzneien, 1;
 — f. a. Berechnung.
 Errichtung
 1. eines Straßenbauamtes in Schotten, WD. darüb. v. 19. Sept. 1938, Reg.-Bl. 1939, 1; Bef. zu dieser WD., v. 30. Dez. 1938, Reg.-Bl. 1939, 1;
 2. von Dampfkesseln, 7 § 29;
 3. von Einzahlungsstellen (Kliniken), 64 §§ 1, 2;
 4. f. Personenbahnhof.
 Erlaß für Schäden, durch Militär, 155 Art. 22.
 Erparung der Wertzuwachssteuer, 15 §§ 3, 8 Ziff. 1.
 Erstattung der Wertzuwachssteuer, 19 § 25.
 Erteilung
 1. des Kennzeichens für Kleinfahrzeuge, 159 § 3;
 — Ausweis darüber, 160 §§ 5, 6;
 2. des Zuschlags, 17 § 10.
 — f. a. Auskunft, Erlaubnis.
 Ertrag, f. Rein-E., Jahresroh-E.
 Ertragswert von Hausgrundstücken, 125 I;
 — von land- u. forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken, 126 I; 127 III.
 Erweiterung der Sperrzeiten für Tauben, 30 § 2.
 Erweiterungsrücklagen, f. Erneuerungsrücklagen.
 Erwerbspreis des Grundstücks, 17 §§ 9, 11, 12, 15, 18.
 Erwerbsunfähigkeit des Steuerpflichtigen, 20 § 25.
 Erzeuger von Körnermais, Bekämpfung des Maiszünslers, 85 §§ 1 ff.
 Erziehungsberechtigte, f. Eltern.
 Explosionsgefährliche Gegenstände, Abgaben zur Verhüttung, Aufhebung der Pol.-WD. darüb. v. 17. Okt. 1938, Bef. v. 17. Febr. 21.
 F.
 Fabriktschild auf dem Dampfkessel, 8 § 35.
 Fachtechnische Feststellung, 82 §§ 81, 82, 87.
 Fahren, Pol.-WD., die Änderung der Pol.-WD. über die Einrichtung, den Betrieb u. die Benutzung der F. auf dem Rhein, Main u. dem schiffbaren Teil der Lahn v. 4. Mai 1937 betr., v. 17. April, 84.
 Fahrlässigkeit, WD. zur Bekämpfung der Wühlmäuse, 115 § 4;
 — WD. zur Durchf. der WD. zur Bekämpfung von Notständen im Verkehr, 161 § 6.
 Fahrzeuge, übersehen auf Fahren, 84 Ia.
 Fälligkeit des Brandversicherungsbeitrags, 22.
 Familienstand der Bewerber am Apothekenbetriebsrechte, 119 § 7.

Faselhaltung, in Rudlos, 26 Ziff. 4, e;
 — in Rempten und Gaulsheim, 33 Ziff. 12.
 Feiertage, dritte Bef. zur Änderung der Bef. zur Ausf. des
 Ges. über die F. v. 27. Febr. 1934 — 25. Mai 1934, v.
 1. Juni, 114;
 — f. a. Sonntage.
 Feldvereinigung, Erwerbspreis eines Grundstücks, 17 § 11.
 Felder u. Gärten, WD. zum Schutz ders. gegen Tauben, v.
 9. März, 29;
 — Tauben in F. u. G., 30 §§ 1, 3, 5.
 Feldesteile, Austausch, 16 § 8 Z. 8.
 Feldmäuse u. Wühlmäuse, WD. zur Bekämpfung ders., v.
 9. Juni, 114.
 Feld- u. Forstpolizei, 35 § 1.
 Festsetzung, der Krankenkosten, 43 III;
 — endgültige F. der Zuschüsse der Schulortsgemeinden u.
 Kreise, 148 Art. 6;
 — f. a. Kosten, Pauschalbetrag, Sperrzeiten, Beleihungs-
 wert, Obergrenze.
 Feststehende Dampfkessel, 7 §§ 29, 34.
 Feststellung, f. Steuerkraftziffer, Einwohnerzahl, Nachtrag,
 Schlüssel;
 — sachliche, fachtechnische, rechnerische F., 82 §§ 79, 80, 81,
 82, 84, 86, 87.
 Feststellungsbescheinigungen, 81 § 77.
 Feuerpolizei, Feuerlöschpolizei, 35 § 1.
 Fieberblatt, 45 § 20.
 Finanzamt, Wertzuwachssteuer, 20 § 28;
 — Entscheidung, 20 § 25.
 Finanzausgleichs-Ausf.-Ges. v. 1. Nov. 1935, WD. zur Durchf.
 von Art. 1 Abs. 3 des Ges. zur Änderung dess., v.
 9. März, 28.
 Finanzgericht, Entscheidung, 20 § 29.
 Finanzverwaltung, f. Landesregierung.
 Fischereifahrzeuge, 159 § 2.
 Fischgewässer, offene, Aufhebung der wöchentlichen Schon-
 zeit in dens., WD. v. 16. Dez., 162.
 Flächen, f. landwirtschaftliche Grundstücke.
 Fleisch, Erhebung einer Ausgleichsabgabe auf frisches F.
 in Worms, Bef. v. 10. Febr., 14.
 Fleischbeschau, f. Schlachtvieh u. F.
 Forschungen, f. wissenschaftliche F.
 Forstliche Nutzung im Naturschutzgebiet Hangelstein, 135 § 4;
 — desgl. Mainzer Sand, 152 § 4.
 Forstwirtschaftliche Grundstücke, f. landwirtschaftliche Grund-
 stücke.
 Fortdauer, f. Gültigkeit.
 Frauenzuschlag, Erklärungen darüber, 81 § 75.
 Freier Beruf, Prüfungsordnung für Turn-, Sport- und
 Gymnastiklehrer(innen) im f. B., Bef. v. 2. Sept., 136.
 Freizeite für Kranke, 43 §§ 9, 26.
 Frei-Weinheim, Standesamtsbezirk Ingelheim a. Rh., Bef.
 v. 25. März, 37;
 — Wohnungsgeldzuschuß, 93.
 Freiwilliges Tuberkulosebekämpfungsverfahren, f. I.
 Fremde Währung, Kassenanweisung, 78 § 50.
 Friedberg — Bad Nauheim, Wohnsiedlungsgebiet, Bef.
 v. 20. Mai, 92.
 Friedhöfe
 1. Rattenbekämpfung, 86 §§ 1 ff.;
 2. in Bingen-Rempten u. Gaulsheim, 33 Ziff. 11;
 — in Rudlos, 26 Ziff. 4, e.
 Friedhofsordnung für Auerbach, 25 Ziff. 4, a.
 Frisches Fleisch, f. F.
 Fristen, 15 § 7, 8 Z. 10, 20, 25—28; 22(3); 38 Ziff. 6; 85 § 2;
 86 § 1; 138 (Entsch. v. 13. Sept.); 148 Art. 7; 157 Ziff. 4;
 f. a. Auschluss-F., Höchst-F., Rot-F.
 Fronleichnam, kein allgem. Feiertag in Bensheim, 114.
 Frontkämpfer, Apotheker als F., 119 § 4.
 Führer von Kraftfahrzeugen, Überfahrt auf Fahren, 84 Ib.
 Führung, der Stationskarte, 45 §§ 18 ff.;
 — des Kostenblatts St, 46 §§ 21, 22;
 — des Kostenblatts A, 46 §§ 23, 24;
 — f. a. Archiv, Geschäftsbuch, Kennzeichen, Krankenauf-
 nahmebuch.
 Fürjorgestellen, 43 §§ 7, 26.

G.

Garagen, Beleihung, 128 E.
 Gau-Algesheim, Wohnsiedlungsgebiet, 92.
 Gau-Bidelheim, Gau-Weinheim, Gemarkungsgrenzände-
 rung der Gemarkungen, Beschl. v. 17. März, 35.
 Gaulsheim, Eingliederung der Gemeinde in die Stadt Bin-
 gen, Erl. v. 16. März, 33;
 — Wohnungsgeldzuschuß, 93.
 Gebäude, Ges. zur Änderung des Ges., die Brandversiche-
 rungsanstalt für G. betr., v. 9. Nov., 155;
 — G. für staatliche höhere Schulen, 147 Art. 2.
 Gebühren
 1. für Arbeiten der Gemeinderrechnungskammer, Bef.
 v. 13. Febr., 21;
 2. für Bodenhygiene des Landesimpfinstitutes zu Darm-
 stadt, Bef. v. 31. Mai, 114;
 3. für Kennzeichen u. Ausweis für Kleinfahrzeuge,
 160 § 8;
 4. Auskunfts-Geb., 38 Ziff. 3;
 — f. a. Vermittlungs-Geb., Leistungen, Nebenleistungen,
 Steuern.
 Gefahr bei einem Kranken, Notaufnahme, 43 § 10.
 Gefährdung der Gl., Hülsenfrucht- u. Getreideernte, 30 § 2.
 Gefangene u. Schutzhäftlinge, Pol.-WD. über das Verbot
 des Verkehrs mit ihnen, v. 1. Juli, 119.
 Gefängnisstrafe, Androhung: WD. über das Verbot der
 Anwendung arsenhaltiger Pflanzenschutzmittel, 28 § 3;
 — WD. zur Bekämpfung des Maisjünslers, 86 § 5;
 — WD. zur Bekämpfung der Feldmäuse, 115 § 4.
 Gegenstände, f. explosionsgefährliche G.
 Gehaltsempfänger, allgem. Auszahlungsanordnung, 80 § 68
 Abs. 1, c.
 Geheimes Geschäftsbuch der Auskunfterteiler, 38 Ziff. 1.
 Geldmittel des Bewerbers am Apothekenbetriebsrecht,
 118 § 1.
 Geldstrafe, Androhung: WD. über das Verbot der Anwen-
 dung arsenhaltiger Pflanzenschutzmittel, 28 § 3;
 — WD. zur Bekämpfung des Maisjünslers, 86 § 5;
 — Pol.-WD. über die Rattenbekämpfung, 86 § 5;
 — WD. zur Bekämpfung der Feldmäuse, 115 § 4;
 — Pol.-WD. über das Verbot des Verkehrs mit Gefangenen
 u. Schutzhäftlingen, 119 § 1;
 — Pol.-WD. über das Verbot des Steigenslassens von Dra-
 chen, 137 § 3.
 Geltungsbereich der Bef. über die amtliche Kennzeichnung
 der Kleinfahrzeuge im deutschen Rheinstromgebiet,
 159 § 1.
 Gemarkungen, reblausverseuchte G. in dem hess. Weinbau-
 gebiet, Bef. v. 13. März, 87;
 — f. a. Gau-Bidelheim, Gau-Weinheim, Gießen, Hainhaus,
 Hammerau, Mainz-Mombach, Mönchwald, Oberwald,
 St. Johann, Schiffenberg, Sprendlingen, Trebur, Wall-
 dorf.
 Gemarkungsgrenzen, Änderung ders. zwischen den Gemar-
 kungen Treburer Oberwald u. Walldorf, Bef. v.
 9. Febr., 14;
 — Änderung zwischen der Gemeinde Kesterbach u. der selb-
 ständigen Gemarkung Mönchwald, Bef. v. 15. Mai, 91;
 — Gemarkungsgrenzänderung der Gemarkungen Gau-
 Weinheim, Gau-Bidelheim, Sprendlingen u. St. Jo-
 hann, Beschl. v. 17. März, 35;
 — Beschl. über Gemarkungsgrenzänderung, v. 14. März, 37.
 Gemeindeabgaben, 79 §§ 61, 62.
 Gemeindeanteil, f. Gemeinden.
 Gemeindeaufsichtsbehörde, f. Landrat, Reichsstatthalter.
 Gemeindebadhaus in Rudlos, 26 Ziff. 4, e.
 Gemeindebezirk, f. besonderer G.
 Gemeinbedienst, f. Angestellte.
 Gemeindefriedhof, f. Friedhöfe.
 Gemeindegroßengruppen, f. Gemeinden.
 Gemeindegroßsteuer, f. Grundsteuer.
 Gemeinden
 1. WD. über die Zuständigkeit von G. zum Erlaß von
 Ortsakungen in anderen als eigenen Angelegen-
 heiten, v. 9. März, 29;

2. Anteil der G. an der Einkommen-, Körperschafts- u. Umsatzsteuer, 28 § 1;
 - Schlüsselanteile, 28 §§ 2, 7;
 - Größengruppen, 28 §§ 2, 3, 5, 6;
 - Schlüsselzuweisungen, 28 §§ 1, 3, 7, 8;
3. G. mit staatlicher Polizeiverwaltung, Übertragung ortspolizeilicher Befugnisse in ihnen an die Bürgermeister, 35 § 1;
4. Schulorts-G., 147 Art. 1 ff.;
 - G. als Träger von höheren Schulen, 148 Art. 9;
 - Verpflichtungen der G. auf besonderen Rechtsgrund, 148 Art. 10;
5. Kosten der öffentlichen Volksschulen u. Berufsschulen, 162 Art. 1 (Art. 62), 62a; 163 Ziff. 4, 5;
 - Schulbauwesen, 163 Art. 66a;
 - Beihilfen aus den Schulbaurücklagen, 163 Art. 66d;
6. f. Bürgerschaft;
 - f. a. Wollterbach, Wschbach, Auerbach, Blikenrod, Botfenrod, Dietesheim, Dornberg, Dürr-Ellenbach, Gausheim, Groß-Rohrheim, Hainchen, Heidesheim, Himbach, Holzhausen, Msdorf, Kellterbach, Kempton, Kirchgarten, Klein-Linden, Lindheim, Merlau, Mühlheim, Ober-Mumbach, Rudlos, Schönberg, Wödelbach, Wiesed, Zell.
- Gemeinden u. Gemeindeverbände: i. S. des Ges. über Arbeitsvermittlung, 8 Art. 1, 2;
 - Wertzuwachssteuer, 19 § 24;
 - f. a. Bürgerschaft.
- Gemeinderäte, von Msdorf, 6 § 3, 5;
 - von Wiesed u. Klein-Linden, 6 § 4;
 - von Mühlheim u. Dietesheim, 26 Ziff. 6.
- Gemeinderrechnungskammer, Geb. für Arbeiten ders., Bef. v. 13. Febr., 21.
- Gemeindechule in Rudlos, 26 Ziff. 4, d.
- Gemeindesteuern, 79 §§ 61, 62.
- Gemeindeverband für den Kraftwagenverkehr Ortenberg u. Umgebung, Bef. v. 8. Febr., 13.
- Gemeindevorstand, f. Bürgermeister, Oberbürgermeister.
- Gemeindezuschläge zu Steuern, 79 §§ 61, 62.
- Gemeindliche höhere Schulen, 148 II.
- Gemeiner Wert des Grundstücks, 17 §§ 13, 15, 16.
- Gemeinnützige Zwecke, Beleihung von Grundstücken, 127 C (5).
- Gemeinsamer Handelsamtsbezirk, f. Vereinigung.
- Gemeinschaftliche Bürgermeisterei, Auflösung der g. B. für die Gemeinden Himbach u. Hainchen, sowie Bildung einer g. B. für die Gemeinden Lindheim u. Hainchen, Bef. v. 29. Nov., 156.
- Gemeinschaftliche Grundstücke, Steuerpflicht auf dem veräußerten Anteil, 19 § 20.
- Genehmigung
 1. von Schenkungen, Bef. v. 2. Jan., 3; B. v. 1. Juli, 122;
 2. G. der Auflösung des Gemeindeverbandes für den Kraftwagenverkehr Ortenberg u. Umgebung, 13;
 3. zur Anlegung u. zum Betrieb von Dampfkesseln, 7 § 1;
 - Antrag, 7 § 2; 7 §§ 29, 30, 33;
 - G.-Bedingungen, 7 §§ 33—35;
 - G.-Urkunde, 8 § 35;
 4. zur Ausführung der Wassermannschen Reaktion, 13;
 - f. a. Auflösung, Ausnahmen, Bildung, Stiftungen;
 - Behörden zur Erteilung von G., f. Reichsstatthalter, Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung u. Volksbildung.
- Genehmigungsverfahren für die Anlegung u. den Betrieb der Dampfkessel, Bef. v. 27. Jan., 7.
- Genossenschaft, f. eingetragene G.
- Gernsheim, Eingliederung der selbständigen Gemarkung Hammerau, Beschl. v. 16. Febr., 34.
- Gesamtartei (Suchartei), Gesamtverzeichnis der Kranken, 42 § 2.
- Gesamtschuldnerische Haftung, 19 § 23.
- Gesamtsteuerkraft der Gemeinde, 28 §§ 4, 5.
- Geschäfte, f. ortsgewerbliche G.
- Geschäftsbetrieb der Auskunfterteiler, 38 Ziff. 7.
- Geschäftsbuch der Auskunfterteiler, 37 Ziff. 1—3, 5, 7, 8.

- Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Übergang von Rechten am Vermögen ders., 15 § 3.
- Gesetzliche Vertreter, f. Eltern.
- Gesundheitspolizei, 35 § 1.
- Getränkeleitungen, 6 § 2, 3.
- Getränkeeschantanlagen, Bef. über Einrichtung u. Betrieb, v. 16. Jan., 6; B. v. 4. März, 27.
- Getreideernte, Gefährdung, 30 § 2.
- Gewährung, f. Ermäßigung, Personalkredit.
- Gewerbeaufsichtsamt, zuständige Behörde, 7 § 1;
 - Entscheidung, 7 §§ 29, 35;
 - sonst. Tätigkeit, 7 §§ 34, 35.
- Gewerbebetrieb der Personen, die über Vermögensverhältnisse oder persönliche Angelegenheiten Auskunft erteilen, Anordnung dafür v. 28. März, 37.
- Gewerbeordnung, Hess. Ausf.-VO. zu ders. v. 20. März 1912, 71.
- Gewerbepolizei, 35 §§ 1, 2.
- Gewerbepolizeiliche Zulässigkeit eines Dampfkessels, 7 § 33.
- Gewerbsteuer, Steuermeßbeträge, 28 § 4;
 - G. in Bensheim-Auerbach, 25 Ziff. 4, c.
- Gewerblich genutzte Grundstücke, Beleihung, 127 C; 128 (b).
- Gewerbliche Niederlassung des Kreditnehmers, 127 D 2.
- Gewertschaft, Übergang von Rechten am Vermögen ders., 15 § 3.
- Gießen, Eingliederung der Gemeinden Wiesed u. Klein-Linden u. der selbständigen Gemarkung Schiffenberg in die Stadt G., Erlaß des Reichsstatthalters v. 3. Jan., 6;
 - Anordnung zur Durchf. des Ges. über die Bildung des Stadtkreises, v. 9. Aug. 1938, v. 2. April, 88;
 - Wohnsiedlungsgebiet, Bef. v. 20. Mai, 92;
 - Bezeichnung der Standesamtsbezirke der Stadt G., Bef. v. 15. Sept., 138; (wiederholt veröffentlicht S. 143);
 - Naturschutzgebiet Hangelsheim in der Gemarkung der Stadt G., VO. v. 30. Aug., 135;
 - Enteignung von Grundeigentum in der Gemarkung G., 121;
 - Bezirk des Straßenbauamts, 1 § 1;
 - untere Naturschutzbehörde (Oberbürgermeister), 135 § 2;
 - Wasserwirtschaftsamt, 136;
 - f. a. Universität, staatliches Veterinäruntersuchungsamt.
- Gießen-Stadt u. -Land, Vermessungsamt, 27 § 1.
- Gnauthische, 135 § 2.
- Goldmarkwert des Erwerbspreises, 17 § 12.
- Grenzänderung zwischen den Landkreisen Worms u. Gr.-Gerau, 34 Ziff. 3;
 - zwischen den Landkreisen Alzen u. Bingen, 35 Ziff. 2;
 - f. a. Gemarkungs-G.
- Grenze, f. Beleihungs-G.
- Grenzen, f. Gemarkungs-G., Grenzänderung, Schutzgebiet.
- Grenzregelung, Wertzuwachssteuer, 16 § 8 § 3, 7; Erwerbspreis eines Grundstücks, 17 § 11.
- Grenzstreden der Wasserläufe, 159 § 1.
- Griedel, Wohnsiedlungsgebiet, 92.
- Griesheim, Wohnsiedlungsgebiet, 92.
- Größengruppen, f. Gemeinden.
- Groß-Gerau, Eingliederung des Standesamtsbezirks Dornberg in den Standesamtsbezirk Gr.-Gerau, Bef. v. 22. März, 36;
 - Bef., Ortsgericht Gr.-Gerau betr., v. 17. April, 85.
- Groß-Rohrheim, Eingliederung der selbständigen Gemarkung Hammerau, Beschl. v. 16. Febr., 34;
 - Auflösung des Standesamtsbezirks Groß-Rohrheim mit Hammerau u. Neubildung des Standesamtsbezirks Groß-Rohrheim, Bef. v. 30. März, 39.
- Großvieh, Ausgleichszuschlag in Worms, 14 I;
 - Übersehen auf Fahren, 84 la.
- Grundbuch, Eintragung der Rechtsänderung, 15 § 6.
- Gründe, f. Begründung.
- Grundeigentum, f. Enteignung.
- Grundstücke, f. Beleihungs-G.
- Grundschulden, f. Hypotheken;
 - Bestellung, Abtretung, 127 D.
- Grundsteuer
 1. in Bensheim-Auerbach, 25 Ziff. 4, c;
 - in Rudlos, 26 Ziff. 4, b;

- in Bingen-Kempton u. Gausheim, 33 Ziff. 9;
 - 2. Steuermeßbeträge der Grundsteuer, 28 § 4.
- Grundstück**
1. Übergang des Eigentums an einem G. oder G.-Teil, 15 §§ 1–3;
 2. Nutzungsberechtigter eines G., Aneignung fremder Tauben, 30 § 3;
 3. Eigentümer usw., Bekämpfung der Ratten, 86 §§ 1, 2, 4;
 - der Mäuse, 114 §§ 1 ff.;
 4. für staatliche höhere Schulen, 147 Art. 2;
- f. a. Bau-G., gewerbliche G., Haus-G., landwirtschaftliche, land- u. forstwirtschaftliche G., Wald-G.
- Grüne Tinte oder Farbstift, 82 § 87.
- Gültigkeit der Kennzeichen für Kleinfahrzeuge, Erlöschen, 160 § 6;
- Fortdauer, 160 § 7.
- Gutachten der Techn. Überwachungsstelle für Dampfkessel, 7 § 33.
- Gutschriftenanzeigen, 81 § 71.
- Gymnasiallehrer, f. Turnlehrer.

H.

- Hafen, f. Oppenheimer H., Heimat-H.
- Haftstrafe, Androhung: WD. über das Verbot der Anwendung arsenhaltiger Pflanzenschutzmittel, 28 § 3;
- WD. zur Bekämpfung des Maiszünslers, 85 § 5;
 - Pol.-WD. über die Rattenbekämpfung, 85 § 5;
 - WD. zur Bekämpfung der Feldmäuse, 115 § 4;
 - Pol.-WD. über das Verbot des Verkehrs mit Gefangenen u. Schutzhäftlingen, 119 § 2;
 - Pol.-WD. über das Verbot des Steigenlassens von Drahten, 137 § 3.
- Haftung für die Wertzuwachssteuer, 19 § 23.
- Hainchen, Auflösung der gemeinschaftl. Bürgermeisterei für die Gemeinden Himbach u. Hainchen, sowie Bildung einer gemeinschaftl. Bürgermeisterei für die Gemeinden Lindheim und Hainchen, Bef. v. 29. Nov., 156.
- Hainhaus, Ausgliederung aus der Gemarkung, 37.
- Hammerau, Eingliederung der selbständigen Gemarkung in die Gemeinde Gr.-Rohrheim u. in die Stadt Gernsheim, Beschl. v. 16. Febr., 34;
- Auflösung des Standesamtsbezirks Groß-Rohrheim mit Hammerau, Bef. v. 30. März, 39.
- Handvorschüsse, 64 §§ 1, 6, 7.
- Handwerk, Bef., die Meisterschule des Deutschen H. in Offenbach a. M. betr., v. 11. Febr., 14.
- Hangelstein, Naturschutzgebiet, WD. v. 30. Aug., 135.
- Härten, Ausgleich bei Bewerbung von Apothekern, 119 § 9.
- Hafen und Kaninchen, viehseuchenpolizeil. Anordnung über deren Einfuhr, v. 30. Okt., 151 (Aufhebung der Anordnung, v. 22. Nov. 1938).
- Hasselhof, Wohnsiedlungsgebiet, 92.
- Hausen, Wohnsiedlungsgebiet, 92.
- Hausgrundstücke, Beleihung, 125 A.
- Haushaltseinnahmen u. -Ausgaben, 75 §§ 9, 11, 16, 18, 19, 20, 25, 44, 45, 49, 52, 57, 67, 68, 72, 103, 105;
- außerplanmäßige H., 76 §§ 14, 107;
 - der Klinischen Universitätsanstalten, 63 §§ 4, 59, 61, 62, 72, 76.
- Haushaltsplan, des Landes, 148 Art. 6;
- der höheren Schulen, 148 Art. 7.
- Haushaltsüberwachungsliste, 75 § 11.
- Haushaltsvorgriffe, 77 § 24.
- Haushaltungsplan, Gef. über die Feststellung des Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Hessen für das Rechnungsjahr 1938, v. 13. Juni, 117.
- Hauschlachtungen in Rublos, 26 Ziff. 4, f.
- Heer, Geb. für Abgabe von Pockenlymphe, 114;
- f. a. Reichsfiskus.
- Heidesheim, Kreis Bingen, Beschl. über Namensänderung der Gemeinde, v. 19. Juli, 133;
- Wohnsiedlungsgebiet, 92.
- Heimathafen des Dampfschiffs, 7 § 29.
- Heppenheim, Wohnsiedlungsgebiet, 87; 93.

- Herennahme der Gemeinden Ober-Mumbach u. Bökelsbach in den Standesamtsbezirk Reifen, Bef. v. 6. Sept., 137;
- f. a. Vereinigung, Zusammenschluß, Zuteilung, Eingliederung.
- Herrnsheim, Wohnsiedlungsgebiet, 84; 93.
- Herstellungstag von Sera u. Impfstoffen aus Blut oder Organen von Einhufern, 2 § 1.
- Hessen, f. Volksschulwesen.
- Hessisch, f. Arbeitsvermittlung, Dampfkesselinpektion, Landes-Heil- u. Pflegeanstalten, Justizministerium, Rechnungsamt, Sparkassen, Sparkassen- u. Giroverband, Staatsbeamte, Tierärzte, Wasserbauämter, Weinbaugbiet.
- Hessische Eisenbahn-Aktiengesellschaft, Enteignung zu ihren Gunsten, 135.
- Heuchelheim, Wohnsiedlungsgebiet, 92.
- Hilfspersonen des Auskunfterteilers, 38 Ziff. 6.
- Himbach, f. Hainchen.
- Hinterbliebene von Kriegsteilnehmern, Wertzuwachssteuer, 19 § 25.
- Hochheim, Wohnsiedlungsgebiet, 84; 93.
- Hochimmunserum gegen Maul- u. Klauenseuche, 144 § 1.
- Höchstfristen, für Beladen u. Löschen von Binnenschiffen, 160 I; 161 §§ 1–3.
- Höhe, der Wertzuwachssteuer, 19 § 22;
- f. a. Kosten.
- Höhere Naturschutzbehörde, f. Reichsstatthalter.
- Höhere Schulen, Gef. über die Kosten der. (Neufassung) v. 10. Okt., 147;
- staatliche h. Sch., 147 I;
 - gemeindliche h. Sch., 148 II.
- Holzhausen, Kreis Friedberg, Namensänderung der Gemeinde, Beschl. v. 19. Juli, 133.
- Homöopathische Ärzte, Dispensierrecht der., WD. v. 13. März, 34.
- Horchheim, Wohnsiedlungsgebiet, 84; 93.
- Hüllensfruchternte, Gefährdung, 30 § 2.
- Hundesteuer, Gef. zur Änderung des Gef. über die. v. 1. Nov. 1938, v. 11. Mai, 91.
- Hüttenfeld, Wohnsiedlungsgebiet, 84; 93.
- Hypotheken, Grund- u. Rentenschulden, auf land- u. forstwirtschaftlich genutzte Grundstücke, 126 B; 127 III (2);
- dingliche Sicherung von Personalkredit, 127 D;
 - Tilgung der H., 126 IV.

I.

- Jagd, Ausübung im Naturschutzgebiet Hangelstein, 135 § 4;
- desgl. Mainzer Sand, 152 § 4.
- Jagdpolizei, 35 § 1.
- Jahresabschlußsumme, 76 § 19.
- Jahresbeseitigungen für die Auszahlung von Verjüngungsgebühren u. a., 81 § 74.
- Jahreserträge eines Grundstücks, 127 C (2).
- Isdorf, Zusammenschluß der Gemeinden Isdorf u. Isdorf (Solms) zu der Gemeinde Isdorf, Erlaß des Reichsstatthalters v. 30. Dez. 1938, Reg.-Bl. 1939, 5;
- Zuteilung der Gemeinde Isdorf (Solms) zum Standesamtsbezirk Isdorf, Bef. v. 25. März, 37;
 - Ortsgericht Isdorf, Bef. v. 17. April, 87.
- Impfstoffe u. Sera, viehseuchenpolizeil. Anordng. darüb. v. 11. Jan., 2.
- Impfung, f. Ausfuhr-I., Schutz-I.
- Inbetriebsetzung einer genehmigten Dampfkesselanlage, 7 § 30; § 35.
- Ingelheim, Vereinigung der Standesamtsbezirke Ober-Ingelheim, Nieder-Ingelheim u. Frei-Weinheim zu einem Standesamtsbezirk Ingelheim am Rhein, Bef. v. 25. März, 37;
- Ortsgericht Ingelheim, Bef. v. 17. April, 87;
 - Wohnsiedlungsgebiet, 92.
- Inhaber besonders teurer Wohnungen, 115.
- Inkraftbleiben, f. Aufrechterhaltung.
- Inkrafttreten von Gesetzen usw., f. die betr. Gef.
- Inländer, amtliches Kennzeichen an Kleinfahrzeugen, 159 § 1.

Inländische Sportfahrzeuge, Kennzeichnung, 159 § 2.
Jugendherbergen, Beleihung, 127 C (5).
Justizministerium, Hess., Übertragung seiner Zuständigkeit, 34.

K.

Kälber, Ausgleichszuschlag in Worms, 14. I.
Kallenbach, Anschlußgleis für die Firma Baugesellschaft C. Kallenbach in Berlin, Bef. v. 26. Sept., 141.
Kanäle, Rattenbekämpfung, 86 §§ 1 ff.
Kanalisation, Aufwendungen dafür, 18 § 15 Ziff. 3.
Kandidat der Pharmazie als Vertreter des Apothekers, 134b.
Kaninchen, f. Hasen.
Kartei, f. Gesamt-K.
Karteiform der Rechnungslegungsbücher, 76 §§ 21, 22.
Karteikarten, 76 § 21.
Kartoffeln, Behandlung mit arsenhaltigen Mitteln, 28 § 2.
Rassen, Vollz.-Best. zur Rechnungslegungsordnung, 76 §§ 14, 20, 21, 52, 65, 66, 72, 74, 75;
— f. a. Amtskasse, Landeshaupt-K.
Rassenanweisung, 76 §§ 14, 49, 50, 52, 53, 56, 57, 58, 61, 62, 64, 65, 66, 77.
Rassengeschäfte der klinischen Anstalten Gießen, 63 § 3.
Rassenleiter, 76 §§ 21, 22.
Rassenrechnungen, 83, § 107.
Kassier der klinischen Anstalten, 64 § 76.
Kastration von Schweinen aus dem Sperrgebiet, 151 § 1.
Katasterhandzeichnung, 135 § 2; 152 § 2.
Kaufpreis eines Grundstücks, 126 I (2a).
Kelscherbach, Änderung der Gemarkungsgrenzen zwischen der Gemeinde u. der selbständigen Gemarkung Mönchswald, Bef. v. 15. Mai, 91.
Kempfen, Eingliederung der Gemeinde in die Stadt Bingen, Erl. v. 16. März, 33;
— Wohnungsgeldzuschuß, 93.
Kennzeichnung, amtliche K. der Kleinfahrzeuge im deutschen Rheinstromgebiet, Bef. v. 2. Dez., 159;
— Verpflichtung zur Führung, 159 § 1;
— Befreiung, § 2;
— Erteilung, §§ 3, 5, 8;
— Art, § 4;
— Erlöschen der Gültigkeit, § 6;
— Fortdauer ders., § 7.
Kiesgruben, Beleihung, 128 E.
Kinderreichtum der Gemeinden, 28 §§ 1, 6.
Kinderzahl, Berücksichtigung bei Bewerbung um Apothekenbetriebsrechte, 119 § 6.
Kinderzuschläge, 99 §§ 1 (3), 2a, 5;
— Nachweis für deren Empfangsberechtigung, 81 § 74.
Kirch-Beerfurth, Ortsgericht, Übertragung der ortsgewöhnlichen Geschäfte für die Gemeinde Bodenrod, 85.
Kirchgöns, Wohnsiedlungsgebiet, 92.
Kirchgarten, Eingliederung in die Gemeinde Merlau, Erl. des Reichstatthalters v. 30. Dez. 1933, Reg.-Bl. 1939, 5.
Klage, f. Verwaltungsstreitverfahren.
Klauentiere, Verladeuntersuchungen von K., die zu Schlacht- sowie Nutz- u. Zuchtzwecken aus dem Lande Hessen ausgeführt werden, Bef. v. 4. Sept., 136;
— Ausfuhrimpfungen von K. zu Nutz- u. Zuchtzwecken aus stärker verseuchten Gebieten, Bef. v. 4. Sept., 137;
— Impfung, 144 §§ 1, 2, 6.
Kleinfahrzeuge, Bef. über die amtliche Kennzeichnung ders. im deutschen Rheinstromgebiet v. 2. Dez., 159.
Klein-Linden, Eingliederung der Gemeinde in die Stadt Gießen, Erl. des Reichstatthalters v. 3. Jan., 6;
— Aufhebung des Ortsgerichts, Bef. v. 3. Mai, 113;
— Wohnungsgeldzuschuß, 27;
— Wohnsiedlungsgebiet, 92;
— Standesamtsbezirk Gießen-Klein-Linden, 138.
Kleinsiedlungen, Kleinwohnungsbauten, Beleihung, 126 III; Tilgung der Hypotheken, 126 IV.
Kleinwohnungen, Grundstücksübertragungen zur Beschaffung von solchen, 16 § 8 Ziff. 9.
Klinikdirektor, 42 §§ 4, 5, 7, 16, 18, 29;
— Entscheidung, 43 § 9.

Kliniken, 41 §§ 2, 3, 5, 10, 12, 22, 28; 63 §§ 59, 66, 72.

Klinische Anstalten, medizinische, der Universität Gießen, vorläufige Best. über die Ermittlung von Krankenkosten bei dens., (Krankenkosten-Best.) v. 5. April, 41.

Klinische Universitätsanstalten in Gießen, ergänzende Vollzugs-Best. zur Reichsassenordnung für die Amtskasse ders. (VBRKO-Kliniken) v. 5. April, 63.

Kohlensäureleitung, 6 Ziff. 2.

Kommanditgesellschaft, Übergang von Rechten am Vermögen ders., 15 § 3.

Kompetenzkonflikte, 34.

Konzertäle, Beleihung, 128 E.

Körnermaisstroh, 85 §§ 2, 3.

Körperschaften, Rechnungslegung über deren Einnahmen u. Ausgaben, 75 § 1.

Körperschaftsteuer, Anteil des Landes, 28 § 1.

Kosten

1. Ges. über die K. der höheren Schulen (Neufassung), v. 10. Okt., 147;

2. K. der öffentlichen Volksschulen u. Berufsschulen, 162 Art. 1 (Art. 62, 62a, 62b); 163 Ziff. 4, 5;

3. K. der Bekämpfung:

a) des Maiszünslers, 85 § 1;

b) der Ratten, 86 §§ 1, 2;

c) der Mäuse, 114 §§ 1, 3;

4. der Bepflanzung der Obstbäume, 2 §§ 2, 3;

5. des Erwerbs eines Grundstücks, 18 § 15 Ziff. 1;

— der Veräußerung, 18 § 17;

6. der Impfung gegen Maul- u. Rausenpeste, 144 § 6;

— f. a. Kranken-K., Kur- u. Verpflegungs-K., Steuern, persönliche K.

Kostenblatt

1. Kostenblatt St, 41 §§ 1, 2, 8—10, 20, 25, 26;

— Führung dess., 46 §§ 21 ff.;

— Muster, 49;

2. Kostenblatt A, 42 §§ 4, 5, 7, 11, 12, 14, 15, 17, 25, 28;

— Führung dess., 46 §§ 23, 24;

— Muster, 56.

Kostenträger für Krankenkosten, 43 §§ 7, 12.

Kraftfahrzeuge, Überlegen auf Fahren, 84 I. a.

Kraftwagenverkehr, Bef., den Gemeindeverband für den K. Ortenberg u. Umgebung betr., v. 8. Febr., 13.

Krankenaufnahmebuch St, 41 §§ 2, 3, 22, 25, 26, 28; Muster, 58;

— Krankenaufnahmebuch A, 42 §§ 4—6, 13, 25, 28; Muster, 55.

Krankengeschichte, 41 §§ 1, 10, 20.

Krankenhäuser, Beleihung, 127 C (5).

Krankenkosten, vorläufige Best. über die Ermittlung von K. bei den medizinischen klinischen Anstalten der Universität Gießen (Krankenkosten-Best.) v. 5. April, 41;

— Kostenföherung, 43 II;

— Kostenfestsetzung, 43 III.

Kredit, f. Personal-K.

Kreisamt, untere Verwaltungsbehörde, 2 § 2. -

Kreise

1. Beteiligung am Verwaltungsaufwand der höheren Schulen, 147 Art. 1, 3, 5, 6, 9;

2. Kosten der Berufsschulen, 163 Art. 62b;

— Schulbaurücklage, 163 Art. 66b, 66d;

— Büdingen u. Lauterbach, Straßenbauamt Schotten, 1 § 1.

Kreiszuschläge zu Steuern, 79 §§ 61, 62.

Kriegsbeschädigte, Wertzuwachssteuer, 19 § 25;

— Kriegsbeschädigte Bewerber um Apothekenbetriebsrechte, 119 § 5.

Kriegsdienst, der Bewerber um Apothekenbetriebsrecht, 118 § 4.

Kriegszeiten, Ersatz für Schäden, 155 Art. 22.

Kulturbauämter, Umbenennung in Wasserwirtschaftsämter, Bef. v. 31. Aug., 136.

Kulturgesetze, den Ortspolizeibehörden durch dies. übertragene Befugnisse, 35 § 1.

Kulturpflanzen, f. blühende K., landwirtschaftliche K.

Kur- u. Verpflegungskosten für stationäre Kranke, 63 §§ 62, 72.

Kürzung

1. der Rechnungsbeträge für Kranke, 46 § 25;
2. der Ausgleichszulage, 99 § 2; 156 Art. 1;
3. der Gehälter usw., 100;
- der Bezüge der Beamten usw., Aufhebung der Vorschr. des Art. III des Ges. v. 10. Dez. 1930, 151, Einz.-Art.

L.

- Laden u. Pöscheln von Binnen-schiffen, Bef. v. 12. Dez., 161.
 Lagerbehälter, s. Lagerung.
 Lagerplätze, Rattenbekämpfung, 86 §§ 1 ff.
 Lagerung der Sera u. Impfstoffe aus Blut oder Organen von Einhufern, 2 §§ 1, 2.
 Lahn, Einrichtung, Betrieb u. Benutzung der Fähren auf dem schiffbaren Teil der Lahn, Änderung der Pol.-WD. darüb. v. 4. Mai 1937, Pol.-WD. v. 17. April, 84.
 Laien, Rattenbekämpfung, 86 § 3.
 Lampertheim, Wohnsiedlungsgebiet, 84; 93.
 Land Hessen, vorläuf. Vollzugs-Best. des Landes Hessen zur Rechnungslegungsordnung für das Reich (VBRD.), v. 22. April, 75;
 — Ges. über die Kosten der höheren Schulen, 147 Art. 1, 2, 9;
 — Schulbaurücklage, 163 Art. 66 c, 66 d;
 — Wertzuwachssteuer, 19 § 24;
 — Beteiligung an den Anteilen der Einkommen-, Körperschafts- u. Umsatzsteuer, 28 § 1.
 — Kassen u. Verwaltungsstellen des L., 75 § 1;
 — Rechnungslegung über die Einnahmen u. Ausgaben der Sondervermögen, 75 § 1;
 — i. a. Ausfuhr, Bürgschaft, Haushaltsplan.
 Länder, Kleinfahrzeuge, 159 § 2;
 — i. a. Wasserstraßen.
 Länderanteil, i. Land.
 Landesanstalt für Wasser-, Boden- u. Lufthygiene in Berlin-Dahlem, 86 § 3.
 Landeseigenes Schulgrundstück, 147 Art. 2.
 Landeshauptkasse, 63 § 4; 77 §§ 24, 102; 148 Art. 6; 162 Art. 62 a, 62 b.
 Landeshaushaltsrechnung, 83 § 102.
 Landes-Heil- u. Pflegeanstalten, hess., Pflegegelder bei dens., Bef. v. 4. Okt., 143.
 Landesimpf-Institut zu Darmstadt, Gebühr für Bodenlymphe des L., Bef. v. 31. Mai, 114.
 Landeskommissar für die Waldbereinigung, 141 Art. 1 Ziff. 4.
 Landesregierung, s. Reichsstatthalter.
 Landesvermessungsamt, 27 § 2.
 Landreise, Beteiligung am Verwaltungsaufwand der höheren Schulen, 147 Art. 1, 3, 5, 6, 9.
 Landrat, untere Verwaltungsbehörde, 30 §§ 1, 2, 6; 114 § 2;
 — Gemeindeaufsichtsbehörde, 8 Art. 4;
 — Einnahmen, 20 § 25;
 — sonstige Zuständigkeit, 85 §§ 1, 2; 91 Art. 1.
 Land- u. forstwirtschaftliche Grundstücke, Beleihung, 126 B; auf Grund einer Schätzung, 126 I; ohne Schätzung, 127 II; Beleihungsgrenze u. Rangstelle, 127 III.
 Landwirtschaftliche Einrichtungen in Rempten u. Gaulsheim, 33 Ziff. 12.
 Landwirtschaftliche Grundstücke, Bekämpfung der Ratten, 86 §§ 1, 2, 4;
 — der Feldmäuse, 114 §§ ff.
 Landwirtschaftliche Kulturpflanzen, Ges. zum Schutz ders., 30 § 5.
 Lardenbach, Abtrennung der Gemeinde Isdorf vom Standesamtsbezirk Lardenbach, 37.
 Lasten, gemeine, auf einem Grundstück, 17 § 9.
 Lastschriftzettel, 52 § 84.
 Laufende Unterstüzungen, 81 § 74.
 Lauterbach

1. Eingliederung der Gemeinden Blihenrod u. Rudlos in die Stadt Lauterbach, Erl. v. 22. Febr., 26;
 — Eingliederung des Standesamtsbezirks Blihenrod in den Standesamtsbezirk Lauterbach mit Rudlos, Bef. v. 30. März, 39;

2. Außenstelle des Wasserwirtschaftsamts Gießen, 136;
 3. Kreis Lauterbach, Straßenbauamt Schotten, 1 § 1.
- Lebendvieh, Erhebung eines Ausgleichszulages bei L. in Worms, Bef. v. 10. Febr., 14.
 Lebensbeilehnung eines Empfangsberechtigten im Ausland, 81 § 74.
 Lebensjahr, 60.: 118 § 2.
 Lebensmittelpolizei, 35 § 1.
 Lehm, s. Entnahme.
 Lehmgrube, Beleihung, 128 E.
 Lehrer, s. Turn-L.
 Lehrgangsbeilehnung des Apothekers, 118 § 1.
 Leihgestern, Wohnsiedlungsgebiet, 92.
 Leiselheim, Wohnsiedlungsgebiet, 84; 93.
 Leistungen für Kranke, 44 §§ 13, 14, 18, 20, 22, 23, 24, 25.
 Leistungsbücher, 44 §§ 12, 13, 14, 17; Muster, 57.
 Leistungsstelle, 43 §§ 11, 12, 14, 15, 17, 18, 19, 25, 29.
 Leistungszettel, 44 §§ 12, 15, 22, 25, 28; Muster, 58.
 Leistungszeugnisse des Apothekers, 118 § 1.
 Leiter der Sparkasse, 125 II; 126 III;
 — Zustimmung, 126 III; 127 III; 127 D.
 Lichtspielhäuser, Beleihung, 128 E.
 Lindheim, Bildung einer gemeinschaftl. Bürgermeisterei für die Gemeinden Lindheim u. Hainchen, Bef. v. 29. Nov., 156.
 Listen, Teile des Titelsbuches, 76 § 16.
 Lohnzahlungstage, Verbot des Branntweinauschanks, 152.
 Lorch, Wohnsiedlungsgebiet, 87; 93.
 Pöscheln, s. Laden.
 Pöschung eines dinglichen Rechts an Waldgrundstücken, 141 Art. 1.
 Pöschblattbuchform der Rechnungslegungsbücher, 76 § 21.
 Luftwaffe, s. Reichsjiskus.
 Lymph, s. Boden-L.

M.

- Main, Einrichtung, Betrieb u. Benutzung der Fähren auf dem Main, Änderung der Pol.-WD. v. 4. Mai 1937, Pol.-WD. v. 17. April, 84.
 Mainz, Anordng. zur Durchf. des Ges. über die Bildung des Stadtkreises v. 9. Aug. 1938, v. 22. April, 88;
 — Enteignung von Grundeigentum in der Gemarkung, 128;
 — untere Naturschutzbehörde, 152 § 2;
 — Wasserwirtschaftsamt, 136;
 — Wasserstraßenamt, 160 I, II.
 Mainz-Bretzenheim, Enteignung von Grundeigentum in der Gemarkung, 128.
 Mainz-Gonsenheim, Enteignung von Grundeigentum in der Gemarkung, 129.
 Mainz-Koltheim, Enteignung von Grundeigentum in der Gemarkung, 122.
 Mainz-Mombach, Gemarkung, s. Mainzer Sand.
 Mainzer Sand, Naturschutzgebiet, in der Gemarkung Mainz-Mombach, Stadtkreis Mainz, WD. darüb. v. 17. Nov., 152.
 Maispflanzen, 85 § 2.
 Maispindeln, 85 § 4.
 Maisstroh, 85 §§ 2, 3.
 Maiszüchter, WD. zur Bekämpfung dess., v. 18. April, 85.
 Mängel u. Beilehnung, eines Dampfkessels, 7 § 33;
 — bei Dampfgefäßen, 157 Ziff. 4.
 Mappen, s. Beleg-M.
 Marine, Geb. für Abgabe von Bodenlymphe, 114.
 Marktpolizei, 35 § 1.
 Maßnahmen zur Bekämpfung von Obstbauschädlingen, 2 §§ 2, 3;
 — i. a. Mittel, Richtlinien, Verfahren.
 Maul- u. Klauenseuche, Viehseuchenpolizeil. Anordng. über aktive Schutzimpfung dagegen in Sperrbezirken, v. 14. Okt., 144.
 Medizinische Anstalten, s. Klinische Anstalten.
 Mierzwiebelpräparate, 86 § 3.
 Mehrheit, von Bewerbern um ein Apothekenbetriebsrecht, 118 § 3;
 — von Veräußerungsgeschäften, Wertzuwachssteuer, 15 § 7.

Mehrstellen (Schulstellen), 162 Art. 62a.
 Meister[schule] des Deutschen Handwerks in Offenbach a. M., Bef. d. betr. v. 11. Febr., 14.
 Meißgebot, 16 §§ 7, 10.
 Merlau, Eingliederung der Gemeinde Kirchgarten, Erlaß des Reichsstatthalters v. 30. Dez. 1938, Reg.-Bl. 1939, 5.
 Michelstadt—Erbach, Wohnsiedlungsgebiet, Bef. v. 20. Mai, 92.
 Mieten, Rassenanweisungen darüb., 79 §§ 61, 62.
 Militär, militärisches Gefolge, Schäden, 155 Art. 22.
 Mindestleistungen, für Beladen u. Lösen von Binnenschiffen, 160 I; 161 §§ 1, 2.
 Mindestsätze der Bürgersteuer, 28 § 4.
 Mispolamrohr, 6 Ziff. 2.
 Miterben, Wertzuwachssteuer, 16 § 8 Ziff. 3, 6 u. Abs. 2.
 Mittel zur Bekämpfung der Ratten, 86 § 3;
 — der Mäuse, 114 § 2;
 — f. a. Maßnahmen, Verfahren, Richtlinien.
 Mittelbehörden der Reichswasserstraßenverwaltung, Ermächtigung, 161 § 2;
 — Strafantragsberechtigung, 161 § 6.
 Mönchswald, Änderung der Gemarkungsgrenze zwischen der selbständigen Gemarkung und der Gemeinde Kelsterbach, Bef. v. 15. Mai, 91.
 Mühlhäuser, Bef., die Johann-Otto-Mühlhäuser-Gedächtnis-Stiftung betr., v. 6. Nov., 155.
 Mühlheim, Zusammenschluß der Gemeinden Mühlheim u. Dietesheim zu der Stadt Mühlheim am Main, Erl. v. 18. Febr., 26;
 — Vereinigung der Standesamtsbezirke Mühlheim u. Dietesheim zu einem Standesamtsbezirk Mühlheim am Main, Bef. v. 30. März, 39;
 — Bef., das Gef. zum Schutze des Einzelhandels; hier: die Stadt Mühlheim a. M. betr., v. 4. Mai, 88;
 — besond. Gemeindebezirk, 88.
 Mühlheim-Dietesheim, Ortsteil, 26 Ziff. 4.
 Münster, Kr. Dieburg, Enteignung in der Gemarkung, 88.
 Musterfagung über die Erhebung einer Wertzuwachssteuer, 15.
 N.
 Nachrechner, Bestellung als N., 82 § 86.
 Nachtrag zum Haushaltsplan des Landes Hessen für das Rechnungsjahr 1938, Gef. darüb. v. 13. Juni, 117.
 Nachweisung, f. Bestands-N.
 Namen des Anfertigers der Arznei, 1.
 Namensänderung, der Gemeinde Holzhausen, Kreis Friedberg, Beschl. v. 19. Juli, 133;
 — der Gemeinde Heidesheim, Kreis Bingen, Beschl. v. 19. Juli, 133;
 — f. a. Umbenennung.
 Namensunterschrift, des Einzählers, 65 § 3;
 — der Kassebeamten, 79 §§ 56, 79, 114;
 — des Kranken, 41 § 1.
 Namenszeichen, des Rassenbeamten, 76 §§ 21, 57;
 — des Klinikdirektors, 45 § 18.
 Naturschutz, 35 § 1.
 Naturschutzgebiete: Hangelstein in der Gemarkung der Stadt Gießen, WD. v. 30. Aug., 135;
 — Mainzer Sand in der Gemarkung Mainz-Kombach, Stadtkreis Mainz, WD. v. 17. Nov., 152.
 Nebenleistungen an Kranke, 43 §§ 5, 7, 11, 12, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 22, 23, 24, 25, 29; 63 A.
 Nedarhausen, f. Nedarsteinach.
 Nedarsteinach, Vereinigung der Standesamtsbezirke Nedarsteinach, Nedarhausen u. Darsberg zu einem Standesamtsbezirk Nedarsteinach, Bef. v. 8. Febr., 21.
 Neubauten, Aufwendungen dafür, 18 § 15 Ziff. 3;
 — Hypotheken zur Durchführung von N., 126 III.
 Neubildung des Standesamtsbezirks Groß-Rohrheim, Bef. v. 30. März, 39.
 Neuhausen, Wohnsiedlungsgebiet, 84; 93.
 Nieder-Ingelheim, f. Ingelheim.
 Niedermörlen, Wohnsiedlungsgebiet, 92.
 Nieder-Ramstadt, Wohnsiedlungsgebiet, 92.
 Niederschrift über Aufnahme von Kranken, 41 §§ 1, 2, 3.

Nieder-Weisel, Wohnsiedlungsgebiet, 92.
 Nießbrauchsrecht bei der Wertzuwachssteuer, 17 § 13.
 Normalstellen (Schulstellen), 162 Art. 62a.
 Notfrist, 8 § 35.
 Notstände, Ausf.-WD. zur WD. v. 23. Nov. 1939 zur Durchf. der WD. zur Bekämpfung von N. im Verkehr v. 19. Sept. 1939, v. 12. Dez., 160.
 Nutzungen, Rassenanweisungen darüb., 79 §§ 61, 62.
 Nutzungsberechtigte der Grundstücke,
 1. Aneignung fremder Tauben, 30 § 3;
 2. Bekämpfung der Ratten, 86 §§ 1, 2, 4;
 — der Feldmäuse, 114 § 1;
 — von Obstbäumen u. Sträuchern, 2 §§ 1—3.
 Nutzwede, f. Klautiere.
 O.
 Obdachlosenpolizei, 35 § 1.
 Oberärzte in den Kliniken, 45 §§ 16, 29.
 Oberbürgermeister
 1. untere Verwaltungsbehörde, 2 § 2; 30 §§ 1, 2, 6; 114 § 2;
 2. Gemeindevorstand, 9 Art. 3;
 3. ortspolizeil. Befugnisse, 35 § 1;
 4. Einvernehmen, 20 § 25;
 5. sonstige Zuständigkeit, 86 § 1; 91 Art. 1.
 Obere Forstbehörde, Einvernehmen, 141 Art. 1 Ziff. 4.
 Obergrenze (Schlüsselanteile der Gemeinden), 28 §§ 2, 6, 7.
 Ober-Ingelheim, f. Ingelheim.
 Oberlandesgerichtspräsident, 34.
 Obermörlen, Wohnsiedlungsgebiet, 92.
 Ober-Mumbach, Hereinnahme der Gemeinde in den Standesamtsbezirk Reifen, Bef. v. 6. Sept., 137.
 Oberpfleger(in), 45 § 20.
 Oberregierungs- u. Veterinärrat, 114.
 Oberschulen für Jungen u. Mädchen, 148 Art. 9.
 Oberste Naturschutzbehörde, 135 § 2; 152 § 2.
 Obstbäume u. Sträucher, besprühen, 2 §§ 1—3;
 — mit arsenhaltigen Mitteln, 28 § 1.
 Obstbaumkarbolinum, 2 § 1.
 Obstbaumschädlinge, WD. zur Bekämpfung von Blattläugern, Schildläusen u. and. O. während der Winterruhe, v. 22. Dez. 1938, Reg.-Bl. 1939, 1.
 Odstadt, Enteignung von Grundeigentum in der Gemarkung, 120;
 — Wohnsiedlungsgebiet, 92.
 Offenbach a. M., Meister[schule] des Deutschen Handwerks, Bef. v. 11. Febr., 14;
 — Anordng. zur Durchf. des Gef. über die Bildung des Stadtkreises v. 9. Aug. 1938, v. 22. April, 88.
 Offene Fischgewässer, f. F.
 Offene Handelsgesellschaft, Übergang von Rechten aus Vermögen der, 15 § 3.
 Offenlegung, der Anlage eines Dampfkessels, 8 § 34;
 — der Satzung der Eigentumsgeossenschaft u. des Bereinigungsplans, 141 Art. 1 Ziff. 4.
 Öffentliche Bekanntmachung, 30 § 2;
 — ö. B. der Anlage eines Dampfkessels, 8 § 34.
 Öffentliche Energieversorgung, Enteignung für deren Zwecke, Bef. v. 15. Aug., 135.
 Öffentliches Schlachthaus, Benutzung, 151 § 2;
 — Ausnahme in Rudlos, 26 Ziff. 4, f.
 Öffentlich-rechtliche Sparkassen, f. Sp.
 Ölernte, Gefährdung, 30 § 2.
 Operationen, militärische, Schäden, 155 Art. 22.
 Oppenheimer Hafen, Übergang mit Zubehör u. Bestandteilen auf das Reich, 27.
 Ordnungstrafe, Wertzuwachssteuerordnung, 20 § 29.
 Organe von Einheiten, Impfstoffe daraus, 2 § 1.
 Organisation der Vermessungsämter, WD. v. 27. Febr., 27;
 — des Vermessungswesens, WD. v. 27. März, 36.
 Ortenberg, Bef., den Gemeindeverband für den Kraftwagenverkehr O. u. Umgebung betr., v. 8. Febr., 13.
 Ortsbauzusage von Auerbach, 25 Ziff. 4, a.

Ortsgerichte

1. Aufhebung des D. Wiesed u. Klein-Linden, Bef. v. 30. Mai, 113.
- Aufhebung des D. Dornberg u. Zuteilung zum D. Tr.-Gerau, 85;
2. Bef., Ortsgericht Groß-Gerau betr., v. 17. April, 85;
- Isldorf, Bef. v. 17. April, 87;
- Ingelheim, Bef. v. 17. April, 87;
3. D. in Kempfen u. Gausheim, 33 Ziff. 7;
4. Schätzungen durch D., 125 II.

Ortsgerichtliche Geschäfte in der Gemeinde Bodenrod, Bef. über deren Erledigung, v. 5. April, 85.

Ortsklasseneinteilung, Bef. v. 6. März, 27; Bef. v. 23. Mai, 93; Bef. v. 23. Mai, 93; Bef. v. 23. Mai, 94; Bef. v. 23. Mai, 94; Bef. v. 23. Mai, 94.

Ortspolizei, 2 § 3;

— WD. zur Ausf. des Ges. über die Ortspolizei, v. 20. März, 35.

Ortspolizeibehörde, 7 §§ 34, 35; 38 Ziff. 2, 5—8; 86 § 1; 115 § 3.

Ortsrecht, in Kirchgarten, 5 Ziff. 2;

— in Isldorf, 5 Ziff. 3;

— in Kempfen u. Gausheim, 33 Ziff. 4.

Ortsrakungen, WD. über die Zuständigkeit der Gemeinden zum Erlaß von D. in anderen als eigenen Angelegenheiten, v. 9. März, 29.

Ortschulvorstand, Kosten, 162 Art. 1 (Art. 62).

Ortsübliche Bekanntmachung, 30 § 2; 85 § 2; 121 § 41.

Os, Wohnsiedlungsgebiet, 92.

Ostheim, Wohnsiedlungsgebiet, 92.

P.

Pachten, Kassenanweisungen darüb., 79 §§ 61, 62.

Pächter von Grundstücken, Rattenbekämpfung, 86 §§ 1, 2, 4.

Parlanlagen, Rattenbekämpfung, 86 §§ 1 ff.

Pauschalierte Krankenkosten, 42 §§ 5, 12; 64 Ziff. 5.

Pauschbetrag, Festsetzung für die Wertzuwachssteuer, 17 § 13.

Personalkredite, dingliche Sicherung ders., 127 D.

Personenbahnhof in Rüsselsheim, Enteignung für dessen Errichtung, Bef. v. 23. Sept., 138.

Persönliche Angelegenheiten, i. Auskunft.

Persönliche Ausgaben, Verwaltungsaufwand der höheren Schulen, 147 Art. 1, 4, 5, 9.

Persönliche Kosten der Volksschulen u. Berufsschulen, 162 Art. 1 (Art. 62, 62a, 62b).

Pfledersheim, Wohnsiedlungsgebiet, 84; 93.

Pfiffelheim, Wohnsiedlungsgebiet, 84; 93.

Pflanzen im Naturschutzgebiet Hangelstein, 135 § 3;

— desgl. Mainzer Sand, 152 § 3.

Pflanzenchutzamt, 2 §§ 2, 3;

— Benehmen, 30 § 2; 85 §§ 1, 2; 114 § 2;

— Vorschlag, 30 §§ 2, 4;

— Beauftragung, 2 §§ 2, 3; 114 §§ 2, 3.

Pflanzenchutz-Bezirksstellen, Vorschlag, 30 § 2.

Pflanzenchutzmittel, i. arsenhaltige Pf.

Pflege, i. Wartung.

Pflegeelder bei den hess. Landes-Heil- u. Pflegeanstalten, Bef. v. 4. Okt., 143.

Pfenterbetrieb im Naturschutzgebiet Hangelstein, 135 § 4.

Pfotenlymphe des Landesimpfstituts zu Darmstadt, Geb. dafür, Bef. v. 31. Mai, 114.

Pohlhons, Wohnsiedlungsgebiet, 92.

Poliklinik, 42 §§ 4, 13; 64 B, § 76.

Poliklinisches Krankenblatt, 42 § 4.

Polizei, i. Gesundheits-, Gewerbe-, Lebensmittel-, Obdachlosen-, Schul-, Veterinär-, Wege-P.

Polizeiformationen, Geb. für Abgabe von Pfotenlymphe, 114.

Polizeiliche Bekämpfung, i. B.

Polizeiliche Tötung, i. L.

Präsident des Oberlandesgerichts, 34.

Preis, i. Kauf-, Erwerbs-, Veräußerungs-P.

Preise der Arzneien, 1.

Protokoll, i. Niederschrift.

Prüfhühne bei Getränkechankanlagen, 6 Ziff. 3.

Prüfung

1. des Antrages auf Genehmigung eines Dampfessels, 7 § 33; Ergebnis der P., dah.;
 2. der Zubereitungs- u. Abgabestelle des homöopathischen Arztes, 34 Art. 4;
 3. der Dampfgefäße, 157 Ziff. 2, 3.
- Prüfungsordnung für Turn-, Sport- u. Gymnastiklehrer (-innen) im freien Beruf, Bef. v. 2. Sept., 136.

Q.

Quittung der Amtskasse der klinischen Universitätsanstalten, 47 § 25; 65 § 3; Muster, 71.

R.

Rang der eingetragenen dinglichen Rechte, 141 Art. 1.

Rangstelle, bei Beleihungen, 126 III; 127 III.

Raps, Behandlung mit arsenhaltigen Mitteln, 28 § 1.

Ratsherrn, aus Auerbach zum Rat von Bensheim, 25 Ziff. 4, e;

— aus Rudlos für Lauterbach, 26 Ziff. 4, c;

— aus Kempfen u. Gausheim für Bingen, 33 Ziff. 5.

Rattenbekämpfung, Pol.-WD. darüb. v. 19. April, 86;

— allgemeine R., 86 §§ 3, 4.

Rattenbekämpfungsmittel, 86 §§ 2, 3.

Räume, der Austunfterteiler, 38 Ziff. 7;

— Zutritt zu R. mit Rattenbekämpfungsmitteln, 86 § 1.

Raupen des Maiszünslers, 85 §§ 2, 4.

Reben, Behandlung mit arsenhaltigen Mitteln, 28 § 2.

Reblausverseuchte Gemartungen in dem hess. Weinbau-

gebiet, Bef. v. 13. März, 87.

Rechnerische Feststellung, 82 §§ 84, 86, 87.

Rechnungen

1. über Nebenleistungen, 45 §§ 16, 29;

2. für Kranke, Ausstellung, 46 §§ 25 ff.;

— Muster, 59, 60, 61, 62.

Rechnungsabschnitt, 76 § 19.

Rechnungsamt, Hess., 82 §§ 80, 86.

Rechnungsbelege, 76 §§ 20, 44, 46, 47, 71, 72, 77, 90, 95.

Rechnungshof, Entscheidung, 75 § 5;

— Zustimmung, 75 §§ 9, 11, 49;

— sonstige Zuständigkeit, 75 § 7, 61, 62, 65, 71, 80, 98, 107.

Rechnungsjahr,

1. Krankenkosten bei den medizin. klinischen Anstalten in Gießen, 41 §§ 2, 4, 11, 14, 28; 63 A Ziff. 1, 5; B Ziff. 8; 65 § 4;

2. Zeitabschnitte des R., 75 §§ 5, 12, 24, 26, 65;

— Zeitraum, länger als ein R., 75 §§ 5, 19.

Rechnungslegung über die Einnahmen u. Ausgaben der Sondervermögen („Stöcke“) des Landes usw., 75 § 1;

— der klinischen Universitätsanstalten, 63 § 4.

Rechnungslegungsabschnitt, 76 § 19.

Rechnungslegungsbücher, 75 §§ 5, 7, 19, 21, 22, 44, 97, 107.

Rechnungslegungsordnung für das Reich (WRMO.), vorläuf. Vollzugs-Best. des Landes Hessen zu ders., v. 22. April, 75.

Rechnungsnachweisung, 77 §§ 24, 25.

Rechte am Nachvermögen einer G. m. b. H. usw., Übergang ders., 15 § 3;

— i. a. dingliche R.

Rechtsänderung, Eintragung im Grundbuch, 15 § 6.

Rechtsbeschwerde gegen die Berufungsentscheidung des Finanzgerichts, 20 § 29.

Rechtskraft der Entscheidungen, 8 § 35.

Rechtsmittelbelehrung, 8 § 35.

Rechtsnachfolger der Gemartung Hammerau, 34 Ziff. 2.

Rechtspflege, Überleitung auf das Reich, Bef. v. 8. März, 34.

Rechtsvorgänger des Veräußerers, 15 § 1.

Regierung, Landes-R., i. Reichsstatthalter.

Regierungsblatt, Veröffentlichungen darin, 79 §§ 61, 62;

121 § 41; 137 § 4; 141 Art. 2; 155 Art. 2.

Regierungsoberveterinär, Regierungsveterinär, 114.

Reich, Übergang der Wasserstraßen von den Ländern auf das R. (Reichs-Ges. v. 29. Juli 1921), Bef. v. 24. Febr., 27;

— Überleitung der Rechtspflege auf das R., Bef. v. 8. März, 34.

— Kleinfahrzeuge des R., 159 § 2;
 — Wertzuwachssteuer, 19 § 24;
 — i. a. Bürgschaft.
 Reichsangehörigkeit, i. deutsche R.
 Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung u. Arbeitslosenversicherung, 8 Art. 2.
 Reichsbahnzwecke, Enteignung dafür (Errichtung eines Personenbahnhofs in Rüsselsheim), Bef. v. 23. Sept., 138.
 Reichsbeamte, i. Beamte.
 Reichsbefoldungs-Ges. v. 16. Dez. 1927 gilt für die hess. Staatsbeamten, 99 §§ 1, 5.
 Reichsbefoldungsordnung, 99 §§ 2 (4), 3.
 Reichsfiskus, Enteignung von Grundeigentum für Zwecke des R. (Heer), WD. v. 4. Juli, 120; WD. v. 4. Juli, 120; WD. v. 7. Okt., 143; (Luftwaffe) WD. v. 4. Juli, 120.
 Reichskassenordnung, i. Amtskasse.
 Reichsminister für Ernährung u. Landwirtschaft, Zustimmung, 28 § 2; 30 § 2.
 Reichsminister des Inneren, Entscheidung, 119 §§ 10, 11.
 Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung u. Volksbildung, Genehmigung, 136.
 Reichsnaturschutzbuch, Eintrag: des Hangelsteins, 135 § 1; — des Mainzer Sandes, 152 § 1.
 Reichstatthalter — Landesregierung —
 1. als Gemeindeaufsichtsbehörde, 8 Art. 4;
 2. als höhere Naturschutzbehörde, 135 § 2; 152 § 2;
 — Ausnahmen, 135 § 4; 152 § 4;
 3. Zuständigkeiten:
 — Erlaubnis, 34 Art. 1 ff.;
 — Entscheidung, 36 § 4; 91 Art. 1; 148 Art. 7;
 — Ermächtigung, 163 Art. 66b;
 — Genehmigung u. Zustimmung, 30 § 2; 121 § 41; 126 II; 129 (3); 144 § 3;
 — sonstige Zuständigkeit, 20 § 29; 25 Ziff. 4, c, d; 26 Ziff. 4, b; 28 §§ 4, 6, 8; 121 § 41; 148 Art. 4, 6, 9;
 — Abteilungen der Landesregierung:
 a) Bauverwaltung, 1 § 2;
 b) Bildungsweisen usw., 64 § 2;
 c) Finanzverwaltung: Einnahmen, 75 §§ 5, 20, 78;
 — Bestimmung, 75 §§ 9, 14;
 — Zustimmung, 82 §§ 80, 81, 111;
 — sonst. Tätigkeit, 75 § 11; 36 §§ 2, 3;
 d) zuständige Abteilung der Landesregierung, 75 §§ 5, 20, 49, 80, 86.
 Reichsstelle für Naturschutz in Berlin, 135 § 2; 152 § 2.
 Reichswirtschaftsminister, 128 (6).
 Reinertrag eines Grundstücks, 126 I (1).
 Reisen, Standesamtsbezirk, Bereinnahme der Gemeinden Ober-Mumbach u. Wöckelsbach in dens., Bef. v. 6. Sept., 137.
 Refonovaleserum gegen Maul- u. Klauenseuche, 144 § 1.
 Rentenschulden, i. Hypotheken.
 Rhein, Pol.-WD., die Änderung der Pol.-WD. über die Einrichtung, den Betrieb u. die Benutzung der Fähren auf dem Rhein v. 4. Mai 1937 betr., v. 17. April, 84.
 Rheinschiffahrt, Aufhebung von Vorschr. dafür, WD. v. 30. Mai, 113.
 Rheinstromgebiet, deutsches, Bef. über die amtliche Kennzeichnung der Kleinfahrzeuge darin, v. 2. Dez., 159.
 Richtlinien zur Rattenbekämpfung, 86 § 4;
 — i. a. Maßnahmen, Mittel, Verfahren.
 Riedeselsche Sandgruben u. Weiher in Rudlos, 26 Ziff. 4, g.
 Rind,
 1. Bef. über die Bekämpfung des seuchenhaften Verfalls (Bang-Infektion des R.) v. 8. Aug., 129;
 — Bef. über die vorläufige Einstellung der polizeil. Bekämpfung, v. 17. Nov., 155;
 2. Impfung der Rinder gegen Maul- u. Klauenseuche, 144 §§ 1, 2.
 Rödgen (bei Gießen u. bei Bad Nauheim), Wohnsiedlungsgebiet, 92.
 Röntgenabteilungen, 44 § 13.
 Roter Eintrag, 63 A 2; in Rechnungsnachweisungen, 77 § 24.
 Rück-, hierunter vermiste Stichworte i. unter Zurück-

Rücklagen, i. Erneuerungs-R., Schulbau-R.
 Rudlos, Eingliederung der Gemeinde in die Stadt Lauterbach, Erl. v. 22. Febr., 26;
 — Eingliederung des Standesamtsbezirks Blihenrod in den Standesamtsbezirk Lauterbach mit Rudlos, Bef. v. 30. März, 39;
 — Wohnungsgeldzuschuß, 94.
 Ruhegehaltsempfänger, allgem. Auszahlungsanordnung, 80 § 68 Abs. 1, c.
 Rüsselsheim, Errichtung eines Personenbahnhofs, Enteignung dafür, Bef. v. 23. Sept., 138

S.

Sächliche Ausgaben, Verwaltungsaufwand der höheren Schulen, 147 Art. 1, 4.
 Sachliche Feststellung, 82 §§ 80, 81.
 Sachliche Kosten der Volksschulen u. Berufsschulen, 162 Art. 1 (Art. 62).
 Sachverständige, für Prüfung der Anlage eines Dampfkessels, 7 § 34;
 — zur Schätzung von Hausgrundstücken, 125 II.
 Sammelbeleg, 79 §§ 61, 62, 64, 97.
 Sand, i. Entnahme.
 Sandbruch („Mainzer Sand“), 152 § 2.
 St. Johann, Gemarkungsgrenzänderung, Beschl. v. 17. März, 35.
 Sätze, i. Mindest-S.
 Satzung einer Eigentümergenossenschaft, 141 Art. 1 Ziff. 4;
 — i. Orts-S., Ortsbau-S., Muster-S.
 Säumniszuschläge auf Wertzuwachssteuer, 20 § 28.
 Schäden durch Militär, 155 Art. 22.
 Schafe, Ausgleichszuschlag in Worms, 14 I;
 — Impfung gegen Maul- u. Klauenseuche, 144 § 1.
 Schätzung, von Hausgrundstücken, 125 I, II;
 — von land- u. forstwirtschaftlich genutzten Grundstücken, 126 I;
 — bei Kreditgewährung, 127 D.
 Schätzungsämter, 125 II.
 Schenkungen, Genehmigung, Bef. v. 2. Jan., 3; Bef. v. 1. Juli, 122.
 Schieberboote, 159 § 2.
 Schiffsberg, Eingliederung der selbständigen Gemarkung in die Stadt Gießen, Erlaß des Reichstatthalters v. 3. Jan., 6;
 — Wohnungsgeldzuschuß, 27;
 — Wohnsiedlungsgebiet, 92.
 Schiffsdampfkessel, 7 § 29; 8 § 35.
 Schiffsräume, Rattenbekämpfung, 86 §§ 1 ff.
 Schildläuse, i. Obstbaumschädlinge.
 Schlachten, i. Abchlachtung.
 Schlachthauszwang, 151 § 2;
 — Ausnahme in Rudlos, 26 Ziff. 4, f.
 Schlachtvieh- u. Fleischbeschau, 35 § 1.
 Schlachtzwecke, i. Klauentiere.
 Schließung der Apotheken an Sonn- u. Feiertagen u. um die Mittagszeit, 121 § 41.
 Schlüssel zur Verteilung der Gemeindeanteile, 28 §§ 1, 3.
 Schlüsselanteile, der Gemeinden, 28 §§ 2, 7.
 Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden, 28 §§ 1, 3, 7, 8.
 Schlussauszahlungen, 76 §§ 20, 26.
 Schlussrechnung, 78 § 45.
 Schönberg, Eingliederung der Gemeinde in die Stadt Bensheim, Erl. v. 22. Febr., 25;
 — Vereinigung des Standesamtsbezirks mit dem von Bensheim, Bef. v. 30. Aug., 136;
 — Wohnsiedlungsgebiet, 87; 93;
 — Wohnungsgeldzuschuß, 94.
 Schonzeit, Aufhebung der wöchentlichen Schonzeit in den offenen Fischgewässern, WD. v. 16. Dez., 162.
 Schotten
 1. Errichtung eines Straßenbauamtes in Sch., WD. darüb. v. 19. Sept. 1938, Reg.-Bl. 1939, 1; Bef. zu dieser WD., v. 30. Dez. 1938, Reg.-Bl. 1939, 1;
 2. Außenstelle des Wasserwirtschaftsamts, 136.
 Schreibmaschinenschrift, 78 § 53.

Schriftliche Form, 20 § 28; 43 §§ 8, 9, 11, 26; 65 § 3; 81 §§ 72, 80, 86; 148 Art. 7.
 Schulbaurücklage, der Kreise, 163 Art. 66b, 66d;
 — des Landes, 163 Art. 66c, 66d.
 Schulbauwesen, der Gemeinden, 163 Art. 66a.
 Schulbeamte, Dienstbezüge, 99 § 1 (2).
 Schulen, f. höhere Sch., Gemeinde-Sch., Meister-Sch.
 Schulgebäude, Sch.-Grundstück, 147 Art. 2.
 Schulgeld, 148 Art. 4;
 — Sch. der Gemeinden, 148 Art. 9.
 Schulgemeinden, Aufbringung der Schulkosten, 163 Ziff. 5.
 Schulleiter, 147 Art. 1, 7.
 Schulortsgemeinden, Beteiligung am Verwaltungsaufwand der höheren Schulen, 147 Art. 1;
 — 4, 6, 7, 10.
 Schulpolizei, 35 § 1.
 Schulstellen einer Gemeinde, 162 Art. 62a.
 Schutz, der Felder u. Gärten gegen Tauben, WD. v. 9. März, 29;
 — der Bienen, 28 § 1;
 — der Frühjahr- u. Herbstausaat, 30 §§ 1, 2;
 — f. a. Einzelhandel.
 Schutzgebiet Hangelstein, 135 §§ 1 ff.;
 — Mainzer Sand, 152 §§ 1 ff.
 Schutzhäftlinge, f. Gefangene.
 Schutzimpfung, aktive, gegen Maul- u. Klauenseuche in Sperrbezirken, Viehseuchepolizeil. Anordng. darüb. v. 14. Okt., 144.
 Schutz- u. Sicherheitshafen, Oppenheim, 26.
 Schwachsinrige Kinder u. andere Pfléglinge, Pflegegeld, 143.
 Schwalheim, Wohnsiedlungsgebiet, 92.
 Schwarze Tinte oder T.-Stift, 81 § 77.
 Schwefelsäurebrühe mit 1% Eisenvitriol, 2 § 1.
 Schweine
 1. Ausgleichszuschlag in Worms, 141;
 2. aus Sperrbezirken, Kastrieren, Abschachten, 151 §§ 1, 2.
 Schweinepest, Viehseuchepolizeil. Anordng. über deren Bekämpfung, v. 30. Okt., 151.
 Selbständige Gemarkung, f. G.
 Selbstzahler, Kranke, 63 A 3; 64 § 1.
 Sera, f. Impfstoffe.
 Serologische Syphilisdiagnose, Bef. v. 2. Febr., 13.
 Serum, f. Hochimmun-S., Refonvaleszenten-S.
 Seuchenhaft, f. Verkaben, Verwerfen.
 Sicherstellung, f. dingliche S.
 Sicherung der Krankenkosten, 43 II.
 Sicherungshypothenken, Bestellung, 127 D.
 Sollbuch über Kur- u. Verpflegungskosten u. über Nebenleistungen für stationäre Kranke, 63 A; Muster, 69.
 Sondergebäudesteuer-Ges. v. 19. Febr. 1938, Bef. zur Abänd. desj. v. 27. Febr., 22.
 Sondervermögen, von den klinischen Universitätsanstalten verwaltete S., 63 § 4;
 — Sondervermögen („Stöcke“) des Landes, Rechnungslegung, 75 § 1.
 Sonn- u. Feiertage, Schließung einer Apotheke, 121 § 41.
 Spaltenzählsumme, 76 § 16.
 Spargel, Behandlung mit arsenhaltigen Mitteln, 28 § 2.
 Sparkassen, Beleihungsgrundsätze für die hess. öffentlichen Sp., v. 19. Nov. 1938, Reg.-Bl. 1939, 125;
 — Ergänzung der Grundsätze, v. 13. Juni, 128.
 Sparkassen- u. Giroverband, Hess., Anhör., 126 II.
 Sperrbezirke, f. Maul- u. Klauenseuche.
 Sperrzeiten für Tauben, 30 §§ 1—3, 5.
 Sportfahrzeuge, Kennzeichnung, 159 § 2.
 Sportlehrer, f. Turnlehrer.
 Sprechstundenpraxis der Klinikdirektoren u. Oberärzte, 45 §§ 16, 29.
 Spendlingen (Rh.-Hessen), Gemarkungsgrenzänderung, Befehl. v. 17. März, 35.
 Spülwasseroberfläche, bei Getränkeschankanlagen, 6 Ziff. 1.
 Staat, Anheimfall des Apothekenbetriebsrechts an den St., 118 § 1;
 — persönliche Kosten der Volksschulen, 162 Art. 1 (Art. 62).

Staatlich anerkannt, f. Tuberkulosebekämpfungsverfahren.
 Staatliche höhere Schulen, 147 I.
 Staatliche Polizeiverwaltung, Gemeinden mit st. P., 35 § 1;
 — Zuständigkeit der st. P. auf dem Gebiete der Gewerkepolizei, 35 § 2;
 — für sonstige Aufgaben, 36 § 3.
 Staatlicher Kontrollbeamter, 2 § 2.
 Staatliches Gesundheitsamt, 7 § 34; 121 § 41.
 Staatliches Veterinäruntersuchungsamt Gießen, 156 Ziff. 2.
 Staatsangehörigkeitsausweis, 117 § 1.
 Staatsbeamte
 1. Hess., Ges. über die Angleichung der Besoldung ders. an die Besoldung der Reichsbeamten, v. 31. Mai, 99;
 — Ges. zur Änderung des Ges. v. 31. Mai 1939, v. 29. Nov., 156;
 2. Staatsbeamte u. Angestellte, Bezüge u. Reisekosten der in einem Waidbereinigungsverfahren tätigen, 141 Art. 1 Ziff. 2.
 Staatsdienst, f. Angestellte.
 Staatsdienstamter, Bezüge, 99 § 1 (1).
 Städte, f. Bingen, Gernsheim.
 Stadtkasse Bingen, örtliche Verwaltungs- u. Zahlstelle in Kempten u. Gausheim, 33 Ziff. 6.
 Stadtfreie, Anordng. zur Durchf. des Ges. über die Bildung der St. Darmstadt, Gießen, Mainz, Offenbach u. Worms v. 9. Aug. 1938, v. 22. April, 88;
 — Beteiligung am Verwaltungsaufwand der höheren Schulen, 147 Art. 1, 3, 5, 6, 9;
 — Kosten der Berufsschulen, 163 Art. 62b.
 Stadtrechte, Verleihung, 26 Ziff. 2.
 Ställe u. Standorte der geimpften Klauentiere, 144 § 3.
 Standesamt in Kempten u. Gausheim, 33 Ziff. 7.
 Standesamtsbezirke
 1. Vereinigungen:
 a) Eingliederung des St. Dornberg in den St. Gr.-Gerau, Bef. v. 22. März, 36;
 b) des St. Blitzenrod in den St. Lauterbach mit Rudlos, Bef. v. 30. März, 39;
 c) Vereinigung der St. Nedarsteinach, Nedarhausen u. Darsberg zu einem St. Nedarsteinach, Bef. v. 8. Febr., 21;
 d) der St. Mühlheim u. Dietesheim zu einem St. Mühlheim am Main, Bef. v. 30. März, 39;
 e) der St. Ober-Ingelheim, Nieder-Ingelheim u. Frei-Weinheim zu einem St. Ingelheim am Rhein, Bef. v. 25. März, 37;
 f) der St. Bensheim, Auerbach, Schönberg u. Zell zu einem St. Bensheim, Bef. v. 30. Aug., 136;
 g) Hereinnahme der Gemeinden Ober-Mumbach u. Bödelbach in den St. Reifen, Bef. v. 6. Sept., 137;
 h) Zuteilung der Gemeinde Isdorf (Solms) zum Standesamtsbezirk Isdorf, Bef. v. 25. März, 37;
 2. Auflösung des St. Groß-Rohrheim mit Hammerau u. Neubildung des St. Groß-Rohrheim, Bef. v. 30. März, 39;
 3. Bezeichnung der St.,
 a) der Stadt Gießen, Bef. v. 15. Sept., 138; (wiederholt veröffentlicht S. 143);
 b) der Stadt Bingen, Bef. v. 9. Okt., 143.
 Standorte, f. Ställe.
 Standquartiere, Schäden, 155 Art. 22.
 Station, in der Klinik, 41 §§ 1, 3, 19, 20.
 Stationäre Kranken, Verwaltungsaufnahme, 41 §§ 1 ff., 4;
 — Kostenversicherung, 43 § 7;
 — Kostenfestsetzung, 43 § 11 ff., 14, 15;
 — Führung des Kostenblatts für st. K., 46 §§ 21 ff.;
 — Ausstellung der Rechnungen, 46 §§ 25—27;
 — Sollbuch, 63 A.
 Stationsarzt, 45 § 20.
 Stationskarte, 41 §§ 1, 3, 9, 11, 14, 15, 17, 22;
 — Führung der St., 45 §§ 18 ff.;
 — Muster, 51.
 Stationschweizer, 45 § 20.
 Steigenlassen, f. Drachen.
 Steinbach (i. Odw.), Wohnsiedlungsgebiet, 92.
 Steinjüth, Wohnsiedlungsgebiet, 92.

Stellenbeiträge (von den Gemeinden), 162 Art. 62a.
 Stempel, s. Dienstiegel.
 Stempelabdruck, 78 §§ 53, 77.
 Steuerbescheid, über Wertzuwachssteuer, 20 § 28;
 — Sondergebäudesteuer, 22 (2).
 Steuerfreiheit, s. Befreiung.
 Steuerkraft der Gemeinden, 28 § 1.
 Steuerkraftziffer, 28 §§ 2, 4—7.
 Steuermessbeträge, 28 § 4.
 Steuern (u. Abgaben, damit im Zusammenhang stehende Zinsen u. Kosten, sowie Gebühren), Auszahlungsanordnungen darüb., 79 §§ 55, 61, 62;
 — Annahmeanordnungen darüb., 80 § 67.
 Steuerpflichtige bei der Wertzuwachssteuer, 19 §§ 23, 27, 28.
 Steuerpflichtiger Rechtsvorgang (Rechtsgeschäft), Wertzuwachssteuer, 15 §§ 1—7, 8 Ziff. 5, 19, 20, 23, 27.
 Steuerstelle, s. Finanzamt.
 Stiftungen
 1. Genehmigung: zur Förderung von Berufsausbildungsmaßnahmen (Stroh-Schramm-Busse-Stiftung), Bef. v. 9. Juni, 115;
 — „Sanitätsrat Dr. Jakob Weder-Stiftung“, Bef. v. 13. Juli, 117;
 — der Tuchfabrik W. Ludwig Arzt in Michelstadt i. Odw., Bef. v. 8. Sept., 137;
 — Johann-Otto-Mühlhäuser-Gedächtnis-Stiftung, Bef. v. 6. Nov., 155;
 2. von den klinischen Universitätsanstalten verwaltete St., 63 § 4;
 3. Rechnungslegung über Einnahmen u. Ausgaben von St., 75 § 1.
 Stöcker bei Getränkekanalanlagen, 6 Ziff. 2.
 Stöcke, s. Sondervermögen.
 Stöckheim, Wohnsiedlungsgebiet, 92.
 Straßen, Bekämpfung der Mäuse, 114 §§ 1 ff.
 Straßenbauamt, Errichtung in Scholten, WD. darüb. v. 19. Sept. 1938, Reg.-Bl. 1939, 1; Bef. zu dieser WD., v. 30. Dez. 1938, Reg.-Bl. 1939, 1.
 Straßenbauten, Leistungen dafür, 18 § 15 Ziff. 4.
 Strahheim, Wohnsiedlungsgebiet, 92.
 Strategische Anordnungen, Schäden, 155 Art. 22.
 Sträucher, s. Obstbäume.
 Streiwerth, 20 § 29.
 Stroh-Schramm-Busse-Stiftung, Bef. v. 9. Juni, 115.
 Suchkartei, s. Gesamtkartei.
 Syphilisdiagnose, serologische, Bef. v. 2. Febr., 13.

I.

Tag, der Entlassung oder des Todes eines Kranken, 45 § 20;
 — s. a. Herstellungs-T.
 Tanzsäle, Beleihung, 128 E.
 Tarif, s. Wassergeld.
 Tauben, WD. zum Schutz der Felder u. Gärten gegen T., v. 9. März, 29;
 — T. in Feldern u. Gärten, 30 §§ 1, 3, 5.
 Tausch von Grundstücken, Wertzuwachssteuer, 19 § 21.
 Technische Assistentinnen, Bef. v. 12. Mai, 95.
 Technische Grundstücke für Einrichtung u. Betrieb von Getränkekanalanlagen, Abänd., 6;
 — Ausn. von der Geltung, 27.
 Technische Lehranstalten in Offenbach, künftige Bezeichnung, 14.
 Technische Prüfung, Dampfgefäße, 157 Ziff. 2, 3.
 Technische Überwachungsstelle zur Überwachung der Dampfessel, 7 § 2; 7 §§ 30, 33, 35.
 Technischer Überwachungsverein in Frankfurt a. M., 7 § 30; 157 Ziff. 1—4.
 Teil eines Grundstücks, Beschränkung des steuerpflichtigen Rechtsvorgangs darauf, 18 § 18.
 Teilband des Titelbuchs, 76 §§ 18, 19, 22.
 Teilbände für Zeitabschnitte des Rechnungsjahres, 75 §§ 12, 24, 65.
 Teilleistungen, 18 § 17.
 Teilveräußerungen, 19 § 18.
 Teufelskanzel (Hangelstein), 135 § 2.
 Theater, Beleihung, 128 E.

Tierärzte, Bef. über die Amtsbezeichnung der beamteten T. in Hessen v. 31. Mai, 114;
 — Tätigkeit nach der Anordng. über Schutzimpfung gegen Maul- u. Klauenseuche, 144 § 3;
 — beamteter T., 144 § 1.
 Tierärztlicher Referent der Landesregierung, 114.
 Tiere im Naturschutzgebiet Hangelstein, 135 § 3;
 — desgl. Mainzer Sand, 152 § 3.
 Tilgung der Hypotheken, 126 IV.
 Tinte, Schrift, 78 §§ 53, 77.
 Tintenstift, Benutzung für Rassenanweisungen u. a., 78 §§ 49, 53, 56, 77.
 Titelbuch, 76 §§ 16, 18, 19, 22, 27, 49, 72;
 — Belege zum T. (Muster), 84;
 — T. über Haushaltseinnahmen aus poliklinischer Behandlung, 64 B.
 Titelverzeichnisse, für Kranke, 65 §§ 4, 5, 7; Muster, 72, 73, 74.
 Tod eines Kranken, 45 § 20.
 Tongruben, Beleihung, 128 E.
 Torfstiche, Beleihung, 128 E.
 Tötung von tuberkulösen Kindern, 156 Ziff. 1.
 Traisa, Wohnsiedlungsgebiet, 92.
 Treburer Oberwald, Änderung der Gemarkungsgrenzen zwischen den Gemarkungen T. O. u. Walldorf, Bef. v. 9. Febr., 14.
 Tuberkulosebekämpfungsverfahren, Bef. über die vorläufige Einstellung des freiwilligen staatlich anerkannten T., v. 17. Nov., 155.
 Turnlehrer, Prüfungsordnung für Turn-, Sport- u. Gymnastiklehrer(innen) im freien Beruf, Bef. v. 2. Sept., 136.

II.

Übereignung des landeseigenen Schulgrundstücks, 147 Art. 2.
 Übergang, der Wasserstraßen von den Ländern auf das Reich (Reichs-Ges. v. 29. Juli 1921), Bef. v. 24. Febr., 27;
 — der Befugnisse nach § 9 der 1. WD. zur Durchf. des Ges. über die Bildung der Stadtkreise, 88;
 — des Eigentums an einem Grundstück oder Teil, 15 §§ 1—3, 6, 7.
 Überlassung, s. unentgeltliche U.
 Überleitung der Rechtspflege auf das Reich, Bef. v. 8. März, 34.
 Übernahme der Zahlung der Wertzuwachssteuer, 18 §§ 17, 23.
 Übertragung der ortsgewöhnlichen Geschäfte für die Gemeinde Bodenrod, 85;
 — ortspolizeilicher Befugnisse, 35 § 1;
 — der Zuständigkeit des Hess. Justizministeriums, 34;
 — von Standesamtsgeschäften, s. Zuteilung.
 Überwachung
 1. der Dampfessel, technische U.-Stelle, 7 § 2; 7 §§ 30, 33;
 2. Maßnahmen zur Bekämpfung
 a) von Obstbaumschädlingen, 2 § 3;
 b) von Ratten, 86 § 1;
 c) der Mäuse, 115 § 3;
 3. der Zubereitungs- u. Abgabestelle des homöopathischen Arztes, 34 Art. 3, 4.
 Ufer, Bekämpfung der Ratten, 86 §§ 1 ff.;
 — der Mäuse, 114 §§ 1 ff.
 Umbau in Wohnstätten, 127 C (2).
 Umbauten, Aufwendungen dafür, 18 § 15 Ziff. 3.
 Umbenennung der Kulturbauämter in Wasserwirtschaftsämter, Bef. v. 31. Aug., 136;
 — s. a. Namensänderung.
 Umbildung der Hess. Landesverwaltung oder von Landesbehörden, 100 § 4.
 Umlegungsverfahren, Übergang von Grundstücken darin, 16 § 8 Ziff. 7;
 — Erwerbspreis, 17 § 11.
 Umjahsteuer, Anteil des Landes, 28 § 1.
 Unberührtbleiben
 1. von den Vorschriften:
 a) des Brieftauben-Ges., 30 § 7;
 b) der WD. über das Naturschutzgebiet Hangelstein, 135 § 4;

— desgl. Mainzer Sand, 152 § 4;
 2. von Verpflichtungen der Schulortsgemeinden auf besonderem Rechtsgrund, 148 Art. 10.
 Unbewegliche Bergwerksanteile, 15 § 2.
 Unbilligkeit der Wertzuwachssteuer, 20 § 25.
 Unentgeltliche Überlassung von Grundstücken zu Verkehrszwecken usw., 18 § 18.
 Universität Gießen, i. klinische Anstalten.
 Universitätsanstalten, i. klinische U.
 Universitätsapotheke, 44 § 11.
 Untere Naturschutzbehörde: Gießen, 135 § 2;
 — Mainz, 152 § 2.
 Untere Verwaltungsbehörde, i. Kreisamt, Landrat, Oberbürgermeister.
 Unterhaltspflichtige von Dämmen usw., Bekämpfung der Ratten, 86 §§ 1, 2, 4;
 — der Mäuse, 114 §§ 1 ff.
 Unternehmer einer Dampfkesselanlage, 7 §§ 30, 33, 34.
 Unternehmungen, i. bauliche U.
 Unterjagung, i. Verbot.
 Unterschied, zwischen den neuen u. bisherigen Dienstbezügen der Beamten, 99 § 2;
 — zwischen Erwerbspreis u. Veräußerungspreis, 17 § 9.
 Unterschrift, i. Namens-U.
 Unterstützung, i. laufende U.
 Unterstützungskasse für die Gesellschafter der Firma Ph. Ludwig Arzt in Michelstadt i. Odw., 137.
 Untersuchung, i. Blute, Verlade-U.
 Unversehrte Gehöfte, 144 §§ 1, 3.
 Urkunde, i. Genehmigungs-, Verleihungs-U.

B.

Bakzine, B.-Ringimpfung, 144 § 1.
 Veränderung von Dampfkesseln, 7 §§ 29, 30.
 Veranschlagung, i. vorläufige B.
 Verantwortlichkeit des Auskunfterteilers, 38 Ziff. 5;
 — nach d. Vollz.-Best. zur Rechnungslegungsordnung, 76 § 20.
 Veräußerer, Wertzuwachssteuer, 15 §§ 1, 14, 15, 23, 25.
 Veräußerungsgeschäfte, Wertzuwachssteuer, 15 § 7.
 Veräußerungspreis des Grundstücks, 17 §§ 9, 16, 17.
 Verbandmittel, Vorrat in den Apotheken, 133a.
 Verbesserungen eines Grundstücks, Aufwendungen dafür, 18 § 15 Ziff. 3.
 Verbindungsweg von Lauterbach nach Rudlos, 26 Ziff. 4, h.
 Verbot, der Anwendung arzenhaltiger Pflanzenschutzmittel bei blühenden Kulturpflanzen, WD. v. 7. März, 27;
 — des Steigenslassens von Drachen, Pol.-WD. v. 15. Sept., 137;
 — des Verkehrs mit Gefangenen u. Schutzhäftlingen, Pol.-WD. v. 1. Juli, 119;
 — der Rastration an Schweinen aus dem Sperrgebiet, 151 § 1;
 — i. a. Ausjacht-B.
 Verbote
 1. bei der Bekämpfung des Maiszünslers, 85 § 3;
 2. nach der WD. über das Naturschutzgebiet Hangelstein, 135 § 3;
 — desgl. Mainzer Sand, 152 § 3;
 3. i. Deckverbote.
 Verbrennen der Maisspindeln, 85 § 4.
 Verbuchungsfelle, 76 §§ 14, 53, 90.
 Verdeckung eines steuerpflichtigen Rechtsgeschäfts, 15 § 5.
 Verdienste um die Bewegung (Apotheker), 119 § 8.
 Verein, i. eingetragener B.
 Vereinbarung, i. Übernahme.
 Vereinfachtes Enteignungsverfahren, Erlaß darüb. v. 8. Febr., 13; Erl. v. 15. Febr., 21; Erl. v. 10. Mai, 88; Erl. v. 31. Mai, 113; Erl. v. 24. Juli, 121; Erl. v. 7. Juli, 122.
 Vereinigung der Standesamtsbezirke: Nedarsteinach, Nedarhausen u. Darsberg zu einem Standesamtsbezirk Nedarsteinach, Bef. v. 8. Febr., 21;
 — Ober-Engelheim, Nieder-Engelheim u. Frei-Weinheim zu einem Standesamtsbezirk Engelheim am Rhein, Bef. v. 25. März, 37;

Mühlheim u. Dietesheim zu einem Standesamtsbezirk Mühlheim am Main, Bef. v. 30. März, 39;
 — Bensheim, Auerbach, Schönberg u. Zell zu einem Standesamtsbezirk Bensheim, Bef. v. 30. Aug., 136;
 — i. a. Zusammenschluß, Eingliederung, Zuteilung, Herannahme.
 Verfahren bei Aufstellung von Dampfgefaßen, Bef. v. 2. Dez., 156;
 — B. zur Bekämpfung der Mäuse, 114 § 2;
 — i. a. Berufsungs-B., Enteignungs-B., Genehmigungs-B., Tuberkulosebekämpfungs-B., Umlegungs-B., Verwaltungstreit-B.; Maßnahmen, Mittel, Richtlinien.
 Verfolgung, i. Zuwiderhandlungen.
 Verhinderung, i. Behinderung.
 Verhüttung, Abgeben explosionsgefährlicher Gegenstände zur B., Aufhebung der Pol.-WD. darüb. v. 17. Okt. 1938, Bef. v. 17. Febr., 21.
 Verkalben, Bef. über die Bekämpfung des seuchenhaften B. des Kindes, v. 8. Aug., 129;
 — Bef. über die vorläufige Einstellung der polizeil. Bekämpfung des B., v. 17. Nov., 155.
 Verkaufswert eines Grundstücks, 126 I (2b).
 Verkehr, mit Gefangenen u. Schutzhäftlingen, Pol.-WD. über das Verbot des Verkehrs mit ihnen, v. 1. Juli, 119;
 — Ausf.-WD. zur WD. v. 23. Nov. 1939 zur Durchf. der WD. zur Bekämpfung von Notständen im B. v. 19. Sept. 1939, v. 12. Dez., 160;
 — i. a. Kraftwagen-B.
 Verkehrsanlagen, Aufwendungen dafür, 18 § 15 Ziff. 4.
 Verladeuntersuchungen von Klautentieren, die zu Schlacht-, sowie zu Nutz- u. Zuchtzwecken aus dem Lande Hessen ausgeführt werden, Bef. v. 4. Sept., 136.
 Verleihung
 1. von Apothekenbetriebsrechten, Bef. v. 20. Juni, 117;
 — insbes.: Voraussetzung, 117 § 1;
 — B.-Urkunde, 118 § 1;
 — Verjagung der B., 118 § 2;
 2. von Stadtrechten, 26 Ziff. 2.
 Verlust von Rechnungsbelegen, 78 § 46.
 Vermessungsämter, Organisation der, Bef. v. 27. Febr., 27;
 — Vermessungsämter u. Dienststellen, unterstehen der Landesregierung, 36 § 2.
 Vermessungsweisen, WD., die Organisation des, betr., v. 27. März, 36.
 Vermittlungsgebühr, 17 §§ 13, 15, 16.
 Vermögen, Übergang von Rechten am B. einer G. m. b. H. usw., 15 § 3.
 Verhältnisseverhältnisse, i. Auskunft.
 Vernichtung der Raupen des Maiszünslers, 85 §§ 2, 4.
 Verpfändung von Hypotheken u. Grundschulden, 127 D.
 Verpflichtungen, der Eigentümer von Obstbäumen, 2 §§ 1-3;
 — der Schulortsgemeinden u. Gemeinden auf besonderem Rechtsgrund, 148 Art. 10.
 Verjagung der Verleihung des Apothekenbetriebsrechts, 118 § 2.
 Verseuchte Gebiete, Ausfuhrimpfungen von Klautentieren zu Nutz- u. Zuchtzwecken aus starker v. G., Bef. v. 4. Sept., 137.
 Verseuchte Gemarkungen (Reblaus), 87.
 Versicherungsträger, 43 §§ 7, 26.
 Versorgungsbezüge, 99 §§ 2 (5), 5.
 Versorgungsgebühren, 81 § 74.
 Verständigung, i. Versuch.
 Versuch der Verständigung mit Gefangenen u. Schutzhäftlingen, 119 § 1.
 Versuche, i. wissenschaftliche B.
 Verteilung, des Ablösungsbetrags, 141 Art. 1;
 — des Gemeindeanteils an der Einkommen-, Körperschafts- u. Umsatzsteuer, 28 §§ 1, 7, 8.
 Verträge, auf B. beruhende Rukungen, 79 §§ 61, 62.
 Vertreibung des Apothekers, 134 b;
 — des buchführenden Beamten, 77 § 22;
 — i. a. Auslands-B.
 Verwahrung, als B. gebuchte Wertgegenstände, 75 §§ 4, 111.

Verwahrungsbuch der Kasse der klinischen Universitätsanstalten, 63 §§ 55, 63.

Verwaltung

1. der Klinik, 41 §§ 1, 2, 3, 7, 8, 15, 20, 22, 25, 26, 27, 28;
- der klinischen Anstalten in Gießen, 63 § 3;
2. der Wertzuwachssteuer, 20 § 28;

— f. a. Aufbewahrung.

Verwaltungsaufnahme, 41 I.

Verwaltungsaufwand der staatlichen höheren Schulen, 147 Art. 1 ff.

Verwaltungsdirektor, 64 §§ 1, 2, 6.

Verwaltungsgebühr, f. Geb.

Verwaltungsgerichtshof, Entscheidung, 20 § 29.

Verwaltungsrat der öffentlich-rechtlichen Sparkassen, 125 I (1), II (1); 126 III; 127 II, III; 127 D.

Verwaltungsstreitverfahren, 8 § 35.

Verwerfen, f. Verfahren.

Verwertung des Maisstrohs, 85 § 2.

Verzeichnis der Kranken, 42 § 3;

— f. a. alphabetisches B.

Veterinärpolizei, 35 § 1.

Veterinärpolizeiliche Behandlung von äußerlich erkennbarer Tuberkulose des Rindviehs, 156 Ziff. 1.

Veterinäruntersuchungsamt, f. staatliches B.

Viehkastrierer, gewerbsmäßige, Verbot für sie, 151 § 1.

Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.

1. über Impfstoffe u. Sera, v. 11. Jan., 2;
2. über aktive Schutzimpfung gegen Maul- u. Klauenseuche in Sperrbezirken v. 14. Okt., 144;
3. über die Einfuhr von Hasen u. Kaninchen, v. 30. Okt., 151 (Aufhebung der Anordng. v. 22. Nov. 1938);
4. über die Bekämpfung der Schweinepest, v. 30. Okt., 151.

Viehtränke in Rudlos, 26 Ziff. 4, 9.

Viernheim, Wohnsiedlungsgebiet, 84; 93.

Violetter Tintenstift, 81 § 77.

Vödelshach, Hereinnahme der Gemeinde in den Standesamtsbezirk Reifen, Bef. v. 6. Sept., 137.

Volksschulen, Kosten, 162 Art. 1 (Art. 62, 62a);

— in Bingen-Kempten u. Gausenheim, 33 Ziff. 10.

Volksschulwesen, Gef. über die Änderung des Gef., das B. im Volksstaat Hessen betr., v. 25. Okt. 1921, v. 29. Nov., 162.

Volksstaat, f. Hessen.

Volkszählung, 29 § 6.

Voraussetzung, der Kreditgewährung, 127 D 2;

— der Verleihung von Apothekenbetriebsrechten, 117 § 1.

Vorauszahlungen, 79 § 59;

— B. von Kranken, 43 § 8; 63 §§ 62, 72;

— B. auf die Sondergebäudesteuer, 22 (1).

Vorbuch zum Hauptbuch über Haushaltseinnahmen aus politischer Behandlung, 63 § 61; Muster, 67.

Vorlage der Geschäftsbücher der Auskunftsleiter, 38 Ziff. 7.

Vorläufige Einstellung, f. E.

Vorläufige Veranschlagung der Zuschüsse der Schulortsgemeinden u. Kreise, 148 Art. 6.

Vormittage, Verbot des Branntweinauschanks, 152.

Vornahme der Maßnahmen, zur Bekämpfung von Obstbaumschädlingen, 2 § 3.

Vorrat an Arznei- u. Verbandmitteln in den Apotheken, 133 a.

Vorschlag, f. Pflanzenschutz-Bezirksstellen, Pflanzenschutzamt.

Vorschüsse, Auszahlungen als B. gebucht, 83 § 111;

— f. a. Handvorschüsse.

Vorsteher, der Veranlagungsstelle, 20 § 29;

— der Verwaltungsbehörde, 82 §§ 80, 86.

W.

Wadernheim, Wohnsiedlungsgebiet, 92.

Waldbereinigungsgesetz, erstes Gef. zur Änderung des., v. 15. Sept., 141.

Waldbereinigungskommissar, 141 Art. 1.

Waldgrundstück, Belastung mit mehreren dinglichen Rechten, 141 Art. 1.

Waldwert der belasteten Parzellen, 141 Art. 1.

Walldorf, Änderung der Gemarkungsgrenzen zwischen den Gemarkungen Treburer Oberwald u. W., Bef. v. 9. Febr., 14.

Wartegelber, 100 § 5.

Wartung (Pflege) der Klauentiere, damit beauftragte Personen, 144 § 3.

Wasserbauämter, Hess., WD. über die Änderung der Amtsbezeichnung der., v. 25. Mai, 113.

Wasserbezugsordnung für Auerbach, 25 Ziff. 4, a.

Wasserdruckprobe (Dampfgefäße), 157 Ziff. 2, 3.

Wasserentnahme u. -Versorgung von Rudlos, 26 Ziff. 4, g, h.

Wassergeld in Bensheim-Auerbach, 25 Ziff. 4 d.

Wassermannsche Reaktion, Ausführung, 13.

Wasserschuhpolizei, 160 § 5.

Wassertragen, Übergang der. von den Ländern auf das Reich (Reichs-Gef. v. 29. Juli 1921), Bef. v. 24. Febr., 27.

Wassertragnämter, 159 §§ 3, 6;

— W. Worms u. Mainz, Ermächtigung, 160 I, II;

— f. a. Wasserbauämter.

Wasserwirtschaftsämter, Umbenennung der Kulturbauämter in W., Bef. v. 31. Aug., 136.

Wechsel, der Geschäftsstelle des Auskunftsleiters, 38 Ziff. 6;

— in der Person des Kassenleiters, 77 § 22.

Wege, Bekämpfung der Ratten, 86 §§ 1 ff.;

— der Mäuse, 114 §§ 1 ff.

Wegepolizei, 35 § 1.

Wegfall der Ausgleichszulagen, 156 Art. 1.

Wehrmacht, Kleinfahrzeuge, 159 § 2.

Wehrmachtapotheker, Bewerbung um Apothekenbetriebsrechte, 118 § 1.

Wehrpflicht, Erfüllung, 118 § 4.

Weinbaugelände, Hess., reblausverseuchte Gemarkungen darin, Bef. v. 13. März, 87.

Weinsheim, Wohnsiedlungsgebiet, 84; 93.

Weiterentrichtung der Sondergebäudesteuer, 22 (2).

Weiterstadt, Wohnsiedlungsgebiet, 92.

Wert, f. Bau-W., Ertrags-W., Wald-W.; gemeiner W.;

— des Streitgegenstandes, 20 § 29.

Wertgegenstände, der Kranken in den klinischen Universitätsanstalten, 63 § 55;

— W. als Verwahrungen gebuchte, 75 § 4.

Wertminderung des Grundstücks, 18 § 17.

Wertzuwachs, steuerpflichtiger, 15 §§ 1, 9.

Wertzuwachssteuer, Bef., die Erhebung einer solchen betr. (Musterfassung) v. 13. Febr., 15.

Wertzuwachssteuerbescheid, 20 § 28.

Wiesef, Eingliederung der Gemeinde in die Stadt Gießen, Erlaß des Reichstatthalters v. 3. Jan., 6;

— Aufhebung des Ortsgerichts, Bef. v. 30. Mai, 113;

— Wohnungsgeldzuschuß, 27;

— Wohnsiedlungsgebiet, 92;

— Standesamtsbezirk Gießen-Wiesef, 138.

Wies-Oppenheim, Wohnsiedlungsgebiet, 84; 93.

Winterruhe, f. Obstbaumschädlinge.

Wisselsheim, Wohnsiedlungsgebiet, 92.

Wissenschaftliche Fälle, Krankenkosten, 43 §§ 9, 12, 14, 18.

Wissenschaftliche Forschungen u. Versuche mit arsenhaltigen Mitteln, 28 § 2.

Wöchentliche Schonzeit, f. Sch.

Wohnhaus, Wertzuwachssteuer, 19 § 25.

Wohnsiedlungsgebiete, Bef., das Gef. über die Aufschließung von W. v. 22. Sept. 1933 betr.,

1. v. 11. April, 84; (Inkrafttreten: f. 8);

2. Bef. v. 4. April, 87; (Inkrafttreten: f. 9);

3. Wohnsiedlungsgebiet Darmstadt, Bef. v. 20. Mai, 91;

4. Gießen, Bef. v. 20. Mai, 92;

5. Bingen, Bef. v. 20. Mai, 92;

6. Friedberg—Bad Nauheim im Landkreis Friedberg, Bef. v. 20. Mai, 92;

7. Michelstadt—Erbach im Landkreis Erbach, Bef. v. 20. Mai, 92;

8. Worms, Bef. v. 26. Mai, 93;

9. Bensheim—Heppenheim, Bef. v. 26. Mai, 93.

Wohnsitz, des Kreditnehmers, 127 D 2;

— des Schiffsbefizers, 7 § 29;

- des Eigentümers des Kleinfahrzeugs, 159 § 3.
- Wohnung in eingegliederten Gemeinden;
 - Dürr-Ellenbach, 5 Ziff. 3;
 - Kirchgarten, 5 Ziff. 3;
 - Misdorf, 5 Ziff. 4;
 - Wiesed u. Klein-Linden, 6 Ziff. 3;
 - Auerbach, Schönberg, Zell, 25 Ziff. 3;
 - Blüthenrod u. Rudlos, 26 Ziff. 3;
 - Mülheim u. Dietesheim, 26 Ziff. 5;
 - Kempfen u. Gausheim, 33 Ziff. 2.
- Wohnungen, besonders teure, außerordentlicher Zuschuß, 115.
- Wohnungsgeldzuschuß, 99 §§ 1 (1, 2), 2, 5; 111 Art. 2;
 - Bef., W. betr., v. 13. Juni, 115;
 - W. für Wiesed, Kl.-Linden, Schiffsberg, 27.
- Wohnungspolizei, 35 § 1.
- Worms, Erhebung eines Ausgleichszuschlages bei Lebendvieh u. einer Ausgleichsabgabe auf frisches Fleisch in W.; Bef. v. 10. Febr., 14;
- Anordng. zur Durchf. des Ges. über die Bildung des Stadtkreises, v. 9. Aug. 1938, v. 22. April, 88;
- Wohnsiedlungsgebiet, Bef. v. 26. Mai, 93; 84;
- Wassertragenamt, 160 I, II.
- Wühlmäuse, f. Feldmäuse.

3.

- Zahl, f. Einwohner-Z.
- Zahlkartenabschnitte, 81 § 71.
- Zahlung der Wertzuwachssteuer, 19 §§ 23, 28;
 - f. a. Ausgleichs-Z., Voraus-Z.
- Zählung, f. Volks-Z.
- Zahlungsbeweise für Einzahlungen im unbaren Zahlungsverkehr, 81 §§ 71, 72.
- Zahlungspflichtiger bei der Wertzuwachssteuer, 19 § 23.
- Zeitaufschneide, einzelne, des Rechnungsjahres, 75 §§ 5, 12, 24, 26, 65.
- Zeitbuch, 76 § 16.
- Zeitraum, länger als ein Rechnungsjahr, 75 § 5.
- Zell, Eingliederung der Gemeinde in die Stadt Bensheim, Erl. v. 22. Febr., 25;
 - Vereinigung des Standesamtsbezirks mit dem von Bensheim, Bef. v. 30. Aug., 136;
 - Wohnungsgeldzuschuß, 94;
 - Wohnsiedlungsgebiet, 87; 93.
- Zentralrechnung, Aufstellung, 83 §§ 102, 103.
- Zeugnis, f. amtsärztliches Z., Leistungs-Z.
- Ziehboote, 159 § 2.
- Ziffern, f. Buchstaben.
- Zinsen, f. Steuern.
- Zubehör, gewerbliches, Wert dess., 127 C (4).
- Zubereitung homöopathischer Arzneien, 34 Art. 1;
 - 3.-Stelle, 34 Art. 3, 4.
- Zuchttiere, Blutunterjuchung, 156 Ziff. 2.
- Zuchtwerte, f. Klautentiere.
- Zulage, f. Ausgleichs-Z.
- Zulassung
 1. zur Fachprüfung der Turnlehrer(innen) usw., 136;
 2. f. Ausnahmen.
- Zurechnung, zum Erwerbspreis, 18 § 15;
 - zum Veräußerungspreis, 18 § 17.
- Zurück-, hierunter vermischte Stichworte f. unter Rück-.
- Zurücknahme, f. Antrag.
- Zusammenschluß der Gemeinden Misdorf und Misdorf (Solms) zu der Gemeinde Misdorf, Erlaß des Reichsstatthalters v. 30. Dez. 1938, Reg.-Bl. 1939, 5;
 - der Gemeinden Mülheim u. Dietesheim zu der Stadt Mülheim am Main, Erl. v. 28. Febr., 26;
 - f. a. Eingliederung, Vereinigung.
- Zuschlag, Erteilung, 17 § 10;

- f. a. Frauen-, Kinder-Z., Kreis-, Gemeinde-, Säumniszuschläge.
- Zuschuß
 1. außerordentlicher Z. zu besonders teuren Wohnungen, 115;
 2. der Schulortsgemeinde zu den persönlichen Ausgaben, 148 Art. 4, 6;
 - der Kreise, 148 Art. 5, 6, 9;
 - des Landes, 148 Art. 9;
 - f. a. Wohnungsgeld-Z.
- Zuständige Behörde, f. Gewerbeaufsichtsamt.
- Zuständiger Arzt, 43 §§ 10, 11.
- Zuständigkeit
 1. von Gemeinden zum Erlaß von Ortsakungen in anderen als eigenen Angelegenheiten, WD. v. 9. März, 29;
 2. des Hess. Justizministeriums, 34;
 3. der staatlichen Polizeiverwaltungen auf dem Gebiete der Gewerbepolizei, 35 § 2;
 - für sonstige Aufgaben, 36 § 3;
 - Entscheidung über die Z. in Zweifelsfällen, 36 § 4;
 4. für Verfolgung von Zuwiderhandlungen gegen das Hundesteuer-Ges., 91 Art. 1.
- Zustellung, der Entscheidung des Gewerbeaufsichtsamts, 8 § 35;
 - des Wertzuwachssteuerbescheids, 20 § 28.
- Zustimmung, f. Leiter der Sparkasse, Rechnungshof, Reichsminister für Ernährung u. Landwirtschaft, Reichstatthalter.
- Zuteilung der Gemeinde Misdorf (Solms) zum Standesamtsbezirk Misdorf, Bef. v. 25. März, 37;
 - der Gemeinde Dornberg zum Ortsgericht Gr.-Gerau, 85;
 - f. a. Vereinigung, Hereinnahme, Zusammenschluß, Eingliederung; Erteilung.
- Zutritt, f. Räume.
- Zuverlässigkeit des Apothekers, 118 § 2.
- Zuwiderhandlungen — gegen die WD. zur Bekämpfung von Blatläusen, Schildläusen u. anderen Obstbaumschädlingen während der Winterruhe, 2 § 4;
 - viehseuchenpolizeiliche Anordng. über Impfstoffe u. Sera, 2 § 3;
 - Wertzuwachssteuerordnung, 20 § 29;
 - WD. über das Verbot der Anwendung arsenhaltiger Pflanzenschutzmittel, 28 § 3;
 - WD. zum Schutz der Felder gegen Tauben, 30 § 5;
 - WD., das Dispensierrecht homöopathischer Ärzte betr., 34 Art. 7;
 - WD. zur Bekämpfung des Maiszünslers, 86 § 5;
 - Pol.-WD. über die Rattenbekämpfung, 86 § 5;
 - Hundesteuer-Ges., 91 Art. 1;
 - WD. zur Bekämpfung der Feldmäuse, 115 § 4;
 - Pol.-WD. über das Verbot des Verkehrs mit Gefangenen u. Schutzhäftlingen, 119 § 1;
 - WD. über das Naturschutzgebiet Hangelstein, 136 § 5;
 - Pol.-WD. über das Verbot des Steigenslassens von Drahten, 137 § 3;
 - gegen die viehpolizeil. Anordnung über aktive Schutzimpfung gegen Maul- u. Klautenseuche in Sperrbezirken, 144 § 5;
 - viehseuchenpolizeil. Anordng. über die Bekämpfung der Schweinepest, 151 § 3;
 - Pol.-WD., Ausschankverbot für Branntwein betr., 152;
 - WD. über das „Naturschutzgebiet Mainzer Sand“, 152 § 5;
 - Bef. über die amtliche Kennzeichnung der Kleinfahrzeuge im deutschen Rheinstromgebiet, 160 § 9;
 - WD. zur Durchf. der WD. zur Bekämpfung von Notständen im Verkehr, 161 § 6.
- Zwangsvorsteigerung, Übergang im Wege der Z., Preis, 17 §§ 10, 15 Ziff. 2;
 - Erwerb, 19 § 23.
- Zwingenberg, Wohnsiedlungsgebiet, 87; 93.
- Zwischenrechnung, 76 §§ 19, 25, 26, 45;
 - für Kranke, 45 §§ 20, 22, 27.

Alphabetisches Namensverzeichnis

der

im Hessischen Regierungsblatt vom Jahre 1939 enthaltenen Diensternennungen, Dienstentlassungen, Ruhestandsversetzungen, Sterbefälle, Namensänderungen usw.

Adermann, Alice 40.
Albert, Richard 10.
Amrhein, Georg 153.
Andres, Wilhelm 130.
Appel, Karl 23.
Arm, Philipp 89.
Armbrüster, Philipp 23.
Arnold, Emil 10.
Arnold, Heinrich 130.
Asthheimer, Johannes 97.
Asthheimer, Wilhelm 22.
Arenmacher, Jean 140.
Azt, Dr., Ernst 123.
Azt, Hermann 10.

Bachhaus, Hermann 9.
Bachhaus, Ingeborg 32.
Bachhaus, Mathilde Charlotte Edith 32.
Bäcker, Karl 130.
Balk, Heinrich 12.
Bärenz, Heinrich 39.
Bak, Adam 4.
Battenfeld, Frik 31.
Bauer, Friedrich 36, 163.
Bauer, Philipp 97.
Bauer, Wilhelm 89.
Baum, Heinz Walter 4.
Baumann, Magdalene 10.
Bausch, Dr., Wilhelm 24.
Bausemer, Alonja 149.
Baußmann, Karl 130.
Bayer, Anton 10.
Bayer, Georg 97.
Bayerer, Frik 90.
Bechtel, Adam 90.
Beck, Franz 130.
Beck, Franz Joseph 130.
Beck, Peter 139.
Becker, Ehrich 10.
Becker, Johann 9.
Becker, Karl, Lehrer 96.
Becker, Karl, Studienrat 40.
Becker, Karl, Straßenwärter 22.
Becker, Karl Adolf 149.
Becker, Karola 32.
Becker, Konrad 130.
Becker, Margarethe 144.
Becker, Otto 10.
Becker, Philipp 32.
Becker, Therese 123.
Beerstecher, Anna 23.
Behr, Christian Adolf Otto 40.

Beier, Hermann 22.
Beißel, Georg 10.
Benning, Josef Markus 140.
Berg, Wilhelm 145.
Bernades, Anna 130.
Bernhard, Ludwig 90.
Best, Martin 98.
Bettner, Karl 23.
Betz, August 164.
Beyer, Friedrich Wilhelm 149.
Bierbaum, Christian 89.
Bierbaum, Karl 131.
Bill, Konrad 32.
Bingel, Hans 165.
Binz, Heinrich 123.
Biondino, Susanne 130.
Birnstadt, Konrad 146.
Bitz, Jakob 89, 157.
Bitz, Wilhelm 164.
Bittmann, Emil 139.
Blacha, Paul 97.
Blei, Georg 131.
Bleßing, Georg 158.
Bley, Karl 164.
Blöcher, Otto 11.
Böcher, Otto 89.
Böchner, Jakob 132.
Boller, Dr., Otto 145.
Bonn, Heinrich 158.
Borgerding, Franz Heinrich 150.
Bormet, Renate Marie 32.
Braeuninger, Ludwig 24.
Brand, Eduard 153.
Brand, Friedrich 140.
Brand, Hermann 40.
Brasch, Hugo 40.
Braun, Heinrich 139.
Braun, Josef 10.
Braun, Marie 90.
Braun, Robert 88.
Braunroth, Jakob 153.
Breidenbent, Margarete Elise 146.
Breitwieser, Jakob 154.
Breitwieser, Ludwig 10.
Breuer, August 96.
Brinkmann, Bertha 158.
Brinkmann, Pauline 130.
Brinkmann, Peter 23.
Brückel, Albert 130.
Brückel, Karl 97.
Brückner, Margarete 130.

Buchhammer, Heinrich 158.
Büchner, Christian 40.
Büding, Wilhelm 164.
Bundschuh, Walter 164.
Burf, Otto 140.
Bursian, Gertha 153.
Büßer, Daniel 39.
Büttner, Georg 158.
Büttner, Dr., Wilhelm 123.

Carius, Otto 157.
Caspar, Dr., Forstmeister 140.
Christ, Adam 11.
Christ, Johannes 4, 157.
Clas, Dr., Peter 124.
Clemann, Günther 131.
Coburger, Dr., Rudolf 122.
Conrad, Albert Heinrich 139.
Conrad, Werner 31.
Cordier, Dr., Leopold 98.
Collarciu, Dragos 144.
Crömann, Heinrich 89.
Cruchaga Ojia, Miguel 148.

Dadt, Karl 123.
Dann, Ludwig 124.
Daubert, Heinrich 123.
Daubertshäuser, Karl 140.
Daum, Dr., Engelbert 124.
Daum, Heinrich 116.
Decker, Elisabeth 130.
Dehlinger, Marie 96, 124.
Deubler, Walter 23.
Dezheimer, Johann Wilhelm 153.
Dibbern, Dr., Hans 146.
Didow, Albert 132.
Diedrich, Elisabeth 149.
Diesenbach, Jakob 10.
Diesenbach, Oberbau- rat i. R. 4.
Diesenbach, Obereich- meister 140.
Diehl, Robert 122.
Diehl, Dr., Wilhelm Anton 32.
Dieter, Emil 89.
Dietrich, Friedrich 36.
Dietrich, Heinrich 22.

Dieß, Christian 158.
Dieß, Heinrich 130.
Dieß, Philipp 145.
Dillemuth, Heinrich 146.
Dingeldey, Dr., Friedrich 154.
Dittert, Heinrich 10.
Dittmar, Gustav 146.
Dohm, Jakob 31.
Döll, Ludwig 130, 154.
Döring, Walter 123.
Dörmer, Ernst 89.
Dörr, Ernst 10.
Dörr, Gottfried 153.
Dörr, Walter 116.
Dörr, Wilhelm Heinrich 89.
Döß, Friedrich 116.
Döß, Konrad 139.
Dreher, Ferdinand 11.
Dreieicher, Georg 145.
Drohmann, Adolf 40.
Dürkess, Georg 123.

Ebert, Karl 36.
Ebert, Ludwig 96.
Edel, Wilhelm Ludwig 145.
Edert, Maria 130.
Edstein, Georg 40.
Edelmann, Wilhelm 131.
Egry, Valentin 150.
Ehait, Franz 10.
Ehmig, Valentin 140.
Eich, Otto 149.
Eichberger, Rudolf 149.
Eichenberg, Pauline 157.
Eidenmüller, Heinrich 96.
Eidenmüller, Käthe 157.
Eidenmüller, Theodor 22.
Eifert, Lina 89.
Eimer, Georg 40.
Eimer, Philipp Heinrich Georg 98.
Einwächter, Heinrich 164.
Eirich, Karl 23.
Eisenhauer, Eduard 116.
Eisenhauer, Jakob 164.
Eisenhauer, Karl 150.
El Said, Mohamed 30.
Elbert, Friedrich 97.
Elenthal, Johann 10.
Emich, Werner 132.

Emig, Hermann 10.
Endlich, Ludwig 149.
Engau, Karola 32.
Engel, Adolf 89.
Engel, Heinrich 154.
Engel, Johann Adam 97.
Engel, Philipp 145.
Engelmann, Dr., Ignaz 11.
Engmann, Georg 154.
Eppelsheimer, Wilhelm 150.
Erh, Ludwig 32.
Erdmann, August 31.
Erzgräber, Friedrich 10.
Eschenauer, Friedrich 3.
Euler, Franz 10.
Euler, Dr., Heinrich 139.
Euler, Michael 131.
Eurich, Heinrich 89.
Ewald, Hermann 40.
Ewald, Leopold 145.

Fabel, Wilhelm 90.
Fabian, Jakob 32.
Falk, Felix 32.
Falk, Heinrich 9.
Faller, Hermann 24.
Falter, Leonhard 131.
Falter, Wilhelm 10.
Fan, Friedrich 130.
Fecher, Adalbert 123.
Feid, Georg 98.
Feid, Kurt 23.
Feidert, Friedrich 89.
Feier, Philipp 40.
Feldmann, Adolf 10.
Feller, Hans 23.
Fenchel, Christian 32.
Ferges, Hans 97.
Ferges, Karl 149.
Feuerbach, Wilhelm 39.
Feurer, Philipp 90.
Fen, Ernst 116.
Fen, Georg 90.
Fen, Peter 130.
Fieder, Paul 149.
Fiedler, Wilhelm 124.
Fien, Alfred 24.
Fikmann, Otto 22.
Findt, Philipp 146.
Fink, Georg 123.
Fink, Karl 150.
Fink, Wilhelm 123.
Fischborn, Heinrich 158.
Fischer, Dr. jur., Ewald 4.
Fischer, Friedrich 31.
Fischer, Georg 131.
Fischer, Johannes, Geschäftswärter 22.
Fischer, Johannes, Straßenwärter 23.
Fischer-Dorp, Dr. jur., Ewald 4.
Flaunus, Ludwig 130.
Fleckenstein, Philipp 89.
Floch, Johann 154.
Floh, Emil 116.
Floh, Fritz 10.
Flommersfeld, Friedrich 23.
Förster, Johannes 10.
Fokhag, Georg 89.

Frank, Erich 130.
Franz, Johanna 11.
Frauenrieder, Friedrich 157.
Frei, Hans 36.
Freidant, Dr., Otto 23.
Frenzel, Anna 145.
Freund, Karl Josef 98.
Freund, Wilhelm 9.
Frey, Hermann 139.
Freyman, Friedrich 130.
Friedrich, August 3.
Frieß, Heinrich 31.
Frisch, Otto 10.
Frische, Dr. phil., Robert 154.
Fröhlich, Ernst 10.
Fuchs, Auguste 12.
Führ, Dr., Heinrich 150.
Fularcant, Felix 32.
Fund, Karl 22.
Fund, Peter 145.

Garth, Helene 164.
Gastner, Heinrich 116.
Gebhard, Hans 12.
Gebhard, Ludwig 12.
Geest, Wilhelm 116.
Gebhauer, Theodor 10.
Geibel, Fritz 11.
Geier, Otto 146.
Geiger, Johann 31.
Geiger, Wilhelm 10.
Geil, Albert 40.
Geil, Georg 123.
Geil, Heinrich 88.
Geipel, Anna Elisabeth 4.
Geisler, Ernst Ludwig 164.
Geist, Walter 11.
Georg, Wilhelm 10.
Georgi, Ludwig 24, 97.
Geppert, Georg 139.
Gerbig, Wilhelm 145.
Gerbothe, Paul 153.
Gerfelder, Emil 98.
Gerhardt, Lorenz 124.
Gerhardt, Werner 132.
Gerisch, Ludwig 32.
Giebenhain, Rich. Herm. Adam 89.
Gieg, Valentin 11, 132.
Giegerich, Georg 139.
Gilmer, Hugo 98.
Gils, Friedrich 23.
Glanz, Hermann Jacob Friedrich 148.
Glaser, Dr., Rudolf 163.
Glaser, Ludwig 131.
Glisch, Wilhelm 132.
Glund, Otto 145.
Göhrig, Heinrich August 129.
Gollasch, Edmund 96, 124.
Göllner, Hans 9, 96.
Göllz, Joseph 89, 164.
Göllz, Dr. ing. habil., Karl 157.
Göllz, Leonhard 98.
Göllz, Otto Karl 149.
Gonder, Ludwig Konrad 116.
Gorges, Margarete 130.

Gorr, Heinrich 12.
Göttelmann, Friedrich 139.
Göttmann, Martin 89.
Göth, Heinrich 157.
Göth, Johannes 32.
Gräf, Dr., Heinrich 96, 132.
Graf, Dr., Jakob 96.
Grein, Karl 130.
Grein, Otto 129.
Grenz, August 39.
Gretzer, Alfred 146.
Gries, Irmgard Elisabeth 98.
Grimm, Otto 132.
Grohmann, Dr., August 24.
Gröninger, Johanna 123.
Groß, Ernst 30.
Groß, Dr., Philipp 122.
Großmann, Hans 10.
Grundke, Walter 97.
Grunert, Gisela Anna 146.
Grünwald, Leonhard 39.
Grünwald, Robert 122.
Grünig, August 90.
Grünig, Karl 10.
Gunkel, Georg 98.
Günther, Karl 124.
Günther, Konrad 23.
Günther, Otto 164.
Guth, Emil 116, 140.
Guth, Emilie 131.

Haad, Paul 116.
Haas, Karl, Lehrer 96.
Haas, Karl, Postbetriebsarbeiter 24.
Haase, Johannes 98.
Haber, Friedrich Wilhelm 158.
Haberborn, Hellmut 10.
Habich, Johann Heinrich 139.
Hach, Hans 40.
Hach, Johannes 31.
Haegert, Otto 164.
Häffner, Georg 98.
Haggenmüller, August 158.
Hahn, Adolf 153.
Hahn, Heinrich 145.
Hahn, Ingeborg 32.
Hahn, Mathilde Charlotte Edith 32.
Hainbäcker, Heinrich 32.
Hainz, Eva 11.
Hainz, Dr., Josef 12.
Hamburger, Dr., Hermann 22.
Hamann, Ludwig 23.
Hamann, Dr., Wilhelm 132.
Hanauer, Peter 88.
Harbach, Karl 130.
Hardt, Peter 40.
Haritz, Heinrich 10.
Hartmann, Adolf 97.
Hartmann, Karl 3.
Hartmann, Karl Erich 130, 164.

Hartmann, Dr., Ludwig 90.
Härtter, Christian Johann 116.
Hassenzahl, Käthe 123.
Haubner, Hans 139.
Haug, Wilhelm 97.
Haumann, Ludwig 40.
Haupt, Dr., Oskar 150.
Häuser, Friedrich 24.
Hauß, Martin 32.
Hebach, Hans 4.
Hechler, Heinrich 130.
Heckwolf, Josef 24.
Heeg, Josef 153.
Hehl, Friedrich 130.
Heibeder, Dr., Karl 154.
Heidt, Georg 124.
Heil, Dr., Hans 10.
Heiland, Anna 90.
Heilmann, Philipp 123.
Heiß, Wilhelm 123.
Held, Franz 11.
Helene, Wilhelm 164.
Helfrich, Philipp 131.
Helm, Adam 40.
Helm, Willi Leonhard 22.
Helmert, August 32.
Helmreich, Dr., Georg 132.
Helmreich, Johannes 132.
Helmreich, Valentin 24.
Helwig, Karl 158.
Hemmerling, Karl 11.
Hentel, Karl 149.
Henrich, Elisabeth 149.
Henrich, Karl 40.
Herbert, Josef 140.
Herbert, Karl 11.
Herbert, Walter 153.
Herbst, August 130.
Herchenröther, Erich 130.
Herd, Helene 164.
Hering, Georg 12.
Herrmann, Dr., Friedrich 4.
Herrmann, Dr., Magdalene 97.
Herrmann, Otto 39.
Herter, Ludwig 130, 157.
Herth, Reinhold 153.
Hessmer, Karl 116.
Heß, Dr., August 150.
Heß, Georg 23.
Heß, Heinrich 131.
Heß, Johann Georg 129.
Heß, Karl 145.
Heß, Otto 96.
Heulhed, Albert 153.
Heun, Dr., Heinrich 11.
Heuser, Regierungsassessor 97.
Heuser, Wilhelm 153.
Heuß, Georg 164.
Hien, Irma 146.
Hilbert, Wilhelm 22.
Hillgärtner, Wilhelm 139.
Hinsdorf, Johannes 132.
Hirsch, Karola 22.
Hirsch, Philipp 98.
Hof, Antoinette Margarete 153.

Hofferbert, Peter 96.
Hofferbert, Wilhelm 98.
Hoffmann, Heinrich 40.
Hoffmann, Maria 130.
Hoffmann, Emil 150.
Hoffmann, Dr., Erwin 145.
Hoffmann, Heinrich 36.
Hoffmann, Margarete 130.
Hoffmann, Wilhelm 11.
Hofmeyer, Georg 96.
Hohe, Karl 139.
Höhn, Rudolf 130.
Holler, Georg 32.
Höllfrisch, Theodor 10.
Höltje, Werner 88.
Holzhäuser, Dr., Wilhelm 131.
Holzhäuser, Artur 90.
Hood, Ferdinand 154.
Hoppe, Friedrich Karl 24.
Höres, Gustav 116.
Höretz, Wilhelm 145.
Horn, Emilie 124.
Horn, Ottilie 157.
Horn, Wilhelm 12.
Hornung, Margaretha 145.
Hörr, Otto 146.
Horsmann, Heinrich 90.
Horst, Hermann 89.
Horst, Ludwig 124.
Hok, Otto 23.
Hübner, Wilhelm 9.
Hummel, Max 97.
Hummel, Philipp 10.
Huthmann, Friedrich 11.

Jacob, Friedrich 24.
Jacob, Heinrich 90, 124.
Jacoby, Friedrich
Jaeger, Marqrit 164.
Jäger, Dr., Ernst 139.
Jäger, Erwin 140.
Jäger, Hermann 98.
Jakob, Franz Josef 129.
Jakobi, Friederike 40.
Janson, Peter 163.
Jastadt, Elisabeth 130.
Jennewein, Valentin 96.
Jimmel, Dr., Richard 139.
Jödel, Friedrich 11.
Jödel, Philipp 164.
Jödel, Dr., Wilhelm 145.
Johanning, Elisabeth 123.
Jost, Wilhelm, Revierförster 12.
Jost, Wilhelm, Rektor 164.
Josten, Adam 10.
Jittmann, Karl 149.
Judersleben, Max 146.
Jung, Albrecht 97.
Jung, Arthur 89.
Jung, Heinrich, Lehrer a. D. 165.
Jung, Heinrich, Straßenwärter 23.
Jung, Heinrich Martin 4.
Jung, Karl 10.
Jung, Philipp 40.

Jung, Wilhelm 90.
Jungermann, Wilhelm 130.
Jungst, Karl 23.

Kaffenberger, Peter 32.
Kaffenberger, Wilhelm 23.
Kaiser, Heinrich 88.
Kalbfleisch, Heinrich 89.
Kalinowski, Max 124.
Kaltenhäuser, Ottmar 158.
Karp, Wilhelm 140.
Karpf, Heinrich 40.
Karst, Heinrich 146.
Karst, Jakob 123.
Kaspar, Heinrich 146.
Käbner, Hermine 164.
Kaußmann, Johannes 130.
Kayser, Emil 149.
Kegel, Margarete Elise 146.
Kehr, Heinrich 22.
Kehrmann, Wilhelm 130.
Keil, Adam 40.
Keil, Ehrhard 153.
Keil, Ferdinand 10.
Keil, Georg 123.
Keil, Heinrich 132.
Keil, Otto 10.
Keil, Willi 131.
Keim, Philipp 150.
Kelsch, Otto 139.
Keller, Dr., Adam 154.
Keller, Heinz 130.
Kempf, Helmut 149.
Kempff, Dr., Richard 10.
Kern, Heinrich 10.
Kessel, Harald 131.
Kester, Adolf 23.
Kessler, Hermann 23.
Kimpel, Karl 139.
Kinsberger, Dr., Karl 11.
Kinz, Anna 158.
Kinzebach, Gustav 10.
Kirsch, Albert 40.
Kissel, Georg 153.
Kisinger, Karl 11.
Köhler, Georg 98.
Klein, Eberhard Konrad 32.
Klein, Rudolf 149.
Kling, Dr., Johannes 90.
Kling, Maria 90.
Kling, Dr., Willy 24.
Klinger, Martin 164.
Klingler, Heinrich 140.
Klingler, Martin 145.
Klipstein, Friedrich 130.
Klöß, Heinrich 24.
Klöß, Ludwig Christof 132.
Kloß, Wilhelm 164.
Klug, Otto 40.
Klumb, Anna 123.
Kmietzsch, Heinr. Wilh. Ludw. Karl 165.
Knape, Walter 36.
Knell, Georg 4.
Knocke, Hermann 165.

Knöll, Georg 36.
Knöllner, Reinhold 10.
Knöppel, Ludwig 98.
Knöpp, Heinrich 23.
Knörzer, Richard 130.
Knöth, Hans 145.
Knuthmann, Heinrich 90.
Kobelt, Christoph 150.
Koch, Barbara 96.
Koch, Irma 146.
Koch, Karoline 145.
Koepe, Dr., Hans 131.
Kögler, Heinrich 157.
Köhler, Heinrich 88.
Köhler, Heinrich Karl 23.
Kohler, Johanna 153.
Kohls, Kurt 89.
Kohlschütter, Dr., Hans Wolfgang 116.
Kolb, Georg 40.
Kölling, Hans 88.
Königer, Georg 31.
Köppler, August 96.
Kraft, Gisela Anna 146.
Kraft, Hans 124, 132.
Kraft, Karl 40.
Kramer, Hermann 154.
Kramer, Rudolf 11.
Kramer, Ernst 10.
Kramer, Ferdinand 130.
Kramer, Georg 9.
Kramer, Georg Jakob 132.
Kramer, Katharina 40.
Kramer, Ludwig 10.
Kranz, Wilhelm 153.
Kraß, Heinrich 164.
Kraus, Heinrich Gustav Karl 23.
Kraushaar, Heinrich 157.
Krebs, August 150.
Krebs, Heinrich 123.
Krenzer, Bruno 88.
Kreß, von, Emilie 32.
Kreß, Friedrich 154.
Krischer, Dr. ing. habil., Dozent 164.
Kröher, Frik 39.
Kröhl, Martin 146.
Kromm, Heinrich 98.
Kromm, Werner Friedrich 145.
Krömmelbein, Heinrich 31.
Krug, Johannes 88.
Krüger, Dr., Georg 150.
Krüger, Rudolf 123.
Kubach, Hedwig 157.
Kuhn, Adam 23.
Kuhn, Wilhelm 9.
Kullmann, Karl 98.
Kumpff, Franz 88.
Kunkel, Adam 140.
Künstler, Heinrich 89.
Kuster, Hans 139.
Kuzel, Dr., Hubert 149.

Lade, Dr., Bernhard 12.
Lambert, Josef 164.
Lamp, Jakob 98.
Landmann, Karl 98.
Landmann, Luise 11.
Lang, Friedrich 39.
Lang, Jakob Edmund 23.

Lang, Johann 23.
Langelott, Nikolaus 97.
Langenbach, Ernst 153.
Langner, Anna 164.
Langohr, Otto 12.
Langsdorf, Theodor 9.
Lanz, Karl 22.
Laub, Otto 22.
Laubenheimer, Albert 150.
Laubenberger, Philipp 98.
Lauer, Heinrich 9.
Lautenbach, Friedrich 10.
Lautenschläger, Jakob 130.
Lautenschläger, Johann 10.
Lautenschläger, Wilhelm 36.
Lauß, Heinrich 40.
Ledroit, Dr., Johannes 98.
Lehn, Johannes 89.
Lehne, Christel 123.
Lehr, Hermann 130, 157.
Lehr, Wilhelm 10, 145.
Leib, Karl 97.
Leist, Kurt 96.
Lengfelder, Jakob 123.
Lenhardt, Thekla 130.
Lenz, Emil Ludwig 10.
Leonhardt, Ferdinand 40.
Lepperhoff, Willi 149.
Lest, Michael 40.
Lind, Amalie 4.
Linder, Margarete 12, 130.
Linsenheld, Otto 145.
Lipp, Alfred 98.
Littmann, Friedrich Wilhelm 145.
Littmann, Hans 32.
Löb, Johann 122.
Löffler, Friedrich 11.
Lohnes, Karl 164.
Loos, Johann 39.
Loos, Johannes Andreas 12.
Lorch, Wilhelm 90.
Lotheken, Sophie 123.
Lott, Wilhelm 39.
Löw, Albrecht 163.
Lust, Karl 40.
Lulan, Paul Georg 129.
Lulen, Michael Wilhelm 89.
Lüll, Karl 90.
Luthmer, Elisabeth 90.
Lutz, Georg 89.
Lutz, Hans 124, 164.

Machemer, Heinrich 10.
Mahr, Adam 98.
Malkmus, Emil 24.
Mann, Karl 157.
Mannke, Karl 164.
Mantz, Dr., Wilhelm 10, 24.
Markwort, Emil 149.
Martin, Eduard 31.
Martin, Karl 96.
Marr, Mathilde 90.
März, Siegmund 116.

Matthäi, Anna 130.
 Maurer, Georg 24.
 Maurer, Dr., Veterinär-
 rat 12.
 Maus, Heinrich 98.
 May, Anton Joseph 149.
 Mayer, Dr., Georg 153.
 Mayer, Jakob 140.
 Mecklenburg, Fritz 116.
 Meder, Katharina 123.
 Meidinger, Jakob 116.
 Meißner, Heinrich
 Paul 150.
 Melchior, Wilhelm 89.
 Melior, Elisabeth 129.
 Menges, Dr., Erich 10.
 Menninger, Christine
 131.
 Menz, Josef 89.
 Merkel, Theodor 122.
 Mez, Hermann 97.
 Mehger, Julius 157.
 Mehger, Philipp 158.
 Meyer, Adam 10.
 Meyer, Georg 132.
 Meyer, Ludwig 123.
 Meyer, Dr.,
 Regierungsrat 124.
 Meyer, Rudolf 123.
 Michel, Georg 10.
 Michell, Maria 123.
 Michl, Friedrich 124.
 Millmann, Josef 96.
 Mindner, Erich 131.
 Mint, Georg 130.
 Mischlich, Wilhelm 145.
 Möbus, Friedrich 140.
 Möbus, Heinrich 149.
 Möbus, Walter 153.
 Molitor, Heinrich 123.
 Möller, Ernst
 Johann 22.
 Momberger, Albert 10.
 Monat, Heinrich 124.
 Moos, Johann 98.
 Morgenstern, Horst 32.
 Morgenstern, Karl
 Heinrich Willy 32.
 Moser, Heinrich 32.
 Moses, Heinrich 32.
 Müller, Emil 150.
 Müller, Ernst
 Ferdinand Curt 98.
 Müller, Dr. med., Fried-
 rich Karl Ernst 146.
 Müller, Gustav 146.
 Müller, Heinrich
 Lehrer 153.
 Müller, Heinrich
 Rektor 9.
 Müller, Heinrich Berw.
 Oberinspektor 122.
 Müller, Heinrich
 Philipp 132.
 Müller, Heinz Leo
 Alois 132.
 Müller, Johannes
 Lehrer a. D. 97.
 Müller, Johannes
 Berw.-Inspektor 39.
 Müller, Karl 11.
 Müller, Otto 12.
 Müller, Otto Ruprecht
 146.

Müller, Philipp
 Polizeinspektor 145.
 Müller, Philipp
 Rektor 23.
 Müller, Richard 10.
 Müller, Reinhold 98.
 Müller, Dr. phil.
 Wilhelm Ernst Erich 146.
 Müller-Bellof, Hein-
 rich Philipp 132.
 Müller-Klingspor,
 Ernst Ferdinand Curt 98.
 Müller-Luz, Heinz
 Leo Alois 132.
 Müller-Meiß,
 Dr. med., Friedrich
 Karl Ernst 146.
 Müller-Meiß, Otto
 Ruprecht 146.
 Müller-Meiß,
 Dr. phil., Wilhelm
 Ernst Erich 146.
 Munkler, Konrad 132.
 Mulot, Dr., Arno 145.
 Murschel, Wilhelm 163.
 Musil, Max 123.
 Muth, Andreas 24.
 Nahrgang, Wilhelm 165.
 Naß, Heinrich 140.
 Naujokat, Gustav 150.
 Naumann, Willi 10.
 Neeb, Dr., Ernst 131.
 Nelle, Karl 164.
 Nennstiel, Heinrich 98.
 Netterdon, Fritz
 Jakob 40.
 Neumann, Adam 149.
 Neumann, Georg 149.
 Neumann, Wilhelm 89.
 Neumüller, Ludwig 89.
 Niemeier, Heinrich 164.
 Nikolaus, Ludwig 98.
 Nischwiz, Walter 89.
 Norih, Elisabeth 11.
 Nöth, Franz Ludwig 98.
 Nothnagel, Peter Ber-
 ner 132.
 Oberheim, Emil 123.
 Oehler, Friedrich 124.
 Oehler, Heinrich 98.
 Oestereich, Valentin 22.
 Ohl, Jakob 90.
 Ohr, Dr., Karl Moritz 39.
 Olff, Karl Heinrich 130.
 Orlemann, Hermann
 145.
 Österrath, Karl 89.
 Ott, Peter Adam 22.
 Ott, Werner 31.
 Otto, Georg Peter 131.
 Parr, Paul 40.
 Perschbacher, Ernst 10.
 Beth, Philipp 132.
 Petith, Georg 4.
 Petry, Friedrich Rudolf
 36.
 Petry, Dr., Rudolf 132.
 Petsch, Dr., Hans 123.
 Petscher, Wilhelm 12.
 Pfaff, Dr., Theodor 90.
 Pfaff, Dr., Wilhelm 10.
 Pfänder, Hans 130.
 Pfeiff, Wilhelm 149.

Pfeiffer, Ludwig 40.
 Pharo, Gustav 116.
 Philipp, Arthur 39.
 Piker, Ludwig 130.
 Planz, Jakob 123.
 Plag, Johannes 132.
 Politisch II, Karl 11.
 Polster, Daniel 146.
 Pöpperling, Ludwig
 150.
 Poth, Johann Georg 132.
 Poths, August 97.
 Poths, Marie 146.
 Preißig, Anton Willi
 145.
 Proescher, Heinrich 154.
 Ramser, Irmgard
 Elisabeth 98.
 Ranft, Wilhelm 130.
 Rapp, Wilhelm 145.
 Rath, Peter Josef 116.
 Raß, Dr., Ernst 97.
 Raufsch, Hans 122.
 Raufsch, Peter 165.
 Raufsch, Wilhelm 145.
 Rechel, Georg 9.
 Reeb, Dr., Wilhelm 22.
 Reeg, Friedrich Christian
 139.
 Reeg, Georg 130, 153.
 Reeg, Wilhelm 164.
 Rehbaum, Friedrich 9.
 116.
 Rehling, Heinrich 4.
 Reibling, Philipp 12.
 Reich, Ernst 130.
 Reichert, Philipp 139.
 Reichwein, August 123.
 Reidel, Johann Konrad
 130.
 Reidel, Peter 154.
 Rein, Marzih 31.
 Reinhardt, Leonhard
 89.
 Reisinga, Daniel 132.
 Reih, Dr., Viktor 140.
 Remy, Elisabeth 149.
 Rettig, Heinrich Jakob
 145.
 Reubold, Jakob 139.
 Reuhl, Otto 39.
 Reuning, Karl 31.
 Reuschling, Wilhelm
 39, 90.
 Reuß, Albert 40.
 Richberg, Richard 149.
 Riedesel zu Eisen-
 bach, Frh., Oberhof-
 meister a. D. 131.
 Rint, Johannes 40.
 Robert, Heinrich 130.
 Röddiger, Heinrich
 Wilhelm 146.
 Röhl, Walter 23.
 Rösch, Hermann 124.
 Röschen, Ernst 12.
 Rok, Ludwig 163.
 Rokbach, Friedrich 98.
 Rokkopf, Dr., Kreis-
 veterinärarzt 12.
 Röhl, Hubert 131.
 Rokmähler, Werner
 122.
 Rötj, Adolf 3.

Röth, Peter Werner 132.
 Roth, Karl 130.
 Roth, Valentin 4.
 Roth, Wilhelm 10.
 Rothamel, Thilo 12.
 Rothenbach, Georg 10.
 Rothermel, Ludwig 98.
 Rothmann, Ludwig 153.
 Rothley, Dr., Heinrich
 10.
 Rohler, Heinrich 31.
 Rüdinger, Karl 90.
 Rudolph, Georg 139.
 Rudolph, Servatius 4.
 Ruf, Wilhelm 139.
 Rühl, Heinrich 89.
 Rühl, Jakob 10.
 Rühl, Josef 130.
 Rühl, Karl 12.
 Rühl, Karl Heinrich 10.
 Rummel, Heinrich 10.
 Rupp, Dr., Philipp 123.
 Ruppert, Karl 123, 131.
 Sachs, Hans 130.
 Saling, Franz 97.
 Sames, Ernst 39.
 Sammet, Leonhard 10.
 Sandmann, Hermann
 146.
 Sartorius, Johannes
 140.
 Sattig, Philipp 139.
 Sattler, August 130.
 Sauer, Friedrich 153.
 Sauer, Karl 12.
 Sauer, Margarete 116.
 Sauer, Paul 89.
 Sauerwein, Friedrich
 10.
 Sauerzapf, Jakob 12.
 Schaaf, Wilhelm 40.
 Schaefer, Ludwig 129.
 Schäfer, Adam 11.
 Schäfer, Barbara 130.
 Schäfer, Georg Wilhelm
 40.
 Schäfer, Heinrich, Lehrer
 124.
 Schäfer, Heinrich, Rektor
 146.
 Schäfer, Dr., Heinrich 10.
 Schäfer, Hermann 11.
 Schäfer, Konrad 130.
 Schäfer, Ludwig 150.
 Schäfer, Michael Wil-
 helm 10.
 Schäfer, Otto 130.
 Schäfer, Wilhelm, Dipl.-
 Ina 164.
 Schäfer, Wilhelm,
 Gewerbelehrer 145.
 Schäfer, Wilhelm,
 Kanzlist 10.
 Schäfer, Wilhelm,
 Lehrer 23, 150.
 Schäfer, Wilhelm,
 Regierungsrat 9.
 Schäfer, Wilhelm Hein-
 rich 40.
 Schäffer, Willy 153.
 Schaffner, Philipp 32.
 Schanz, Heinrich 31.
 Schättler, Eduard 12.
 Schaus, Hans Heinrich
 97.

Scheid, Julie 123.
 Scheig, Georg Heinrich 130.
 Schember, Heinrich 123.
 Schepp, Heinrich 150.
 Scherf, Adolf 164.
 Scheuermann, Christoph 23.
 Schieferstein, Wilh. Georg Ludwig 116.
 Schier, Dr., Adam 124.
 Schild, Adam 139.
 Schildwächter, Dr., Wilhelm 124.
 Schilling, Emma 130.
 Schilz, Johann Baptist 140.
 Schindel, Frik 140.
 Schlag, Wilhelm 158.
 Schlamp, Wilhelm 132.
 Schleit, Johann 131.
 Schlich, Karl Julius 4.
 Schlicht, Dr., Else 89.
 Schliffer, Willi 24.
 Schlitt, Karl Johannes Hans 89.
 Schlitt, Ludwig 10.
 Schlosser, Rudolf 10.
 Schmah, Georg 153.
 Schmanf, Ludwig 153.
 Schmeel, Heinrich 32.
 Schmelz, Heinrich 157.
 Schmid, Otto 96.
 Schmidberger, Friedrich 145.
 Schmidt, Adolf 90.
 Schmidt, Andreas 40.
 Schmidt, Anna 123.
 Schmidt, Georg 10, 12.
 Schmidt, Hans 153.
 Schmidt, Karl 32.
 Schmidt, Leonhard 10.
 Schmidt, Ludwig 89.
 Schmidtmeyer, Peter 39.
 Schmitt, Elisabeth 140.
 Schmitt, Georg 22, 96.
 Schmitt, Jakob 97.
 Schmitt, Johannes 11.
 Schmitt IV., Leonhard 30.
 Schmitt, Philipp, Lehrer 153.
 Schmitt, Philipp, Verwaltungsassistent 124.
 Schmitz, Friedr. Andreas 97.
 Schmucl, Clara 131.
 Schnabel, Wilhelm 96.
 Schneider, Georg Heinrich 11.
 Schneider, Dr., Gustav 132.
 Schneider, Karl, Oberforstmeister 98.
 Schneider, Karl, Verwaltungssinspektor 10.
 Schneider, Leopold 23, 146.
 Schneider, Ludwig 146.
 Schneidt, Karl 10.
 Schnitzspan, Georg 131.
 Schnur, Erwin 130.
 Scholl, Karl Philipp 40.
 Schollenberger, Ludwig 12.

Schönberger, Wilhelm 124.
 Schönmehl, Ludwig 146.
 Schott, Heinrich 12.
 Schreiber, Franz 97.
 Schröder, David 11.
 Schröder, Karl Albert Theodor 146.
 Schröder, Karl Edart 146.
 Schröder, Karl Helmut 146.
 Schröder, Wilhelmine 131.
 Schröder, Wolfgang Engelbert 146.
 Schröder-Barthausen, R. M. Theodor 146.
 Schröder-Barthausen, Karl Edart 146.
 Schröder-Barthausen, Karl Helmut 146.
 Schröder-Barthausen, Wolfgang Engelbert 146.
 Schrohe, Dr., Heinrich 98.
 Schubegel, Alfred 22.
 Schüler, Konstantin 165.
 Schultheis, Josef 139.
 Schulz, Christian 157.
 Schumacher, Margarete 131.
 Schüttler, Gertrud 31.
 Schüh, Friedrich 153.
 Schüh, Georg 164.
 Schüh, Hans 150.
 Schwan, Berthold 90.
 Schwarz, Karl 32.
 Schwarz, Richard 153.
 Schwarz, Heinrich 32.
 Schwarz, Philipp 10.
 Schwarz, Wilhelm 90, 149.
 Schwarzkopf, Michael 32.
 Schwarzchild, Eduard 4.
 Schweikert, Valentin 11.
 Schweinhardt, Wilhelm 97.
 Schweizer, Hans 153.
 Schweizer, Leonhard 90, 154.
 Schwöbel, Konrad 89.
 Scior, Erna 130.
 Sehnert, Heinrich 10.
 Seib, Heinrich 145.
 Seibel, Heinrich 39.
 Seibert, Heinrich 153.
 Seifert, Johann Rudolf 23.
 Seim, Elisabeth 32.
 Seiz, Karl 157.
 Selzer, Josef 146.
 Sembach, Gustav 89.
 Seum, Wilhelm 132.
 Senfried, Dr., Urban 39.
 Simon, Erich 22.
 Simon, Dr., Hans 149.
 Simon, Heinrich Karl 139.
 Simon, Jakob 123.
 Simon, Karl 96.
 Sinn, Johann Heinrich 4.
 Sommer, Heinrich 124.
 Sommer, Rudolf 22.

Sommer, Wilhelm 32.
 Sommer, Wilhelm August 122.
 Spalt, Heinrich 10.
 Spalt, Paul 31, 97.
 Spamer, Karl Helmut 130.
 Späth, Georg 9.
 Spilger, Dr., Ludwig 124.
 Stamm, Mathilde 96.
 Stapf, Anton 164.
 Stapf, Johannes 157.
 Stan, Otto 130.
 Stedenreuter, Philipp 40.
 Steiger, Georg 10.
 Stein, von, Friedrich 145.
 Steinmann, Adam 10, 139.
 Steinmez, Wilhelm 36.
 Steiz, Jakob 154.
 Stemm, Heinrich 153.
 Stenner, Hermann 140.
 Stenner, Karl Andreas 140.
 Stephan, Karl 9.
 Stepp, Philipp 90.
 Stern, Wilhelm 131.
 Steuernagel, Heinrich 98.
 Stiefel, Ernst 31.
 Stierle, Hermann 146.
 Stad, Johannes 10.
 Stad, Otto 157.
 Straub, Wilhelm 153.
 Stred, Christian 40.
 Streuber, Dr., Albert 96, 124.
 Stühler, Heinrich Karl 40.
 Stumm, Dr., Hugo 97.
 Stumpf, Karl 23.
 Sturm, Willi 139.
 Stürmer, Horst 32.
 Stürmer, Karl Heinrich 32.
 Stürz, Karl 124.
 Sulzbach, Friedrich 31, 150.
 Sulzbacher, Hirsch 132.
 Suppes, Ludwig 130.
 Sutter, Heinz Walter 4.
 Teichmann, Georg 154.
 Theiß, Wilhelm 132.
 Thobes, Hanes 131.
 Thomas, Wilhelm 88.
 Töppel, Hans 149.
 Tramer, August 12.
 Trautmann, Heinrich 140.
 Trautmann, Johann 4.
 Trautwein, Eduard 97.
 Tremper, Josef 123.
 Treusch, Peter Philipp 154.
 Trinkauf, Gustav 10.
 Trohmann, Ludwig 116.
 Truber, Wilhelm 158.
 Tücher, Georg 140.
 Uhria, Karl 154.
 Uth, Johannes 39.

Weigel, Gottfried 23.
 Wetter, Dr., August 124.
 Wetter, Ferdinand 139.
 Wetter, Georg 164.
 Wegberger, Dr., Walter 116.
 Wierheller, Ernst 23.
 Wigner, Helmut 129.
 Vogel, Georg 164.
 Vogel, Johann 124.
 Vogler, Otto 10.
 Vogt, Heinrich 132.
 Vogt, Joseph 129.
 Voat, Karl 40.
 Volf, Friedrich 132.
 Volf, Johannes 146.
 Volf, Wilhelm 158.
 Vollrath 2., Philipp 10.
 Volp, Friedrich 89.
 Völzing, Wilhelm Karl 23.
 Vonderheit, Heinrich 131.
 Wagner, Elisabeth 10.
 Wagner, Dr., Eugen 98.
 Wanner, Heinrich, Lehrer 131.
 Wagner, Heinrich, Straßenwärter 40.
 Wagner, Dr., Ludwig 98.
 Waaner, Wilhelm 130, 154.
 Waldeck, Georg 122.
 Waldherr, Robert 139.
 Wallbott, Ludwig 88.
 Walldorf, Heinrich 130.
 Walter, Dr., Georg 97.
 Walter, Otto 31.
 Walther, Dr., August 89.
 Walther, Emil 11.
 Wasserheß, Peter 90.
 Weber, Adam 10.
 Weber, Alexander 149.
 Weber, Else 164.
 Weber, Friedrich Heinrich 150.
 Weber, Georg 39.
 Weber, Leonhard 12.
 Weber, Otto 10.
 Weber, Philipp 122.
 Weber, Ulrich 145.
 Weber, Wendel 98.
 Wederle, Adam Ludwig 122.
 Wedel, Georg 164.
 Wedemeyer, Wilhelm 165.
 Wegele, Dr.-Ing., Hans 4.
 Wehefrik, Dr. med., Emil 149.
 Weid, Peter Johann 123.
 Weide, Otto 32.
 Weide, Dr., Otto 132.
 Weidlich, Dr., Karl 10.
 Weidner, Bernhard 130.
 Weigand, Gertrud 130.
 Weigel, Gertrud 12.
 Weil, Philipp 4.
 Weinell, Wilhelm 97.
 Weinmann, Adam 9.
 Weinsheimer, Adam 130, 153.
 Weirich, Ludwig 122.
 Weis, Konrad 158.

Weißel, Luise 131.
 Weiskopf, Philipp 40.
 Weiß, August 157.
 Weiß, Christian 96.
 Weiß, Ernst 23.
 Weiß, Karl 23.
 Weiß, Ludwig 157.
 Weiß, Philipp 130.
 Weißel, Elisabeth 123.
 Weitzmann, Heinrich 10.
 Weigel, Wilhelm 132.
 Wendel, Heinrich 10.
 Wendel, Ludwig 10.
 Wenner, Georg Ernst 23.
 Wenz, Anna Elisabeth 4.
 Wenz, Johannes 150.
 Wenz, Kurt 40.
 Wenzel, Adolf 116.
 Wenzel, Karl 11.
 Wenzel, Philipp 11.
 Wenzel, Renate Marie 32.
 Werner, Gertrud 130.

Werner, Heinrich 130.
 Werner, Wilhelm 40.
 Werth, Wilhelm 153.
 Wesp, Heinrich 139.
 Weßel, Franz 90.
 Wicht, Philipp 96.
 Wiegand, Heinrich 23.
 Wiener, Dr., Hermann 146.
 Wiener, Wilhelm 124.
 Wiesenhal, Karl 98.
 Wießler, Christian 96.
 Wilhelm, Friedrich 129.
 Wilhelm, Karl August 153.
 Wilhelm, Philipp 32.
 Willems, Ludwig 22.
 Wimmenauer, Hermann 40.
 Winkler, Adam 140.
 Winkler, Michael 153.
 Winter, Dr., Heinrich 96.
 Winter, Karl 96.

Winter, Anna 11.
 Winter, Philipp 89.
 Wing, Margarete 153.
 Wirsching, Valentin 10.
 Wirth, Otto 40.
 Wisner, Wilhelm 148.
 Wolf, Ferdinand 130, 157.
 Wolf, Friedrich 131.
 Wolf, Heinrich 145.
 Wolf, Jakob 40.
 Wolf, Josef 96.
 Wolf, Karl 153.
 Wolf, Katharina 130.
 Wolf, Wilhelm 96.
 Wolfgang, Wilhelm 149.
 Wolff, Wilhelm 10.
 Wollweber, Dr., Carola 124.
 Wörle, Heinrich 130.
 Wörner, Julius 96.
 Wrede, Karl 24.
 Wulfa, Wilhelm 140.
 Würz, August 157.

Zecher, Karl 24.
 Zerban, Alexander 124.
 Zerbe, Philipp 150.
 Ziegler, Auguste 139.
 Zimmer, Hermann 10.
 Zimmer, Heinrich, Lehrer 150.
 Zimmer, Heinrich, Revierförster 132.
 Zimmermann, Georg 157.
 Zimmermann, Heinrich 164.
 Zimmermann, Karl 150.
 Zimmermann, Marie 98.
 Zink, Johann Peter 150.
 Zinser, Rudolf 158.
 Zöllner, Gertrud 145.
 Zorn, Erich 130.